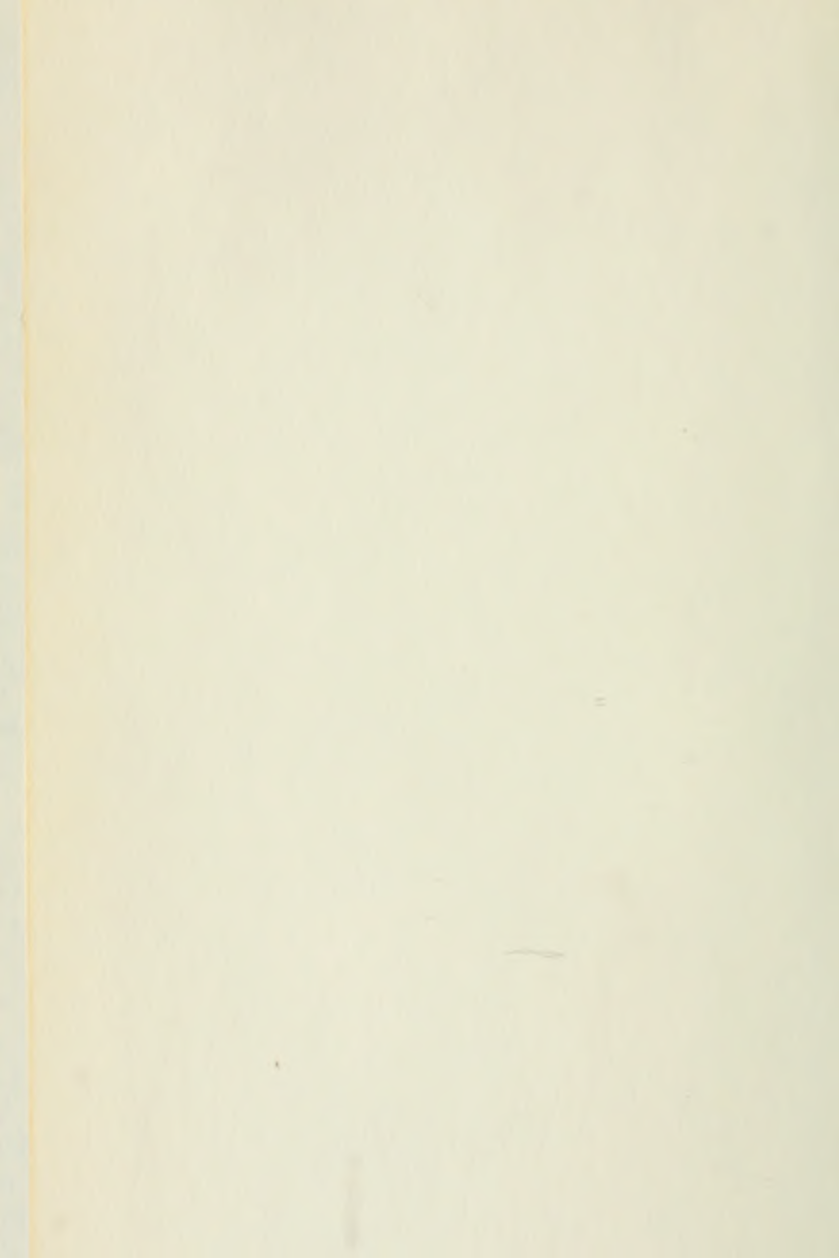
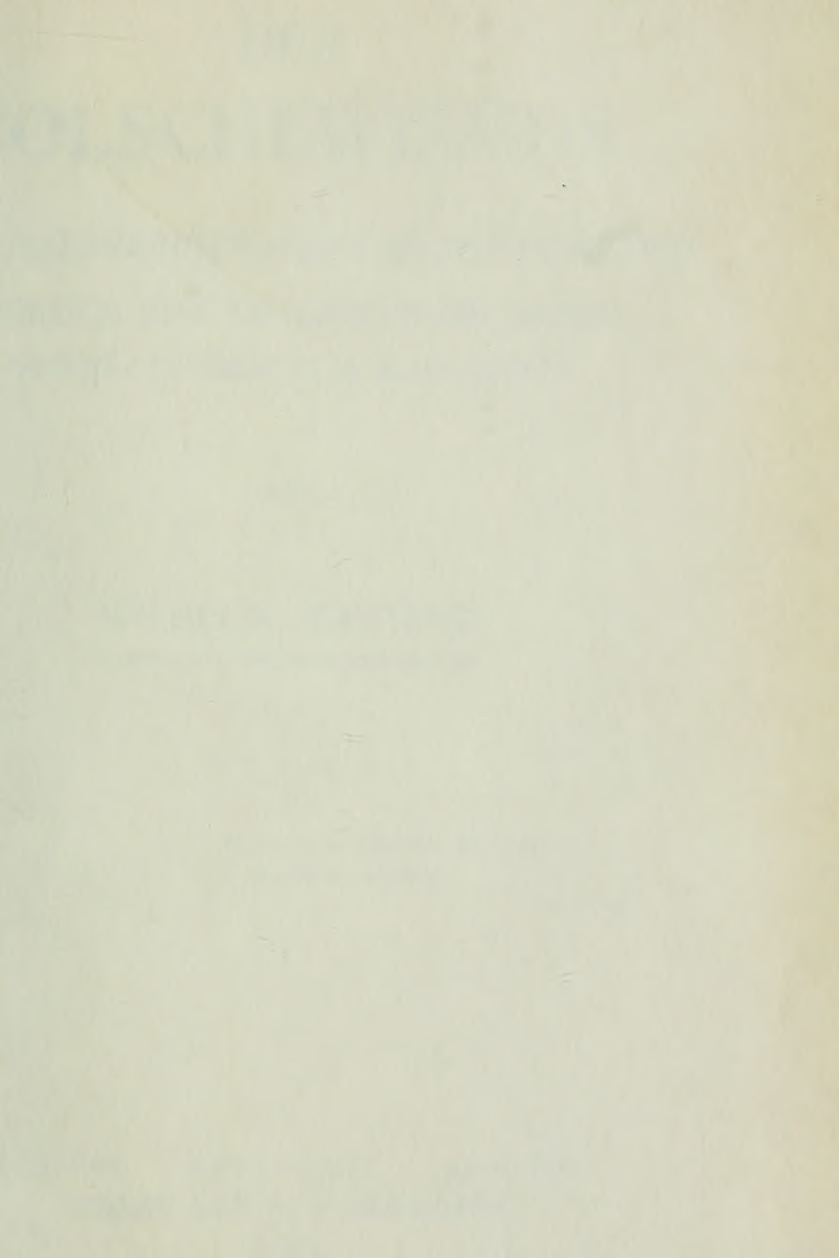












DER BOLSCHEWISMUS

VORAUSSETZUNGEN / GESCHICHTE / THEORIE

ZUGLEICH EINE UNTERSUCHUNG SEINES VERHÄLTNISSES ZUM MARXISMUS

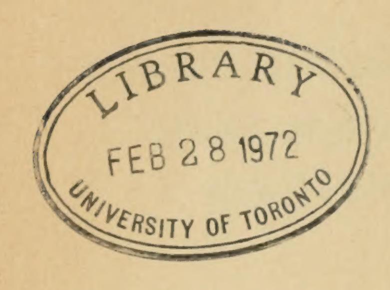
VON

WILHELM MAUTNER
DOKTOR DER STAATSWISSENSCHAFTEN

Κρεῖττον εὐλογίστως ἀτυχεῖν
ἢ ἀλογίστως εὐτυχεῖν.

Epikur

BERLIN W 35 STUTTGART LEIPZIG
VERLAG VON W. KOHLHAMMER
1922



Druck von W. Kohlhammer in Stuttgart

Dem Andenken meines Freundes

Ernst M.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Verhältnismäßig rasch nach dem Erscheinen der ersten Auflage macht sich der Wunsch nach einer zweiten geltend. Der Verfasser glaubt dies in dem Sinne deuten zu dürfen, daß seine beim Erscheinen der ersten geäußerten Befürchtungen hinsichtlich des baldigen Veraltens einiger Teile des Buches sich als unbegründet erwiesen haben. Dieser Umstand beeinflußte seine Entscheidung, als er sich vor die Frage gestellt sah, ob er die zweite Auflage als unveränderten Wiederabdruck der ersten oder als eine bis auf den heutigen Tag fortgeführte Darstellung, besonders der Theorie des Bolschewismus, erscheinen lassen sollte. Die Erwägung, daß deren Wandlungen sich vor allem als nachträgliche Rechtfertigung einer erzwungenen Anpassung der Praxis an die Forderungen der Wirklichkeit erweisen — die freilich kritische Anhänger des historischen Materialismus hätten voraussehen können und nicht selten auch voraussahen —, bestärkte ihn in seiner Meinung, die Form des unveränderten Wiederabdruckes zu wählen. Kommt es doch vor allem darauf an, die reine Theorie, und nicht die durch die Rücksichtnahme auf die Praxis angekränkelte, darzustellen. Namentlich kann die Klarlegung des Verhältnisses der bolschewistischen zur marxistischen Theorie — und das ist der dem Verfasser selbst am meisten am Herzen liegende Teil seiner Arbeit — nur erfolgen, wenn sie sich auf die ersten und grundlegenden Äußerungen der neukommunistischen Schule stützt und nicht auf ihre späteren, vielfach Zugeständnisse an den Alltag machenden, abgeschwächten Fassungen. Diesen nachzugehen würde überdies eine umfangreiche Beschreibung dieser Wandlungen und eingehenden Nachweis ihrer Ursachen erfordern; darauf meinte der Verfasser aber aus den angegebenen Gründen verzichten zu sollen, selbst dann, wenn ihm die Ausführung einer derartigen Absicht nicht durch die Inanspruchnahme mit Berufspflichten ungemein erschwert, ja fast unmöglich gemacht werden würde.

Vorwort

> Wahrheit, sag' ich Euch, Wahrheit,
> und immer nur Wahrheit; versteht sich
> Meine Wahrheit; denn sonst ist
> mir auch keine bekannt. Goethe

„Vorreden sind Entschuldigungen.... Sie seien überflüssig, hat man oft gesagt, weil gute Bücher für sich sprechen, schlechte durch die Vorrede nicht besser würden. Und doch sind sie unvermeidlich, weil der Autor ein Recht hat, zu sagen, was er mit einer Veröffentlichung bezwecke.“[1])

Doppelt unvermeidlich bei einer Arbeit, die ein Thema wie das vorliegende behandelt; denn da muß gesagt werden, was sie bieten will und bieten kann, wie auch, worauf sie bewußt Verzicht leistet.

Mancherlei Schwierigkeiten standen ihr im Wege; nur zwei seien erwähnt: die Beschaffung des nötigen Materials und die große Aktualität des Gegenstandes.

Nicht, daß es an Schriften über oder gegen die Bewegung fehlte; sie hat, wie ihre Hasser, so ihre Lobredner gefunden. Eifrig sind beide an der Arbeit, ihre Vorzüge herauszustreichen, ihre Fehler schwarz in schwarz zu malen; und so schwankt, von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, auch ihr Charakterbild in Geschichte und Urteil der Gegenwart. — Weit schwerer als diese Bücher und Broschüren aber waren die der Bewegung selbst entstammenden Schriften zu beschaffen.

Die Fülle von Broschüren, Streitschriften, Zeitungsartikeln zu diesem Thema ist begreiflich, denn das Problem ist ein brennendes geworden, ist in aller Welt Munde. Da täte Klarheit bitter Not. Doch fast alles, was diese Literatur bietet, ist parteipolitisch gefärbt, nur recht Weniges erweist sich als rein sachliche, wissenschaftlich zu wertende Leistung; denn zu leicht wird sie von Voreingenommenheit und Interesse beeinflußt und geleitet.

Ferner: die weitaus größte Zahl der Schriften bietet wohl eine (meist recht lückenhafte) Darstellung der bolschewistischen

1) Schmoller, Zur Sozial- und Gewerbepolitik, S. 1.

Praxis, Ausschnitte aus dem Leben Rußlands unter der Herrschaft der Bolschewiki; ganz hat freilich auch in dieses keine hineinzuleuchten vermocht. Die bolschewistische Theorie, das bolschewistische Geistesleben unparteiisch und umfassend zu schildern und zu werten, ist seltener versucht worden.

Damit dürfte das Beginnen, sachlich an das Problem des Bolschewismus heranzutreten, zu versuchen, es zusammenfassend darzustellen, gerechtfertigt sein. Ein getreues, unverzerrtes Bild der Lehre geben, das konnte nur nach den Schriften ihrer Verkünder und Bekenner selbst geschehen. Dazu war es erforderlich, sie möglichst ausführlich zu Wort kommen zu lassen, was die Anführung zahlreicher Belegstellen erheischte. Das ist kaum ein Vorteil für die Form der Arbeit, bietet aber den, vorurteilsfreie Zeichnung der Bewegung, wenn nicht zu gewährleisten, so doch zu ermöglichen. Darum mußte dieser Weg eingeschlagen werden.

Es mag vermessen erscheinen, eine Bewegung erfassen und darstellen zu wollen, die noch im Fluß ist, in der noch vieles gärt, die wir selbst miterleben; eine Bewegung, zu der wir noch nicht die nötige Entfernung gewonnen zu haben scheinen, um, unbeeinflußt durch sie selbst, ihr Bild zeichnen zu können. Trotzdem durfte, wie wir glauben, der Versuch gewagt werden; nicht so sehr, weil er notwendig, als vielmehr, weil die Aufgabe bei einer gewissen Selbstbeschränkung lösbar schien.

Denn nur das Mögliche wollen wir erreichen. Dies ist: zu untersuchen, wie der Bolschewismus, seine Theorie und seine Gedankenwelt sich in den Schriften seiner Anhänger in Rußland spiegeln. Nicht aber, wie er sich praktisch äußerte, wie er auf das gesamte Kultur- und Wirtschaftsleben eines ungeheuren Reiches einwirkte, es umzuformen, zu zerstören, neu zu gestalten unternahm. Das könnte, bei der ungeheuren Fülle täglich wechselnden Geschehens, der ein im Verhältnis hierzu nur recht bescheidenes Maß an auszuwertendem statistischen, legislativen usw. Material in Deutschland gegenübersteht, in der Tat als nicht oder nur sehr lückenhaft erfüllbar angesehen werden, es sei denn für die ersten Zeiten der bolschewistischen Herrschaft, und das ist auch in einigen größeren und kleineren Schriften versucht worden. —

An einem, die gesamte bolschewistische Theorie einheitlich darstellenden Werk aus der Feder eines ihrer Anhänger fehlt es, wenngleich Lenins „Staat und Revolution“ als grundlegend für sie ange-

sprochen werden darf. So mußte mit Hilfe der an Zahl nicht ganz geringen Broschürenliteratur versucht werden, zu zeigen, wie Stein um Stein geschichtet ward, bis sich aus ihnen der bolschewistische Ideenbau emportürmte, der nun als nahezu vollendeter Bau einheitlich und geschlossen sich vor uns erhebt.

Das war der erste Teil der zu lösenden Aufgabe.

Dann aber mußte, und dies schien kaum weniger notwendig, die von den Großen des Bolschewismus aufgestellte und von den Kleinen in Rußland wie in Deutschland blind übernommene Behauptung, Bolschewismus sei der wahre, der reine, der von allen Schlacken befreite, wiederhergestellte Marxismus, auf ihre Berechtigung geprüft werden. Nicht nur Parteigänger, auch Gegner des Bolschewismus, zumal wenn sie gleichzeitig solche des Marxismus sind, machen sich diese Behauptung zu eigen; auch wird versucht, ersteren als äußerste Konsequenz des letzteren aufzuzeigen, während die alten Anhänger des Marxismus beide Ansichten entschieden bestreiten. So liegen auf diesem Gebiete, wenn auch nicht viele, und kaum eine vollständige, so doch einige sachliche und tiefer schürfende Arbeiten vor.

Da dieser Anspruch des Bolschewismus fast mehr auf das politische als auf das ökonomische Gebiet hinzielt — denn vor allem auf jenem wird den bisherigen politischen und wissenschaftlichen Vertretern des Marxismus Verrat an der Lehre des Meisters vorgeworfen —, so war ihm vor allem an Hand der politischen Schriften von Marx-Engels nachzugehen; freilich waren aber auch die ökonomischen namentlich dort heranzuziehen, wo sie politische Bemerkungen enthalten oder wo die bolschewistische Lehre auch hier eine neue und richtige Auslegung der ökonomischen Anschauungen von Marx bieten will. Natürlich mußten die einzelnen politischen und in zweiter Linie auch die ökonomischen Forderungen des Bolschewismus Punkt für Punkt nachgeprüft und mit den Anschauungen von Marx verglichen werden.

Marx' politische Ansichten finden sich nicht systematisch in einer zusammenfassenden Schrift, die etwa als sein letztes Wort zu diesen Fragen anzusehen wäre, dargestellt, verteilen sich vielmehr, oft in Form mehr gelegentlicher Äußerungen, auf einen Zeitraum von etwa 40 Jahren. Das allein erklärt, daß sie nicht immer ganz miteinander übereinstimmen, weshalb als erstes Gebot gelten mußte, zu versuchen, aus ihnen Marx' grundsätzliche und d a u e r n d fest-

gehaltene Stellungnahme zu einer bestimmten Frage aufzuzeigen. Es galt aber auch, dies sachlich und unparteiisch zu tun, weshalb auch voneinander abweichende Äußerungen möglichst vollständig wiedergegeben wurden, denn nur dies ließ Gelingen hoffen für die Absicht, den Grundgedanken von Marx sachlich zu entwickeln, nicht ihn einseitig zu färben oder zu verschleiern. Außerdem war es natürlich wichtig, festzustellen, was Marx oder Engels selbst gesagt und gesprochen, nicht etwa, was ihre Bewunderer oder Gegner in ihre Worte hineingelegt hatten. Aus all diesen Gründen mußten auch zahlreichere und manchesmal ausführlichere Zitate aus Marx und Engels' Schriften gebracht werden.

Diese Gegenüberstellung war zugleich die einzige Kritik, die an dem bolschewistischen Lehrgebäude versucht wurde; allerdings bildet sie einen wesentlichen Bestandteil des Versuches seiner Darstellung. Denn nur eine solche, nicht mehr, will diese Untersuchung sein, die sich darum nicht nur von jeder Zustimmung oder Ablehnung, sondern auch von jeder Wertung freizuhalten bemüht. Non nostrum tantas componere lites.

Um die bolschewistische Bewegung in dem Maße, als dies heute möglich ist, ganz verstehen zu können, schien auch eine kurze Darstellung, wie der geistigen und materiellen Voraussetzungen und Grundlagen, so auch der Geschichte wünschenswert. Beides wollen die beiden ersten Teile, wenn auch nur skizzenhaft gehalten, bieten. Eine eingehende Schilderung des russischen Geistes- und Wirtschaftslebens oder eine Geschichte der russischen Arbeiterbewegung würden den Rahmen dieser Arbeit weit übersteigen, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, jetzt Studien nach den Quellen, die heute unzugänglicher sind denn je, vorzunehmen. Deshalb mußte hier auch vielfach aus zweiter Hand geschöpft werden.

Ich habe mich — vielleicht ist es nicht überflüssig, dies zu betonen — unausgesetzt bemüht, mir bei der Behandlung dieses Gegenstandes als obersten Leitsatz dienen zu lassen, was Erfordernis aller wissenschaftlichen Arbeit, wenn anders sie diesen Namen verdienen will, sein muß: Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit. Dies um so mehr, als die Gefahr, ein Thema, das so in das Erleben des Alltags eingreift, allzu subjektiv geschaut darzustellen, eine doppelt große ist. Ob mir dieses Streben ganz gelungen, darüber steht mir kein Urteil zu; doch hoffe ich, daß das Mühen um Wahrheit und Klarheit kein ganz vergebliches gewesen ist. Und so darf ich viel-

leicht dieser Arbeit die Worte mit auf den Weg geben, die einst ein ganz Großer von seinem ersten, ganz selbständigen Werk sagte: C'est icy vn liure de bonne foy, lecteur [2]).

Freilich, eine Bekenntnisschrift, wie es die seine war, ist diese Arbeit nicht und will es nicht sein. Denn, was immer die persönliche Stellung des Verfassers zu dem behandelten Gegenstand sei und wie sie sich besonders bei seinem Studium herausgebildet: Liebe, Haß, Bewunderung, Verachtung, Gleichgültigkeit, sie mußte zurücktreten und wurde zurückgestellt hinter das Ziel, das allein gelten durfte:

Amicus Plato, magis amica veritas.

Noch einige Worte; Worte des Dankes. Die ersten meinen Eltern und meinem Bruder Karl, ohne dessen mir in so vielen Jahren stets durch Rat und Tat bewiesene Treue ich dieses Buch nie hätte schreiben können.

Ebenso danke ich allen jenen, die mich bei meiner Arbeit, und namentlich bei der schwierigen Beschaffung des Materials, unterstützten. Ihre Zahl ist keine geringe.

Den aufrichtigen Dank, den ich allen meinen akademischen Lehrern, besonders denen der Alma Mater Tubingensis, die diese Arbeit durch Anregung und Ratschlag förderten, schulde, hier auszusprechen, ist mir angenehme und gern erfüllte Pflicht.

Vor allem aber muß dieser Dank meinem verehrten Lehrer Professor Dr. C. J. Fuchs gelten, dem ich mehr als jedem anderen Rat und Förderung in meinem Studium verdanke und der auch diese Arbeit anregte und leitete. Ihm hierfür auch an dieser Stelle zu danken, ist mir mehr als Pflicht, ist mir tiefgefühltes Herzensbedürfnis.

Druckschwierigkeiten, in den Zeitumständen begründet, haben es bewirkt, daß fast ein Jahr zwischen dem Zeitpunkt des Abschlusses dieses Buches und dem Tage, an dem es vor die Öffentlichkeit treten kann, liegt.

Das hat ihm sicher manches von seiner Aktualität genommen.

---

2) **Montaigne**, Essais, S. 1.

Schriften, die damals mühsam aus dem Ausland beschafft werden mußten, sind jetzt fast überall erhältlich und jedermann zugänglich. Viele Forderungen, verschiedene Erscheinungen des Bolschewismus sind dank dem Eifer, mit dem Zeitungen und Zeitschriften jede Nachricht über dieses im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehende Problem veröffentlichten, den weitesten Kreisen vertraut geworden. Manches auch, was sich uns in den Schriften der Führer der Bewegung noch undeutlich und doch schon kennzeichnend für ihren Verlauf abzuzeichnen schien, so vor allem der große Wandel der bolschewistischen Theorie und Praxis, hat seither umfassende, aller Welt bekannte Bestätigung gefunden. Der Bolschewismus hat in Rußland den Sieg behalten, weil er, teilweise wenigstens, aufhörte, „Bolschewismus" zu sein.

Anderes dagegen, worauf diese Schrift neues Licht zu werfen sich bemühte, so die erste Anwendung und die Bedeutung des Diktaturbegriffes bei Marx, die von Marx-Engels gemachte Unterscheidung der Methoden der politischen und der sozialen Revolution, ihre Stellungnahme zur politischen Demokratie und zur Frage des allgemeinen W a h l r e c h t e s, der demokratische Grundcharakter ihrer Schriften, die Geschichte des Rätegedankens u. a. sind seither in der Öffentlichkeit noch immer nicht oder doch nicht so eingehend erörtert worden.

So wagen wir zu hoffen, daß diese Arbeit auch jetzt noch, trotz des verspäteten Erscheinens, einigen Wert besitzen und diesen auch dem Umstande entlehnen wird, daß sie den Versuch darstellt, eine möglichst zusammenfassende und unparteiische, sich ausschließlich auf die Schriften der Führer selbst stützende theoretische Untersuchung dieser gewaltigen Bewegung zu geben.

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Teil

Die Geschichte

I. Abschnitt: Die unorganisierte Streikbewegung und ihre Wirkung auf die Gesetzgebung

II. Abschnitt: Die Gewerkschaftsbewegung

Seite

III. Abschnitt: Die politische Bewegung

Dritter Teil

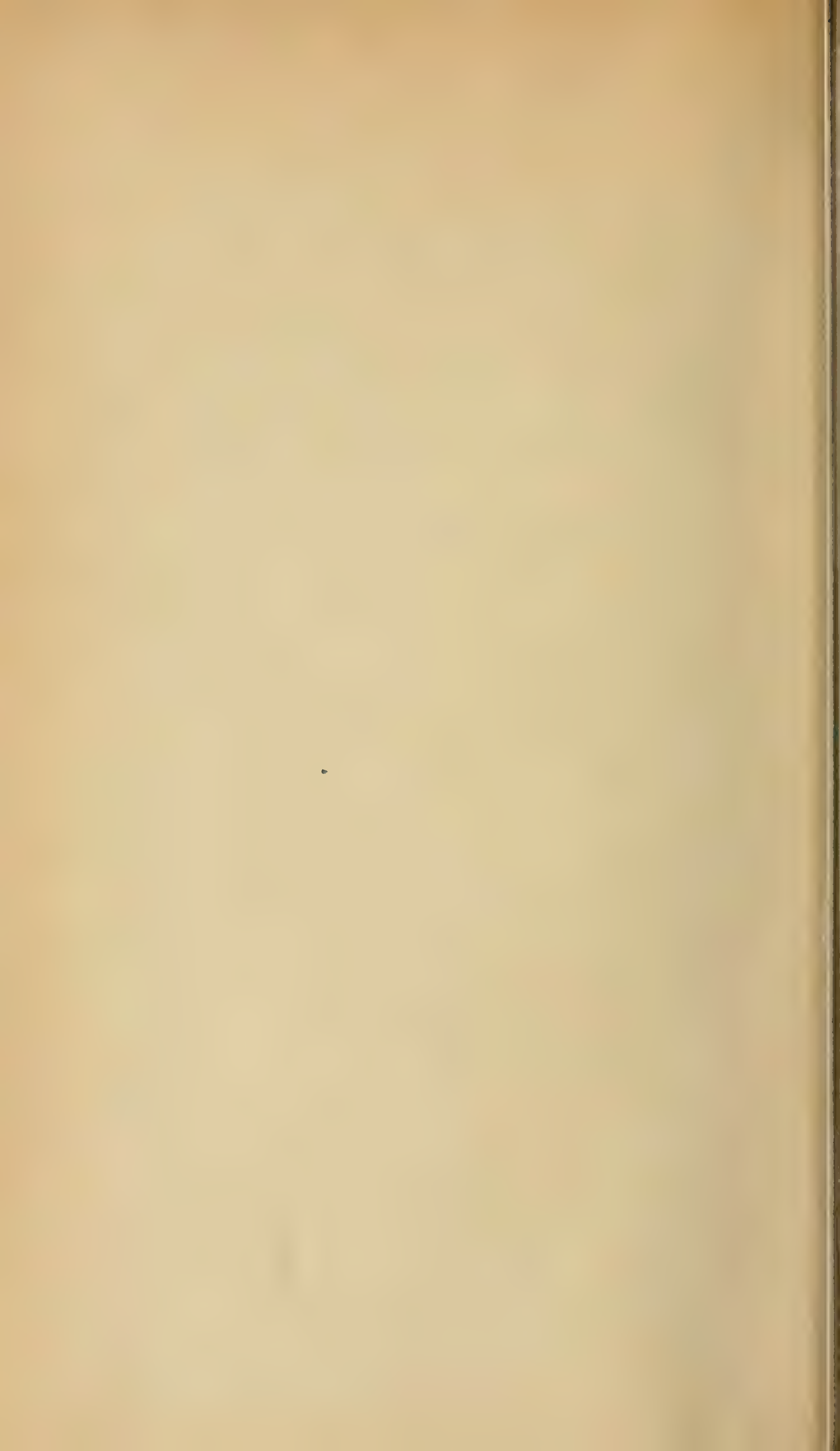
Die Theorie

Die Probleme des Bolschewismus. Staat, Revolution und künftige Gesellschaft; Bolschewismus und Marxismus

Einleitung: Name und Bedeutung

I. Abschnitt: Lenins Schrift „Staat und Revolution“ und die Lehren von Marx

III. Abschnitt: Das Wirtschaftsprogramm



Erster Teil

Die Voraussetzungen

I. Abschnitt

Der russische Geist

Du gleichst dem Geist,
den du begreifst . . . .
Goethe.

Die Gegensätze in der russischen Seele

Zwischen zwei Welten liegt Rußland, zwei Welten gehört es an, zwei Welten scheint es in sich zu vereinigen: Asien und Europa. Und das so physisch wie psychisch. Unausgeglichene Gegensätze, die der russische Charakter oft überbrückt, manchmal verbindet, kaum je restlos in eine Einheit auflöst. Wie die russische Tiefebene Bindeglied und Trennung der ungeheuren geographischen Gegensätze, so die russische Seele der geistigen. Und wie die russische Tiefebene ihre besondere, unverwischbare und anderwärts nie wieder zu findende Eigenart aufweist, die endlich weder Europa noch Asien ist; wie Rußlands Geschichte weder die des Orients noch des Okzidents, wohl aber von beiden zu tiefst beeinflußt ist, so auch die Seele des Russen.

Der Kampf, den Asien gegen Europa auf Rußlands Boden durch Jahrhunderte ausfocht, hat tiefe Furchen in das russische Antlitz gegraben. Ihm dankt es manche seiner kennzeichnendsten Züge. Nicht alle freilich. Wie nicht nur Wind und Wetter, äußere Einflüsse dem Menschengesicht Farbe und Linie geben, sondern inneres Erleben die letzten und tiefsten Furchen hineinprägt, mag dieses Erleben durch äußere Umstände noch so sehr bedingt werden, so auch den Zügen eines Volkes. Inneres Erleben heißt bei ihm innere Geschichte, im weitesten Sinne genommen.

Alles zusammengenommen, inneres und äußeres Erleben, formte auch die russische Seele. Christentum, Tatarenjoch, Despotismus, Leibeigenschaft, soziales Elend, das sind, wie Nötzel in seinem

schönen Buche[1]) hervorhebt, die Messer, mit denen das russische Bild geschnitzt ward. Der Stoff, aus dem es gebildet wurde, den lieferte unverwüstliche Rasseneigenart, wie sie aus der Unendlichkeit der russischen Tiefebene hervorwuchs: schrankenlos, maßlos.

Maßlosigkeit der russischen Seele! In Liebe und Haß ohne Grenzen! Grenzenlos wie das Land, in dem Himmel und Erde sich in fernster Ferne berühren, ihre Trennung in unmerklichem Übergang aufheben zu wollen scheinen; es nie können. So bleiben Liebe und Haß in der russischen Seele eng vereint, doch ewig unvereinbar.

Unbekannte, geheimnisvolle Kraft, die dem russischen Boden entströmt, dem Volk, das ihm entwachsen, so seine Eigenart aufdrückte. Seine größten Söhne haben dem Ausdruck verliehen, was alle seine Kinder erfüllte.

Grenzenlosigkeit des Gedankens, gesellt zur Maßlosigkeit des Empfindens. Was wird das Ergebnis sein für das Geschick des Volkes und für des Volkes Leben unter den Völkern? Wird es das Heil finden, das zu suchen der Gedanke an die Unendlichkeit des Alls treibt, wird es das Heil den andern Völkern bringen?

Der Gedanke an Erlösung aus der irdischen zu einer überirdischen Unendlichkeit liegt tief im russischen Volke. Soziales Unglück, Krieg, Knechtung haben dem Drang bestimmte Richtung gewiesen; vom irdischen Leid galt es zunächst Befreiung zu finden. Das Erlösungssehnen wird zum Sehnen nach Befreiung vor allem von dem einen schmerzhaften, täglich neu empfundenen Joche: Befreiung vom Despotismus schien Befreiung vom Übel überhaupt,—wie Befreiung von der Leibeigenschaft es dem Bauer einmal geschienen hatte. Befreiung vom Joche des Kapitalismus schien der Intelligenz völlige Freiheit zu versprechen. Und was für den Bauer die Befreiung vom Gutsherrn, das war dem Arbeiter die vom Fabrikherrn, und, wenn er gleich dem „Intelligenten" etwas tiefer in das Räderwerk der Wirtschaft hineingeblickt, vom Kapitalismus, der nicht unähnlich dem Zaren, eine ferne, unbegreifliche und doch so fühlbare Macht darstellte.

[1] Die Grundlagen des geistigen Rußland. Versuch einer Psychologie des russischen Geisteslebens. Auf den Gedankengängen dieses Buches bauen sich die Ausführungen dieses Kapitels vor allem auf.

Die Befreiung mußte eine vollständige, restlose sein, so gebot es das Streben nach Absolutem. Die Kirche, die dem im Anblick der Unendlichkeit Versunkenen, fast Hilflosen, Stütze geworden und ihn in der Unendlichkeit die Gottheit verehren gelehrt, sie ihm aber auch menschlich nahegebracht, faßbar und erkennbar nach seinem geringen Verstande, hatte ihn zugleich gelehrt, den Gedanken der Kirche als den allein richtigen anzusehen, sie selbst als die allein „rechtgläubige"; und das arme Menschlein, das ihr angehört als Teil derer, die auserwählt sind, die Erlösung zu bringen. Und wenn der „bisher größte Russe, Tolstoj, ... eine Erlösung der ganzen Menschheit nur vermittels ihres Durchganges durch das Russentum — in Gestalt seines typischsten Vertreters: des russischen Bauern — sich vorzustellen vermag, kein russischer Welterlöser einen andern Weg kennt" [2]), so gilt das auch für den Industriearbeiter, nur daß für den russischen Arbeiter, der aber mit seinen Vorstellungen im Bauerntume wurzelt, der Erlöser der Proletarier ist. Mag er, der russischen Ebene entrissen, auch zum Städter geworden sein — kaum irgendwo ist es länger als eine oder zwei Generationen her —, zu ihr kehren seine Gedanken zurück; in ihr fühlt er sich wahrhaft daheim, dank seiner Vergangenheit, die ihn, sei er auch aus einem Bauer zum Halb- oder Ganzproletarier geworden, nie verläßt, sein Geistesleben, seine Vorstellungswelt fesselt; noch daran fesselt, denn auch das wird bald zu Ende sein. Nur ist ihm eben nicht mehr der Bauer, sondern der Proletarier der, an dessen Maßstab Rußland und durch Rußland die Welt gemessen wird.

Der Gleichheitsgedanke; Kommunismus und Sozialismus

Erlösung für alle! Unterschiedslos und gleich sind alle im Verlangen nach ihr, alle ihrer gleich bedürftig. Bruder Mensch! Mag trennend zwischen uns stehen, was da will, magst du reich und ich arm sein, eine Gleichheit umfaßt uns alle heute schon: wir alle leiden und wir alle hoffen Befreiung.

„Bruder Mensch!" Wie ist das Wort, wie ist der Gedanke, den es birgt, entstanden? Hat die Unendlichkeit, die alles erdrückt, alle so klein gemacht, daß kein Unterschied zu erblicken ist? Wo

2) Nötzel, Grundlagen, S. 23.

der Mensch im Menschen den Bruder sieht, da muß der Unterschied von Sprache, Rasse, Religion und Sitte für nichts gelten. Ein Band umschlingt alle. Nicht fremd ist der Gedanke; ganz Leben zu gewinnen, vermag er nicht. Denn immer bleibt der russische Mensch, als der zunächst zur Erlösung bestimmte, als der nach welchem und durch welchen erst der ganzen Menschheit Heil beschieden, der erste, eine Stufe höher, besser als die anderen. Ein erster, nicht der letzte Widerspruch im russischen Denken.

„Bruder Mensch.“ Gleichheitsgedanke! Gefördert und getrieben durch das Wesen der unendlichen Ebene, die keine Ungleichheit kennt, in der eines ist wie alles und alles wie eines. In der seit Jahrhunderten alle wirtschaften und beisammenleben, der eine gleich dem andern, gleich wie die Tausende vor ihm und neben ihm den Boden bestellend, Kinder zeugend, duldend, leidend, sterbend. Kein Unterschied, denn solcher von außen her hineingetragen, durch fremde, von außen wirkende Macht erzwungen. Daher die kommunistischen Neigungen. Aber auch sie werden gefördert durch eben jene fremde Macht, die die bisher nebeneinander Lebenden, nur in der Familie Geeinten, zu neuer Einheit zusammenschweißt. Die Dorfgemeinschaft, aus rein äußerlichen Gründen (Heeresdienst und Steuerleistungszwang) dem Bauer aufgedrängt, wird von ihm widerstandslos angenommen, gut befunden. Fast ist es zuviel, von Aufdrängung zu sprechen, da etwas, das im Wesen des Bauern selbst auf so Verwandtes stieß, etwas, das so innig mit seinen Anschauungen verschmelzen konnte, daß es ihm bald als etwas von jeher Dagewesenes, als nicht wegzudenkender Bestandteil des täglichen Lebens zu erscheinen vermochte, kaum ein Aufdrängen zu nennen ist.

Doch blickt er weiter, blickt er über die Seinen hinaus, welcher Gegensatz! Zu ungleich hat das Geschick die Gaben verteilt. Wenige Herren, viele Knechte. Und die Herren hatten in unerschöpflicher Fülle, woran es den Bauern zum Leben gebrach: Land, Land, unendlich viel Land. Bezeichnend genug, wie spät das Verlangen danach einsetzte und wie es sich äußerte. Erst nach dem Fall der schlimmsten Ketten wird der Wunsch, der formalen Freiheit durch größeren Landbesitz realen Inhalt geben zu können, so recht lebendig. Aber ehe an einen Wandel der Wirtschaftsweise gedacht wird, ehe der Bauer sich klar wird, daß sein Wunsch nicht Vergrößerung des G e m e i n besitzes bedeuten muß, auch größeren

Eigenbesitz bedeuten kann, vergeht manches Jahr. Und ganz ist ihm die Frage noch nicht entschieden. Noch ringt ein Rest des Hanges zum Gemeineigentum mit der Liebe zum Sondereigentum, die rege wird und immer stärker wächst, sobald und je mehr das Erträgnis der Scholle als der eigenen Arbeit verdankt angesehen, aber auch, je mehr die Verwertbarkeit des Produkts erkannt wird.

Tief ausgeprägt ist dieser Hang zum Kommunismus in der russischen Seele. Vom Bauer geht er auf den Arbeiter über, der ja die längste Zeit nichts anderes gewesen, als ein der Scholle beraubter, doch an ihr hängender, verdorbener Bauer, und erst in allerjüngster Zeit sich besann, er selbst zu sein, sein eigenes soziales Leben zu leben, seine eigene Erlöserrolle zu ahnen anfing. Wie die Gemeinwirtschaft im Bauernleben als Familien- und Dorfgemeinschaft, so schlang im Arbeiter- und Handwerkerleben das Artel, die Genossenschaft, das Band um die, in deren Köpfen andere als kommunistische Wirtschaft oft unverständlich ist. Und wie der Bauer des Gemeinschaftslebens vielfach unentwöhnt ist, so auch der Arbeiter, trotz des ungeheuer eindringlichen Anschauungsunterrichtes durch Großstadt und Industrie. Aber vielleicht sind es gerade die „amerikanischen“ Verhältnisse in ihr, die Großbetriebe, in denen der Einzelne nur ein Rädchen unter Rädchen, ein hilfloser Zwerg unter Zwergen ist, die bewirken, daß der Einzelne, und diesmal der oft wirklich zum Proletarier Gewordene, enger sich an den andern schließt und mit Hingebung den Lehren des Sozialismus lauscht, die so seinen innersten Neigungen entgegenkommen und für die Zukunft Heil versprechen, beweisen, daß es kommen müsse. So scheint ihm, „ungefähr das sagt der Pfarrer auch, nur mit ein bißchen anderen Worten“.

Doch der Sozialismus will ihm noch eines klarmachen. Den Druck des Despotismus, der ihm vor alters die Verteidigung seiner Scholle sicherte gegen Tataren und Mongolen, den hatte der russische Bauer als fast selbstverständlich hingenommen, als fast notwendig erkannt, sich daran gewöhnt und nicht wider den Stachel gelöckt, als die Voraussetzungen für ihn längst entschwunden. Die Kirche war mit ihren Geboten, wie ihrem geheimnisvollen Glanze, ihren einfachen Satzungen wie ihren unverständlichen Geheimnissen, dem Innersten seiner Seele entgegengekommen; ja, die Leibeigenschaft sogar war fast zu einer Macht geworden, die hinge-

nommen ward als Fatum und wider die erst gerungen wurde, als ihr Übel unerträglich geworden war. Nun kann und soll alles anders sein. Der Sozialismus weist ihm nach, daß es einen Zustand gibt, wo weder Herr noch Knecht, wo weder reich noch arm sein wird, wo alles allen gehört; und verkündigt ihm das Paradies just so, wie er es sich selbst ausgemalt, wie er es sich kaum einzugestehen gewagt hatte, so unerfüllbar schön und überirdisch gut und gerecht. Dem Erlöserglauben hatte er nun Richtung gewiesen, ihn mit den lieben und vertrauten Gedankengängen des Kommunismus zu einer neuen Vorstellungswelt unauflöslich zu verflechten gewußt. Freilich, gerade beim Bauer versagte er, versagte schließlich, als er sich nahe am Ziele wähnte. Denn neben der Predigt war die Wirklichkeit gegangen und hatte den Bauer das Verlangen und den Vorteil des Eigenbesitzes gelehrt, und als es zum Wählen kam zwischen persönlichem Vorteil und allgemeinem Glück, da ward ihm die Wahl nicht schwer, — denn er war Bauer und Mensch.

Die dreifache Kette, mit der die Vergangenheit den Russen gefesselt: politischer, geistiger, wirtschaftlicher Druck, konnte wohl gebrochen werden. Doch der Rücken, den sie gekrümmt, das Haupt, das sie gebeugt, wird lange noch die Spuren tragen. Volle Befreiung, ein schöner Spruch, ein schöner Traum; Möglichkeit und werdende Wirklichkeit nur für den, der selbst darum gerungen, der selbst in Ketten freie Persönlichkeit gewesen. Wie wenige waren das gewesen. Zu schwer hatte der Druck gelastet. Keiner unter den Bauern, eine Handvoll unter denen, die der herrschenden Schicht entstammten, den Seelenbesitzern von ehedem, den Gutsherren und Beamten, der Intelligenz. Anders heute: nun geht sie ja zum Teil aus dem Proletariat hervor, zum mindesten ein Teil der akademisch Gebildeten steht ihm nach Abstammung und Lebensführung nicht ferne.

Die Rolle der Intelligenz

Doch das Zwiespältige, das das russische Denken und das russische Leben aufweist, kündigt sich auch hier an. Die „zwei Nationen" Englands gab es auch in Rußland, vielleicht richtiger sogar drei, die, voneinander abgeschlossen, voneinander nichts wußten: reich und arm und, dazwischenstehend, in beider Lager hineingreifend, die „Intelligenz", die seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahr-

hunderts in der russischen Geschichte solch eine bedeutende Rolle spielte.

Sie wird zur Schicht, der die Führerrolle vom Schicksal zugedacht scheint; so fühlt sie sich zur Befreiungssendung berufen. Die Führerrolle glaubt sie sich vom Schicksal zugewiesen, denn nur ihr war Verstehen von ihm zuteil geworden: matt, dumpf, stumpf waren so viele im Volke geworden, daß für sie gehandelt werden mußte: alles für das Volk, nicht durch das Volk, konnte und sollte so auf lange Jahre ihr Kampfruf werden.

Sich selbst glaubt sie geistig frei, nun gilt es, die allgemeine Freiheit für alle zu erringen, dem Volke Freiheit zu schaffen, zu stürzen, was sich dem in den Weg stellt: den Despotismus, die Staatsallgewalt. Anders denn als Despot wird der Staat nicht begriffen. Nötzel weist besonders darauf hin. Denn anders hat sich der Staat dem Russen nie gezeigt. Darum die Neigung zur prinzipiellen Verwerfung nicht nur der besonderen Form des Staates, sondern des Staatsgedankens schlechthin und begierige Aufnahme jeder Lehre, die ihn negiert: Anarchismus, Nihilismus und auch Annahme des Sozialismus, der ein Überleiten zur staatslosen Gesellschaft sein kann und oft betont, daß er es ist.

Die Vergangenheit hat, so scheint es der Intelligenz, ihr ungeheure Schuld aufgeladen. Ihre Sünde: sie entstammt den Kreisen, die den Bruder im Elend der Leibeigenschaft ließen; sie machte den Menschen zur Sache; sie übersah das Recht der Persönlichkeit, das Recht auf Persönlichkeit; sie vernichtete die Persönlichkeit. Grenzenlose Hochachtung vor ihr, äußerste Hingabe, sie zu schaffen wie zu bilden, sollte danach erwartet werden. Ihre Sünde loskaufend will die Intelligenz dem Volke Freiheit bringen. Doch auf Schuldner und Gläubiger lastet das Erbteil der Vergangenheit allzu schwer: Keiner von beiden kann sein Wesen ganz verleugnen. Zu lange hat das „Volk“ gelitten, als daß es sofort an die neue Heilslehre glaubte; zu lange ist der Herr Herr gewesen, als daß er diesen Widerstand gegen sein Streben begriffe. So ergibt sich, was Kenner Rußlands besonders betonen und was uns die für uns beinahe unfaßbare despotische Form, durch die der vom „Intelligenten“ geführte Bolschewismus seine Gläubigen, wie auch alle die, die an ihm zweifeln, von seiner Weltbeglückung nichts wissen wollen, zu ihrem Glück bringen will, aus dem russischen Wesen selbst erklärt. Es ergibt sich daraus auch die ungeheure Gefahr, die unserer Kultur,

die auf der durch den Protestantismus, durch Kant, durch die französische und die ihr folgenden geistigen und politischen Revolutionen geschaffenen Achtung der Persönlichkeit, der Stellung der Persönlichkeit vor dem Individuum beruht, durch russische Wesenheit droht: „Hier erkennen wir denn auch, was das eigentliche Wesen der russischen Gefahr ausmacht: Sie bedeutet eine Bedrohung unserer höchsten geistigen Güter, Freiheit des Gewissens und der Forschung. Für uns käme es — das muß immer wieder mit allem Nachdruck betont werden — durchaus auf dasselbe heraus, ob Kosakenheere oder Revolutionsarmeen in Berlin einzögen: Das Ergebnis wäre das gleiche: jedes Denken würde mit dem Tode bestraft“ [3]).

Wieder ein Widerspruch, tief klaffend, diesmal zwischen Natur und zur zweiten Natur gewordener Gewohnheit.

Die Intelligenz selbst, so aus der Allgemeinheit herausgehoben, ihr entgegengestellt und doch in ihren Schoß zurückkehren wollend, ist ein solcher, lebendig gewordener Widerspruch. Auch sie trägt tief das russische Gepräge. Nur treibt, auf anderes Gebiet verpflanzt, der russische Geist neue seltsame Blüten. Auch ihr wohnt der Hang zum Absoluten wie zum Abstrakten inne. Nur daß sie sich dessen bewußt wird, daß sie, an Stelle mystischen Erlebens, jeden Schleier vom geistigen Erleben wegziehen, es schlechthin bis in seine letzten Fasern erkennen und deuten zu können glaubt. Der philosophische Materialismus, der ihm so ferne liegt und doch demselben Trieb restlosen Erfassenwollens sein Entstehen verdankt, ergreift die russische Intelligenz, weist ihr neue Wege und Richtungen, bereitet ihr den Weg zur Aufnahme des Sozialismus, auch marxistischer Prägung, der, wie er aller Menschen Gleichberechtigung gar nicht als etwas zu Beweisendes, vielmehr als etwas Gegebenes und, wo nicht gegeben, schlechthin zu Verwirklichendes und dabei unbedingt Kommendes hinstellt, ihrem Sinnen auf Heilung allen Übels die moderne Formung gab.

Der geistige Druck

Dazu der ungeheure geistige Druck, der auf Rußland lag. Jede geistige Regung beargwöhnt, mißdeutet, fast zum Verbrechen gestempelt. Auch er wurde hingenommen, als Verhängnis, gegen das anzukämpfen fast nur Verzweifelten einfiel, die sich selbst zum

3) Nötzel, Grundlagen, S. 75.

Opfer zu bringen bereit waren, wenn anderer Heil dadurch errungen zu werden schien. Ja nicht einmal dessen bedurfte es. Der Gedanke des Opfers um des Opfers willen war stark genug, Tausende in den Abgrund zu locken.

Die Unduldsamkeit, Tochter des geistigen Despotismus, ward so dem Russen anerzogen, ging ihm so ins Blut über, daß die Intelligenz den Widerspruch nicht merkte, der in ihrem Wunsche nach Befreiung steckte. Auch hier das Extrem: Herr oder Knecht im Geistigen. Auch hier das Absolute: das Suchen nach einer allgemein verbindlichen Regel. Ist sie gefunden, oder glaubt man sie gefunden zu haben, dann wird verlangt, daß jeder sie nicht nur befolge, sondern auch an sie glaube; tief eingewurzelt ist der Hang zum Dogma. Der Bauer glaubt den Lehren der Kirche hemmungslos, mit allen Fasern seines Denkens, und wer nicht denkt wie er, ist ihm nicht Mensch; für den Proletarier ist der Sozialismus Glaube, Dogma, Kirche; und dem „Intelligent" der letzten Jahrzehnte ist es der Marxismus, denn er allein scheint zwingend zu erschließen, was an Stelle des Glaubens an das Jenseits trat: den Glauben an die sozialistische Republik. Das „Kapital" trat an die Stelle der Bibel.

Zur Unduldsamkeit tritt die Verachtung Andersdenkender. Unfaßbar erscheint es dem Russen, wie jemand anders denken kann als er, daß er sich nicht überzeugen läßt, sogar nicht überzeugen lassen will; und letzteres ist meist der Fall, da der zu Bekehrende kaum weniger fest von seiner Wahrheit durchdrungen ist, als der Bekehrer.

Wo körperliche und geistige Vergewaltigung herrscht, wo es an einer gesetzten Rechtsordnung fehlt, da ist die Entwicklung eines Rechtsgefühls, eines Rechtsempfindens undenkbar. Da gibt es nur Rechtfertigung aus Zweckmäßigkeitsgründen; die Maßnahmen, die daraus fließen, mögen für den Einzelnen sein wie immer, für ihn gilt: Ergebung in das Geschick, stumpfsinnige Hinnahme oder blinde Empörung gegen das Unverstandene. Der Gegensatz von gesetztem Recht und Naturrecht, d. h. der Gegensatz von Recht und Gerechtem, wird freilich empfunden — im Einzelschicksal. Doch wo es sich um das Schicksal der anderen handelt, da fehlt es daran, denn der andere ist so wenig Rechtspersönlichkeit, als er überhaupt Persönlichkeit ist. Nur Mitleiden greift lindernd ein. Mitleiden, Gleichgültigkeit, Grausamkeit liegen unvereint im russischen Ge-

mut. Da treten Christentum, Slaventum, Asiatismus nebeneinander und jede ihrer Äußerungen scheint unvereinbar mit der andern, schwer deutbar für den, der ihren Gründen nicht nachgehen kann.

Und noch eines: dem Russen fehlt die klassische Kultur, fehlt der Humanismus. Wir wissen: heute sind die Meinungen über den Wert der humanistischen Bildung geteilt, das Moment der äußeren Kultur wird dem der inneren vorangestellt. Wir sind unendlich praktisch geworden.

Doch volles Verstehen der Gegenwart kann nur durch gründliche Kenntnis der Vergangenheit gewonnen werden und volles Verstehen der Einzelpersönlichkeit und der heutigen Menschheit scheint uns daran gebunden, daß unser Geist danach rang, die Menschen, die alle Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, auf ihre Weise — und die bleibt vorbildlich — und zu ihrer Zeit zu beantworten versuchten, zu begreifen. In diesem Sinne scheinen uns die Worte Schopenhauers, daß, wer nicht Latein und Griechisch gelernt, wer also nicht die alte Kultur begriffen, ein — philosophisch — roher Mensch bleibe, und wenn er zehnmal ein Künstler auf der Elektrisiermaschine wäre, zuzutreffen. Dem Russen fehlt aber wie der Humanismus, so das humanistische Ideal. Bloße Technik kann es nicht ersetzen. Kultur der Technik ist immer etwas Äußerliches, Technik der Kultur. Darum steht der Russe mit seiner Bewunderung für den technischen Fortschritt, für das „Amerikanische" dem Materialismus und den materialistischen Idealen so nahe. Dem Russen ist Fortschritt Fortschritt der Kultur*mittel* geworden. Dazu kommt, daß bei ihm das Gefühl der Verinnerlichung zur Mystik wird. Er kennt diesen Hang und sucht ihn durch bewußtes „Modernsein" zu bekämpfen.

Aus dieser tiefen Erkenntnis des russischen Geistes spricht Nötzel die Prophezeiung aus für das Schicksal des russischen Volkes: „Das russische Volk wird demnach voraussichtlich soziale Gleichberechtigung mit politischen Zwangsmitteln zu erstreben suchen. Was hier wie überall dem geistigen Rußland fehlt, ist das Verständnis für die freie Persönlichkeit. Bevor sie nicht Eintritt fand in die Seele des russischen Volkes bleibt Despotismus in wechselnden Formen sein unvermeidliches Schicksal"[4]).

4) Nötzel, Grundlagen, S. 219—220.

Der Krieg

Zu all dem trat das ungeheure geistige und physische, wirtschaftliche und soziale Erlebnis des Krieges. Was er wirtschaftlich bedeutete, wie er den Zusammenbruch nahezu jedes Zweiges des russischen Wirtschaftslebens brachte und damit Verschärfung des gewaltigen Elends, das der an und für sich geduldig Leid zu tragen gewohnten Russenseele aufgebürdet war, das auszumalen, bedarf es keiner allzu regen Phantasie.

Das überall gekannte Bild zeigte sich auch hier. Die Verelendung der Massen nahm zu, der Reichtum einzelner wuchs. Die Gabe, zu organisieren, in Chaos Ordnung zu bringen, ist dem Russen nicht gegeben. So kam es, daß ein Land, reicher an Brotfrüchten denn ein anderes Europas, seine Einwohner nicht zu ernähren vermochte. Der Hunger aber ist auch hier der Anfang vom Ende gewesen. Not lehrt beten. Zweifellos. Not lehrt aber auch verzweifeln. So ist es nur eine Kleinigkeit, aber eine bezeichnende, daß die Revolution in Rußland mit Hungerkrawallen der geplagten Bevölkerung begann.

Nur eine Rettung schien es zu geben, einen Ausweg: Brechen mit den Gewalten, die das Volk in diese Schrecknisse geführt, diese Hölle auf Erden ihm bereitet haben. Hinweg mit den Unfähigen. Die Friedenssehnsucht, wenn sie auch zu Beginn der Revolution nicht ganz so deutlich zum Ausdruck gekommen ist, war nach all den Niederlagen, die trotzdem kein Ende verhießen, die stille, doch mächtigste Triebfeder der russischen Revolution vom ersten Tage ab. Und es ist nur logische Entwicklung, nicht Zufall, daß die Frage sich bald nur darum drehte, werden wir Frieden bekommen, wer wird uns von den Schrecknissen, die nicht enden wollen, vom Hunger, der mit jedem Tage drohender wird, befreien, die allein entscheidende wird; kein Zufall, daß der Sieg im Parteikampfe jenen zufällt, die am energischsten der Friedenssehnsucht der Massen Ausdruck verleihen, sich bereit erklären, um jeden Preis den Schrecken zu beenden, und die vor allem als jene erscheinen, die das Ende, das da kam, geweissagt und am entschiedensten den Bruch mit der Vergangenheit gefordert hatten, alles, was in ihr Macht gewesen, als im Innersten zerfressen und vermorscht ausriefen und alle Macht selbst als Dienerin des großen Götzen Kapitals. Kritische Nachprüfung — wer hätte die üben sollen? Neue Propheten waren eben auferstanden und warben Gläubige.

An diesen fehlt es nicht. Zu viele hatte Elend und Unglück getroffen, Millionen von Toten und Krüppeln der Krieg gefordert. Das stachelte auch die Gedrücktesten auf, die Frage an das Schicksal wurde gestellt und nach eigenen Mitteln zu beantworten versucht. Aber immer neue Fragen tauchen auf: die Eindrücke des Krieges, nicht nur die der Feldschlacht selbst, waren zu gewaltig, hatten dem dumpfen, verschlossenen Bauern, der nur sein Dorf kannte, eine neue Welt gezeigt, neues Leiden, aber auch neue Ideen beschert. Je einfacher sie waren, je mehr sie seinen Sehnsüchten Befriedigung versprachen, desto lieber wurden sie aufgenommen. Schwer ist es, arme, des Denkens ungewohnte Köpfe zum Erfassen eines neuen Gedankens zu bringen, wenn es nicht eine Heilslehre für gläubige Gemüter ist, wenn ihm nicht praktische Erfahrung, am besten Anknüpfung an unmittelbar Erlebtes, das als unerträglich empfunden wird und nach Rettung schreien läßt, zu Hilfe kommt.

Beides schien die bolschewistische Gedankenwelt zu bringen. Eine neue Zukunft, ein Ende des Massenleidens und Massensterbens; eine Vernichtung jener Schicksalsgewalt, die die Millionen für fremde und unbegriffene Zwecke in den Tod hetzte. Die Gewalt der Umstände hämmerte die neuen Lehren in die Köpfe, warb mit einer Kraft, predigte mit einer Eindringlichkeit, entzündete die Herzen, revolutionierte die Köpfe, wie sie der glühendste Wundergläubige nie in seinen verwegensten Hoffnungen zu erhoffen vermessen genug gewesen wäre. Ganz Rußland erfüllte sie mit e i n e m Gedanken.

So also scheint: ohne Krieg kein Bolschewismus, ohne Weltkrieg kein Weltbolschewismus, ohne Hunger nicht dieser geistige Hungertyphus. Wohl ist es möglich — wir sagen: möglich, denn wir wagen nicht, die Zukunft zu meistern, das Irrationale der Weltgestaltung aus unseren Überlegungen auszuschließen —, daß die Umgestaltung der Welt, die die Besten ersehnten, die Meisten erwarteten, sich in jenen Formen hätte vollziehen können, die die eine oder andere bestimmte Schule erhoffte. Aber zu tief ist das Wesen des Bolschewismus vom Kriege beeinflußt, zu sehr verflochten erscheint er mit den Kräften, die in der russischen Seele um die Herrschaft rangen, als daß angenommen werden könnte, daß auch ohne den Krieg, der alles Erleben in neue Bahnen riß, ungeahnte, grauenvolle Kräfte, die wir gebannt wähnten, entfesselte, der an Stelle des seelischen Aufschwungs, der

inneren Läuterung, die Tausende von ihm gläubig erwartet hatten, in unserer materialistischen Zeit, daß ohne diesen Krieg, der den flachsten Materialismus zum Gott erhob, der Bolschewismus hätte erstehen können. Revolutionen auf geistigem, politischem und sozialem Gebiete waren notwendig, schienen möglich; unmöglich war die russische Form. Durch ihren Sieg in Rußland, in ihrer spezifisch russischen Form, scheint sie verlockend, blendend, als der neue, der einzige Weg zum Heile. Das muß bedacht werden, denn das ist die neue Form, in der Rußland über Europa zu siegen hofft. Und wenn, wie Nötzel sagt, an und für sich „eine große Verführung ausgeht vom russischen Geist, ihm dabei die ganz offene Tendenz innewohnt, uns Westeuropäer unserem eigentlichen Wesen abtrünnig zu machen, und er uns trotzdem sehr vieles und wichtiges zu geben hat“[5]), so bleibe doppelt in Erinnerung, daß, wie ein russisches Sprichwort sagt, was des Russen Heil, des Deutschen Tod ist.

II. Abschnitt

Die russische Wirtschaft

1. Kapitel

Die Agrarfrage

> C'est la campagne qui fait le pays et c'est le peuple de la campagne qui fait la nation.
>
> Rousseau

Der russische Bauer und die Revolution

Die Tatsache, daß und wie weit der russische Bauer der bolschewistischen Agitation als geeignetes Objekt für die Ausbreitung ihrer Ideen erscheinen konnte, erschien manchem verwunderlich, besonders, soweit man sich unter dem Einfluß älterer, namentlich russischer Literatur, gewöhnt hatte, einerseits in der russischen Agrarverfassung, dem „Mir“, ein Schutzmittel gegen die Verelendung des Bauernstandes zu sehen, und andererseits, soweit dieser Standpunkt überwunden war, in der Stolypinschen Gesetzgebung eine durchaus segens- und erfolgreiche, großzügige Agrarreform zu erblicken.

---

5) Nötzel, Grundlagen, S. 1.

Noch erstaunlicher erschien es, daß der Bolschewismus in einem, wenn auch zahlenmäßig nicht erfaßbaren Teil der Landbevölkerung Eingang fand, mochte ihn ein größerer auch schließlich entschieden ablehnen.

Das Werben des Bolschewismus um die Bauern konnte immerhin, von allen anderen Erwägungen abgesehen, seien es ökonomische oder soziale, aus den nur die reinen Wirklichkeitsverhältnisse berücksichtigenden erklärt werden, die dem Bolschewismus, wollte er zur Macht gelangen und sie dauernd behaupten, die Gewinnung der Bauernschaft, der erdrückenden Mehrheit des russischen Volkes, als eine Lebensfrage erscheinen ließen.

Wie aber ist es zu erklären, daß die Bauern, die zwar immer ein „kleinbürgerliches", aber in Westeuropa vorwiegend konservatives Element der Bevölkerung darstellten, sich, zwar nur zum Teil, aber doch der neuen Bewegung anschlossen? Der Hinweis auf die, auf dem „urewigen" Mir beruhende „kommunistische Gesinnung" vermag dies allein so wenig, wie der auf die in den Dumawahlen zum Ausdruck gelangte revolutionäre Neigung des Bauern; auch das Schlagwort vom „Landhunger" der russischen Bauern allein tut es nicht, obwohl sie alle einen Fingerzeig zur Beantwortung der Fragen enthalten; denn damit ist die Lösung des Problems nicht gegeben, sondern nur umgangen, hinausgeschoben. Denn es handelt sich eben darum, aufzuzeigen, wieso die „kommunistischen" Gesinnungen, deren langsames, doch gründliches Verschwinden die Ergebnisse der Agrarreform ebenso darzutun schienen, wie die endliche Stillung des Landhungers, in meist ungeahntem Maße wieder auflebten, oder doch aufzuleben schienen. Mit anderen Worten: Was konnte bestimmte bäuerliche Bevölkerungsschichten veranlassen, sich erst der revolutionären Bewegung anzuschließen, was aber auch Widerstände hervorrufen, stark genug, die Pläne der städtischen Gewalthaber beim Versuche der Verwirklichung scheitern zu lassen?

Wie allen Schlagworten in ihrer Einseitigkeit und Vergröberung des ihnen zugrunde liegenden Gedankens — ohne diese würden sie nie zu Schlagworten werden können — ein Körnchen Wahrheit innewohnt, so auch dem vom Landhunger. Der bestand, schien unersättlich. Und dabei braucht man durchaus nicht etwa an eine „terrae" sacra fames zu denken. Gewiß, zu sättigen ist der Landhunger des Bauern kaum je, so wenig wie die auri sacra fames eines andern Standes; ist er doch nur eine, und gerade die für den Bauern

charakteristische Form dieses Besitzverlangens. Aber doppelt schwer mußte er an jenen nagen, die nicht das Notwendigste besaßen, nicht so viel Land hatten, um sich und die Ihren mit dem, was sie mühsam und nach Urväterweise dem Boden abrangen, ausreichend zu ernähren. So aber standen die Dinge für eine Unzahl Bauern. Da ist es kein Wunder zu nennen, daß sich der Bauer dem verschrieb, der ihm Erfüllung seiner Träume, Vergrößerung seines Besitzes, Landzuteilung durch Zerschlagung des Großgrundbesitzes verhieß. Der Bauer ging mit der Bewegung, mochte sie nun radikaldemokratisch oder kommunistisch (als Partei) heißen, wenn und soweit er in ihrer revolutionären Neugestaltungskraft für sich Vorteil erblickte; weiter nicht. Das erklärt den, soweit wir sehen, anfänglichen Erfolg, den späteren Mißerfolg der Propaganda unter den Bauern, auch wenn diese noch mehr von der sozialrevolutionären Partei geübt wurde, und auch, warum die bolschewistische Bewegung nur einen Teil ergriff und schließlich an dem mehr passiven als aktiven Widerstand gegen Gewaltmaßnahmen scheiterte.

Die Übel, die den Bauer zu dieser Stellungnahme veranlaßten, bestanden seit langem; sie sind so recht ein „Erbteil der Vergangenheit“ (Hoetzsch). Ihrer, zunächst teilweisen, Erkenntnis entspringt die erste große Reform, die Bauernbefreiung von 1861, der Einsicht in die Unzulänglichkeit der Ergebnisse dieser, in die Unerträglichkeit der von ihr belassenen und geschaffenen Verhältnisse, die zweite, die Agrarreform von 1906 und 1910. Weithin hatte man angenommen, daß die Stolypinsche Reform die Dinge von Grund auf gewandelt, daß sie neben ihrem ausgesprochenen Ziele, „Verhinderung eines völligen Ruins des zahlreichsten Teiles der Bevölkerung Rußlands“ und „Förderung der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Bauernstandes“ [6]) auch das unausgesprochene, den Bauer in einen konservativen Wirt zu wandeln, erreicht habe oder doch nahe daran war. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, wieviel dazu fehlte; g a n z die Gründe hiervon klarzulegen, wird wohl erst möglich sein, wenn alle Ergebnisse des Krieges auf agrarischem, innen- und agrarpolitischem Gebiet in Westeuropa bekannt sein werden. Heute gilt es, neben dem Hinweis darauf, daß die Reform in dem Jahrzehnt seit ihrer Inangriffnahme auch ohne Kriegsausbruch ihre beabsichtigten Wirkungen erst zum geringsten Teil

6) Stolypins Erklärung vom 19. März 1907 in der zweiten Duma, zit. bei Hoetzsch, Rußland, S. 220, 221.

hatte hervorbringen können — denn zur vollen technischen Durchführung allein hätte es 40—50 Jahre bedurft —, jene Irrtümer und Fehler in ihren Keimen nachzuweisen, die das Werk in seiner gehofften Größe und seinem erstrebten Erfolg beeinträchtigen sollten und so auch das Durchgeführte nicht zur vollen Wirkung kommen ließen. Freilich, eine der Hauptursachen davon, daß es so kam, wie es gekommen ist, dürfte die Unmöglichkeit des Ausreifens auch der guten Seiten des Werkes sein. So war der Bauer verdammt, zu bleiben, was er war, ein vom Landhunger getriebener, revolutionärer Halbproletarier, in seinen Instinkten dem kleinbürgerlichen kommunistischen Anarchismus nahe verwandt.

Wieso er das geworden war, wie die Kette, deren Bruchstücke er noch immer trug, geschmiedet und nie ganz abgestreift worden war, ja wie er vielleicht infolge der Fehler sie noch Jahrzehnte zu tragen bestimmt war, kann nur ein Blick auf das Reformwerk lehren. Nur diese Betrachtung kann Landhunger und Gesinnung des russischen Bauern erklären, und damit auch seine Stellungnahme zum Bolschewismus.

Die russische Bauernbefreiung und ihre Aufgaben

1. Das Wesen der Bauernbefreiung

a) Beseitigung der persönlichen Gebundenheit

Drei Aufgaben hatte [7]) die deutsche Bauernbefreiung zur Erreichung ihres Zieles, „der Bauer soll persönlich freier Eigentümer seines Hofes“ sein, zu lösen: wirtschaftliche, persönliche und politisch-staatsrechtliche Befreiung. Aus drei Quellen waren sie geflossen: Ausbreitung der technischen Fortschritte, Ausbreitung der physiokratischen Lehren, der Ideen der Aufklärung und der Entwicklung der modernen Staatsidee. Diese Aufgaben hatte bei aller durch Zeit und Ort bedingten quantitativen Verschiedenheit auch die russische Bauernbefreiung zu verwirklichen gehabt. Dazu trat, hier wie dort, eine Reihe technischer Maßnahmen, als deren wichtigste die Zusammenlegung der Grundstücke zur Beseitigung der Gemengelage zu gelten hatte, wodurch dann auch der Flurzwang fallen konnte. Bei der Wichtigkeit gerade dieser technischen Maßnahmen für die Schaffung lebensfähiger Wirtschaften und dadurch

---

7) Nach Fuchs, Artikel Bauernbefreiung, Wb. d. V., Bd. 1, S. 365

bedingt, für die psychologische Beeinflussung des Besitzers — vor allem der kleinen und kleinsten —, mußte sich jede allzu späte Inangriffnahme der Reform furchtbar rächen.

Den zwei Gruppen von Maßnahmen entsprachen mehr oder weniger die zwei Etappen, in denen das Werk der Bauernbefreiung und Agrarreform durchgeführt werden sollte, wobei freilich die zweite namentlich mit den Schäden und Unvollkommenheiten aufräumen sollte, die die erste überreichlich gelassen und erzeugt hatte. Denn nur wenige der Hoffnungen, die an das „Befreiungsmanifest" vom 19. Februar 1861 (a. St.) Alexanders II. geknüpft worden waren, hatten sich verwirklicht, seine praktischen Ergebnisse den Jubel, mit dem es bei seiner Verkündigung begrüßt worden war, nicht gerechtfertigt. Immer lauter, immer drohender wurde im Laufe der Jahre die Mißstimmung der enttäuschten Bauern, die schließlich der Regierung den zweiten Teil des Reformwerkes abrang, nachdem auch sie, viel zu spät, zur Überzeugung gekommen war, daß 1861 nur Stück- und Teilarbeit geleistet worden war.

Zur Prüfung dessen, was die Reformen zu leisten hatten und was sie geleistet haben, wird wohl die Anwendung des obigen Schemas geboten sein, das — bei Berücksichtigung der Eigenart, die die Bindung und, ihr entsprechend, die Maßnahmen zur Befreiung der Bauern aufweisen müssen, — als auch hier anwendbar zu bezeichnen sein dürfte.

Die Gebundenheit des russischen Bauern hatte, hierin Westeuropa unähnlich, nicht nur seinem Gutsherrn gegenüber bestanden, sondern auch in seiner Einordnung im Mir, einer rein russischen, und in der Großfamilie einer fast allslavischen Einrichtung [8]). Mit allen drei Bindungen hätte eine volle Befreiung brechen müssen. Die Gesetzgebung von 1861 befreite den Bauer zwar von seiner persönlichen Abhängigkeit vom Gutsherrn, ließ aber die vom Mir nahezu gänzlich unangetastet, ja gestaltete sie durch Einzelbestimmungen noch enger und drückender, und berührte schließlich die von der Großfamilie, einer rechtlich nicht erfaßbaren Einrichtung, überhaupt nicht. Für eine psychologische Befreiung, den zweiten Schritt auf dem Wege zur Schaffung und Verbreitung eines modernen Bauernstandes, war damit jedenfalls kaum der Weg gebahnt.

Der Bauer war so dem Gutsherrn gegenüber persönlich frei geworden, was er seit dem Ukas von 1597 (Aufhebung der tatsäch-

8) **Hoetzsch**, Rußland, S. 190 ff.

lichen Freizügigkeit und Einführung der Schollenpflichtigkeit) nicht gewesen war und was 1649 das Gesetzbuch Alexejs (volle Durchführung der Hörigkeit, Übergang zur und Begründung der Leibeigenschaft) verschärft, und endlich die Erlässe Peters des Großen von 1718—1722 (Einführung der Kopfsteuer und „Revisionen" der zur Rekrutenstellung Pflichtigen) vollendet hatten.

Aber es fehlte der so erhaltenen formalen Freiheit das Moment, das allein ihr erst wahrhaft Inhalt zu geben vermochte: die ökonomische Befreiung, der freie und ausreichende Landbesitz. Denn das Land blieb zunächst im Eigentum des Grundherrn und mußte ihm deshalb von den Bauern — von gewissen Ausnahmen, „Armenland", abgesehen — erst abgelöst werden. Das geschah durch Vermittlung des Staates, denn ohne diese hätte der Bauer nie die erforderlichen Mittel aufgebracht.

War es schon — und nicht nur in den Augen des Bauern — ein Fehler, daß er nicht unentgeltlich in den Besitz wenigstens des zum notdürftigen Lebensunterhalt erforderlichen Landes gelangte, so wurde bei der Durchführung der Landzuteilung noch ein doppelter Fehler in anderer Hinsicht gemacht.

Erstens scheint es, trotz vereinzelter gegenteiliger Ansicht[9]), festzustehen, daß der einzelne Bauer absolut zu wenig Land zugewiesen erhielt. Auf die „Revisionsseele", d. h. die bei der letzten (10.) Revision (= Volkszählung) von 1858 gezählten männlichen Bauern, kamen durchschnittlich $3^1/_2$—4 Desjätinen (= 4 Hektar)[10]), welches Ausmaß für west- und mitteleuropäische Verhältnisse ausreichend sein mag[11]), aber infolge der, sich nicht zuletzt aus der Mirverfassung ergebenden, technischen Rückständigkeit der Bauern[12]) nicht hinreichend war, ja nach der bald allgemeinen

9) So Koefoed, Agrargesetzgeb., S. 151.

10) Trotzki gibt in „Rußland in der Revolution" folgende etwas höhere Zahlen (S. 15):

Bauernkategorien	Anzahl der männl. Seelen i. J. 1860	Anzahl der erhaltenen Desjätinen	auf je eine männliche Seele
Gutsherrliche . . .	11 907 000	37 758 000	3,17
Staatliche	10 347 000	69 712 000	6,74
Kabinettseigene . .	870 000	4 260 000	4,90
	23 124 000	111 730 000	4,83

11) Durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland 1895 7,8 ha, 1907 5,6 ha; Fuchs, Grundprobleme, S. 52.

12) Stern, Agrarfrage, S. 22.

Ansicht, der für moderne Zeiten Oganowski [13]) Ausdruck gibt, um etwa die Hälfte hinter dem Notwendigen zurückblieb. Nach v. Stern, der über die vorbereitende Arbeit ein vernichtendes Urteil fällt, dürfte das erwähnte Ausmaß von der Regierung ziemlich willkürlich so bemessen worden sein, weil „der ackerbauende Leibeigene für seinen Herrn 6—8 Hektar zu bestellen hatte, und wenn er jetzt 4 Hektar zu eigen erhielt, die zur Bestreitung seines Lebens Nahrung und Notdurft ausreichend waren, er noch genügend Zeit erübrigen konnte, um gegen Entgelt die Felder seines gewesenen Herrn zu beackern“ [14]). Daß aber selbst diese Durchschnittsgröße vielfach nicht beachtet wurde, neben großen Anteilen, die die kleinsten 48mal übertrafen, 5 Millionen Bauern weniger als 1 Desjätin erhielten, führt Oganowski an [15]). Das aber hieß Schaffung ungezählter Proletarierexistenzen.

Zweitens wurde das Land dem Bauer teuer, ja zu teuer angerechnet. „Der Bauer bekam weniger Land als er brauchte und mußte mehr dafür bezahlen, als es wert war,“ lautete das, wenn auch verallgemeinerte, Urteil über das ganze Werk [16]). Überdies sollte er den Kaufpreis, den die Regierung dem Gutsherrn in fünfprozentigen Loskaufscheinen ausbezahlte, mit 6 % verzinsen (5 % Zins, 1 % Amortisation und Kosten). Das fiel bei den geringen Erträgnissen des obendrein unzureichenden Landbesitzes schwer, mußte ein Sparen und damit die Möglichkeit ausgiebigen Landzukaufes ebenso erschweren, wie die der Beschaffung ausreichenden Inventars, auch als etwa 20 Jahre nach der Bauernbefreiung die Gründung der Bauernagrarbank zur Förderung des Landzukaufes und der inneren Kolonisation erfolgte. Daß trotzdem, und trotz mannigfacher Übelstände in der Tätigkeit der Bauernagrarbank, nicht unerheblicher Zukauf erfolgte, verrät, mit welcher aus der Notwendigkeit geborenen Zähigkeit der Bauer seinen Landhunger befriedigen wollte. Wie der Bauer aber diese Abzahlungen auffaßte, zeigt eine an sich unscheinbare Einzelheit. Das Wort „obrok“, die Bezeichnung des alten Pachtzinses, ging einfach auf diese Tilgungsquoten über.

Wie übermäßig hoch Kaufpreis und Verzinsung waren, wie sie

---

13) Archiv, Bd. 37, S. 703.
14) Stern, Agrarfrage, S. 22.
15) Archiv, Bd. 37, S. 701—702.
16) Vgl. Hoetzsch, Rußland, S. 200.

das wirtschaftliche Dasein des Bauern immer mehr erschwerten, bewies[17]) die immer mehr anschwellende Summe der Rückstände und ihre Uneinbringlichkeit, so daß schließlich auch die Regierung sich dieser Einsicht nicht länger verschließen konnte und sie — wie hier vorgreifend bemerkt sei — in den Revolutionstagen von 1905 erließ.

Der zweite Bestandteil der persönlichen Gebundenheit des Bauern, der Mir, blieb. Aber diese persönliche Fessel bedeutete zugleich die schwerste wirtschaftliche. Das zwingt dazu, auch diese, als von jener kaum zu trennen, in die Erörterung einzubeziehen.

Nicht eine „urewige“ slavische Einrichtung stellt der Mir dar; er ist vielmehr das Ergebnis der Hörigkeit und namentlich der steuergesetzlichen Bestimmungen des 17. und 18. Jahrhunderts, die dahin gingen, daß die in einem bestimmten Gutsbezirk ansässige Gemeinde dem Gutsherrn, der seinerseits wieder dem Staate dafür verbindlich war, für Steuern, aber auch für die Gestellung der Rekruten solidarisch haftete. Die Gemeinde konnte diese (Kopf-) Steuer nur durch Beteiligung aller Mitglieder mit Ackerland sicherstellen. Die Versammlung der stimmfähigen Mitglieder heißt Mir = Gemeinde. Von ihr begrifflich zu trennen ist, was vielfach als Mir angesprochen wird, die Feldgemeinschaft, „Obschtschina“ = der Gemeindebesitz an Grund und Boden bei — größtenteils — Einzelnutzung und zeitweiliger neuer Verteilung unter die berechtigten Mitglieder, der sich aus obiger Zusammenschlußform für die Mitglieder ergeben hatte. Der Verteilung liegt als Berechtigungsmaßstab eine bestimmte, nicht überall gleiche Einheit zugrunde, z. B. die „Revisionsseelenzahl“, die Zahl der männlichen Seelen, oder der Seelen überhaupt, der Arbeitskräfte, der Leistungsfähigkeit eines Hofes usw. Seelenland „Nadjel“ ist dann der zur Verteilung gelangende Gemeindebesitz, von dem jeder Familie so viel Einheiten zugewiesen werden, als sie „Seelen“ oder andere berechtigte Einheiten zählt. Verteilt wird namentlich Ackerland. Mitglied der Dorfgemeinde bleibt, auch wer etwa in die Stadt abgewandert ist oder einen andern Beruf ergriffen hat; er kann immer zu ihr zurückkehren und seinen bis dahin ideellen Anteil realiter fordern.

Die wirtschaftlichen, technischen, sozialen und nicht zuletzt die psychologischen Folgen einer solchen Wirtschaftsverfassung sind

---

17) Vgl. die zahlenmäßigen Beispiele bei Simkhowitsch, Artikel Bauernbefreiung, Hwb. d. Stw., Bd. 2, S. 602 ff.

natürlich die tiefgreifendsten und erfassen das Individuum in allen Beziehungen, die seine Existenz mit seiner Umgebung verknüpfen.

Von den beiden Banden, die der Mir so für die ihm Angehörigen darstellte, wurde zunächst die eine, persönliche, schüchtern durch die Erklärung, daß der Austritt aus dem Mir zu gestatten sei, zu lösen versucht. Allerdings zeigte sich dabei sofort die unzertrennliche Verbindung mit der wirtschaftlichen; das kommt in dem Satze des Befreiungsmanifestes zum Ausdruck, daß „jeder Hauswirt, der aus dem Gemeindeverband austreten wolle, die volle Summe der auf seinen Anteil fallenden Loskaufzahlung entrichtet haben müsse; dann hatte er das Recht, von der Gemeinde zu verlangen, daß ihm sein Anteil, wenn möglich, in einem zusammenhängenden Stücke aus der Gemarkung ausgeschieden werde“ [18]).

Der zweite Teil dieser Bestimmungen berührt bereits die mit der Befreiung zusammenhängenden technischen Fragen und macht so auch deren Verquickung mit der vorerwähnten deutlich. Die Möglichkeit des Ausscheidens konnten nur die wenigsten sich zunutze machen, und wenn das Gesetz auch ganzen Gemeinden die Möglichkeit wahrte, mit Zweidrittelmajorität den Übergang vom Gemein- zum Sondereigentum zu beschließen, so war doch hiervon recht wenig Gebrauch gemacht worden, als ein Gesetz vom 13./26. Dezember 1893 ein im gleichen Jahre ergangenes, den Austritt weiter erleichterndes, hinfällig machte und ihn für den einzelnen an die Zustimmung des Mir band. So war, trotzdem inzwischen viele Stimmen laut geworden waren, die dem Mir abhold zu werden anfingen, doch sein Bestehen weiter gesichert, ja die Bindung des einzelnen noch drückender dadurch, daß die Gesetzgebung seine Gewalt den Mitgliedern gegenüber vermehrt hatte. Haftete doch der Mir nunmehr dem Staate unmittelbar für Steuerzahlung und Rekrutenstellung an Stelle des Gutsbesitzers, und dieser Vermehrung der Haftpflicht entsprach eine Vermehrung der Macht der Gemeinde durch Übergang der ehemals gutsherrlichen Gerichtsbarkeit auf sie, die nun nicht nur Prügelstrafe verhängen, sondern sogar Verschickung nach Sibirien zur Zwangsansiedlung aussprechen konnte [19]). Hier schafft erst die Gesetzgebung des neuen Jahrhunderts Wandel.

An der dritten Fessel der persönlichen Gebundenheit, der Groß-

---

18) Zitiert bei Hoetzsch, Rußland, S. 200—201.

19) Ebenda S. 201.

familie, hatte die Bauernbefreiung nicht gerührt, und fast ein halbes Jahrhundert mußte vergehen, ehe ihre Lösung auch nur erwogen wurde.

b) Beseitigung der wirtschaftlichen Gebundenheit

Die Beseitigung der wirtschaftlichen Gebundenheit gegenüber dem Gutsherrn, die zweite Aufgabe der Bauernbefreiung, war im Zusammenhang mit der persönlichen durch den Wegfall der Pachtzahlungen und die auf dem Umweg über die Loskaufscheine erfolgte Abkaufung des gutsherrlichen Landes zu vollem uneingeschränkten Besitzrecht erfolgt. Die wirtschaftliche Bindung im Mir bestand in dem oben gezeigten Ausmaße fort.

c) Die staatsrechtlich-politische Befreiung

Was die dritte und letzte Befreiungsaufgabe, die staatsrechtlich-politische, betrifft, so war der Bauer allerdings durch die Reform von 1861 der gutsherrlichen Patrimonialgerichtsbarkeit entzogen worden, an deren Stelle die erhöhte Gewalt des Mir getreten war; die besondere rechtliche und politische Stellung des Bauern der Staatsgewalt gegenüber dauerte bis ins neue Jahrhundert, bis zum Bruch mit dem ständischen Geist fort.

Auf die, übrigens keineswegs günstigen, Wirkungen der Bauernbefreiung auf die Adels- und Großgrundbesitzerklasse, die zu steter Minderung ihres Besitzes durch Verkauf schritten, kann hier nicht eingegangen werden, wo es sich nur um das Schicksal der Bauern und seine Beeinflussung durch die Gesetzgebung handelt.

2. Die Stolypinsche Reform

a) Die Nachteile der Feldgemeinschaft

Was die Bauernbefreiung außer den Unvollkommenheiten bei der persönlichen Befreiung an für die Schaffung eines gesunden lebensfähigen Bauernstandes unbedingt erforderlichen wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen durchzuführen oder auch nur anzuordnen unterlassen hatte, machte die zweite große Gruppe reformatorischer Maßnahmen notwendig. Sie fallen in die Revolutionszeit und unter die Regierung Stolypins, mit dessen Namen oft das zweite Reformwerk bezeichnet wird. Es brach vor allem

mit dem Fetisch „Mir". Die Feldgemeinschaft, wie sie mit ihm verwachsen war, erforderte grundsätzlich: öftere Neuverteilung des Landes, mindestens so oft als größere Veränderungen in der Zahl der Mitglieder eingetreten waren; gleichmäßige Berücksichtigung aller bei der Verteilung und, davon ausgehend, Zuweisung von gleichviel Boden möglichst gleicher Beschaffenheit und Lage an die Berechtigten. Das bedeutete, „daß niemand einen geschlossenen Komplex erhielt, sondern ein halb Dutzend und mehr Fetzen Landes, die in oft kilometerweit voneinander entfernten Schnurstücken oder Gewannen lagen"[20]). Das aber bedeutete wiederum Zeitverlust bei der Arbeit, Flurzwang bei der Bewirtschaftung und noch schlimmere Schädigung des Einzelwirts und der gesamten Wirtschaft: denn, — selbst wenn Umteilungen durch längere Zeit nicht stattfanden, — die stets drohende Möglichkeit einer solchen nahm dem Wirt Lust und Mut, seinen Besitz durch Investitionen zu verbessern, Kapital aufzuwenden, sogar dann, wenn er von ihrer Vortrefflichkeit überzeugt gewesen wäre und die Mittel sich hierzu hätte verschaffen können. Daß und wie diese Art des Wirtschaftens auch ihren Einfluß auf den in seinen Grundlinien durch Rasse und Schicksal vorgezeichneten, eigentümlichen und nicht eben allzu energischen Charakter des Wirtes äußerte, ist klar, ebenso klar auch, was solche Gesinnung für die Wirtschaftsführung und in deren Gefolge für die Einzel- und Volkswirtschaft selbst bedeuten mußte.

b) Der Glaube an den Mir; seine Widerlegung durch die Tatsachen

Daß trotz dieser nur eben angedeuteten Mängel in weitesten Kreisen das Dogma von der segensreichen Wirkung des Mir auf seine Angehörigen fast unerschütterlich galt und nur ganz langsam einer sachlichen Beurteilung wich, ist vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Einrichtung als etwas spezifisch Russisches, von die Dinge einseitig Betrachtenden deshalb grundsätzlich für etwas über allen Einwänden Stehendes, vor Kritik und Widerlegung Gefeites angesehen wurde. Dem Mir wurde — trotzdem ein Blick in das russische Dorf das Gegenteil erweisen mußte — die geheimnisvolle Gabe zugeschrieben, alle seine Angehörigen vor Not zu schützen, die Verteilung des Ackerlandes sollte den Zauberstab darstellen, durch dessen Berührung jede Gefahr einer Prole-

20) **Stern**, Agrarfrage, S. 22—23.

tarisierung schwand. Diese Wirkung hätte er freilich haben können, wären zwei Voraussetzungen dafür gegeben gewesen: entweder hätte der an Zahl ständig zunehmenden Gemeinde eine mindestens im gleichen Maße steigende gemeineigentümliche Bodenfläche zuwachsen, oder aber der Nahrungsmittelspielraum hätte durch Steigerung der Produktivität entsprechend vermehrt werden müssen. Daran war aber aus den angegebenen Gründen nicht zu denken.

Endlich aber mußte die Sprache der Tatsachen auch den Gläubigsten die Augen öffnen, und die Hungerjahre des letzten Dezenniums des alten und des ersten des neuen Jahrhunderts lehrten wenigstens einen Teil der überzeugtesten Anhänger und Verteidiger des Systems, daß es das nicht halten konnte, was sie sich von ihm versprachen. Denn, weit davon entfernt, die Proletarisierung des einzelnen zu verhindern, bereitete es die der Masse vor, und statt den Einzelwirt vor Hunger zu schützen, weihte es ihm ganze Dörfer.

Die dämmernde Erkenntnis fand ihren endgültigen gesetzgeberischen Ausdruck mit dem nach schwerem Kampf errungenen Sieg im Stolypinschen Reformwerk. Dabei ist noch darauf hinzuweisen, daß die gewaltige Zunahme der Landbevölkerung, die von 1858 bis 1897 26,6 Millionen oder 48,5 % und von 1897 bis 1910 19,5 Millionen oder 24 % betragen hatte[21]), zwar durch Abfluß in die Städte, Kolonisation und Auswanderung vermindert worden war, doch konnten, bei allen an amerikanische Verhältnisse gemahnenden Fortschritten der Industrie und der Städte, diese die Massen ländlichen Bevölkerungszuwachses nicht restlos aufnehmen, wie auch die Kolonisationsmöglichkeit eine praktisch nicht unbegrenzte war. Das hieß aber Anwachsen der ungenügend mit Land ausgestatteten Masse vor Aufhebung des Mir und Vermehrung der Landarmen und Landlosen nachher.

c) Die Auflösung des Mir

Bei Verfolgung der Gesamtheit der Reformen, die all dem abhelfen sollten, an Hand des obigen Schemas zu lösender Aufgaben, ist zunächst zum Punkte „Herstellung der vollen Freiheit des einzelnen" vor allem der Maßnahmen zu gedenken, die die Beseitigung der Bindung durch den Mir zum Ziele hatten. Eine vorbereitende Maßnahme war die Aufhebung der Solidarhaftung der Gemeinden

21) Vgl. Oganowski, S. 702 u. 704.

und damit Milderung des schweren Druckes der Steuerlast, die weniger durch ihre an sich zwar recht erhebliche Höhe, als vielmehr durch die Art der Eintreibung dem Bauer zur Qual geworden war.

Vollends wurde dem Mir das Urteil gesprochen im Ukas vom 9./22. März 1906 und in dem auf seinen Grundsätzen aufgebauten Gesetze vom 14./27. Juni 1910. Ukas und Gesetz gaben dem einzelnen das Recht, jederzeit aus der Gemeinschaft auszuscheiden und den auf ihn entfallenden Grundanteil als Sondereigentum zugewiesen zu erhalten, während eine weitere Bestimmung ihm den Austausch seiner in der Flur zerstreuten Landanteile gegen möglichst geschlossene Grundstücke sichern sollte.

Ein weiterer Schritt auf diesem Wege war die Bestimmung, daß überall dort, wo seit der Bauernbefreiung keine allgemeine Landumteilung stattgefunden hatte, die Gemeinde aufgelöst und die im Besitze der einzelnen befindlichen Anteile als deren (Sonder-) Eigentum anzusehen wären. Schließlich gab es für die ganze Gemeinde Zwang zur Teilung, und zwar mit einfacher Mehrheit in Gemeinden, wo schon Privateigentum vorhanden war, mit Zweidrittelmehrheit, wo sich das Gemeindeeigentum noch ganz erhalten hatte.

Von dieser Ausscheidung aus dem Mir ist zu trennen die Zusammenlegung der einzelnen Teilgrundstücke zu geschlossenen Besitzungen. Auch diese Frage muß, obgleich eine technische Maßnahme, wegen der praktischen innigen Verknüpfung mit der ersten Gruppe hier erörtert werden.

Die Forderung nach Zusammenlegung ist dem einzelnen stets zu erfüllen, wenn nicht besondere Schwierigkeiten dies unmöglich machen. Sie muß auch für die Gesamtheit erfolgen, sobald eine allgemeine Umteilung in der Gemeinde vorgenommen und die Separation rechtzeitig begehrt wird. Ferner ist sie stets durchzuführen, wenn ein Fünftel aller Wirte einer Gemeinde oder in Gemeinden mit mehr als 250 Wirten wenigstens 50 Wirte sie verlangen [22]). Das Ergebnis ist in der Praxis das, „daß jeder die Zusammenlegung für sich besonders herbeiführen kann. Es ist klar, daß die Schaffung dieser Möglichkeit dem Zerfall der Feldgemeinschaft großen Vorschub leistet, denn wenn einzelne austreten, so ziehen sie die andern nach sich, sobald es sich zeigt, daß die zusammengelegten Besitzungen prosperieren“ [23]). Bei der Durch-

22) **Auhagen**, Agrarreform, S. 118.

23) Ebenda S. 118.

führung der Separation wirken die Bauern selbst mit, was ihnen die Vermeidung von Ungerechtigkeiten zu gewährleisten scheint.

Bei der Separation sind zu unterscheiden die „Individual“- und die „Gruppen“-Separation; nur die erstere bedeutet wirklich Bildung zusammenhängenden Grundbesitzes für die einzelne Wirtschaft, während bei der Gruppenseparation, d. h. der Landorganisation für Gesamtheiten, es sich darum handelt, „die Mängel unzweckmäßiger Felderlage zu mindern, indem sie allzu großen Gemeinden hilft, sich in mehrere kleine Dörfer zu trennen, oder indem sie die Gemengelage zwischen verschiedenen Gemeinden oder auch zwischen Bauerngemeinde und Gutsbesitzungen beseitigt; für den einzelnen Bauer besteht in solchem Falle die Feldgemengelage fort, aber unter den klareren und bequemeren Verhältnissen einer kleineren, vernünftig umgrenzten Gemarkung“ [24]).

Rein zahlenmäßig betrachtet, war der Erfolg beider Gruppen von Maßnahmen ein beträchtlicher. Fast 2½ Millionen Bauern hatten bis Ende 1912 die Ausscheidung beantragt, bei 1¾ Millionen war sie durchgeführt. Dazu kam die Menge der auf Grund des Gesetzes von 1910 automatisch aufgelösten Gemeinden. Die Separation hatte bis 31. Dezember 1911 ca. 8¾ Millionen Desj. umfaßt. All das aber war noch wenig im Verhältnis zu dem, was zu tun übrig blieb, und selbst eine noch so energische Durchführung der Reform hätte ihre verspätete Inangriffnahme nicht wettzumachen vermocht. Eine besondere [25]) Schwierigkeit bot die Beantwortung der Frage, wer das Recht haben sollte, das Ausscheiden aus dem Mir zu verlangen, der einzelne Bauer oder das Haupt der Großfamilie. Die Antwort hierauf stellt zugleich die auf das Problem der Lösung des dritten Elementes der persönlichen Bindung dar und wiegt besonders schwer mit Rücksicht auf den ganzen Komplex hiermit im Zusammenhang stehender sozialer Folgen für den einzelnen.

Denn, sollte der einzelne Bauer für sich, nicht der Hausvater als Familienoberhaupt mit dieser, ausscheiden können, dann blieben die einzelnen Berechtigungen der Hunderttausende in die Stadt Abgewanderten bestehen, in denen das Bewußtsein des Zusammenhanges mit der Landgemeinde als Heimat noch lebendig war, die sich nur als zeitweilige Proletarier fühlten und mit ihrem Anteil

---

24) Auhagen, Agrarreform, S. 122.

25) So von Hoetzsch, dessen Darlegungen die folgenden Ausführungen folgen (S. 223 ff.), hervorgehobene.

am Gemeindeland als Zufluchtsstätte immer noch rechneten. Entzog man ihnen aber diesen ideellen Anteil, so hieß das, 4 bis 5 Millionen Männer „nur tatsächlich städtischen Proletariates nunmehr auch rechtlich dazu machen“ [26]). Was das bedeutete, lag auf der Hand. Das geschah aber auch, wenn man den zweiten Weg, nur dem Hauswirt den Austritt aus den Gemeinden zuzugestehen, einschlug. Allerdings stand dem das gewichtige Gegenargument gegenüber, daß ihm dann der ganze Familienbesitz als Individualeigentum zufallen mußte, was eben erst die Möglichkeit bot, eine leistungsfähige Wirtschaft zu bilden, und dies wollte die Reform gerade erreichen. Gegen ein solches Einzeleigenum wurde eingewendet, daß der russische Bauer „dafür in keiner Weise reif sei, er würde dieses zur freien Verfügung erhaltene Land verschleudern und vertrinken, und in wenigen Jahrzehnten würde Rußland ein Proletariat von 60 Millionen haben“ [27]). Ein Familieneigentum sei vorzuziehen.

„Stolypin wandte sich mit der größten Entschiedenheit dagegen: das Gesetz verkörpere einen Grundgedanken — eben den des Individualismus —, der durch die Forderung des Familienbesitzes alteriert werde; der Bauer dürfe nicht aus der Sklaverei der Dorfgemeinde in die der Familie übergeführt werden, und nicht für die Trinker und Schwachen, sondern für die Nüchternen und Lebensfähigen habe die Agrarreform zu sorgen [28]).“ Die Entscheidung fiel im Sinne Stolypins, und sie fiel gegen die Stimmen derer, die den Mir erhalten, wie auch gegen die jener, die ihn und den Großgrundbesitz beseitigt wissen wollten, und endlich gegen jene, die für die Aufrechterhaltung des Familieneigentums eingetreten waren. Auf die Berechtigungen der Familienmitglieder wurde keine Rücksicht genommen; ihnen allen Land zuzuweisen, wäre, ohne den Großbesitz aufzuteilen, wohl unmöglich gewesen; eine Abfindung in Geld schien unüberwindliche rechtliche wie tatsächliche Schwierigkeiten zu bieten. (Die Großfamilie kein Subjekt des Zivilrechts.) [29])

d) Die Landzuteilung

Diese Maßnahmen allein hätten dem Bauer endlich die volle persönliche Freiheit gegeben, aber, wie 1861 nicht das, was ihr unbe-

---

26) Hoetzsch, Rußland, S. 225.
27) Ebenda S. 224.
28) Ebenda S. 224—225.
29) Ebenda S. 224.

dingt erforderliches Korrelat war: Land. Doch diesen bäuerlichen Wunsch zu einem, wenn auch kleinen Teil zu erfüllen, waren die Maßnahmen bereits seit 1906 getroffen. In der ersten Duma hatten neben den sozialistischen Parteien sogar die Kadetten Enteignung des Großgrundbesitzes gefordert, und ein Reformprojekt des Landwirtschaftsministers Kutler kam diesen Wünschen entgegen; doch Kutler fiel darüber[30]).

Immerhin hatte die Überzeugung, daß ausgiebige Hilfe nottat, auch die Regierung ergriffen und der Zar überwies am 12./25. August 1906 den größten Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Apanagenlandes (ca. 2 Mill. Desj.) der Bauernbank zum Verkauf und am 27. August/9. September 1906 erfolgte die Widmung von ca. 6 Mill. Desj. Domänenlandes für den Verkauf an die Bauern. Hiermit nicht im Zusammenhang stehen große Landveräußerungen des Adels an die Bauernagrarbank — zum großen Teil aus politischen Befürchtungen vorgenommen —, die aber auch eine merkliche Steigerung des zum Verkauf verfügbaren Ackerlandes bedeuten.

Das Reformwerk wurde ergänzt durch das Gesetz vom 14./27. Juni 1910, in welchem versucht wird, das Kreditwesen zu regeln; es verbietet unter anderem die Verpfändung des Bauernlandes (außer an die Bauernbank), wie es auch insofern erhebliche Verkehrseinschränkungen bringt, als es bestimmt, daß kein Bauer mehr als 6 „Maximalseelenanteile" (die Größe schwankt nach der Gegend)

---

30) Wie sehr ausgiebige Hilfe durch Landzuteilung notwendig war, zeigen die nachstehenden, Wieth-Knudsen, Agrarreform S. 40, entnommenen Zahlen, die den Rückgang des auf die männliche Seele entfallenden Nadjellandes durch Bevölkerungszunahme zeigen: (in Desj.)

Region	1860	1880	1900
Nördliche	7,6	6,1	4,7
Nordöstliche	8,1	6,1	4,6
Östliche	9,5	6,5	4,8
Südöstliche	8,4	5,2	3,5
Zentralwolga	4,0	3,1	2,3
Zentrallandwirtschaftliche	3,6	1,5	2,0
Zentralindustrielle	4,0	3,3	2,6
Nordwestliche	5,0	3,3	2,2
Südwestliche	2,9	2,1	1,4
Kleinrussische	3,3	2,5	1,7
Neurussische	6,2	4,0	2,5
Ostsee	3,2	2,9	2,4

käuflich oder geschenkweise an sich bringen darf, um dadurch zu verhindern, daß einzelne sich auf Kosten anderer zu großen Besitz verschaffen, — eine bald umgangene Bestimmung.

Für die Durchführung der „Landeinrichtung" wurden im Gesetz vom 29. Mai/11. Juni 1911 die maßgebenden Linien festgelegt[31]).

Die obigen Zahlen über die Erfolge bei der Durchführung der Reform geben das Resultat etwa des ersten Jahrfünfts wieder[32]). Immerhin bieten sie einen Anhaltspunkt, was dank energischem Zugreifen in wenigen Jahren (trotz aller Schonung des privaten Großgrundbesitzes, an dem nicht gerüttelt werden sollte), zu tun möglich war und was schon viel früher hätte geschehen sollen. Der private Großgrundbesitz nahm allerdings durch Verkäufe des Adels seit der Bauernbefreiung ständig ab. Was so aber den Bauern zukam, war zu wenig, der Landhunger blieb ungestillt.

3. Die Einwände gegen die Reform

Von Anfang an hatte das Reformwerk mit Gegnerschaften zu kämpfen gehabt. Teils gingen sie von grundsätzlich anderen Anschauungen darüber aus, was zur Rettung des russischen Bauern und der russischen Landwirtschaft nottat; teils schien ihnen das Maß dessen, was die Reform zu verwirklichen versprach, zu gering; teils war es eine Opposition, die nur an einzelne Bestimmungen anknüpfte; oder es handelte sich schließlich um eine Kritik, die nicht so sehr dem Werke, als denen galt, die es geschaffen hatten und es durchzusetzen berufen waren. Ein endgültiges Urteil war bis zu Kriegsbeginn kaum möglich, dazu war noch zu wenig Zeit verstrichen, das Werk noch nicht genügend eingelebt. Doch ließen sich in der Entwicklung bereits Tendenzen erkennen, an die anknüpfend eine sachliche Prüfung ergeben mochte, wie weit die alten prinzipiellen Argumente für und wider durch die Wirklichkeit gerechtfertigt oder widerlegt schienen; Entwicklungstendenzen, die aber auch irrige Voraussetzungen des ganzen Planes, oder andere Fehler, auf die man nicht gerechnet, aufdeckten.

Solche Mängel wies das Werk mehrere auf. Zwar die Behaup-

---

31) Die unter die Landeinrichtung fallenden Tätigkeiten, angegeben bei Koefoed, Agrargesetzgebung, S 158, und der Wortlaut des Gesetzes bei Wieth-Knudsen, Agrarreform, S. 200 ff.

32) Einzelheiten bei Auhagen, Koefoed, Wieth-Knudsen und Preyer, Agrarreform.

tung mancher Reformgegner, daß in der Feldgemeinschaft der Keim zu größeren wirtschaftlichen Fortschritten als im Sondereigentum gegeben sei, da sie die Anwendung von mehr und hochwertigerem Kapital ermögliche, ist in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten, wenngleich dies unter ihrem Regime natürlich nicht ausgeschlossen sein muß; doch scheinen die Vorteile des dauernden Einzelbesitzes zu überwiegen, zumal wenn neben diesem für die ärmeren Bauern in der Aufrechterhaltung von Gemeindeweiden usw. eine Stütze des Wirtschaftsbetriebes verbleibt. Darauf wurde aber zu wenig Rücksicht genommen.

Ein weiterer Einwand stützt sich auf die unter den großrussischen Bauern übliche gleichmäßige Erbteilung unter die Söhne des Erblassers, was notwendigerweise eine baldige neuerliche „Zerstäubung" des Besitzes herbeiführen müsse. Ein Eingehen auf diesen Einwand heißt das ganze Problem des freien oder Anerbenrechtes aufrollen. Daher sei nur auf das Beispiel[33]) deutscher Realerbteilungsgebiete hingewiesen, wo „der Bauer" trotzdem, „nach der Zusammenlegung die Vorteile des arrondierten Besitzes wohl zu würdigen weiß und sie nach Möglichkeit festzuhalten sucht, auch wenn er von der bisherigen Erbgewohnheit nicht abläßt"[34]).

Von der in ihrer endgültigen Wirkung gar nicht abzuschätzenden Tatsache der Proletarisierung der in die Städte abgewanderten Bauernmassen war bereits die Rede, und fast scheint es, daß die Entwicklung die prophetischen Worte des sozialdemokratischen Parteiprogramms: „als verarmter Gemeindegenosse aus dem Dorf hinausgeworfen, wird der Proletarier dort als sozialdemokratischer Agitator wiederkehren"[35]), erfüllt habe. Aber nicht nur die Proletarisierung der Abgewanderten, auch eine weitere Schwächung, ja Vernichtung der schwächeren Elemente und ihre Auswanderung wurde befürchtet. Es war ja das offen zugegebene Ziel der Reform, nur kräftige Besitzer zu schaffen, sich nur auf die „Starken" zu stützen, mochte das immerhin auf Kosten der Schwachen geschehen. Dieser Grundsatz wäre, wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit, vielleicht zu verteidigen gewesen, aber für jene, über die das Rad der Entwicklung hinwegrollen sollte, wäre seine Durchführung darum nicht weniger schmerzlich gewesen. Es sollte sich aber zeigen, daß

33) Nach **Auhagen**, Agrarreform, S. 136.
34) Ebenda.
35) Zitiert bei **Hoetzsch**, Rußland, S. 225.

die Befürchtungen in weitem Umfange gerechtfertigt waren, das erstrebte Ziel aber nicht in gleichem Maße erreicht wurde.

Dies nachzuweisen ist die Aufgabe, die sich Oganowski in seinem Aufsatz stellt. Und da seine Kritik nicht deduktiv von vorgefaßten Urteilen ausgeht, sondern sich auf die praktischen Ergebnisse stützt, dürfte ein Eingehen hierauf, bei der ungeheuren Bedeutung, die ein Gelingen oder Mißlingen der Reform für Wirtschaft, Lebensgewohnheit und Anschauungen des russischen Bauern haben mußte, und damit auch für seine größere oder geringere Empfänglichkeit für revolutionäre Gedanken und Tätigkeit, gestattet sein.

Stolypin hatte das Wort vom „Einsatz auf die Starken" geprägt und damit in eine kurze Formel zusammengefaßt, was Leitgedanken und Ziel seiner Reform war: Förderung der schon im Augenblick der Reform stärkeren Besitzer, um aus ihnen eine zwischen dem immer mehr zurückgehenden Großbesitze und dem landärmsten Kleinbauern stehende, wirtschaftlich fortschrittliche, politisch konservative Großbauernschicht zu bilden. Zunächst zeigt Oganowski, daß die Besitzgrößenverhältnisse in der Auswanderungs- und Ausscheidendenbewegung eine auffallende Parallelität aufweisen; die kleinsten, landärmsten Besitzer treten am stärksten hervor. Daraus zieht er den Schluß, daß es die Enttäuschung über die nicht erfolgte Landzuweisung war, die die Landarmen hierzu veranlaßte. Diese vor allem und nicht, wie erwartet, die starken Wirte wären es, die zum Privatbesitz übergingen, denn so könnten sie ihre unzureichenden Ländereien verkaufen und mit dem Erlös als Auswanderer oder Kolonisten auf billigerem Boden eine neue Existenz beginnen, doch wäre letztere Möglichkeit infolge Mangels an geeignetem Boden auch nur eine begrenzte. Auswanderer, Städter, Arbeitsunfähige und schließlich Besitzer von Wirtschaften im Westen, wo das Land teuer ist, wären es, die ausschieden. Denn der vorweg landreichere Besitzer hätte nur wenig Interesse daran, da seine Familie in der Regel die größte Kopfzahl aufwiese, er sohih bei einer Neuverteilung nur gut abschneiden würde. Dort, wo dies nicht der Fall wäre, ginge allerdings auch der Landreichere zur Ausscheidung über. Oganowski faßt sein Urteil über das Ergebnis des ersten Teils der Reform (Aufhebung des Mir) wie folgt genommen: „Im großen Ganzen streben die(se) Bauern, die entweder die Unsicherheit ihres Landbesitzes (obere, landreiche Schicht) oder ihrer Wirtschaft (untere, landarme Schicht) fühlen, ihr Anteilsland in Privatland zu

verwandeln; die ersteren, um es zu verstärken, die letzteren, um es gänzlich zu liquidieren"[36]), und „... das kleine mittlere Areal ... beweist, daß hauptsächlich die Landarmen ihr Verhältnis zum Lande liquidieren"[37]).

„Es vollzieht sich die Liquidation der Landgemeinde somit in bedeutendem Maße nicht in der Richtung, wie es der Autor unserer Agrarreform sich vorstellte. Die Regierung hoffte, daß der Gemeinde hauptsächlich die ‚Schwachen' den Rücken kehren würden; es hat sich aber herausgestellt, daß es in der Mehrzahl die ‚Schwachen' sind, die ihre Wirtschaften absondern, nicht um sie weiter zu vervollkommnen, sondern um sie gänzlich, wenigstens in der Heimat, zu verlassen. Vielleicht geht aber das Land an die Starken über und wird das Ziel der Reform wenigstens auf diesem Wege erreicht?"[38])

Auch diese Frage verneint Oganowski für einen großen Teil Rußlands, denn, wenn es in einzelnen Gebieten Rußlands zur Konzentration des verkauften Besitzes komme, sei dies in anderen durchaus nicht der Fall, und die Verkäufe führten nur zu weiterer Zerstückelung; in ersteren sei aber das Resultat trotz der einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen Entstehen der Landspekulation.

Bei der Landregulierung aber, ohne die die Ausscheidung ihre günstige Wirkung für den einzelnen nicht zu entfalten vermag, zeige sich ein ähnliches Bild; wieder seien es die landarmen Schichten, die vorangingen, und ebenso sei es schließlich beim Landerwerb, wo über 90 % der Privatland kaufenden Bauern weniger als das zu einer selbständigen Existenz notwendige Minimum hätten. Denn wer bereits halbwegs ausreichend Land habe, kaufe wegen der teuren Preise wenig oder nicht, während die Landarmen durch Vermittlung der Bank ganze Höfe zukaufen; dadurch würden sie zwar zu Landreichen, aber die Unzulänglichkeit des Kapitals bleibe bestehen. Endlich sei auch die beabsichtigte Bildung großer Einzelhöfe ein Mißerfolg gewesen (aus psychologischen Gründen: der Russe siedelt nicht gern allein; aus natürlichen Gründen: Wassermangel in bestimmten Gebieten).

Folgendes ist das abschließende Urteil Oganowskis über den „Einsatz auf Starke"[39]): „Insofern dieser sich in Wirklichkeit

36) Oganowski, S. 742 ff.
37) Ebenda.
38) Ebenda.
39) Ebenda S. 755 ff.

realisiert, ist sie mehr Arena der Landspekulation und Exploitation der Schwachen, als des landwirtschaftlichen Fortschrittes. Es gibt natürlich auch Großbauern, die ihre Wirtschaft verbessern. . . . Damit diese progressiven Einzelwirte die Bauernmasse von hundert Millionen mit sich reißen könnten, müßte man ihrer jedoch nicht wie heute Tausende, sondern Hunderttausende zählen. . . . Wenn Rußland solche Bauernwirtschaften Millionen zählt und wenn dieselben jährlich von ihren Feldern hundertpudige Erträge pro Desjätin erhalten, dann nur könnten wir sagen, daß das Agrarprogramm Stolypins verwirklicht ist." Mit anderen Worten: „Der Einsatz auf Starke wäre also nur dann möglich, wenn die Bauernmasse genug viel solcher ‚Starken' — wohlhabende und gebildete Wirte — in ihrer Mitte hätte." „Wo die Massen aber arm und ungebildet sind, wo urgroßväterliche Landwirtschaftssysteme vorherrschen, dort gibt es auch wenig Starke, die sich nicht zur wirtschaftlich fortschrittlichen Klasse herausbilden, sondern vielmehr einzelne raubgierige Wucherer und Exploitatoren bleiben. Nur die Hebung des Wohlstandes der g a n z e n Masse landwirtschaftlicher Bevölkerung, wobei in erster Reihe die Landnot der untersten Schichten zu befriedigen ist, könnte am Ende zum ständigen landwirtschaftlichen Fortschritte und zu einer wohlhabenden und gebildeten Bauernschaft führen."

So ist ihm „die Agrarfrage in Rußland noch nicht gelöst und kann nach der jetzigen Stolypinschen Methode nicht gelöst werden"[40]), und er sieht (1913) die Zeit herannahen, in der die Regierung vor der Notwendigkeit endgültiger Lösung des schweren Problems der Vermehrung des bäuerlichen Landbesitzes stehen werde.

Diese Kritik dürfte wohl manchen Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung der Dinge und der jüngsten Vergangenheit bieten; ergänzt wird das von ihr Vorgebrachte durch den Versuch, Klarheit darüber zu gewinnen, wer denn eigentlich diese Starken waren, auf die die Regierung ihr Spiel wagte. Das war der Dorfwucherer, die „Faust", der „Kulak", der „Dorffresser". Es sind dies Bauern oder Schnapsausschänker, die ihrem wirtschaftlich schwächsten und unerfahrenen Dorfgenossen durch Gewährung von Darlehen vorgeblich halfen, in Wirklichkeit aber darauf ausgingen, ihn erst um seinen Landanteil zu bringen, dann zu ihrem Knecht herabzu-

40) **Oganowski** S. 756.

drucken. Das Mittel dazu bot, da ein Verkauf des Seelenlandes nicht stattfinden konnte, die Verpachtung eines Anteils, den der Schuldner bestellen muß „bis zur nächsten Umteilung". Die Abhängigkeit, in der sie die meisten Bauern hielten, ihr steigender Einfluß, den, wo er sich als unzulänglich erwies, der Branntwein trefflich unterstützte, bewirkte, daß diese Umteilung recht lange auf sich warten ließ.

Von der Bauernbefreiung bis zur Agrarreform hatte ihr Treiben so geblüht, daß sich eine neue, rücksichtslose und durch ihre Erfolge lebensfähige Schicht von Großbauern herausgebildet hatte, während die Dorfarmen, auf deren Kosten sie erstarkten, immer mehr herabsanken [41]). Die Agrarreform hatte scheinbar diesem Treiben Einhalt zu bieten versucht, indessen wurden ihre Vorschriften (Besitzmaxima) leicht umgangen, und man hatte sich im übrigen gerade auf sie gestützt, so daß das Urteil eines freilich durch keine Rücksichtnahme auf die Frage der Zulässigkeit von Werturteilen in der Wissenschaft in seinen Äußerungen eingeschränkten Schriftstellers, Kurt Aram, über sie geradezu lautet: „. . . . Stolypin hatte . . . nach der Revolution von 1905, als er merkte, daß auch auf den Bauer kein Verlaß mehr war, durch seine schändliche Agrarreform, die

41) Wie sich unter dem Einflusse aller dieser nachteiligen Faktoren die Lage der Bauern gerade in dem fruchtbarsten Gebiete Rußlands, der Schwarzerde, gestaltet hatte, — vor der Reform, die aber darin keine wesentliche Änderung brachte, — zeigen nachstehende Schilderungen Trotzkis (Rußland in der Revolution, S. 19—20). „In dem Schwarzerdegebiet gibt es weder eine Großindustrie, noch eine kapitalistische Landwirtschaft. Der kapitalistische Farmer ist hier ganz außerstande, mit dem pauperisierten Pächter zu konkurrieren und der Dampfpflug unterliegt im Kampfe gegen die physiologische Hartnäckigkeit des Bauern, der, nachdem er nicht nur den ganzen Profit von seinem ‚Kapital', sondern auch den größeren Teil seines Arbeitslohnes in Form des Pachtzinses hergegeben hat, sich von einer Brotart nährt, die ein Gemisch von Mehl, Sägespänen und gemahlener Baumrinde darstellt. Stellenweise nimmt die Armut unter den Bauern einen so großen Umfang an, daß selbst die Anwesenheit von Wanzen und Schaben als beredtes Zeichen des Wohlstandes gilt. Und in der Tat wurde von dem Semstwoarzt Schingarew . . . festgestellt, daß bei den landlosen Bauern in den von ihm befahrenen Wolosten des Gouvernements Woronesch Wanzen überhaupt nicht anzutreffen sind, während bei anderen Kategorien der Dorfbevölkerung die Anzahl der Wanzen im allgemeinen dem Wohlstand der Familien proportional ist. Die Schabe ist weniger aristokratisch, aber auch sie beansprucht einen größeren Komfort, als der Woronescher Pauper: bei 9,3 Prozent Bauern waren Schaben nicht vorzufinden wegen des Hungers und der Kälte in den Häusern."

deutsche welt- und russenfremde Professoren über den grünen Klee lobten, den Bauernstand völlig dem Dorfwucherer und der Dorfhure ausgeliefert, diese beiden letzten zuverlässigen Stützen des alten Regimes auf dem Lande"[42]). Der Landhunger der großen Masse blieb, trotz aller Versuche der Landzuteilung und inneren Kolonisation, ungestillt.

Wäre dem einmal abgeholfen worden, dann wäre eine der Elendwurzeln, und zwar die dem Bauer selbst erkennbare, beseitigt; es bliebe die zweite: das Fehlen modernen Wirtschaftsbetriebes, bestehen. Freilich kann „die Bauernschaft den Sprung aus der Armut und dem Hunger mitten in das Paradies einer rationellen Wirtschaft nicht so ohne weiteres wagen"[43]).

4. Das Anknüpfen der bolschewistischen Agrargesetzgebung an die kommunistischen und individualistischen Vorstellungen

Beides zu erreichen, dabei den Drang nach Individualbesitz mit den unleugbaren kommunistischen Tendenzen der Bauern, wie den Forderungen des theoretischen Kommunismus zu versöhnen, versucht das bolschewistische Programm und mehr noch die Gesetzgebung; sie schlossen sich dabei an das Agrarprogramm der sozialrevolutionären Partei an. Das Gesetz erklärt, daß der Boden grundsätzlich Gemeineigentum des Volkes, seine Nutzung aber durch Privatbewirtschaftung zulässig ist, soweit der

Und wie sich unter dem Einflusse dieser Verhältnisse, der wirtschaftlichen Rückständigkeit, die landwirtschaftlichen Erträgnisse gestalteten, zeigt nachstehende vergleichende Tabelle:

Hektarerträge von	Rußland		Frankreich	Deutschland		Dänemark
	1910	1913	1914	1910	1914	1913
Weizen . . .	7.3	9,1	13,3	19,9	20,7	33,7
Roggen . . .	7,7	8,5	10,6	17,0	17,2	17,6
Gerste	8,6	9,9	13,7	18,5	19,8	24,7
Hafer	8,0	9,1	13,0	18,4	19,0	19,4
Kartoffeln . .	80,5	74,4	85,6	131,9	135,1	175,0

(Nach Stat. Jahrb. f. d. D. R. Jahrg. 1911 ff.)

42) Süddeutsche Monatshefte 1918—1919 S. 225.

43) Trotzki, Rußland, S. 21.

einzelne Wirt dies durch eigene Arbeit bewerkstelligen kann, während es gleichzeitig die genossenschaftliche Bewirtschaftung in weitem Maße fördert. So scheint das Urteil von Dr. Luther, das Programm und die Gesetzgebung hätten „die mittlere Linie zwischen Individualwirtschaft und Kommunismus sehr geschickt gezogen“ [44]), wohl gerechtfertigt, und es fragt sich nur, wieweit seine Durchführung im Sinne der Urheber der Bestimmungen erfolgte.

In der Tat kam es dazu, daß die reichen Bauern sich bei der eigenmächtigen Verteilung des Bodens größere Besitzungen sicherten und die armen erst recht leer ausgingen. Der erstere wollte dann vom Bolschewismus nichts mehr wissen, der letztere, der Dorfarme, blieb ihm weiter anhänglich, weil er eine Verbesserung seiner Lage nur durch ihn erhoffte, und so kann man im großen Ganzen sagen, daß der russische Bauer mit der Revolution ging und geht, soweit ihm ihre Grundsätze Verwirklichung seiner eigenen Wünsche zu versprechen scheinen, — und das ist ganz natürlich; beides gilt, wie vom Erwerb des Grund und Bodens, so von der Bewirtschaftungsart.

In diesem Sinne mag Lassalles Urteil über die deutschen Bauernkriege, „daß selbst die scheinbar vollständig revolutionäre Bewegung . . . in der Tat . . . eine reaktionäre Bewegung war, trotz ihres revolutionären Gebarens . . ., d. h. sie stand, statt auf einem neuen revolutionären Prinzip zu stehen, ohne es zu wissen, vielmehr durchaus auf dem Boden des alten Bestehenden, der damals gerade untergehenden Periode“ [45]), freilich auch von einem späteren Geschichtsschreiber über den Anteil des russischen Bauern an der russischen Revolution gefällt und er zwar als revolutionär in seinen Mitteln, aber konservativ in seinen letzten Tendenzen bezeichnet werden.

2. Kapitel
Die russische Industrie

1. Die Fabrikindustrie

Die Gegensätze, die sich in Rußland, wie geographisch und geistig, so auch im Wirtschaftsleben äußern, machen vor dessen jüngstem Zweig, der modernen industriellen Entwicklung, nicht Halt. Auch hier stehen sich Reste des Alten und neu Aufgeblühtes

---

44) Luther, Vorstellungswelt, S. 17.
45) Lassalle, Schriften, Bd. 2, S. 13—14.

unvermittelt gegenüber. Mit den an amerikanische oder deutsche Verhältnisse erinnernden Großbetrieben konkurriert die Hausindustrie, mit dem modernen Proletariat, das sich eben herausbildete, das in Artels vereinigte Handwerker- und Handarbeitertum mit kleinbürgerlichen Interessen.

Wie verhältnismäßig gering die Industrialisierung Rußlands ist, zeigt, daß im Jahre 1910 von der Bevölkerung des eigentlichen Rußlands (119,9 Millionen) 104,37 Millionen = 87 % Land- und nur 15,55 Millionen = 13 % Stadt-, von jener des Restgebietes (43,86 Millionen) 36,9 Millionen = 84,1 % Land- und 6,95 Millionen = 15,9 % Stadt-, im ganzen Reiche von 163,78 Millionen Einwohnern aber 141,27 Millionen = 86,3 % Land- und 22,51 Millionen = 13,7 % Stadtbevölkerung waren [46]).

Anfänge von Handel und Gewerbe hatte es freilich schon lange, schon vor Peter dem Großen, der auch auf diesen Gebieten Rußland zu europäisieren versuchte, gegeben. So wenig aber damals in Europa eine Industrie im heutigen Sinne bestand, so wenig war noch lange nachher in Rußland an eine solche zu denken. Auch nicht, als schon längst in Europa, voran in England, der Übergang vom Agrikultur- zum Agrikultur-Manufakturstaat vollzogen war, und die Vollendung zum Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaat bevorstand. Auch heute noch hat Rußland diese Entwicklungsstufe nicht erreicht, ist es geblieben, was es war: Agrarstaat, und die Industrie, die es besitzt, scheint in vielen Zweigen mehr eine künstlich aufgezüchtete als eine der normalen Entwicklung des Landes entsprechende, obwohl seinen Bedüfnissen gewiß entgegenkommende, zu sein.

Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts fallen die Gründungen größerer Fabriken westeuropäischen Stils im eigentlichen Rußland, in der Petersburger und Moskauer Gegend vor allem. Rascher als da entwickelt sich die Industrie in Polen; mit ihr ein Kapitalismus und eine soziale Schichtung der Bevölkerung, wie sie Westeuropa nicht fremd sind.

Gefördert wurde Rußlands industrielle Entwicklung durch die Regierung mit der Absicht, aus Rußland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Der allrussische Gedanke scheint hier, dank den gegebenen geographischen Verhältnissen — ein ungeheures, alle Zonen umspannendes Land, das reiche Bodenschätze

46) Nach einer Tabelle bei Wieth-Knudsen, Agrarreform, S. 19, berechnet.

birgt, Wasserstraßen und Menschenmassen, die nach Beschäftigung verlangen, da der Ackerbau sie nicht das ganze Jahr in Anspruch nimmt — seinen vollen Sieg feiern zu können. Planmäßig wird die Industrie großgezüchtet, um so die unentbehrliche Stütze für einen mächtigen, von Europa unabhängigen Wirtschaftskörper, eine autarke Volkswirtschaft werden zu können.

Dem diente die Handels- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Ein Hochschutzzollsystem, das auswärtige Konkurrenz nahezu oder ganz unmöglich machte, gab der russischen Industrie die Möglichkeit des Entstehens. Der Kapitalmangel wurde durch die Einfuhr von auswärtigem Kapital wettzumachen gesucht. Die auswärtige Politik in manchen, nicht in allen ihren Äußerungen wird zur Handhabe, dieses zu gewinnen; sie selbst ist aber von dem Gedanken erfüllt, eben ein sich selbst genügendes, ungeheures Reich zu schaffen, dem die bisher fehlende Industrie die Selbständigkeit sichern sollte. Nicht weniger folgerichtig wird der Eisenbahnbau, die Schaffung von Verkehrswegen durchgeführt. Alles dient einem letzten großen Zweck, denn wie der Staat der Industrie, so sollte diese schließlich ihm dienen.

Die Bemühungen waren nicht vergeblich gewesen, der Aufschwung der russischen Industrie ein beispielloser, und so erwachsen, in letzter Linie von den natürlichen Bedingungen der Produktion (Rohstoffe, Betriebskräfte) abhängig, doch in ihrer besonderen Gestaltung von der Wirtschaftspolitik der Regierung beeinflußt[47]), in Rußland neun große Industriebezirke: St. Petersburg mit Nowgorod; Mittelrußland (Moskau, Twer, Kostroma usw.); Südrußland (Charkow usw.); Ural (Perm, Orenburg, Ufa); Kaukasus; Kiew mit Wolhynien, Podolien usw.; Polen; Ostseeprovinzen; Finnland[47]).

Der bedeutendste dieser Bezirke ist der mittelrussische; ihm folgt der Petersburger. Bemerkenswert ist die Lage. Es lassen sich, wie ein Blick auf die Karte zeigt, deutlich ein mehr „innerrussischer" Bezirk und einige mehr exzentrisch gelagerte unterscheiden (die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Menschewiki und Bolschewiki entsprach, wie an dieser Stelle bereits vermerkt sei, liegt ziemlich genau dieser Teilung). Vier Haupttypen der Industriebezirke treten auf:

1. Städte mit starker Konzentration der Industriearbeiter;

47) Goebel, Russische Industrie, S. 173 ff.

2. die Umgebung bedeutender Städte, die selbst zum Industriegebiet geworden sind;
3. große Dörfer, die Fabriken und Werkstätten umfassen;
4. Kustaren-(Hausindustrie-)dörfer [48]).

Die Erwerbstätigen in Rußland verteilten sich 1897 — eine neuere Statistik liegt nicht vor —, ohne die Unselbständigen, wie folgt:

Land- und Forstwirtschaft	18,245 Mill.
Industrie und Bergbau	5,597 „
Handel und Verkehr	2,219 „
Armee und Marine	1,132 „
Sonstige öffentliche Dienste und freie Berufe	1,175 „
Häusliche Dienste	1,617 „
Sonstige	1,286 „ [49]).

Seither ist die Zahl der in der Industrie Tätigen zweifellos bedeutend angestiegen. Das Anwachsen der russischen Industrie war dabei, wenn man von den Krisenjahren 1907/08 absieht, im letzten Dezennium vor Kriegsausbruch ein kontinuierliches: es wird durch nachstehende Zahlen veranschaulicht:

Jahr	Gewinnung von			
	Kohlen	Erdöl	Eisenerz	Roheisen
	in 1000 t			
1892	6 946	—	2 044	1 072
1897	11 203	10 378 [50])	4 113	1 880
1902	16 466	10 927	4 084	2 598
1907	26 001	21 925	5 495	2 819
1908	25 866	23 566	5 587	2 820
1909	26 736	24 179	5 176	2 885
1910	24 931	27 661	4 605	3 032
1911	28 487	28 469	6 951	3 593
1912	31 000	29 108	8,219	4 198 [49])

Die Zahl der Arbeiter, die in den der Fabrikinspektion unterliegenden Betrieben (also ohne Kleinbetriebe, Eisenbahnen, Berg-

48) Alexinski, Amerikanische Tendenzen. Neue Zeit, Jahrg. 29, Bd. 1, S. 806.

49) Nach Stat. Jahrb. f. d. D. R. Jahrg. 1911 ff.

50) Für das Jahr 1900.

werke, Betriebe des Bauwesens, Staatsbetriebe) beschäftigt waren, betrug:

1892 . . . . 1 080 000 Arbeiter
1900 . . . . 1 727 000 „
1908 . . . . 1 919 000 „ [51]).

Dazu in der Bergindustrie:

1892 . . . . 440 000 Arbeiter
1908 . . . . 668 000 „ [51]).

Das Aktienkapital der Industrie-Aktiengesellschaften betrug:

1892 . . . . 420 Mill. Rubel
1908 . . . . 1 400 „ „ [51]).

Die bedeutendsten Industrien waren die Textil- und Metallindustrie.

Über die genaue industrielle Entwicklung und die Gesamtzahl der Arbeiter geben nachstehende Zahlen wohl hinlänglichen Aufschluß [51 a]):

Jahr	Zahl der Fabriken und Werkstätten	Zahl der Arbeiter		Zahl der Arbeiter per Werkstatt	Wert der Produktion in Mill. Rubel	Wert der jährlichen Produktion eines Arbeiters (Rbl.)
		in Tausenden	davon Frauen			
1850	9 483	317,7		34	166,0	520
1863	16 659	419,6		25	351,8	838
1870	26 377	745,8		28	500,1	670
1879	34 774	861,0		25	1290,3	1498
1890	32 254	1424,8	1901 453 = 26,8%	44	1502,6	1006
1900	38 141	2373,4	1908 494	62	3438,9	1831
1908	39 866	2679,6	1912 667,3	67	4908,6	1830
1912	29 965	2931,3	1913 723,9 = 31,2%	98	5738,1	1957

Wie die Zahl der in den einzelnen Industriezweigen Beschäftigten sich unter dem Einfluß des Krieges gestaltet hatte, zeigen die neuesten Ziffern vom 1. Januar 1917:

Textilindustrie . . . . 724 000 Arbeiter
Metallbearbeitung . . . . 546 000 „
Lebensmittelindustrie . . . . . . 339 000 „
Gewinnung von Mineralien . . . 102 000 „
Übertrag 1 711 000 Arbeiter

51) Prokopowitsch, Archiv, Ergänzungsheft 10, S. 45 ff.

51 a) Raffalowitsch, Russia, Its Trade and Commerce, S. 107, 108 und 162 entnommen.

Übertrag	1 711 000	Arbeiter
Chemische Industrie	93 000	„
Holzbearbeitung.	88 000	„
Papierindustrie	81 000	„
Bearbeitung von tierischen Stoffen	70 000	„
Naphthaprodukte und ähnliches .	41 000	„
Diverse	161 000	„
	2 245 000	Arbeiter[52]).

Überaus charakteristisch ist die Entwicklung von Groß- und Riesenbetrieben, die fast unvermittelt Kleinbetrieben gegenüberstehen. So gab es[53]) in der Textilindustrie:

4	Werke mit über	10 000	Arbeitern	zus. 450 000
12	„ „ je	5—10 000	„	
165	„ „ „	1— 5 000	„	
150	„ „ „	500— 1 000	„	zus. 100 000
				d. s. 550 000

von ca. 750 000 damals überhaupt in der Textilindustrie Beschäftigten.

In der Metallindustrie gab es[53]):

2	Werke mit über	10 000	Arbeitern
11	„ „ je	5—10 000	„
105	„ „ „	1— 5 000	„
80	„ „ „	500— 1 000	„

zusammen 350 000 von 530 000 damals in der Metallindustrie Beschäftigten.

In den andern Industrien ist die Entwicklung zum Riesenbetrieb eine weniger deutliche, doch zeigte sich die scharfe Differenzierung von Groß- und Kleinbetrieben auch hier, oft ohne Mittelstufen aufzuweisen[53]). Einzelne Werke wiesen dabei eine überragende Stellung auf. So gab es[53]):

in der Papierindustrie	1 Fabrik	mit über	4 000	Arbeitern
	6 Fabriken	„ je	1—2 000	„
Holzindustrie	1 Werk	„ über	1 500	„
Glasindustrie	1 Unternehmen . . . in 5 Fabriken,	„	7 000	„
Porzellanindustrie	1 Unternehmen . . . in 6 Fabriken = ²/₃ aller in der russischen Porzellanindustrie Beschäftigten,	„	12 000	„
Zuckerfabrikation	3 Fabriken	mit über	2 000	„

52) D. Dalin, Now. Lutsch vom 11. Januar 1918, zitiert in Auslandslektoratsberichte 1918.

53) Goebel, Russische Industrie, S. 187 ff.; Angaben für 1910.

Durch diese, wenn auch in anderen Industriezweigen geringere Tendenz zur Bildung von Riesenbetrieben waren in Betrieben mit über 1000 Arbeitern beschäftigt:

1902 . . . . . 30,0 %
1908 . . . . . . 38,2 %

der gesamten, der Fabrikinspektion unterstehenden Arbeiterschaft.

Wie unverhältnismäßig hoch die Zahl der Großbetriebe und wie rasch gerade seit der Jahrhundertwende die Zunahme war, zeigen folgende Zahlen[54]):

Zahl der Großbetriebe mit über 1000 Arbeitern

Rußland 1902 . 302 Betriebe mit zusammen 710 000 Arbeiter
Deutschland 1897 296 „ „ „ 563 000 „ [55]).

Es waren beschäftigt in Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern:

1899 . . . . 66,8 %
1902 . . . . 78,2 „
1908 . . . . 80,0 „ aller Arbeiter.

Die Bewegung der Arbeiterzahlen in den Betrieben zeigt folgende Aufstellung[56]):

in Betrieben mit	Zahl der Arbeiter		Zu- oder Abnahme in %
	1901	1908	
bis zu 100 Arbeitern . .	418 700	352 700	— 16
100— 500 „ . .	495 300	472 100	— 5
500—1000 „ .	272 000	288 300	+ 5
über 1000 „ . .	525 600	655 200	+ 25
	1 711 600	1 768 300	

Der industrielle Aufschwung dauerte bis zum Beginn des Krieges an, gefördert durch das unausgesetzt in die russische Industrie hineingepumpte ausländische Kapital.

Mit dessen Eindringen und dem dauernden Zustrom von fremden Ingenieuren, Direktoren und Leitern, den die Gesetzgebung nicht unterbinden konnte, mit der steten Tendenz zur Konzentra-

54) Dem Artikel von G. Alexinski, Amerikanische Tendenzen im russischen Kapitalismus entnommen (Neue Zeit, Jahrg. 29. Bd 1, S. 804 ff.).

55) 1882 hatte es in Deutschland 127 derartige Betriebe mit 213 000 Arbeitern gegeben; 1907 aber gab es bereits 506 mit 955 000! (Philippovich, Grundriß I, S. 230.)

56) Nach einer bei Alexinski wiedergegebenen Tabelle von Tugan-Baranowsky.

tion, dem Anwachsen der einzelnen Unternehmungen zu großen und größten Betrieben, entstand auch die Neigung zur Bildung von Syndikaten und Trusts. Denn unter den eigenartigen russischen Verhältnissen emporgekommen, mußten sie trotz aller ihnen zuteil gewordenen Förderung und Begünstigung alles aufbieten, sich am Leben zu erhalten und wenigstens Durchschnittsdividenden zu verdienen, und es ist für die russischen Industrieunternehmungen charakteristisch, daß einige wenige, allerdings außerordentlich hoch rentierende, einer großen Zahl nur bescheidenen Ertrag erbringender gegenüberstanden. Es ist dies nur zu begreiflich: Der wenig günstigen natürlichen Produktionsbedingungen kann auch der sorgsamste Industrieschutz allein kaum je ganz Herr werden. So wiesen fast alle Zweige der russischen Industrie Syndizierungsbestrebungen oder Syndikate auf, so unter anderem die Baumwollspinnerei, die Metallindustrie, die Zuckerfabrikation. Besonders umfassend waren das etwa 90 % der gesamten Eisen- und Stahlproduktion umfassende „Prodameta"-, sowie das nicht weniger starke Naphthasyndikat [57]).

So stand die gesamte Industrie, charakterisiert durch die alles überragende Großindustrie im Zeichen des modernsten Kapitalismus, der sich in oft phantastischem Tempo entwickelte; ihm stand als Konkurrenz in den ihr zugänglichen Industriezweigen die Hausindustrie gegenüber, mit einer auf etwa 10—12 Millionen geschätzten Zahl in ihr Beschäftigter [58]).

2. Die Fabrikarbeiterschaft

Mit der Konzentration der Industrie in bestimmten Industriegebieten und in gewaltigen Unternehmungen ging Hand in Hand eine Zusammenballung der Arbeiterschaft an bestimmten Industriezentren.

Aus den Bauern, die anfangs nur um für ihre in der Landwirtschaft zeitweise brachliegende und anderwärts nicht zu verwertende Arbeitskraft Verwendung zu finden, in die Stadt strömten — Hunderttausende taten das bis in die jüngste Zeit — und aufs Land

---

57) Siehe Goebel, Russische Industrie, S. 201 ff.

58) „Genaue Ziffern" liegen, wie Hoetzsch, Rußland, S. 378, ausführt, nicht vor, „da die von der Duma 1910 gewünschten Erhebungen vom Landwirtschaftsministerium noch nicht abgeschlossen sind". Seither sind diese Zahlen auch nicht bekannt geworden.

zurückkehrten, sobald dort ihre Arme gebraucht werden konnten, bildet sich langsam ein städtisches Proletariat heraus, ein Berufslohnarbeitertum. In der neuen Umgebung, neue Eindrücke, neue Vorstellungen: eine neue Denkweise nimmt es gefangen. Anfangs nur ein schlechter Bauer, mit seinem Denken und Fühlen noch im Dorfe lebend, wird er langsam bewußter Proletarier, der die neuen Lehren, die ihm die Arbeitsgenossen predigen, begierig aufnimmt und sich aneignet. Der Hang, jedem Gedanken bis ans Ende nachzugehen, aber ist geblieben, und das trägt dazu bei, sein Klassenbewußtsein zur Unversöhnlichkeit gegenüber dem Klassengegner, gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft ins schroffste zu steigern. Verfolgungen bestärken ihn in seiner Auffassung, stählen seine Ansichten.

Die Lebensverhältnisse des Fabrikarbeiters waren, wie dies etwa Paschitnow [59]) zeigt, oder auch Tugan-Baranowski [60]), im allgemeinen elende. Der Durchschnittslohn des russischen Arbeiters betrug 1901 bis 1905 etwa 200 Rubel, der des Petersburger 295 bis 366 Rubel, nach einer andern Quelle 312,71 Rubel [61]).

Mit diesen Zahlen stimmen die nachstehenden, von Raffalowitsch [62]) gegebenen mehr oder weniger überein:

Durchschnittslöhne in den nachstehenden Gebieten:

Industriezweig	Zentralrußland (Moskau usw.)		Baltische Provinzen (Petersburg usw.)		Polen (Petrikau usw.)	
	1902	1908	1902	1908	1902	1908
	Rbl.		Rbl.		Rbl.	
Baumwolle . . .	166	170,4	205	282,8	187	330,3
Wolle	160	184,3	216	203,9	188	357,8
Maschinenbau . .	250	358,5	362	469,2	243	481,1

Die schlechte Lage trägt wieder dazu bei, ihn mit allen Mitteln auf Wandel sinnen zu lassen, macht ihn bedrückt und auch unverstandenen Gedanken zugänglich, wenn sie nur endliche Besserung zu erschließen versprechen. Die Löhne sind, wie erwähnt, als Nominal- wie als Reallohn äußerst niedrig, zumal für die ungelernten

59) Lage der arbeitenden Klassen, passim.

60) Russische Fabrik, passim.

61) Prokopowitsch, Haushaltungsbudgets, Archiv Bd. 29, S. 66 ff.

62) Raffalowitsch a. a. O. S. 161.

Arbeiter, und das ist die ungeheure Mehrheit. Für gelernte wesentlich höher, erreichen sie für hochqualifizierte Arbeiter eine beträchtliche Höhe. Doch an diesen gebricht es; denn mit einer von altersher eingewurzelten Industrie fehlt es fast überall auch an einer entsprechenden, durch Generationen geschulten Arbeiterschaft.

So ist der russische Arbeiter, bevor sich seine Umwandlung in den modernen städtischen Arbeiter durch volle Entwurzelung aus dem Heimatboden vollzieht, lange faktisch Gelegenheitsarbeiter, der arbeitet, wo er eben Verwendung finden kann, ohne viel nach Ort und Art der Arbeit zu fragen.

Diese für die russische Industriearbeiterschaft bedeutsame Verbindung des Großstadt- und Großindustriearbeiters, dessen Erziehung zum klassenbewußten Proletarier beendigt ist, mit dem halb bäuerlichen, dörfischen Gelegenheitsarbeiter, der, sobald er nur kann, wieder aufs Land zurückkehrt und dort die Ideen, die er sich, oft nur halb verstanden, in der Stadt angeeignet hatte, verbreitete, war von nicht geringem Einfluß auf das Gelingen der Revolution und die Behauptung der bolschewistischen Macht, und gerade dieser Elemente bedienten sich die städtischen Führer, die Organisationen der „Dorfarmut“, der ärmsten Bauern, zu schaffen.

Zweiter Teil

Die Geschichte

Practica est multiplex.

I. Abschnitt

Die Streikbewegung und ihre Wirkung auf die Gesetzgebung

1. Die Grundzüge der russischen Arbeiterbewegung

Eine kurze Darstellung auch der Streikbewegung der russischen Arbeiter kann vielleicht dazu beitragen, die Grundzüge der russischen Arbeiterbewegung und damit den eigentümlichen Entwicklungsgang aufzuhellen, den sie auch auf politischem Gebiet nahm.

Diese Ähnlichkeit ist deutlich. Hier wie dort folgt einer verhältnismäßig kurzen Periode dumpfen Ertragens des ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Druckes das Streben, sich seiner durch ungeregelte, planlose Versuche zu erwehren, ihn durch jähe Verzweiflungsausbrüche wie durch naive Bitten zu mildern.

Mit dem Eindringen der sozialdemokratischen Lehren bricht sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung — Streik-, Gewerkschafts- und Parteibewegung — die Erkenntnis der Klassenstellung des Proletariats und die Überzeugung Bahn, daß die Bewegung, um Erfolg zu haben, eine politische, ökonomische und Massenbewegung sein muß. Zunächst erscheint sie als fast rein gewerkschaftliche und ökonomische, doch tritt, bedingt durch die politischen Verhältnisse Rußlands, bald ein Übergewicht der politischen Bewegung ein, der die andern dienstbar gemacht werden; aber auch während und nach dieser Phase bleiben ökonomische und politische Betätigung eng verbunden, auch in den Gewerkschaften. Den Kitt bilden die

Anschauungen der Sozialdemokratie, da diese nicht nur, wie anderwärts, als diejenige erscheint, die es mit der „Befreiung der Arbeit und der Arbeiter“ ernst nimmt, sondern geradezu als die einzige, die berufen ist, auch die politische Befreiung durchzusetzen. Schließlich siegt, nach langem inneren Kampfe, auch hier der Hang zum Unbedingten und damit die bolschewistische über die menschewistische Strömung in der Partei.

2. Die Streikbewegung

a) In der frühkapitalistischen Zeit

Mit den ersten frühkapitalistischen Ansätzen zu einer Industrialisierung war es schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu vereinzelten, rein ökonomischen und sozialen (nicht politischen) Ursachen entspringenden Streiks gekommen. Der eindringende Kapitalismus hatte in Rußland keine grundsätzlich anderen Wirkungen geübt, als anderwärts, und die Lage wird für den Arbeiter nur durch das hier besonders hohe Maß der schrankenlos waltenden polizeilichen Willkür noch unerträglicher. Stellt sie sich doch ganz in den Dienst eines verkannten, nur dem Unternehmerinteresse gleichgesetzten Staatsinteresses. Viel später erst bewirkt der in der Treibhausluft der russischen Industrieförderung vor sich gehende Aufschwung der Industrie eine gewisse geringe Rücksichtnahme auch auf die Arbeiter, die sich in den ersten Ansätzen einer Arbeiterschutz- und Arbeitsrechtsgesetzgebung äußert.

So entspringen die ersten Streiks den allgemeinen Mißständen rücksichtsloser Ausbeutung in den besonders üblen Formen ihrer ersten Blüte. Allzu niedriger Arbeitslohn, Strafen und Abzüge, Zwang zum Kauf von Lebensmitteln in den Fabriksläden, übermäßige Dauer und Schwierigkeit der Arbeit (14-, 15-, ja 17stündige Arbeitszeit auch für Kinder), Feiertagsarbeit, Lohnentzug bei bejahrten Arbeitern, Schläge und Mißhandlungen, Abgabe als Rekruten an Stelle von Leibeigenen der Fabriksherren, Wegnahme des von den Arbeitern bebauten Bodens, Zwang, nicht Fabriks-, sondern andere (z. B. Feld-) Arbeit zu verrichten, zum Wohnen in der Fabrik, Verbot, Arbeiterwitwen und -töchter an andere Personen als Fabrikarbeiter zu verheiraten, schlechte Wohnverhältnisse, Verweigerung der Herausgabe von Pässen, Entehrung von Fabrikmädchen usw. bilden eine Blütenlese der Ursachen, die Tugan-

Baranowski in seinem Werke [1]) für die ersten Streiks und Unruhen der unter solchen Arbeits- und ähnlichen Lohnverhältnissen verzweifelnden Arbeiter angibt.

Doch bewirkten diese wenigstens den Erlaß des ersten sozialpolitischen Gesetzes, des Verbots der Kinderarbeit bis zum 12. Lebensjahre (1845). Da es ohne Strafsanktion und Kontrollvorschriften blieb, geriet es in Vergessenheit, ja es fand nicht einmal Aufnahme in den „Gesetzeskodex" [2]). Das Wenige, das mit der einen Hand gegeben wurde, ward mit der anderen genommen: In das Strafgesetzbuch von 1845 wurde ein Artikel aufgenommen, wonach jeder Fall eines seitens der Arbeiter ihren Fabrikherren geleisteten Ungehorsams dem Aufruhr gegen die Staatsgewalt gleichgestellt wurde (Art. 1791), worauf Gefängnis, Prügelstrafe, sowie Verbannung nach Sibirien zur Zwangsarbeit stand. Art. 1792 ergänzte dies dahin, daß für Streiks Gefängnisstrafen bestimmt wurden: für die Anstifter 3 Wochen bis 3 Monate, für die übrigen von 1 bis 3 Wochen [3]). Schon vorher war ein durchaus einseitiges Gesetz zur Regelung des Verhältnisses von Fabrikanten und Arbeitern ergangen. Der Presse war es verboten, über Streiks zu berichten [4]).

Eine größere Streikbewegung beginnt mit den siebziger Jahren. Die Ursachen sind ähnliche. Sie ergreifen größere Betriebe, auch Eisenbahnwerkstätten. Dabei herrschte unter den Arbeitern noch das Vertrauen oder doch die Hoffnung auf Hilfe von oben. Langsam aber wollen sie nur der eigenen Kraft vertrauen. So entstehen auch in eben diesen Jahren die ersten Arbeiterorganisationen.

Für die Gesinnung der Arbeiter ist die Tatsache kennzeichnend, daß die Streikenden der Neuen Baumwollspinnerei sich 1878 mit einem Schreiben an den Thronfolger wenden, 1879 aber inen Aufruf „an die Arbeiterschaft von Petersburg" erlassen. Ersteres sagt: „Wenn unsere gerechten Forderungen nicht erfüllt würden, so werden wir wissen, daß wir auf niemanden zu hoffen haben und uns nur auf uns selbst verlassen müssen"; letzterer: „wir müssen einer für alle und alle für einen stehen" [5]).

---

1) Die russische Fabrik, S. 159—161.
2) Ebenda S. 207.
3) Ebenda S. 207—208.
4) Paschitnow, Lage, S. 261.
5) Zit. bei Paschitnow S. 264—265.

Die Baumwollarbeiter und daneben die Metallarbeiter standen von da ab fast stets an der Spitze der Streikbewegungen.

Auch in den den Krisenjahren von 1875—1878 folgenden aufsteigender Konjunktur (1879—1881) dehnten sich die Streiks im Lande aus, besonders in dem industriell weiter vorgeschrittenen Polen.

Das bleibt auch ihre Tendenz bis zum Ende der achtziger Jahre, die Streiks werden aber wie extensiver so auch intensiver, ohne daß jedoch eine zahlenmäßige Erfassung möglich wäre, da eine offizielle Streikstatistik erst seit 1895 besteht. An den gesetzgeberischen Maßnahmen dieser Zeit hat man immerhin einen Maßstab für die Bedeutung der Bewegung, mochte sie auch vorwiegend Abwehrcharakter tragen.

Die Gesetzgebung schwankte, was aus den unten angegebenen Bestimmungen erhellt [6]).

Die Verzögerung der Sozialgesetzgebung erklärt sich damit, daß die Regierung den Wünschen der Fabrikanten, namentlich der, im Gegensatz zu den moderner denkenden Petersburger, auf dem alten Standpunkt beharrenden Moskauer und Provinzfabrikanten, Gehör geschenkt hatte [7]). Denn „patriotische Beweisgründe — die Interessen der nationalen Gewerbe und dergleichen — waren für die

---

6) Am 6. Juni 1870 erging vom Ministerium des Innern nachstehendes Zirkular: „Seine Majestät der Kaiser haben zu befehlen geruht, den Gouverneuren die Vollmacht zu erteilen, beim Ausbruch der Streiks in den Fabriken sofort nach Feststellung der Hauptaufwiegler, ohne die Angelegenheit den Gerichten zu unterbreiten, die Aufwiegler nach einem der dazu bestimmten Gouvernements zu verschicken.“ Zit. bei Goldstein, Artikel Gewerkvereine in Rußland, Hwb. d. Stw., Bd. 4, S. 1212.

Und 1874 wurde in das Strafgesetzbuch folgende Bestimmung aufgenommen: „Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, welche Zwietracht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu säen beabsichtigt, sowie Personen, welche zu Streiks aufwiegeln . . . werden bestraft: mit Festungshaft von 8 Monaten bis zur Verbannung nach Sibirien . . .“ Zit. ebenda.

Endlich kam aber doch auch ein sozialpolitisches Gesetz zustande: „Am 1. Juni 1882, d. h. 23 Jahre nachdem in den russischen Regierungskreisen die Frage der Regelung der Fabrikarbeit von Minderjährigen zum ersten Male angeregt worden war . . ., wonach es verboten wurde, Kinder unter 12 Jahren in Fabriken, Werken und Manufakturen zu verwenden . . ., wurde der Arbeitstag von Minderjährigen im Alter von 12—15 Jahren auf 8 Stunden beschränkt, die Arbeit von Minderjährigen bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen untersagt.“ Tugan-Baranowski, Russische Fabrik, S. 459.

7) Tugan-Baranowski, Russische Fabrik, S. 453.

Moskauer Fabrikanten ein übliches und unfehlbares Mittel, die Regierungspolitik in das ihnen gewünschte Fahrwasser zu lenken"[7a]), aber schließlich hatten die Petersburger, die ihr eigenes Interesse richtiger erkannten, obgesiegt.

Am 3. Juni 1885 ergeht, wieder gefördert durch ihren Einfluß, unmittelbar veranlaßt aber durch die Ausstände und Unruhen der vorausgegangenen Jahre ein neues, wichtiges Arbeiterschutzgesetz: Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche in einigen der wichtigsten Industriezweigen; wichtiger noch wurde jenes vom 3. Juni 1886, das die Lohnarbeitsbedingungen, insbesondere die des Schließens und Lösens der Lohnverträge in den Fabriken regelte[8]).

Allerdings hatte das Strafgesetzbuch auch Strafandrohungen gegen die Unternehmer vorgesehen[9]). Es erwuchs diese Bestim-

---

7a) Tugan-Baranowski, Russische Fabrik, S. 453.

8) Die Beweggründe erhellen mit besonderer Deutlichkeit aus einem Schreiben, das „das bekannte Haupt der damaligen reaktionären Partei in Rußland, der Minister des Innern Tolstoi . . . an den Finanzminister Bunge" am 4. Febr. 1885 richtete, in welchem es heißt: „Die Untersuchung der Beweggründe besagter Arbeitseinstellungen seitens der Lokalbehörde habe ergeben, daß diese Unruhen ernstliche Dimensionen angedroht haben und hauptsächlich darauf zurückzuführen seien, daß unsere Gesetze keine allgemeinen Bestimmungen enthalten, auf deren Grundlage das gegenwärtige Verhältnis der Fabrikbesitzer und Arbeiter bestimmt werden kann. Eine derartige Lücke in der Gesetzgebung . . . eröffnete für willkürliche Verordnungen seitens der Fabrikbesitzer zum Schaden der Arbeiter ein weites Feld und versetzte diese in eine äußerst schwierige Lage. Unverhältnismäßig hohe Geldstrafen . . . dienten oft den Fabrikbesitzern als Mittel zur künstlichen Herabsetzung des Arbeitslohnes . . . Hohe Preise in den Fabrikläden . . . erweckten Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Ungenauigkeit bei der Aufsetzung von Lohnbedingungen mit Leuten, die des Lesens und Schreibens kaum kundig sind, rief Streitigkeiten während der Abrechnung des Wochenlohnes hervor. Alle die aufgezählten Gründe und noch viele andere gaben insgesamt, wie die Erfahrung gezeigt hat, den Beweggrund zu den Unruhen her; die Unmöglichkeit, diese anders als durch Waffengewalt zu unterdrücken, liefert einen genügenden Beweis für die unumgängliche Notwendigkeit, Bestimmungen auszuarbeiten, welche in gewissem Grade die Willkür der Fabrikbesitzer zügeln würden, zugleich aber zur Beseitigung der Wiederholung von dergleichen beklagenswerten Fällen wie die letzten im Moskauer und Wladimirer Gouvernement stattgehabten . . . ." Zitiert bei Goldstein a. a. O. und Tugan-Baranowski, ebenso.

9) „Fabrikleiter nämlich, die durch ungesetzliche Behandlung (Trucksystem, Kontraktbruch usw.) einen Streik provozieren, der durch Eingreifen der Behörde beigelegt werden muß, verfielen einer Arreststrafe bis zu 3 Monaten. Außerdem konnte ihnen das Recht, eine Fabrik zu verwalten, bis auf die Dauer von

mung dem Bestreben der Regierung, alle Arbeitsstreitigkeiten sofort zu unterdrücken, denn „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“; für den Geist, aus dem diese Bestimmungen geboren waren, spricht aber auch die Höhe des Strafausmaßes, das bei den Arbeitern ein Vielfaches des den Unternehmern angedrohten bildete.

b) Die neunziger Jahre

Die ersten Streiks der neunziger Jahre tragen fast alle noch den Charakter der vorhergehenden Periode: Abwehrkämpfe hungernder, schlecht entlohnter und schlecht behandelter Massen, ohne rechte Organisation und Leitung bei stetig fortschreitendem Verständnis für die eigene Lage und des Bewußtseins der eigenen Kraft. Die Hungerjahre dieser Zeit, besonders das von 1891 und die in ihrem Gefolge auftretende Handelskrise hatten nicht nur das Elend des Arbeiters, sondern auch die Zahl der sich zur Fabrikarbeit drängenden Bauern vermehrt und so die Lage der Fabrikarbeiter weiter verschlechtert.

Daneben aber tritt bereits — vor allem unter dem polnischen und jüdischen Proletariat, das früher den Weg zu größeren Organisationen gefunden hatte als das Kernrußlands — das politische und gewerkschaftliche Moment, sowie der Wunsch nach modernen Arbeitsbedingungen stärker hervor. Die Maifeiern von 1890 und 1891 sind, erst in Warschau, dann in Lodz, der Anlaß zu größeren Ausständen; und während die Maifeiern in Petersburg noch geheim veranstaltet werden, sieht der 1. Mai 1892 den ersten Generalstreik auf russischem (polnischem) Boden in Lodz. Ihm folgten Streiks in der Provinz.

In diesem kurzen Generalstreik, dessen Teilnehmerzahl auf 100 000 beziffert wird[10]), wird bereits für den Achtstundentag demonstriert; in ihm sieht Nachimson bereits alle jene Erscheinungen, die die späteren Kämpfe des russischen Proletariats kennzeichnen: „Ökonomisch-politischen Charakter“ (Kampf gegen das Zarentum), „hoher Grad der Entwicklung des Klasseninstinktes ... Kampfesmut, Opferwilligkeit und Ausdauer des Proletariats, das wochenlang hungerte und dennoch heiße, blutige Kämpfe führte“

2 Jahren aberkannt werden. Bis zum Gesetz vom 8. Juni 1893 war sogar die gänzliche Ausschließung vom Fabriksbetriebe möglich.“ M. Biermer, Artikel Arbeitseinstellungen in Rußland. Hwb. d. Stw., Bd. I, S. 1032.

10) Nachimson, Anhang zu Paschitnow, S. 270.

und schließlich „große, epochemachende Wirkung auf die Taktik der polnischen Sozialisten“ [11]).

Für die jüdische Arbeiterbewegung haben die Streiks der Zigarettenarbeiter von Wilna (1895) und der deutsch-polnisch-jüdische Weberstreik von Bjelostok ähnliche Bedeutung, nachdem die ersten Kämpfe durch die Borstenarbeiter 1893 geführt worden waren; diese erfolgreichen Ausstände waren auf die russische Bewegung nicht ohne Einfluß.

In Petersburg kam es 1894 zu einem größeren Streik, dem 1895 bis 1896 die Streiks der Weber und Spinner folgten, die ersten Massenstreiks unter sozialdemokratischem Einfluß, wenn nicht unter sozialdemokratischer Leitung. Aus den vom „Petersburger Bund für die Befreiung der Arbeiterklasse“ aufgestellten Forderungen erhellt die Lage der fortgeschrittensten Arbeiter der fortgeschrittensten Industriezweige des fortschrittlichsten Industriegebietes Rußlands: „Verkürzung der Arbeitszeit von 13 auf 10½ Stunden, eine entsprechende Erhöhung des Lohnes, regelmäßige Lohnauszahlung während der ersten Hälfte des Monats, Zahlung der Löhne für die Krönungstage“ [12]). Wenn trotzdem „in dem amtlichen Exposé . . . mit einer gewissen Genugtuung hervorgehoben wird, daß der Streik der eigenen Initiative der Spinnereiarbeiter entsprungen sei, ein direkter Einfluß sozialdemokratischer Agitatoren dagegen, wenigstens beim Ausbruch des Kampfes, nicht nachweisbar sei“ [13]), so besagt das nur, „daß die Führer der Bewegung trotz sozialdemokratischer Tendenzen sich klugerweise auf die gewerkschaftliche Aktion beschränkten“ [14]). Aber der sozialdemokratische Einfluß war da und die Regierung konnte sich bei allen folgenden Ausständen über seine Wirksamkeit kaum mehr täuschen.

War dem Streik auch kein sofortiger realisierbarer Erfolg beschieden, so hatte er doch zwei beträchtliche Wirkungen: erstens hatte er die „Gesellschaft“ aufzurütteln, zweitens der Regierung das Versprechen abzunötigen vermocht, die Dauer des Arbeitstages gesetzlich zu regeln. Das geschah durch Gesetz vom 2. Juni 1897, das einen 11½stündigen Normalarbeitstag (vor Sonn- und Feiertagen 10 Stunden, ebenso bei ganzer oder teilweiser Nacht-

11) Nachimson S. 270—271.
12) Ebenda S. 273.
13) Biermer a. a. O. S. 1032.
14) Ebenda.

arbeit) festlegte. Allerdings hatte es durch einen neuerlichen Streik, der die Einlösung des gegebenen Versprechens forderte, erzwungen werden müssen. 1894 war schon die Institution der Fabrikinspektoren gründlich neu geregelt worden.

Aber eine bittere Beigabe hatte diese Errungenschaft im Gefolge gehabt. Nicht so sehr wegen vereinzelter Versuche der Fabrikbesitzer in Polen und Westrußland, den dort von den Arbeitern errungenen 10—10½stündigen Arbeitstag wieder auf das gesetzliche Minimum zurückzuschrauben — denn dessen erwehrten sich die Arbeiter durch eine Reihe von Streiks —, als vielmehr durch den Erlaß des Ministeriums vom 12. August 1897, mit dem die „lokalen Polizeiorgane angewiesen wurden, alle Streikanstifter, unabhängig davon, ob sie kriminell zur Verantwortung gezogen werden können, auf Grund der Bestimmungen über den Sicherheitszustand in Haft zu behalten". Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß sehr oft sämtliche Merkmale des strafbaren Kontraktbruches fehlen, oder aber erst nach einem umständlichen Strafverfahren festgestellt werden können, und daß es deswegen, solange die Gärung unter der Arbeiterbevölkerung dauert, zweckmäßig sei, die Führer durch rechtzeitige Verhaftung oder Abschiebung nach den Heimatsorten oder auf administrativem Wege unschädlich zu machen" [15]).

1899 kommt es nach vereinzelten Massenstreiks im ganzen Lande wieder zu Generalstreiks, diesmal in Riga und Libau, die „der Wendepunkt in der Geschichte der lettischen Arbeiterbewegung, die eine so kolossale Rolle in dem Revolutionsjahre 1905 spielte" [16]), wurden.

c) Seit der Jahrhundertwende

Die Streiks

1. Bis zur Revolution

Von nun ab wird der Massenstreik, vor allem der politische, zum Kampfmittel der russischen Arbeiterschaft, das bis zur Revolution von 1905, wenn auch in wechselndem Umfang, doch stets angewendet wird, wie denn auch ihr unmittelbarer Anlaß ein Ausstand wurde und wie sie sich in einer Reihe von Massenstreiks äußerte. Da seit 1895 die russische Regierung eine amtliche Streikstatistik veröffentlicht, kann die Bewegung von da ab für

15) Biermer a. a. O. S. 1032.
16) Nachimson a. a. O. S. 275.

ganz Rußland in ihrem zahlenmäßigen Ausdruck verfolgt werden. Auch über den Einfluß des politischen Moments in der Bewegung gibt sie, wenngleich erst seit 1905, Aufschluß

Während 1895—1904 die Höchstzahl der von Streiks in einem Jahre getroffenen Betriebe 550 mit 86 832 Arbeitern = 5,1 % betragen hatte[17]), beträgt die

Jahr	Zahl der Streiks	davon politische	Zahl der Streikenden	davon politische
			in Tausenden	
1905	13 995	8 029	2 863,1	1 424,3
1906	6 114	3 569	1 108,4	650,7
1907	3 573	2 601	700,1	540,1
1908	892	464	176,1	92,7
1909	340	50	64,2	8,4
1910	222	7	46,6	3,8
1911	466	24	105,1	8,4
1912	2 032	1 300	724,5	549,8[18])

Die Dauer war im allgemeinen kurz.

Erfolge hatten[19]):

Jahr	voller Erfolg		teilweiser Erfolg		ohne Erfolg		kein wirtschaftlicher Erfolg	
	Streiks %	Streikende %	Streiks %	Streikende %	Streiks %	Streikende %	Streiks %	Streikende %
1895—1904	28,2	27,1	21,8	19,5	45,4	51,6	4,6[20])	1,8
1905	15,3	12,9	17,7	23,5	9,1	14,7	57,9	48,9
1906	16,9	14,7	14,2	12,7	10,5	13,9	58,4	58,7
1907	6,1	4,3	8,8	7,1	12,4	15,6	72,7	73,0
1908	10,6	6,6	10,5	8,0	26,0	32,4	52,9	52,0
1909	25,0	10,1	14,1	32,0	46,2	44,9	14,7	13,0
1910	20,7	8,8	25,7	31,9	50,4	51,2	3,2	8,1
1911	27,6	17,1	30,8	33,9	41,6	49,0	—	—

17) Nach Claus, Arbeitsausstände in Rußland, Conrads Jahrbücher, III. F. 32. Bd. S. 802, woselbst die Zahl der Streiks (nach amtlicher Quelle), die für 1895—1904 1765 mit 431 300 Streikenden betragen hatte, angegeben.

18) Nach Reichsarbeitsblatt 1913 (Jahrg. 11) S. 930 ff. (Tab. S. 931).

19) Nach einer Tabelle des Reichsarbeitsblattes a. a. O. und bei Claus S. 805.

20) Ausgang unbekannt.

Im ganzen lassen sich drei Perioden unterscheiden: von der Mitte der 90er Jahre bis 1905, die Revolution, und von 1906 ab bis zu Beginn des Weltkriegs. Für die letzten Jahre stand kein Zahlenmaterial zur Verfügung.

Die Streiks ergreifen bald alle Gebiete Rußlands; Krisenjahre und ihre Folgen tragen wohl dazu bei. Aber in dem Maß und der Art der Ausdehnung kann man in ihnen die Vorboten der Revolution von 1905 erblicken [21]).

Wird in dem in der Anmerkung erwähnten Berichte das ökonomische Moment betont, so muß eine spätere Betrachtung auch auf das politische hinweisen. Die Unzufriedenheit mit der politischen Lage macht sich in Ausständen Luft. Die statistische Erfassung setzt, wie erwähnt, erst 1905 ein. Bis dahin waren die Ursachen der einzelnen Streiks nicht oder nur schwer erfaßbar gewesen, „da die Arbeiter keine oder falsche Angaben machten, weil sie wegen der Ausstände, die verboten waren, Strafe fürchteten“[22]); später kam es oft vor, daß die Arbeiter ihre Forderungen schriftlich niederlegten. Das erleichterte die Feststellung der politischen Beweggründe, „andererseits bereitete aber die Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Forderungen große Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung. Häufig wurde ein politischer Streik mit wirtschaftlichen Forderungen maskiert oder umgekehrt“ [22]).

Die Tabelle unterrichtet über den Umfang der Streiks. Die Statistik umfaßt nur die der Fabrikinspektion unterliegenden Betriebe [23]). Da die in den obigen Zahlen zum Ausdruck gelangenden

21) So stellt der Bericht der Delegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an den Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam (1904) diese Streikbewegung dar: „Im ganzen weiten Rußland, von Archangelsk bis zum Kaukasus, von Petersburg bis zu den entlegensten Gegenden Sibiriens . . . gibt es keinen einzigen irgendwie bedeutenden Industrie- und Handelsplatz, der keinen Streik in seinen Mauern gesehen hätte. Und es gibt keinen Arbeitszweig, von den Fabrik-, Werk-, Berg- und Eisenbahnarbeitern bis zu den Fuhrleuten und Lastträgern, den Arbeitern in den Torfsümpfen, den Landarbeitern, dessen Vertreter nicht versucht hätten, auf dem Wege des Streiks ihre ökonomische Lage zu bessern.“ Zitiert bei Nachimson a. a. O. S. 276.

22) Claus, Streikbewegung in Rußland, S. 376 ff., 381.

23) Demnach, wie oben erwähnt, nicht die Streiks in den dem Bergamte, dem Finanz-, dem Eisenbahn-, dem Kriegs- und Marineministerium unterstellten Betrieben, sowie die Betriebe in Sibirien, Mittelasien und z. T. im Kaukasus; von den letzteren wurden die Bergwerke, die früher dem Bergamte unterstanden, 1907 der Fabrikinspektion unterstellt. Reichsarbeitsblatt a. a. O.

Tendenzen eine Übersicht über die gesamte Streikbewegung gestatten, sei hier nur auf einige wenige Einzelheiten hingewiesen, die ihr Bild ergänzen. Es zeigt sich eine besonders energische Streiktätigkeit in den Jahren 1903 und 1904 in Südrußland, wo die Generalstreiks in Kiew und Odessa und Baku als Vorläufer der Revolution anzusprechen sind, ja letztgenannter den letzten Anstoß zu ihrem Ausbrechen bildete.

2. Die Revolution

Der große Erfolg dieses Streiks und die Umstände, unter denen er errungen wurde, hatten einen tiefen Eindruck auf die russische Arbeiterschaft gemacht. Da ereignete es sich, daß bei den Putilowwerken einige Arbeiter entlassen wurden, weil sie Mitglieder der „Petersburger Gesellschaft der Fabrik- und Werkarbeiter“ waren. Dies war eine der „unabhängigen“, d. h. regierungsseitig geförderten und von ihr abhängigen Organisationen, wiewohl gerade bei der Petersburger Gesellschaft dieses Moment nicht so stark ausgebildet war, wie bei anderen. Der Pope Gapon stand an ihrer Spitze. Die Organisation forderte zunächst nur Wiedereinstellung der Entlassenen. Daran anschließend wurden aber bald ökonomische Forderungen, wie „achtstündiger Arbeitstag, Festsetzung eines Lohnminimums, Abschaffung der Überstundenarbeit und Anerkennung des Arbeiterausschusses“, erhoben. Sie, aber zugleich auch politische, durchzusetzen, wurde, trotz Warnung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der Gang zum Zaren unternommen; mit Frau und Kind, mit Kirchenfahnen und Zarenbild zogen die loyalen Arbeiter zum Zaren. Der Erfolg des Tages ist bekannt; er kostete nach offiziellen Angaben die Arbeiter 96 Tote und 299 Verwundete, nach inoffiziellen 500 Tote und 3000 Verwundete.

Den Gang der Revolution zu schildern, ist hier nicht der Ort; nur kurz sei der Verlauf der Streikbewegung erwähnt. Die flammte in ganz Rußland auf, in einem Maße, daß das Urteil, die russische Revolution 1905 stellte sich eher als eine lange Kette von Massenstreiks im ganzen Lande dar, denn etwa als eine Reihe bewaffneter Aufstände, nicht unzutreffend genannt werden kann. Das war begreiflich. Denn der Streik war das einzige Mittel, das praktisch in Betracht kam, durch das die Arbeiterschaft ihre Anschauungen zum Ausdruck bringen und ihnen Nachdruck zu ver-

leihen vermochte. Bis dahin hatten sozialdemokratische Ideen in ihr wohl in ziemlichem Umfange Eingang gefunden, doch weder in einem Maße, daß umfassendere Organisationen geschaffen, noch die ganze Arbeiterschaft erfüllt hätte. Erst während der und durch die Revolution wuchs der sozialdemokratische Einfluß gewaltig. Mit ihm wurden die politischen Forderungen immer mehr in den Vordergrund gerückt, denn die sozialdemokratische Organisation wies den Arbeiter darauf hin, daß die Revolution nicht nur eine soziale, sondern auch und zunächst eine politische sein müsse. Und unter dem unerhörten politischen Druck hatten sich weite, nicht proletarische Kreise mit diesem Gedanken vertraut gemacht; als er dann in der einzig möglichen Form des Massenstreiks sich zu verwirklichen begann, konnte die Bewegung den Umfang erreichen, den, freilich immer noch unvollständig, die Statistik ausweist.

Jäh setzte die Bewegung in überall im Reiche ausbrechenden Ausständen unmittelbar nach dem Blutsonntag ein, hielt etwa 2 Monate in unverminderter und dann in wechselnder Stärke Frühjahr und Sommer über an; im Herbst führte sie zur offenen Revolution. Das Wort Trubezkojs zum Zaren „Ce n'est pas une émeute, c'est une révolution" war wahr geworden [24]).

Nach dem Januarbittgang war eine Kommission unter dem Vorsitz des Senators Schidlowski eingesetzt worden „zum Zwecke unverzüglicher Erforschung der Ursachen der Unzufriedenheit unter den Arbeitern Petersburgs und seiner Vororte" [25]); auch sollte sie Maßnahmen zur Abhilfe vorschlagen. Unternehmer und Arbeiter wählten Vertreter. Für letztere war das Wahlrecht indirekt und an eine bestimmte Verwendungsdauer, sowie bestimmtes Alter gebunden. Ein geringer Teil der Arbeiter war gegen die Beschickung der Kommission. Vor der Wahl der Vertreter erhoben die Wahlmäner die Forderung, „daß man ihren Vertretern in der Kommission die vollständige Freiheit des Wortes in ökonomischen, sowie in politischen Fragen zusichere, die am 22. Januar verbotene ‚Gesellschaft Petersburger Fabrikarbeiter' (Gaponsche Organi-

24) Ob diese Worte authentisch sind, sei dahingestellt. Sie erinnern zu sehr an die des Duc de Liancourt zu Ludwig XVI. anläßlich des Bastillesturmes. Als Ludwig XVI. meinte: C'est une révolte, antwortete der Herzog: Non, Sire, c'est une révolution.

25) Tscherewanin, Proletariat und russische Revolution, S. 34.

sation) wiedereröffne und die damals verhafteten Arbeiter befreie"[26]). Bei Nichterfüllung dieser Forderungen drohten sie mit Abbruch der Besprechung und Streik. Sie wurden abgelehnt; der angedrohte Streik brach aus. Die Kommission hatte bestanden[27]). Die Streiks dehnten sich im ganzen Lande aus: „Bis zum 22. Januar gab es wohl in der Arbeitermasse hie und da eine Bewegung, nach dem 22. Januar begann eine Bewegung der ganzen Arbeitermasse"[28]). Die sozialdemokratische Agitation erfüllte mehr und mehr die Massen, aber diese waren ihr noch lange nicht ganz gewonnen und blieben zunächst den Organisationen ferne. Das zeigte auch die Maifeier in St. Petersburg, die ein voller Mißerfolg war. Anders in Polen. Dort hatten mehr und stärkere Organisationen bestanden; die Massen, nicht nur geringe Minderheiten, waren mit den sozialdemokratischen Ideen vertraut.

Aber die Ereignisse reiften schnell. Die revolutionäre Bewegung greift, gefördert durch die Niederlagen im Krieg gegen Japan, rasch um sich, ergreift Intelligenz und Bauern. Es kommt zu Organisationsversuchen beider, zu einem allrussischen Bauernkongreß sogar. In der inneren Erregung bleibt der Versuch, durch Verheißung einer Duma die Bewegung zu schwächen, wirkungs- und ergebnislos (Bulyginsche Duma, 6. August 1905).

Im Oktober schwillt die Streikbewegung zur größten, doch vorletzten Welle an. Mit einem Streik der Buchdrucker in Moskau fing sie, unbedeutend genug, an; bald folgen die Eisenbahner, die im ganzen Reiche die führende Rolle übernahmen, der Bewegung Verbreiter und Rückgrat. Der Streik ergreift ganz Rußland, er ist ein ausgesprochen politischer; in ihm verkörpert sich, was a l l e wünschen; die ökonomischen Interessen der Beteiligten verschwinden. So schließt sich ihm die Intelligenz an. Ingenieure und Techniker, städtische und staatliche Beamte, Reichs- und andere Bankangestellte, Advokaten, Friedensgerichte treten in den Ausstand; und nichts spricht deutlicher für seinen rein politischen Charakter und das Maß, in dem er alle politische Wünsche zusammenfaßt, als die Tatsache, daß „der Gründungskongreß der konstitutionell-demokratischen Partei einen Beschluß faßt, worin er seine voll-

---

26) T s c h e r e w a n i n a. a. O. S. 35.

27) Hierüber auch M a x W e b e r, Archiv, Bd. 23, S. 285.

28) Worte C h r u s t a l j e w s, des Vorsitzenden des späteren Petersburger Arbeiterrates (zitiert bei N a c h i m s o n S. 297).

ständige Solidarität mit der Streikbewegung und deren Forderungen ausdrückt, d. h. die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts fordert, unter Garantierung aller Freiheiten und die vollständige politische Amnestie"[29]). Sogar die Fabriksbesitzer „leisten, wenn nicht aktive, so doch passive Beihilfe"[30]) durch Weiterzahlung der Löhne. So wird die Bewegung zum Generalstreik im weitesten Sinne des Wortes. Die Einmütigkeit zwingt die Regierung zum Nachgeben; das abgetrotzte Oktobermanifest ist das Ergebnis des Kampfes. Die Bewegung geht zurück.

Sie war durch ihre Forderungen (nur politische), durch ihren Umfang (Ergreifung aller Berufe) von allen vorhergehenden verschieden; am bedeutungsvollsten wurde sie für das Proletariat, das die Führerrolle gehabt hatte. Ihm bringt sie volle Erkenntnis seiner Macht, die sogar zur sich bitter rächenden Überschätzung wird, und die erste umfassende Organisation: den Arbeiterdeputiertenrat von Petersburg, nach dessen Beispiel sich ähnliche in den Provinzstädten bildeten. In ihm ist wohl das wichtigste und maßgebende Vorbild für die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte der zweiten Revolution zu erblicken; er selbst hatte unter anderem einen unmittelbaren Vorläufer in einem Rat der Deputierten der Buch- und Steindrucker, der sich während deren Streik in Moskau gebildet hatte. Ob dabei der Arbeiterrat der mechanischen Werkstätten Moskaus, der sich bei den „unabhängigen Organisationen" daselbst aus den Vorsitzenden der einzelnen Gruppen, die miteinander regelmäßige Besprechungen abhielten, gebildet hatte, das Vorbild abgab, ist schwer anzugeben.

Jedenfalls erschien der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat als eine Art spontane Einrichtung, die sich das Proletariat schuf zu seiner einheitlichen Kampfleitung. Am 26. Oktober gegründet, umfaßt er bei der Gründung 42 große industrielle Betriebe und 3 gewerkschaftliche Verbände, wenige Wochen später 147 Fabriken und Werke, 34 große Arbeitsstätten des Handwerks und 16 gewerkschaftliche Verbände mit zusammen 562 Deputierten[31]). Offiziell galt er als neutral, die sozialistischen Organisationen hatten in ihm nur beratende Stimme; praktisch stand er unter dem Einfluß der

29) **Tscherewanin** a. a. O. S. 52.
30) Ebenda S. 54.
31) **Nachimson** a. a. O. S. 300.

Sozialdemokratie, der die meisten seiner Mitglieder angehörten (Trotzki war zweiter Vorsitzender).

Der Arbeiterdeputiertenrat „war ein Arbeiterparlament, ein gesetzgebendes Organ der Arbeiter“[32]); er wird, dank seinem Erfolg in der Leitung des Oktoberausstandes und einer ihm ergebenen Masse von revolutionären Arbeitern, zur realen Macht, der gegenüber für viele die kommende Duma nicht zählt. Ja, „die Regierung war geneigt, ihn zu dulden und mit seinen Beschlüssen, die oft im schroffsten Gegensatz zu ihren Plänen und Anordnungen standen, rücksichtsvoll zu rechnen. Der Ministerpräsident Graf Witte zum Beispiel wies die Journalisten an, bis zur Veröffentlichung der neuen Preßgesetze die Pressezensur zu respektieren, der Arbeiterdeputiertenrat dagegen beschloß, daß die Drucker und Setzer nur in denjenigen Druckereien arbeiten durften, wo Zeitungen, die ohne irgendwelche Zensur erscheinen, gedruckt werden, und dieser Beschluß des Arbeiterdeputiertenrates wurde strengstens durchgeführt“ usw.[33]).

Hatte die von ihm geleitete Bewegung die Bulyginsche Duma sang- und klanglos verschwinden lassen, so glaubte er die neue, im Oktobermanifest versprochene, durch einen bewaffneten Aufstand „hinwegfegen“ zu können. (Er wollte eine Konstituante.) In dieser Überschätzung der eigenen Mittel bestärkte ihn auch die Stellungnahme des allrussischen Bauernverbandes, der sich sehr revolutionär gebärdete. Aber diesmal leistete, trotz prinzipiell ähnlicher Stellung, die der Semstwokongreß eingenommen hatte, die Intelligenz keine Bundesgefolgschaft mehr.

So wird die erste Machtprobe, die er mit dem Versuch unternimmt, eigenmächtig den Achtstundentag in den Fabriken einzuführen — die Arbeiter sollten einfach nach Ablauf dieser Zeit nach Hause gehen — (und der sich so als ein klassisches Beispiel syndikalistischer action directe darstellte), ihm zum doppelten Verhängnis: er erreicht sein Ziel nicht, der zur Verwirklichung unternommene Generalstreik scheitert; die Bourgeoisie wird in die Arme der Regierung getrieben, und die Fabrikbesitzer beantworten das Vorgehen des Arbeiterrats mit einer allgemeinen Aussperrung.

Die zweite Machtprobe, der Versuch, einen Generalstreik zu inszenieren und ihn in einen bewaffneten Aufstand überzuführen,

32) Nachimson a. a. O. S. 300.

33) Tscherewanin a. a. O. S. 68.

führt zwar zum Moskauer Aufstand, der aber schließlich, wie die anderen vorgenommenen Versuche, unterliegt. Den Ausgangspunkt hätte, wie im Oktober, ein Eisenbahnerausstand bilden sollen; der aber schon gelang nicht vollständig. Am 8. Dezember war der Vorsitzende des Arbeiterrates, Chrustaljew, verhaftet worden, am 16. das Exekutivkomitee des Rates selbst. Es wurde ergänzt und sprach am 17. den am 20. (21.) beginnenden Generalstreik aus. Dessen Wesen war, wie eben angedeutet, von dem des Oktoberausstandes ganz verschieden: „Der Oktoberstreik begann als ein Demonstrationsstreik, und die Kapitulation der Regierung war sein unerwartetes, unvorhergesehenes Resultat. Der Dezemberstreik dagegen wurde als ein entschiedener Ansturm auf die Regierung proklamiert, als ein Streik, der in einen bewaffneten Aufstand überzugehen streben soll"[34]).

Es kam anders, als erhofft. Streik und Aufstand boten der Regierung Anlaß zur Niederzwingung des Proletariats, das ihr allein gegenüberstand. Der Dezemberaufstand, der der Triumph der Revolution werden sollte, wurde ihre schwerste Niederlage; mit ihm war die Revolution bezwungen. Über die Gründe, die zur Niederlage führten, über die Notwendigkeit des Kampfes selbst ist viel geschrieben und gestritten worden; der innerste Grund dürfte wohl sein, daß die Bewegung durch die Verkennung der eigenen Mittel und der Zeitläufte scheitern mußte. Damit war auch die Streikbewegung für lange ins Innerste getroffen. Den Streiks folgten die Aussperrungen; die Angriffsstreiks werden wieder zu dem, was sie vordem waren: Abwehrstreiks.

Im Frühling 1906 bildete sich in Petersburg, im Gefolge der eintretenden großen Arbeitslosigkeit, eine starke Arbeitslosenbewegung. Sie gab sich eine Leitung in einem nach dem Vorbilde des Arbeiterrates von 1905 geschaffenen Arbeitslosenrat. Dieser „hatte zuerst manche Erfolge in seinen Forderungen an die Stadtverwaltungen aufzuweisen, die öffentliche Arbeiten veranstalten und überhaupt den Arbeitslosen energisch unter die Arme greifen sollten. Aber unseren revolutionären Romantikern gelang es, diese Bewegung in die Hände zu bekommen, und nun trugen sie sich mit dem Gedanken, diese rein ökonomische Bewegung den Aufgaben des noch immer erwarteten revolutionären Aufstandes anzupassen. Die ganze Arbeitslosenaktion wurde zur reinen Demagogie, und nur

34) Tscherewanin a. a. O. S. 91.

das energische Eingreifen der sozialdemokratischen Parteileitung vereitelte den wahnsinnigen Plan des Arbeitslosenrates, die Arbeitslosen auf die Straße zu führen, in der Erwartung, daß die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Arbeitslosen zu erfüllen, die Massen in den Aufstand treiben würde. Der Arbeitslosenrat verlor nun das Vertrauen der Massen und erfüllte nicht die Aufgaben, die ihn ins Leben gerufen hatten"[35]).

3. Nach der Revolution

Die Tabelle zeigt den Rückgang der Streikbewegung. Erst im Jahre 1911 war ein stärkeres Anschwellen zu verzeichnen, doch wurde sie erst 1912 wieder zu einer Massenbewegung. Die Parole, unter der die Ausstände des Jahres 1911, zum Teil auch die von 1912, geführt wurden, lautete überwiegend: Rückkehr zu den Bedingungen von 1905/06[36]). 1911 hatten die führende Rolle, wie bisher, Textil- und Metallarbeiter inne. Eine der traurigsten Marksteine in der Streikgeschichte bildet der Lenaausstand mit seiner opferreichen Unterdrückung. Er war aus Verzweiflung über wahrhaft unerträgliche Arbeitsbedingungen entstanden. Seine blutige Bekämpfung hatte eine größere Reihe von Proteststreiks zur Folge. In der zweiten Hälfte des Jahres wird die Bewegung wieder eine vorwiegend politische. Sie wird unterstützt durch eine neu einsetzende industrielle Hochkonjunktur.

Die Streikbewegung der letzten Zeit vor dem Kriege galt ökonomischen und politischen Zielen; Lenin schildert ihr Anwachsen wie folgt: „Die Jahre 1912—1914 bezeichneten den Anfang eines neuen, kolossalen revolutionären Aufschwungs in Rußland. Das wurde wieder Zeuge einer riesenhaften Streikbewegung, wie sie noch nie in der Welt gewesen. Im Jahre 1913 zählte nach minimalsten Berechnungen der revolutionäre Massenstreik 1½ Millionen Teilnehmer, und im Jahre 1914 waren es schon mehr als 2 Millionen, und der Streik näherte sich dem Niveau von 1905. Am Vorabend des Krieges kam es in Petersburg schon zu den ersten

---

35) **Martow**, Preußische Diskussion und russische Erfahrung (Neue Zeit, Jahrg. 28, Bd. 2, S. 907 ff., 915, 916).

Die Tätigkeit der Arbeiterräte wurde ausführlicher geschildert, um ihre Bedeutung hervortreten und sie als Vorbild der jetzigen erkennen zu lassen. Über die Geschichte der Räte in näherer und fernerer Vergangenheit siehe das das Räteproblem behandelnde Kapitel.

36) Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands 1912, S. 559.

Barrikadenkämpfen“ [37]). Die Meinung von dem Ausbruche einer neuen Revolution war allgemein verbreitet, und gerade während des Besuches Poincarés brachen in Petersburg Arbeiterunruhen aus.

4. Im Krieg

Während der ersten Kriegsjahre ging die Bewegung stark zurück, wenngleich einige größere Streiks, so auch in den Putilowwerken, zu verzeichnen waren; insbesondere ließ, aus begreiflichen Gründen, die politische Streikbewegung nach. Nach den ersten Kriegsjahren kam es auch wieder zu einem stärkeren Anschwellen der Streiks. An den nach den Niederlagen im Frühjahr 1915 in ganz Rußland errichteten regionalen Kriegsindustrieausschüssen mit einem Zentralausschuß in Petersburg beteiligten sich auch die Arbeiter, die man zur Bekräftigung der Einheit der Nation heranzog. Sie wollten sich aber nur auf eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Vertretung einlassen, was bei der Regierung durchzusetzen den bürgerlichen Leitern gelang. Die Beteiligung wurde damit befürwortet, daß die Arbeiter sich so einen Stützpunkt für die schwer vermißten Organisationen bilden könnten. Das gelang in gewissem Umfange: „Die Arbeitergruppen der Kriegsausschüsse wurden zu Mittelpunkten, in denen die Klagen und Wünsche der Arbeiter zusammenlaufen und von welchen neue Anregungen ausgehen. Bereits im Februar dieses Jahres (1916) trafen in Petersburg aus Anlaß der Tagung der Kriegsausschüsse . . . Arbeitervertreter aus 19 Städten zusammen, welche naturgemäß auch ihre besonderen Angelegenheiten zu besprechen Anlaß nahmen. . . . Die Petersburger und Moskauer Arbeitergruppen propagierten in enger Fühlung die Idee eines allgemeinen Arbeiterkongresses.

Das Fehlen von Arbeiterorganisationen brachte es mit sich, daß die Arbeitergruppen sich unzähligen Aufgaben und Fragen zuwenden mußten: Wahlen der Arbeitervertreter für die Arbeiterversicherungsbehörde, Teuerung und Wohnungsnot, Lohnforderungen und Arbeitsvermittlung, Einigungsämter und Konsumgenossenschaften und anderes mehr. Es ist nicht zu leugnen, daß viele dieser Fragen durch die Arbeitergruppen der Kriegsausschüsse zu öffentlichen und nachhaltigen Erörterungen gebracht worden sind. Und es ist erklärlich, daß Hand in Hand damit eine Belebung der Arbeiterbewegung eingetreten ist. Diese findet indessen

37) **Lenin, Krieg und Revolution, S. 118.**

ihren Ausdruck nicht in einer Verschärfung des politischen Kampfes, sondern in gesteigerter Tätigkeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ...“[38]).

Durch diese, sogar von den bürgerlichen Mitgliedern der Ausschüsse geförderte Tätigkeit wurde indessen deren Existenz selbst gefährdet. Knapp vor Beginn der Revolution sollen die Ausschüsse aufgelöst und die Arbeitermitglieder verhaftet worden sein.

Die Gesetzgebung

Einen gewissen Erfolg hatte die Arbeiterbewegung in den Jahren vor dem Krieg noch durch die Sozialversicherungsgesetze vom 6. Juli 1912 zu verzeichnen, mochten diese auch weit hinter dem zurückbleiben, was die Arbeiter wünschten und die Regierung ehedem zu gewähren bereit war. Im Jahre 1903 hatte die Beratung begonnen, 1904 wurden die ersten Pläne erweitert, nach den Revolutionsjahren der Umfang eingeschränkt. Die Gesetzgebung umfaßt eine Kranken- und Unfallversicherung, aber nur für die in größeren Betrieben Beschäftigten, wobei aber auch Reichs- und Eisenbahnbetriebe ausgeschlossen bleiben.

Versucht man die ganze Bewegung einheitlich zu werten, so wird sie vor allem als Gradmesser für die Intensität der Wünsche Arbeiterschaft auf politischem und ökonomischem Gebiet anzusehen sein, aber auch als solche für seine sich in ihnen ausdrückende Reife. Sie war aber weiter, und gerade durch den Verlauf der Revolution von 1905, eine Schule für das Proletariat, dessen Lage zu Beginn der von 1917 ähnlich war. Anfangs ohne eigentliche umfassende Organisation, muß es sich diese während der Revolution erst schaffen. Diesmal bringt sie ihm aber den Erfolg, da es die einzige in sich gefestigte Partei aufzuweisen hatte.

II. Abschnitt

Die Gewerkschaftsbewegung

1. Die „unabhängigen“ Organisationen

Die russische Arbeiterbewegung unterschied anfangs kaum zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen: vielfach fiel die Führung des politischen wie des ökonomischen Kampfes

38) Die russische Arbeiterschaft im Kriege, Korrespondenzblatt 1916, S. 387.

einer und derselben Arbeiterorganisation zu, mochte diese nun eine Partei- oder gewerkschaftliche Organisation sein. Manchmal fielen beide einfach zusammen. Klar zeigt sich dies z. B. in dem Aufbau und Wirken des „Bundes" (Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund Rußlands, Polens und Litauens), der die erste ganz große, geschlossene Organisation der russischen Arbeiterschaft war, erwachsen aus geheimen Vereinen, kleinen politischen, genossenschaftlichen Verbänden usw. Um die Jahrhundertwende wuchsen derartige lokale Organisationen, trotz der Tätigkeit der Polizei.

Die russische Regierung versuchte, da es ihr nicht gelang, dieser Bewegung völlig Herr zu werden, sie wenigstens in ein ihr genehmes Fahrwasser zu lenken. So ließ sie, durch den Moskauer Oberpolizeimeister Trepow inspiriert, Gewerkschaften gründen, an deren Spitze die von ihr abhängigen Agenten standen. Die Durchführung war vor allem Werk des Gendarmeriechefs Subatow, und er rief in Moskau und anderwärts eine Reihe von „unpolitischen", sogenannten „unabhängigen" Organisationen ins Leben, deren eingestandenes Ziel es war, den Arbeitern im ökonomischen Kampfe durch Gewährung größerer Freiheiten den eigenen „Schutz der Arbeiterinteressen" in etwas wirksamerer Weise zu ermöglichen; uneingestandenermaßen aber und vor allem, sie der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Einige bekanntere Volkswirte, so Prof. Oserow, die erst bei der Gründung solcher Organisationen mitgewirkt hatten, zogen sich bald zurück.

Der Erfolg der Regierung war ein ungleicher; während ihre Werbung unter der westlichen Arbeiterschaft von Anfang an zurückgewiesen wurde, wies sie an anderen Orten, so in Moskau und Odessa, einige Erfolge auf. Doch auch hier nicht lange. Die Leitung der Bewegung entglitt der Regierung, und die in den von ihr geschaffenen Organisationen vereinigten Arbeiter führten ihre Kämpfe auf ihre Weise. So gerieten die Häupter dieser „offiziellen" Arbeiterbewegung, Subatow und Schajewitsch, bald in Ungnade; Subatow wurde seines Postens enthoben, Schajewitsch nach Sibirien verbannt. Einzelne ähnliche Organisationen bestanden aber weiter, so die erwähnte unter Führung Gapons in Petersburg.

2. Die Bildung der Gewerkschaften in der Revolution

Mit dem Einsetzen der revolutionären Bewegung von 1905 begannen die Arbeiter, ohne sich um die behördliche Genehmigung zu

bekümmern, Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Damit trat eine Scheidung der politischen und ökonomischen Organisationen der russischen Arbeiterschaft ein, wenngleich die Gewerkschaften stark unter sozialdemokratischen Einflüssen standen und ihre Statuten dies deutlich verrieten.

Nachdem mit dem Oktobermanifest Koalitionsrecht, Preß- und Versammlungsfreiheit erstritten worden waren, stand der Ausbreitung der Gewerkschaften kein gesetzliches Hindernis mehr entgegen, und in ganz Rußland setzte eine umfassende und erfolgreiche Tätigkeit zur Gründung solcher ein; statt wie früher, nur ganz vereinzelt und im geheimen zu vegetieren, konnten sie sich jetzt frei entfalten, und bald wurde ein Petersburger und ein Moskauer Zentralbüro für die Gewerkschaften errichtet. Der Spätherbst 1905 zeigt ein ungemein starkes Anwachsen der Zahl der Berufsvereine und ihrer Mitglieder. Sie betätigen sich fast alle auch stark auf politischem Gebiete, und wirtschaftliche und politische Forderungen laufen, wie in den Programmen, so im Tageskampf durcheinander. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bleiben aber unabhängig voneinander, zumal nach dem Siege der Regierung und der von ihr dann vorgenommenen gesetzlichen Regelung des Gewerkschaftswesens. Unter ihrem Einfluß, aber auch der innerhalb der eigenen Kreise erkannten Notwendigkeit, politische und gewerkschaftliche Tätigkeit zu trennen, wird das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften in dieser Zeit in einem Beschluß des vierten Parteitags (1906) also bestimmt: „Da die gewerkschaftliche Bewegung ein notwendiges Element des Klassenkampfes ist, ebenso wie die Gewerkschaften ein Element der Klassenorganisation des Proletariats sind, hat die Partei das Streben der Arbeiter nach gewerkschaftlicher Organisierung jederzeit zu unterstützen. Die Partei wird ferner nach Kräften der Gründung von Gewerkschaften förderlich sein; alle Mitglieder der Partei müssen deshalb auch in die gewerkschaftlichen Verbände eintreten, an ihrer Tätigkeit aktiven Anteil nehmen und beständig bemüht sein, unter den Mitgliedern das Klassenbewußtsein und die Klassensolidarität zu festigen“[39]).

Im Westen wurden die Gewerkschaften innerhalb der Partei, des ‚Bundes', organisiert. In ihren Statuten betonen sie, „daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes und in ihrem gewerkschaftlichen Kampfe unter der Führung des ‚Bundes' stehen“[39]).

39) Paschitnow a. a. O. S. 214.

3. Nach der Revolution

Nach dem Scheitern des Moskauer Dezemberaufstandes hatte scharfe Verfolgung der Gewerkschaften eingesetzt, der sehr viele durch Auflösung zum Opfer fielen. Doch war die Bewegung nicht ganz erloschen, und eine gesetzliche Regelung tat not. Diese erfolgte mit der „zeitweiligen“ Verordnung vom 4./17. März 1906. Die Bildung von Gewerkvereinen wurde gestattet. Als ihr Zweck ist vorgesehen die Förderung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sowie die Förderung der Produktivität der Betriebe, in denen sie arbeiten. Tätigkeit auf dem Gebiete des Schieds- und Einigungswesens, des Arbeitsnachweises, der Rechtsauskunft, des gemeinsamen Einkaufs, des Unterstützungswesens und der Fortbildung. Bildung von Sektionen ist gestattet, Verbindung mehrerer Gewerkvereine untersagt. Die Satzungen sind zwei Wochen vor der Eröffnung einzureichen [40]. Viele Arbeiterkategorien, so die Eisenbahner, waren vom Vereinsrecht ausgeschlossen; die unklar gebliebene Frage, ob Streikfonds angesammelt werden dürften (später in zustimmendem Sinne oberstgerichtlich ausgelegt), ließen unter den Arbeitern Streit entstehen, ob man sich den neuen Organisationsbestimmungen fügen oder nicht lieber die alten Formen geheimer Organisation wieder aufleben lassen sollte.

Die allrussische Gewerkschaftskonferenz empfahl den Gewerkschaften, nur im äußersten Falle die Registrierung nach diesem Gesetze vorzunehmen. Immerhin wurde von der Organisationsmöglichkeit in einem solchen Umfange Gebrauch gemacht, daß nach einer Zusammenstellung der Kommission für die Organisierung eines Gewerkschaftskongresses anfangs 1907 652 Gewerkschaften mit 245 555 Mitgliedern vorhanden waren. Die bedeutendsten waren:

Metallindustrie . . .	81	Organisationen	mit	54 200	Mitgliedern
Textilindustrie . . .	25	„	„	37 200	„
Handel und Transport .	101	„	„	32 500	„
Buchgewerbe	72	„	„	28 700	„
Nahrungsmittelindustrie	78	„	„	24 800	„

Die Zahl der dauernd Beiträge Leistenden wurde nur auf etwa die Hälfte geschätzt. Zwei Drittel aller Organisierten entfielen auf Petersburg, Moskau, Lodz, Warschau, Baku und Odessa.

40) Vgl. Reichsarbeitsblatt 1910, S. 125 ff.

Am stärksten organisiert waren die Buchdrucker mit 48 %, die Metallarbeiter mit 8,6 %, die Nahrungsmittelgewerbe mit 7,2 % der Beschäftigten. Hauptsächlich umfaßten die Organisationen junge Arbeiter der qualifizierten Berufe. Die Organisationen wurden insbesondere als Kampforganisationen angesehen. Niedrige Beiträge, hauptsächlich dem Kampf- und Streikfonds gewidmet, Vernachlässigung der Unterstützungs- und Krankenkassen, lassen den russischen Typus der Gewerkschaften dem französichen der damaligen Zeit nicht unähnlich erscheinen.

Auf dieser für russische Verhältnisse nicht geringen Höhe konnten sich die Gewerkschaften nicht halten. Mit dem Wiedererstarken der Regierungsgewalt setzten neue Verfolgungen ein: polizeiliche Schikane, Verhaftung der Führer. „Zu rege Tätigkeit" ist ebenso ein Grund zur Auflösung wie „Untätigkeit", wie später zur Verweigerung der Registrierung der Umstand, daß das Statut monatliche statt alljährliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge vorsieht, oder in ihm die Worte „usw. usw." vorkommen [41]). So sinkt die Zahl bis 1908 auf ca. 300 Verbände mit 130 000 Mitgliedern, bis 1909 auf 200 mit 37 000 Mitgliedern [42]).

Im Jahre 1910 schien sich eine leichte Wendung bemerkbar zu machen. Die wenigen nicht aufgelösten Gewerkschaften mit ihrem Stamm alter Mitglieder gewinnen einige neue. Die einsetzende Besserung der wirtschaftlichen Lage trägt dazu bei. Doch bald stagniert die Bewegung. Die wesentlich höheren Zahlen der offiziellen Statistik sind, wie von gewerkschaftlicher Seite behauptet wird, fehlerhaft [43]). So wird gegenüber einer Zahl von 514 Verbänden der amtlichen Statistik von der Arbeiterpresse nur eine solche von 63 (!) registriert, und die Gesamtzahl der in ihnen zusammengeschlossenen Arbeiter auf nur 15 000 [44]) angegeben. Die Gewerkschaftsbewegung ist so gut wie vernichtet.

Wie aber das Jahr 1912 ein Wiederaufleben der Streik- und der politischen Massenbewegung bringt, so auch eine Wendung zum Bessern in der der Gewerkschaften. Die wirtschaftliche Konjunktur begünstigt sie. Ende 1912 gab es wohl statt 63 bereits 88 Lokalverbände, aber da eben in diesem Jahre die letzten großen

41) Scher, Gewerkschaftsbewegung, Neue Zeit, Jahrg. 32, Bd. 2, S. 123.
42) Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands 1910, S. 17.
43) Z. B. Aer, Korrespondenzblatt 1912, S. 8; W. Scher a. a. O. S. 122.
44) Scher, ebenda.

Petersburger Verbände (Metallarbeiter und Buchdrucker) aufgelöst wurden, hatte die Zahl der Organisierten nur unwesentlich zugenommen[45]). Doch diese zunächst unbedeutende Wendung zum Bessern hielt an und Ende 1913 werden 118 Verbände gezählt, worunter 34 in diesem Jahre gegründete. Die Zahl der Mitglieder hatte sich etwa verdoppelt und wurde auf 40—45 000 geschätzt. An der Spitze stehen die Handlungsgehilfen, die außerdem noch größere Unterstützungsvereine besitzen. Ihnen folgen die Arbeiter der Klein- und dann erst die der Großindustrie. Die auch ehemals bestandene Tendenz, wonach sich zuerst die Arbeiter der Kleinindustrie zusammenschlossen — wohl eine Beeinflussung durch die altgewohnten Artels —, zeigt sich wieder. Ebenso macht sich die alte Verbindung mit den politischen Parteien wieder geltend.

Die Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki übte auch hier ihren nachteiligen Einfluß aus, um so mehr, als die Gewerkschaften zugleich Mitglieder der politischen Parteien waren. Hauptsächlich handelte es sich hier um die taktischen und organisatorischen Streitigkeiten, wie sie in der damaligen russischen Sozialdemokratie auf der Tagesordnung standen; aber auch der Umstand trug dazu bei, daß sich in der Arbeiterschaft zwei Schichten herausgebildet hatten. Jene alten Arbeiter, die seit den schwierigen Kämpfen der Revolution und in den schweren Leiden der nachfolgenden Jahre ausgehalten hatten und jene, die erst in den letzten Jahren sich der Organisation angeschlossen und die erfolgreichen Streiks der Jahre 1912 und 1913 mitgekämpft hatten. Sie waren die ungleich revolutionärer Gesinnten[46]).

4. Der Krieg und die Revolution von 1917

Der Krieg hemmte natürlich zunächst jede Weiterentwicklung und erst mit dem Anwachsen der Kriegsindustrie und der erwähnten Bildung von Arbeiterausschüssen gelang es wieder, gewisse organisatorische Fortschritte zu machen.

Die Revolution, die mit einem Schlage die Fesseln, die administrative Willkür der Bewegung angelegt hatte, sprengte, riß die gesamte Arbeiter- und nicht zuletzt die Gewerkschafts-

45) W. Scher a. a. O. S. 124.
46) Ebenda S. 128.

bewegung in neue Bahnen, und am 4.—11. Juli 1917 konnte in Petersburg die dritte russische Gewerkschaftskonferenz tagen. (Die erste im Oktober 1905, die zweite im Februar 1906.) Drei Monate nach Ausbruch der Revolution wurde die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten auf etwa eine Million geschätzt, worunter etwa 800 000 eingetragene Gewerkschaftsmitglieder und 200 000 Angehörige der gesamtrussischen Organisationen der Eisenbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltung. Die Bildung war zunächst eine regellose, chaotische. Auf der Konferenz wurde ein Zentralausschuß eingesetzt zur Führung der laufenden Geschäfte[47]). Auf dem allrussischen Gewerkschaftskongreß waren bereits etwa 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten; am stärksten waren die Metallarbeiter mit etwa 500 000 Mitgliedern, die Textilarbeiter mit etwa ebensovielen, die Lederindustriearbeiter mit etwa 200 000 Mitgliedern, die Lehrlinge mit etwa 180 000 Mitgliedern[48]).

Parteipolitisch stand einer bolschewistischen Mehrheit von 275 Delegierten eine Minderheit von 21 linken Sozialrevolutionären, 12 Anarchisten, 66 Menschewiki, 10 Sozialrevolutionären, 34 Wilden gegenüber[48]).

Die Gewerkschaften sind durchaus als Klassenorganisationen anzusprechen und geben als Ziel Verbesserung der ökonomischen und rechtlichen Lage, Verteidigung der politischen Rechte, Steigerung des kulturellen Niveaus und Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter an. Sie hatten gleich nach Beginn der Revolution den achtstündigen Arbeitstag, Einigungskammern, Fabrikkomitees erlangt.

Die bolschewistische Doktrin, wonach die Gewerkschaften Organe der neuen Staats- und Gesellschaftsgestaltung werden müssen, siegte nicht nur auf dem Gewerkschaftskongreß, sondern auch in der Oktoberrevolution. Seither sind die Gewerkschaften, wenn auch in veränderter Form, Organe wie des politischen, so des wirtschaftlichen Aufbaues geworden.

---

47) A. Grigorjanz, Russische Gewerkschaftskonferenz, Korrespondenzblatt 1917, S. 311.

48) Olberg, Gewerkschaftsbewegung, S. 392, 393.

III. Abschnitt

Die politische Bewegung

I. Kapitel

Die Zeit vor der sozialdemokratischen Bewegung

Si quis toto die currens
pervenit ad vesperum, satis est.
Petrarca

Den Ideenrichtungen, die im 19. und 20. Jahrhundert Rußland erst zu einem bürgerlich-freiheitlichen Staat, dann zu einem sozialistischen Gemeinwesen umzugestalten versuchen, entsprechen die folgenden politischen Gruppen, die ihm auf diesem Kreuzweg Führer und Leiter sein wollten.

„1. Die geheimen Gesellschaften und die Dekabristen unter Alexander I.
2. Die literarische Bewegung der vierziger Jahre.
3. Die Slawophilen und die sogenannten ‚Westler'.
4. Nihilisten und Sozialrevolutionäre.
5. Die neueren Richtungen," worunter besonders die Sozialdemokratie[49]).

Die Tätigkeit der drei ersten Gruppen fiel ganz oder größtenteils in die Zeit vor jenen Reformen, die als der Anfang eines neuen Rußland gedeutet werden können: die innerpolitischen (Verwaltungs- und Justiz-)Reformen zu Anfang der sechziger Jahre und vor allem die Bauernbefreiung von 1861. Die Tätigkeit dieser Gruppen war und blieb auf einen engen Personenkreis beschränkt, ein Merkmal, das auch die Partei der Nihilisten und (älteren) Sozialrevolutionäre mit ihr teilt. So war es auch in anderen Staaten mit den ersten sozialen und politischen Bewegungen gegangen. Was aber der russischen einen besonderen Zug verleiht, war, daß sie das in seinen Zielen noch durchaus unklare Streben gerade der Jugend darstellte, des Hauptteiles der russischen „Intelligenz", deren Rolle in der revolutionären und geistigen Bewegung Rußlands erst anfing und deren Einfluß sich bis heute noch nicht erschöpft hat.

Langsam erst drang Klarheit über sich selbst und ihrer Befreiungssehnsucht Ziel in sie ein und mit ihr die Überzeugung von

49) Hoetzsch, Rußland, S. 58.

der Notwendigkeit, sich die Massen zu gewinnen. Langsam werden die Massen vorerst noch unreifen sozialistischen Ideen gewonnen, und so blieb es dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts vorbehalten, den Gedanken des „wissenschaftlichen" Sozialismus unter ihnen zu verbreiten. Ganz entfaltet sich die Bewegung zu einer Massenbewegung erst, als sie zu einer sozialdemokratischen wird, im 20. Jahrhundert. Denn erst das letzte Menschenalter hat in größerem Umfang die materiellen Vorbedingungen hierfür geliefert, vor allem die Industrialisierung des Zarenreiches, wie gering diese auch im Verhältnis zur Landwirtschaft noch immer blieb und wie sehr auch das Überwiegen dieses Produktionszweiges den sozialen und politischen Emanzipationsbestrebungen ganz eigenartigen Charakter geben mußte.

Für die Ausbildung der sozialdemokratischen Bewegung Rußlands sind die ersten drei der genannten politischen Gruppenbildungen ohne praktische Bedeutung. Diese kommt, obwohl nur in dem eingeschränkten, darum aber oft nicht wenig charakteristischem Maße, das Vorläufer für die Gestaltung der bleibenden Bewegung zu haben pflegen, erst der nihilistischen, der „volkstümlichen", der sozialrevolutionären zu. Eine Unterschätzung der Leistungen dieser Strömung wäre — von ihren praktischen Erfolgen oder Mißerfolgen ganz abgesehen — schon deshalb unangebracht, weil sie zum erstenmal den Boden gelockert und vorbereitet hat für Lehre und Tat der nach ihr kommenden. Fast ungleich wichtiger noch scheint ihre Bedeutung für Erkenntnis der Formen und des Wirkens auf einem scheinbar ziemlich weitabliegenden Gebiete: in der Möglichkeit, die sie bietet, neben der psychologischen Eigenart der Zeit und der Menschen auch die Verhältnisse zu erfassen, die Grundlage für Kommen und Verlauf der späteren Bewegung wurden, und so aus dem Geist der Träger der alten auf den der neuen zurückzuschließen. Ändern sich doch Mensch und Menschliches nur unmerklich auch im gewaltigsten Wandel der Zeiten.

Die nihilistisch-sozialrevolutionäre Bewegung

Schon vor der Bauernbefreiung hatte es literarische sozialistische Strömungen gegeben, wenn auch deren Abgrenzung gegenüber den liberalen nicht immer scharf in die Erscheinung trat. Schrift-

steller wie Saltikow (Schtschedrin), Gleb Uspenski, Nekrassow schlagen Töne an, die an unsere soziale Literatur der vierziger Jahre anklingen. Herzen bleibt vorerst liberal und geht erst später ins radikalere Lager über. In Dobroljubows gesellschaftlicher Satire und Tschernischewskis ökonomischer Kritik im „Zeitgenossen“ tritt der sozialistische Gedanke schärfer hervor, ja letzterer ist geradezu als der Begründer des russischen Sozialismus anzusprechen, der schon bei ihm jene eigentümliche Anschauung erhält, die noch lange nachher für das Wirken der russischen sozialistischen Parteien von ausschlaggebender Bedeutung blieb: das Anknüpfen der sozialen Umgestaltung an den Mir, der als spezifisch russische Einrichtung im Laufe der Geschichte nicht nur von konservativen Parteien überschätzt wurde, und die allzu hohe Einschätzung gesetzgeberischer Maßnahmen, der Glaube einer späteren Zeit an die Allmacht des Dekretes.

Die tiefe Enttäuschung über das Ergebnis der Bauernbefreiung, das lange Zögern mit anderen liberalen Reformen hatten zu einem weitgehenden Wechsel in den Anschauungen der Gesellschaft darüber geführt, was von dem so gepriesenen „Zarbefreier“ zu erwarten sei. Eine Broschüre „Was ist dem Volk nötig? — Land und Freiheit“ zeigt nach einem in Herzens „Glocke“ erschienenen Aufruf eines „zentralen Revolutionskomitees“, der scharfe Unterdrückungsmaßregeln zur Folge gehabt hatte, den Umschwung.

„Land und Freiheit“ wurde der Name der 1863 miteinander zu einer Gesellschaft vereinigten revolutionären Verbindungen (1876 entstand eine zweite, den gleichen Namen „Semlja i Wolja“ tragende Befreiungsgruppe). In ihr verkörpert sich die junge Bewegung. Der Verein wird noch im gleichen Jahre unterdrückt.

Bald nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes setzt nach einer kurzen Reformperiode die entschiedene Rückkehr der Regierung zur Vergangenheit ein; den äußeren Anlaß bot das Attentat Karakasows auf Alexander II. (1866), in dem die „Hölle“, wohl die erste geheime Gesellschaft, die dieses Kampfmittel anwandte, einen zunächst ganz vereinzelt bleibenden Ausbruch ihres Stürmens und Drängens bot. Der Erfolg war für die liberale Bewegung, nicht für den Zarismus vernichtend; die reaktionäre Strömung war neu gestärkt worden, an weitere Reformen nicht mehr zu denken und die Hoffnung der liberalen Gesellschaft auf

eine „Krönung des Gebäudes“ durch eine zu oktroyierende Verfassung weiter denn je von ihrer Erfüllung entfernt.

Aber die Literatur wirkte auf die Köpfe verwirrend, tastend, klärend. Dobroljubows, Tschernischewskis, auch Herzens wurde bereits gedacht. Letzterer war gerade um die Zeit des polnischen Aufstandes zu radikaleren Ideen gelangt und sein „Kolokol“ (Glocke), der, solange die Menschenliebe seines Herausgebers nicht in Menschenhaß umgeschlagen war, gemäßigte Ideen vertreten hatte, nahm die Partei der Polen. Das hatte ihm Gunst und Einfluß bei der Gesellschaft verscherzt. Nun treten Bakunins Sendboten auf den Plan, bearbeiten die so vorbereiteten Köpfe; mit tiefgreifendem Erfolge zwar, aber immer nur noch in der engsten Intelligenz; denn noch immer nicht war der Bauer, so wenig wie der Arbeiter, zum Bewußtsein seiner Stellung gelangt. Aber auch der Intelligenz gebrach es, in anderem Sinne, durchaus an Erkenntnis der realen Verhältnisse. Dieses Verkennen war zum erstenmal in Karakasows Attentat zum Ausdruck gekommen.

Wenige Jahre später sollten die Irrungen, Wirrungen womöglich noch deutlicher als Zerrbild hervortreten, in der bekannten Netschajewschen Verschwörung von 1869. Dieser bereitete mit Unterstützung des von ihm schwer getäuschten Bakunin eine revolutionäre Erhebung vor; als ein Mitverschworener, Iwanow, mißtrauisch wurde, wurde er „hingerichtet“; die Tat kam auf. Netschajew gelang es, zu flüchten; seine Gesellschaft kam vor Gericht. Er selbst wurde später als gemeiner Verbrecher ausgeliefert und verurteilt. Die heillose Wirrnis der Köpfe zeigt unter anderem der von ihm und Bakunin verfaßte „revolutionäre Katechismus“, „worin sich Bakunins Vorliebe für grausige Vorstellungen und schreckliche Worte bis zum Übermaß austobte“ [50]).

Doch diese bakunistischen Verschwörerideen verkörperten nur eine der Richtungen des „Nihilismus“ oder der (ersten) — sozialrevolutionären — Bewegung, denn diese Bezeichnung hatte sich nach Bakunin die vorkämpfende Jugend zu Ende der sechziger, anfangs der siebziger Jahre beigelegt. Nur die „intelligentistische“ Jugend stellt ihre Träger; ihr Mangel an Geschlossenheit zeigt sich in der Bildung zahlreicher Gruppen und Grüppchen. Wort und Begriff des „Nihilismus“ hat Turgenjew in seinem Roman „Väter und Söhne“ geschaffen (1862), wie auch sein Roman „Neuland“ („Die

50) Mehring, Marx, S. 439.

neue Generation“) den viel gebrauchten Namen einer neuen Jugend literarisch verewigte.

Immerhin lassen sich in dieser Bewegung auch einheitliche Gedanken herausschälen. Will man sie mit zwei Schlagworten bezeichnen, dann: „Glaube an den Mir“ und „Glaube an das Volk“. Denn sie ist in ihrem weit überwiegenden Teile erfüllt von dem Gedanken, daß die Feldgemeinschaft, die Obschtschina, als kommunistische Organisationsform des Eigentums an Grund und Boden, als Ausgangspunkt für die neue sozialistische Gestaltung dienen kann und dienen wird; daß der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft erfolgen könnte, ohne daß die kapitalistische Periode, deren in Westeuropa zu immer gewaltigerem Ausmaß ansteigende Erscheinung im damaligen Rußland kaum in den ersten Ansätzen vorhanden war, zu durchschreiten wäre; daß Rußland aus der primitiven kommunistischen Wirtschaft der Feldgemeinde in eine höhere, moderne springen könnte. Dieses Tschernischewskische Erbe war von Lawrow ausgebildet worden, für die Ausgestaltung der ökonomischen und sozialen Entwicklung Rußlands und der ihr anzupassenden Bewegung durch die Vorkämpfer der russischen Revolution. Dieses Ideal ist ihnen lange geblieben; der „Vorwärts“ vertrat diese Lehre auch in taktischer Beziehung; in letzterer Anschauung gingen aber die beiden führenden Geister, Lawrow und Bakunin, gewaltig auseinander, wenn sie sich auch in dem „Glauben an das Volk“ wieder trafen.

Lawrow lehrte, die Revolution könnte nicht zu beliebigem Augenblicke losbrechen, die Propaganda sollte friedlich sein, das Volk müßte über seine wahren Interessen aufgeklärt werden; das könnte aber nur durch länger dauernde, unmittelbare Einwirkung geschehen; wer aber im Volke so wirken wollte, müßte selbst vorher ein ganzer Mann geworden sein, der Wissenschaft und Leben, sein Volk und sich selbst gründlich kenne; nur dann könnte seine Arbeit unter dem Volke wirken.

Dagegen Bakunin: Dessen Energie und Agitationsgabe hatten in den sechziger Jahren endlich ein festes Ideal gefunden; einen an Proudhons Vorstellungen anknüpfenden Begriff von Anarchismus galt es zu verwirklichen, nicht in einem „Volksstaat“, wie etwa Lawrow wollte, sondern in einer Gemeinschaft freier gemeindlicher Assoziationen. Der russische Bauer, in dem von Natur aus revolutionäre Neigungen vorhanden seien, brauche nur durch Agitation

zum Bewußtsein seiner Kraft gebracht zu werden; seine eigenen Leiden und Neigungen würden ihm den weiteren Weg von selbst weisen. Diese Agitation könne, weil sie nur längst vorhandene Empfindung und Empörung lebendig zu machen brauche, jederzeit durch Wort, vor allem aber durch Tat erfolgreich wirken; einer vorherigen Selbstbildung hierzu bedürfe es nicht.

Daneben standen, mit dem Prinzip des tätigen Wirkens durchaus einverstanden, aber von der grundsätzlichen Anschauung von der Unreife der Massen zu einer Revolution ausgehend, Tkatschew und seine „Jakobiner". Sie predigen, da es unmöglich sei, zu warten, bis das Volk reif dazu sei, die Verschwörung zum sofortigen Sturz der Regierung.

In den Zielen ziemlich einverstanden, wurden die Parteien durch taktische Fragen getrennt: Verschiedenheit der Ansicht über die Wahl der Mittel und des Zeitpunktes war damals, wie später, der Spaltpilz in der Bewegung.

Doch dringt mit allen diesen Lehren der — vormarxistische — volkstümliche Sozialismus in den Nihilismus ein, durchdringt ihn, verwandelt ihn fast. Aber es ist ein Sozialismus, der die Notwendigkeit kapitalistischer Entwicklung verneint oder diese ausschalten zu können glaubt, und der deshalb die wirkliche Gestaltung der realen politischen Verhältnisse des Landes in ihrer Verkettung mit den ökonomischen nicht sah oder nicht sehen konnte. Sieht man von kleineren Gruppen ab, so gab es für Bakunin und Lawrow und ihre Anhänger nur ein Ziel: die s o z i a l e Revolution; die und nur die sollte herbeigeführt werden, und als hätte nie zuvor Karl Marx den unzertrennlichen Zusammenhang des politischen und des sozialen Kampfes betont [51]), wurde darüber hinweggegangen. Marx war damals in Rußland ein fast Unbekannter.

Die beiden Hauptrichtungen, die sich so herausbildeten, anarchistische Sozialrevolutionäre, „Buntari", Putschmacher, die durch „Tat", d. h. Revolte und Putsch, und die „Propagandisten", die durch das gesprochene Wort wirken wollten, „gingen ins Volk", um unter den Bauern Anhänger zu werben. Aber auch erstere mußten sich zunächst, da ihre Absicht, den Bauer, „der ja von Natur aus Kommunist" sei, zur Revolution aufzustacheln, praktisch erfolglos

51) „Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre." M a r x, Elend der Philosophie, S. 164.

war, mit der Agitation des Wortes begnügen, wie die Propagandisten, die ihn den Sozialismus lehren und durch die Revolution der Köpfe die soziale Revolution vorbereiten wollten. Es war dieses Tun kaum mehr als eine Art Gesinnungskreuzzug, Schwärmerei, eine Manie, die Köpfe und Herzen erfaßt hatte, und reine Menschen mit reiner Lebensweise sollten sie tragen. Der Gedanke knüpfte an ein Wort Bakunins an, die Ausführung an Vorstellungen Lawrows. Turgenjew hat auch diese Phase des Nihilismus, „das Narodnitschestwo", beschrieben (in seinem „Neuland").

Das Schicksal der Bewegung war vorauszusehen; sie scheiterte, und das gründlich, an der Bauernpsyche. Stumpf und dumpf durch jahrhundertelangen, eben erst teilweise von ihm gewichenen Druck, war er begreiflicherweise mißtrauisch gegen diese naiven Heilsprediger und brachte weder den Lehren der Propagandisten, noch den Absichten der Buntari irgendein Verständnis entgegen; im Gegenteil. Die Bewegung versandete, und nur der oft von den Bauern unterstützten Polizei hatte die Verfolgung dieser allzu idealistischen Schwärmer und Volksbeglücker durch Verhaftung der Tätigsten der Bewegung billige Erfolge gebracht. Ihre Hauptgruppe war die der nach ihrem Führer „Tschaikowzi" genannte gewesen. Die Selbstbestimmung mußte kommen und sie kam, schrittweise.

Mißerfolge führen zur Kritik. So auch hier. Lehre und Taktik, wie sie bisher gepredigt wurden, werden verworfen, die schärfere Tonart gewinnt an Einfluß, denn die polizeiliche Verfolgung hatte Erbitterung geweckt. Die Lawristi werden ganz in den Hintergrund gedrängt. An Stelle der bisherigen trat Anempfehlung einer neuen, „spezifisch russischen Praxis". Die kritische Behauptung, daß das „Ins-Volk-Gehen" zur Unfruchtbarkeit verdammt sein müsse, da „die von Europa her importierten sozialistischen Ideen für die russischen Bauern ein wenig passendes Propagandamaterial bildeten", man vielmehr an die vorhandenen volkstümlichen Vorstellungen und Wünsche, Begriffe und Forderungen entschiedener anknüpfen müsse [52]), schien nicht unberechtigt, — wenn es auch nicht gerade nur „europäischer", d. h. westeuropäischer Sozialismus gewesen war, der die Grundlage der bisherigen Agitation gebildet hatte.

Freilich lag in diesem Gedankengang auch schon der Keim zu

52) Kritschewski, Revolutionäre Bewegung, S. 647.

der bald immer deutlicher hervortretenden Abweichung dieser Art Sozialismus von dem „europäischen" durch immer schärfere Betonung des „spezifisch russischen". Und „Obschtschina", Nichtanerkennung des Privateigentums an Grund und Boden, insbesondere am Ackerland, seine Verteilung nach „gerechten Grundsätzen" — also Anknüpfung an naturrechtliche Vorstellungen auch auf ökonomischem Gebiete —, die „schwarze Umteilung", die Landverteilung an die Masse der Bauern, das sind dem Bauer vertraute oder ihm doch leicht verständlich zu machende Begriffe. Die genügen als Ziel auch für die gewöhnlichen Revolutionäre, die „breiten Naturen", für die intellektuell Höherstehenden stellen sie nur eine Etappe dar; das Endziel ist ein besonderer, russisch gefärbter Anarchismus [53]). An die genannten Vorstellungen knüpft die neue Form der Bewegung an, der sogar in einer neuen Schrift Lawrow Rechnung trägt und die den Einfluß der alten Buntari wesentlich verstärkt.

Die „Narodniki" predigten die „Ansiedlung", das dauernde Wohnen einzelner oder ganzer Gruppen auf dem Dorfe inmitten der Bauern, um in ständigem, unmittelbarem Verkehr mit ihnen sie für die Ideen zu gewinnen; also wieder ein Ins-Volk-Gehen, freilich anderer Art als ehedem. Nach ihm erhielten die, welche dieses Propagandamittel erwählt hatten, die Bezeichnung „Dörfler".

Der „volkstümliche" Sozialismus drohte aber so zu einer Art primitiven Bauernsozialismus zu werden. Trotz vereinzelter unbedeutender und vorübergehender Erfolge vermochte diese Art der Organisation und Propaganda nicht mehr dauernden Einfluß unter den Bauern zu gewinnen als die alte. Mit ihr teilte sie aber in ihren Anfängen ein wichtiges Übersehen: den politischen Verhältnissen schenkte auch sie kaum Beachtung. Politische Betätigung, Kampf gegen die Regierung auf politischem Boden blieb, dan den erwähnten anarchistischen Einflüssen, denen dieser russische, dieser Bauernsozialismus mit sein Entstehen verdankte, in dem neuen „Narodnitschestwo", der „Volkstümelei", verpönt.

Bildet die Lehre vom revolutionären Bauer und der Feldgemeinschaft noch immer den theoretischen Grundstein der Volkstümlertätigkeit, so macht doch die Praxis einen bemerkenswerten Schritt nach vorwärts. Die revolutionäre Propaganda unter den Arbeitern wird, als Ergänzung der unter den Bauern geübten, gutge-

53) Thun, Geschichte, S. 119.

heißen; damit war der Faden wieder geknüpft, den die verdrängten Lawristi schon einmal aufzunehmen versucht hatten: die Heranziehung der städtischen Arbeiter. Jetzt drängten die Mißerfolge unter den Bauern, denen im Vergleich dazu größere unter den Fabrikarbeitern gegenüberstanden, die Mitglieder von „Land und Freiheit" dazu, ihnen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Weg vom Land in die Stadt, vom konservativen, gleichgültigen Bauer zum revolutionären, erregbaren Arbeiter war gefunden, und damit der erste Ansatz zur Weiterentwicklung einer sozialen Bewegung, die nunmehr auch eine politische wurde. Daß sie dies immer bewußter wurde, daß der Gegensatz zur Regierung sich nun auch auf politischem Gebiete äußerte, dafür sorgte diese selbst, die die Prediger einer neuen Zukunft immer härter und rücksichtsloser verfolgte, mochten diese auch manches durch eigene wie durch ihrer Vorgänger Erfahrung gelernt haben.

Die geringen praktischen Erfolge, die steten Verfolgungen führten zur entschiedenen Wandlung der Taktik: der Terror kam auf. Aus „Selbsterhaltungstrieb und Rachegefühl"[54]) erwuchsen die ersten Attentate der „desorganisatorischen Gruppe" der Partei, und mit ihnen nahm der politische Kampf gegen die Regierung die für die nächsten Jahre charakteristische Form an. Zunächst als Verteidigungs-, nicht als Angriffswaffe. Dazu wird das politische Attentat erst mit der Partei der „Narodnaja Wolja" (Volkswille oder Volksfreiheit), die es nicht der Vergeltung, der Rache, sondern dem Hasse und der Herbeiführung des Umsturzes dienen läßt. Das Attentat von Wera Sassulitsch auf den General Trepow und das Solowjews auf Alexander II. zeigen die Wendung.

In den Kongressen der alten Partei zu Lipezk und Woronesch war die terroristische Taktik anerkannt und eine neue, straffere Organisation geschaffen worden; viel dazu hatten die Erfahrungen der letzten Monate, der zweimalige Hungerstreik der in der Peter- und Paul-Festung Inhaftierten und der in Charkow, die Aufhebung des Petersburger Sitzes der „Land und Freiheit", der Aufruf des Kaisers an die Gesellschaft zum Kampf gegen die „revolutionäre Bande", „Kramola", beigetragen.

Trotz der Annahme der neuen Taktik und Organisation, oder vielmehr wegen ihr, sollte es zu einer Spaltung in der Gesellschaft „Land und Freiheit" kommen. Die Streitigkeiten darüber, ob die

54) **Kritschewski** a. a. O. S. 648.

neue Taktik, die hauptsächlich von den neu gewonnenen, vorwiegend städtischen, revolutionären Kreisen gepredigt wurde, gutzuheißen sei — und damit die politische Betätigung der Partei —, oder ob diese nur die mehr mit friedlichen Mitteln anzustrebende soziale Umwälzung allein gelten lassen solle, führten zur Sprengung. Die politisch-terroristisch-zentralistische Gruppe, die von der Ansicht ausging, „politische Attentate zur Erlangung größerer politischer Freiheiten", ansonsten die Propaganda mangels jeder Aussicht, unter den bisherigen Verhältnissen die Revolutionierung der Massen wirksam vorzubereiten, aufgegeben werden müßte, schloß sich zu der später nach ihrem Organ „Narodnaja Wolja" genannten Gruppe zusammen, die sozialistisch-agitatorisch-föderalistische Gruppe zu der des „Tscherny Peredjel" (= schwarze Umteilung). Den gleichen Namen führte ihre Zeitschrift. Im August 1879 ist der Bruch vollzogen; die bisherigen Kampfgenossen „trennen sich in freundschaftlicher Weise" [55]).

Die „Narodnaja Wolja" gibt sich eine feste zentralistische, „jakobinische" Organisation, die Lokal- und Spezialvereine umfaßt, erstere etwa nach dem „Territorial"-, letztere nach dem „Ressort"-system gegliedert, wenn dieser Vergleich hier angewendet werden darf. Erstere umfassen die revolutionäre Propaganda in bestimmten Bezirken, letztere unter bestimmten Berufen: Studenten, Armee, Arbeiter. Das berühmte und gefürchtete „Exekutivkomitee" tritt mit schrankenloser Gewalt an die Spitze der Partei. Die „Jagd auf den Zaren" wird ihr Ziel. Am 13. März 1881 erreicht sie es mit dem Bombenattentat auf Alexander II. Doch führt auch dieser Erfolg nicht zur Verwirklichung der programmatischen Forderungen. Trotzdem: mit der Tätigkeit der Narodnoja Wolja tritt der sozialistisch-revolutionäre Anarchismus in seine letzte große Phase. Kritschewski [56]) kennzeichnet mit folgenden Worten ihre Stellung und Bedeutung: „Die Narodnaja Wolja bildet einerseits den Höhepunkt der ganzen Bewegung..., andererseits ist sie von allen früheren Richtungen diejenige, die uns in ausgeprägtester Weise das Eigentümliche der russischen revolutionären Bewegung offenbart. Außerdem hat die Narodnaja Wolja sowohl in theoretischer, als auch in praktischer Hinsicht die dauerndsten Nachwirkungen erzeugt."

55) Thun, Geschichte, S. 189.

56) Revolutionäre Bewegung, S. 657.

Hervorgegangen aus den Narodniki, den „Volkstümlichen", konnte, aber auch wollte die Partei trotz grundsätzlicher Verschiedenheit der Anschauungen über das theoretisch wie praktisch Notwendige ihren Ursprung nicht verleugnen. Dazu kam, daß die Partei gewisse Zugeständnisse an die ältere Richtung machen mußte, und das Programm des Exekutivkomitees erklärte denn auch: Unserer Grundüberzeugung nach sind wir Sozialisten und Volkstümliche. Das hieß aber die alten Anschauungen des volkstümlichen Sozialismus von der Obschtschina als Grundlage der kommenden, die Stufe des Kapitalismus überspringenden Gesellschaft, den Glauben der Narodniki, daß es möglich sei, die neue politische und soziale Ordnung durch eine nur soziale Revolution zu verwirklichen, festhalten. Und wenn daneben, gedrungen durch die Erfahrungen der Praxis, die ökonomischen Endziele hinter das politische: die Erringung größerer Freiheit — wozu wieder Umwandlung Rußlands durch Einberufung einer Konstituante etwa in einen konstitutionellen Staat —, die Vorbedingung war, zurücktreten mußte; wenn so der politische Kampf, in dem sich die Partei den Auffassungen der alten „Jakobiner" wie denen der Liberalen näherte, zum unmittelbaren und nächsten Ziel werden mußte, so ging man nur schweren Herzens darauf ein. All das erschien fast als „Verrat an der Volkssache"[57]).

Doch hielten die Narodowolzi daran fest. Denn es wäre, so meinten sie, nicht daran zu zweifeln, daß die verfassunggebende Versammlung eine ungeheure Majorität für ihre Partei ergeben würde. Eine eigentliche Adelsklasse gebe es nicht, so wenig wie eine Bourgeoisie als Klasse. Nur Bauer und Regierung stünden einander gegenüber, und da der ökonomische Befreiungskampf jenes sich nur gegen diese wenden und daher zugleich ein politischer sein müßte, so wäre immerhin einerseits eine Begründung für die politische Betätigung der Partei gefunden, wie andererseits auch die Erfüllung der Hoffnungen auf die Zusammensetzung der Konstituante verbürgt. Intelligenz, Bauer und Arbeiter hätten das gleiche Interesse: die soziale durch die politische zu erreichende Umwälzung. Aber auch so wurde gefolgert: „Die provisorische revolutionäre Regierung sollte unmittelbar nach dem Sturze des Absolutismus selbst ‚die Gewalt usurpieren' und eine ‚ökonomische' Umwälzung vollziehen, um erst auf diese Weise volkstümliche Wahlen

57) Axelrod, Politisches Erwachen, S. 111.

für die Konstituante zustande zu bringen"[58]), also eine Diktatur der sozialrevolutionären Intelligenz zur sofortigen Herbeiführung der sozialen Revolution. Anklänge an die Gegenwart.

Bedeutet diese Auffassung der Narodowolzi von der Entwicklung einen entschiedenen Bruch mit jener der Narodniki, so noch schärfer die sich hieraus weiter ergebende Frage, wer diese Umwälzung vollbringen soll. Soll es die ganze Volksmasse sein, die ihre Befreiung in die Hand nimmt? Dann fällt der Intelligenz nur die vorbereitende Aufklärungsarbeit zu, das Wirken durch Sendlinge im Volke. Das war die Ansicht der Narodniki gewesen, die ja ebendeshalb „ins Volk gegangen" waren. Soll es nur die ihrer und des ganzen Volkes Lage und Zukunft bewußte Minderheit sein? Das bejahten die Anhänger der Narodnaja Wolja. Und formelhaft werden diese Anschauungen zu den Schlagworten geprägt: „Alles für das Volk durch das Volk" der Narodniki und: „Alles für das Volk durch einen Teil des Volkes", d. h. durch die Minderheit, durch die Narodnaja Wolja.

Sollte aber die Umwälzung nur von einer Minderheit gemacht werden, dann liegt dem Denken der damaligen Zeit, das sich ja der Ungesetzlichkeit des Tuns, wie der zu gewärtigenden Verfolgung klar bewußt war, nichts näher, als die Verschwörung, der Geheimbund und dessen Kampfmittel, das Attentat. Offene Propaganda der „tätigen Minderheiten", etwa im Sinne der späteren Syndikalisten, konnte es in einem Rußland Alexanders II. nicht geben. So war die Brücke geschlagen, die zum Blanquismus führte und darüber hinweg als nächstes, wenn auch schwerstes Ziel die Beseitigung Alexanders II., dessen Person vor allem der Niederringung des Absolutismus im Weg zu stehen schien, gefordert. Das Exekutivkomitee nahm den verzweifelten Kampf auf. Der Terror wird zur Vergeltung des „weißen Schreckens", mit dem die Regierung in immer unerbittlicherer Weise alle Regungen Befreiung ersehnender Volkskreise zu ersticken suchte; dieser waren wenig genug.

Der Kampf der Handvoll Verzweifelter gegen das verhaßte System endigte trotz mancher gelungenen Tat in der zu erwartenden Weise: mit der Aufreibung derer, die trotz innerlichen Widerstandes zur Überzeugung gelangt waren, daß nur der Terror Rußland helfen könnte, und die schließlich schweren Herzens zu ihm

58) Kritschewski a. a. O. S. 658.

erst als Vergeltungs-, dann als Angriffswaffe gegriffen hatten. Das Exekutivkomitee hatte bestenfalls einige Hundert zu allem entschlossener Anhänger hinter sich gehabt. Kerker, Strick, Sibirien räumten rasch genug unter ihnen auf.

Und weiter. Was immer eintritt, wenn es einer Bewegung an realen Erfolgen und innerer Geschlossenheit durch Mangel eines einheitlichen, fest gefügten Systems, das ihr als Gerüst und Klammer dient, gebricht, geschah auch hier: Streitigkeiten in der Partei traten auf. Wie in jedem Stadium der russischen revolutionären Bewegung hatten sie taktische Meinungsverschiedenheiten zum Ausgangspunkt. Drei Strömungen lassen sich unterscheiden. Neben den Anhängern des bisherigen Vorgehens forderte eine Anzahl Mitglieder, daß nicht aller Erfolg auf die eine Karte des Terrors gesetzt werde und deshalb „energischere Propaganda des Sozialismus unter dem Volke, die zugunsten des Terrorismus vernachlässigt worden war“ [59]), getrieben werde, während andere weitergehende, einen älteren Gedanken aufgreifend, „außer den politischen auch noch den — dem Volke eher verständlichen — ‚agraren und Fabrik-Terror‘ in das Programm aufgenommen wissen“ [59]) wollten (d. h. den Terror gegen besonders mißliebige Guts- und Fabriksbesitzer), letzteres die Hauptforderung der „Jungen Partei der Narodnaja Wolja“. Trotz des wieder erfolgten Zusammenschlusses stand das Ende der Partei bevor. Durch die Verhaftung Lopatins, der ehedem an einer Übersetzung des „Kapitals“, sowie an der Befreiung Lawrows mitgewirkt hatte, fiel der Polizei reiches Adressenmaterial in die Hände. So wurde das Ende der Partei nur beschleunigt. Mit ihrer Vernichtung war die Zeit der „revolutionären Intelligenz“, die sich dem Kampf gegen den Absolutismus in der bisher gewohnten Form geweiht hatte, vorüber. Was noch als Narodnaja Wolja fortbestand, ihren Namen führte und ihre Lehren predigte, war nicht mehr die alte Narodnaja Wolja; der alte Geist war gebrochen und geschwunden.

Aber auch der Widerpart der Narodnaja Wolja in den letzten Jahren des revolutionären Kampfes, der „Tscherny Peredjel“, die Partei der „schwarzen Umteilung“, war vernichtet. Diese hatte schon im Namen an die im Volke stets lebendigen Vorstellungen angeknüpft, daß es zu einer neuen Landverteilung auf Kosten des

59) **Kritschewski** a. a. O. S. 664.

Großgrundbesitzes kommen werde, wobei der Bauer das erhalten werde, was ihm bei der Bauernbefreiung vorenthalten worden war: jenen Teil des Bodens, den er beim Gutsherrn bestellte und der diesem verblieb, als die „Teilung", d. h. die Ablösung für ihn erfolgte. Dem gewählten Namen entsprach ein Hauptpunkt des Programms: Die Revolution sollte vor allem eine ökonomische werden. Aber, und hier taucht ein neuer Gedanke auf, die ökonomische Revolution sollte sich nicht nur, wie man es bisher gemeint hatte, auf das agrarische, sondern auch auf das industrielle Eigentum erstrecken und die Devise lauten: „Arbeiter bemächtige dich der Fabrik, Bauer des Bodens". Die Partei trat zunächst gegen die Revolutionen durch die Minderheiten auf und griff auf die sozialistisch-agitatorische Arbeit zurück, ohne sich aber gegenüber der Forderung nach Erringung politischer Freiheiten ablehnend zu verhalten. Später, namentlich zur Zeit der Erfolge der Narodnaja Wolja, näherte sie sich den Zielen dieser an, verwarf den Terror nicht unbedingt und auch nicht den agraren und Fabrikterror. Auch sie ereilte ihr Schicksal; 1883 ging sie unter. Ein Teil ihrer Anhänger und Führer trat der Narodnaja Wolja bei, ein anderer, worunter Axelrod und Plechanow, wanderte aus. Mit ihren Namen wird später die Entwicklung des russischen zum modernen Sozialismus verknüpft sein.

Das war Glück und Ende des sozialrevolutionären Nihilismus. Seine Zeit war vorbei. Neue Volkskreise, nicht mehr nur die Intelligenz, sollten die neue Bewegung tragen, für und durch neue Kreise, nicht mehr nur die Bauern, die Umwälzung erfolgen. Die neue Gedankenwelt des modernen Sozialismus drang nach Rußland ein.

2. Kapitel
Die sozialdemokratische Bewegung

1. Die Anfänge der Arbeiterbewegung

De nihilo nihil.

Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung Rußlands sind mit der sozialistisch-revolutionären Bewegung des 8. Jahrzehnts des abgelaufenen Jahrhunderts eng verbunden. Eine Arbeiterschaft im Sinne eines modernen Proletariats gab es vorher nicht. Nur ver-

einzelt tauchten im Meere der landwirtschaftlichen die Inseln der industriellen Produktion auf, mit ihnen die ersten Arbeiter, in die Stadt abgewanderte Bauern. Begreiflich, daß die revolutionäre Intelligenz in ihrem ersten Auftreten gar nicht und später nur in letzter Linie auf diese Kreise bei ihrem Befreiungswerk rechnete. „Volk", in das „hinabzusteigen" sich zur Vorbereitung der sozialen Revolution verlohnte, waren doch nur die Bauern.

Vereinzelte Ausnahmen kamen vor. Ihrer wurden mit der fortschreitend energischeren Bewegung und ihrem Mißerfolg unter den Bauern mehr. Hatten anfangs Studenten, die ja in den Großstädten lebten, als sozialistische Agitatoren gelegentlich auch unter den städtischen Arbeitern Propaganda getrieben, so hatten die Lawristi auf die Gewinnung auch der Industriearbeiter hinarbeiten wollen. Zu einer planmäßigen Tätigkeit war es nicht gekommen, und erst die „Land und Freiheit" hatte diese als Ergänzung der Landpropaganda in ihr Programm aufgenommen, doch eben nur als Ergänzung und zur Unterstützung dieser. Bald ließ das verschiedene Maß der erzielten Erfolge die Meinung ändern und die Gewinnung der Arbeiter wurde allmählich nicht mehr nur vom Standpunkt der Nützlichkeit für die bäuerliche Revolution aus betrachtet; sie wurden vielmehr ein besonderes, wichtiges Agitationsobjekt.

Doch bevor es noch so weit war, hatte der russische Arbeiter, und zwar hauptsächlich der Industriearbeiter, nicht aber der in den Artels zusammengeschlossene Handwerker, den Weg zu s e i n e m Sozialismus gesucht und ihn — wenn man von den obigen Ausnahmen absieht — fast allein gefunden. Eine Leistung, die namentlich dann richtig zu beurteilen ist, wenn man die grauenvollen Verhältnisse berücksichtigt, unter denen er nicht lebte, sondern jämmerlich vegetierte[60]). Alles Üble, was etwa Engels von den englischen Arbeitsverhältnissen im Zeitalter des aufkommenden Kapitalismus berichtet, hatte hier seine zu gleicher Maßlosigkeit gesteigerte Wiederholung gefunden. Der ersten hieraus entspringenden Streikbewegung wurde bereits gedacht.

Als erste p o l i t i s c h e Betätigung in der Öffentlichkeit wird vielleicht die Demonstration vor der Kasanschen Kathedrale zu Petersburg (1876) anzusprechen sein, gelegentlich der Beerdigung eines in der Untersuchungshaft gestorbenen Studenten.

60) Vgl. Paschitnow a. a. O.; Tugan-Baranowski a. a. O.; Plechanow, Sozialpolitische Zustände.

Aber auch einige „Arbeiterkreise“ bildeten sich in Petersburg, Moskau und einigen anderen Industrieorten; die Südrußlands schlossen sich 1875 zu einem „Arbeiterbund“ zusammen: natürlich fiel er bald der Polizei zum Opfer. 1879 erstand er für kurze zwei Jahre wieder. Und schon zwei Jahre vorher gründeten der Tischler Chalturin und Obnowski den „Nordischen Verband der russischen Arbeiter“, der die erste „Organisation“ des denkenden Petersburger und Moskauer Proletariats, unter Chalturins, „des Vaters der russischen Arbeiterbewegung“, Leitung bildete. Chalturin war bewußt Arbeiterführer, wenn er auch später, durch die Entwicklung der Verhältnisse gezwungen, Anschluß an die Terroristen suchte und fand. Chalturins nächstes Ziel war die Erkämpfung politischer Rechte als Vorbedingung der Verwirklichung des Sozialismus. Natürlich erschien ein derartiges Programm den unpolitischen Narodniki als Gipfel der Ketzerei und „rief . . . einen Sturm der Empörung bei ihnen hervor“ [61]). Der Verband blieb die Antwort nicht schuldig.

Chalturin hatte seine auf Organisation der russischen Arbeiterschaft hinzielende Tätigkeit auf friedlichem Wege durchsetzen wollen; Streik und Agitation sollten die Mittel zur Erlangung der geforderten Assoziationsfreiheit und günstigeren Arbeitsbedingungen sein. Er war ein Gegner der Gewalt. Es war eben die Zeit des Aufkommens der terroristischen Taktik der Narodnaja Wolja. Unter deren Verfolgung, namentlich der „Illegalen“ (d. h. der ohne oder mit falschen Pässen lebenden Revolutionäre, die sich aber den Verfolgungen der Polizei leichter zu entziehen wußten), hatten die dem Verband angehörigen Arbeiter, die als „Legale“ nicht über die Hilfsmittel der ersteren geboten und so dem Zugreifen der Polizei stärker ausgesetzt waren, schwer mit zu leiden. Und „bitter beklagte sich Chalturin . . ., daß die Intelligenz durch ihre Kampfweise alle Anstrengungen der neuen Organisation, vorwärts zu kommen, vereitele, indem jedes Attentat ihr neue Verluste verursache. ‚Wenn sie uns nur Zeit ließe, einigermaßen unsere Organisation zu befestigen!‘ äußerte er sich vorwurfsvoll gegenüber Plechanow, dem Redakteur der ‚Semlja i Wolja‘, dem damaligen (illegalen) Hauptorgan der revolutionären Intelligenz“ [62]). Aber Chalturin selbst mußte sich überzeugen, daß auch

61) Nachimson a. a. O. S. 286.

62) Axelrod, Politisches Erwachen, S. 39.

für eine friedliche Propagandaarbeit im Zarenreich keine Möglichkeit bestand. Auch er mußte, gehetzt und verfolgt, bezwungen durch die rauhe Wirklichkeit, seine Ansichten ändern und nahm zum Terror die Zuflucht. Auch er trat der Narodnaja Wolja bei. Der Plan, durch Sprengung des Winterpalais' Alexander II. zu beseitigen, war in Vorbereitung und Ausführung zum größten Teil sein Werk. Das Attentat mißlang. Chalturin, ein „Vollstrecker des öffentlichen Willens", entkam zunächst, wurde aber nach einem späteren Attentat ergriffen und gehängt. Erst dann wurde er als der Attentäter vom Winterpalais erkannt. Mit ihm ging der Schöpfer der ersten russischen Arbeiter„partei" unter[63]), mit ihm sein Werk; doch der Gedanke der Organisation der Arbeiterschaft und des politischen Kampfes blieb.

Inzwischen aber hatte, wie erwähnt, die revolutionäre Partei der Intelligenz, die Narodnaja Wolja, Anschluß unter den Arbeitern gesucht und gefunden. Auch am früheren Kampfe gegen den Absolutismus waren die Arbeiter nicht unbeteiligt geblieben. So stand der Schlosser Malinowski 1875 vor seinen Richtern und klagte in seiner Verteidigungsrede den Absolutismus an. Der Arbeiter Agaponow spricht vor ihnen 1877 im „Prozeß der Fünfzig" Worte, die das aufkeimende Verständnis der Arbeiter für ihre Lage und die Anschauung über die Mittel, ihr abzuhelfen, dartun: „Ich habe viel darüber nachgedacht, wie die Lage der Arbeiter zu heben sei, und so wurde ich schließlich ein Propagandist. Mein Ziel war, die Arbeiter zur sozialen Revolution vorzubereiten, ohne die sie nie

63) Das Urteil, das Streltzow, Chalturin, Soz. Mon. 1907, S. 663, über ihn fällt, sei hier wiedergegeben, denn „das Schicksal Chalturins ist das Schicksal der russischen Revolutionäre der siebziger Jahre überhaupt". „Er liebte seine Leidensgenossen mit ungeheurer Stärke, und weil er sie so liebte, haßte er mit gleicher Stärke deren Feinde. Aus dieser Liebe und diesem Haß erklärt sich alles, was er getan .... Mit Freude und Hoffnung, mit leidenschaftlicher Zuneigung zum unglücklichen Volke gingen sie zu ihm, um ihm zu helfen, um es zu belehren, zu erziehen .... Aus Not und Verzweiflung griffen sie zum Schrecken und wurden zu Richtern der Vertreter und der Henkersknechte des zarischen Systems .... Das Schicksal Chalturins ist besonders erschütternd. Denn er war von Hause aus nicht zum Terroristen geschaffen. Seine Neigungen hätten ihn nie vom Wege der friedlichen, moralischen Eroberung der Köpfe und Herzen abseitsgeführt. Er hatte eine ungemein große Begabung für eine richtige organisatorische Tätigkeit und in einem Kulturstaat hätte er Großes für die Arbeiterbewegung schaffen können .... In Rußland mußte er durch den Strang enden."

ihre Lage werden wesentlich verbessern können." Und schließlich spricht im gleichen Prozeß der Weber Peter Alexejew Worte merkwürdiger Einsicht für die damaligen politischen und sozialen Verhältnisse. In seiner Rede, die eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, führte er aus: „Der russische Arbeiter hat sich nur auf sich selbst zu verlassen und nur noch von der revolutionären Intelligenz Hilfe zu erwarten; nur sie allein wird mit uns kämpfen, bis die starke Hand des Arbeiters sich erheben und das Joch des Despotismus... zerschmettern wird"[64]). Zu dieser Verbindung war es denn auch gekommen.

Sie hatte schließlich doch mit einem „Ins-Volk-Gehen" begonnen, einem Aufsuchen der Arbeiter an der Stätte ihrer Arbeit. Unter den schwersten Lebensbedingungen hatten die Studenten Arbeiter für ihre Sache zu gewinnen versucht. Vor allem hatte der Bildungshunger der Arbeiter sie für die Worte und Lehren der Propagandisten empfänglich gemacht, deren Anerbieten, sie lesen und schreiben zu lehren, den Anknüpfungspunkt gebildet. Das war die erste von außen kommende Aufklärung gewesen. Die Notwendigkeit brachte es, wie erwähnt, bald dazu, daß die Gewinnung von Arbeitern zur Ergänzung der erfolglosen Propaganda unter den als revolutionäre Elemente unrichtig eingeschätzten Bauern, bald dem Gedanken systematischer Gewinnung der Arbeiter zu Mitkämpfern Platz machte. Bezeichnend sind folgende Worte aus dem 1880 vom Exekutivkomitee der Narodnaja Wolja an die Gruppen herausgegebenen Schriftstück „Die Vorbereitungsarbeit der Partei": „Die städtische Arbeiterbevölkerung, die sowohl durch ihre Lage[65]), als auch durch ihre verhältnismäßig höhere Bildungsstufe von besonders wichtiger Bedeutung für die Revolution ist, muß die Aufmerksamkeit der Partei ernstlich auf sich ziehen. Der Erfolg des ersten Angriffs hängt gänzlich ab von dem Verhalten der Arbeiter und der Armee"[66]).

Diese Auffassung hätte auf die Lage der Arbeiter, als „Legale", besondere Rücksicht nehmen müssen, indessen wurde die Tätigkeit des Arbeiterverbandes durch die terroristische Aktion erschwert und

---

64) Nachimson a. a. O. S. 286.

65) Kritschewski fügt hinzu: „es wird jedoch nicht gesagt, ob die ökonomische oder — wie man aus dem Zusammenhang schließen könnte — die lokale Lage der Arbeiter als städtische Einwohner" gemeint ist.

66) Kritschewski a. a. O. S. 661 (Zitat).

er in seiner Entwicklung gehemmt. Die terroristische Taktik übte gerade auf die fähigsten, entschlossensten Arbeiter einen gewissen Anreiz aus, und diese zu gewinnen, gelang dann natürlich der Narodnaja Wolja. Damit waren aber den Arbeiterorganisationen die besten Köpfe entzogen, und ohne diese war ihr Untergang besiegelt. Dies um so mehr, als die Narodnaja Wolja als Verschwörerorganisation nur auf einzelne Arbeiter einwirken und eine große proletarische Massenbewegung weder schaffen wollte, noch schaffen konnte, ganz abgesehen davon, daß sie durchaus nicht Klasseninteressen anerkannte und vertrat. Auch bildeten für die fehlende Propagandaliteratur — eine erste Voraussetzung für das Heranwachsen einer größeren Bewegung — die seltenen illegalen Flug- und Zeitschriften, worunter besonders die von Scheljabow geleitete, nur in wenigen Nummern erschienene „Arbeiterzeitung", nur dürftigen Ersatz.

Die Verbindung, die Scheljabow, „die Seele der Arbeiterbewegung", soweit sie dem Einfluß der Narodnaja Wolja unterstand, darstellte und die zur terroristischen Praxis führte — denn Scheljabow war der leitende Kopf bei vielen Attentaten gewesen —, trug auch eher dazu bei, die ersten Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung zu vernichten, als sie lebensfähig zu machen.

So wird das Ende der Narodnaja Wolja auch zu dem der mit ihr verbundenen ersten, vorsozialdemokratischen Phase der russischen Arbeiterbewegung. Doch schon lassen die sie begleitenden Umstände: der Hunger nach Aufklärung und Bildung, der die Massen ergriff und das deutlichste Kennzeichen dafür bot, daß ein neuer Geist in ihnen lebendig wurde, erkennen, daß ihr noch eine zweite, bewußtere und, weil bewußt, gewaltigere Bewegung folgen muß. Sie setzte in geringem Umfange zwar bald ein, doch erst nach Überwindung der Jahre der Erschlaffung unter dem schweren Druck vermag sie ganz wirksam zu werden[67]).

---

67) Ungefähr gleichzeitig oder nur wenig später entstehen, zumal in den nicht national russischen Gebieten des Reiches Arbeiterbewegungen, die deutlichen Klassencharakter tragen, wenngleich sie auch auf nationalem (z. B. polnischem) oder pseudonationalem (konfessionellem) Boden erwachsen.

2. Die Bewegung bis zur Revolution

Irrungen — Wirrungen.
Fontane

a) Von 1883—1898

Wie die Narodnaja Wolja, so war auch der Tscherny Peredjel von der siegreichen Reaktion unter Alexander III. vernichtet worden. Der Terror wurde nurmehr literarisch vertreten, und auch dem erwuchs ein siegreicher Bekämpfer im Marxismus, der in Rußland eindrang und vor allem in der Intelligenz Anhänger fand. Zu ihnen gehörte insbesondere eine Gruppe ehemaliger Angehöriger des Tscherny Peredjel, allen voran Plechanow, dessen Schriften „Der Sozialismus und der politische Kampf" und „Unsere Meinungsverschiedenheiten" der neuen Auffassung Raum geben. In ersterer wird insbesondere auch das Verhältnis zur liberalen Opposition geprüft und deren Bedeutung hervorgehoben, sowie die Rolle der revolutionären Intelligenz dahin bestimmt, daß diese, großenteils geistiges Proletariat, sich vor allem auf die Agitation unter den Volksmassen zu werfen habe. An diesem Standpunkt, der ein Zusammenarbeiten mit einer energischen liberalen Oppositionspartei nicht ausschließt, hat Plechanow auch in späteren Zeiten festgehalten.

Inzwischen hatte der Marxismus langsam so viel Anhänger gewonnen, daß daran gedacht werden konnte, eine eigene sozialdemokratische Partei zu bilden. Sie wurde als „Gruppe der Befreiung der Arbeit" 1883 im Auslande gegründet. Ihre Tat ist die erstmalige systematische Anwendung des Marxismus auf die russischen Verhältnisse, und wenn sie auch zunächst nur in den Kreisen der Intelligenz Anhänger fand — nicht viel später sollte es so weit kommen, daß die Intelligenz schlechtweg marxistisch gesinnt war — und die Arbeiterschaft anfangs noch abseits stand, so war es doch ein Anfang, mit den alten romantischen, terroristischen Ideen zu brechen.

An ihre Stelle trat die der materialistischen Geschichtsauffassung Marx' entlehnte Einsicht, daß der Terror und die Attentatspraxis unheilvoll und aussichtslos seien, und die Ablehnung des Putschismus. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die weitere Auffassung des Marxismus, daß zur Umwandlung der Gesellschaft das Proletariat berufen sei, die Bewegung daher nicht auf die In-

tellektuellen allein beschränkt sein dürfe, zum Streben nach Gewinnung der Massen führen mußte.

Ein erstes bedeutenderes Aufwachen der proletarischen Massen Kernrußlands verrät die Maifeier 1891, doch blieb die Bewegung noch eine recht dürftige, auch weiterhin vor allem auf die Intellektuellen beschränkt. Immerhin kann von da ab von einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gesprochen werden, die durch die Propaganda der marxistisch gesinnten Studierenden gefördert wurde. Waren es vorher fast nur Emigranten gewesen, die die russische Anhängerschaft des Marxismus bildeten, so faßt die Bewegung nunmehr innerhalb des Landes selbst Fuß; marxistische Schriften finden Eingang und Absatz. Die Führung hat noch immer die Intelligenz, die „gegenüber dem geschichtlich jungfräulichen Proletariat den Vorzug des größeren politischen Verständnisses und des materiellen Verknüpftseins mit der vorrevolutionären bürgerlichen Gesellschaft“ besaß [68]). Trotzki, der dies betont, sagt weiter von der Intelligenz, „daß diese Vorzüge ihr den leitenden Platz in den sozialdemokratischen Organisationen gaben. Indem sie aber in die Arbeiterpartei eintrat, trug sie ihre sämtlichen sozialen Eigenschaften: sektiererischen Geist, Intelligenzler-Individualismus, ideologischen Fetischismus in die Partei hinein; diesen ihren Bedürfnissen paßte sie den Marxismus an, den sie verzerrte; so wurde für die russische Intelligenz der Marxismus das Mittel, jede Einseitigkeit bis zu ihrem äußersten Extrem zu treiben [69]). Dieses scharfe Urteil Trotzkis dürfte in weitem Umfange für Vergangenheit und Gegenwart ebenso gerechtfertigt sein, wie sein Hinweis, „wer den historischen Sinn unserer inneren Parteikämpfe verstehen will, der darf die soziale Zusammensetzung der führenden Organisationen in unserer Partei vor und während der Revolution nicht außer acht lassen“ [70]).

Noch aber ist es lange nicht so weit. Wir stehen erst in der Mitte der neunziger Jahre. Plechanows (unter dem Pseudonym Beltow erchienene) Schrift „Monistische Auffassung der Geschichte“ und Peter von Struves „Kritische Bemerkungen über die ökonomische Entwicklung Rußlands“ bezeichnen das Schöpferischwerden des russischen Marxismus.

---

68) Trotzki, Entwicklungstendenzen, S. 861—862.
69) Ebenda.
70) Ebenda.

Nur wenig später hatte die russische Streikbewegung in großem Maßstab eingesetzt und die 1895/96 beginnende Streikwelle sich als die erste bedeutende Arbeiterbewegung dargestellt, die sich vorher nur in ganz wenigen geheimen Organisationen und Bildungsvereinen, den ersten Ansätzen für eine allgemeine und politische Aufklärungstätigkeit, zu festigen vermocht hatte.

b) Von 1898—1905

Im Westen war es inzwischen zur Gründung einer polnischen Arbeiterpartei gekommen, ebenso zu der einer jüdischen. Endlich, 1898, konnte auch eine russische sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituiert werden, als illegale Organisation. Der „Bund" trat ihr bei. Der erste Parteitag fand 1898 in Minsk statt; er setzte ein organisierendes Zentralkomitee ein und erließ ein von Struve im marxistischen Geiste verfaßtes programmatisches Manifest. „Aber die Abhaltung des Kongresses wurde der Polizei verraten, die sofort alle Teilnehmer ‚liquidierte' und die Organisation zerstörte"[71]). Trotzdem rekonstituiert sich die Gruppe der Befreiung der Arbeit und beginnt unter den Arbeitern zu wirken.

Zur Zeit, als in Frankreich die syndikalistische Bewegung stärker einsetzte, in Deutschland der Revisionismus aufkam, gegen Ende der neunziger Jahre, entstand auch in Rußland eine Strömung, der Ökonomismus, der, sich vom politischen Kampf fernhaltend, nur den wirtschaftlichen führen wollte. Er war begünstigt durch den industriellen Aufschwung und die zahlreichen Streikerfolge, denen der Mißerfolg der ersten politischen Betätigung gegenüberstand. Lenin nennt ihn eine opportunistische Strömung, deren politisches Wesen „in dem Programmsatz gipfelte: ‚Die Arbeiter müssen den ökonomischen, die Liberalen den politischen Kampf führen'[72])". Gegen diese, besonders von Petersburger Arbeitern vertretene Richtung, deren „theoretische Hauptstütze der sogenannte legale Marxismus oder Struvismus war, welcher einen von jeder revolutionären Tendenz gereinigten und den Bedürfnissen des liberalen Bürgertums angepaßten Marxismus darstellte"[73]), wendete sich jener Teil der Arbeiterschaft und ihrer Führer, die eingesehen hatten, daß der

71) G. Adler, Artikel Sozialdemokratie, Hdw. d. Stw., Bd. 7, S. 593.
72) Lenin, Krieg und Revolution, S. 129.
73) Ebenda.

Kampf der Arbeiterklasse ein politischer und ökonomischer sein müßte. So hatte auch Rußland seine „Krise des Marxismus", und ein gewisser Zusammenhang mit den gleichzeitigen Strömungen in anderen Ländern scheint nicht nur zufällig.

Bis zum zweiten Parteitag dauerte der Kampf der nach ihrem Organ „Iskra" (Funke) genannten „Iskrowzi" und der „Ökonomisten". Er endete mit dem Siege der ersteren, zu denen die bis dahin einigen Führer und bald darauf erbitterten Gegner: Lenin, Plechanow, Axelrod, Starower, standen. Auch das Verhältnis zu den Liberalen spielte in den Erörterungen eine Rolle, zumal nachdem diese in dem von dem ehemaligen Marxisten Struve herausgegebenen Blatt „Oswoboschdenje" (Befreiung) ein Organ gefunden und sich einigermaßen zusammengeschlossen hatten.

Die Spaltung der Partei; ihre Gründe[73a])

Endlich konnte im August 1903 der zweite Parteitag abgehalten werden, eben jener, der den Sieg über die Ökonomisten brachte, die den Kongreß anfänglich beschickt hatten. Er brachte aber auch die für die ganze spätere russische Parteibewegung so verhängnisvolle Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki. Anlaß zu dieser Spaltung wurde die Beratung eines neuen Organisationsstatuts. Durch die besonderen Verhältnisse Rußlands, einmal die Herrschaft des Absolutismus und, damit zusammenhängend, zweitens das Fehlen der „unmittelbaren politischen Herrschaft der Bourgeoisie"[74]), welch letztere erst die endgültigen Voraussetzungen für dem Klassenkampf angepaßte Organisationsformen bietet, veranlaßt, standen Organisationsfragen stets im Vordergrund des Parteiinteresses. „Die Organisationsfrage ist somit für die russische Sozialdemokratie besonders schwierig, nicht bloß weil sie sie ohne alle formalen Handhaben der bürgerlichen Demokratie, sondern vor allem weil sie sie gewissermaßen wie der liebe Herrgott ‚aus nichts', in der leeren Luft, ohne das politische Rohmaterial, das sonst von der bürgerlichen Gesellschaft vorbereitet wird, erschaffen soll"[75]).

Anfangs waren es zersplitterte Geheimkonventikel gewesen, in

73a) Vgl. zur Geschichte der bolschewistischen Partei in den Jahren 1903—1912 den (nach Abschluß dieser Arbeit erschienenen) Aufsatz von Dr. A. Luther „Aus der Frühzeit des Bolschewismus" in Schmollers Jahrbuch, Jahrg. 43, H. 2, S. 121 ff.

74) Luxemburg, Organisationsfragen, S. 485 ff.

75) Ebenda.

denen sich das Parteileben auslebte. Mit dem Anwachsen der Partei trat natürlich der Wunsch auf, sie einheitlich zu organisieren, denn das war allen Beteiligten klar, ohne eine mehr oder weniger straffe Zentralisierung konnte die Partei ihre Aufgabe als Kampfpartei wie als Vertretung des einheitlich gedachten Proletariats nicht erfüllen. „Da aber der hervorstechendste Zug der unleidlich gewordenen und politisch überholten alten Organisationsformen die Zersplitterung und die völlige Autonomie, die Selbstherrlichkeit der Lokalorganisationen war, so wurde naturgemäß die Losung der neuen Phase, des vorbereiteten großen Organisationswerkes: Zentralismus" [76]).

Dieser Gedanke wurde von einer ultrazentralistischen Richtung in der Partei unter Lenins Führung überspitzt. Seine Ansichten sind in der Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück" niedergelegt [77]). Seine Auffassung „ist die eines rücksichtslosen Zentralismus, dessen Lebensprinzip einerseits ihre scharfe Heraushebung und Absonderung der organisierten Trupps ausgesprochener und tätiger Revolutionäre von dem sie umgebenden, wenn auch unorganisierten, aber revolutionär-aktiven Milieu, andererseits die straffe Disziplin und die direkte entscheidende und bestimmende Einmischung der Zentralbehörde in alle Lebensäußerungen der Lokalorganisationen der Partei ist" [78]). Rosa Luxemburg, die selbst

76) Luxemburg, Organisationsfragen, S. 485 ff.

77) Das Buch war nicht erhältlich. Rosa Luxemburg gibt den Inhalt, verbunden mit einer scharfen Kritik, in dem zitierten Aufsatze wieder. Nicht nur deshalb, weil das Buch für die Bewegung innerhalb der Partei so bedeutungsvoll wurde, sondern vor allem, weil daraus besonders klar die von Lenin vor eineinhalb Jahrzehnten geäußerten Ansichten hervorgehen, sei hier an Hand der Darstellung Rosa Luxemburgs darauf eingegangen.

78) Ebenda. Rosa Luxemburg erklärt dies weiter in folgenden Sätzen: „Es genügt, zu bemerken, daß z. B. das Zentralkomitee nach dieser Auffassung die Befugnis hat, alle Teilkomitees der Partei zu organisieren, also auch die persönliche Zusammensetzung jeder russischen Lokalorganisation von Genf und Lüttich bis Tomsk und Irkutsk zu bestimmen, ihr ein selbstgefertigtes Lokalstatut zu geben, sie durch Machtspruch ganz aufzulösen und von neuem zu schaffen und schließlich auf diese Weise auch indirekt die Zusammensetzung der höchsten Parteiinstanz, des Parteitages, zu beeinflussen. Danach erscheint das Zentralkomitee als der eigentliche aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Werkzeuge.

Lenin erblickt gerade in der Vereinigung eines so straffen Zentralismus in der Organisation mit der sozialdemokratischen Massenbewegung ein spezifisch revolutionäres Prinzip."

Anhängerin des Zentralismus war, betont, „daß eine Auffassung, wie die Lenins, nicht die einer sozialdemokratischen Partei sein könne, vielmehr eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen“[79]) darstelle, der eine „Zentralisation, die auf blinder Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kerns der Partei von dem ihn umgebenden Milieu“[80]) beruhte, nimmermehr entsprechen kann.

Das war der Geist, den das auf dem Kongreß nach dem Ausscheiden des an strengem Föderalismus festhaltenden „Bundes“ mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen angenommene Organisationsstatut atmete. Es bedeutete wirklich, wie damals gesagt wurde, die Verlängerung eines Belagerungszustandes in der Partei, ein „Ausnahmegesetz“, wie Lenin selbst auf dem Parteitag zugab. Die Folge seines Sieges über Martow war die Spaltung der Partei, da die Minorität, auf deren Seite die ältesten Führer der Partei standen (Axelrod, Martow, Starower; Plechanow versuchte zu vermitteln, schwenkte schließlich in das Lager der Minorität ab), diese Vergewaltigung nicht hinnehmen wollten.

Lenins Ultrazentralismus, dessen Gedankengang „auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befruchtung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schuhriegelung und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten war“[81]), hatte aber seine grundlegende Richtung aus dem Streben erhalten, den Opportunismus zu vernichten, wozu die Paragraphen des Organisationsstatuts eine möglichst scharfe Waffe bilden sollten; er wollte sich auf den auf die Parteidisziplin eingeschworenen und sich ihr willig unterordnenden echten Proletarier stützen, im Gegensatz zu dem zu allerlei individualistischen Extratouren aufgelegten Intellektuellen. Letzteren sah Lenin als von dem Gifte des Opportunismus durchsetzt an, und so verstieg er sich zu der Behauptung: „Der Bureaukratismus, entgegen dem Demokratismus, ist eben das Organisationsprinzip der revolutionären Sozialdemokratie, entgegen

79) Ebenda S. 489.
80) Ebenda S. 488/489.
81) Ebenda S. 492.

dem Organisationsprinzip der Opportunisten"[82]). Natürlich ist es verfehlt, das Eindringen einer geistigen Richtung, und das ist auch der Opportunismus, in eine Partei durch die Paragraphen eines noch so fein ausgeklügelten Statuts verhindern, oder sie, wenn sie einmal eingedrungen ist, verbieten, hinwegdekretieren zu wollen. Denn, da die „sozialdemokratische Bewegung eben eine Massenbewegung ist und die ihr drohenden Klippen nicht aus menschlichen Köpfen, sondern aus den gesellschaftlichen Bedingungen entspringen, so können die opportunistischen Verirrungen nicht von vornherein verhütet werden; sie müssen erst, nachdem sie in der Praxis greifbare Gestalt angenommen haben, durch die Bewegung selbst, allerdings mit Hilfe der vom Marxismus gelieferten Waffen, überwunden werden"[83]).

Es erscheint dieser Gedankengang Lenins eben mehr dem Kopfe eines autokratisch denkenden „Intelligenten", als dem Geiste des Marxismus entsprechend, und was Lenin verdammte, den Einfluß der Intellektuellen, den ließ sein Organisationsstatut auf absonderliche Weise wieder durch ein Hinterpförtchen herein. Das endgültige Ergebnis der Kämpfe zwischen der Leninschen und Martowschen Richtung, die oft denen der Lassalleaner und Eisenacher in der deutschen Bewegung an die Seite gestellt wurden, war das umgekehrte wie in Deutschland. Statt Einigung Parteispaltung in Bolschewiki und Menschewiki.

Zwei Jahre später fand der dritte, allein von den Bolschewiki beschickte Parteitag statt. Die Menschewiki hatten die Teilnahme abgelehnt, da sie mit der auf Grund des erwähnten Statuts zustande gekommenen Art der Beschickung nicht einverstanden waren; vielmehr hatten sie ihre Vertretung in der ebenfalls 1905 abgehaltenen „allrussischen Arbeiterkonferenz" erblickt. Dieser (dritte) Parteitag änderte nun das zentralistische Statut, das die Parteispaltung verursacht hatte, ab, denn es hatte sich ein Vorgehen nach seinen Grundsätzen als praktisch undurchführbar erwiesen. Zu einer Einigung kam es aber nicht, mochte das neue Statut für die Menschewiki auch eher annehmbar erscheinen.

Denn zu den persönlichen und Meinungsverschiedenheiten über die Fragen der Organisation hatten sich solche über die einzuschlagende Taktik gesellt. Es ist dabei zu beachten, daß die Men-

82) Zit. ebenda S. 492.

83) Ebenda S. 534/535.

schewiki nicht etwa „Revisionisten" im deutschen Sinne waren, sondern als gute „Orthodoxe" galten, was auch die Mitarbeiterschaft radikaler deutscher Sozialisten (Mehring, Kautsky, Bebel usw.) an ihrer Tageszeitung „Natschalo", über die sie außer der in ihrem Besitz verbliebenen „Iskra" verfügten, beweist. Die Gruppe Lenin hatte sich den „Wperjod" (Vorwärts), den „Proletarj" und die „Nowaja Schisn" (Neues Leben; nicht identisch mit den späteren Blättern gleichen Namens) zugelegt. Die Leninsche Gruppe wurde vielfach mehr als Sektierer denn als strenge Marxisten angesehen, wozu ihre Annäherung an die sozialrevolutionäre Taktik beitrug. Diese hatte das Hervortreten initiativer Minderheiten gefordert; das paßte nicht ganz schlecht zu Lenins Forderung nach Führung des Kampfes durch „intelligente Fachrevolutionäre". Auch hatte sie „Gelegenheitsbündnisse" mit den Sozialrevolutionären für angebracht gehalten, solche mit den Liberalen aller Schattierungen aber abgelehnt. Und schließlich hatte sie zu Revolutionszeiten in der Erkenntnis, daß von der Gewinnung der größtenteils mit den Sozialrevolutionären gehenden Bauernschaft der Erfolg der Revolution abhinge, ein dem sozialrevolutionären ähnliches Programm agrarkommunistischer Färbung aufgestellt, im Gegensatz zu dem offiziellen sozialdemokratischen, das damals nicht sofortige „Konfiskation" alles nicht bäuerlichen Landes und seine Zuteilung an die Bauern forderte, sondern zunächst nur die des ihnen in der Bauernbefreiung entgangenen Grund und Bodens.

Die sozialrevolutionäre Partei war eine Zusammenfassung aller jener Elemente, in denen die Gedanken der alten Narodniki in mehr oder weniger veränderter Form fortlebten, denn ganz vergessen war die Narodnaja Wolja, ihr Programm, ihre Taktik, ihr Kampf nicht. Und wie die Jahrhundertwende den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Elemente zur Partei bringt, so auch das Jahr 1901 den dieser Revolutionäre, die an die Spitze ihrer Organisation ein „Zentralkomitee" gestellt haben, das neben sich eine mehr oder weniger unabhängige „Kampfgruppe" entstehen sieht. Da sich die Partei, getreu der alten Gedankenwelt, auf die Bauernschaft stützte, auch die alten Kampfmethoden anwendete, so sind, mochte auch ihr Führer Tschernow manche marxistische Forderung in sein Programm aufnehmen, doch namentlich folgende Punkte gegeben, durch die sie sich von der Sozialdemokratie unterschied: Die kommunistische Weltordnung wird ohne die Zwischenstufe kapitalisti-

scher Wirtschaftsordnung in Rußland eintreten können und der Kommunismus nicht als Ergebnis des von den Arbeitern zu führenden Klassenkampfes, sondern des Festhaltens und der weiteren Ausgestaltung des Mir sein; als entscheidendes Hindernis zur Erreichung dieses Zieles wird der Absolutismus angesehen, und um ihn zu beseitigen, die alte Waffe des Terrorismus wieder aufgenommen[84]).

Demgemäß wandte die Partei die terroristische Taktik auch in den Jahren vor der Revolution unausgesetzt an, und die bekannten Attentate auf Plehwe, Sipjagin und andere sind ihr Werk.

3. Die Revolution

Als die Revolution ausbrach, wurde eine Einigung der beiden feindlichen Brüder erhofft; doch als „die Revolution ihre Riesenprobleme aufrollte, nutzte sie sowohl den Bolschewismus als den Menschewismus als zwei fertig vorhandene Organisationsformen aus, indem sie die beiden zwang, in verzweifeltem Kampf gegeneinander den verschiedenen unaufschiebbaren Bedürfnissen der Bewegung zu dienen. Die politische Geschichte wurde nunmehr nach Monaten gemessen. Der Bolschewismus und der Menschewismus arbeiteten in kürzester Zeit jeder für sich verschiedene Auffassungen der Revolution und zwei Taktiken aus"[85]). Sie gab beiden Richtungen die Möglichkeit, öffentlich zu wirken, sich zu organisieren, Zeitungen zu gründen; davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. In ihnen tobt aber ein erbitterter Kampf. Die alten Streitigkeiten bestanden fort; sie wurden noch durch die erwähnte Verschiedenheit der Auffassung über das Wesen der Revolution verschärft.

Diese Verschiedenheit läßt sich etwa dahin kennzeichnen, daß die Bolschewiki die Revolution als „definitive" ansahen, oder doch ihr Anwachsen zu einer solchen erwarteten, mit einem unmittelbaren vollen politischen Erfolg rechneten und bereits die Diktatur des Proletariats anstrebten, während die Menschewiki das natürlich

---

84) Das Programm der Sozialrevolutionäre ist abgedruckt in der Neuen Zeit Jahrg. 24, Bd. 2, S. 360 ff.; das der sozialdemokratischen Partei in Königsberg, der Geheimbund des Zaren, 1904, S. 534—535.

Eine Gegenüberstellung der Unterschiede der beiden Programme bei Masaryk, Rußland und Europa, Bd. 2, S. 34—42.

85) Trotzki, Entwicklungstendenzen, S. 861.

auch von ihnen erwartete unmittelbare politische Ergebnis der Revolution nicht in der Errichtung einer provisorischen Regierung, sondern in der Erlangung bürgerlicher Freiheiten, höchstens in einer bürgerlichen Republik erblickten; denn als strenge Marxisten konnten sie nicht an den Sieg einer kleinen Gruppe überzeugter Fachrevolutionäre mit ihrem Anhang über die ökonomischen und politischen Gewalten eines Reiches glauben, dem noch die erste Voraussetzung der proletarischen Revolution, eine gewaltige Industrie und ein mit ihr emporgewachsenes Proletariat fehlte. Für sie konnte bei dem Fehlen dieser Voraussetzungen eine revolutionäre Bewegung niemals, und ergriff sie selbst alle Arbeiter und Studenten, entflammte sie den Brand auch überall, als Klassenkampf geführt werden, konnte eine solche Revolution sich nicht eine volle soziale Umgestaltung als Ziel setzen, weshalb die Menschewiki die Massen erst sammeln und zu einem späteren letzten Kampf erziehen wollten.

Litwinoff schildert diesen Gegensatz zwischen den „mehr gemäßigten Menschewiki" und den „revolutionäreren und Kompromissen abholden Bolschewiki": „Die ersteren behaupteten, daß die Revolution im wesentlichen als eine den früher in Europa vorausgegangenen ähnliche angesehen werden müßte, d. h. als eine bürgerliche Revolution, bestimmt, die Kapitalistenklasse zur Macht zu bringen und den bürgerlichen Staat zu errichten. Die letzteren dagegen waren der Meinung, daß, da die Führerschaft in der Revolution klar der arbeitenden Klasse zufiel, mit der die landlose Bauernschaft verbunden war, sie zur Errichtung der proletarischen Herrschaft führen sollte und führen müßte oder doch wenigstens zu einer beträchtlichen Veränderung des bürgerlichen Staates in sozialistischer Richtung" [85a]).

Aus dieser grundsätzlich verschiedenen Auffassung ergab sich auch eine Verschiedenheit der Taktik, besonders in der Frage des Zusammenarbeitens, sowohl mit den anderen sozialistischen, als insbesondere mit den liberal-demokratischen Parteien. Der Menschewismus bejahte letztere Möglichkeit, der Bolschewismus bestritt sie. Grund genug für Lenin — der gleiche Gegensatz kam in der Frage der Beschickung der Duma neuerdings zum Ausdruck —, den Menschewismus der Sturmjahre 1905—1907 als „eine opportunistische Strömung, die vom liberalen Bürgertum unterstüzt wurde

---

85a) Litwinoff, The Bolshewik Revolution S. 6/7. Die Ähnlichkeit der Problemstellung von 1905 und 1917 erscheint beachtenswert.

und auch in die Arbeiterbewegung liberal-bürgerliche Tendenzen einzuführen suchte"[86]) zu bezeichnen, während der Bolschewismus es „als Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bezeichnete, die demokratischen Elemente der Bauernschaft — im Gegensatz zu den Schwankungen und Verrätereien der Liberalen — zu revolutionärem Kampfe aufzuraffen"[86]).

Überschätzung der eigenen Kräfte der revolutionären Parteien, worin sich Bolschewiki und Menschewiki begegneten und die sie dann jedes Maß für das Wirkliche verlieren ließ, sowie die Gegensätze in der Auffassung der Revolution, in der Frage der Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen oppositionellen Front, waren, wie bereits oben erwähnt, die auf Seite der sozialdemokratischen Partei hauptsächlich wirkenden Ursachen für die Niederlage in der Revolution.

4. Nach der Revolution von 1905 bis zum Weltkrieg

a) Der Einigungsparteitag von 1906, sein faktischer Mißerfolg

Nach dem anfänglichen Siege der Revolution, die dem Zaren das Oktobermanifest abtrotzte und nach ihrer endgültigen Niederringung trat die Frage der Einigung der beiden Parteien, die, obwohl jede für sich, doch gemeinsam gefochten und gesiegt hatten, gemeinsam auch besiegt worden waren, wieder in den Vordergrund, nachdem während der Revolution die leidenschaftliche Verbitterung, mit der sie sich gegenüberstanden, eine solche nicht zugelassen hatte. An einzelnen Ansätzen dazu hatte es freilich nicht gefehlt. Denn schon während der Revolution war sie als immer notwendiger erkannt worden. Zu ihrer Herbeiführung hatten sich zahlreiche „Föderativkomitees" gebildet. „Im November (1905) dekretierten zahlreiche Provinzorganisationen ohne Rücksicht auf etwaige Entscheidungen der obersten Parteileitung, den Zusammenschluß. Ende November kommt es dann in Petersburg zur Einigung. Die Bolschewiki geben ihre Zustimmung zur Neubildung der Parteivorstände auf breiterer ‚demokratischer' Grundlage"[86a]). Aber die Einigung war weder eine vollständige, noch von Dauer. Das Ende der Revolution war auch das ihre, soweit es überhaupt

---

86) Lenin, Krieg und Revolution, S. 130.

86a) Luther, Aus der Frühzeit, S. 130.

zu ihr gekommen war. Neue Einigungsversuche werden notwendig und gemacht. Ein Einigungsparteitag im April 1906 zu Stockholm brachte einen scheinbaren Erfolg, insofern glücklicher als Bebels ihm während der Revolution vorausgegangener Vermittlungsversuch, den Lenin, als von einem nicht sachverständigen Ausländer herrührend, abgelehnt hatte. Doch auch diese Einigung war nur eine äußerliche: sie versuchte die Gegensätze namentlich hinsichtlich des Agrarprogramms, des Boykotts der Dumawahlen und der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes zu beseitigen. „Hinsichtlich des ersteren wurde bestimmt, daß die Munizipalisation des Bodens stattfinden sollte, mit dem Zusatz, daß, wenn die Bauern die Verteilung des konfiszierten Landes unter lokale Bauernkomitees wünschen sollten, sie darin zu unterstützen seien. Hinsichtlich der Dumawahlen wurde trotz energischen Widerstandes der Bolschewiki der Boykott derselben aufgehoben. Hinsichtlich des bewaffneten Aufstandes wurde eine Ausgleichsformel dahin gefunden, daß der bewaffnete Aufstand — dessen Unvermeidlichkeit die Bolschewiki immer betont hatten — wohl unumgänglich, aber nur bei Beteiligung der Bourgeoisie möglich, bis zum Zeitpunkt seiner Möglichkeit aber zu unterlassen sei. Ferner wurde der Grundsatz der Nationalitätenautonomie wie der Parteilosigkeit der Gewerkschaften angenommen“ [87]).

b) Die erste Duma

Als die ersten Dumawahlen im Frühjahr 1906 stattfinden sollten, hatten die beiden Richtungen der Sozialdemokratie gleich den Sozialrevolutionären den Boykott der Duma, den übrigens auch manche Liberale forderten, beschlossen. Begründet wurde dies damit, daß man statt der Duma eine Konstituante haben müsse, daß das Wahlrecht, das weder gleich noch direkt war, während die Abstimmungen einem äußerst komplizierten Verfahren unterworfen waren, abgeändert werden müßte usw. Der Boykott sollte, wenigstens nach den Wünschen der Radikaleren, ein „aktiver“ sein, d. h. man wollte das Zustandekommen der Duma überhaupt verhindern, Wahlversammlungen sprengen usw. Als man damit keinen Erfolg hatte, beschloß man, die Duma in den Augen der Wähler zu „diskreditieren“.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Partei war hauptsächlich auf Betreiben der Bolschewiki mit ganz geringer Majorität

87) Max Weber, Scheinkonstitutionalismus (Archiv Bd. 23, S. 284).

gefaßt worden; die Arbeiterschaft kehrte sich vielfach nicht daran, sozialdemokratische Abgeordnete wurden als „Parteilose" oder unter ähnlichen Bezeichnungen gewählt, und als man an den ersten Wahlergebnissen sah, welche radikale Strömung das Land ergriffen hatte, da beschloß man, sich noch an den Wahlen zu beteiligen. Der Umstand, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfanden, sondern sich durch mehrere Wochen hinzogen, bot die Möglichkeit dazu, und die dabei erzielten Erfolge gaben denen recht, die sich in der Partei von Anfang an gegen den Boykott der Duma ausgesprochen und auf dem Einigungskongreß, der knapp vor Zusammentritt der Duma stattfand, seine Aufhebung durchgesetzt hatten.

So konnten in die am 10. Mai eröffnete erste Duma noch etwa 15 Sozialdemokraten einziehen. Das Schicksal der Duma ist bekannt.

c) Die zweite Duma.

Als die Duma nun nach nur 72tägigem Bestande aufgelöst wurde, glaubten die Bolschewiki, daß nun das Wiederaufleben der revolutionären Streik- und Aufstandsbewegung unvermeidlich sei. Im Innersten waren sie nicht ganz unzufrieden mit der Auflösung, denn sie rechneten damit, daß das Volk einsehen werde, wie machtlos die Duma war, daß der Kampf um eine Konstituante geführt werden, und daß er ein bewaffneter sein müßte.

Es handelte sich nun darum, die offizielle Stellung der Partei zur Duma festzulegen. Da gingen die Meinungen wieder weit auseinander. „Die Bolschewiki sahen sie als Organ zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung an, als ein Organ der aktiven revolutionären Tat, die Menschewiki dagegen als ein Organ der Aufklärung, der Propaganda und der Agitation, der Erziehung und der Konzentrierung der Volksmacht; die Frage der Einberufung einer konstituierenden Versammlung durch die Duma wird von ihnen durchaus in die zweite Reihe gestellt"[88]).

So war der Gegensatz aus den Revolutionstagen über die Auffassung der Reife Rußlands für eine Republik nun auf die Frage der Konstituante übertragen worden. „Die Bolschewiki glauben, daß die notwendigen revolutionären Kräfte schon vorhanden sind, die einen erfolgreichen direkten Kampf für die Konstituante, somit für die demokratische Republik, führen können, die Mensche-

88) Streltzow, Die beiden Richtungen, S. 1001 ff.

wiki dagegen glauben, daß diese Kräfte erst entwickelt werden müssen“ [89]).

Da die Kadetten auf den Gedanken einer konstituierenden Versammlung verzichtet hatten, lehnten die Bolschewiki die Zusammenarbeit mit ihnen auf das entschiedenste ab und ließen eine solche nur mit den Sozialrevolutionären und höchstens der kleinbürgerlichen „Arbeitsgruppe“ (Trudowiki) zu. Die Menschewiki hielten ein Zusammengehen auch mit den Kadetten für möglich. Dieser Streit über die nunmehr einzuschlagende Taktik verschärfte die vorhandenen und nur mühsam überbrückten Gegensätze innerhalb der Partei aufs äußerste und führte zu ihrer faktischen Sprengung. Der Londoner Parteitag von 1907 vermag dann nur mehr nach außen zu besiegeln, was innerlich längst Tatsache geworden war.

Die Wahlen ergaben, da, wie erwähnt, auf dem Stockholmer Parteitag, der nach den vorgenommenen Parteineuwahlen eine menschewistische Mehrheit aufwies, die unglückliche Boykottaktik aufgegeben war, einen bedeutenden Erfolg der Sozialdemokraten und verwandter linker Gruppen: 69 Sozialdemokraten zogen in die Duma ein. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion zählten die Menschewiki ungefähr viermal so viel Vertreter als die Bolschewiki.

Auch der zweiten Duma war kein langes Leben beschieden; auch sie wurde aufgelöst und auf Grund eines ungemein verschlechterten Wahlrechts eine dritte berufen, in der die sozialdemokratische Fraktion kaum ein Dutzend Mitglieder zählte.

d) Die Zeit der dritten Duma; Tiefstand der Bewegung

Die folgenden Jahre bezeichnen einen Tiefstand der Parteibewegung; von innerem Streit zerklüftet, ohne politische Erfolge, ja ohne Aussicht auf solche, verfielen auch die beiden Parteien immer mehr. Selbst die beiden Gruppen, Bolschewiki und Menschewiki, konnten ihre Einheit nicht aufrecht erhalten; unter den Bolschewiki gewann die Strömung des „Otsowismus“ und der „Ultimatismus“ Anhänger, unter den Menschewiki die der „Liquidatoren“.

Ein Teil der Bolschewiki unter der Führung Lenins hatte sich unter dem Drucke der Verhältnisse bequemt, eine Schwenkung in

89) Ebenda S. 1003/1004.

der Frage der Duma vorzunehmen. Sie hatten erkannt, daß unter den gegebenen Umständen auf die Beteiligung an der Duma nicht verzichtet werden dürfte, wenngleich sie das Parlament nur als Sprachrohr für ihre Absichten und zu Demonstrationszwecken benützen wollten. Der andere, auf der prinzipiellen Ablehnung der Duma beharrende Teil, etwa anarcho-sozialistischer Richtung, wollte allein die alte „unterirdische" Organisation, auf die die Bolschewiki stets viel Wert gelegt hatten, ausgebaut erhalten, und forderte daher die Abberufung der Abgeordneten aus der ihr ganz überflüssig scheinenden Duma (Otsowisten)[90].

Zugleich begann sich auch die Intelligenz aus den Reihen der Bolschewiki zurückzuziehen, und das wieder gab einem Teil der Partei Anlaß, doppelt scharf auf die Vorgänge innerhalb der Partei zu achten und die Dumaabgeordneten, wie die der Partei angeschlossenen Organisationen sich gefügig zu erhalten durch Verordnungen, die stets ein „Ultimatum" bedeuteten — nämlich das, bei Nichterfüllung der „im Namen der Partei" ausgesprochenen Forderungen, die Unbotmäßigen zu boykottieren, oder auch der Partei den Rücken zu kehren.

Beide Strömungen waren in letzter Linie Zersetzungserscheinungen, entsprossen der tiefen Mutlosigkeit und Apathie der Arbeiterschaft unter der Herrschaft der Reaktion, der Machtlosigkeit der Partei innerhalb wie außerhalb der Duma. Die Führer mußten vielfach wieder ins Ausland flüchten, denn die Partei als solche war ja, wie übrigens auch die der Menschewiki, illegal, mochte sie auch über offizielle Dumavertreter verfügen.

Schließlich erlangte jedoch die Richtung Lenins die Oberhand, nicht zuletzt durch die planmäßige Tätigkeit der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse.

Wie bei den Bolschewiki der Otsowismus den ultraradikalen Flügel darstellt, so bei den Menschewiki das Liquidatorentum.

Die Menschewiki standen auf dem Standpunkt, alle bestehenden Möglichkeiten — Duma, legale Arbeiterorganisationen, Genossenschaften — auszunützen und — hier zeigt sich eine Ähnlichkeit mit den Bolschewiki — die Partei zu einer reinen Arbeiterpartei zu machen; auch hier hatte Mißtrauen gegen die Intelligenz eingesetzt. Viele der Intellektuellen hatten ihren offenen oder scheinbaren Frieden mit der Regierung gemacht, sich aus der Partei entfernt;

90) = „Abberufer".

aber als nun die Kritik der Parteiführung durch die „Intelligenz“ laut wurde, da wurde sie am lautesten verkündet von den Intellektuellen selbst. Es entstand sogar bei den extremsten Verfechtern der Ansicht, daß die Partei eine reine Arbeiterpartei sein müsse, die sich nur auf die Arbeitermassen und womöglich auf die gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten beschränken müßte, der Gedanke, die alte Parteileitung und Organisation aufzulösen, zu „liquidieren“. „Die Partei, wie sie sich geschichtlich herausgebildet hatte, wurde nun als ein Unglück für die weitere Entwicklung des Proletariats proklamiert. Das Desertieren der Intelligenz aus der Partei auf Grund dieser Philosophie will nun nicht mehr als Renegatentum, sondern als eine politische Pflicht gelten“ [91]). Auch diese Bewegung ist nur als eine Niedergangserscheinung zu deuten und als eine recht komplizierte dazu. „Sie umfaßt in erster Linie die Ideologie des politischen Desertierens mit ihrer praktischen Schlußfolgerung: Nieder mit der Partei!. Sie umfaßt weiter die Sehnsucht nach einem legalen Feld der Betätigung, welche Sehnsucht sich bis zur Bereitwilligkeit versteigt, den revolutionären Geist des Programms und der Taktik dafür aufzuopfern. Sie umfaßt schließlich — und das ist der Grund für alles andere — die politische Passivität der Massen als unmittelbare Folge der Niederlage“ [91]).

Die Hoffnungen, die damals auf eine Einigung der beiden Parteien gesetzt wurden — litten sie doch, wenngleich unter verschiedenen Formen, unter dem gleichen Übel —, erwies sich als trügerisch; erst im Jahre 1912 wurde der Versuch dazu unternommen, der aber auch kein volles Gelingen brachte.

Ein ähnlich unglückliches Geschick waltete über der Partei der Sozialrevolutionäre. Auch sie fiel nach dem Aufschwung unter der Revolution der Reaktion zum Opfer, und die Enthüllungen Burzews über das durch die blanquistische Organisation der Partei allein möglich gewordene Lockspitzeltum eines Azew trugen nicht dazu bei, ihr Ansehen bei den Massen zu heben. Hinsichtlich der Duma verharrte sie, ausgenommen bei der zweiten, auf dem Boykottstandpunkt. Auch sie spaltete sich angesichts der Probleme, die das innerpolitische Leben bot, in eine Reihe mehr oder weniger bedeutender Gruppen, die sich nicht zuletzt auch in der Frage der Anwendung des Terrors unterschieden.

Die Jahre 1911 und besonders 1912 brachten, wie in der ganzen

91) **Trotzki**, Entwicklungstendenzen, S. 865.

Arbeiterbewegung, so auch in der politischen, wichtige Ereignisse. Bei den Menschewiki hatte der Kampf zur Trennung in „Liquidatoren" und „Parteitreue" geführt.

Im Januar 1912 fand eine Konferenz der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, welche, wie Lenin es euphemistisch ausdrückt, „trotz des heftigsten Widerstandes einer ganzen Reihe ausländischer Gruppen und Grüppchen die Partei wieder herstellte"[92], indem sie eine Gruppe von Mitarbeitern des menschewistischen Organs „Nascha Sarja" aus der Partei ausschloß und ein „Zentralkomitee" unter Führung Lenins, der es auch im Internationalen Sozialistischen Bureau vertrat, einsetzte. Natürlich wurde eine derartige „Einheit" nicht anerkannt; darin waren sich, wie die eigentlichen Menschewiki, so auch die Gruppe des inzwischen aus den Reihen der ihm zu opportunistisch scheinenden Partei ausgeschiedenen Plechanow, wie die des ehemaligen Gesinnungsgenossen Lenins, Alexinski usw., sowie verschiedene nationale und pseudonationale Gruppen der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (polnische, lettische, jüdische Organisationen) einig. Und nachdem im März der Kampf gegen die im Zentralkomitee vereinigten Gruppen eingesetzt hatte, wurden die sich um die Menschewiki gruppierenden Richtungen im „Augustblock" vereinigt, der sich die Herstellung einer Gesamtpartei, durch Vereinigung **aller** Gruppen, zum Ziele setzte. Er schuf sich in einem „Organisationskomitee"[92a]), dem sich aber die Plechanowgruppe nicht anschloß und aus dem die Lettische Sozialdemokratie bald ausschied, das leitende und vorbereitende Organ dazu. (Die Polnische Sozialdemokratie war dem Block nicht beigetreten.) Die Schwäche des Organisationskomitees lag darin, daß es eine ganze Anzahl von Richtungen umfaßte, die miteinander oft recht wenig übereinstimmten, während die im Zentralkomitee vereinigten Bolschewiki ungleich einheitlicher und geschlossener vorzugehen vermochten. Die letzten Jahre vor dem Krieg wie während des Krieges sind durch ein recht verworrenes Durcheinanderwogen größerer und kleinerer Gruppen gekennzeichnet.

e) Die vierte Duma

Die (vierten) Dumawahlen des Jahres 1912 sahen Erfolge der

---

92) Lenin, Krieg und Revolution, S. 131.

92a) Ein Organisations- und ein Zentralkomitee hatte es auch schon früher gegeben; in ihnen verkörperte sich die Parteispaltung. Vgl. Luther a. a. O.

Sozialdemokratie sowohl in der „Arbeiterkurie“, wo alle sechs Mandate der Sozialdemokratie, und zwar bolschewistischen Arbeitern zufielen, und in anderen, namentlich in der Städtekurie, wo sieben Mandate von den Menschewiki erobert wurden. In der Städtekurie war der Wahlkampf auf Grund eines einheitlichen Programms geführt worden: die beiden Parteien hatten einander keine Gegenkandidaten aufgestellt. Auch in der Arbeiterkurie war dies in weitem Umfange der Fall, und nur in Petersburg konnte man sich über eine gemeinsame Kandidatur nicht einigen. In der Duma war die Gegnerschaft zwischen Bolschewiki und Menschewiki nach anfänglicher Zusammenarbeit 1913 eine recht scharfe geworden, ebenso im Kampf der Tageszeitungen, von denen die „Prawda“ die bolschewistische, der „Lutsch“ die menschewistische Richtung vertrat.

Unmittelbar vor Kriegsbeginn schien dem Organisationskomitee (worunter ursprünglich auch Trotzki, der aber später eine eigene Gruppe gebildet hatte) und der gleichfalls auf die Einigung hinarbeitenden Plechanowgruppe Erfolg beschieden zu sein. Im Juli 1914 wurde in Brüssel unter Teilnahme des Internationalen Sozialistischen Büros eine Einigung aller Gruppen — mit Ausnahme der Bolschewiki — erzielt, der „Brüssler Block“ gegründet, doch schied die „Linke“ der polnischen Sozialdemokratie bald aus ihm aus.

5. Weltkrieg und Revolution.

a) Weltkrieg; die Stellung zum Kriege.

Der Krieg brachte eine vollständig neue Konstellation. Plechanow, Alexinski und ein Teil der Sozialrevolutionäre bildeten eine neue „sozialpatriotische“ Gruppe; ähnlich sozialpatriotisch oder nationalsozial waren die Menschewiki der Richtung „Nascha Sarja“ (Liquidatoren). Das Organisationskomitee und der jüdische „Bund“ standen ihnen ziemlich nahe, während die Dumafraktion, in der Ablehnung der Kriegskredite wohl einig, sich nach der alten menschewistischen und bolschewistischen Taktik daran hielt, in ihrer kriegsgegnerischen Propaganda den Boden des Parlamentarismus nicht zu verlassen oder im geheimen gegen den Krieg zu wirken [93]). Die Gruppen Trotzki und Martow

93) Fünf bolschewistische Dumaabgeordnete wurden Ende 1914 verhaftet und Ende Februar 1915 „wegen Zugehörigkeit zu einer geheimen Organisation“ lebenslänglich nach Sibirien verbannt.

vereinigten sich trotz prinzipieller Gegensätze in den Organisationsfragen zu der Herausgabe eines in Paris erscheinenden Blattes (erst „Golos“, dann, nach dessen Verbot, „Nasche Slowo“) und strebten danach, das Festhalten des „Internationalismus“ mit der Forderung nach voller Einigung aller Gruppen zu verbinden. — Martow, „internationaler“ Menschewik, gab mit anderen Gleichgesinnten noch einige andere Zeitschriften heraus. Martow und Trotzki gingen bald auseinander, da ersterer am Organisationskomitee festhielt, letzterer aber mit ihm brechen wollte und in noch radikaleres Fahrwasser geriet, das ihn schließlich zu den Bolschewiki führte.

Es ist ungemein schwierig, in diesen Streitigkeiten und Gruppenbildungen ganz klar zu sehen, fehlt es doch sehr an Material; aus dem gleichen Grunde muß auch der Versuch unterbleiben, ausführlicher die Tätigkeit der Bolschewiki während der Revolution zu beschreiben, ganz abgesehen davon, daß dies fast eine Geschichte der Revolution selbst schreiben hieße, weshalb hier nur einige der wichtigsten Ereignisse, in denen die Bolschewiki eine Rolle spielten, sowie ihr Sieg kurz erwähnt seien [93a]).

b) Die Revolution.

Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der dem ganzen Verlauf der Revolution eigentümlich ist, begann bereits in den ersten Tagen. Er stellte sich als ein solcher zwischen den bürgerlichen Parteien, die die erste Regierung bildeten, und den „demokratischen“ Elementen, d. h. in Rußland der Arbeiterschaft, den kleinen Bauern, den Soldaten, den Matrosen, dar. Diese hatten sich bereits am 12. März in dem Arbeiterrat, der bald darauf zu einem Arbeiter- und Soldatenrat wurde, eine Organisation geschaffen, die anfangs mit der Regierung ging, sich aber sehr bald als eine Nebenregierung auftat, was zu den größten Schwierigkeiten führte. Im Arbeiter- und Soldatenrat Petersburgs, dem sehr schnell die Errichtung anderer in ganz Rußland folgte, welche sich dann in einem allrussischen Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte vereinigten, hatten bald die Bolschewiki die Mehrheit.

93a) Die nachstehenden Ausführungen stützen sich vor allem auf die Schriften von Trotzki „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Frieden“ und Heinrich Weber — pseud. für Dr. Otto Bauer — „Die russische Revolution und das europäische Proletariat“, sowie die Berichte im Berner „Bund“.

während in dem Zentralexekutivkomitee die Menschewiki überwogen. Als auch ein allrussischer Bauernkongreß gebildet wurde mit einem eigenen Vollzugsausschuß, in dem die Sozialrevolutionäre vorherrschten, bildete die Vereinigung der beiden Vollzugsausschüsse eine Macht, der gegenüber die Regierung faktisch wenig einzusetzen hatte.

Der bedeutendste Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse wurde damals durch die Frage der Kriegsziele, die sich bald in die der Beendigung des Krieges überhaupt, verwandelte, aufgeworfen. Die Stellungnahme des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats in seinem „Aufruf an alle Völker der Erde", sowie Miljukows Kriegszielrede zeigen deutlich diese Verschiedenheit der Auffassung. Der Mißerfolg des ersten und der Sturz Miljukows und Gutschkows, infolge ihrer kriegsfreundlichen Stellungnahme, sind noch in Erinnerung. Im ganzen war damals noch der Standpunkt der Massen der, daß ein Friede ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen geschlossen werden müßte, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, aber auch gleichzeitige Verteidigung des Vaterlandes gegen jedes Vorgehen der Feinde. Dem entsprach auch im großen Ganzen der Standpunkt der Menschewiki; die damals noch geringen Einfluß übenden Bolschewiki wollten, wie sie ehedem Rußlands Niederlage als Weg zur Völkerbefreiung erklärt hatten, Frieden um jeden Preis.

Ganz klar kommt der Standpunkt der Bolschewiki in der Programmrede zum Ausdruck, die Lenin am Tage nach seinem Eintreffen in Petersburg hielt. Da sie auch alle anderen damals Rußland bewegenden Fragen berührt und den Standpunkt der Bolschewiki so recht deutlich aufzeigt, sei sie hier im Auszuge anmerkungsweise wiedergegeben [94]), zumal sie gleichzeitig einen Vergleich mit

---

94) „1. Über den Krieg. Der Krieg ist ein Produkt des Kapitalismus, deshalb darf es im Verhalten gegenüber dem Kriege kein Kompromiß geben. Man muß eine absolute Unversöhnlichkeit gegenüber dem Kriege bewahren. Friedensschluß um jeden Preis und ohne Bedingungen. Agitation für diesen Gedanken in den Massen.

2. Umwandlung der Revolution in eine soziale Revolution. Wir müssen eine neue Plattform für unsere Arbeit finden und das von den Massen lernen. Die erste Etappe des revolutionären Krieges ist vorbei, er wird nun fortgesetzt unter den Bedingungen:

a) Die Staatsgewalt geht in die Hände des Proletariats und der ärmeren Teile der Bauernschaft über.

dem ermöglicht, was die Gruppe von ihren Zielen in wenigen Monaten erreichte, und die ganze Energie erkennen läßt, mit der sie an die Verwirklichung ihres Programms ging.

Mit Lenins Eintreffen wurde aus dem kleinen Häuflein bald eine machtvolle Partei, die nach und nach in den Sowjets eine immer bedeutendere Rolle spielte.

Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte wuchs rasch. Welchen faktischen Einfluß sie besaßen, zeigt vielleicht am besten die Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich bald nach seiner Bildung als „Kontrollorgan" der Regierung aufgetan hatte, selbständige auswärtige Beziehungen anbahnte. So stiegen die Streitigkeiten zwischen ihm und der Regierung, trotzdem von Anfang an Kerenski, der Vizepräsident des Arbeiter- und Soldatenrats, als Vertrauensmann der „Demokratie" in ihr saß, ständig. Man hatte

---

b) Es erfolgt ein tatsächlicher Verzicht auf Annexionen.

c) Es erfolgt ein in die Tat umgesetzter Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

3. Regierung und Verfassung.

a) Die gegenwärtige provisorische Regierung darf auf keine Weise unterstützt werden, dagegen soll der Arbeiter- und Soldatenrat die Gewalt bekommen.

b) Unser Ziel ist nicht eine parlamentarische Republik, sondern ein Republik der Arbeiter- und Soldatenräte.

4. Das praktische Vorgehen.

a) Diktatur des Proletariats. Wir müssen die Macht in unsere Hände nehmen und tatsächlich alle Staatsgeschäfte leiten; man darf es nicht bis zum Eintritt einer konstituierenden Versammlung verschieben. Der Staatsgewalt sollen sich die Deputiertenräte der Arbeiter, der Knechte und der Soldaten bemächtigen. Es ist Schaffung einer neuen kommunistischen Partei notwendig, angesichts der „verfaulten" sozialdemokratischen Partei.

b) Agrarfrage. Über das Ackerland sollen die Deputiertenräte der Knechte (Landarbeiter) und die Deputiertenräte der ärmeren Bauern verfügen. Das gesamte Gutsbesitzerland muß konfisziert werden. Alle Ländereien werden nationalisiert.

c) Vorgehen gegen die Banken. Zuerst muß man mit den Banken beginnen. Hier laufen alle Ketten zusammen. Alle Banken müssen zu einer nationalen Großbank vereinigt und der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates unterstellt werden.

d) Reform der Gesellschaftsordnung. Abschaffung der Polizei, der Armee, des jetzigen Beamtentums. Alle Beamten müssen aus Wahlen hervorgehen und zu beliebiger Zeit absetzbar sein. Ihre Besoldung darf den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigen."

(Nach einer in den Auslandslektoratsberichten 1917 S. 919/920 wiedergegebenen russischen Zeitungsnachricht.)

sich die Beziehungen der Arbeiter- und Soldatenräte und der Regierung etwa so gedacht: „Beide Organe sollen der Ausdruck des russischen revolutionären Willens sein, wobei der provisorischen Regierung die ausführende Gewalt, dem Rate die Beschützung der revolutionären Tradition vorbehalten bleiben sollte. Der letztere soll die Handlungen der ersteren korrigieren. Darum muß die Tätigkeit der beiden Organe vereinheitlicht werden. Der provisorischen Regierung wird empfohlen, die Quelle der Revolution und die Bedeutung des Arbeiterrates anzuerkennen und ihre Handlungen mit den Wünschen des Rates in Einklang zu bringen“ [95]). Um diese Kontrolle durchzuführen, hatte der Arbeiter- und Soldatenrat ein sechsgliedriges Komitee eingesetzt.

Die Streitigkeiten der beiden Organe waren unerträglich geworden und so drängte sich der Gedanke auf, eine Koalitionsregierung zu bilden. Sie kam nach dem Sturze der kompromittierten Gutschkow und Miljukow zustande; die Regierung hatte sich bereit erklärt, „sich in ihrer Zusammensetzung zu erweitern, indem sie dazu die Vertreter der lebendigen und schöpferischen Kräfte des Landes auffordert, die bisher keinen tätigen und unmittelbaren Anteil an der Verwaltung des Staates genommen haben“. In die Regierung traten fünf Sozialisten verschiedener Schattierung ein (von den Sozialdemokraten zwei Menschewiki; die Bolschewiki hielten sich ferne). Die Bolschewiki hatten, getreu ihrem Programm, das alles oder nichts forderte, die Bildung einer rein sozialistischen Regierung verlangt in der Form, daß den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten die ganze Macht übertragen werde. Sie konnten, auch innerhalb der Räte, keine Mehrheit dafür finden.

Die Koalitionsregierung erwies sich bald als wenig lebensfähig, denn zu weit gingen die Anschauungen ihrer Mitglieder in der Frage der Kriegsziele und der damit zusammenhängenden, aber an sich schon einen nicht leicht zu lösenden selbständigen Fragenkomplex bildenden Nationalitätenfrage, der Heeresorganisation, wie der Wiederaufnahme des Feldzugs, auseinander, von den Problemen der Ausgleichung oder Aufhebung der Klassengegensätze und der Agrarfrage ganz zu geschweigen.

Endlich kam unter dem Druck der auswärtigen Regierungen die „Offensive des 18. Juni“ (1. Juli) zustande. „Die Alliierten ver-

95) „Djen“ vom 29. März 1917 wiedergegeben in den Auslandslektoratsberichten.

langten die Offensive, indem sie alte zaristische Wechsel zur Eintreibung vorlegten.“ „Die Führer des Kleinbürgertums, eingeschüchtert durch ihre eigene Ohnmacht und die wachsende Ungeduld der Massen, nahmen diese Forderung auf. Es begann ihnen tatsächlich einzuleuchten, daß zum Friedensschluß es nur noch eines Anstoßes von seiten der russischen Armee bedürfte. Die Offensive erschien ihnen als Ausgang aus der Sackgasse, als Lösung der Frage, als Rettung. Man kann sich eine ungeheuerlichere und verbrecherischere Verirrung kaum vorstellen“ [96]). Anders die Bolschewiki. „Uns, die wir uns in unversöhnlicher Opposition befanden, war klar, daß die Offensive eine schreckliche Gefahr, ja selbst den Untergang der Revolution bedeuten könnte.... Wir warnten, bewiesen, drohten. Aber da es für die herrschenden Parteien, die ihrerseits durch die eigene und die alliierte Bourgeoisie gebunden waren, keinen anderen Ausweg gab, so standen sie natürlich uns nur feindlich und mit erbittertem Haß gegenüber“ [97]).

Diese Feindschaft entlud sich in heftigen Preßfehden, und die Bolschewiki versuchten, während des ersten allrussischen Sowjetkongresses am 10./23. Juni eine bewaffnete Manifestation durchzusetzen; doch mißlang die Absicht. Am 18. Juni/1. Juli fand indessen eine unbewaffnete Kundgebung statt, die deutlich den Stimmungsumschwung eines großen Teils der Petersburger Arbeiterschaft verriet, der unbedingt den Frieden verlangte. Am nächsten Tage folgte die „patriotische Manifestation“ der Anhänger der Offensive.

Ihr Mißerfolg, und damit der der Regierung, sprach dieser das Urteil. Die der Kadettenpartei angehörigen Minister traten aus der Regierung aus, um ihr, der sie nur mit halbem Herzen angehört hatten, die alleinige Verantwortung aufzubürden und sie unmöglich zu machen. Den äußeren Anlaß bot die Frage der mehr oder weniger weitgehenden Autonomie und Loslösung der Ukraine.

Während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine neue Koalition bilden wollten, denn die innere wie die äußere Lage Rußlands schien ihnen keinen anderen Ausweg zu lassen, verlangten die Bolschewiki, voran die Petersburger Arbeiter, daß dieser Anlaß zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung benützt werde, die sich auf die Räte zu stützen hätte. Das allrussische Exekutivkomitee der Sowjets, das eine sozialrevolutionär-menschewistische

---

96) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 10.
97) Ebenda S. 10/11.

Mehrheit hatte, stand im Widerspruch zum Petrograder mit bolschewistischer Majorität. Es kam zu Kundgebungen der Anhänger der letzteren, und als eine bewaffnete Volksmenge das Taurische Palais, in dem das Zentralexekutivkomitee seinen Sitz hatte, bedrohte, rief dieses die Truppen zu Hilfe; auf die Seite der Petersburger Arbeiter stellten sich dagegen die Kronstädter Matrosen. Es kam zu dreitägigen Straßenkämpfen, die dank der Hilfe der von der Regierung herbeigerufenen „sicheren" Truppen mit der Niederlage der bolschewistischen Massen endigten, die anfangs versucht hatten, Kerenski und Tschernow zu verhaften. Die Führer behaupteten nachträglich, daß die Absicht, sich mit bewaffneter Hand in den Besitz der Regierungsgewalt zu setzen, ihnen ferngelegen habe.

Die Erbitterung stieg auf den Gipfel; die Bolschewiki wurden als kontrerevolutionär erklärt, verhaftet, ihre Zeitungen eingestellt, die Schuld an den Niederlagen an der Front ihnen beigemessen. Umgekehrt waren die Bolschewiki, und nicht nur diese, erbittert gegen die Regierung und die Sowjets, denen nach ihrer Meinung die Schuld an den blutigen Vorkommnissen zufiel, und die die Verfolgung der Truppen und Arbeiter, die sich auf die Seite der Bolschewiki geschlagen hatten, zum mindesten nicht verhinderten. In diesen Tagen wurden von der Regierung Dokumente veröffentlicht, welche die Zusammenarbeit der Bolschewiki mit der deutschen Regierung enthüllen sollten[98]).

Mit vielen andern wurden auch Lunatscharski und Trotzki verhaftet „wegen Agitation und Organisierung des bewaffneten Aufstandes vom 16.—18. Juli im Auftrag der deutschen Regierung und zum Zweck der Beihilfe zu den Kriegszielen der Hohenzollern"[99]).

Nach der Niederwerfung der Juliunruhen wurde unter Vorsitz Kerenskis, des einzigen Mannes, der bei der Arbeiterschaft und auch bei der Bourgeoisie Vertrauen genoß, das zweite Koalitionsministerium gebildet, das zwar eine starke sozialistische Beteiligung aufwies (8 Minister von 18), aber die in die Regierung Aufgenommenen waren doch im allgemeinen mehr nach rechts orientiert, als die früheren sozialistischen Koalitionsminister.

Die Verfolgung der Bolschewiki wurde von dieser Regierung nicht eingestellt, und die Erbitterung der Massen wuchs. Die links-

---

98) Über die angeblichen oder wirklichen Beziehungen der Bolschewiki zu der deutschen Regierung vgl. die „70 Dokumente" (Lit. im Anh.).

99) **Trotzki**, Oktoberrevolution, S. 25.

stehenden Parteien gewannen — die unausgesetzt stattfindenden Wahlen bewiesen es — immer mehr Anhang. Wie die Bolschewiki, so der auf ehesten Friedensschluß hinarbeitende „internationalistische" Flügel der Menschewiki und jener der Sozialrevolutionäre. Kerenski schwankte; erst mehr der Rechten zugeneigt, wie dies etwa auch in seiner Rede auf der Moskauer Staatskonferenz zum Ausdruck kam[100]), suchte er sich, als er das Anwachsen dieser Strömung bemerkte, stärker nach links zu wenden, und hatte dies in der erwähnten Rede vorbereitet, indem er sich „bereit erklärte, den Anschlägen der Bourgeoisie entgegenzutreten und sich auf die Demokratie zu stützen"[101]).

Der Bourgeoisie schien in der Person des Generals Kornilow der gewünschte Helfer und Retter zu erstehen. Der Verlauf des Kornilowschen Abenteuers ist bekannt. Fast kampflos sank es in sich zusammen, denn es fand fast alle Truppen gegen den Versuch, die radikalen Elemente zu beseitigen, gesinnt und gewaffnet; Kerenskis Rolle ist unklar: vielleicht spielte er mit Kornilow ein Spiel und zog sich zurück, als er sah, daß es verloren war.

Der Sieg der revolutionären Elemente über Kornilow äußerte seine Wirkung in einem weiteren Anwachsen der radikalen Strömung. Im Petersburger Sowjet war die Macht der Bolschewisten so erstarkt, daß sie mit einer dauernden Mehrheit rechnen konnten und ihnen das Präsidium zufiel. In der Provinz war gleichfalls ein Anwachsen der bolschewistischen Bewegung zu bemerken, so daß die Bolschewiki hoffen konnten, auf dem bevorstehenden zweiten allrussischen Sowjetkongreß die Mehrheit zu gewinnen. Immer eindringlicher wurde die Forderung nach Bruch mit der Bourgeoisie erhoben, nunmehr nicht nur von den Bolschewiki, sondern auch von den linken Sozialrevolutionären und den „Internationalisten".

Ein „demokratischer Kongreß", den das Zentralexekutivkomitee im Gegensatz zu dem Verlangen der Bolschewiki nach ehester Tagung des allrussischen Sowjetkongresses einberief, sollte darüber entscheiden.

Die demokratische Konferenz trat Ende September zusammen.

100) Der Grundton seiner Rede war „ein deutliches Bestreben nach entschiedener Absage an die äußerste Rechte und die äußerste Linke, vereint mit dem Bestreben zwischen den andern Gruppen zu vermitteln". Vgl. Auslandslektoratsberichte 1917 S. 3808, woselbst der Inhalt der Rede wiedergegeben ist.

101) **Weber**, Revolution, S. 23.

„Sie hatte ein absolut künstliches Gepräge: sie war eine Kombination aus den Sowjets und den Selbstverwaltungsorganen in einem solchen Verhältnis, daß das Überwiegen der vermittelnden Parteien garantiert war. Eine Ausgeburt von Hilflosigkeit und Kopflosigkeit, nahm diese Konferenz ein armseliges Ende“[102]). In der Konferenz überwog der kleinbürgerliche Einfluß, und da dieser sich weder in einer streng proletarischen, noch in einer streng bürgerlichen Richtung äußerte, den Bruch mit letzterer wie mit ersterer vermieden wissen wollte, spiegelten die Ergebnisse der Konferenz deutlich dieses Schwanken wider. Es wurde mit geringer Mehrheit die Koalition mit der Bourgeoisie beschlossen, die Zusammenarbeit mit den Kadetten aber abgelehnt, da diese durch den Kornilowaufstand kompromittiert erschienen.

Kerenskis Ministerium war ein „unverantwortliches“ gewesen, denn die sozialistischen Minister waren laut Beschluß des Zentralexekutivkomitees nach den Julikämpfen von der Verantwortlichkeit vor den Sowjets, der sie bis dahin unterstanden, zwecks einer „revolutionären Diktatur“ enthoben worden; und die Bourgeoisieminister waren an und für sich nur ihrer Partei verantwortlich. Die Aufgabe der Konferenz war, ein verantwortliches Ministerium zu bilden; indessen scheiterte dieser Plan, und es kam nur zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung, in der der bürgerliche Einfluß überwog. Die Kadetten hatten sich in „Sozialarbeitende“ verwandelt.

Zugleich wurde die Einsetzung eines „Vorparlaments“ beschlossen, das bis zum Zusammentritt der Konstituante die Rolle eines Parlaments übernehmen sollte. Es bestand aus Delegierten der demokratischen Konferenz, zu denen Vertreter von politischen und wirtschaftlichen Organisationen treten sollten. Die Regierung, ein Verlegenheitsprodukt, konnte weder auf Vertrauen bei den Massen rechnen, noch sich auf die Bourgeoisie, die keine physische Macht hinter sich hatte, stützen. Ihr Zusammenbruch war eine Frage nur kurzer Zeit.

Die Situation an der Front wie im Hinterlande, wo die Lösung der Bauernfrage immer brennender wurde, die Frage der Beendigung des Krieges, alles drängte zu einer Entscheidung. Der Petrograder Sowjet versuchte sie herbeizuführen. „Er forderte die sofortige Übergabe in die Hände der Sowjets der ganzen zentralen wie lokalen Gewalt, die sofortige Übergabe des Grund und Bodens

102) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 33.

an die Bauern, forderte die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter und den sofortigen Eintritt in Friedensverhandlungen"[103]).

Dadurch, daß die Bolschewiki den Bauern erklärten, die Lösung der Agrarfrage könnte nach ihren Wünschen nur durch die Sowjets vorgenommen werden, gelang es ihnen, sie, wenn auch nicht ganz auf ihre Seite zu bekommen, so doch für den Gedanken der Übergabe der Gewalt an eine Sowjetregierung zu gewinnen.

Daneben gingen aber die Vorarbeiten zur Einberufung der Konstituante. Die Bolschewiki verlangten andauernd die sofortige Einberufung des zweiten allrussischen Sowjetkongresses und setzten schließlich seine Anberaumung auf den 25. Oktober/7. November durch. Mit der Regierung gab es wegen des Verbleibes der bisherigen Petersburger Garnison in Petersburg einen heftigen Konflikt, da die Regierung die Truppen gerne durch zuverlässigere ersetzt hätte. Die Bolschewiki verließen, um ihre Sonderstellung und Sonderwünsche den Massen besonders deutlich zu machen, das Vorparlament. Die Soldaten wie die Bevölkerung verlangten immer dringender den Friedensschluß, denn ein neuer Winterfeldzug stand sonst vor der Tür. Die Situation wurde immer gespannter, die Hilflosigkeit der Regierung, die, innerlich zerklüftet, einen Gegner vor sich sah, der willens war, bis zum äußersten zu gehen, immer deutlicher. Weder Frieden noch Brot, noch Aussicht darauf vermochte sie zu geben. Die Dinge drängten zur Entscheidung. Sie fiel bald.

c) Die bolschewistische Revolution

Den letzten Anstoß zum Ausbruch des Kampfes gab, wie oft in der Geschichte, ein eigentlich unbedeutender Anlaß. Da der Petersburger Sowjet keine Zeitungen besaß — die Druckereibesitzer weigerten sich, für ihn zu drucken —, war, um die Mittel für die Herausgabe einer Zeitung durch Sammlung aufzubringen, ein „Tag des Petrograder Sowjets" angesetzt, der 22. Oktober/4. November 1917. „Der 22. Oktober wurde zum Paradetag der Kräfte der proletarischen Armee. Er verlief vortrefflich in jeder Hinsicht. Ungeachtet aller von rechts aus erlassenen Warnungen, daß in den Straßen von Petersburg das Blut in Strömen fließen würde, drängten sich die Volksmassen zu den Meetings des Petrograder Sowjets

103) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 39.

in Scharen"[104]). Die Stimmung gegen die Regierung und den Krieg, für die Sowjets war unverkennbar.

Die Heerschau vom 22. Oktober gab den Bolschewiki die vollendete Gewißheit, daß sie sich auf die Petersburger Massen stützen konnten. „Eigentlich war die Kampagne bereits gewonnen. Es blieb nur noch übrig, der illusorischen Regierung den letzten militärischen Stoß zu versetzen"[105]). Mit Hilfe des „Militärrevolutionären Komitees", das sich schon einige Zeit vorher als Gegenorganisation gegen den Generalstab gebildet hatte und in engster Verbindung mit den Sowjets stand, gelang die Gewinnung auch der letzten Teile der Petersburger Garnison.

Am 23. Oktober begann mit der Inbesitznahme der Peter- und Paulsfestung der letzte Kampf, der am 25. zum vollen Sieg der Bolschewiki führte, die an diesem Tage die Regierung Kerenskis als nicht mehr existierend erklärten. Am Abend war der Sieg vollendet, „das Winterpalais genommen, Kerenski geflüchtet, die übrigen Minister verhaftet und nach der Peter- und Paulsfestung gebracht! Das erste Kapitel der Oktoberrevolution war damit zu Ende"[106]). Lenin war inzwischen aus Finnland zurückgekehrt. Am nächsten Tage wurde eine bolschewistische Regierung, der Sowjet der Volkskommissäre eingesetzt. Er sollte ursprünglich eine Koalitionsregierung aller sozialistischen Parteien sein, aber die Menschewiki wie die rechten Sozialrevolutionäre verweigerten die Teilnahme, die linken Sozialrevolutionäre schwankten.

Jetzt aber begann erst das zweite Kapitel der bolschewistischen Revolution: die Eroberung des Landes[107]). Die Widerstände gegen das neue Regime waren nicht leicht zu überwinden. Einem unbedeutenden „Fähnrichsaufstand", der bald blutig unterdrückt wurde, folgte Kerenskis Versuch, die Macht durch militärische Gewalt wieder zu erlangen. Sein Vormarsch auf Petersburg scheiterte vollständig. Kerenski flüchtete.

---

104) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 58.

105) Ebenda S. 59.

106) Ebenda S. 67.

107) Über welche Kräfte die Bolschewiki dabei verfügten und wie weit ihr Anspruch darauf, die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben, berechtigt war, zeigen nachstehende, von dem späteren bolschewistischen Kommissär für Volkswirtschaft, Larin, in Now. Shijsn veröffentlichte Zahlen, die, knapp vor der Oktoberrevolution ermittelt, auch die örtliche Verteilung der Bolschewiki und Menschewiki im Lande nachweisen.

Im Innern des Landes war der Kampf ein schwerer und erbitterter, nicht zuletzt so in Moskau. Doch langsam gelang die Eroberung des Landes, dank der mit ungeheurer Energie und Zielsicherheit geführten Kampagne und der Schwäche und Haltlosigkeit alles dessen, was sich den Bolschewiki entgegenstellte. Wohl fühlten diese selbst sich nicht unbedingt sicher, daher traten sie dem Gedanken einer Koalition mit anderen sozialistischen Parteien, den die ihnen nahestehenden linken Sozialrevolutionäre vertraten, nochmals näher. Der Versuch scheiterte. Angeblich an den Forderungen der anderen Parteien, faktisch weil ein unüberbrückbarer Riß zwischen ihnen und den Bolschewiki klaffte.

So begannen diese bewußt „unversöhnliche Politik zu treiben," freilich gegen den Widerspruch der Sozialrevolutionäre, aber auch solchen aus den eigenen Reihen. Diese unversöhnliche Politik war vor allem gegen die Sabotage der liberalen Bourgeoisie und der mit ihr gehenden sozialistischen Intelligenz, der Beamten, der Angehörigen der freien Berufe, der in der Verwaltung und der als Techniker Tätigen gerichtet. „Die Opposition dieser Schichten hatte zumeist einen passiven Charakter; . . . aber um so unüberwindlicher konnte diese Opposition erscheinen. Uns wurde auf jedem Schritt und Tritt die Mitwirkung verweigert. Entweder die Beamten traten aus dem Ministerium aus, oder sie blieben da und

---

Die Bolschewiki hatten die Majorität in:

Petersburg	mit	41 000	zu	13 000	Menschewiki
Moskau	„	58 000	„	30 000	„
Ostseeprovinzen	„	14 000	„	3 000	„
Wolgagebiet	„	12 000	„	8 000	„
Uralgebiet	„	25 000	„	11 000	„
Asiat. Rußland	„	10 000	„	4 000	„
Summe der Zivilorganisationen		160 000	zu	69 000	„
dazu Soldaten	mit	29 000	„	4 000	„

Die Menschewiki besaßen die Majorität in:

Westrußland	mit	18 000	zu	—	Bolschewiki
Donetzgebiet	„	29 000	„	16 000	„
Neurußland	„	11 000	„	7 000	„
Kaukasus	„	45 000	„	9 000	„
Der „Bund"	„	13 000	„	—	„
Summe		116 000	zu	32 000	„

Es ergibt sich sohin das Überwiegen der Bolschewiki in Kernrußland etwa im Verhältnis von 11 zu 5, das der Menschewiki in den Grenzgebieten mit etwa 11 zu 3 (zit. Auslandslektoratsber.). Die Gesamtzahl der Organisierten betrug etwa 3 %!

weigerten sich, weiterzuarbeiten, auch übertrugen sie den andern weder die Geschäfte noch die Geldsummen. Bei der Telefonstation bekamen wir keine Verbindung. Auf dem Telegraphenamt wurden unsere Telegramme entweder verstümmelt oder aufgehalten. Wir konnten keine Übersetzer, keine Stenographen, nicht einmal Kopisten auftreiben“[108]). Der Widerstand wurde gewaltsam gebrochen, die Sabotage war zu Ende.

Ebenso rücksichtslos verfuhren die Bolschewiki in der Frage der Konstituante. Von ihnen erst selbst gefordert, wurde sie, da sie eine gegnerische Majorität aufwies, nach der ersten Sitzung geschlossen. Daß nur dies der wahre Grund war und alle Behauptungen, wie, daß die Wahlen kein getreues Abbild der Stimmung im Lande ergeben, die Bauern nicht recht gewußt hätten, worum es sich handelte, usw. — wogegen Neuwahlen, die jederzeit vorgenommen werden konnten, ein sicher helfendes Mittel gewesen wären —, nur Beschönigungen waren, das beweisen die von Kautsky gebrachten Belege[109]) und die Worte Lunatscharskis: „Wenn wider Erwarten die Majorität der Nationalversammlung aus Elementen bestehen sollte, die mehr rechts als die linken Sozialrevolutionäre stehen, so werden wir einen Kongreß einberufen und auf ihm feststellen, was gemacht werden muß“[110]). Und als dieser Fall eintrat, da wurde eben die Versammlung beseitigt und die sofortige Errichtung der Räterepublik gefordert, verkündigt und in die Tat umgesetzt.

Die Friedensverhandlungen, die schon längst eingesetzt hatten, schritten fort; sie führten zum Brester Frieden, der die Macht der Bolschewiki endgültig befestigte. Denn, mochten seine Bedingungen welcher Art immer sein, er ließ die Bolschewiki einmal als Friedensbringer erscheinen und gab ihnen zum andern die Möglichkeit, ihre ganze Kraft der Bekämpfung der inneren Gegner zuzuwenden und die Durchführung ihrer Pläne mit allen Mitteln durchzusetzen. Die bolschewistische Partei hatte Rußland erobert, der Bolschewismus war zur Weltmacht geworden.

---

108) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 86/87.

109) Kautsky, Diktatur, S. 27 ff.

110) Zit. bei Luther, Ein Jahr, S. 44/45.

Dritter Teil

Die Theorie

Die Probleme des Bolschewismus

Staat, Revolution und künftige Gesellschaft; Bolschewismus und Marxismus

Einleitung

Name und Bedeutung

> **Mit Worten läßt sich trefflich streiten.**
>
> Goethe

Der Begriff des Bolschewismus

Drei Inhalte deckt das eine Wort „Bolschewismus". Einmal die Theorie, der Bolschewismus als sozialistische (kommunistische) Lehre; der Ausdruck „Bolschewismus" einfach für den des „Kommunismus" gesetzt. Dann die Praxis, d. h. die Versuche, diese Lehre in die Wirklichkeit umzusetzen, die Methode, die neue Gesellschaftsordnung nach ihr zu schaffen und ihr neues Leben zu gestalten, d. h. der Bolschewismus nicht als Kommunismus, sondern als Weg zum Kommunismus [1]). Drittens — und das ist aus hier nicht zu untersuchenden Gründen fast die bei uns üblichste Deutung — eine Kennzeichnung der aus dieser Methode notwendig hervorgehenden Auswüchse, die sie als Inbegriff maßloser Gewalttätigkeit, einschüchternden Terrors und brutalster Bekämpfung des Gegners, zumal des Klassengegners, erscheinen lassen. Wirtschaftswissenschaftlicher Darlegung scheinen nur die beiden ersten Bedeutungen fähig. Die letzte, sich auf nicht wegzuleugnende Tatsachen stützende, macht die ablehnende Stellung weiter Kreise zum Bolschewismus begreiflich, mögen sie nun seine Theorien kennen oder nicht. Es erfüllt sie ein ähnliches Gefühl mit Besorgnis gemischten Abscheus, wie es etwa Rodbertus vor den „Sozialisten" einmal

[1]) Max Adler, Arbeiterzeitung, 2. April 1919

äußerte, und dem Heine, der dem alten Kommunismus doch nicht allzu ferne stand, Ausdruck verlieh. „Dies Geständnis, daß die Zukunft den Kommunisten gehört — ich machte es mit einem Ton der Besorgnis und höchsten Angst, und ach, das war keineswegs eine Maske! In der Tat, nur mit Schrecken und Schaudern denke ich an die Epoche, wo diese finstern Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden[2].“ Wie sind nun Begriff und Name des Bolschewismus entstanden?

Der Name

Als auf dem Brüssel-Londoner Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Spaltung in eine Mehrheits- und eine Minderheitsgruppe eintrat, erhielt die erstere den Namen „Bolschewiki“ (von „bolsche“ = mehr), die letztere den „Menschewiki“ (von „mensche“ = minder). So entstand das so „unsinnige und verkrüppelte Wort ‚Bolschewik‘, das absolut nichts ausdrückt, als das rein zufällige Abstimmungsergebnis dieses Kongresses“[3]). Ihm entstammen also die Bezeichnungen der beiden Parteirichtungen, nicht etwa Maximal- und Minimalprogrammen, und wenn sich — nicht in Rußland — die Bezeichnung „Maximalisten“ und „Minimalisten“ eingebürgert hat, dann deshalb, weil die alte Mehrheitsgruppe in der Verfolgung der Parteiziele als die radikalere erschien, und so der Anschein erweckt wurde, als handelte es sich von Anfang an auch um ein verschiedenes Ausmaß der Forderungen.

Seit dem siebenten Bolschewikikongreß (Januar 1918) aber nennen sich die Bolschewiki nicht mehr „Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, sondern „Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)“. Der Grund der Namensänderung war ein doppelter. Vor allem sollte damit dargetan werden, daß die Partei zu den Tendenzen jener zurückgekehrt sei („Bund der Kommunisten“), an deren Spitze Karl Marx stand, als er für sie und in ihrem Auftrag sein „Kommunistisches Manifest“ schrieb, das dann, am 24. oder 25. Februar 1848 veröffentlicht, die grundlegende Kampfschrift des modernen Proletariats werden sollte[4]).

---

2) Zit. bei Kautsky, Soziale Revolution, S. 31. Vgl. dazu: Mehring, Sozialistische Lyrik. Grünbergs Archiv, Bd. IV, S. 191 ff.

3) Lenin, Staat und Revolution, S. 74.

4) Über neuere Aufklärungen über diesen Bund, seine Statuten, sowie eine Adresse, die kürzlich von Ernst Drahn entdeckt wurde, siehe Neue Zeit, Jahrgang 36, Bd. 2, S. 112; ferner Marx, Enthüllungen, besonders das Vorwort von Engels hierzu und Neue Zeit, Jahrgang 37, Bd. 2, S. 137 ff.

Hatte die „Internationale“ seinerzeit auf Antrag Johann Philipp Beckers den Beschluß gefaßt, die Aufmerksamkeit der internationalen Sozialisten auf das „Kapital“, diese Bibel der Arbeiterklasse, zu lenken, so soll, wie die Bolschewiki selbst sagen, vor allem das Kommunistische Manifest das Evangelium sein, auf dessen Grundlage die bolschewistische Partei weiterwirken will: „Das Kommunistische Manifest aber ist das Evangelium der jetzigen Revolution bis auf den heutigen Tag“ [5]).

Wie Steklow [6]) und Verow [7]) berichten, wurde der Beschluß auf Namensänderung gegen die von ersterem vertretene Meinung, die Partei solle den alten Namen, unter dem das Proletariat gekämpft und gesiegt hatte, beibehalten, gefaßt. Steklow „gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Menschewiki, die Plechanowgruppe usw. sich die Umtaufung der Bolschewiki zunutze machen würden, um die alte Parteibezeichnung mit Beschlag zu belegen und sie für die eigenen Zwecke auszunützen. Besser sei die Bezeichnung ‚Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Kommunisten)‘“ [8]). „Auf diese Weise wäre der durch die Tradition geheiligte Name beibehalten worden. Gleichzeitig wäre durch die Beifügung des Wortes ‚Kommunisten‘ hervorgehoben worden, was uns von den Kompromißlern, den Sozialrevolutionären und den Opportunisten aller Art trennt“ [9]).

Die Befürchtung war gerechtfertigt. Alsbald beschloß das Zentralkomitee der Menschewiki: „In Erwägung, daß die einzige allrussische sozialdemokratische Arbeitermassenpartei die geeinte Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist, und daß sie immer mehr alle auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterorganisationen umfaßt, beschließt das Zentralkomitee: Die Partei wird sich fortan ‚Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei‘ nennen ohne ergänzende Nebenbezeichnungen“ [10]). Damit sollte den Bolschewiki der Charakter als Sozialdemokraten abgesprochen werden [11]).

---

5) Bucharin, Programm, S. 67.

6) Wer sind die Kommunisten? S. 3 ff.

7) Staatsauffassung der Bolschewiki. Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 1, S. 6 ff.

8) Ebenda.

9) Steklow a. a. O.

10) Zit. bei Verow a. a. O.

11) Näheres hierüber bei Steklow a. a. O.

Lenin selbst schreibt im Herbst 1917 über den Namen seiner Partei: „Vielleicht würde auch ich jetzt, nachdem die Juli- und Augustverfolgungen durch die Republikaner und die ‚revolutionäre‘ kleinbürgerliche Demokratie das Wort ‚Bolschewik‘ im ganzen Volk zu einem Ehrennamen gestempelt haben, nachdem sie außerdem den von unserer Partei in ihrer tatsächlichen Entwicklung getanen historischen Riesenschritt dokumentiert haben, — vielleicht würde auch ich in meinem aus dem Monat April stammenden Vorschlag schwankend werden, die Bezeichnung für unsere Partei zu ändern. Vielleicht würde ich meinen Genossen ein Kompromiß vorschlagen, uns fortan kommunistische Partei zu nennen und in Klammern das Wort Bolschewiki hinzuzufügen . . .“[12]).

Diese Bemerkungen zeigen das ganze Gewicht, das dem Worte „Kommunist“ in der Partei beigelegt wurde; sollte es doch, wie erwähnt, die „Rückkehr zu Marx“ schon im Namen dartun und damit weiter den Gegensatz zur bisherigen traditionellen Auffassung des Sozialismus und der Sozialdemokratie.

Vollkommen verständlich wird diese Unterscheidung erst im historischen Lichte; denn heute oder doch bis vor ganz kurzer Zeit, bis man, eben unter dem Einfluß dieser Namensänderung, gelernt hat, dem Worte „kommunistisch“ einen neuen, vorwiegend parteipolitischen Sinn beizulegen, scheinen die Worte Sozialismus und Kommunismus nicht nur für den üblichen Sprachgebrauch, sondern vielfach auch für die schärfer die Begriffe bestimmende Wissenschaft gleiche Bedeutung zu besitzen. Etwa in der Art, wie sie Grünbergs Erklärung im Wörterbuch der Volkswirtschaft gibt[13]). Ähnlicher Auffassung wie Grünberg ist auch Georg

---

12) Lenins Staat und Revolution, S. 74/75; diese Namensänderung wurde dann, wie erwähnt, im Januar 1918 durchgeführt.

13) Artikel Sozialismus und Kommunismus. Wörterb. d. Vw., Bd. 2, S. 828: „Was den Begriff des Sozialismus anbelangt, so identifiziert ihn der herrschende Sprachgebrauch regelmäßig mit dem des Kommunismus. Er umfaßt jene Theorien und jene Massenbewegungen zu deren Durchsetzung, die in bewußtem Gegensatz zum Sonder(Privat-)eigentum als der überlieferten Grundlage unserer herrschenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung den Neuaufbau der letzteren auf Basis des Gemein(Kollektiv-)eigentums fordern und anstreben.“

Daß dem Worte Kommunismus aber auch eine andere, hiermit nur in losestem Zusammenhang stehende Bedeutung (Gemeineigentumsformen vorwiegend an Grund und Boden, ferner freiwillige Gemeinschaften, wie etwa klösterliche) zukommt, weist G r ü n b e r g a. a. O. S. 155 nach; ebenso (S. 829) die vielfachen

Adler[14]), der schreibt: „Die Begriffe Sozialismus und Kommunismus werden heute allgemein als gleichbedeutend gebraucht, denn die Unterscheidungen, die man bis vor etwa 20 Jahren noch vielfach machte, haben sich verwischt."

Eine solche Unterscheidung hatten aber Marx und Engels stets gemacht und macht, an sie anknüpfend, Lenin wieder. Sie äußerlich zu kennzeichnen, war die zweite Aufgabe der Namensänderung.

Worin dieser Unterschied bestand, sagt Engels in seinem 1890 geschriebenen Vorwort zum Kommunistischen Manifest[15]).

Versuche — so Lorenz von Steins, Adolf Wagners, Fr. Jos. Neumanns, Kleinwächters und besonders Dietzels —, „die Begriffe Sozialismus und Kommunismus dogmatisch auseinanderzuhalten und zwischen ihnen eine deutliche Grenzlinie zu ziehen — ohne daß dies jedoch gelungen wäre".

Als viel verbreitet sei nur noch die — u. a. von Diehl und Fuchs — vertretene Auffassung angeführt, wonach Sozialismus Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und — wie Kautsky (Demokratie S. 7) hinzufügt — der Produktion, Kommunismus diese und Aufhebung des Privateigentums auch an den Konsumgütern bedeute. Dagegen Tugan-Baranowski, Moderner Sozialismus, S. 13/14 und dessen eigene geistvolle Unterscheidung.

14) Artikel Sozialismus und Kommunismus (Hdw. d. Stw. Bd. 7, S. 604).

15) S. 23/24: „Und doch, als es erschien, hätten wir es nicht ein sozialistisches Manifest nennen dürfen. Unter Sozialisten verstand man 1847 zweierlei Arten von Leuten. Einerseits die Anhänger der verschiedenen utopistischen Systeme, speziell die Owenisten in England und die Fourieristen in Frankreich, die beide schon damals zu bloßen, allmählich aussterbenden Sekten zusammengeschrumpft waren. — Andererseits die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die gesellschaftlichen Mißstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im geringsten wehzutun. In beiden Fällen: Leute, die außerhalb der Arbeiterbewegung standen, und die vielmehr Unterstützung suchten bei den „gebildeten" Klassen. Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der, von der Unzulänglichkeit bloßer politischer Umwälzungen überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft fordert, der Teil nannte sich damals kommunistisch. Es war ein nur im rauhen gearbeiteter, nur instinktiver, manchmal etwas roher Kommunismus; aber er war mächtig genug, zwei Systeme des utopischen Kommunismus zu erzeugen, in Frankreich den „ikarischen" Cabets, in Deutschland den von Weitling; Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, salonfähig; der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir schon damals sehr entschieden der Ansicht waren, daß „die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß", so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen. Auch seitdem ist es uns nie eingefallen, ihn zurückzuweisen."

Besonders deutlich geht diese Anschauung aus der 24. Frage des von Engels

Engels hat diese Unterscheidung noch einmal besonders hervorgehoben in dem Vorwort vom 3. Januar 1894 zu seiner Schrift „Internationales aus dem Volksstaat“, wo er schreibt, „daß in allen Artikeln das Wort ‚Kommunist‘ und nicht ‚Sozialdemokrat‘ gebraucht worden ist, weil damals die Proudhonisten in Frankreich und die Lassalleaner in Deutschland sich Sozialdemokraten nannten. — Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. Heute ist das anders, und es mag das Wort (Sozialdemokraten) passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie, ist“.

Während nun, wie vielfach in der sonstigen Literatur, auch in der sozialdemokratischen beide Begriffe gleichgesetzt werden — so etwa von Kautsky, der geradezu schreibt: „Staatssozialismus und demokratischer Sozialismus (oder Kommunismus)“ [16]) —, knüpft Lenin an den von Engels gemachten graduellen Unterschied an mit den Worten: „aber zum Sozialismus strebend, sind wir überzeugt, daß er zum Kommunismus hinüberwachsen muß“ [17]), und setzt ihn ganz auseinander in seiner auf der Marxschen Unterscheidung beruhenden Darstellung der zwei Phasen der kommunistischen Gesell-

---

in Katechismusform entworfenen Vorläufers des kommunistischen Manifests „Grundsätze des Kommunismus“ hervor, die geradezu lautet: „Wie unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialisten?“ — Die längere Beantwortung der Frage, die sich im wesentlichen mit der obigen Formulierung deckt, lässt keinen Zweifel über den Unterschied der Begriffe zu. Ebenso stellt ihn Engels in einer Anmerkung zu Marx, Elend der Philosophie, S. 159, dar; Marx selbst hebt den Unterschied besonders in der Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“ hervor, wo dem bürgerlichen Sozialismus der kleinbürgerliche Sozialismus, der „Sozialismus par excellence“, entgegengestellt wird und beide dem Kommunismus (S. 93/94). Die gleiche Unterscheidung tritt auch sonst mehrfach in Marx-Engels' Schriften auf,

Auch in der Schrift eines Nichtsozialisten aus dem Jahre 1842 findet sich eine ähnliche Unterscheidung. (Fallati, Materielle Tendenz, S. 9.) „Die Vereine der unter dem gemeinsamen Namen der Sozialisten bekannten Anhänger Fouriers und Owens, von welchen die ersten einen Teil der Reste der St. Simonisten in sich aufgenommen haben, mit den letzten aber in Frankreich die Communisten verwandt seyen.“

16) Neue Zeit, Jahrg. 10, Bd. 2, S. 706.

17) Staat und Revolution, S. 75.

schaft. Die erste ist jene, die, eben erst aus der kapitalistischen hervorgegangen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebend, jedem Mitglied der Gesellschaft ohne Rücksicht auf seine individuellen Verhältnisse nach gleicher Arbeit gleichen Anteil an dem gesellschaftlichen Produktionsertrage zuweist, während es in der zweiten, höheren, einfach heißen werde: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen;“ so über die alte St. Simon-Bazardsche Formel: „A chacun selon sa capacité, à chaque capacité selon ses oeuvres“ hinausgehend. Es ist im neuen Gewande wohl der alte Gedanke der griechischen Denker [18]), daß die Gerechtigkeit nicht eine „arithmetische“, sondern eine „geometrische“ sein soll. Aus diesem Unterschied ergibt sich dann der der Bezeichnungen „der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (gewöhnlich Sozialismus genannt)“ [19]) und der zweiten, der vollständig oder schlechtweg kommunistischen, womit auch der „wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus klar“ [20]) ist. Denn „was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nennt Marx die erste oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Soweit die Produktionsmittel g e s e l l s c h a f t l i c h e r Besitz werden, kann das Wort Kommunismus auch hier Anwendung finden, nur darf nicht vergessen werden, daß es sich hier nicht um einen vollständigen Kommunismus handelt“ [20]).

Und während die Sozialdemokratie gewissermaßen auf diese zweite Phase vergessen habe und, wenn überhaupt, so lau genug, höchstens auf die erste hinarbeite, wo der proletarische Staat, der ihr fast zu schwer zu erlangen scheine, notwendig ist, sieht die kommunistische Partei als ihr, wenn auch nicht allzubald, so doch in absehbarer Zeit zu verwirklichendes Ideal, nach der Überwindung auch des proletarischen Staates, die staatslose Phase.

Das, diese „Rückkehr zum wahren Marx“, wie es oben genannt wurde, soll der neue Name der Partei ausdrücken, und wohl von diesem Standpunkte aus ist zu verstehen, was Lenin meinte, als er an die neu ausgerufene ungarische Sowjetrepublik telegraphierte: „Bitte mitzuteilen, welche realen Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch und nicht nur einfach sozialistisch, d. h. sozialverräterisch wird?“

18) So angedeutet bei Plato in den „Nomoi“, mit voller Schärfe herausgearbeitet bei Aristoteles in der „Nikomachischen Ethik“.

19) L e n i n, Staat und Revolution, S. 88.

20) Ebenda S. 92.

I. Abschnitt

Lenins Schrift „Staat und Revolution" und die Lehren von Marx

Göttliche Freiheit, erhabener Trieb
der Menschen zum Bessern,
Wahrlich du konntest dich nicht
schlechter mit Priestern versehn.
Goethe

1. Kapitel

Lenins Schrift „Staat und Revolution"

Am besten ist's auch hier, wenn ihr
nur einen hört
Und auf des Meisters Worte schwört.
Goethe

Das grundlegende Werk der bolschewistischen Literatur ist Lenins Buch „Staat und Revolution", das auf engem Raume ein Problem aufwirft und zu lösen unternimmt, das in der marxistischen Literatur bisher kaum erörtert wurde und jedenfalls nicht in solch geschlossener Darstellung: „Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution" [21]).

In dem Aufwerfen und der Beantwortung dieser Fragen besteht der eigentliche Kern der bolschewistischen Theorie, die nahezu alle anderen des Marxismus einfach als gegeben hinnimmt und etwa Wert- und Mehrwert-, Ausbeutungs- und Konzentrationstheorie usw. als Wahrheiten, die einer Diskussion nicht bedürfen, ansieht, vielmehr nur die sich ihr hieraus ergebenden Folgerungen in die Wirklichkeit umzusetzen durch ihre Praxis bemüht ist. Eine grundsätzlich abweichende Stellungnahme wird freilich wie in manchen Einzelfragen so auch in den grundlegenden der Demokratie sowie der Voraussetzungen der sozialen Revolution zutage treten.

Freilich, schon gegen den Ausdruck „bolschewistische Theorie" muß vom Standpunkt konsequenter Anhänger des Bolschewismus Einspruch erhoben werden, denn eine solche kann es in ihren Augen nicht geben, weil für sie der Bolschewismus nichts anderes als der wahre, der Marxismus schlechthin ist, so daß alles, was ihre Kritiker in ihr als Abweichung vom Marxismus ansehen, nur eine fehlerhafte Auslegung der marxistischen Lehre durch den Kritiker sein kann.

21) Untertitel der Schrift.

Eine geschlossene Darstellung ihrer Ansicht von Staat und Revolution haben Marx und Engels in ihren Schriften nicht gegeben, eine zusammenfassende Lehre hiervon nicht entwickelt, vielmehr diese Themen nur an verschiedenen Stellen ihrer Werke berührt, doch das zu allen Zeiten ihres arbeitsreichen Schaffens. Es darf dies daher nicht so aufgefaßt werden, als seien sie an dem Problem des Verhältnisses des Proletariats zum Staate und an dem des Staates selbst achtlos vorbeigegangen. Im Gegenteil. Tut Engels' Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schon in ihrem Titel dar, daß sie die Erörterung dieser Frage für notwendig ansahen, so noch mehr Marx' Absicht, den vierten Teil des großen Werkes, das zu schaffen er als seine Lebensaufgabe ansah, und von dem die drei Bände des „Kapitals" nur den ersten (der geplanten sechs Teile) bilden, diesem Gegenstande zu widmen [21 a]). Die Ausführung dieser Absicht unterblieb bekanntlich, und so finden sich seine Anschauungen nur in mehr gelegentlichen Äußerungen und nicht systematisich niedergelegt. Diese verstreuten, oft wenig bekannten Aussprüche hat aber auch die ganze Marx-Literatur nie zu einem einheitlichen System zu gestalten versucht; ja, schlimmer noch, wo sie in mehr oder weniger eingehender Weise darauf zu sprechen kam, mißhandelte sie nach Lenins Ansicht des Meisters Worte, verflachte, verdunkelte, verfälschte sie.

Diese Lücke versucht Lenins Buch auszufüllen; es gibt Marx Anschauungen zu diesem Gegenstande zu einer geschlossenen Lehre zusammengefaßt wieder und bietet so mehr als nur die Erfüllung der Aufgabe, die sich sein Verfasser stellte: „angesichts der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben" [22]), der Versuche, die großen Revolutionäre nach ihrem Tode zu unschädlichen Gottesbildern zu machen", „die wahre Lehre Marx' vom Staate wiederherstellen" [22]).

Mit dieser sind aber die Fragen des Verhältnisses des Proletariats zum Staat, seiner Aufgaben in der Revolution, die Gestaltung dieser, das Problem der Diktatur und der Demokratie unlöslich verkettet. Und so unternimmt es Lenin, auch diese in Marx' Geist zu lösen. Durchdringender Scharfsinn war am Werke, neue Er-

21 a) Brief Marx an Engels vom 2. April 1858. Briefwechsel Bd. II, S. 265. „Die ganze Suppe soll zerfallen in sechs Bücher: 1. Vom Kapital, 2. Grundeigentum, 3. Lohnarbeit, 4. Staat, 5. Internationaler Handel, 6. Weltmarkt."

22) Lenin, Staat und Revolution, S. 5.

kenntnis zu vermitteln: eine neue geschlossene Theorie ist dieser Arbeit Ergebnis; stellt sie sich als neue dar, dann dankt sie es der Persönlichkeit des Denkers, die, fremde Gedanken in ein System ordnen wollend, ihm seines Geistes Stempel unverkennbar aufdrückt.

Äußere Veranlassung, zugleich Ausgangspunkt für diese Untersuchung, war die erhöhte praktische und theoretische Bedeutung, die die Frage nach dem Wesen des Staates angesichts des erwarteten Heranreifens der internationalen proletarischen Revolution gewinnt. Das wird zuzugeben sein. Mehr noch: stünde dieses Ereignis in Weltenferne und nicht in geringerer oder größerer Nähe, eine theoretische Auseinandersetzung mit Marx' Auffassung von Staat und Revolution schiene trotzdem von Wichtigkeit; denn kein Teil seines Systems soll unerörtert bleiben, „entstellt", „verzerrt". Das verlangt nicht nur seine theoretische Leistung, sondern auch — und vielleicht vor allem — ihre nachhaltige praktische Wirksamkeit. Darum glauben wir, daß dem Anspruch, die „reine" Lehre Marx', zumal in einem solchen Punkte, wiederherzustellen, Prüfung und Erörterung geschuldet wird.

Das gibt auch den Boden für diese Darstellung und grenzt sie zugleich ab. Sie wird versuchen müssen, festzustellen, ob Lenins Auffassung der marxistischen Lehre berechtigt, ob eine andere zulässig ist. Nicht aber soll sie eine Untersuchung sein, ob die Marxsche oder die „bürgerliche" Auffassung vom modernen Staate „richtig" ist (wenn überhaupt Lehren, wie etwa die Jellineks oder Kelsens oder eines anderen, unter diesen Begriff gezwängt werden können).

Folgende sind die Grundgedanken von Lenins Schrift, die sich auf zahlreiche und ausführliche Zitate aus Marx und Engels stützen. Das erste Kapitel handelt von

„Klassengesellschaft und Staat".

„Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze"[23]); er ist ihm nach Marx „ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere"[24]). Diese Ansicht von Marx-Engels werde in doppelter Hinsicht verfälscht, einmal von jenen, die „Marx so zurechtstutzen, daß der Staat als Organ der Klassen-

23) **Lenin, Staat und Revolution, S. 6.**

24) **Ebenda S. 7.**

versöhnung erscheint“[25]), zum andern von jenen, die wohl seine Eigenschaft als Organ der Klassenherrschaft, auch seine Stellung über der Gesellschaft zugeben, aber vertuschen, daß die Befreiung der geknechteten Klassen eine gewaltsame Revolution und eine „Beseitigung des Apparates der Staatsgewalt der herrschenden Klasse“ unbedingt erheische[26]).

Der Staat, gekennzeichnet durch Einteilung der Staatsangehörigen nach Gebiet und Einrichtung einer besonderen öffentlichen Gewalt, ist der „Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“[27]). Ständiges Heer und Polizei sind die vornehmsten Waffen der Staatsgewalt, die aber nicht nur über sie, sondern auch über sachliche Erfordernisse verfügt.

Produkt der Entwicklung der Klassen, fällt mit ihrem Fall auch der Staat. Dieses Verschwinden, „Absterben“ des Staates sei in der bisherigen Marx-Interpretation dahin gedeutet worden, daß es nur einen quantitativen Gegensatz gegen die von den Anarchisten geforderte „Abschaffung“, also ein allmähliches, gegenüber einem jähen Ende des Staates bedeute.

Demgegenüber sei einzuwenden:

1. Engels' Worte, „daß das Proletariat durch Übernahme der Staatsgewalt ‚auch den Staat als Staat' aufhebe, bezögen sich nur auf den bürgerlichen Staat (durch die Revolution des Proletariats), die Worte vom Absterben aber „auf die Überreste proletarischer Staatlichkeit“.

2. Hieraus, sowie aus der Definition des Staates als „einer besonderen Repressionsgewalt“ folge, daß die bürgerliche durch die proletarische Herrschaft ersetzt werden müsse und „hierin bestehe gerade die Aufhebung des Staates als solchen“[28]), und es sei ohne weiteres klar, daß diese Auswechslung zweier Repressionsgewalten unter keinen Umständen auf dem Wege des Absterbens erfolgen könne[28]).

3. Das Absterben, das „Einschlafen“ des Staates, beziehe sich auf die Zeit nach der sozialistischen Revolution, d. h. nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, einer Zeit der vollkommen-

---

25) Lenin S. 7.

26) Lenin, Staat und Revolution, S. 8.

27) Engels, zit. Lenin S. 12

28) Ebenda S. 17.

sten Demokratie, welche eben als letzte Staatsform absterben werde [29]).

4. Engels' Worte vom Absterben des Staates richteten sich nicht nur gegen die Anarchisten, sondern auch gegen die Verkünder der Phrase vom „freien Volksstaat", die Engels nur aus agitatorischen Gründen habe zeitweilig gelten lassen, wissenschaftlich als unzulänglich verwarf, da jeder Staat als Repressionsgewalt unfrei und kein Volksstaat sei [30]).

5. Engels sei aber auch gleich Marx ein Anhänger der gewaltsamen Revolution, die sich auf den bürgerlichen Staat beziehe und unvermeidlich sei. Ihre historische Bewertung werde „zu einer wahren Lobpreisung" [31]), und Engels habe „diesen Lobgesang auf die gewaltsame Revolution seit 1878 bis 1894 vorgetragen" [32]). Er sei, bei Marx so wenig wie bei Engels, „durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall" [33]). Vielmehr liege „die Notwendigkeit, die Massen gerade in solchen Ansichten über die gewaltsame Revolution zu erziehen", „der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde".

Lenin faßt das Gesagte in diese Sätze zusammen: „Die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich. Die Beseitigung des proletarischen Staates, d. h. die Beseitigung des Staates schlechthin, ist nur auf dem Wege des ‚Absterbens' möglich" [34]).

Das zweite und dritte Kapitel von Lenins Schrift untersuchen das

„Verhältnis von Staat und Revolution"

nach den in Marx' und Engels' Schriften niedergelegten Erfahrungen aus jeder einzelnen Revolution. Das erste der beiden enthält: Erfahrungen von 1848 bis 1851, das zweite die aus der Pariser Kommune von 1871 geschöpften.

„Am Vorabend der Revolution" haben Marx-Engels im Kommunistischen Manifest die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie als ersten Schritt bezeichnet; mittels seiner politischen Herrschaft werde das Proletariat der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital entreißen, alle Produktions-

---

29) Ebenda S. 18.
30) Engels, zit. Lenin S. 13.
31) Ebenda S. 19.
32) Ebenda S. 20.
33) Ebenda S. 20/21.
34) Ebenda S. 21.

instrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zentralisieren. Dieser Begriff, der Begriff des proletarischen Staates oder, wie Marx-Engels ihn später formuliert hätten, die ‚Diktatur des Proletariats'[35]) sei in der späteren sozialistischen Literatur als „mit dem Reformismus unvereinbar", „direkt vergessen" worden. Freilich brauche das Proletariat den Staat, wie die Opportunisten lehren, aber, wie Lenin meint, nur den ‚absterbenden', aber zugleich die Bourgeoisie unterdrückenden[35]). Letzteres müsse der Staat deshalb, weil jeder Staat eine besonders organisierte Unterdrückungsgewalt sei, und das Proletariat als Führer der Werktätigen und Ausgebeuteten, der ausgebeuteten Mehrheit gegenüber der ausbeutenden Minderheit, die Unterdrückung letzterer zur Wahrheit machen müßte. Das Proletariat bedarf aber auch der Zwangsorganisation „zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauern, Kleinbürger und Halbproletarier, beim ‚Ordnen' der sozialistischen Wirtschaft"[36]). Richtiger aber habe diese Leitung der „Vortrupp des Proletariats", die Arbeiterpartei, zu übernehmen[36]).

So bildet den Abschluß der geschichtlichen Rolle des Proletariats seine Diktatur, seine politische Herrschaft. „Wenn das Proletariat aber den Staat braucht als besondere Zwangsorganisation g e g e n die Bourgeoisie, so folgt hieraus von selbst die Unmöglichkeit, eine solche Organisation zu schaffen ohne vorherige Vernichtung, ohne Zerstörung der Staatsmaschine, die die Bourgeoisie für sich geschaffen hat[36])."

Diese Forderung habe sich auch Marx als Ergebnis der Revolution von 1848 bis 1851 aufgedrängt und ihn zu der Erkenntnis veranlaßt, die Lenin als „das Hauptsächlichste und Grundlegendste in Marx' Lehre vom Staat" bezeichnet, nämlich „alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen"[37]). Und dieses Grundlegende, mit Lenins eigenen Worten: „alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet; nun muß sie zerschlagen, zerbrochen werden", ist von den herrschenden sozialdemokratischen Parteien nicht nur v e r g e s s e n, sondern direkt . . . von dem angesehensten Theoretiker der zweiten Internationale, Karl Kautsky, e n t s t e l l t worden"[37]).

35) L e n i n S. 23.
36) Ebenda S. 25.
37) Ebenda S. 27.

Für diesen Staatsapparat seien zwei Institutionen am bezeichnendsten: Beamtentum und ständiges Heer, die „Parasiten" am Körper der bürgerlichen Gesellschaft[38]). „Durch alle bürgerlichen Revolutionen hindurch, die Europa seit dem Niedergang des Feudalismus in großer Zahl erlebt hat, dauert eine Entwicklung, Vervollkommnung, Festigung dieses Beamten- und Militärapparates an"[38]). Auch die erste russische Revolution liefere den Beweis hierfür, und da die Feindschaft der ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen zur Todfeindschaft wachse, stärke und vervollkommne die Bourgeoisie den Repressivapparat immer mehr. „Ein solcher Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, ‚alle Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren' gegen die Staatsgewalt", sich zur Aufgabe zu machen, die Staatsmaschinerie nicht zu vervollkommnen, sondern sie zu z e r s t ö r e n , zu vernichten"[39]).

Wie diese

„Z e r s t ö r u n g u n d V e r n i c h t u n g d e s S t a a t s-
a p p a r a t e s"

durchzuführen und was an die Stelle der vernichteten Staatsmaschinerie zu setzen sei, erörtert das nächste Kapitel an Hand der sich auf die Erfahrungen der Kommune stützenden Schriften von Marx-Engels. In ihr erblickte Marx „einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen praktischen Schritt, der wichtiger war als Hunderte von Programmen und Darlegungen"[40]).

Während die bekannten Worte in der Vorrede von 1872 zum Kommunistischen Manifest (die von seinem stellenweisen Veralten handeln, und die bezüglich der Staatsmaschine lauten): „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, ‚daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann',", bisher immer so ausgelegt worden seien, „als hätte Marx hier die Idee von der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Eroberung der Macht und ähnlichem betont," liege „in Wirklichkeit die Sache g e r a d e u m g e k e h r t"[41]). „Marxens Gedanke ist, daß die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschine zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf die Besitzergreifung zu beschränken hat"[41]).

---

38) **Lenin** S. 28.
39) Ebenda S. 29.
40) Ebenda S. 32.
41) Ebenda S. 33.

Dieses Zerbrechen sei die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent, wo damals nirgends das Proletariat die Mehrheit des Volkes bildete, und eine solche nur durch Bund von Proletariat und Bauernschaft zustande kommen könnte[42]).

Das alles versuchte die Kommune zu verwirklichen: das Zerbrechen der Staatsmaschine durch Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk; durch Beseitigung des Beamtentums „durch vollständig durchgeführte Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller beamteten Personen ohne Ausnahme zu jeder beliebigen Zeit, die Reduzierung ihrer Gehälter auf die Stufe des gewöhnlichen Arbeiterlohnes". Scheinbar habe dies nur eine vollständigere Demokratisierung bedeutet. „In Wirklichkeit jedoch bedeutete dieses ‚nur' die gigantische Ersetzung der einen Institution durch Institutionen von prinzipiell anderem Charakter". Hier ist gerade einer der Fälle von ‚Umwandlung der Quantität in Qualität' zu beobachten: die in denkbar größter Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, aus dem Staate (gleich einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was schon kein Staat mehr ist. Letzteres insofern, als nun „die Mehrheit des Volkes selbst die eigenen Bedrücker unterdrücke"[43]), einer besonderen Gewalt hierzu nicht mehr bedürfe, wodurch der Staat in diesem Sinne abzusterben beginne[43]).

(Obige Forderungen klingen an die „primitive" Demokratie an, aber „der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei ohne eine gewisse Rückkehr zu ihr unmöglich"[44]); außerdem sei „primitive Demokratie auf der Basis des Kapitalismus und der kapitalistischen Kultur" und solche der „ur- oder vorkapitalistischen Zeit"[44]) zweierlei. Durch Schaffung der Großbetriebe sei „die Mehrzahl der Funktionen der alten Staatsmacht so vereinfacht worden"[44]), „auf so einfache Operationen, wie Registrierung, Vermerk, Kontrolle zurückführbar"[45]), daß jeder Lesens- und Schreibenskundige sie zum gewöhnlichen Arbeiterlohn leisten kann. Das ergebe dann auch eine „billige" Regierung[46]).

42) Lenin S. 35.
43) Ebenda S. 38.
44) Ebenda S. 39.
45) Ebenda S. 39.
46) Ebenda S. 40.

Der sozialistische Staat, der an die Stelle des bürgerlichen trat, war die Kommune. Diese sollte aber nach Marx „nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“. Das erheische Abschaffung des Parlamentarismus, da nach Lenin [47]) sein eigentliches Wesen darin bestehe, daß durch ihn das Volk in mehreren Jahren einmal entscheide, wer es im Parlamente ver- oder zertreten solle. Kein Ausweg, ohne ihn auszukommen, scheine für die modernen „Sozialdemokraten, die nur eine anarchistische oder reaktionäre Kritik des Parlamentarismus“ [48]) kennen, zu existieren, trotzdem Marx deutlich genug darauf verwiesen habe. Er liege aber nicht in der Beseitigung der Vertreterkörperschaften, sondern in deren Umwandlung „aus Schwatzbuden in ‚arbeitende‘ Institutionen, denn heute werde die eigentliche staatliche Arbeit ‚hinter den Kulissen‘ von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet“ [49]). Daher müssen „die Vertretungskörperschaften bleiben, aber ein Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Arbeit, als Vorzugsstellung für Parlamentarier besteht hier nicht. Wir können uns eine Demokratie ohne Vertreterkörperschaften nicht vorstellen, auch die proletarische Demokratie nicht, ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns vorstellen“ [50]).

Das Beamtentum könne natürlich nicht sofort und restlos beseitigt werden, aber der alte Beamtenapparat sei sofort zu zertrümmern, und gleichzeitig sei „mit dem Bau eines neuen zu beginnen, der die allmähliche Beseitigung jeglichen Beamtentums ermögliche“ [51]). Diese notwendigen und einstweiligen Beamten, die nach Marx durch das allgemeine Wahlrecht ausgesucht werden sollen, werden in keinem „Vorgesetzten“-Verhältnis zum Volke stehen, sondern Diener der Allgemeinheit sein, deren bewaffnetem Vortrupp, dem Proletariat, in eiserner Disziplin als einfache Vollstrecker seiner Aufträge untergeordnet. Organisation und Leitung des Staates übernähmen aber die Arbeiter, die ihn etwa in der Art des jetzigen Postbetriebs verwalteten [52]).

47) der sich hier auf eine Äußerung Marx' stützt.
48) Ebenda S. 41.
49) Ebenda S. 42.
50) Ebenda S. 43.
51) Ebenda S. 44.
52) Ebenda S. 45/46.

Lenin lehnt dann, gestützt auf Marx' Worte, „die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung", die vielfach verbreitete Auffassung ab, als hätte Marx durch sie eine föderalistische Organisation schaffen wollen. Nicht Föderalismus à la Proudhon und Bakunin habe Marx gefordert (der mit ihnen in der Forderung der Zertrümmerung der Staatsmaschine übereinstimme), sondern einen vom Proletariat durchgeführten Zentralismus[53]).

Durch diese Kommunalverfassung werde es möglich sein, den Schmarotzer Staat und den Schmarotzerauswuchs Staatsmaschine zu beseitigen. Das aber war das wahre Geheimnis der Kommune: „Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte[54]). So ist sie nicht nur „der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerbrechen", sondern auch „die politische Form, die die zertrümmerte ersetzen kann und muß"[55]).

So ist der Ring geschlossen.

In den anschließenden Ausführungen bringt Lenin

Ergänzungen, Nachweise und Belege

aus Marx' und Engels' Schriften, die für die Richtigkeit seiner Auffassung sprechen sollen; so insbesondere, daß Marx in seiner Polemik gegen die Anarchisten „nicht gegen ein Verschwinden des Staates oder gegen dessen Beseitigung bei Beseitigung der Klassen auftrat, sondern dagegen, daß die Arbeiter auf die Anwendung von Waffengewalt, auf organisierte Vergewaltigung, d. h. auf den Staat, verzichteten, der dazu dienen sollte, ‚den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen'"[56]). Marx betone „die revolutionäre und vorübergehende Form" des Staates, den das Proletariat brauche; „in der Frage der Beseitigung des Staates als Zweck" bestehe kein Unterschied der Auffassungen mit den Anarchisten[56]). Aber wenn die Anarchisten gegen die Autorität überhaupt seien, dann sollten sie bedenken, daß die Revolution sicher die autoritärste Sache von der

53) Lenin S. 48.
54) Worte Marx', zit. bei Lenin S. 50.
55) Lenin S. 51.
56) Ebenda S. 55.

Welt sei. Nach Marx sind „alle Sozialisten darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werde . . .“ [57]). Das alles widerlege „die übliche Kritik des Anarchismus durch die modernen Sozialdemokraten“, die „auf die reinste kleinbürgerliche Trivialität hinauslief. ‚Wir anerkennen den Staat, die Anarchisten nicht‘“ [58]).

Den Gegensatz zwischen Marxisten und Anarchisten faßt Lenin an einer späteren Stelle so zusammen:

1. Die von beiden gewünschte Beseitigung des Staates könne nach Ansicht der Marxisten erst als Resultat der Einführung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führe, erfolgen; die Anarchisten verlangen sie von heute auf morgen.

2. Erstere wollen die Staatsmaschinerie des bürgerlichen Staates völlig zerstören, sie aber durch eine neue proletarische ersetzen; letztere wünschen wohl die Vernichtung, lassen aber im unklaren, was an ihre Stelle treten soll, ja lehnen sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat, dessen revolutionäre Diktatur ab.

3. Fordern die Marxisten die Vorbereitung des Proletariats zur Revolution durch Ausnutzung des gegenwärtigen Staates, was die Anarchisten gleichfalls ablehnen [59]).

Dieser vorübergehende revolutionäre Staat, „kein Staat im eigentlichen Sinne“, sei auch kein „freier Volksstaat“, wie Marx und Engels fast gleichzeitig anläßlich der Besprechung des Einigungsprogramms der deutschen Sozialdemokratie festgestellt hätten, und es sei daher besser, den Ausdruck „Staat“ etwa durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen [60]).

Auch zum Kapitel „Opportunismus“ habe Engels besonders im Hinblick auf die „opportunistischen Ansichten der Sozialdemokratie über die Staatseinrichtungen“ Stellung genommen; dies in seiner Kritik des Erfurter Programms, wo er unter anderem auch die drei Fragen: Republik, Zusammenhang zwischen Nationalitätenfrage und Staatsform, lokale Selbstverwaltung erörterte [61]).

---

57) Lenin S. 57.
58) Ebenda S. 58.
59) Ebenda S. 107.
60) Ebenda S. 59/60.
61) Ebenda S. 62.

Engels fordere die demokratische Republik als „nächsten Weg zur Diktatur des Proletariats" [62]).

Bei Erörterung der Frage der Föderativrepublik in Verbindung mit dem Nationalitätenproblem stehe Engels ähnlich Marx auf dem Standpunkt, daß Deutschland eine einheitliche, demokratisch-zentralistische Republik werden müsse, die weitgehende Selbstverwaltung zulasse und so das „überaus verbreitete Vorurteil widerlege, als bedeutete die föderative Republik unbedingt eine größere Freiheit als die zentralistische. Dies sei ein Irrtum. . . . Die größte lokale, regionale usw. Freiheit habe, soweit die Geschichte lehrt, die zentralistische Republik . . . geboten" [63]).

Den nächsten Darlegungen Lenins liegt Engels' Vorwort zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich" zugrunde. Sie streifen die Frage der Bewaffnung der geknechteten Klassen, das Verhältnis zur Religion (dem Staat gegenüber ist Religion Privatsache; für die Partei ist sie das nicht), bekämpfen den „Aberglauben an den Staat", schildern nochmals die Maßnahmen der Kommune, „den Ausbau der Demokratie bis ans Ende" [64]) durchzuführen und so die alte Staatsmacht zu zertrümmern. Auch in der demokratischen Republik bleibe der Staat Staat, d. h. eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, „wenngleich die Form der Unterdrückung (demokratische Republik oder Monarchie) dem Proletariat durchaus nicht gleichgültig sei" [65]). Daß aber „erst eine neue Generation imstande sein wird, dieses ganze Gerümpel der Staatlichkeit über Bord zu werfen, hänge mit der Frage der Überwindung der Demokratie zusammen" [66]).

Denn auch dies ist notwendig, weil Beseitigung des Staates auch Beseitigung der Demokratie, sein Absterben mithin ihres ist [66]). Und da „Demokratie nicht identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit ist" [66]) (was das Prinzip einer nächsten, nicht aber der endgültig zu erwartenden Gesellschaftsordnung ist), vielmehr Demokratie Staat sei, d. h. „eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch eine andere . . ." [67]).

62) Lenin S. 64.
63) Ebenda S. 68.
64) Ebenda S. 72.
65) Ebenda S. 73.
66) Ebenda S. 73.
67) Ebenda S. 75.

so werde endlich, mit einem neuen Geschlecht, auch sie, wie jede Vergewaltigung, jede Unterordnung eines Menschen unter den andern verschwinden, denn „die Menschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Vergewaltigung und ohne Unterordnung innezuhalten“ [68]). Die Voraussetzungen hierzu, die

„wirtschaftlichen Grundlagen für das Absterben des Staates“,

erörtert Lenin im nächsten (5.) Kapitel.

Zunächst widerlegt er die Auffassung, als wäre Marx „staatlicher“ gesinnt als Engels, da er von der „künftigen Staatlichkeit der kommunistischen Gesellschaft“ spreche, damit, daß dieser Ausdruck Marx' sich auf den absterbenden Staat beziehe [68a]).

Dem revolutionären Übergang von kapitalistischer zu kommunistischer Gesellschaft entspricht nach Marx „eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ [69]). Damit gelangt Lenin zur Besprechung des zweiten Hauptproblems seines Buches, des Verhältnisses von Diktatur und Demokratie.

In der kapitalistischen Gesellschaft bleibe, auch im günstigsten Falle, dem der demokratischen Republik, die Demokratie „eine Demokratie der Minderheit, eine Demokratie der besitzenden Klassen, der Reichen“ [70]), ihre Freiheit „eine Freiheit für die Sklavenbesitzer“ [70]). „Von dieser kapitalistischen Demokratie — die unvermeidlich beschränkt sein muß, die Armen beiseiteschiebt und daher durch und durch erheuchelt und erlogen sein muß — führt die Entwicklung aber nicht einfach gerade und glatt zu einer immer weiteren Demokratisierung“ [71]), sondern könne nur über die Diktatur des Proletariats gehen, „denn niemand außer dem Proletariat ist imstande, den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen“ [72]). Diese bedeute eine Demokratie für die Armen, „eine Demokratie für die überwältigende Mehrheit des Volkes und die Niederhaltung mit Gewalt, d. h. die Ausschließung aus der Demo-

---

68) **Lenin S. 75/76.**
68a) **Ebenda S. 77.**
69) **Worte Marx' aus dem „Gothabrief“, zit. bei Lenin S. 79.**
70) **Ebenda S. 80.**
71) **Ebenda S. 81/82.**
72) **Ebenda S. 82.**

kratie der Ausbeuter, der Bedrücker des Volkes, — dies ist die Wandlung, die die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus durchzumachen hat"[73]). Diese Demokratie der Mehrheit „neben der notwendigen Niederhaltung der Minderheit, der Ausbeuter"[74]), werde erst in der sozialistischen Gesellschaft nach Verschwinden der Klassen und damit des Staates aufhören können, erst in der staatslosen Gesellschaft.

Unter dem Kapitalismus bestehe Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit, beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei die noch notwendige Unterdrückung in eine solche der Minderheit verwandelt (der hierzu erforderliche Zwangsapparat, die Staatsmaschine, werde eine äußerst einfache sein, da hierzu „die einfache Organisierung der bewaffneten Massen"[75]) genüge). Unter dem Kommunismus werde keine Klasse mehr zu unterdrücken sein, es daher auch keines Staates mehr bedürfen.

Wie diese staatslose Gesellchaft gestaltet sein werde, könne man heute nicht voraussagen, indessen sei jetzt schon, wie dies Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms getan habe, die Unterscheidung zweier Phasen in ihr möglich[76]).

In der ersten, wo sie „eben erst aus den Tiefen des Kapitalismus ans Tageslicht"[77]) gekommen, „in jeder Beziehung den Stempel der alten Gesellschaft an sich trage"[78]), seien die Produktionsmittel schon vergesellschaftet, und jedes Mitglied erhalte für seine Leistung an der gesellschaftlichen Arbeit einen dieser Leistung entsprechenden Produktenanteil aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsmittelfonds. Diese „Entlohnung" sei formal gerecht, materiell ungerecht, da die einzelnen Individuen ungleich seien. Das Recht, das „Anwendung eines gleichen Maßstabes bei ungleichen Individuen" bedeute[79]), ist noch ein bürgerliches Recht. Und da gilt „summum ius summa iniuria".

Gebe somit die erste Phase des Kommunismus (sonst Sozialismus genannt) noch nicht Gerechtigkeit und Gleichheit, so sei doch die

73) Lenin S. 82.
74) Ebenda S. 83.
75) Ebenda S. 84.
76) Ebenda S. 85.
77) Ebenda S. 86.
78) Ebenda S. 86.
79) Ebenda S. 86.

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dadurch die Entwicklung zur zweiten, höheren Phase in zwangsläufige Wege geleitet. Ohne Recht kann die erste Phase noch nicht bestehen, „aber andere Normen außer dem bürgerlichen Recht gibt es nicht. Und so weit ist der Staat noch notwendig“ [80]).

Die zweite Phase des Kommunismus, zu der die erwähnte erste die überleitende Vorstufe bildet, beseitigt auch diesen Rest vollkommen, nicht nur die wirtschaftliche Ungleichheit, auch die gesellschaftliche. Deren Hauptursache sei die durch die Arbeitsteilung bedingte Gegensätzlichkeit geistiger und körperlicher Arbeit; für deren Schwinden ist entsprechende „gigantische Entwicklung der Produktivkräfte“ [81]) Voraussetzung, wozu die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Möglichkeit bieten werde.

Bis zum Eintritt dieser „höheren Phase des Kommunismus“, die nur vorausgesehen, deren Zeitpunkt des Eintritts aber nicht angegeben werden könne, und die durchaus keine Utopie sei, „fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle durch die Gesellschaft und durch den Staat über das Maß von Arbeit und Konsumtion. Diese Kontrolle soll jedoch mit der Expropriation der Kapitalisten, mit der Kontrolle der Kapitalisten durch die Arbeiter beginnen und nicht von Staatsbeamten ausgeführt werden, sondern von dem Staat der bewaffneten Arbeiter“ [82]).

Die dringendste Frage der heutigen Politik, „Expropriation der Kapitalisten, Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen Syndikates“ [82]), werde von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen „durch Streit und Gerede über die ferne Zukunft“ [82]), d. h. über die Unmöglichkeit, den Kommunismus in seiner höheren Phase „einzuführen“, verfälscht.

Nach Erörterung des Unterschieds von Sozialismus und Kommunismus kommt Lenin nochmals auf Rolle und Bedeutung der Demokratie im Klassenkampf, in der bürgerlichen und in der kommunistischen Gesellschaft zu sprechen und hebt selbst hervor, daß die wirkliche Beteiligung aller an der Leitung des Staates das Ende des Kapitalismus bedeutet. Die Voraussetzungen für eine solche allgemeine Beteiligung schaffte der Kapitalismus. Lenin zählt dazu: „allgemeine Schulbildung . . ., Unterweisung und Diszipli-

80) **Lenin** S. 88.
81) **Ebenda** S. 89.
82) **Ebenda** S. 91.

nierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten vergesellschaftlichten Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens usw." [83]).

„Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen ist es durchaus möglich, sofort, von heute auf morgen, dazu uberzugehen, nach Beseitigung der Kapitalisten und Beamten, sie auf dem Gebiete der Produktions- und Verteilungskontrolle, der Arbeits- und Produktenregistrierung durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen." [84]) („Man darf die Frage der Kontrolle und Registrierung mit der Frage über das wissenschaftlich vorgebildete Personal . . . nicht verwechseln: diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen." [85]) Diese „Registrierung und Kontrolle sind das wichtigste, was notwendig ist, um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft in Gang zu bringen, das richtige Funktionieren derselben vorzubereiten" [86]), und dadurch trete die Verwandlung der politischen in gewöhnliche, verwaltungstechnische Funktionen ein.

„So wird die ganze Gesellschaft zu einem Büro und einer Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn" [86]). Doch das ist nicht Endziel, nur unvermeidliche Zwischenstufe. Sobald alle Mitglieder der Gesellschaft gelernt haben werden, den Staat zu leiten, wird auch diese letzte Form, der „Staat der bewaffneten Arbeiter", absterben. —

Damit schließt der zweite Hauptteil von Lenins Ausführungen. Was nunmehr folgt, ist der Nachweis der von ihm behaupteten „Verflachung des Marxismus durch die Opportunisten"; wozu nicht nur Bernstein, sondern auch Plechanow und Kautsky gezählt werden. Insbesondere dessen Polemik mit Bernstein wird herangezogen, um den Nachweis zu führen, daß die Auffassung Bernsteins von dem Marxschen Satze, „die Arbeiterklasse kann die Staatsmaschine nicht einfach in Besitz nehmen", von Kautsky nicht widerlegt worden sei, was erst durch ihn, Lenin, geschah, daß Kautsky vielmehr durch Verfälschung der „Frage, ob eine Zertrümmerung dieser Maschine

---

83) Lenin S. 94.
84) Ebenda S. 94.
85) Ebenda S. 94/95.
86) Ebenda S. 95.

notwendig ist, in eine Frage der konkreten Formen dieser Zerstörung" „sich unter die Fittiche der ‚unbestreitbaren' (und nutzlosen) Philisterwahrheit rettet, daß man konkrete Formen nicht im voraus wissen könne"[87])!

Den gleichen Fehler begehe Kautsky in seiner Broschüre „Die soziale Revolution", da er auch hier die Frage vom Staat umgehe, durch die von ihm gewählte Formulierung der „Eroberung der Staatsgewalt", was eine Eroberung der Macht ohne Zerstörung der Staatsmacht als möglich zugebe. Und ebenso handle er in seiner Schrift „Der Weg zur Macht", trotzdem sie der Frage der politischen Revolution gewidmet sei.

Ebensowenig habe Kautsky den „Unterschied zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (nicht für das Volk) mit dem Bürokratismus (gegen das Volk) verbindet, und der proletarischen Demokratie, die sofort Maßnahmen ergreift, um den Bürokratismus an der Wurzel auszurotten"[88]) erfaßt.

Zum Schluß erörtert Lenin noch Kautskys Polemik gegen die Linksradikalen, besonders Pannekoek. Auch hier der gerügte Fehler. Es handle sich Kautsky nach dessen eigenen Worten nicht um eine „Zerstörung der Staatsgewalt, sondern um eine Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt"[89]), und Kautskys Worte: „Das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dasselbe, was es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung" ist „der reinste und banalste Opportunismus, ein Verzicht auf die Revolution in der Tat, bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten"[89 a]).

Ein weiteres Kapitel, „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917", das im Entwurf fertig war, blieb infolge der Oktoberrevolution ungeschrieben. Denn „es ist angenehmer und nützlicher, die ‚Erfahrungen der Revolution' mitzumachen, als über sie zu schreiben"[89 b]).

Obwohl Torso geblieben, erfüllt Lenins Werk doch, was es zu geben versprach: eine Lehre des Marxismus vom Staat und den Auf-

---

87) **Lenin** S. 101.
88) Ebenda S. 104.
89) Ebenda S. 112.
89 a) Ebenda S. 112.
89 b) Ebenda S. 115

gaben des Proletariats in der Revolution. So steht, zu einheitlichem Bau gestaltet, die Leninsche Lehre vor uns, zusammengetragen aus den Bausteinen, die Marx-Engels' Werke lieferten, und die in ihrer Verbindung die Eigenart des Baumeisters wie die des Materials erkennen lassen.

Die gedankenreiche Schrift, die kaum ein überflüssiges Wort zählt, erforderte eine gewisse Ausführlichkeit der Wiedergabe, auch wenn sie sich auf das Notwendigste beschränkte und es in knapper Form darzustellen versuchte. Daran soll sich der Versuch einer Kritik schließen.

2. Kapitel

Der Marxismus und Lenins Schrift

Anders, begreif' ich wohl, als sonst in Menschenköpfen,
Malt sich in diesem Kopf die Welt. Schiller

Lenins Schrift [90]) umfaßt zwei Hauptteile: Die Lehre von der Überwindung des Staates durch die Revolution und den von den Formen dieses Geschehens: die Lehre von der Diktatur des Prole-

90) Es ist bedauerlich, daß das Studium einer so gedankenreichen Arbeit, wie die Lenins, durch die geringe Sorgfalt, die Verlag (und Übersetzer?) auf die Herausgabe aufwandten, sehr gestört wird. Von zahlreichen unbedeutenderen Druckfehlern abgesehen, finden sich erheblichere wie „Freigabe" statt richtig: „Preisgabe" (S. 24), „Wählarbeit" statt richtig: „Wählbarkeit" (S. 39), „Betreibung der Arbeit" statt richtig: „Befreiung der Arbeit" (S. 50). Doch auch das verschwindet im Vergleich dazu, dass (S. 104) der Leser durch Auslassung des Zeitwortes überhaupt im unklaren darüber gelassen wird, was Kautsky zum Vorwurf gemacht wird, was eigentlich „Kautsky nicht . . . hat". Kleinere pietätlose Flüchtigkeiten bei der Wiedergabe von Marx' Zitaten werden durch die sorglose Nachlässigkeit beim Abdruck des Engelsschen (S. 64) noch in Schatten gestellt; denn dieses das richtig lautet: „aber Opportunismus ist und bleibt es und der ‚ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen", wird durch Auslassung der hervorgehobenen Worte einfach unverständlich gemacht.

Dagegen dürfte es wohl nur ein lapsus calami des Verfassers sein, wenn er (S. 59) nach Anführung des Briefes Engels' an Bebel (vom 18. bis 28. März 1875) Marx „in einem erst wenige Wochen vorher geschriebenen Briefe (datiert vom 5. Mai 1875) das Gothaer Programm kritisieren läßt. Die Unterlassung der Angabe der Bandnummer von Bebels Erinnerungen, in denen Engels' Brief abgedruckt ist (Band II), gehört wohl auch zu den nicht unvermeidlichen Übersehungen.

Über die Art der Polemik Lenins gegen seine Gegner, besonders die Opportunisten, weiter unten.

ariats. Dazu tritt eine Reihe von Nebenfragen, wie die nach dem Verhältnis von Diktatur und Demokratie, von Sozialismus zum Anarchismus, der Gestaltung des künftigen Gemeinwesens usw.

Ein Versuch, Lenins Darstellung des Marxismus und die von ihm behauptete „Verfälschung" durch die Opportunisten zu erörtern, muß von der Feststellung klarer Begriffe ausgehen, um so ermitteln zu können, ob Lenins Auslegung der Marxschen Lehre immer mit der Auffassung ihres Schöpfers übereinstimmt, oder nicht etwa schon in den grundlegenden Begriffen von ihr abweicht.

1. Die Lehre vom Staat

Begriff und Wesen des Staates; Engels' Definition

Die bekannteste Definition des Staates nach der materialistischen Geschichtsauffassung findet sich in Engels' Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats". Auch Lenin zitiert sie und von ihr soll als grundlegend hier wie dort ausgegangen werden. Sie lautet: „Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht. Ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee', ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft', wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung' halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat"[91]). Und er faßt das Ergebnis in die nahezu klassisch gewordene Formel zusammen: „Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat, der in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist, und in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt"[92]).

---

91) **Engels**, Ursprung, S. 177/178.

92) Ebenda S. 185.

Diese Definition wendet sich bewußt wie gegen die „juristische", so gegen die „philosophische" Auffassung des Staates. (Auf ihre Mängel, die dem Aufbau auf der „Machttheorie" einerseits, der sehr weit gehenden Gleichsetzung von „Regierung" und „Staat" andererseits, entspringen, ist hier, entsprechend der Absicht, nur Lenins Auffassung vom und Stellung zum Marxismus, nicht diesen selbst einer Kritik zu unterziehen, nicht eingegangen[93].)

Lenin wendet sich nun, wie bei der Darstellung seiner Lehre gezeigt, gegen jene, die den Staat als einen „über den Klassen stehenden anerkennen" und daraus die Möglichkeit friedlicher Unterordnung der Minderheit unter eine ihrer Aufgaben bewußte Mehrheit — oder gar umgekehrt — ableiten, statt Sturz der Herrschaft der ausbeutenden Klassen zu fordern. Diese von Lenin bekämpfte Auffassung liegt gewiß nicht im Geiste des Marxismus, der jeden Staat als Klassenstaat betrachtet[94]), wie dies auch Kautsky 1891 gelegentlich der Besprechung des neuen Programmentwurfs der deutschen Sozialdemokratie formulierte: „Der wissenschaftliche Sozialismus hat erkannt, daß der Staat nichts ist als ein Organ der Klassenherrschaft. . . . Der Ausdruck ‚Klassenstaat' erscheint uns daher unglücklich gewählt. Gibt es denn einen andern Staat? Man weist mich auf den ‚Volksstaat' hin. Darunter versteht man wohl den vom Proletariat eroberten Staat. Aber auch der wird ein ‚Klassenstaat' sein. Das Proletariat wird die anderen Klassen beherrschen. Ein großer Unterschied wird allerdings vorhanden sein: das Klasseninteresse des Proletariats verlangt die Aufhebung aller Klassenunterschiede . . ."[95]) und nochmals: „Aber in Wirklichkeit ist die

93) Die Lehre vom Staat als Staat der besitzenden Klassen ist übrigens nicht durchaus originell; Anklänge finden sich bereits bei Smith, Reichtum, Bd. 5, Kap. 1, Abt. 2, wo er davon spricht, daß die bürgerliche Regierung in der Tat nur zur Verteidigung der Reichen gegen die Armen, der Besitzenden gegen die Besitzlosen, geschaffen ist. Wörtlich heißt es bei ihm weiter: „Die Errichtung mehr und wertvolleren Eigentums macht mithin die Errichtung einer bürgerlichen Regierung notwendig; dagegen ist sie weit eher zu entbehren, wo es keinen Besitz gibt oder wenigstens keinen solchen, der den Wert einer zwei- oder dreitägigen Arbeit übersteigt."

Über den Begriff des Machtstaates, sowie des Staates als Organisation zur Sicherung des Eigentums s Jellinek, Allgemeine Staatslehre, S. 192 ff.

94) So Marx im Gothaer Programmbrief S. 572—574 und im Kommunistischen Manifest: „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern." S. 45.

95) Kautsky, Entwurf, S. 727.

öffentliche Gewalt selbst im absolutistischen Staat nie über den Klassen gestanden; der Umstand, daß ihre Ausübung die Funktion einer besonderen Klasse geworden ist, hat bloß die Zahl der herrschenden Klassen um eine vermehrt."

Entstehung der Auffassung vom Staat als Organ der Klassenversöhnung

Es ist aber notwendig, zu untersuchen, wieso auch „Marxisten" die obige „ketzerische" Auffassung vertreten konnten. Nicht etwa, daß sie mit der Marx-Engelsschen Anschauung vereinbar wäre — das widerlegen obige, beliebig vermehrbare Stellen aus ihren Werken —, aber wieso sie überhaupt von vielen als mit dem marxistischen Geiste verträglich angesehen werden konnte. Der Grund liegt wohl in der auf einer dialektischen Gegenüberstellung beruhenden Entwicklung des Staatsbegriffs, die eine Vereinigung von Thesis (herrschende Klasse) und Antithesis (beherrschte Klasse) in einer Synthesis (Staat) erforderlich zu machen und als dialektisch dem Geist der Marx-Engelsschen Lehre angepaßt zu sein schien. Ob Engels diese Möglichkeit gefühlt, ob sie in ihm gewirkt hat, so sehr, daß sie in der oben wiedergegebenen Definition noch durchschlägt, ist schwer zu sagen. Immerhin sei auf seine Worte: „. . . ist eine s c h e i n b a r über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden . . . und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende . . . Macht ist der Staat"[96]) hingewiesen. Hierin könnte ein Widerspruch erblickt werden, an dem wieder die erwähnte Auffassung eine Stütze finden könnte. Denn, könnte man sagen: entweder „steht der Staat s c h e i n b a r über der Gesellschaft" — oder „er s t e l l t s i c h ü b e r sie" (dann stünde er w i r k l i c h über ihr). In letzterem Falle liegt dann aber die Frage nahe und die „Opportunisten" stellen und beantworten sie nach ihrem Sinne: Wenn der Staat über der Gesellschaft steht, die sich aus Klassen zusammensetzt, so steht er auch über den Klassen, die sie bilden, und es wäre dann schlechthin nicht einzusehen, wieso er der einen als Unterdrückungsorgan gegen die andere dienen könnte, was seine Unterordnung unter die erste bedeute, und was oft genug von Marx-Engels betont wird.

Eine Lösung dieser Zwiespältigkeit bedeutet es nicht, wenn man

---

96) **Engels**, Ursprung, S. 178

etwa behauptet, die eine (unterdrückte) Klasse stehe überhaupt außerhalb des Staates, wodurch dieser dann freilich „Staat nur einer Klasse" ist. Denn vor allem weiß und empfindet jedermann, daß er auch die unterdrückte Klasse umfaßt; es sprechen aber auch Engels' eigene Worte von den Klassengegensätzen innerhalb des Staates, sowie die: „an ihre Stelle tritt eine neue Gesellschaft, zusammengefaßt im Staat" dagegen[97]). Diese Auffassung wird durch die Stelle im Anti-Dühring: „Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft; aber er war dies nur insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat"[98]), nicht nur nicht abgeschwächt; vielmehr bietet sie die Lösung, die durch einen naheliegenden Vergleich zu verdeutlichen gestattet sei, mag er auch hinken, wie alle Vergleiche:

Der von der Mehrheit der in der Generalversammlung vertretenen Aktionäre einer Aktiengesellschaft gewählte Vorstand, vertritt die ganze Gesellschaft nach außen hin; er ist das Organ der einen „Klasse" (der Majoritätsgruppe „A") gegen die andere (die Minoritätsgruppe „B"), wenn ihre „Klassen"interessen auseinandergehen; und erstere beherrscht durch ihn die ganze Gesellschaft; er steht aber auch scheinbar über ihr und den Gruppen, aus denen sie sich zusammensetzt. (Und so wenig der Vorstand einer Aktiengesellschaft mit der Gesellschaft selbst identisch ist, so wenig ist der „Staat" die ganze „Gesellschaft"; und „Staat" als „Regierung" und „Staat" als „Zusammenfassung der Gesellschaft" dürfen nicht einfach völlig gleichgesetzt werden, was obige Definitionen, wie angedeutet, nicht ganz vermeiden, und was das Mißverstehen erleichtert.)

Die Marx-Engelssche Staatsauffassung und die Anarchisten

Immerhin ist diese Auffassung der Worte vom „über der Gesellschaft" — und daher über ihren Klassen — stehenden Staat nicht nur in „auch-marxistischen" Kreisen stark genug gewesen, sondern sie konnten auch den anarchistischen Gegnern des Marxismus Stütze für ihre Anschauung sein, Marx habe den Staat über die Gesell-

97) **Engels**, Vorrede zum „Ursprung", S. VIII.

98) **Engels**, Anti-Dühring, S. 302 und Entwicklung des Sozialismus, S. 48 49.

schaft gesetzt, sei ein „Staatssozialist" gewesen und die deutsche Sozialdemokratie eine staatssozialistische Schule. In diesem Punkte begegnen sie sich übrigens mit Philippovich, der ihr denselben Charakter zuschreibt[99]).

Und diese Auffassung fing früh genug an. Bakunin erblickte in Marx „den glühendsten Anhänger des Staatskommunismus" [100]) und ein moderner Autor, Nieuwenhuis, schreibt: „. . . Wir müssen uns an die geistreiche Bemerkung des Amerikaners B. Tucker . . . erinnern, der sagt, gewiß habe Marx Staat und Gesellschaft gleichgesetzt, aber doch nur in dem Sinne, in dem man etwa das Schaf und den Löwen gleichsetzen könne, nachdem der Löwe das Schaf aufgefressen hätte. — Marxens Einheit von Staat und Gesellschaft gleicht der Einheit von Mann und Weib vor dem Gesetz. Mann und Weib sind eins, und diese Eins ist der Mann. So sind nach Marx auch Staat und Gesellschaft eins, aber diese Eins ist der Staat" [101]). Wenn Niewenhuis dann fortfährt: „Hätte Marx umgekehrt in seiner Gleichsetzung den Staat in der Gesellschaft aufgehen lassen, so wäre er Anarchist gewesen," so sehen andere, wie Fabbri, gerade d i e s e Seite, ein Betonen des Aufgehens des Staats in der Gesellschaft, als für die Marxsche Lehre bezeichnend an[102]).

Demgegenüber darf es als zweifelloses Verdienst Lenins angesehen werden, das Verhältnis des Marxismus zum Staate und zum Anarchismus klargelegt zu haben, wie dies im vorigen Kapitel nach seinen Worten formuliert wurde.

Daß aber Engels dem Staate auch andere Funktionen zuschrieb als nur die mit einem bloßen Unterdrückungsmechanismus vereinbarlichen, erhellt, wie aus den oben erwähnten Worten „w e s e n t l i c h" (also durchaus nicht: n u r) „Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse", deutlich aus den nachstehenden: „Der Staat hat zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihm innewohnenden, d. h. ihm allein übertragenen und allmählich weiter entwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion" [103]).

99) Grundriß, Bd. 1, S. 478.

100) Brief Bakunins an Herzen vom 28. Okt. 1869. Zit. bei Mehring, Marx, S. 430.

101) Staatsrechtlicher Charakter. Archiv, Bd. 28, S. 122.

102) F a b b r i, Zusammenhänge. Archiv, Bd. 26, S. 559 ff.

103) Aus einem Briefe, abgedruckt im „Sozialdemokrat", Berlin, 1895, Nr. 44. Zit. bei Philippovich, Bd. 1, S. 124.

Die Auffassung Lenins

Lenin selbst sieht aber im Staate — trotzdem er die andern Staatselemente bei Marx und Engels angeführt hat — bei seinen weiteren Ausführungen nur die „besondere Repressionsgewalt", „die organisierte Vergewaltigung einer Klasse durch eine andere"[104]). (Wie weit diese Auffassung, in neue Form gekleidet, die typisch russische, durch die Jahrhunderte alte, despotische Staatsgewalt erzeugte Auffassung, „Staat ist Despotismus", wiedergibt und durch sie beeinflußt ist, kann natürlich nicht festgestellt werden, der Gedanke an eine Einwirkung dieser Vorstellung drängt sich aber unvermeidlich auf.) Lenin erblickt so im Staat nur den Unterdrückungsmechanismus und Unterdrückungsapparat, vernachlässigt also die anderen Elemente des Marx-Engelsschen Staatsbegriffs, ja setzt geradezu den „Staatsapparat" der „Staatsgewalt" und diese selbst wieder dem „Staate" gleich. So: „Der Staat ist eine besonders organisierte Gewalt, die Organisation einer Macht zur Vergewaltigung irgend einer Klasse"[105]) und „Wie ist der bürgerliche Staat, die für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendige Staatsmaschinerie historisch entstanden?"[106]). Und während Engels die „Staats m a c h t" aus persönlichen und sachlichen Erfordernissen bestehen läßt, die eben die „Maschinerie" bilden, deren sich der Staat bedient, sieht Lenin in diesen „besonderen Abteilungen bewaffneter Menschen" den Staat selbst, vielleicht verleitet durch die Marx-Engelssche Ausdrucksweise, die das auch nicht immer scharf scheidet, aber dort, wo es sich um Begriffsbestimmungen handelt, diese drei genügend scharf trennt. So Engels, wenn er schreibt: „. . . Unser heutiges Europa, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht"[107]). Und besonders deutlich Marx, der sich darüber in den höhnenden Worten des Programmbriefs so ausgesprochen hat: „Daß man in der Tat unter Staat die Regierungsmaschine versteht, oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten eigenen Orga-

---

104) L e n i n, Staat und Revolution, S. 56.
105) Ebenda, S. 23.
106) Ebenda, S. 27/28.
107) E n g e l s, Ursprung, S. 179.

nismus bildet . . .“[108]). Auf dieser einseitigen Auffassung bauen sich aber manche der für Lehre und Praxis so bedeutungsvoll gewordenen Folgerungen Lenins auf und ein Hervorheben der Unterschiede des Marxschen und Leninschen Staatsbegriffs dürfte daher mehr sein, als ein bloßer Streit um Worte, denen Begriffe fehlen.

Das „Austerben“ und das „Sichaufheben“ des Staates

Dieser Staat ist nun „nicht von Ewigkeit her“[109]), wird auch nicht ewig bestehen, wird fallen, „unvermeidlich“, wie die Klassen, auf denen er beruht, und die „Staatsmaschine“ wandert dann „ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt“[110]).

Der Staat wird also verschwinden. Aber wie? Er „wird absterben“, wird „sich selbst aufheben“. Lenins Interpretation dieser Worte Engels' erscheint aber kaum als zutreffend. Erinnern wir uns daran, daß sie auf den Versuch hinausliefen, den Nachweis zu erbringen, daß Engels Worte vom „Aufheben des Staates als Staat“ sich auf den bürgerlichen Staat, die vom „Absterben des Staats“, dagegen auf den proletarischen, uneigentlichen oder „Halbstaat“ bezögen[111]), es sich also um zwei materiell und zeitlich auseinanderfallende Prozesse handle.

Demgegenüber wird, trotz dieser gewiß geistreichen Auslegung, einzuwenden sein: Wenn wir uns bemühen, den Sinn der Worte richtig zu erfassen, dann können die „das Proletariat hebe den ‚Staat als Staat‘ auf“, nur den haben, daß sie sich unmöglich nur auf eine spezifische Staatsform (den bürgerlichen Staat) beziehen. Denn „den Staat als Staat aufheben“ heißt und kann nur heißen, den Staat als solchen, den Staat überhaupt, die Institution „Staat“, aufheben. Und daß Engels nur dies gemeint haben kann, folgt überaus deutlich aus dem Wortlaut der ganzen Stelle, wo es ausdrücklich heißt: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassen-

108) **Marx**, Programmbrief, S. 573.
109) **Engels**, Ursprung, S. 182.
110) Ebenda.
111) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 17.

unterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat"[112]). Also: Durch die Verwandlung der Produktionsmittel in Staatseigentum werden die Klassengegensätze aufgehoben und mit ihnen der Staat, der ja auf ihnen beruht, ihr Produkt ist, und mit ihrem Fall und nur durch ihn „aufgehoben" werden kann. Der erste Schritt und das Mittel zur Herbeiführung dieser Beseitigung des Staates ist das Ergreifen der Staatsgewalt durch das Proletariat und dieses Ergreifen bedeutet die Umwandlung des „bürgerlichen" Staates in einen „proletarischen", aber noch nicht die Aufhebung der Institution Staat, des „Staates als Staat". Das sagt auch mit aller Deutlichkeit das Kommunistische Manifest: „Wenn das Proletariat . . . als herrschende Klasse . . . die alten Produktionsverhältnisse . . ., die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt aufhebt"[113]), so auch damit „seine eigene Herrschaft als Klasse"[113]) und jetzt „verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter"[113]), d. h. der Staat als Staat verschwindet.

Diese Umgestaltung des bürgerlichen in den proletarischen Staat kann sich freilich, wie Lenin mit Recht sagt, nicht im Wege des Absterbens vollziehen; auch ist es richtig, wenn er weiter sagt, das, was absterbe, sei der proletarische Staat; denn dieser und nur dieser wird „aufgehoben" durch die auf der Verwandlung der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum beruhende Beseitigung der Klassengegensätze. Andernfalls müßte man, wenn das „Absterben des Staates" nicht dem „Aufheben", also restlosem Verschwinden gleichgehend wäre, folgern, daß der proletarische Staat, der ja auf den bürgerlichen folgen soll, überhaupt kein Staat (im weitesten Sinne des Wortes) mehr wäre.

Das schlüge aber nicht nur Engels' Worten, daß der Staat die Besitzergreifung der Produktionsmittel vornehme, ins Gesicht, sondern auch denen Marx', wonach dies durch einen Staat, und zwar den des „als herrschende Klasse organisierten Proletariats"[114]) erfolgen solle. Ja mehr noch, es stünde im Widerspruch zur tatsächlichen Möglichkeit. Lenin kann dieser Konsequenz in der Tat nur dadurch begegnen, daß er den proletarischen Staat, dessen

112) **Engels, Anti-Dühring, S. 302.**
113) **Kommunistisches Manifest, S. 45.**
114) **Ebenda, S. 44.**

Charakter als Staat er andernorts auf das schärfste betont, einen „Halbstaat“ nennt. Damit knüpft er zwar an Engels' Worte — die aber von ganz anderem Gesichtspunkt ausgehen —, daß die Kommune „kein Staat im eigentlichen Sinne“ [115]) gewesen sei, an, widerspricht aber eben dieser seiner eigenen, oft wiederholten Auffassung, daß das als herrschende Klasse organisierte Proletariat ein Staat sein werde [116]), der proletarische Staat die Diktatur des Proletariats darstelle — und umgekehrt —. Begreiflich genug, gerade für den, der im Staat nur das Unterdrückende sieht, muß eine aus einer solchen Revolution, die zweifellos einen „Fortschritt des Klassenkampfes“ bezeichnet, hervorgegangene Macht nicht nur „ihren unterdrückenden Charakter“, sondern auch den als Staatsmacht „immer offener und offener hervortreten“ lassen, wie Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ hervorhob [116a]).

Eher wird man den erwähnten Engelsschen Ausdruck, daß das Vorbild des proletarischen Staats, die Kommune, und er daher wie diese selbst „kein Staat im eigentlichen Sinne“ sei [117]), gelten lassen können. Denn: ein Staat, der bewußt auf seinen eigenen Untergang hinarbeitet — und das tut der proletarische durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der auf ihn beruhenden Klassen, die wiederum die Basis seiner Existenz abgegeben —, weist jedem anderen gegenüber einen wesentlichen Unterschied auf: Selbstverneinung statt Selbstbejahung. Er zeigt aber auch noch einen weiteren. Darin, daß er zwar wie jeder andere „Staat der mächtigsten“, aber nicht der „ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird“ [118]), ist. Vielmehr zielt er darauf ab, die ökonomische Herrschaft der andern Klasse zu beseitigen. Das ist also der wesentliche Unterschied des proletarischen gegenüber dem bürgerlichen Staat; deshalb ist er als „Staat nicht mehr im eigentlichen Sinne“ anzusprechen, nicht aber, wie Lenin meint, weil in ihm die Majorität die Minorität unterdrücke [119]). Das ist doch nur eine Ände-

---

115) **Engels** bei Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 2, S. 322.
116) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 23.
116a) S. 47.
117) **Engels** bei Bebel, a. a. O.,
118) **Engels**, Ursprung, S. 180.
119) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 60.

rung des quantum, aber nicht des quale: ändert also das Wesen nicht[120])!

So wird wohl festzuhalten sein, erstens, daß nach Marx-Engels auf den bürgerlichen Staat der proletarische S t a a t folge, was ausgeschlossen wäre, wenn die Beseitigung des ersteren den „Staat als Staat" aufhöbe, was das Ende jeder Staatlichkeit bedeutete — welcher Folgerung Lenin nur durch Bildung des verschwommenen und mit seiner sonstigen Auffassung des Staates unvereinbaren Begriffs Halbstaat zu entgehen vermag —, und daß zweitens sich dieses Absterben unter dem proletarischen Staat vollzieht, es also zwei miteinander gleichgehende, ja untrennbare Prozesse sind.

Somit wird aber auch die Behauptung gerechtfertigt sein, daß Lenins, wenn überhaupt, so nur mit diesem Begriffe eines „uneigentlichen Staates" vereinbarliche Bemerkung: „Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem das Absterben einsetzen wird, keine Rede sein kann, um so mehr, als es sich selbstverständlich um einen Dauerprozeß handelt[121]), durchaus nicht „klar" ist. Ganz im Gegenteil: Klar ist, daß nach Marx dieser Zeitpunkt sehr genau bestimmt werden kann — woran auch nichts ändert, daß es sich um einen „Dauerprozeß" handelt; denn auch der muß und wird ja einen zeitlich bestimmbaren Anfangspunkt haben —: der erste Akt der Verstaatlichung, der die Beseitigung des Privateigentums einleitet, bahnt die Aufhebung des auf ihm und seinen Folgen beruhenden Staates an. Wäre dem anders, Lenins praktisches Handeln hätte keinen Sinn.

Fassen wir das Gesagte zusammen. Das „Aufheben des Staates als Staat" geschieht durch das „Absterben" des proletarischen Staats, der nach Marx-Engels auf den bürgerlichen folgen wird, und so erst die letzte Form des Staates überhaupt darstellt; natürlich wird durch Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen zwar ersterer „aufgehoben", nicht aber der „Staat als Staat".

Wie dieses Aufheben geschieht, ob durch ein „Hineinwachsen" oder durch eine mehr oder weniger gewaltsame „Revolution", darüber ist in den bisherigen Erörterungen der Anschauungen von Marx-Engels vom Wesen des Staates und seinem Absterben noch

120) Diese Unklarheit hängt mit der Unklarheit des Staatsbegriffes bei Lenin zusammen, der im Staat grundsätzlich stets nur den Unterdrückungsmechanismus sieht, schließlich aber nicht umhin kann, ihm auch andere Funktionen zuzugestehen.

121) Lenin, Staat und Revolution, S. 77.

nichts ausgesagt; und nur die Behauptung Lenins, daß die Umwandlung des bürgerlichen in den proletarischen Staat ohne gewaltsame Revolution nicht möglich sei und, damit zusammenhängend, seine Ausführungen über die Bewertung der Gewalt bei Marx-Engels gibt Veranlassung, zu versuchen, hierüber schon an dieser Stelle Klarheit zu gewinnen.

2. Die Rolle der Gewalt und der gewaltsamen Revolution

Die Gewalt ist ein reaktionärer Faktor.
W. Liebknecht

A. Die Gewalt

Nach Lenin stellen Engels' Äußerungen im „Anti-Dühring" eine „wahre Lobpreisung der Gewalt" dar[122]); und sicher, wer nur die von ihm gebrachte oder die angeführten Stellen des Elends der Philosophie und des Kommunistischen Manifestes liest, wird sich diesem Eindruck kaum entziehen können[123]). Aber — Lenin ist nicht vollständig. Durchdrungen von der Einseitigkeit, die nur das finden läßt, was sie suchen und finden will, hebt er nur jene Äußerungen von Marx-Engels hervor, die zu seiner Anschauung passen; er läßt aber jene unerwähnt und unberücksichtigt, die ihr widersprechen.

Die Auffassung von Marx-Engels ist aber, wie eine Reihe anderer Äußerungen in zweifelsfreier Weise zutage treten läßt, eine andere. Eine dieser Äußerungen steht am Ende des politischen Wirkens Engels', wenn sie nicht überhaupt die letzte darstellt. Es ist dies seine Vorrede vom 6. März 1895 zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich", die man in ihrem ganzen Umfange bei einigem „guten Willen" ebenso als Hymnus auf die „Gesetzlichkeit und Friedfertig-

---

122) Ebenda, S. 19.

123) Ja, Lenin hätte sogar Worte Marx' anführen können, wo er sich im Gefühlsüberschwang der Jugendjahre selbst für den revolutionären Terror ausspricht. Wir meinen seine Worte in der „Neuen Rhein. Ztg." vom 7. Nov. 1848: „Es gibt nur ein Mittel, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel: den revolutionären Terrorismus."

Dagegen allerdings Engels' Worte aus einer späteren Zeit (Brief vom 4. Sept. 1870) an Marx: „Wir verstehen unter Schreckensherrschaft die Herrschaft von Leuten, die Schrecken einflößen; umgekehrt, es ist die Herrschaft von Leuten, die selbst erschrocken sind. La terreur, das sind großenteils nutzlose Grausamkeiten, begangen von Leuten, die selbst Angst haben, zu ihrer Selbstberuhigung." Briefwechsel, Bd. IV, S. 329.

keit" auslegen könnte, wie die von Lenin angeführten Stellen als Lobgesang auf die Gewaltsamkeit. In dieser Vorrede heißt es u. a.: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre', die ‚Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon Barrot: la légalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen [124])."

Kein Zweifel, gegen eine derartige Auffassung, die ihn „zum friedfertigen Anbeter der Gesetzlichkeit quand-meme [125]) stempelt, hätte und hat sich Engels auf das heftigste gewehrt, und Kautsky weist nach [126]), daß die Anschauung, der zufolge Engels „wohl ehedem .... sehr revolutionär empfand, aber kurz vor seinem Tode vernünftig wurde, die Unhaltbarkeit seines revolutionären Standpunkts erkannte und auch anerkannte", nicht zutreffe, denn Engels habe diese Äußerungen nur im Hinblick auf die damalige Situation gemacht.

Ganz abgesehen davon, daß die Zeilen Engels' ihn zumindest nicht als einen „Anbeter der Gewalt quand-même", zu dem ihn Lenin machen will, erscheinen lassen, verraten sie auch deutlich Engels' Auffassung, daß die Anwendung der gewaltsamen oder der friedlichen Methode von den Umständen abhänge, und zeigen so, daß Engels bis in seine letzten Tage den Grundsätzen seiner Jugend treu geblieben ist. Denn schon damals hat Engels grundsätzlich die friedlichen vor den gewaltsamen Mitteln bevorzugt. Die Richtigkeit dieser Behauptung mag durch nachstehendes erwiesen werden:

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Kommunistischen Manifestes hatten Marx und Engels bekanntlich je einen Entwurf

---

124) Engels' Vorrede zu Marx, Klassenkämpfe, S. 21.
125) Neue Zeit, Jahrg. 27, Bd. 1, S. 7 ff.
126) Weg zur Macht, S. 49, und Neue Zeit, Jahrg. 27, Bd. 1, S. 7 ff.

selbständig verfaßt. Der von Engels [127]) zeigt die Marx-Engelsschen Anschauungen, die im Kommunistischen Manifest in den gewaltigen Worten dichterischen Schwunges der Mit- und Nachwelt verkündet werden, in nüchterner, „gemeinverständlicher" Alltagssprache, wie sie einem Katechismus angemessen ist. Denn in Katechismusform ist der Entwurf gehalten, und schlicht und einprägsam sind seine Sätze. Fehlt ihnen so zwar das hinreißende Pathos des Kommunistischen Manifestes, dann aber auch „seine freilich manchmal ins Agitatorische, Schlagworthafte gearbeiteten Formulierungen" [128]); so bringen sie das Sachliche nur um so deutlicher.

Und da ist eben das Thema der Gewaltsamkeit aufgeworfen und wird bei Beantwortung der 16. Frage: „W i r d d i e A u f h e b u n g d e s P r i v a t e i g e n t u m s a u f f r i e d l i c h e m W e g e m ö g l i c h s e i n ?" so entschieden: „Es wäre zu wünschen, daß dies geschehen könnte, und die Kommunisten wären gewiß die letzten, die sich dagegen auflehnen würden. Die Kommunisten wissen zu gut, daß alle Verschwörungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. Sie wissen zu gut, daß Revolutionen nicht absichtlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind. Sie sehen aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt und daß hierdurch von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingearbeitet wird. Wird hierdurch das unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt, so werden die Kommunisten ebensogut mit der Tat, wie jetzt mit dem Wort die Sache der Proletarier verteidigen [129])." Es sind dies durchaus dieselben Gedanken, wie die von 1895, und die Formulierung ist 1847 stellenweise eine fast gleiche.

So kann, wenn Lenin sich darauf beruft, daß „Engels den deutschen Sozialdemokraten von 1878 bis 1894 diesen Lobgesang auf die gewaltsame Revolution hartnäckig vorgetragen habe" [130]), dem gegenüber wohl mit Recht behauptet werden, daß des

---

127) Aus dem Nachlaß unter dem Titel „Grundsätze des Kommunismus", von Eduard Bernstein 1914 herausgegeben.

128) Karl Liebknecht, Neue Methode, S. 716.

129) Engels, Grundsätze, S. 23.

130) Lenin, Staat und Revolution, S. 20.

75jährigen wie des 27jährigen Engels wahre Ansicht dahin ging, daß ihm der Weg der nicht gewaltsamen Revolution lieber war, als der der Gewalt, und daß er diesen nur beschritten wissen wollte, wenn anders die Befreiung des Proletariats nicht zu erreichen wäre; dann, aber nur dann, schätzt er die Gewalt hoch und fordert ihre Anwendung.

B. Revolution und soziale Revolution

Auf Marx-Engels darf sich also nicht berufen, wer nur in der Gewaltsamkeit das Erlösungsmittel sieht, sie um jeden Preis predigt. Das tut aber Lenin, wie in der Theorie, so in der Praxis. Für ihn ist nur die Revolution wirklich Revolution, wo die „Gewalt als Geburtshelferin der neuen Gesellschaft" auftritt. Dabei fallen aber die Begriffe „gewaltsam" und „ungesetzlich", „friedlich" und „gesetzlich" durchaus nicht zusammen, so wenig Gewaltsamkeit das Charakteristische jeder Revolution ist [131]). Denn nicht nur ist, wie Kautsky betont, jede „gesetzliche" Maßnahme insofern eine „gewaltsame", als hinter ihr der Zwang durch die Machtmittel des Staates steht [132]); es können auch „friedliche" Maßregeln höchst „ungesetzliche" sein, wie etwa die Konstituierung des dritten Standes zur Nationalversammlung am 17. Juni 1789. Das „war eine eminent revolutionäre Tat ohne jede äußerliche Gewaltsamkeit" [132]), während etwa die Hinrichtung Ludwigs XVI. eine durchaus „gesetzliche" Tat war [133])!

Indessen ist ja klar, was Lenin unter „gewaltsamer Revolution" versteht: jene, die sich jederzeit rücksichtslos mit den Mitteln physischer Gewalt durchsetzt, die, wie Radek sagt, „mit ihren Feinden nicht diskutiert, sondern sie zerschmettert" [134]). Daß Gewalt „sans phrase" nicht eine Forderung von Marx-Engels ist, dürfte nachgewiesen sein; notwendig ist aber noch, sich mit dem Begriff der Revolution bei Marx-Engels selbst auseinanderzusetzen, zu prüfen, ob er vielleicht die Rechtfertigung der Leninschen Auffassung schon in sich trägt.

---

131) Selbst Gewalt ist nicht identisch mit Gewaltsamkeit, wie dies auch von einem deutschen Kommunisten (Borchardt, Diktatur, S. 5) betont und zugegeben wird.

132) Kautsky, Soziale Revolution, S. 8.

133) Kautsky, Programmentwurf, S. 757.

134) Radek, Diktatur, S. 25; vergl. hierzu auch die späteren Darlegungen unter „Klassenkampf und Bürgerkrieg".

Was ist also nach Marx und Engels „Revolution", und besonders, was ist „soziale Revolution"? Lenin selbst beantwortet die Frage nicht, setzt die Begriffe vielmehr als gegeben voraus.

Was fehlt, gibt Marx im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie"[135]), wo er als „soziale Revolution" die „durch Veränderung der ökonomischen Grundlagen bewirkte, langsamere oder raschere Umwälzung des ganzen ungeheuren juristischen und politischen Überbaues der Gesellschaft" erklärt, oder, wie Kautsky zusammenfaßt: „Eine tiefgehende Umwandlung des gesellschaftlichen Gebäudes, herbeigeführt durch die Begründung einer neuen Produktionsweise[136])."

Kautsky ergänzt diese Definition in seinem Buche „Die soziale Revolution" dahin, daß er für diese Umwälzung zwei Formen als mögliche Wege hinstellt: den der sozialen Reform und den der sozialen Revolution im eigentlichen Sinne (als Methode). Nur mit letzterer hat es der Marxismus, hat es aber auch Lenin zu tun. Den Unterschied findet Kautsky darin, daß „Maßregeln, die dahin streben, den juristischen und politischen Überbau der Gesellschaft den veränderten ökonomischen Bedingungen anzupassen, Reformen sind, wenn sie von Klassen durchgeführt werden, die die Gesellschaft bisher politisch und ökonomisch beherrschten"[137]), dagegen „Ausflüsse einer Revolution" sind, „wenn sie von einer Klasse ausgehen, die bisher ökonomisch und politisch unterdrückt gewesen und die nun die politische Macht erobert hat, welche sie in ihrem eigenen Interesse notwendigerweise dazu benutzen muß, den ganzen politischen und juristischen Überbau langsamer oder schneller umzuwälzen und neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens zu schaffen"[138])

Und die politische Revolution stellt sich daher dar als die Eroberung der Staatsgewalt durch eine neue Klasse, die aber, damit die politische Revolution zur sozialen wird, eine „bisher gesellschaftlich unterdrückte"[138]) sein muß.

Das Verhältnis beider zueinander bestimmt er dann nochmals dahin, daß „die soziale Revolution in der Regel durch eine politische eingeleitet werde"[139]) und definiert diese wieder als eine „plötzliche

135) S. LV.

136) **Kautsky**, Demokratie, S. 36/37.

137) **Kautsky**, Soziale Revolution, S. 8.

138) Ebenda S. 9.

139) **Kautsky**, Demokratie, S. 37.

Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen im Staat, wodurch eine bisher von der politischen Macht ausgeschlossene Klasse sich des Regierungsapparates bemächtige“ [139a]).

Abgesehen von dem Moment der Dauer, die bei der politischen Revolution in der Regel eine kurze ist, bei der sozialen naturgemäß eine längere oder lange sein muß, bestimmt sich nach Marx das Verhältnis der „sozialen“ zur „politischen“ Revolution dahin, daß wohl jede soziale Revolution eine politische sein muß („. . . Umwälzung des ganzen juristischen und politischen Überbaues“), nicht aber jede politische auch eine soziale. — Aber auch Kautskys Definition erscheint noch nicht genügend. Denn, bei dem innigen Verwachsensein ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Macht könnte nahezu jede politische Revolution, da sie in der Regel von einer bisher auch gesellschaftlich unterdrückten Klasse ausgeht, als soziale erscheinen; und, um an dem von Kautsky gebrauchten Beispiel der großen französischen Revolution zu exemplifizieren, wäre auch diese oder die englische Revolution als „soziale“ Revolution anzusprechen, denn sie haben eine bis dahin nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich unterdrückte „Klasse“ (die Bourgeoisie) zur Herrschaft im vordem absolutistischen Staat gebracht. (Allerdings fallen hier und speziell in Frankreich die Begriffe „Klasse“ und „Stand“ ungefähr zusammen.) Und zweifellos waren sie auch für ihre Zeit „soziale“ Revolutionen.

Aber die soziale Revolution im Marxschen Sinne waren sie nicht, denn es tritt in ihnen ein — zwar vorhandenes — Element nicht genügend zutage, das wohl Marx' Definition enthält, aber Kautskys Ergänzung an dieser Stelle nicht genügend zu betonen scheint [140]): „die Umwälzung des ganzen . . . juristischen und politischen Überbaues.“

Da aber für den juristischen Überbau die juristische Kategorie „Eigentum“ den auf die kürzeste Formel gebrachten Ausdruck abgibt, und hierunter wieder das bürgerliche Privateigentum als der

139a) **Kautsky**, Demokratie, S. 37.

140) An anderer Stelle seines Buches wird dies deutlicher erwähnt: „Aber auch als Klassengegensätze und eine Staatsgewalt sich gebildet hatten, finden wir noch lange nicht, was unserem Begriff der sozialen Revolution vollkommen entspricht . . . Wohl finden wir erbitterte Klassenkämpfe . . . aber . . . nicht, daß irgendeine dieser Katastrophen eine dauernde und durchgreifende Neuerung in den Eigentumsverhältnissen und damit eine neue Gesellschaftsform begründet.“ **Kautsky**, Soziale Revolution, S. 16.

„letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte“ [141]) anzusprechen ist, muß sich die vollkommene soziale Revolution als eine durchgreifende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse — unter unsern Verhältnissen der Übergang vom Privat- zum Kollektiveigentum, wenigstens an den Produktionsmitteln — darstellen. Das, oder eine für die damalige Zeit gleichbedeutende Umwälzung brachte die französische Revolution nicht, da sie das Prinzip des Privateigentums unangetastet ließ, wenngleich auch sie, innerhalb desselben „das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen abschaffte“, wie das Kommunistische Manifest hervorhebt [141]); immerhin kann die französische Revolution hieraus ihren Anspruch, eine „soziale Revolution“ genannt zu werden, ableiten. Doch liegt erst in der Vollständigkeit dieser Umwälzung ihres Wesens Kern, und das empfindet der französische Arbeiter, wenn er den Ruf „Vive la République“ seit 70 Jahren mit dem „Vive la Sociale“ zurückgibt, und der deutsche, wenn er fordert, daß seine Republik nicht nur eine demokratische, sondern eine „soziale“, auch wohl eine „sozialistische“ sein solle. Und besonders deutlich haben dies Marx-Engels noch im Kommunistischen Manifest herausgestellt und auf das Wesen der sozialen Revolution zugespitzt, wenn sie als Kennzeichen der kommunistischen Revolution aussprechen: „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen“ [142]). Das ist sie wohl auch für Lenin, aber er setzt „radikal“ gleich „gewalttätig“ und unterscheidet sich von Marx sehr wesentlich in der Meinung über den Weg, der zu diesem Ziele führen soll.

Als Ergebnis der so gearteten Umwälzungen stehen, wenn sie durch das Proletariat durchgeführt werden — und nur dieser Fall wird als in den modernen Industriestaaten möglich von Marx erörtert —, da: die demokratische Republik als das der politischen Revolution; die soziale oder, wenn man will, die sozialistische Republik als das der sozialen Revolution. Der Zusammenhang der sozialen Revolution mit der politischen — denn jene führt nach Marx über diese — zeigt aber schon, daß auch der Weg zur sozialen Republik für ihn nur über die demokratische führen kann. Dabei soll im ersten Fall das Wort „Republik“ zunächst nicht als be-

141) Komm. Manifest, S. 38.

142) Komm. Manifest, S. 44.

stimmte Staatsform, sondern im wörtlichen und ältesten Sinn gebraucht werden: als res publica, als „das gemeine Wesen", ganz unterschiedslos also, ob es einen „Staat" oder eine andere Form des gesellschaftlichen Zusammenschlusses bedeutet; daß es im zweiten nur als besondere Staatsform gebraucht werden darf, haben die Darlegungen über den Charakter der auf die bürgerliche folgenden proletarischen S t a a t s form zu erweisen versucht, die sogleich ihre Ergänzung finden werden.

Doch dieser Versuch, auf rein deduktivem Wege aus dem Geist einer Marxschen Definition zu einem ihm wahrhaft gemäßen Ergebnis und Weg für die Praxis zu gelangen, kann nicht genügen, das erhaltene Resultat nicht befriedigen, wenn es nicht gelingt, aus anderen Äußerungen Marx' nachzuweisen, daß tatsächlich Marx' Gedanke der war: über die demokratische Republik zur sozialistischen zu gelangen.

C. Der Weg zum sozialistischen Gemeinwesen

Den Weg zum Ziele, zum sozialistischen Gemeinwesen, bildet die Revolution (i. w. S.); davon wurde ausgegangen. Ebenso davon, daß Marx den der Revolution im engeren Sinne, um uns der Terminologie Kautskys zu bedienen, den der revolutionären Methode, im Gegensatz zur reformistischen, einschlägt; denn das zeigt das ganze Lebenswerk von Marx und besonders seine Lehre vom Klassenkampf. Wer die prägte, kann nicht den reformistischen wollen.

Wie stellt sich nun dieser Weg im einzelnen dar, führt er wirklich nach Marx vom nichtdemokratischen Staatswesen weg zum demokratischen und dann von diesem zur sozialen Gemeinschaft? Marx und Engels haben ihn klar genug gewiesen, von Jugend auf.

I. Die demokratische Republik

1. Die Erkämpfung der Demokratie

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat"[143], und „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution (ist)

143) Komm. Manifest, S. 38.

die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie"[144]). Demokratie heißt hier „demokratisches Staatswesen", denn nur in einem Staatswesen kann es eine herrschende Klasse geben und umgekehrt; also die Erkämpfung des demokratischen Staatswesens, der demokratischen Republik, wird gefordert.

Lassen die Worte „Erkämpfung der Demokratie" immerhin die Möglichkeit zu, daß sie, etwa bildlich gemeint, die Mühe des Erringens andeuten sollen, so dürften durch die ebenfalls im Manifest stehenden: „Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird"[145]) und „indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet"[146]), wohl jeder Zweifel beseitigt sein, daß für Marx-Engels die Eroberung der Demokratie ein gewaltsames Handeln, einen wirklichen Kampf erheischt; sie machen aber auch die ausgesprochene Ansicht, daß unter „Demokratie" der „demokratische Staat" zu verstehen sei, zur Gewißheit, besonders wenn nachstehende Stelle dazugehalten wird: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren . . ."[147]).

Hiermit ganz im Einklang stehen andere Äußerungen des jungen Engels, von denen nur noch die in seinem Brief vom 23. Oktober 1846 an das Brüsseler Komitee über Wege und Ziele der Kommunisten angeführt sei: „. . . kein anderes Mittel zur Durchführung dieser Absichten anzuerkennen als die gewaltsame, demokratische Revolution"[147a]).

---

144) Komm. Manifest, S. 44.
145) Ebenda S. 36.
146) Ebenda S. 36.
147) Ebenda S. 44.
147a) Marx-Engels Briefwechsel, Bd. I, S. 42.

Und bedürfte es wirklich noch einer Bestätigung, so gibt sie uns Engels' Katechismus. Dort heißt es klar und einwandfrei bei der Beantwortung der 18. Frage: „Welchen Entwicklungsgang wird die Revolution nehmen? Antwort: Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung (von Engels hervorgehoben) und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen"[148]).

Daraus darf wohl geschlossen werden, daß sich Marx-Engels damals die Erkämpfung der Demokratie, und zwar in ihrer praktischen Erscheinungsform als demokratische Republik, also die politische Revolution auf gewaltsamem Wege als wahrscheinlich vorgestellt haben, — wenngleich damit durchaus nicht gesagt ist, daß sie diese Methode vor der friedlichen bevorzugt hätten (vgl. oben). Die Erfahrungen, aus denen Marx-Engels schöpfen konnten, zeigten ihnen, was uns die seitherigen bestätigten: daß die demokratische Staatsform oder wenigstens die Grundlagen dazu, kaum je ohne Gewaltsamkeit errungen worden sind. Das ist nur zu begreiflich: hier stehen den unterdrückten die herrschenden Klassen im Besitze nahezu aller Machtmittel des (absoluten oder auch des konstitutionellen) Staates gegenüber, und einen gutwilligen Selbstverzicht auf seine Stellung wird man von dem, der über alle Machtmittel verfügt, kaum erwarten können; die neue Staatsform wird in fast allen Fällen gewaltsam abgetrotzt werden müssen. Die Geschichte scheint Marx-Engels' Anschauung hierüber zur Gewißheit zu erhärten.

Haben wir dies nun auch festgestellt, so muß, da damit noch gar nichts über den weiteren Verlauf der Revolution ausgemacht ist, zweierlei ermittelt werden: bedeutet oder gewährleistet die demokratische Staatsverfassung, die demokratische Republik, bereits die Herrschaft des Proletariats, worauf die Stellen aus dem Engelsschen Katechismus (Herstellung einer „demokratischen Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats") und die aus dem Kommunistischen Manifest mit großer Deutlichkeit hinzuweisen scheinen? Und wenn ja: ist anzunehmen, daß der Übergang des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Kollektiveigentum, also das, was, wie wir sahen, die politische Revolution zur sozialen macht, auch „gewaltsam", „despotisch" mit Mitteln physischer Gewalt vor sich gehen wird; auch wenn durch

148) Engels', Grundsätze, S. 24.

die Herrschaft des Proletariats der Bourgeoisie die ehedem innegehabten Machtmittel entzogen sind? Um diese Fragen richtig zu beantworten, müssen wir zuerst untersuchen, welche Bedeutung und Bewertung Marx-Engels der demokratischen Republik beilegten.

2. Die Bedeutung der demokratischen Republik

Lenin meint, daß „die demokratische Republik die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus ist“ und daß „daher das Kapital, nachdem es . . . von dieser besten Umhüllung Besitz ergriffen hat, seine Macht derart sicher und fest begründet, daß kein Wechsel der Personen, Behörden oder Parteien diese Macht in der demokratischen Republik zu erschüttern vermag“ [149]). Das ist allerdings nur eine Behauptung, für die der Beweis noch zu erbringen wäre. Statt eines solchen wird eigentlich nur ein Zitat aus Engels gegeben: „In ihr (einer demokratischen Republik) übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus“, und zwar erstens „in der Form der direkten Beamtenkorruption (Amerika), und zweitens durch einen ‚Bruderbund‘ von Regierung und Börse“ [150]) (Frankreich und Amerika), für den indessen „keine demokratische Republik“ unumgänglich „erforderlich“ ist [150]).

Lenin beruft sich auf Engels, der im Staat, und zwar in der Monarchie wie in der demokratischen Republik, die Unterdrückungsmaschine sah [151]), ein Übel, „das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird“ [151]), und daher besteht für ihn der Vorteil der demokratischen Republik nur darin, daß in ihr die Form der Unterdrückung eine andere sei, denn „eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenknechtung bedeutet für das Proletariat eine gigantische Erleichterung im Kampfe für die Beseitigung der Klassen überhaupt [152]). So kann für ihn die demokratische Republik bestenfalls der nächste Weg zur Diktatur sein, und er beruft sich hierzu wieder auf Engels' Worte: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik [153]).“

---

149) Lenin, Staat und Revolution, S. 13.

150) Engels, Ursprung, S. 181.

151) Engels, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg, S. 16.

152) Lenin, Staat und Revolution, S. 73.

153) Engels, Kritik des Erfurter Programms, Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 11.

Allerdings ist diese Auslegung gezwungen genug und ergibt, unbefangen geprüft, einen ganz andern Sinn, nämlich den, daß sie die Staatsform darstellen wird, unter der das Proletariat die Diktatur üben, die Bourgeoisie endgültig beseitigen werde. Diese Meinung wird gleich durch den nächsten, auf den zitierten unmittelbar folgenden Satz: „Diese (die demokratische Republik) ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat", zur Gewißheit[154]). Es ist übrigens bemerkenswert, daß Engels, der an anderer Stelle mit den kräftigen Worten: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats"[155]), die Kommune als die Form der Diktatur des Proletariats bezeichnet hat, hier die demokratische Republik der großen französischen Revolution als Beispiel der Diktatur des Proletariats hinstellt, was zusammen beweist, daß diese wohl ein durchaus demokratisches Staatswesen sein, aber durchaus nicht in der alleinigen Form der selbst wieder durchaus demokratischen Kommuneverfassung erscheinen muß. Lenin übergeht wie diese Worte Engels', so auch ihren Sinn.

Und etwas anders als das obige abfällige Urteil über die demokratische Republik klingt jenes, das Engels mit den Worten fällt: Sie ist „die höchste Staatsform . . ., die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann"[156]). (Die letzten Worte dieses Satzes lassen auch die Übereinstimmung mit der vorstehenden Auffassung: „demokratische Republik als spezifische Form der Diktatur des Proletariats" unzweideutig erkennen.)

Trotzdem wollen wir nicht darauf beharren, daß Engels' günstigere Urteile über die demokratische Republik das erstere ganz aufheben. Es ist klar, daß die „demokratische Republik" für Engels nur eine Form ist, in die ein sehr verschiedener Inhalt gegossen werden kann, je nachdem der „empirische Typus" der

154) Ebenda.

155) Engels, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg, a. a. O., S. 16.

156) Engels, Ursprung, S. 181.

demokratischen Republik sich ihrem „Idealtypus" mehr oder weniger annähert[157]). Begrifflich ist, und das ist gewonnener Boden, auf dem wir weiterbauen können, die demokratische Republik die Form der Diktatur des Proletariats. Denn daß der Periode der revolutionären Umwandlung der Eigentumsverhältnisse auch eine solche politische entspreche[158]), eben die der Diktatur des Proletariats, und daß diese „ein Staat" ist, daran hält schließlich im Grunde auch Lenin, trotz des oben angeführten Widerspruches in seinen Anschauungen, energisch fest.

Daß für Engels, der am Staat die Unterdrückungsgewalt hervorhebt und dem daher jeder Staat ein mehr oder weniger großes Übel ist, auch die demokratische Republik in ihren seitherigen Erscheinungsformen sich als solches darstellt, ist begreiflich.

Gleichwohl bleibt sie für ihn nicht nur die letzte und höchste Staatsform, auch nicht nur Weg zur Diktatur, sondern vielmehr „spezifische Form der Diktatur", und Kautsky hat zweifellos im Marx-Engelsschen Geiste gesprochen, als er schrieb: „Wir können unter der Diktatur des Proletariats nichts anderes verstehen, als seine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie"[159]). So hat sich uns Eroberung der demokratischen Republik nicht nur zwecks, sondern auch als Durchführung der proletarischen Diktatur als weiterer Schritt auf dem Wege der sozialen Revolution nach Marx herausgestellt. Möglichste Annäherung an den Idealtypus erweist sich dazu notwendig. Wie kann man ihm, wenn Verwirklichung unmöglich ist, doch nahekommen?

3. Die Demokratie

Zwei Begriffe bergen sich unter dem Worte „Demokratie", das wir hierzu jetzt erörtern müssen: erstens die Idee, der Gedanke der Demokratie, das, was Steffen den „Demokratismus" nennt[160]), und zweitens die Staatsform, in der dieser Gedanke Wirklichkeit gewinnen soll, die Demokratie im eigentlichen Sinne, die um so mehr diesen Namen verdienen wird, je mehr sich in ihr der Demokratismus durchsetzt. In diesem Sinne, und nur in diesem, darf man

157) Vgl. Jellinek, Allgemeine Staatslehre, S. 34–36.

158) Marx, Programmbrief, S. 573.

159) Kautsky, Demokratie, S. 38.

160) Steffen, Das Problem der Demokratie, passim. Auch Lenin verwendet den Ausdruck Demokratismus in den „Nächsten Aufgaben".

von vollkommener oder unvollkommener Demokratie sprechen. Nicht die Demokratie als Gedanke ist vollständig oder unvollständig, sie ist oder ist nicht, denn ein Gedanke läßt sich nicht teilen; sie ist wie die „volonté générale“ Rousseaus „une et indivisible“; wohl aber vermag sie mehr oder weniger vollkommen in die Erscheinung zu treten.

Besonders klar wird dies, wenn wir das Wort übersetzen: „Volksherrschaft“, d. h. Herrschaft des Volkes in seiner Gesamtheit, des ganzen Volkes, nicht einer Schicht, eines Standes, eines Stadtviertels oder des Pöbels. Für den Begriff einer Volksherrschaft muß die Definition gelten, die Steffen gibt: „Die direkte und indirekte Beteiligung aller mündigen Männer und Frauen an aller politischen und wirtschaftlichen Machtausübung innerhalb der Gesellschaft — jedoch nicht als Selbstzweck, sondern ganz und gar dem allgemeinen Besten untergeordnet“ [161]), und „Das Eigentümliche des Demokratismus ist das Streben, jeden Bürger und jede Bürgerin zu dem Einfluß auf die Angelegenheiten der Gesellschaft zuzulassen, wozu seine oder ihre Begabung und Tüchtigkeit ihn oder sie hinsichtlich des allgemeinen Besten berechtigen können. Der Demokratismus ist daher absolut unmöglich ohne gleiches Recht und gleiche Pflicht aller zur höchsten möglichen Erziehung und Ausbildung je nach ihren persönlichen Anlagen. Von einem gleichen Einflusse aller aber ist keineswegs die Rede — weil die Menschen nicht geistig gleich sind und ihr Einfluß auf das Allgemeine nicht Selbstzweck, sondern wesentlich Mittel zur Erlangung des höchsten Gemeinwohles sein soll“ [162]).

Demokratismus ist daher etwa, wie Steffen sagt, „Volkssouveränität“ [163]), daher es denn auch keine „kapitalistische“ und keine „proletarische“, keine Demokratie der „Armen“ und der „Reichen“, der „Ausgebeuteten“ und der „Ausbeuter“ geben kann, so wenig wie eine „Demokratie der Mehrheit“ oder eine „Demokratie der Minderheit“ [164]), von denen Lenin spricht. Aber was es geben kann und gibt, ist, wie wir sahen, die mehr oder weniger vollständige Annäherung der Wirklichkeit an den Gedanken, an die „Idee“ in

161) Steffen, Problem, S. 87.

162) Ebenda S. 120/21.

163) Von der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Begriffes „Volkssouveränität“ im staatsrechtlichen Sinne wird hier abgesehen.

164) Lenin, Staat und Revolution, S. 80—82.

Platos Sinne, die im bürgerlichen oder proletarischen Staat Leben gewinnen kann, wenn man die Staaten nach der in ihnen herrschenden Klasse bezeichnen kann.

Das ist es ja schließlich auch, was Lenin, der immer mit diesen Begriffen operiert, ja eigentlich seine Lehre von der Diktatur des Proletariats als der Diktatur der Ausgebeuteten darauf aufbaut, im Grunde meint und fordert, wenn er den „Ausbau der Demokratie bis ans Ende“[165]) verlangt, denn die begriffliche Scheidung von Demokratie als Gedanke (Demokratismus) und Demokratie als Erscheinungs- und Staatsform ist ihm ja, wie eine Stelle gegen Ende seines Buches zeigt, durchaus klar: „Demokratie ist eine Staatsform, eine Abart des Staates. Sie bildet daher, wie jeder Staat, eine organisierte, systematisch angewendete Gewalt gegenüber den Menschen. Dies einerseits. Andererseits bedeutet Demokratie die formelle Anerkennung der Gleichheit der Bürger, des Rechtes aller an der Einrichtung und Leitung des Staates bestimmend teilzunehmen“[166]). Um so bedauerlicher ist es, daß er, offenbar aus agitatorischen Gründen, diesen Unterschied verwischt, mehr noch, an anderer Stelle, um die Diktaturslehre in seiner Auffassung zu retten, von der „Heuchelei der formalen Gleichberechtigung aller“[167]) spricht und diesen letzten Gedanken ja auch in der Sowjetverfassung verwirklichen half, und so den Gedanken an das Leben, die Lehre an die Praxis verriet, indem er beide dem Zweck unterordnete.

Wie wäre aber die „vollkommene“ Demokratie durchzuführen? Lenin gibt darauf zur Antwort (was uns der Beantwortung der oben aufgeworfenen Frage, ob die demokratische Republik wirkliche Volksherrschaft und Herrschaft des Proletariats bedeute, um ein Stück näher bringt): Durch Einführung der „proletarischen Demokratie“ und ihrem nachherigen konsequenten Ausbau, der ein „Umschlagen von Quantität in Qualität“ bedeute[168]), wozu aber die vorherige Zerstörung, Zerbrechung des bisherigen Staatsapparats, Vernichtung der Staatsmaschine Notwendigkeit und Voraussetzung ist. Nur von der proletarischen Demokratie aus, als welche sich ihm die Diktatur der Armen gegen die

165) Lenin, Staat und Revolution, S. 72.

166) Ebenda S. 94

167) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 677.

168) Lenin, Staat und Revolution, S. 38, 94.

Reichen darstellt, ist ihm die Erreichung der absoluten, der sozialistischen Demokratie möglich, kann dieser „interessante Übergang" erreicht werden. Einen ähnlichen Übergang durch immer weitere Entwicklung der „bürgerlichen" zur „proletarischen" Demokratie will er aber nicht zulassen [169]), sowenig wie den entsprechenden Umbau der Staatsmaschine, vielmehr muß, eben um aus der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie zu gelangen, die Zerstörung der Staatsmaschine vorgenommen werden.

II. Die Zerstörung der Staatsmaschine und ihre Ersetzung

1. Die Zerstörung

> **Wozu wohl gehören möchte, daß der Staat sich von Zeit zu Zeit auch selbst reformiere und statt Revolution Evolution versuchend zum Bestande fortschreite.** Kant

Marx hat nicht expressis verbis gesagt, was unter Staatsapparat, Staatsmaschine zu verstehen ist, hat nur Beispiele dafür gebracht, so Armee, Beamte usw. als ihre Teile bezeichnet. Gleichwohl dürfte nach seinen verschiedenen (auch von Lenin angeführten) Äußerungen mit genügender Sicherheit anzunehmen sein, daß er darunter vor allem die äußeren Machtmittel der Exekutivgewalt verstanden wissen will. Nur soweit man diesen Apparat mit der Staatsgewalt schlechthin identifizieren darf, wäre auch letztere darunter zu verstehen [170]).

Lenin, der Staat und Staatsgewalt oft und oft gleichsetzt, stellt, indem er auch den Staatsapparat mit der Staatsgewalt identifiziert, diesen dem Staate gleich (sei es direkt oder auf dem erwähnten Umweg über die Staatsgewalt). Das hängt natürlich mit einer Auffassung zusammen, die das Wesen des Staates in seiner Regierung erblickt und mit der Auffassung der Machttheorie vom Staate.

Man wird aber, wo es sich um „Zerstörung der Staatsmaschine" handelt, diese nicht in diesem allerweitesten Sinne, ja nicht einmal in dem von Staatsgewalt überhaupt nehmen dürfen, vielmehr beachten müssen, daß selbst politische und öffentliche Gewalt für Marx durchaus nicht zusammenfallen, denn letztere wird es auch im sozia-

---

169) Lenin, Staat und Revolution, S. 82.

170) Vgl. Engels' Definition, wonach die in jedem Staat existierende öffentliche Gewalt aus persönlichen und sachlichen Machtmitteln, bewaffneten Menschen, Gefängnissen usw. besteht.

listischen Gemeinwesen geben, nicht aber erstere („die öffentliche Gewalt verliert den politischen Charakter“) [171]); sondern ihn vor allem auf die Personen, etwa Regierung, Beamte und Heer und gewisse politische Institutionen (Parlamente u. dgl.) einengen müssen, denn sonst fielen unter den zu zerstörenden Staatsapparat Eisenbahn und Post, soziale Anstalten und Schulen, kurz, auch die ganzen Einrichtungen der „Pflege“.

Zwei durchaus nicht im Marxschen Sinne gelegenen Mißdeutungen öffnet die Art der Wiederholung und Anwendung des Satzes von der Zerstörung der Staatsmaschine den Weg.

Erstens, als ob mit der Vernichtung der Staatsmaschinerie der ganze staatliche Apparat vernichtet werden sollte, während es sich nur um die Vernichtung des der politischen Gewalt dienenden Apparates des bürgerlichen Staates handelt (denn überhaupt beseitigt werden können die politische Gewalt und mit ihr alle Machtmittel erst mit der Beseitigung der Klassen selbst).

Zweitens, und dazu leitet die letzte Bemerkung über, als ob an die Stelle der abgeschafften Staatsmaschinerie, ja sogar des ganzen Staates, wenn diese überhaupt gleichgesetzt werden dürften, ein Nichts, ein Vakuum treten, der für später erstrebte staatslose Zustand sofort eingeführt werden sollte, was auf eine rein anarchistische Forderung hinausliefe. Da Lenin die endliche vollständige Beseitigung des Staates nach der Marxschen Lehre oft betont, liegt die Gefahr dieses Mißverständnisses, von dem er selbst sich freilich durchaus fernhält, für den Leser recht nahe.

Da scheint uns auch der Sinn und Widersinn der Kautsky-Pannekoekschen Polemik, die Lenin als Beweis für den „Opportunismus“ des ersteren anführt, zu liegen. Pannekoek hatte das Wesen des proletarischen Kampfes dahin feststellen wollen, daß es „nicht einfach ein Kampf gegen die Bourgeoisie um die Staatsgewalt, sondern ein Kampf gegen die Staatsgewalt ist.... Der Inhalt der Revolution ist die Vernichtung und Auflösung des Staates durch die Machtmittel des Proletariats“ [172]). Kautsky hatte ihm erwidert: „Bisher bestand der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten darin, daß jene die Staatsgewalt erobern, diese sie zerstören wollten. Pannekoek will beides“ [173]). Freilich will der

171) Komm. Manifest S. 45; vergl. Steffen, a. a. O., S. 22.

172) Neue Zeit, Jahrg. 30, Bd. 2, S. 544.

173) Ebenda S. 724.

Sozialismus die Staatsgewalt erobern, um, soweit sie im Interesse der Bourgeoisie gebraucht worden war, sie durch eine andere zu ersetzen; es ist ein Kampf gegen die Staatsgewalt in ihrer bisherigen Form um die Macht im Staate, also eine „Machtverschiebung im Staate", wie Kautsky sagt. Es ist aber auch ein Kampf gegen die Staatsgewalt überhaupt, insofern, als der Sozialismus im Laufe der Entwicklung sie als Staatsgewalt beseitigen will.

Bei Marx kommt dieses Moment, daß bei der Zerstörung der Staatsmaschine nur die bisherige und in dem erwähnten Umfang gemeint ist, in seinem Brief an Kugelmann zum Ausdruck, wo es heißt: „. . . daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen"[174]). Das ist deutlich genug; viel weniger ist es die Äußerung in der Vorrede von 1872 zum Kommunistischen Manifest, wo es heißt: „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, ‚daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann' (siehe ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich, Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation', deutsche Ausgabe S. 19, wo dies weiter entwickelt ist)"[175]).

Mit um so größerer Deutlichkeit aber hat Engels in der erwähnten Vorrede zum „Bürgerkrieg" herausgesetzt, um was es sich hierbei handelt: „Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, Polizei, Bürokratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war. Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine, daß diese Arbeiterklasse . . . die alte bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen . . . müsse"[176]), was schließlich auf die von keinem Sozialdemokraten

174) Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 709.

175) Fabbri meint nicht ganz mit Unrecht, daß diese Angabe den Charakter „einer Art Druckfehlervermerk" habe. Archiv, Bd. 26, S. 571.

176) Engels, a. a. O. S. 14.

je geleugnete Forderung nach Abschaffung der stehenden Heere und Beseitigung der Bürokratie hinausläuft und in mehr oder weniger gewaltsamer und jäher Weise bewerkstelligt werden kann.

Lenin verwahrt sich dagegen, daß der erwähnte Ausspruch von Marx „darauf hinauslaufe, als hätte Marx hier die Idee von der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Eroberung der Macht und ähnlichem betont. In Wirklichkeit liege die Sache gerade umgekehrt. Marxens Gedanke sei, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschinerie' zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf die Besitzergreifung zu beschränken hat"[177]. Er fährt fort: „In diesen Worten ‚die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen' ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus zur Frage über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten"[178].

Alle diese Äußerungen bringen nicht ganz deutlich zum Ausdruck, daß es sich nicht nur um ein Zerstören, sondern auch um ein Ersetzen handelt, aber schließlich gelangt auch bei Lenin zu klarerem Ausdruck, was gemeint ist, wenn er endlich erklärt: „Das Wesen der Sache besteht darin, ob die alte Staatsmaschinerie, die durch tausend Nähte mit der Bourgeoisie verbunden und mit Routine und Stagnation durchtränkt ist, erhalten bleibt, oder ob sie zerstört und durch eine neue ersetzt wird. Die Revolution soll nicht darin bestehen, daß eine neue Klasse das Kommando übernimmt und mit Hilfe der alten Staatsmaschine die Verwaltung ausübt, sondern darin, daß diese neue Klasse die alte Maschine zerstört und mit Hilfe einer neuen Maschine leitet und verwaltet"[179].

Das soll also das Wesen der neuen Revolution ausmachen, im Gegensatz zu allen bisherigen: daß sie diese Maschine zerbricht, statt, wie bisher, sie zu vervollkommnen. „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen"[180], und Lenin schreibt, darauf gestützt: „alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, nun muß sie zerschlagen, zerbrochen werden"[181]. (Mit dieser Auffassung ist aber die wenige Seiten zuvor geäußerte: „Jede Revolution zeigt uns,

---

177) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 33.
178) Ebenda S. 34.
179) Ebenda S. 109.
180) **Marx**, 18. Brumaire, S. 101.
181) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 25.

indem sie den Staatsapparat zerstört, deutlich, wie die herrschende Klasse bestrebt ist, die ihr dienenden besonderen Verbände bewaffneter Menschen zu erneuern, wie eine geknechtete Klasse versucht, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig wäre, den Ausgebeuteten, nicht den Ausbeutern, zu dienen"[182]), nicht gut in Einklang zu bringen. Indessen „Ein ganz vollkommener Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren").

Trotz dieses Widerspruches wird Lenins Anschauung über diesen Punkt im ganzen als mit der von Marx übereinstimmend angesehen werden dürfen, zumal dort, wo sie genau ausspricht, was unter der Zerstörung der Staatsmaschine zu verstehen ist. Viel weniger kann diese Übereinstimmung behauptet werden in den Folgerungen für die unbedingte Notwendigkeit des gewaltsamen Zerbrechens der Staatsmaschine in jedem Staate, wie sie Lenin zieht.

2. Friedlicher Übergang aus der bisherigen in die kommende Gesellschaft

Marx hatte in dem erwähnten Briefe an Kugelmann das Zerbrechen der bürokratisch-militärischen Maschine als die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent"[183]) bezeichnet und damit das Anwendungsgebiet dieser Notwendigkeit eingeschränkt. Lenin legt dies nun dahin aus, daß Marx 1871 so schreiben konnte und durfte, weil England damals „noch das Muster eines rein kapitalistischen Staates ohne Militarismus und in hohem Maße ohne Bürokratie war"[184]). Diese Auslegung scheint auf den ersten Blick viel für sich zu haben, doch zeigen andere Schriften und Äußerungen von Marx, daß ihm eine ganz andere Begründung vorschwebte, als er diesen Satz aussprach.

Der wahre Grund war vielmehr, daß Marx-Engels in England ein freiheitliches Staatswesen erblickten, eine Demokratie, und die Ansicht vertraten, daß in einer solchen ein Übergang ohne Gewaltsamkeit möglich sei, im Gegensatz zu andern Staaten, die im Absolutismus oder einer andern das Volk bedrückenderen Regierungsform verharrten; denn sie unterschieden „in ihrer Politik" scharf „zwi-

---

182) Lenin, Staat und Revolution, S. 10.
183) Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 709.
184) Lenin, Staat und Revolution, S. 34.

schen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten", wie Kautsky bei Erörterung dieser Frage eingehend nachweist[185]).

Die Begründung dieser Auffassung läßt sich unschwer erbringen:

Schon in seinem Katechismus sprach der junge Engels die Ansicht aus, daß „die Revolution . . . eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen werde. Direkt in England, wo die Proletarier schon die Majorität des Volkes ausmachen, indirekt in Frankreich und Deutschland"[186]), wo dies noch nicht der Fall war. Und 1872, nach dem Schluß des Haager Kongresses der Internationale (2.—7. Sept. 1872), also nur wenig über ein Jahr nach der Niederschrift des Briefes an Kugelmann (12. April 1871) führt Marx in einer Volksversammlung in Amsterdam aus: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrecht erhält . ... Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und, wenn ich Eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen, Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall"[187]).

In den Worten „Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien", liegt nur die prinzipielle Anerkennung der Gangbarkeit eines solchen Weges; die Aufzählung der Länder, in denen Marx ihn für möglich hält, tut dar, daß es sich um solche handelt, wo die Demokratie mehr oder weniger weitgehend verwirklicht ist. (Und nicht einfach nur um die größere oder geringere kapitalistische Entwicklung.)

Jeder Zweifel an der Richtigkeit dieser Auffassung dürfte schwinden, wenn man sich Engels' 1891 geschriebene Sätze vor Augen hält: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen, in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald

185) **Kautsky, Demokratie, S. 11.**
186) **Engels, Grundsätze, S. 24.**
187) **Zit. bei Kautsky, Demokratie, S. 10.**

man die Majorität des Volkes hinter sich hat, in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in Monarchien, wie England . . ., wo die Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist"[188]).

Vergeblich versucht Lenin dies abzuschwächen durch die Worte: „Er (Engels) erkenne an, daß in Republiken oder in Ländern mit weitgehender Freiheit man sich vorstellen kann (bloß ‚vorstellen'!), eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus"[189]). Denn Engels ergänzt seine obigen Sätze noch durch diese: „Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft. Indessen kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung"[190]). Und er fährt, nachdem er die Zustände in Deutschland und die Möglichkeit seiner Umwandlung in eine unteilbare Republik besprochen hat, fort: „Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas nicht angeht und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft führen will"[191]).

Diese Sätze tun nicht nur dar, wie Engels die Methode des Kampfes den Verhältnissen angepaßt wissen wollte, sondern auch, wie sehr ihm die demokratische Staatsverfassung die Wahrscheinlichkeit der Herrschaft des Proletariats (bei entsprechender Schichtung der Bevölkerung) zu gewährleisten scheint, womit unsere erste oben gestellte Frage beantwortet ist. Sie zeigen aber auch, wie scharf Marx und Engels zwischen den Methoden zur Erkämpfung der Demokratie, die überall wohl nur auf gewaltsamem Wege zu erreichen wäre, und denen des Übergangs in die sozialistische Gesellschaft schieden.

188) Engels, Kritik des Erfurter Programms, S. 10.
189) Lenin, Staat und Revolution, S. 64.
190) Engels, Kritik des Erfurter Programms, S. 11.
191) Ebenda S. 12.

für welch letzteren ihnen ein „Hineinwachsen", wenngleich sie es als nur unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich dem Bestehen eines demokratischen Staatswesens, verwirklichbar erachteten, durchaus möglich erscheint. Damit ist aber auch die zweite der oben gestellten Fragen zum Teile beantwortet.

Die zitierte Stelle vom „friedlichen Hineinwachsen" tut auch dar, was Engels, der es liebte, die Dinge derb und deutlich auszusprechen, meinte, wenn er in seinem Briefe an Kautsky gleichzeitig von dem „Loshauen" auf das „frisch-fromm-fröhlich-freie ‚Hineinwachsen' der alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft"[192]) sprach: die Vorstellung, daß dies unter jeder Staatsform geschehen könnte.

3. Der Bau der neuen Staatsmaschine; Notwendigkeit dieses Neubaues

Bevor wir uns der Frage zuwenden, wie das Zerbrechen der Staatsmaschine nach Marx-Engels vorgenommen werden soll — insbesondere dort, wo es gewaltsam durchzuführen ist —, noch eine an bereits Gesagtes anknüpfende Bemerkung: Es ist ganz klar, daß die Beseitigung der alten Staatsmaschine, ihre Zerstörung, nicht erfolgen kann und soll, — wenn anders man überhaupt eine Staatsgewalt aufrecht erhalten will (was man wohl muß, da auf den bürgerlichen Staat ein proletarischer folgen wird), — ohne daß gleichzeitig der Bau einer neuen vorgenommen werden muß, daß die Zerstörung nur nach Maßgabe des Aufbauens erfolgen kann, nicht umgekehrt. Sonst klafft zwischen beiden eine Lücke, ein mehr oder weniger vollständiges Interregnum der Anarchie. Denn unbestritten richtig bleibt: „Man zerstört nur, was man ersetzen kann; oder man zerstört nur, indem man ersetzt; man kann nur wirksam zerstören, nachdem man aufgebaut hat"[193]). Und so wird auch der bisherige Staatsapparat allerdings zerstört werden müssen, aber nicht ohne daß auch an seine Stelle gleichzeitig ein neuer, den Interessen der nun herrschenden Klasse besser angepaßter gesetzt wird, oder richtiger: nicht radikales Niederreißen des alten, bevor ein neuer aufgerichtet ist, sondern Aufbau des neuen unter Verwertung des alten.

Diese Erkenntnis drängte sich wohl auch Lenins Gesinnungsgenossen Trotzki auf, der die Marxsche Lehre, „daß die Arbeiter-

---

192) **Engels**, Kritik des Erfurter Programms, S. 5.

193) **Challaye**, Syndikalismus, S. 41.

klasse, indem sie zur Macht kommt, sich des alten Staatsapparates mechanisch nicht bewältigen kann," dahin auslegt, daß sie ihn vielmehr „gänzlich umbauen muß"[194]). Deutlicher sagt er es noch mit diesen Worten: „Wenn wir ... als Arbeiterklasse uns einfach mechanisch des alten Apparates der Staatsgewalt nicht bemächtigen können, so bedeutet das keineswegs, daß wir ohne alle die Elemente, die den Bestand des alten Apparates der Staatsgewalt ausmachten, auskommen können ... Nachdem sie zur Macht gekommen ist, muß sie den alten Staatsapparat als einen Apparat der Klassenunterdrückung betrachten. Aber sie muß gleichzeitig aus diesem Apparate alle qualifizierten Elemente, die für sie technisch notwendig sind, herausholen, sie an die richtige Stelle setzen und durch diese Elemente ihre proletarische Klassenmacht erhöhen"[195]). Und das Schicksal, das ihn an die Spitze des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten berufen hatte, zwang ihm auch die Erkenntnis auf: „Tatsächlich ... konnte das Kommissariat nicht umhin, sich auf jenen militärischen Apparat zu stützen, den es von der vorhergegangenen Epoche übernommen hatte"[196]).

Das klingt ganz anders, als die tönenden Worte vom Zerstören, Zerbrechen, Vernichten des Staatsapparates. Und hier wenigstens hat sich Engels' Wort, daß die Ironie der Geschichte Doktrinäre, die ans Ruder kommen, gewöhnlich zwinge, das Gegenteil von dem zu tun, was ihre Schuldoktrin vorschrieb[197]), sicher bewahrheitet.

4. Mittel der Zerstörung und des Aufbaues

Als Mittel des Zerbrechens der Staatsmaschine führen Marx-Engels an: Abschaffung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk; Beseitigung der Bürokratie durch Besetzung „aller Stellen, der verwaltenden, richtenden, lehrenden, durch Wahl nach dem allgemeinen Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten"[198]), Besorgung des öffentlichen Dienstes für Arbeiterlohn[198]) und schließlich Ausgestaltung der Kommune nicht zu einer parlamentarischen, sondern zu einer „arbeitenden" Körperschaft, d. h. einer zugleich gesetzgebenden und vollziehenden.

194) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 7.
195) Ebenda S. 10/11.
196) Trotzki, Rote Armee, S. 3.
197) Engels, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg, S. 18.
198) Ebenda S. 14.

Eine Prüfung dieser Maßnahmen und der Auslegung, die sie bei
Lenin finden, ergibt: die Ersetzung des stehenden Heeres durch das
bewaffnete Volk ist eine allen demokratischen Programmen geläu-
ige Forderung (Milizsystem). „Das erste Dekret der Kommune
var daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Er-
etzung durch das bewaffnete Volk“. Das Volk umfaßt *alle*; jeder-
nann, auch die Arbeiter sollten Waffen tragen dürfen [198a]); Lenin
nacht daraus die Forderung nach Bewaffnung *nur* des Proleta-
iats, als des Vortruppes aller Ausgebeuteten [199]).

Fast noch wichtiger erscheint die Beseitigung der Bürokratie
ür Lenin. Dies im Gegensatz zu seiner früheren Meinung, wo er
en Bürokratismus, entgegen dem Demokratismus, als das Organi-
ationsprinzip der revolutionären Sozialdemokratie bezeichnet hatte.
(S. o. S. 95.) Zweierlei schien für die Beseitigung der *Herrschaft*
er Beamten — denn das ist Bürokratie, nicht aber einfaches Vor-
andensein, wenn auch im Überfluß, von Beamten, — erforderlich
nd sollte in der Kommune, der „Regierung der Arbeiterklasse“
urchgeführt werden: 1. vollständig durchgeführte Wählbarkeit
nd jederzeitige Absetzbarkeit und 2. Reduzierung der Gehalte auf
ie Stufe des gewöhnlichen Arbeiterlohns [200]). Zweifellos sind das
emokratische Maßnahmen und als solche gewiß im Geiste von Marx-
Engels gelegen, zweifellos durchaus geeignet, die Herrschaft der
Bourgeoisie zu brechen und der Stellenjägerei in den eigenen
Reihen einen Riegel vorzuschieben und deshalb von Marx-Engels
achdrücklich empfohlen und in ihrer Bedeutung hervorgehoben.

Wird daher auf diese Maßregel noch mit einigen Worten näher
ingegangen, so nicht, um etwa Lenin hinsichtlich dieses Grund-
gedankens einen Widerspruch zu Marx' Worten nachzuweisen, noch
auch die Marxschen Lehren selbst zu kritisieren und auf ihre Nütz-
ichkeit, Durchführbarkeit oder Undurchführbarkeit zu prüfen.

Aber ein Einwand im Geiste der Marxschen Lehre selbst wird
rlaubt sein. Die Kommune, die die Verwaltung nur einer Stadt

198a) Daß dies mehr als nur eine aus dem Begriffe „bewaffnetes *Volk*“
bgeleitete Folgerung ist, geht unzweideutig aus Marx' Worten hervor: „Paris
konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee los-
geworden war, an deren Stelle es eine *hauptsächlich* aus Arbeitern bestehende
Nationalgarde gesetzt hatte“. Bürgerkrieg, S. 49.

199) In einem 1907 geschriebenen Artikel fordert Trotzki: „Bewaffnung der
Bevölkerung — vor allem des Proletariats“, Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 2, S. 86.

200) *Engels*, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg a. a. O.

umfaßte, die von jeher Sitz der Verwaltung und der Industrie, des ganzen geistigen Lebens eines großen Landes war, hatte leichter die genügende Zahl von Fachleuten zur Verfügung, die bereit waren, auch für Arbeiterlohn zu arbeiten, als etwa ein Großstaat benötigt, dem qualifizierte Fachbeamte zunächst kaum immer im nötigen Ausmaße für Arbeiterlohn zur Verfügung stehen werden. Es entsteht die Frage, ob nicht diese Fachleute, nicht aber die nur politisch Tätigen, höhere Gehälter beanspruchen dürfen und können. Nicht die Praxis soll diese Frage entscheiden, denn das hat sie ja in Rußland längst getan, sondern eine theoretische Überlegung.

Der proletarische Staat wird trotz energischester Versuche, den Sozialismus in kürzester Zeit zu verwirklichen, in ökonomischer Beziehung eine Mischform darstellen aus kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft. Mit einem Schlage kann der Sozialismus nicht „eingeführt" werden [201]). In einer derartigen Gesellschaft, die einen Übergang zu einer nach Marx' Geist geschaffenen Wirklichkeit darstellen will, müssen für jene, die sich zu Marx bekennen, auch die Marxschen Wert- und Preisgesetze gelten [202]).

Es wird nun kaum jemand, und möge er noch so sehr von der

---

201) Das sagt auch das Komm. Manifest: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benützen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen" (S 44), und die Engelsschen „Grundsätze" stellen mit der Klarheit, die sie auszeichnen, die Frage geradezu: „Wird die Abschaffung des Privateigentums mit einem Schlage möglich sein?" und beantworten sie mit einem glatten „Nein; ebensowenig wie sich mit einem Schlage die schon bestehenden Produktivkräfte so weit werden vervielfältigen lassen, als zur Herstellung der Gemeinschaft nötig ist. Die aller Wahrscheinlichkeit nach eintretende Revolution des Proletariats wird also nur allmählich die jetzige Gesellschaft umgestalten und erst dann das Privateigentum abschaffen können, wenn die dazu nötige Masse von Produktionsmitteln geschaffen ist". (S. 23/24).

202) Sie lauten (Kapital Bd. 1, S. 126): „Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andern Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses besonderen Artikels notwendige Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit . . ."

(S. 127) „Um die allgemeine menschliche Natur so zu gestalten, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und eigenartige Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet. Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden."

(S. 152) „Die Arbeit, die als höhere, kompliziertere Arbeit gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit gilt, ist die Äußerung einer Arbeitskraft,

ethischen Gleichwertigkeit aller Arbeit überzeugt sein oder ihre Bedeutung für die menschliche Gesellschaft als noch so gleichmäßig behaupten, leugnen wollen, daß die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionskosten für die Arbeitskraft eines fachmännisch vorgebildeten Beamten (Richters, Lehrers, Technikers) andere, höhere sein werden als die eines gelernten Arbeiters, und diese wieder höher als die eines ungelernten, und daß dies auch im proletarischen Staat noch recht lange so bleiben wird. Daran ändert auch die allgemeine Zugänglichkeit aller Schulen und Lehranstalten nichts.

Nur wer so weit ginge, jedermann die Fähigkeit zuzuschreiben, in jeder Stellung an der Arbeit und Leitung des Gemeinwesens in gleich ersprießlicher Weise teilzunehmen, wird davon absehen können. Er muß dann aber, da die Begabungen doch augenscheinlich ungleiche sind, eine derartige Vereinfachung der staatsleitenden und verwaltenden Tätigkeit voraussetzen, daß sie sich in mechanische „Registrierung und Kontrolle" auflöst; und das heute schon, nicht erst in einer fernen Zukunft.

Das ist die, allerdings nicht konsequent durchgeführte Anschauung Lenins. Denn, wenn er einmal die Tätigkeit der in Staatsleitung und Verwaltung Beschäftigten sofort auf die „einfachen Funktionen von Buchhaltern und Aufsehern" [203]) herabdrücken will, so sieht er doch wohl die Unmöglichkeit radikaler Abschaffung ein [204]) und spricht an anderer Stelle davon, daß die Ministerien durch „aus Fachleuten gebildete Kommissionen" [205]) ersetzt werden sollen, was jedenfalls ein deutliches Abrücken von dem Gedanken der Möglichkeit, sämtliche Funktionen in Kontrolle und Registrierungsarbeit umzuwandeln, bedeutet, welche Arbeit alle Welt zu erledigen imstande sei.... Wo er aber der Frage über das technisch vorgebildete Personal nicht ausweichen kann, genügt ihm der einfache Hinweis, „diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen".

Es hängen diese Anschauungen miteinander zusammen und sind durchaus nicht scharf geschieden. Das verknüpfende Band ist der Gedanke der Vereinfachung a l l e r Arbeit, ihre Umwandlung in

---

worin höhere Bildungskosten eingehen, deren Produktion mehr Arbeitszeit kostet und die daher einen höheren Wert hat als die einfache Arbeitskraft."

Wert und Preis brauchen natürlich nicht zusammenzufallen.

203) L e n i n, Staat und Revolution, S. 45.

204) Ebenda S. 44. — 205) Ebenda S. 109.

rein mechanische Handgriffe. Oder, wie dies Sombart ausdrückt: „Das ‚Beamtentum' soll im Laufe der Zeit als besonderer Apparat verschwinden, (und kann es, weil die Beamtentätigkeit immer einfacher wird, meinen sie). So wie die Hierarchie in der Fabrik verschwindet, einer alles machen kann, weil die Handgriffe dank der Entwicklung der Technik und der Arbeitsorganisation so einfach werden, daß sie jedermann in kürzester Frist erlernen kann" [206]).

Da aber dieser Idealzustand, der nach Sombart die Verwirklichung eines „Lieblingsgedankens von Karl Marx" bedeutet, trotz allem noch in weiter Ferne liegen dürfte, glauben wir, daß dem Geiste der Marxschen Lehre, der die wirtschaftlichen Verhältnisse einer gegebenen Zeit vor allem zu berücksichtigen gebietet, und dem in einem solchen Staatswesen noch fortgeltenden Wertgesetz die nachstehende Formulierung besser zu entsprechen scheint, als die allzu doktrinäre der Kommune. Und zwar: Entlohnung der nur „politisch" für den Staat Tätigen zu einem bestimmten, nicht hoch gegriffenen Satze, etwa dem hochqualifizierter Handarbeit, — das verschafft auch die nötige Sicherheit vor Ämter- und Stellenjagd und entspricht überdies in gewissem Umfange dem demokratischen Grundgedanken, daß zur politischen Mitarbeit jeder gleich berechtigt, wenn auch nicht gleich berufen ist, — aber Entlohnung der Facharbeit mit nach den Wert- und Preisgesetzen sich bildenden Gehältern, nicht aber Vergewaltigung dieser Gesetze durch willkürliche Taxen. So dürfen wir gegen diese Maßnahme, soweit sie eine allzu doktrinäre wird, gegen Marx seine eigene Autorität anrufen.

Wenig ist über die Frage der Möglichkeit jederzeitiger Wählbarkeit und Abberufung der Beamten zu sagen. Das sind Fragen, die nichts dem Marxismus allein Eigentümliches enthalten. Fraglich kann nur ihre praktische Durchführbarkeit und ihre Zweckmäßigkeit im Einzelfalle sein, wobei auch hier eine Scheidung nach „technischer" und „politischer" Arbeit denkbar wäre.

Der letzte hierher gehörige Punkt war: die Umgestaltung der Kommune zu einer nicht „parlamentarischen", sondern „arbeitenden", d. h. zugleich vollziehenden und gesetzgebenden Körperschaft. Marx war kein übermäßiger Freund der Parlamente und des Parlamentarismus und konnte es schwerlich sein, wenn man sich die gesetzgebenden Körperschaften vorstellt, die er vor Augen hatte, und dazu seine ganze Geistesrichtung und sein Temperament hält.

206) Sombart, Sozialismus, S. 158.

Damals, wie später öfters wieder, fehlten die zwei Vorbedingungen, die Kautsky für das Gedeihen des Parlamentarismus nennt: „eine starke einheitliche Majorität“ und „ein großes soziales Ziel, dem diese Majorität energisch zustrebt“[207]). So hat Marx schon in seinem Artikel in der „Tribune“ vom 27. Juli 1852 das bittere und böse Wort gesprochen von der „unheilbaren Krankheit des parlamentarischen Kretinismus, . . . einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Überzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschicke und ihre Zukunft durch eine Majorität von Stimmen in dem besonderen Vertretungskörper gelenkt und bestimmt wird, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht, Krieg, Revolution . . ., daß alles das nichts ist im Vergleich zu den unermeßlichen Ereignissen, die im Schoße der wichtigen Frage ruhen, der, was immer sie sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gehört“[208]) und damit den antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung einen willkommenen Anknüpfungspunkt geboten.

Wenn aber Lenin den Meister zu übertrumpfen sucht durch die Bemerkung, daß „die eigentliche ‚staatliche‘ Arbeit hinter den Kulissen, von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet wird“[209]), „in den Parlamenten nur geschwätzt wird, um das einfache Volk zu nasführen“[209]), dann hätte er wohl auch auf die nicht unerhebliche ernste Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen hinweisen müssen. Nach außen hin wird jedes Parlament — fast kann man dies aus dem Namen ableiten — eine „Schwatzbude“ sein, ob aber gerade das nach Marx von Lenin anempfohlene Mittel „die Parlamentarier selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst prüfen, was sie verwirklichen, vor ihren Wählern die unmittelbare Verantwortung tragen“[210]) zu lassen, das Heilmittel dagegen sein kann, bleibe dahingestellt. Was gegen die Vereinigung mehrerer oder gar aller „Gewalten“ in einer Hand vorgebracht werden kann, das hat mit bisher unübertroffener Meisterschaft schon ein Jahrhundert vorher Montesquieu gesagt. Ausgehend von dem Gedanken: „Mais c'est une expérience éternelle que tout

207) Kautsky, Weg zur Macht, S. 47.

208) Marx, Revolution und Kontrerevolution, S. 107/108; ebenso spricht er von den „Parlamentskretins“ in seinem Briefe an Engels vom 27. Dezember 1863. Briefwechsel, Bd. III, S. 151.

209) Lenin, Staat und Revolution, S. 42. — 210) Ebenda S. 42/43.

homme qui a du pouvoir est porté à en abuser"[211]) hat er der Erörterung der Frage der „Gewaltenteilung" das wichtigste Kapitel seines Buches gewidmet. Und daß seit damals sich die Natur des Menschen gewandelt, wird vielleicht behauptet, kaum aber bewiesen werden können[212]).

5. Das allgemeine Wahlrecht

Hier aber haben wir nunmehr einen Punkt erreicht, wo die ernstlichsten Abweichungen der Ansichten Lenins von denen Marx' festzustellen sind. Es ist die Frage, wie die Kommune gebildet wurde, wie die Funktionen auf ihre Mitglieder übertragen wurden, und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die Bildung ähnlicher proletarischer Republiken, denen sie ja als Muster dienen sollte. Mit klaren Worten sagt es Marx: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten.... Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse." Und: „Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter ... auszusuchen"[213]). Und Engels bekräftigt es: „Sie besetzte alle Stellen ... durch Wahl nach dem allgemeinen Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten"[214]). Nur nebenbei sei bemerkt, daß daher auch die Zusammensetzung der Kommune keineswegs eine derartige war, daß etwa politischen Gegnern die Teilnahme an der Wahl oder an den Vertretungskörpern unmöglich gemacht war. So waren unter ihren 90 Mitgliedern 21 Oppositionelle. Sogar „Kapitalisten" gehörten ihr an. Von einem unter ihnen (Beslay) sagt Marx ausdrücklich, daß diese Eigenschaft ihn nicht hinderte, ihr ein aufopferndes Mitglied zu sein[214a]).

Lenin will dagegen das Wahlrecht nur auf die „Werktätigen" beschränken und hat dies ja auch in der Sowjetverfassung erreicht.

211) Montesquieu, De l'Esprit des Lois. 2. Buch, 4 Kap., Bd. 2, S. 43.

212) Der Parlamentarismus als solcher schließt die Vereinigung mehrerer Gewalten in einem Organ nicht aus; vgl. England, das „Musterland" des Parlamentarismus, wo das Parlament höchstes Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgan ist.

213) Lenin selbst zitiert diese Worte S. 37 und 40.

214) Engels, Vorwort zu Marx, Bürgerkrieg, S. 15.

214a) Marx, Bürgerkrieg, S. 35.

Es wäre immerhin möglich, daß er sich ausschließlich oder vorwiegend durch das ungünstige Urteil, das Engels über das allgemeine Wahlrecht fällte, und das er nun als maßgebend hinstellt, beeinflussen ließ: „Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat“ [215]).

Dagegen ist zweierlei einzuwenden: einmal, daß Engels seine Bemerkung ausschließlich auf den „heutigen“, d. h. den bürgerlichen Staat bezieht und nicht auf den späteren „proletarischen“; zum andern, daß auch hier, wenn Lenin sagt, Engels spreche dies „unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie“ [216]) aus, Behauptung für Beweis steht, dieser Beweis auch kaum erbracht, ja diese Behauptung kaum aufrecht erhalten werden kann. Engels' Buch erschien 1884, eine deutsche Sozialdemokratie gab es seit 1875, und nur, wenn man die Erfahrungen ihrer Vorgängerinnen im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich hinzunimmt, standen solche seit 1867 [217]) zur Verfügung; und zudem hatte Engels gerade von den deutschen politischen Verhältnissen keine allzu günstige Meinung, stand ihnen überdies auch nicht allzu sachkundig gegenüber.

Wie Marx und Engels über das Wahlrecht in einer demokratischen Republik dachten, und welche Bedeutung sie ihm beilegten, zeigen vielmehr die Worte des französischen Parteiprogramms (angenommen auf dem Kongreß von Le Havre 1880). Dieses muß als offizielle, bekanntlich von Marx, Engels, Guesde und Lafargue gemeinsam redigierte Kundgebung als ungleich maßgeblicher angesehen werden, denn es ist anzunehmen, daß Marx-Engels bei einer derartigen Publikation jedes Wort genau erwogen haben, ehe sie es niederschrieben; wenn sie schon an dem deutschen Programm von 1875 (und Engels auch an dem von 1891), das ohne ihre direkte Mitwirkung zustande kam, jeden Ausdruck so scharf prüften. Da aber heißt es (vorletzter Absatz der „Erwägungen“): „In Erwägung, daß eine solche Organisation mit allen dem Proletariat zu Gebote stehenden Mitteln angestrebt werden muß, inbegriffen das allgemeine Stimmrecht, das so aus einem Mittel der Prellerei, das es bis-

215) Engels, Ursprung, S. 182.

216) Lenin, Staat und Revolution, S. 13.

217) Resp. 1869, wenn man die „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ berücksichtigt.

her war, zu einem Mittel der Emanzipation wird" (transformé ce moyen le duperie qu'il a été jusqu' ici en instrument d'émancipation"[218]).

Dies blieb nach den weiteren Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, die langsam wirklich zu langjährigeren heranreiften, Engels' bis zum Tode festgehaltene Meinung. Auch in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes hatte das allgemeine Wahlrecht seine Schuldigkeit getan, und so konnte er in seiner schon zitierten Vorrede zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" von 1895 schreiben: „Sie (die deutschen Arbeiter) hatten . . . ihren Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert, indem sie ihnen gezeigt, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht. Das allgemeine Stimmrecht hatte schon lange in Frankreich bestanden, war aber in Verruf gekommen durch den Mißbrauch, den die bonapartistische Regierung damit getrieben. . . . Die revolutionären Arbeiter der romanischen Länder hatten sich angewöhnt, das Stimmrecht als einen Fallstrick, als ein Instrument der Prellerei anzusehen. In Deutschland ist das anders. Schon das Kommunistische Manifest hatte die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamiert . . ., und von dem Tag an (es folgt das obige Zitat aus dem französischen Programm)"[219]).

Engels bezeichnet also endgültig, und das ist eine Bestätigung unserer Auffassung, das allgemeine Stimmrecht als Mittel zur Erlangung der Demokratie und als Mittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse, und seine ganzen weiteren Ausführungen in dieser Vorrede lassen den Wert, den er ihm als Waffe im politischen Kampf beimißt, klar erkennen, wenn auch dieses Schwert allein nicht alle Schlachten schlagen kann.

Seine Rolle für die Kommune hat Kautsky in den kurzen Satz zusammengefaßt: „Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden"[220]); und das ist seine Bedeutung in jeder Demokratie[221]).

218) Abgedruckt Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2. S. 508.

219) Engels, Vorrede zu Marx, Klassenkämpfe, S. 16.

220) Kautsky, Demokratie, S. 30.

221) Auf die Rolle des allgemeinen Wahlrechts wird weiter unten wegen der Bedeutung dieses Gegenstandes nochmals zurückzukommen, und auch Marx' Ansicht zu entwickeln sein.

Das also sind die Mittel, die das Proletariat anzuwenden hat, um die Sprengung der bisherigen Staatsmaschine durchzuführen. Es sind Mittel einer zum großen Teil „primitiven“ Demokratie; es ist beachtenswert, daß die Idee des „Recall“, der jederzeitigen Abberufungsmöglichkeit unter ihnen eine nicht unbedeutende Rolle spielt, und daß die „gebundenen“ Mandate von Engels im Zusammenhang damit ausdrücklich als überflüssig bezeichnet werden. Das ist begreiflich. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß das Wort „primitive Demokratie“ keineswegs Abschaffung der Vertretungskörperschaften bedeutet. — Marx hatte diese Mittel den Erfahrungen der Kommune abgenommen, Lenin will sie nun für ein großes Reich anwenden; aber er wendet sie nicht an, dem „Volke“, der Allgemeinheit die Herrschaft zu gewinnen, sondern dem Proletariat, dem „Vortrupp der Ausgebeuteten“, der speziell in Rußland nicht viel mehr als wirklich nur ein „Vortrupp“ ist, die Diktatur zu sichern.

6. Diktatur oder Demokratie

Die Masse könnt ihr nur durch Masse zwingen.
Goethe

An die Stelle der zertrümmerten muß eine neue Staatsmaschine gesetzt werden, eine Staatsform, in der die Diktatur des Proletariats geübt wird, und die ihr angemessen sein muß. Die sollten die erwähnten Mittel mitschaffen helfen. Sie lassen aber auch deutlich erkennen, wer nach Marx diese Diktatur schaffen, wer sie üben sollte: das ganze Volk mittels des allgemeinen Stimmrechts im Geiste der Demokratie. Das allein scheint Marx das Mittel, das in der Demokratie potentiell herrschende Proletariat zum wirklich herrschenden zu machen. Es bedarf auch kaum eines andern als dieses, folgerichtig angewendet. Denn da in der Demokratie die Zahl das ausschlaggebende Moment ist, wird in ihr herrschen können, wer über die Zahl verfügt, wenn ihm nur nicht die Möglichkeit genommen ist, von dieser Zahl Gebrauch zu machen. Sie wird aber gesichert durch das allgemeine Stimmrecht, und damit in einem Staatswesen, „wo die Volksvertretung alle Macht in ihren Händen vereinigt“, die unumschränkte Herrschaft der Partei, die über eine starke Mehrheit verfügt. Ist die Partei der politische Ausdruck einer Klasse, so wird dieser die Herrschaft und, mittelbar, die Regierung zufallen. Die wird dann freilich eine Änderung im neuen Geiste erfahren. Menschen anderer Gesinnung werden sie

bilden, sie und den Staatsapparat, soweit er aus Menschen besteht; und in anderem Sinne wird er sachlich gehandhabt werden.

Darum, so scheint es, haben sich Marx-Engels die Diktatur des Proletariats nur in Form der demokratischen Republik, und unzertrennlich mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpft, vorgestellt; und ihre Lehren nicht nur nicht beachten, sondern ihnen entgegenhandeln heißt, die proletarische Diktatur auf etwas anderes gründen und sie in anderer Form durchsetzen wollen.

Dagegen verlangt Lenin, wie schon erwähnt, die Diktatur des „Vortrupps der Ausgebeuteten", ja in späteren kommunistischen Schriften wird die des kommunistischen Proletariates gefordert. Logische Fortführung dieses Gedankens heischt aber Einschränkung der sie Übenden auf einen immer kleineren Kreis, auf immer kleinere Minderheiten, ja auf einzelne, bei gleichzeitiger Ausdehnung ihres Anwendungsbereiches. Die Praxis hat ja auch zur Verwirklichung dieser Forderung geführt, welche die bolschewistische Theorie, die vielfach nichts anderes als nachträgliche theoretische Rechtfertigung praktischen Geschehens ist, dann ihr nachhinkend vertreten hat.

Zu dieser Leninschen Forderung wäre aber a priori bereits zu bemerken, daß es im höchsten Grade befremdlich und widerspruchsvoll erscheinen müßte, hätten Marx-Engels, deren demokratische Neigungen wie aus den oben gebrachten Belegstellen so aus allen ihren Schriften hervorgehen, dem Gedanken der Diktatur des Proletariats wirklich jene Gestalt geben, den er bei Lenin erhält. Marx hat die Diktatur des Proletariats gefordert, aber er fordert sie auf demokratischer Grundlage; die demokratische Republik ist ihm ihre spezifische Form und das allgemeine Stimmrecht die für sie unerläßliche Voraussetzung.

Ein Beweis statt vieler: Engels nennt die Kommune die praktische Erscheinungsform der Diktatur des Proletariats. Eine Untersuchung der Art und Weise ihres Zustandekommens und ihres Arbeitens enthüllt ihren durchaus demokratischen Charakter. Es sei nur auf ihre oben angegebene Zusammensetzung verwiesen. Kautsky hat diese Untersuchung der Kommune, die ja auch für Lenin das zu befolgende Vorbild ist, in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats" vorgenommen, ebenda auch die Frage des Verhältnisses von Diktatur und Demokratie vom marxistischen Standpunkt aus einer nahezu erschöpfenden Prüfung unterzogen. Immerhin scheint

es uns notwendig, folgendes als ergänzende Klarstellung vorzubringen:

Zunächst: Was ist unter „Diktatur des Proletariats" im Sinne von Marx-Engels zu verstehen? Die Frage ist größtenteils schon in den obigen Zitaten beantwortet. Es ist eine politische Übergangsperiode, die der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft entspricht; oder, wie Kautsky im „Weg zur Macht" sagt: „die politische Alleinherrschaft des Proletariats, als der einzigen Form, in der es die politische Macht auszuüben vermag"[222]).

In diesem Zusammenhang ist aber wohl zu beachten, daß der Gedanke von der Diktatur des Proletariats von Marx nicht erst 1875 im Gothabrief ausgesprochen wurde, also nach den Erfahrungen der Kommune, wie Lenin behauptet[223]), und worin ihm offenbar auch Kautsky beipflichtet, der, anscheinend um die Bedeutung der Worte nicht übergroß erscheinen zu lassen, darauf hinweist, daß Marx diese Worte einmal und erst im Gothabrief gebraucht habe[224]). Marx hat diesem Gedanken vielmehr bereits in seiner Jugend Wort verliehen, und zwar in den Aufsätzen der „Neuen Rheinischen Zeitung", die später zu der Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich" zusammengefaßt wurden[225]). Hier gebraucht Marx eine Definition, die sich mit der ein Vierteljahrhundert später im Gothabrief aufgestellten nahezu wörtlich deckt: „. . . der revolutionäre Sozialismus, . . . der Kommunismus. . . . Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats, als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen"[226]). Hier auch bezeichnet er die Losung „Sturz der Bourgeoisie, Diktatur der Arbeiterklasse" als „kühne revolutionäre Kampfparole"[226 a]). Also: die Diktatur des Proletariats ist k e i n

222) K a u t s k y, Weg zur Macht, S. 20.

223) L e n i n, Staat und Revolution, S. 23.

224) K a u t s k y, Diktatur, S. 20 und 60.

225) So spricht er von der Diktatur des Proletariats und der der Bourgeoisie auf S. 43, 69, 89, 92, 94.

226) M a r x, Klassenkämpfe, S. 94. — 226 a) Ebenda S. 43.

gelegentlicher Einfall von Marx, sondern eine von ihm zu verschiedenen, weit auseinanderliegenden Zeitpunkten geäußerte Ansicht.

Aber diese Schrift, die den Gedanken von der Diktatur des Proletariats zum erstenmal formuliert, gibt auch den Schlüssel zu dem Verständnis dessen, was Marx unter ihr verstand. Sie ist ihm, das geht nicht nur aus den einzelnen Stellen dieser Schrift hervor, vielmehr aus ihrem ganzen Geiste, das Spiegelbild der Diktatur der Bourgeoisie, wie die Kommune nach Marx eben der „gerade Gegensatz des Kaiserreiches" war[227]). Das ist ganz begreiflich. In diesen Jahren, in denen Marx' dialektische Geschichtsauffassung in allen Schriften hervortrat, konnte für ihn der proletarische Staat als Gegenpol zum Bourgeoisiestaat nichts anderes denn die Diktatur des Proletariats als Gegenbild jener der Bourgeoisie sein, und er spricht auch deutlich genug von der Herrschaft der Bourgeoisie als der Bourgeoisiediktatur. Hatte sich ihm diese etwa in Form der „konstitutionellen Republik" (eine Phrase der Jahre 1848/49) dargestellt, so die Diktatur des Proletariats als „demokratische", als „soziale" Republik. „Die konstitutionelle Republik, das ist die Diktatur seiner (des Bauers) vereinigter Exploiteurs, die sozialdemokratische, die rote Republik, das ist die Diktatur seiner Verbündeten" (des Proletariats)[227 a]). Nur das ganze Volk oder seine übergroße Mehrheit kann die Diktatur üben: „Es ist da freilich einzuwenden, daß das vrai peuple, einmal siegreich, selbst Diktator gewesen wäre"[228]). Nur aus dieser dialektischen Gegenüberstellung scheint der Gedanke von der Diktatur des Proletariats begreiflich, denn von Diktatur haben Marx-Engels auch bei anderen Gelegenheiten gesprochen: so, wie eben erwähnt, von der der Bourgeoisie, von der des Volkes, aber auch von der der Nationalversammlung[228 a]) und schließlich auch von der „bonapartistischen Halbdiktatur", welche Diktatur selbst wieder gezwungen ist, diese materiellen Interessen der Bourgeoisie widerwillig zu adoptieren[228 b]). Aber eben diese verschiedenen

227) **Marx**, Bürgerkrieg, S. 48.

227a) **Marx**, Klassenkämpfe, S. 89

228) **Engels an Marx**, Brief vom 11. Dezember 1851. Briefwechsel, Bd. I, S. 276/77.

228a) **Marx an Engels**, Brief vom 9. Dezember 1851. Ebenda S. 274.

228b) **Engels an Marx**, Brief vom 13. April 1866. Briefwechsel, Bd. III, S. 312. Vielleicht ist als Kuriosum zur Geschichte des Diktaturgedankens

Subjekte weisen darauf hin, was für Marx die Diktatur als solche im allgemeinen und die Diktatur einer einzelnen Klasse im besonderen bedeutete. Eine wie die andere, die Bourgeoisie-, wie die Proletariatsdiktatur ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr eine Klasse die „Allein"herrschaft auf die vorübergehende, der ökonomischen Umwandlung entsprechende Zeit innehat. Das bedeutet aber durchaus nicht vollständige Rechtloserklärung, die Vogelfreistellung der anderen Klasse. Sowenig der Proletarier im Bourgeoisiestaat nur Objekt, nicht Subjekt der Rechtsordnung sein konnte, sowenig der Bürger im Feudalstaate rechtloser Sklave war, kann dies der Bourgeois im proletarischen Staate sein, ja weniger noch, den geänderten Humanitätsidealen entsprechend. Diktatur einer Klasse bedeutet vielmehr, daß die Klasse, der sie zufiel, den allein maßgebenden, ausschlaggebenden Einfluß in dem ihr und ihren ökonomischen Zuständen gemäßen Staatswesen ausübt, Gebrauch und Umwandlung des Staatsapparates vor allem im Sinne ihrer Wünsche, zur Sicherung ihrer Herrschaft und ihrer ökonomischen Ziele. Und weiter: übt die Bourgeoisie ihre Diktatur durch das ihr eigentümliche Machtmittel, das wirtschaftliche, dann entspricht ihm die Waffe der Zahl als die dem Proletariat eigentümliche.

Darum also keine Diktatur des Proletariats ohne demokratische Republik, ohne allgemeines Wahlrecht, ohne weitgehende und immer weitergehende Verwirklichung des demokratischen Gedankens. Die demokratische Republik und nur diese Staatsform gibt den Rahmen ab für die Diktatur des Proletariats im Marxschen Sinne; einen Rahmen, den es ausfüllen kann, sobald es an Zahl und Reife, im weitesten Sinne des Wortes, stark genug dazu ist. Es handelt sich darum, diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, diesen eroberten Rahmen mit einem bestimmten Inhalte zu erfüllen, mit klarem Willen, mit neuem Geiste; nicht zur Erhaltung der bestehen-

noch nachstehende Stelle aus Marx' Brief an Engels vom 10. August 1869 erwähnenswert, weil sie darzutun scheint, daß die „Diktatur des Proletariats" auch damals in den Köpfen — wenn auch vielleicht mehr der Gegner der Arbeiterbewegung — gespukt haben muß: „In dem französischen Polizeiblatt — L'Internationale — Artikel ‚La Dictature universelle' gegen die Internationale Arbeiterassoziation, hervorgerufen durch die vielen, Schlag auf Schlag folgenden Streiks in Frankreich. Dieser Artikel von Jerusalem schließt wie folgt: . . . . „mais, pour l'instant, nous déclarons que la Ligue internationale est veritablement la Dictature universelle. Attendons le moment ou ses caisses seront pleines". Marx kann es nicht unterlassen, beizufügen: „Wenn der Kerl bis dahin wartet, kann er lange warten". Briefwechsel, Bd. IV, S. 188.

den Ordnung, sondern zu ihrem Sturze und dem Aufbau einer neuen, wenn dies eine Partei ist, die die bestehende soziale und Wirtschaftsordnung verneint, eine neue herbeiführen will und ihren Anschauungen eine allgewaltige Mehrheit gewonnen hat. Erscheint ihr dies nur möglich durch Änderung der Eigentumsverhältnisse — wofür natürlich bestimmte ökonomische Voraussetzungen für Marx-Engels gegeben sein müssen —, dann kann sehr wohl auch dies Gegenstand der in demokratischen Formen gehandhabten Staatstätigkeit und Gesetzgebung bilden. Auf diesem Wege soll das sozialistische Gemeinwesen Wirklichkeit werden. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der ihnen entsprechenden Schichtung der Bevölkerung läuft aber jeder Versuch, die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen, auf nichts anderes hinaus, als den Ersatz einer Minderheitsherrschaft durch eine andere. Darum ist der Versuch, den marxistischen Grundgedanken jetzt zu verwirklichen, unmarxistisch zu nennen.

Die erwähnte Umgestaltung der sozialen Ordnung durch Änderung der Eigentumsverhältnisse will das marxistische Proletariat. Dazu gebraucht es die Diktatur. Nicht ein „ob", nur ein „wie" kann darum für es in Frage kommen.

Bevor wir in den sich hieraus ergebenden Folgerungen weitergehen, noch eine Zwischenbemerkung. Diese Darlegungen scheinen uns auch eine Antwort auf die sich leicht aufdrängende Frage zu geben, ob der Gedanke der Diktatur überhaupt mit dem der Demokratie verträglich ist und ob die Ansicht, die das behauptet, nicht eine Art Taschenspielerkunststück vornimmt, denn Diktatur scheint ja schlechthin ein durchaus undemokratischer und daher, wie wohl behauptet werden darf, durchaus unmarxistischer Begriff zu sein. Obige Ausführungen dürften indessen dargetan haben, daß diese Begriffe eben in der Form wie sie ihnen Marx, nicht aber Lenin gab, wohl vereinbarlich sind, zumal wenn wir hinzunehmen, was oben über den Übergang zur Demokratie und ihrem „Ausbau" gesagt wurde und sogleich noch über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus gesagt werden soll. Dann werden wohl Kautskys Worte über diese Frage als im Geiste Marx' gesprochen angesehen werden müssen: „Die Diktatur des Proletariats war ihm (Marx) ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der Demokratie notwendig hervorgeht" [229]).

229) Kautsky, Demokratie, S. 38.

Denn der Marxismus als sozialistisches System will Demokratie, will Gleichberechtigung nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr dies verwirklicht wird, desto mehr wird die Wirtschaft eine sozialistische. Denn was die Demokratie in der bisherigen Erscheinungsform vom Sozialismus scheidet, ist, wie Steffen betont, nur dies: „. . . sie ist nur politisch demokratisch, will nur p o l i t i s c h den Gedanken der Gleichberechtigung gelten lassen, lehnt seine Verwirklichung auf w i r t s c h a f t l i c h e m G e b i e t e ab“[229a]). Denn „die Bourgeoisie hat, höchstens, ein politisches Demokratismusideal. Wirtschaftlich ist die Bourgeoisie stets Anhängerin der sozialen ‚Diktatur‘ der Kapitalistenklasse gewesen“[230]). Denn zu gut weiß und empfindet sie: konsequente Demokratie auch auf wirtschaftlichem Gebiete, heißt Sozialismus. Und Marx war es, der, so scheint es wohl, diese Unzertrennlichkeit erkannte. Spricht er es nicht mit Worten selbst aus, so liegt der Gedanke doch so sehr seinem ganzen System zugrunde, daß überall die Forderung nach politischer Demokratie als Mittel zur Erringung des Sozialismus, also auch der wirtschaftlichen, auftritt und dieser selbst nur Stufe zur Erfüllung des Ideals: der Demokratie als Gleichberechtigung aller in allen Äußerungsformen des menschlichen Lebens ist.

Der Auffassung, daß Sozialismus nicht nur politische, sondern auch ökonomische Gleichberechtigung bedeutet, hat Engels im Anti-Dühring ganz deutlich Ausdruck verliehen. So heißt es daselbst: „Die Vorstellung, daß alle Menschen als Menschen etwas Gemeinsames haben und so weit dieses Gemeinsame reicht auch gleich sind, ist selbstverständlich uralt. Aber hiervon ganz verschieden ist die moderne Gleichheitsforderung; diese besteht vielmehr darin, aus jener gemeinschaftlichen Eigenschaft des Menschsein, jener Gleichheit der Menschen den Anspruch auf gleiche politische resp. soziale Geltung aller Menschen oder doch wenigstens aller Bürger eines Staates oder aller Mitglieder einer Gesellschaft ab-

229a) S t e f f e n, Problem, S. 84 und besonders scharf S. 86: „Mit dem Produktionssystem rechnend, das sich innerhalb der modernen Gesellschaft entwickelt hat und allein imstande ist, die gewaltigen modernen Menschenmassen zu ernähren und in Wohlstand zu erheben, kann der wirtschaftliche Demokrat unmöglicherweise etwas anderes sein als prinzipieller Sozialist.“

230) Ebenda S. 148.

zuleiten" [231]). Und: „Die Proletarier nehmen die Bourgeoisie beim Wort: die Gleichheit soll nicht bloß scheinbar, nicht bloß auf dem Gebiete des Staates, sie soll auch wirklich auf dem gesellschaftlich ökonomischen Gebiet durchgeführt werden. Und namentlich seit die französische Bourgeoisie von der großen Revolution an die bürgerliche Gleichheit in den Vordergrund gestellt hat, hat ihr das französische Proletariat Schlag auf Schlag geantwortet mit der Forderung sozialer ökonomischer Gleichheit, ist die Gleichheit der Schlachtruf speziell des französischen Proletariats geworden" [232]).

Das soll jedoch nicht öden „Gleichheitskommunismus", über den sich Engels ein andermal also äußert, bedeuten: „Denn ich trug dem bornierten Gleichheitskommunismus damals noch ein großes Stück ebenso bornierten philosophischen Hochmutes entgegen; unter Gleichheitskommunismus verstehe ich, wie gesagt, lediglich den Kommunismus, der sich ausschließlich oder vorwiegend auf die Gleichheitsforderung stützt".

Die Epigonen haben diese Gleichsetzung von Sozialismus und bis zu Ende gedachtem Demokratismus kaum so klar empfunden. Selbst Kautsky schrieb 1891: „Indes ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Neugestaltung der Gesellschaft" [233]). Daß diese Umgestaltung die Herbeiführung einer vollkommenen Demokratie bedeutet setzt er aber in seiner Kampfschrift gegen Lenin auseinander. Da heißt es: „Man unterscheidet mitunter zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, also der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion, in der Weise, daß man sagt, diese sei unser Endziel, . . . die Demokratie bloßes Mittel zu diesem Zweck. . . ."

„Genau genommen, ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung ‚jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse' (Erfurter Programm)."

„Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel er-

231) Engels, Anti-Dühring, S. 100.
232) Ebenda S. 104.
233) Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2, S. 816.

scheint, das Proletariat zu befreien. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, wie noch Proudhon annahm, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels."

„Demokratie und Sozialismus unterscheiden sich also nicht darin, daß die eine Mittel ist und der andere Zweck. Beide sind Mittel für den gleichen Zweck." [234]) Also verlangt der Marxismus: Anwendung der politischen Demokratie wie der wirtschaftlichen Demokratie (also des Sozialismus) als Mittel für den gleichen Zweck: der Herstellung der vollen Demokratie in allen Äußerungen des sozialen Lebens, was wir auch oben behauptet haben. Dem entspricht auch Kautskys weitere Bemerkung: „Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft" [235]). Auch kann nur auf Grundlage der weitestgehenden Selbstverwaltung, also voller Demokratie, die sozialistische Produktion durchgeführt werden. Darum können wir sagen, wie dies Grünberg mit klarsten Worten ausdrückte: „Die Sozialdemokratie ist angewandter Sozialismus, wie umgekehrt eine Anwendung des letzteren auf anderer als demokratischer Grundlage begrifflich ausgeschlossen ist" [235 a]).

Aus diesen Darlegungen ist der ganze Abstand der Leninschen Theorie vom Geiste Marx' zu ermessen. Sie will, darauf läuft das Abgehen von ihm in der Frage der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts hinaus, an die Stelle der Diktatur einer Minderheit (der Bourgeoisie) wieder nur die einer andern setzen. Das soll schamhaft verhüllt werden durch die Worte, daß das „Proletariat als Führer der Werktätigen die Leitung der ungeheuern Masse der Bevölkerung . . ." [236]) zu übernehmen haben wird.

Lenin führt hier einen bei Marx nicht vorkommenden Begriff der „Werktätigen" ein, der mit dem des Proletariats durchaus nicht zusammenfällt. Voller Klarheit über diesen bedarf es, denn gerade

---

234) **Kautsky**, Demokratie, S. 7.
235) Ebenda S. 8.
235 a) Artikel Sozialdemokratie. Wbch. d. Vw., Bd. II, S. 799.
236) **Lenin**, Staat und Revolution, S. 25.

bei Worten, die täglich gebraucht werden, wie Scheidemünze, geht die scharfe Prägung, die ihnen aufgedrückt war, leicht verloren.

Marx und Engels haben klar gezeigt, was in ihrer Lehre das alte Wort von dem, der mittellos, dem Staate nur durch seine Nachkommenschaft nützt, bedeutet. So Marx: „Unter ‚Proletarier' ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der das ‚Kapital' produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des ‚Monsieur Capital', wie Pecqueur diese Person nennt, überflüssig ist"[237]). Und Engels gibt in seinen „Grundsätzen" auf die Frage: „Was ist das Proletariat?" zur Antwort: „Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht; deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt. Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist mit einem Worte die arbeitende Klasse des 19. Jahrhunderts"[238]). Kürzer faßt er dies in die Worte zusammen: „Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, den Bourgeois ihre Arbeit zu verkaufen, um die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten ..., heißt die Klasse der Proletarier oder das Proletariat"[239]).

Der Begriff der „Werktätigen" wird bei Lenin nicht definiert. Er nähert sich etwa dem an, was Marx als „produktive Arbeiter" bezeichnet hat, namentlich, wenn man etwa die weiter unten wiedergegebenen Bestimmungen der Sowjetverfassung heranzieht. Marx definiert diesen Begriff so: „Unter die produktiven Arbeiter gehören natürlich alle, die zur Produktion der Ware in der einen oder anderen Weise mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum Direktor, Ingenieur" (als unterschieden vom Kapitalisten)[240]).

Während aber die Kommunisten im Kommunistischen Manifest, obwohl als „praktisch der entschiedenste, immer weiter trei

---

237) Marx, Kapital, Bd. 1, S. 550 Anm.

238) Engels, Grundsätze, S. 9.

239) Ebenda S. 11.

240) Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 1, S. 258. Vgl. hierzu den Artikel von Max Adler in der „Arbeiter-Zeitung" vom 11. 4. 1919.

bende Teil der Arbeiterparteien aller Länder"[241]) bezeichnet, „keine besonderen Prinzipien aufstellen, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen", soll nach Lenin der durch den Marxismus erzogene „Vortrupp des Proletariats", die Arbeiterpartei — also nicht einmal das ganze Proletariat — „die Macht an sich nehmen und das ganze Volk zum Sozialismus führen. Die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter und Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne und entgegen der Bourgeoisie zu sein"[242]).

So wird nicht nach Marx die Herrschaft des Proletariats und seine Diktatur begründet! So wird die Diktatur einer Minderheit geschaffen, eine Diktatur, die sich nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern gegen das ganze Volk, mit Ausnahme der Wenigen, die sie üben, richtet, und so sich Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, halb- und ganzproletarische Existenzen unterwirft, sie drückt, knechtet. „Diktatur nicht des Proletariats, sondern über das Proletariat." Das ist Despotismus, vielleicht „aufgeklärter Despotismus", wie seine Anhänger sagen mögen, aber darum nicht weniger unerträglich. So wird der marxistische Gedanke von der Diktatur des Proletariats als der Diktatur der ungeheuren Mehrheit über die kapitalistische Minderheit verzerrt, verfälscht, in sein Gegenteil verkehrt. Die Kommune freilich, das angebliche Vorbild der Diktatur Leninscher Prägung, wollte nicht die Leitung des Volkes durch eine bestimmte Gruppe sein; sie war „eine Regierung des Volkes durch das Volk" und war darum „wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse"[242a]).

Die Richtigkeit der Ansicht, daß die Diktatur bei Marx nur die Diktatur der ungeheuren Mehrheit war, also durchaus nicht unverträglich mit dem demokratischen Gedanken, haben obige Darlegungen nachzuweisen versucht. Nur ein einziger, gewiß „unverfänglicher" Autor sei für sie noch angeführt: Karl Liebknecht. In seiner Polemik gegen Jean Jaures schrieb er 1902: „Wenn sich Jaures mehrmals mit Emphase gegen die angebliche Idee des Manifestes wendet, den Kommunismus mit Hilfe einer Minorität durchzuführen, so sei nur auf den nirgends abgeschwächten

241) Komm. Manifest, S. 37.
242) Lenin, Staat und Revolution, S. 25.
242a) Marx, Bürgerkrieg, S. 55 und 52.

Satz verwiesen: ‚Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl‘.

„Auch über die Diktatur des Proletariats und das Revolutionsprogramm verfällt Jaures einem entscheidenden Irrtum. Das Manifest setzt, wie erwähnt, einen Sieg der Majorität, deren Herrschaft mit der Demokratie wohl vereinbar ist, voraus. Weil aber eine, wenn auch demokratische Klassenherrschaft des Proletariats stabiliert und diese Klassenherrschaft zu einer energischen Ausnutzung der Staatsmaschinerie im proletarischen Sinne verwendet werden soll, so spricht das Manifest von ‚Diktatur‘ des Proletariats. Das ist — wie auch Engels' Programmbrief zeigt — der Sinn besonders der Sätze auf S. 24 des Manifests, in denen das Wort ‚Demokratie‘ freilich einen etwas weniger verschwommenen Sinn hat, als im revisionistischen Jargon[243])."

Mag sich Lenin also auch gegen die Anschuldigung des „Blanquismus" wehren, den Marx und Engels so scharf verurteilten, es kann nicht geleugnet werden, daß sein Wesen dies ist: „. . . die Ansicht . . ., daß eine verhältnismäßig kleine Zahl entschlossener, wohlorganisierter Männer imstande sei, in einem gegebenen günstigen Moment das Staatsruder nicht nur zu ergreifen, sondern auch durch Entfaltung großer rücksichtsloser Energie so lange zu behaupten, bis es ihr gelungen, die Masse des Volkes in die Revolution hineinzureißen und um die führende kleine Schar zu gruppieren. Dazu gehört vor allen Dingen strengste diktatorische Zentralisation aller Gewalt in der Hand der neuen revolutionären Regierung"[244]). Lenin will nicht nur dies, durch eine Minderheit das Volk in die Revolution hineinreißen, er geht darüber hinaus, will durch eine Minderheit auch die soziale Umgestaltung erzwingen.

Zentralismus und Föderalismus bei Marx'

Der Streit, ob Marx Zentralismus oder Föderalismus durch die Kommuneverfassung verwirklicht sah, wird ein Wortstreit bleiben, solange nicht der Begriff des Zentralismus eindeutig bestimmt ist.

243) **Liebknecht**, Neue Methode, S. 714.

Eine ähnliche Auffassung kommt auch in der Schrift von **Borchardt**, Diktatur des Proletariats, zum Ausdruck, der nachzuweisen sucht, daß das „Proletariat" Deutschlands 93½—99% der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung umfaßt. Er fordert deren Diktatur als Diktatur der ungeheuren Mehrheit a. a. O. S. 7.

244) **Engels**, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg, S. 39/40.

Versteht man darunter die geschlossene, möglichst viele territoriale und sachliche Gebiete der Verwaltung ergreifende Organisation, die Lenkung des ganzen Staates von einem Zentrum aus, die den Gliedern möglichst wenig Selbständigkeit gewährt, — dann war Marx gewiß kein Zentralist, denn er wollte der Zentralregierung nur „wenige, aber wichtige Funktionen" erhalten wissen; versteht man darunter nur Aufrechterhaltung der nationalen Einheit durch den innigen, freiwilligen Zusammenschluß der Teile zu einer höheren, dann war er Zentralist zu nennen. Und ebenso: sieht man weitestgehende Selbstverwaltung und Freiheit der Selbstbestimmung der einzelnen Teile bei freiwilliger Unterordnung unter das Ganze als Föderalismus an, dann war er Föderalist; nicht aber, wenn die Freiheit zur Selbstauflösung, zur Wirkungslosigkeit jeder vom Zentrum ausgehenden Maßregel führen soll, zur praktischen Unabhängigkeit jedes Teiles.

Ist durch die im vorstehenden erörterten Maßnahmen die bisherige Staatsmaschine vernichtet, die Demokratie ausgebaut, dann kann endlich die Quantität in die Qualität übergehen und muß dies. Denn durch die Diktatur des Proletariats und ihre Übung im Marxschen Sinne wird der wirtschaftliche Demokratismus herbeigeführt; und sind beide, politischer und wirtschaftlicher, verwirklicht, die Institutionen des politischen und wirtschaftlichen Lebens durch Wandel der Personen und der Dinge in solche grundsätzlich anderen Geistes übergeführt, dann ist jener Zustand erreicht, der das vorschwebende Endziel des Marxismus bildet: die klassenlose, auf voller Gleichberechtigung aller beruhende Gesellschaft.

III. Das Gemeinwesen der kommenden Gesellschaft

Qui bene distinguit, bene docet.

Sein politischer und wirtschaftlicher Charakter

In ökonomischer Hinsicht soll diese Gesellschaft, die an die Stelle der bürgerlichen treten soll, „eine Assoziation sein, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"[245]). Welches aber soll die „politische" Form dieser neuen Gesellschaft sein; wird sie überhaupt ein „poli-

245) Komm. Manifest, S. 45.
Hinsichtlich der Einzelheiten, ja auch hinsichtlich des Wesens dieser ökonomischen Organisation war Marx nicht ganz konsequent. Vgl. hierzu Cunow, Diktatur, S. 170 ff.

tisches“ Gemeinwesen darstellen, m. a. W., wird das Gemeinwesen der künftigen Gesellschaft ein Staat sein? Nach Engels ist schon das Staatswesen der proletarischen Diktatur, der proletarische Staat, kein Staat im eigentlichen Sinne. Auch die Worte im Kommunistischen Manifest, daß die öffentliche Gewalt den politischen Charakter verlieren werde[246]), zeigen deutlich, ebenso wie die viel späteren: „Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen“[247]), daß das kommende Gemeinwesen kein „Staat“ sein werde.

Andererseits scheinen die Worte von Marx im Programmbrief „. . . statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft)“[248]), und „welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden“[249]) noch mehr dafür zu sprechen, daß die künftige Gesellschaft den Staat kennen wird, als etwa die Worte von der „letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft“, die nur die Möglichkeit einer Auslegung dahin zulassen, daß darauf ein Staat der kommunistischen Gesellschaft folgen werde.

Lenin meint, daß obige Worte sich auf den „absterbenden Staat“ beziehen. Das könnte ohne weiteres angenommen werden, wenn man, wie dies oben geschah und wie dies auch Lenin verschiedentlich tut, den absterbenden Staat dem proletarischen gleichsetzt. Wenn aber der proletarische Staat die Diktatur des Proletariats bedeutet, dann sprechen Marx' Worte „Das Programm nun hat es weder mit letzterer (der Diktatur des Proletariats), noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft zu tun“ gegen diese Auffassung und man wird nicht umhin können, diese Worte auf ein künftiges „staatliches“ Gebilde zu beziehen. Gegen die Annahme einer solchen „Staatlichkeit“ scheinen sich aber die weiter oben erwähnten Äußerungen von der kommenden „Asso-

---

246) Komm. Manifest, S. 45.

247) „Über das Autoritätsprinzip“ bei N. Rjasanow, Beiträge S. 89.

248) Marx, Programmbrief, S. 572.

249) Ebenda S. 573.

ziation", sowie die vom Verluste des politischen Charakters der öffentlichen Gewalt, zu sträuben.

Die, freilich vor allem formale, und darum nicht recht befriedigende Lösung dieser Frage scheint darin zu liegen, daß das eine Mal, wenn der künftigen Gesellschaft die Staatlichkeit abgesprochen wird, an den einseitigen Begriff des Staates als „Unterdrückungsorgan" gedacht ist, das andere Mal aber der Staat einfach etwa als ein Gemeinwesen mit einer öffentlichen Gewalt angesehen wird; allerdings auch keine durchaus genügende Definition des Staatsbegriffs. Dann aber kann der Ausdruck „Staat" ohne weiteres durch das von Engels im Briefe an Bebel empfohlene Wort „Gemeinwesen" ersetzt werden, was aber auch ein etwas farbloser, nicht scharf genug umrissener Ausdruck ist, der seine spezifische Bedeutung erst durch den Gegensatz erhält, in den ihn Engels zum Staat (als Unterdrückungsorgan) stellt. Doch wird es auch in ihm eine öffentliche Gewalt, wenngleich keine politische im eigentlichen Sinne, geben, die das Verhältnis des einzelnen zur Gesamtheit ordnen muß. Und wo es eine solche öffentliche Gewalt, die keine über sich stehende kennt, gibt, wird man wohl von „Staat" in dem Sinne, wie Marx es tut, reden dürfen, wenn er vom „Staats"wesen der künftigen Gesellschaft spricht.

Dieser Mangel an Klarheit der Definition wird unter anderem auch von Steffen gerügt, der von ihr bemerkt, daß „sie eher zum Verwirren, als zum Ordnen der Begriffe beitragen dürfte"[250]) und fragt: „Wie sollen wir nun diese ‚öffentliche Gewalt' benennen, welche existiert, nachdem der Monopolisierung der öffentlichen Gewalt durch eine wirtschaftliche Herrscher- und Unterdrückerklasse ein Ende gemacht worden ist? Das Wort ‚Assoziation' läßt sich nicht zur Bezeichnung der ‚öffentlichen Gewalt' anwenden, denn es hat entweder eine umfassendere Bedeutung (soziale Organisierung im allgemeinen) oder auch die dem Worte ‚Staat' gerade entgegengesetzte Bedeutung (freie und private Organisation im Gegensatze zu öffentlicher Zwangsorganisation)...."

„Mir scheint, daß die ‚Assoziation', von welcher Marx spricht, ein Staat sein muß, — obwohl ein Staat, der durch seinen wirtschaftlichen Demokratismus dem gegenwärtigen ausbeuterisch-despotischen Privateigentumstaate so unähnlich wie nur möglich ist. Unter einem Staat verstehe ich eine Gesellschaft, die über eine

250) **Steffen**, Problem, S. 22 ff.

absolute, zentralisierte, nach außen hin unabhängige und in allen Eventualitäten durchaus wirksame Zwangsmacht verfügt, die in letzter Hand als Mittel dienen kann, um äußere und innere Gesellschaftsangelegenheiten nach Recht und Gesetz zu ordnen[251])."

Den Konsequenzen dieser zwiespältigen Terminologie vermag auch Lenin nicht zu entgehen. War ihm einmal schon der proletarische Staat nur ein „Halbstaat", zum Absterben verurteilt, so wird später, wo er von den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft spricht, gesagt: „Bis zum Eintritt der höheren Phase des Kommunismus" — also wohl in der ersten, erst nach dem Absterben des proletarischen Staates beginnenden — „fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle durch die Gesellschaft und durch den Staat über das Maß der Arbeit und Konsumtion"[252]).

Wirkt dieser Ausdruck hier schon wenig verdeutlichend, so liefert gleich der nächste Absatz den Beweis, welche Verwirrung diese „Zuchtlosigkeit der Begriffe" stiftet. Nicht nur, daß vom „wahrhaft demokratischen Staat, dem Staat der Soldaten- und Arbeiterdeputiertenräte"[252]) gesprochen wird (nach Lenins eigenen Worten über das Wesen wahrhafter Demokratie und jenen über den Staat der Arbeiter- und Soldatenräte als einer Gewaltherrschaft der Mehrheit gegen die Minderheit, ein zum mindesten unpassendes Epitheton ornans, richtiger aber ein Unding), wird hier auch die „dringende und aktuelle Frage der heutigen Politik: '... Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen ‚Syndikates', nämlich des ganzen Staates, und völlige Unterordnung der gesamten Tätigkeit dieses ganzen Syndikates"[253]) unter den erwähnten, wahrhaft demokratischen Staat, behandelt. Wie das geschehen soll, wie sich das Syndikat, „nämlich der ganze Staat", dem Staat der Arbeiter- und Soldatenräte unterordnen soll, wird nicht gesagt und kann nicht gesagt werden. „Begreife, wer kann," wie Marx sagen würde. Doch weil auch hier gilt: „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen," sei angedeutet, woher vermutlich diese unvollziehbare Vorstellung stammt: Einmal ist „Staat" gleich der Assoziation von Marx, dem Syndikate Lenins, das andere Mal gleich dem Gewaltorganismus.

251) Ebenda.
252) Lenin, Staat und Revolution, S. 91.
253) Ebenda.

So wie zwischen diesen Auffassungen ein unüberbrückbarer Gegensatz klafft, so sind auch obige Aussprüche Marx' nicht mühelos miteinander zu versöhnen; vielleicht gelingt es aber doch, auch diese Widersprüche der Terminologie in höherer Einheit des Gedankens aufgehen zu lassen, vielleicht hat hier ein Dichter dem, was der Gelehrte dachte, besser Worte zu verleihen gewußt, als dieser selbst. Wenigstens scheinen uns die Worte Anatole Frances, die er seiner vollendetsten Gestalt, seinem literarischen Selbstbildnis, Mr. Bergeret, in den Mund legt, die vielleicht einzige Möglichkeit einer Lösung und Versöhnung zu bieten.

„Und was ist denn der Staat? — Mlle. Bergeret beeilte sich, auf diese Frage zu antworten: Der Staat, lieber Vater, das ist ein armseliger, unliebenswürdiger Herr hinter einem Schalter. Du verstehst wohl, daß man keine Lust verspürt, sich ihm zuliebe etwas abgehen zu lassen. — Ich verstehe, erwiderte Herr Bergeret lächelnd. Ich habe mich immer bemüht, zu verstehen und habe darüber wertvolle Energien verloren. Erst ganz spät entdeckte ich, daß Nichtverstehen Stärke und Kraft bedeutet. Es erlaubt bisweilen, eine Welt zu erobern. Hätte Napoleon so viel Verstand gehabt wie Spinoza, dann hätte er vier Bände in einer Dachstube geschrieben. Ich verstehe. Aber diesem unliebenswürdigen und armseligen Herrn, der hinter einem Schalter hockt, dem vertraust du deine Briefe an, Pauline, die du der Agentur Tricoche nicht anvertrauen würdest. Er verwaltet einen Teil deines Vermögens, und wahrlich, weder den kleinsten noch den unbedeutendsten. Du siehst nur sein verärgertes Gesicht. Aber wenn er alles sein wird, wird er nichts mehr sein. Oder vielmehr, er wird nur wir selbst sein. Vernichtet durch seine Allumfassendheit wird er aufhören, ein Schwierigkeitensucher zu sein, Ärgernis zu erwecken. Man ist nicht boshaft, mein Kind, wenn man ein Niemand ist. Was uns an ihm zu jetziger Stunde mißfällt, ist, daß er das Privateigentum benagt, hier etwas, dort etwas zusammenkratzt und scharrt, den Großen wenig und den Kleinen viel abbeißt. Das macht ihn unausstehlich. Er ist habgierig. Er hat Bedürfnisse. In meinem Gemeinwesen wird er wie die Götter sein: wunschlos. Er wird alles und wird nichts haben. Wir werden ihn nicht spüren, denn unserem Wesen entsprechend, wird er von uns ununterschieden sein. Es wird sein, als ob er nicht bestünde. Und wenn du glaubst, daß ich die einzelnen dem Staate opfere, das Leben einem Begriff,

so ist es im Gegenteil der Begriff, den ich der Wirklichkeit unterordne, der Staat, den ich unterdrücke, indem ich ihn mit der gesamten gesellschaftlichen Tätigkeit gleichsetze" [253 a]). —

Es ist schade, Lenin seine Ausführungen durch Mängel wie die erwähnten entstellen zu sehen. Und wie ihn die Einseitigkeit der Auffassung vom Staate hierzu verleitet, so sein Haß gegen die Opportunisten zu Mißgriffen in seiner Polemik gegen diese. So schreibt er, eben im Zusammenhang mit der Frage der Benennung des künftigen Gemeinwesens: „Welches Geschrei hätten die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfähig gemachten, zurecht gemachten ‚Marxismus' erhoben, wenn man ihnen eine solche Verbesserung des Programms in Vorschlag gebracht hätte" [254]), und greift außerdem Bebel an, wegen der hartnäckigen Wiederholung der opportunistischen Betrachtung „der Staat muß aus einem auf Klassenherrschaft gegründeten Staat in einen Volksstaat verwandelt werden" [255]). Darauf ist zweierlei zu erwidern:

1. Ist es gerade Kautsky gewesen, der anläßlich der Programmrevision von 1891 diese Frage in deutlichster Weise aufgeworfen hat in einem im September 1891 in der „Neuen Zeit" veröffentlichten Artikel [256]), wo es heißt: „Man hat die Diskussion, ob das sozialistische Gemeinwesen ein Staat sein werde oder nicht, einen müßigen Wortstreit genannt. Wäre das richtig, dann müßte man jeden Versuch an Stelle unklarer, bestimmte Begriffe zu setzen, für einen müßigen Wortstreit erklären. . . . Das sozialistische Gemeinwesen der Zukunft wird ebenso wenig ein Staat sein, als eine Gens, eine Markgenossenschaft, eine Familie, ein Staat ist" [257]). Dies scheint Lenin vollständig entgangen zu sein.

2. Daß Engels selbst die „zeitweilige agitatorische Berechtigung der Phrase vom freien Volksstaat" zugegeben hat, was Lenin selbst an anderer Stelle eingehend erörtert [258]), hier aber ganz vergessen hat. Lenin ist, wie hier, so in der ganzen Frage des Opportunis-

253a) Anatole France, Monsieur Bergeret à Paris, S. 253 ff. Diese Stelle zitiert auch Vandervelde in seinem Buche „Le Socialisme contre l'Etat", wenngleich in etwas anderem Zusammenhang.

254) Ebenda S. 60.

255) Ebenda S. 61.

256) Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2, S. 751, Anm. (Engels Brief an Kautsky ist vom Juni 1891, der an Bebel vom März 1875.

257) Ebenda.

258) Lenin, Staat und Revolution, S. 18.

mus päpstlicher als der Papst oder, besser, „plus marxiste que Marx“.

Denn Marx wie Engels haben die Notwendigkeit zugegeben, selbst bei Stellung grundsätzlicher Forderungen den Verhältnissen Rechnung zu tragen (so Engels im Programmbrief von 1891, Marx in dem von 1875). Und wenn Lenin weiter sagt, „daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einem neuen Ausnahmegesetz handelten, wird von Engels an erster Stelle hervorgehoben, was er ohne alle Umschweife als Opportunismus bezeichnet“ [259]), dann wird er wohl auch Engels selbst dieses Opportunismus zeihen müssen, wenn er sich dessen Stellungnahme zu den Mitteln der politischen Bewegung erinnert und der Begründung, wie sie unzweideutig aus dem von Kautsky veröffentlichten Briefe von Engels [260]) hervorgeht (Erwartung eines neuen Umsturzgesetzes).

Ebenso darf, wenn Lenin den jetzigen „Opportunisten“ vorwirft, daß sie sich vor der sozialen Revolution fürchteten und an das Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Kommunismus „vergessen“ [261]), daran erinnert werden, daß sie dies so wenig taten, daß sie sich sogar schon vor einem Jahrzehnt in ihr stehend glaubten [262]).

Der „Zukunftsstaat“ und die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft

Doch kehren wir zum Thema zurück, von dem wir ausgingen: Zur Frage der Staatlichkeit der künftigen Gesellschaft. Es scheint immerhin kennzeichnend, daß alle Welt von einem Zukunftsstaat spricht, das künftige Gemeinwesen also, halb unbewußt, als staatliches ansieht; wäre das nicht der Fall, so wäre dieser Ausdruck nicht geprägt, oder, wenn von der Studierstube aus in Umlauf gesetzt, vom Volke nicht aufgenommen worden.

Wie aber dieses Gemeinwesen, für dessen Aufbau die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion die ökonomische Grundlage abgibt, sich weiter entwickeln soll, hat Lenin durch den Hinweis auf die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft bei Marx scharf herausgearbeitet; an ihnen auch, wie

259) Ebenda S. 63.
260) Neue Zeit, Jahrg. 27, Bd. 1, S. 7 ff.
261) Lenin, Staat und Revolution, S. 79.
262) Kautsky, Weg, S. 112.

wir sahen, die Bedeutung der Worte „Kommunismus" und „Sozialismus" erörtert. An Hand dieser Aufklärungen und des Marxschen Textes wollen wir versuchen, den Gang dieser Entwicklung schematisch in folgender Übersicht aufzuzeigen:

Stufe	Staatsform	soziale und ökonomische Struktur	Wesen und Aufgabe des entsprechenden staatlichen Gebildes
1	Moderner bürgerlicher Staat	Kapitalistische Gesellschaft; Produktionsmittel im Privatbesitz; Produktion unter privater Leitung	Staat als Organ der „ökonomisch" herrschenden Klasse zur Unterdrückung der „ausgebeuteten" Mehrheit
2	Staat der Diktatur des Proletariats; ausgebaute demokratische Republik	Mischung von kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft, mit immer stärkerem Überwiegen der sozialistischen; Überleitung der Produktionsmittel und der Produktion an den Staat	Diktatur des Proletariats; zunächst Unterdrückung der Bourgeoisie. — Mit zunehmender Vergesellschaftung, Aufhören des Staates, „Absterben" und Umwandlung in das sozialistische Gemeinwesen („Staats"wesen der sozialistischen Gesellschaft)
3	Sozialistisches Gemeinwesen	Sozialistische Gesellschaft. I. Kommunistische Stufe. Produktionsmittel im Besitze der Gesellschaft; Leitung der Produktion durch diese	„Staats"wesen der sozialistischen Gesellschaft; voller Demokratismus. — Bestehen einer öffentlichen, doch unpolitischen Gewalt. — Reste des „bürgerlichen" Rechtes. Lohn der Arbeit nach der Leistung
4	Kommunistisches Gemeinwesen	Kommunistische Gesellschaft II. Stufe; Produktionsmittel und Produktionsleitung wie in der I. Stufe	Gemeinwesen der kommunistischen Gesellschaft. Gesellschaft ohne Zwang und Rechtsnormen. Aufhören der „öffentlichen Gewalt" (?) — „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"

Hierzu ist zu bemerken: Lenin verlegt im Hauptteil seiner Ausführungen das „Absterben" erst in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft (ja einmal erst in die zweite) [263]) und läßt in ihr den „bürgerlichen Staat ohne Bourgeoisie und das

263) „Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zur höhern Phase und somit auch der Weg zum völligen Absterben des Staates offen stehn." S. 96.

bürgerliche Recht" fortbestehen. Diese Unterschiede hängen mit dem schon oben auseinandergesetzten der Auffassung vom Absterben und vom Wesen des Staates zusammen, sowie der Mehrdeutigkeit in der sie, ähnlich dem Begriff der Demokratie, von Lenin angewendet werden.

Lenin schreibt: „Nur in der sozialistischen Gesellschaft, nachdem der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen sein wird, wenn die Kapitalisten verschwunden sein werden, wenn es keine Klassen mehr geben wird, . . . erst dann hört der Staat zu bestehen auf und man kann von Freiheit reden. Erst dann ist die Demokratie möglich und wird eine wirkliche, volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Erst dann wird die Demokratie beginnen, abzusterben" [264]). Das ist wieder eine auf der Unklarheit der Begriffe beruhende Behauptung. Denn wenn es keine Klassen geben wird, dann wird es auch keinen Staat geben, daher auch keine Demokratie als Staatsform, die Lenin im Sinne hat, wenn er auch von ihrem Absterben spricht.

Wenn angenommen wird, daß der Staat erst nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel absterbe, nicht durch sie, wie Marx lehrte, dann wird man die Staatlichkeit der ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft zugeben müssen, dann wird sie wirklich ein Staat sein, eine Demokratie (d. h. als letzte Staatsform gefaßt), wenngleich man dann nicht weiß, gegen wen sich eine Unterdrückungsgewalt richten könnte, ohne die es ja keinen „eigentlichen" Staat gibt. — Nimmt man dagegen ersteres an, dann wird sie sich als „Gemeinwesen" ohne Staatscharakter darstellen. Diese Unklarheit über das Wesen des Staatsbegriffes führt dann bei Lenin zu dem Paradoxon, „daß unter dem Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern auch der bürgerliche Staat ohne Bourgeoisie" [265]). Das wird damit begründet, daß die Verteilung des Produktionsertrags Rechtsnormen erheische, und das „bürgerliche Recht auf dem Gebiete der Verteilung der Konsumtionsmittel setzt natürlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande ist, zur Innehaltung der Rechtsnormen zu zwingen" [265]). Das heißt: Lenin folgert, weil es Zwang und

---

264) Lenin, Staat und Revolution, S. 82.
265) Ebenda S. 92 ff.

Zwangsmittel geben muß, muß es auch einen Staat geben; denn das eine ist nichts ohne das andere. Da aber die Klassen, die Voraussetzung des Staates, verschwunden sind und mit ihnen der Staat, so gelangt er dazu, daß es einen — sogar bürgerlichen — Staat geben müsse, trotzdem es keinen geben könne.

Vorbedingungen für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

Welche nichtpolitischen Vorbedingungen für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus sind nun nach Lenin erforderlich? „Allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern eingeführt ist, Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten vergesellschaftlichten Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens usw.[266]). Bei deren Vorhandensein sieht er die Möglichkeit sofortigen Überganges gegeben: „Nach Beseitigung der Kapitalisten und Beamten, sie auf dem Gebiete der Produktions- und Verteilungs**kontrolle** der Arbeits- und Produkten**registrierung** durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk, zu ersetzen“[267]).

Abgesehen von der Irrigkeit der Auffassung, daß sich hierin das Wesen der Produktion erschöpfe — sie läßt die Leitung der Produktion, das Suchen nach ihrer günstigsten Gestaltung, den Verkehr mit dem Auslande, sowie den der einzelnen Dienstzweige untereinander, unberücksichtigt —, übersieht Lenin die von Marx-Engels erhobene Forderung bereits bestehender genügender Entwicklung der Produktivkräfte.

Nur wenn in einer Gesellschaft auch die Produktionsbedingungen herangereift sind, das nötige Kapital in ausreichendem Maße vorhanden ist, wird der — allmähliche — Übergang möglich sein. Sonst verfällt die Leitung des Staates unweigerlich dem Fehler des Überspringenwollens einzelner Entwicklungsperioden, wovor niemand eindringlicher gewarnt hat als Marx: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, . . . kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen

266) Lenin, Staat und Revolution, S. 94.
267) Ebenda S. 94.

abkürzen und mildern"[268]). Und er rief der Arbeiterklasse zu, sie „habe keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen . . ., keine Ideale zu verwirklichen; sie habe nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben"[269]).

Marx sieht in einer fernen Zukunft den Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit schwinden, und das ist für ihn natürlich, da ihm dieser Gegensatz ein Produkt der Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit ist[270]), letztere selbst aber eine historische, nicht ökonomische Kategorie, wie er dies bereits in seinem Jugendwerk „Das Elend der Philosophie" ausgesprochen[271]) hat. Die Verwirklichung erwartet er von der Steigerung der Produktivkräfte nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, denn dann werden mit der Entwicklung der Individuen „auch die Produktionskräfte gewachsen" sein „und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen"[272]). Für die Gegenwart erkennt und anerkennt er diesen Unterschied natürlich; die Zukunft liegt für uns außerhalb des Gebietes des zu Erkennenden und zu Kritisierenden.

Lenin muß den Unterschied natürlich gleichfalls zugeben, wenn er es auch nur für einen Teil der geistigen Arbeit tun will, während er einen andern in die rein mechanischen Funktionen der Registrierung und Kontrolle des Staatssyndikats umwandeln und auflösen zu können glaubt. Das Los der notwendigen geistigen Arbeiter, des wissenschaftlich vorgebildeten Personals, ist, wie bereits erwähnt, gerade kein beneidenswertes: „Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen"[273]).

Es liegt darin eine schwere Verkennung der Wirklichkeit, die ein Marx kaum verziehen hätte. So wenig sich die erzwungene Arbeit der Bauern für den Gutsherrn dauernd bewähren konnte, weil das Interesse an ihr und an ihrem Ertrage fehlte, so wenig

268) Kapital, Bd. 1, S. XXXVIII.
269) Bürgerkrieg in Frankreich, S. 53/54.
270) Gothabrief, S. 567.
271) II. Kapitel, § 2 ff.
272) Marx, Gothabrief, S. 567.
273) Lenin, Staat und Revolution, S. 94/95.

wird die des gezwungenen geistigen Arbeiters Ersprießliches leisten. Wenn es noch heute dem Arbeiter auch im Rußland der Arbeiter- und Soldatenräte kaum zum Bewußtsein gekommen ist, daß der Staat, für den er produzieren soll, sein Staat ist und er sich demgemäß nicht mehr anstrengt[274]), es nicht wahr haben will, daß Sozialismus arbeiten heißt, so wird der Intellektuelle sich um so klarer darüber sein, daß der Staat, der ihn von der Mitwirkung an seiner Leitung ausschließt, nicht sein Staat ist und demzufolge versuchen, wenn die Möglichkeit der Sabotage ihm genommen ist, so wenig als nur immer möglich zu leisten, und wird jedenfalls nicht nach dem „ökonomischen Prinzip" handeln.

Wenn Lenin dann fortfährt: „Von dem Augenblick an, wo alle Mitglieder der Gesellschaft oder auch nur die überwältigende Mehrheit selbst gelernt haben werden, den Staat zu leiten, von dem Augenblick an wird jegliche Leitung überflüssig werden"[275]), und die Möglichkeit der Verwirklichung, die Vereinfachung dieser Tätigkeit schon heute gegeben sieht, dann will es freilich scheinen, als ob er eine ferne Zukunft allzu nahe erblickt, Wunsch für Wirklichkeit nimmt.

Noch aber sind wir lange nicht so weit; heute vielleicht weiter als ehedem von der Erfüllung der St. Simon-Bazardschen und anderer glückverheißender Zauberformeln entfernt. Wer weiß, ob sie, auch bei ungeahnter Entfaltung der Produktivkräfte, je gelten können werden. Ist doch die Diskrepanz zwischen Bedürfnis und Fähigkeit, Ziel und Mittel, Verlangen und Leistungsmöglichkeit, Wunsch und Erfüllung, Wollen und Können, die Ursache alles Wirtschaftens. Ein goldenes Zeitalter, nicht nur im Hinblick auf die Produktion, die mühelos und leicht, wie alle Arbeit, den Menschen zur Lust geworden, sondern auch für der Menschen Bildung und Charakter wäre gekommen, und nur dann könnte das Dichterwort Wahrwort werden: . . . aetas quae vindice nullo, sponte sua, sine lege fidem rectumque colebat.

Sozialismus und Anarchismus

Das wäre das Zeitalter allumfassender Güte. Nur ein solches kann des Staates und der Gesetze entbehren. In der Hoffnung

274) Vgl. Trotzki, Arbeit, Disziplin, passim und Lenin, Nächste Aufgaben, passim.

275) Lenin, Staat und Revolution, S. 94 und 96.

auf diese letzte Stufe der Vollendung berühren sich Marxismus und Anarchismus. Ein altes Problem, das des Verhältnisses von Anarchismus zum Marxismus. Lenin gebührt zweifellos das Verdienst, in seiner Schrift gerade diese Frage restlos beantwortet zu haben. Er stellt das beiden Lehren letzten Endes Gemeinsame fest: die Hoffnung auf den staats- und wohl auch gesetzlosen Zustand der künftigen Gesellschaft. Er arbeitet scharf das Trennende heraus: den Unterschied der Methoden, ihn zu erreichen.

Marx selbst hat in der Schrift „Les prétendues scissions de l'Internationale"[276]) als das Wesen des Anarchismus bezeichnet: „Unter Anarchie verstehen alle Sozialisten dies: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Beseitigung der Klassen, erreicht, dann verschwindet die Macht des Staates, welche dazu dient, die große Mehrheit der Produzierenden unter dem Joch einer an Zahl geringen Minderheit zu halten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache verwaltende." Bei dieser Ähnlichkeit der letzten Ziele trennt eine Welt die beiden Richtungen in ihren Methoden: die eine will diesen Zustand sich aus der Natur der Dinge in einer späten Zukunft verwirklichen lassen, die andere ihn mit einem Schlage herbeiführen, und insofern birgt die Trivialität, die Lenin an der sozialdemokratischen Auffassung rügt — wir anerkennen den Staat, die Anarchisten nicht —, doch einen richtigen Kern. Sie besagt, daß der Staat für sie eine, wenn auch endlich vorübergehende, so doch noch lange andauernde Notwendigkeit ist, der sich die unterwerfen, die sie anerkennen.

Was aber den grundlegenden Unterschied der beiden Richtungen ausmacht, ist, daß sie eine voneinander durchaus abweichende Begründung für die Notwendigkeit des staatslosen Zustandes geben: Hier volles Aufgehen des Individuums in der Gesellschaft, der Zustand höchster, wenn auch freiwilliger Bindung; dort Leugnung aller Hemmungen, das Individuum schrankenlos, Negation aller Bande; zum mindesten ist dies begriffsmäßig so beim eigentlichen, dem individualistischen Anarchismus (der kommunistische bedeutet bereits eine Abschwächung hiervon).

Das erklärt es, wieso Marx von manchen Anarchisten als einer der Ihrigen angesehen, von andern als Staatssozialist bezeichnet wird. Gerade dies gibt aber noch Veranlassung zu der weiteren

276) S. 93 zitiert bei Fabbri a. a. O.; wir zitieren in deutscher Übersetzung.

Frage, wie weit etwa seine Persönlichkeit, wie weit seine Lehre dazu beitragen.

Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Ansichten Marx'-Engels' und Lenins

Bevor wir darauf antworten, sei es gestattet, den zurückgelegten Weg überblickend, die hauptsächlichsten Unterschiede der Lehre Marx' in ihrer ursprünglichen Form und der Gestalt, die sie bei Lenin gewonnen hat, in schematischer Gegenüberstellung nochmals aufzuzeigen.

1.

Marx: Der Staat ist vorwiegend, doch n i c h t n u r als Unterdrückungsorganismus aufgefaßt; Staat und Staatsgewalt sind nicht identisch.

Lenin: Der Staat wird nur als Unterdrückungsorganismus angesehen; Staat, Staatsgewalt, Staatsmaschine werden vielfach gleichgesetzt.

2.

Marx: Das Aufheben des „Staates als Staat" geschieht durch die Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel im proletarischen Staat. Dadurch stirbt dieser, der an die Stelle des bürgerlichen trat, ab.

Lenin: Das Aufheben des „Staates als Staat" bedeutet Aufhebung nur des bürgerlichen Staates; das Absterben des proletarischen Staates erfolgt erst in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft.

3.

Marx: Die Gewaltsamkeit, insbesondere auch die in der Revolution, ist nicht unbedingt geboten; grundsätzlich ist ihr die friedliche Methode vorzuziehen.

Lenin: Gewaltsamkeit wird stets notwendig sein.

4.

Marx: Die Revolution kann friedlich oder gewaltsam verlaufen.

a) Gewaltsam wird in der Regel die Erkämpfung der Demokratie sein (politische Revolution).

b) Der Ausbau der Demokratie und der Übergang von ihr zur Neugestaltung der Gesellschaft, der Ausbau der politischen Revo-

lution zur sozialen, ist ohne Gewaltsamkeit durchaus möglich, besonders in Ländern mit demokratischer Staatsverfassung.

Lenin: Revolution ist begriffsmäßig gewaltsam.

a) und b) Die politische wie die soziale Revolution durchzuführen ist nur mit den schärfsten Mitteln physischer Gewalt möglich; die bisherige Staatsform des Landes spielt hierbei keine Rolle.

5.

Marx: Die demokratische Republik bildet den Boden und die Voraussetzung für die Diktatur des Proletariats, die sich selbst nur in deren Formen äußern kann (sie ist „die spezifische Form der Diktatur des Proletariats").

Lenin: Die demokratische Republik ist Gewaltherrschaft einer Minderheit gegen die Mehrheit, ist eine der Formen des bürgerlichen Staates. Die der proletarischen Diktatur angemessene Staatsform ist die Räterepublik.

6.

Marx: a) Die Diktatur des Proletariats ist die politische Herrschaft des gesamten Proletariats als letzter Ausdruck der Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit.

b) Zu ihrer Verwirklichung bedarf es des allgemeinen Stimmrechts; nicht auf dieses gegründet, bleibt sie eine „Diktatur wider den Volkswillen".

c) Sie schließt niemanden von der Teilnahme an der Leitung des Staates aus; sie ist so möglichst weitgehende Verwirklichung des demokratischen Gedankens, als Übergang zur vollen politischen und wirtschaftlichen Demokratie.

Lenin: a) Die Diktatur des Proletariats oder des „Vortrupps" der Werktätigen, des kommunistischen Teiles des Proletariats, kann ohne weiteres die Gewaltherrschaft einer Minderheit sein, wenn sie es nur in deren — der Werktätigen — Interesse, im Interesse der „Ausgebeuteten" ist.

b) Sie verwirft das allgemeine Stimmrecht.

c) Sie schließt größere Teile des Volkes von der Teilnahme an der Staatsgewalt aus und ist so die Leugnung des Demokratismus. (Dadurch stellt sie vielmehr eine Oligarchie dar, trotz der Behauptung, die „Demokratie einer Mehrheit" — im Gegensatz zur Demokratie schlechthin — zu verwirklichen.)

7.

Marx: Der Blanquismus wird verworfen.

Lenin: Der Blanquismus wird in Worten verurteilt, in der Tat angewendet.

8.

Marx fordert die Rücksichtnahme auf die materielle Entwicklung der Produktivkräfte eines Landes als Voraussetzung für die soziale Revolution; die neue Gesellschaft muß im Schoße der alten vorgebildet sein. An die Stelle der revolutionären Entwicklung darf nicht die revolutionäre Phrase treten. Naturgemäße Entwicklungsphasen können weder übersprungen, noch hinwegdekretiert werden.

Lenin glaubt die Umgestaltung auch in einem Lande mit nur gering entwickelter Industrie, geringen Produktivkräften durchführen zu können, hält daher sprunghafte Umgestaltung für zulässig und möglich und richtet das praktische Verhalten danach ein.

(Weitere Gegensätze der bolschewistischen und marxistischen Anschauungen werden im folgenden Abschnitt erörtert.)

3. Kapitel

Versuch einer Erklärung der Gegensätze

Die Lehre und die Persönlichkeit Marx'

Was ist nun der Grund dafür, daß sich solche erhebliche und wichtige Unterschiede des Bolschewismus und des Marxismus feststellen lassen, trotzdem ersterer starr daran festhält, mit letzterem identisch zu sein? Zweifellos wird dies durch eine gewisse Zwiespältigkeit in der Lehre Marx' mindestens nicht unmöglich gemacht. Wir fanden sie, um nur einige herauszugreifen, in der Beurteilung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft (hieran lehnen sich die anarchistischen Versuche, Marx als Staatssozialisten oder Anarchisten erscheinen zu lassen, an), hinsichtlich der Rolle der Revolution, oder der der Gewalt in der Geschichte, in der Bewertung der demokratischen Republik usw. Sie muß auch in der Persönlichkeit bestanden haben, ohne die das System nicht zu verstehen ist. Wilbrandt sagt von der Mehrseitigkeit von Marx' „voller Menschennatur", die sich „als Künstler, Prophet, Kämpfer und als Forscher, als Ge-

lehrter“ [277]) entfalte, daß sie „innerlich reich sei bis zum innerlichen Widerspruch. Und so ist sein Werk“ [277]).

So konnten einige in ihm den „Autoritär“ sehen (Bakunin, mit der manch einen merkwürdig genug anmutenden Begründung: „als Deutscher und als Jude ist er (Marx) vom Scheitel bis zur Zehe ein Autoritär“ [278]). Oder Fabbri: „Marx ist immer von Instinkt und allgemeiner Geistesrichtung autoritärer Dogmatiker geblieben“ [279]), während andere, wie etwa eben Lenin, in ihm nur den Revolutionär, den Künder seltsam gewaltsamer Taten sehen zu können vermeinen, wobei er allerdings vor allem e i n e Schrift von Marx vor Augen hat: das Kommunistische Manifest.

Nieuwenhuis führt in seiner Untersuchung des staatssozialistischen Charakters der deutschen Sozialdemokratie diesen auf die Zwiespältigkeit der Natur Marx’ zurück, die sich auch durch seine ganze wissenschaftliche Leistung ziehe [280]). Ihm gleicht Sombart, der dieses Widersprechende für den ganzen Marx aufzeigt: „Es erweist sich immer wieder von neuem, daß in Marx zwei grundverschiedene Weltanschauungen unausgeglichen nebeneinander liegen: die revolutionistisch-utopisch-rationale und die evolutionistisch-realistisch-historische ...“ [281]), und auch marxistischen Denkern selbst konnte dieser Widerspruch nicht verborgen bleiben, denn ihn leugnen, hieße Tatsachen leugnen.

Fällt er etwa mit Jugend und Alter von Marx zusammen, so daß der junge Marx ganz natürlich Stürmer und Dränger, der alte nur Dogmatiker und Gelehrter gewesen? Teilweise, doch sicher nicht ganz. Marx war Temperamentsmensch und Gelehrter zugleich, fähig, mit Hingabe und Begeisterung, doch auch nüchtern, einem großen Gedanken zu dienen. Die Umstände wirken auf ihn ein: ein Auflodern der Revolution in Europa sieht ihn revolutionärer, ihr Abklingen mehr evolutionär, und Fabbri kann so sagen: „Der Kontakt mit dem begeisterungsvollen Streben, das in den achtundvierziger Jahren in allen Völkern zu Hause war und mit dem revolutionären und ultraliberalen Ferment, das damals alle jungen Köpfe erfüllte, hatte doch auch Marx dazu gebracht, vieles von jener

277) **Wilbrandt**, Marx, S. 181.
278) Zit. bei **Mehring**, Marx, S. 411.
279) **Fabbri**, Zusammenhänge, S. 568.
280) **Nieuwenhuis**, Staatssozialistischer Charakter, S. 101 ff.
281) **Sombart**, Sozialismus, S. 145.

unverwüstlichen Aspiration nach Freiheit, welche als das Charakteristikum jener Zeit betrachtet werden kann, anzunehmen“ [282]), während er eigentlich „eine Gelehrtennatur, fleißig, geduldig, zäh, kalt“ [283]) war. Er war „der große Revolutionierer der Köpfe, während Bakunin mehr der große Lehrmeister der Herzen war“ [284]).

Ein Gleiches gilt für die Zeit der Kommune, die auch ein Aufflammen seiner revolutionären Gesinnung sieht [284a]).

So glaubten manche in Marx einen „Zweiseelen“menschen erblicken zu müssen, der bald so und bald anders konnte. Doch ist zu bedenken: An der so verschiedenen Auslegung des Marxschen Charakters und der Marxschen Lehre, wie es etwa die „Revisionisten“ und die Anarchisten tun, ist zwar, das sahen wir, gewiß seine Persönlichkeit nicht ganz unschuldig: sicher aber trägt auch die der Beurteiler ihren Teil dazu bei, wenn uns Marx, bei redlichstem Bemühen, seinem Wesen gerecht zu werden, in so verschiedenem Lichte dargestellt wird. Es ist, wie Goethe sagte, gar viel in den „Faust“ hineingeheimnist worden; es ist mit dem Lebenswerk kaum eines großen Denkers anders gegangen. Ein reiches Werk, ein reiches Schaffen wird und muß von verschiedenen Beurteilern verschieden gedeutet werden.

Eines erleichtert dies bei Marx: Fast 40 Jahre liegen zwischen dem „Elend der Philosophie“ und seinem Tode; noch ein Dutzend Jahre länger dauerte Engels' Schaffen. Da kann die Einheitlichkeit der Person und des Wirkens, selbst wenn sie eine so vollendete ist, wie es die menschliche Persönlichkeit nur sein kann, nicht in

---

282) **Fabbri, Zusammenhänge, S. 572.**

283) **Ebenda S. 568.**

284) Ebenda S. 569. — Es wurden absichtlich bei der Schilderung des Marxschen Charakters, wie ihn obige Zeilen zeigen, keine „Marxisten“ angeführt, um nicht den Vorwurf der Parteilichkeit zu verdienen. Hoffentlich bedeutet dies nicht ein Sündigen nach der andern Seite.

284a) Es scheint nicht uninteressant, zu sehen, wie sehr dies Marx und Engels selbst empfunden haben und sich darüber klar gewesen sein müssen. Heißt es schon in einem Briefe Engels' an Marx vom 10. Dezember 1851 „Tout blasé qu'on est, wird man bei solchen Gelegenheiten doch immer einigermaßen vom alten politischen Fieber gepackt und ist doch immer einigermaßen selbst beim Ausgang einer solchen Geschichte interessiert“, so schreibt Marx an Engels am 15. Februar 1863: „Aber die gemütlichen delusions und der fast kindliche Enthusiasmus, mit dem wir vor Februar 1848 die Revolutionsära begrüßten, sind zum Teufel“, und an diese Worte schließen sich die erkenntnisschweren: . . „zudem wissen wir jetzt, welche Rolle die Dummheit in Revolutionen spielt und wie sie

jeder Äußerung klar zutage treten, nicht jede einzelne der anderen angepaßt sein. Das hieße Unmögliches verlangen. Sie müssen die Eindrücke, auch des flüchtigen Tages, zumal in den für den Tageskampf geschriebenen Aufsätzen, widerspiegeln, müssen die Kämpfe, Sorgen, Spannungen, Stimmungen, Anschauungen über für möglich und unmöglich Gehaltenes zeigen. Daran ist leicht anknüpfen, ein Wort, eine Äußerung leicht zum Grundstein eines Systems gemacht.

Das tut der Bolschewismus. „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten." Und wenn Sombart schreibt, daß „die Bolschewiki . . . den revolutionären Marxismus in ihren Lehren rein herauspräpariert haben"[285]), so scheint er damit wohl recht zu haben, in dem Sinne, daß das Anknüpfen an gelegentliche Äußerungen des „revolutionären" Marx unbedingt zuzugeben ist. Ebenso berechtigt sind aber auch seine folgenden Worte: „und (ihn, den revolutionären Marxismus) in allen seinen Bestandteilen über Marx hinaus zu seinen äußersten Konsequenzen gesteigert"[286]), wobei sie manches der Marxschen Lehre durchaus wesensfremde Element hineingetragen haben, wie das die vorliegenden Ausführungen aufzuzeigen versuchen.

Bedeutet das aber nun, daß es im Marx zwei Marxismen gab? Daß die „Zerrissenheit", von der er in seiner Studentenzeit an seinen Vater schrieb, sein Leben hindurch andauerte? Selbst wenn dies zugegeben würde, hieße das den Anspruch des Bolschewismus, den wahren Marx darzustellen, ablehnen, denn es wäre dies nur der eine Marx, und der noch dazu überspitzt, ins Unmarxistische gesteigert. Aber auch dieses Zugeständnis ist wohl zu weit

---

von Lumpen exploitiert werden". Und im gleichen Jahre (Brief Marx' an Engels vom 9. April 1863) schreibt er: „Das Wiederlesen Deiner Schrift hat mich mit Bedauern das Altern merken lassen. Wie frisch, leidenschaftlich, kühn vorausgreifend und ohne gelehrte und wissenschaftliche Bedenken wird hier noch die Sache gefaßt! Und die Illusion selbst, daß morgen oder übermorgen das Resultat auch geschichtlich ans Tageslicht springen wird, gibt dem Ganzen eine Wärme und lebenslustigen Humor — wogegen das spätere „Grau in Grau" verdammt unangenehm absticht". Und wehmütiger Humor spricht aus den Worten des Briefes Engels an Marx vom 6. Mai 1868: „Was wir doch vor 25 Jahren für jugendliche Enthusiasten waren, als wir uns rühmten, um diese Zeit längst geköpft zu sein". (Briefwechsel, Bd. I, S. 274, Bd. III, S. 116, Bd. III, S. 127 und Bd. IV, S. 46.)

285) Sombart, Sozialismus, S. 145.

286) Ebenda.

gegangen. Denn das hieße voraussetzen, einmal, daß diese beiden Strömungen gleichwertig waren, während — und wir glauben in den vorstehenden und noch folgenden Blättern den Beweis dafür zu erbringen — es sich bei den Äußerungen, auf die sich der Bolschewismus stützt, und ausschließlich stützt, doch um solche mehr gelegentlicher Natur handelt [287]), und zum andern, wenn überhaupt zwei Weltanschauungen in Marx vorhanden sind, so müssen sie doch nach ihrer Vereinigung gestrebt, beide zusammen erst d i e Persönlichkeit ergeben haben, die allein als die ganze anzusprechen ist. Auch im Ringen liegt Einheit. Und diese ist erst Marx, ist erst der Mensch überhaupt. Nicht zu sezieren gilt es, sondern zu streben, den Zug zu erfassen, den eben im Suchen und Kämpfen und in der Entwicklung eines langen Lebens nur die Großen aufweisen: bewußte, errungene Einheitlichkeit der Persönlichkeit.

Ein altes Beispiel, das Leben des größten Deutschen: Goethes. Den Leipziger oder Straßburger Studenten gegen den Geheimbden Rath, den Werther oder Götz gegen den Faust oder den Naturforscher Goethe auszuspielen, ist verfehlt. Nur wer der erste gewesen, Werthers Leiden gelebt, konnte das letztere werden, konnte den Faust schreiben. Diese endliche höhere Einheitlichkeit des Wirkens scheint uns trotz der nicht zu leugnenden Strömungen schließlich auch in dem Marx' zum Ausdruck zu kommen. Und wenn uns ein zeitlicher Unterschied von auf die Revolution glühend hoffender Begeisterung und dann wieder an dem Entwicklungsgedanken streng festhaltender Gelehrsamkeit, etwa bei dem Ziele, die Umwandlung der Gesellschaft zu erreichen, auffällt, so bildet der Glaube daran, daß diese Umwandlung kommen muß, die Überzeugung, daß das Proletariat es sein wird, das diesen Umschwung vollbringen wird, den Grundgedanken, an dem, bei aller Wichtigkeit der Methode für die Praxis, festzuhalten ist; dann erst gilt es, die Abweichungen der Methoden festzustellen und in ihrer Bedeutung abzugrenzen. Und diese endliche Einheit dürfte trotz der nicht immer nur scheinbaren „Zweiseelentheorie", in der sich Masaryk,

---

287) Sind diese Äußerungen auch nicht ganz selten, so scheinen sie doch nicht hinzureichen, ihnen gegenüber alle andern, ungleich schwerer ins Gewicht fallenden und häufigeren, einfach zu ignorieren, wie es der Bolschewismus tut, und erst recht nicht darf das mit dem sich aus dem ganzen wissenschaftlichen System Marx' logisch ergebenden und nur mit den erwähnten Äußerungen vereinbarlichen Sinn geschehen.

Sombart und Nieuwenhuis begegnen, zu behaupten sein, sowohl im theoretischen Bau der Marxschen Lehre, von der Vorländer sagt, daß sie zum erstenmal „den großartigen systematischen Zusammenhang, in dem sie das gesamte soziale Leben von seinen untersten, in der äußeren Natur gelegenen Bedingungen bis hinauf in seinen obersten Spitzen vor uns aufsteigen läßt“ [288]), als auch in seiner politischen Grundanschauung, der dann schließlich seine politische Methode entsprach.

Marx als Demokrat

Marx war Demokrat, so sehr Demokrat, daß ihm, wie Steffen meint, „Demokratie als etwas Selbstverständliches“ erschien; er war es auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet so sehr, daß ihm die politische Demokratie zum Mittel wurde, die wirtschaftliche zu erreichen, die selbst nur die Vollendung des Gleichberechtigungsgedankens ermöglichen soll. Und er ist es so sehr, daß das Prinzip, das dem Gedanken aller Gleichberechtigung zugrunde liegt, die Gleichwertigkeit aller Menschen als Menschen eine, und wohl die bedeutendste Brücke schlägt von ihm zu Kant [289]).

Lenin als Oligarch

Davon ist Lenin weltenweit entfernt. Schüler von Marx, hat er auf marxistischem Grund mit marxistischen Bausteinen ein neues Gebäude aufgeführt: der Marxismus ist es nicht. Ihm sind Persönlichkeit und Demokratie nichts. Oligarch, ja Autokrat und Despot in seinem Wesen und Wirken, will er die Menschheit mit Gewalt zu ihrem Glücke zwingen, verwirft er die politische zugunsten der wirtschaftlichen Demokratie, verneint das Recht der einen zugunsten der andern. So klafft zwischen seinen Anschauungen und denen von Marx ein Riß, der erst dort endigt, wo Lenin, der ungleich seinem Lehrer, nur durch Gewalt des Wollens das Geschehen zwingen, die Entwicklung meistern zu können glaubt, mit ihm übereinstimmt, im Endziel: dem Glück des vordem Glücklosen, dem Glück der Allheit. Welchen tiefen Gegensatz eine solche

---

288) Vorländer, Kant oder Marx. Archiv, Bd. 28, S. 701.

289) Wilbrandt, Marx, S. 19 ff. — Klarblickend nennt denn auch Adolph Wagner Marx, Engels und Lassalle ausdrücklich die „drei Demokraten unter den Sozialisten“. Ad. Wagner, Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus, S. 27.

Anschauung bei einem gleichzeitigen grundsätzlichen Bekenntnis zur materialistischen Geschichtsauffassung, zu dieser wie zu dem Wunsche, den wahren Marxismus wiederherzustellen, bedeuten muß, sei hier nur angedeutet, nicht ausgeführt.

Doch zurück zum Endziel! Das zu bereiten, bedarf es des Terrors und der Ströme Blut. Darin, in der Methode und in dem optimistischen Einschätzen seiner Erreichbarkeit, gleicht Lenin aber auch Robespierre, der, ebenfalls von dem Glauben an die immanente Güte der Menschennatur durchdrungen, „la Terreur“ zur mystischen Gewalt erhebt, die ihr zum Siege verhelfen muß, und über die Entwicklungsbedingungen und Entwicklungsgesetze der Menschheit hinwegsehen und hinweggehen zu können glaubt.

Anhang

Lassalle und die Diktatur des Proletariats

Anschließend an diese Darlegungen sei es noch gestattet, den Standpunkt des dritten Gründers und ersten Führers der deutschen Arbeiterbewegung zu erwähnen, weil meistens seiner in diesem Zusammenhang gar nicht gedacht wird. Es läßt sich von vornherein erwarten, daß er, der zwar ökonomisch ein Schüler von Marx war, politisch aber seinen eigenen Weg ging und vom Staate eine grundsätzlich andere Auffassung hatte als Marx, so daß er „als Staatsschwärmer“ angesprochen wurde, auch einen andern Standpunkt in der Frage der Klassenherrschaft des Proletariats einnehmen würde. Seine Stellung kommt in der Rede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ zum Ausdruck.

Lassalle war angeklagt worden, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden aufgestachelt zu haben. Er sollte dies auch dadurch begangen haben, daß in seinen Äußerungen „die direkte Aufforderung enthalten ist, mit der glühendsten und verzehrendsten Leidenschaft das Ziel einer Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen“ [290]). Lassalle leugnet dies: „Wo hat endlich der Staatsanwalt aus meiner Schrift herausgelesen, daß ich dazu aufgefordert habe, das Ziel einer ‚Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen‘?“

„Ich spreche in meiner ganzen Broschüre nur davon, daß es die

290) Lassalle, Reden und Schriften, 2. Bd., S. 106 ff.

Bestimmung der mit dem Februar 1848 begonnenen Weltperiode sei, das sittliche Prinzip des Arbeiterstandes . . . zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft zu machen, diese Idee zur leitenden Staatsidee zu machen. . . ."

„Und hieraus, daß ich eine hohe sittliche Idee als berufen darstelle, leitende Staatsidee in der jetzigen Geschichtsperiode zu werden . . . Hieraus macht mir der Staatsanwalt die Ungeheuerlichkeit, ich hätte die arbeitenden Klassen aufgefordert, das Ziel einer Klassenherrschaft über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen."

„Der Staatsanwalt scheint zu glauben, daß ich die besitzenden Klassen von den arbeitenden Klassen unterjocht wissen, daß ich die Geschichte umkehren und etwa die Gutsbesitzer und Fabrikanten zu den Hörigen und Handlangern der Arbeiter machen will"[291]). Lassalle bezeichnet dies als „Mißverständnis" und beruft sich auf einige Stellen eben der Broschüre, wegen welcher er unter Anklage gestellt wird, in der er „nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei ausgestoßen, vielmehr einen Schrei der Versöhnung, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen" ausgestoßen habe. Und er schließt mit den Worten: „Und während ich aus tiefster Seele und aus vollster Brust nach der Beendigung aller Klassenherrschaft und aller Klassengegensätze rufe, beschuldigt mich der Staatsanwalt, die Arbeiter zur Klassenherrschaft über die besitzenden Klassen aufgefordert zu haben"[292]).

Wie weit Lassalle, von einer solchen Gesinnung ausgehend, den Gedanken der Diktatur des Proletariats abgelehnt hätte, kann natürlich nicht festgestellt werden; indessen scheint er mit den obigen Ausführungen nur schwer vereinbarlich, so schwer, wie etwa sein „Glaube an den Staat" mit der Forderung von Marx nach endlichem Verschwinden desselben.

---

291) Ebenda S. 108 ff.
292) Ebenda S. 109.

II. Abschnitt

Die Anschauungen des Bolschewismus nach seiner weiteren Literatur; ihre Erörterung und die Stellung des Marxismus

Einleitung

Notwendigkeit der Ergänzung

> Verzeiht, es ist ein groß Ergötzen,
> Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen.
>
> Goethe

Auf den vorhergehenden Blättern ist der Versuch unternommen worden, die Stellung des theoretischen Bolschewismus zu einer Anzahl grundlegender Probleme der wirtschaftlichen und staatlichen Gestaltung der künftigen Gesellschaft festzustellen sowie der zur Erreichung dieser Neugestaltung als dienlich erachteten Mittel. Auch wurde versucht, sein Verhältnis zum Marxismus zu bestimmen, zur Quelle also, der er entstammt, und deren Wasser wieder zu kristallner Klarheit und Reinheit zu bringen, nachdem es im langen Laufe des Anwachsens zu einem breiten Strome trübe und schal geworden war, er unternehmen will; dabei sollte auch die Strömung auf die Berechtigung ihres Anspruches hin geprüft werden, sich dieser Quelle selbst gleichzusetzen. Hierzu hat eine, die bedeutendste Schrift der neuen Lehre, gedient.

Wenn nun weiter an Hand der übrigen Literatur versucht werden soll, die Gedankenwelt des Bolschewismus darzustellen, so wird die nahe genug liegende Gefahr, ein Doppelbild zu liefern, bereits Gesagtes zu wiederholen, vielleicht das eine oder andere Mal nicht ganz zu vermeiden sein. Trotzdem wird, meinen wir, dieser Versuch gewagt werden müssen, denn um eine Ergänzung des einen Bildes muß es sich handeln, das, wenn es nur von einem einzigen Träger einer großen Bewegung herrührt, doch kaum ihren ganzen geistigen Gehalt ausschöpfen kann, auch notwendigerweise subjektiv gefärbt ist, und um so subjektiver, je bedeutender die Persönlichkeit ist, der es abgenommen ist, und die ihm und der ganzen Bewegung ihres Geistes Stempel aufdrückte.

Erst die auch in andern Schriften niedergelegten Anschauungen der anderen Führer werden es erlauben, ein einheitliches Gesamtbild zu gewinnen, bisher unbesprochen gebliebene Fragen zu erörtern, die Bewegung, soweit sie sich als geistige und als Lehre darstellt, ganz zu erkennen. Gewiß, der Einwand, daß, wo Könige bauen, Kärrner zu tun haben, ist ein berechtigter, ebenso wie der, daß Epigonen nur der Abglanz der Erstschaffenden sind, nur in ihrem Schatten wirken, aber bei aller überragenden Bedeutung Lenins sind die Trotzki, Radek, Bucharin, Sinowjew doch auch Führer, die ein Recht, gehört zu werden, beanspruchen dürfen, und an ihren, zwar nicht ganz gleichartigen, doch dem gleichen Ziele zustrebenden, vom gleichen Grundgedanken beseelten Wirken, an ihren Schriften, die ihres Wesens Wesen zeigen, muß sich uns der g a n z e Inhalt der Lehre enthüllen.

1. Kapitel

Der Wandel in den bolschewistischen Anschauungen

Noch aus einem anderen Grunde scheint diese Ergänzung notwendig: In e i n e r Schrift wird sich ein Gedanke nur in e i n e r Form äußern, und wenn, wie wir nachzuweisen haben werden, seine Schöpfer ihm unter dem Drucke der Verhältnisse verschiedene Formen gaben, bald seine Durchsetzung rücksichtslos forderten, bald seine schärfsten Kanten abgeschliffen wissen wollten, so wird sich dies, was selbst wieder einen bedeutsamen Rückschluß auf den Geist der Bewegung gestattet, eben nur in einer R e i h e von Schriften äußern können.

Dieser Wandel eines und desselben Gedankens, wie er uns aus seiner Darstellung bei verschiedenen Autoren zu verschiedenen Zeitpunkten klar wird, sein Festhalten oder Aufgeben, wird uns auch erkennen lassen, was an der bolschewistischen Gedankenwelt als dauernder Kern anzusehen ist, und was, vom Augenblick und aus der Not geboren, mit ihnen dahinsank. Nicht bei jeder der sich häufig widersprechenden Maßnahmen der bolschewistischen Praxis, wo diese Einflüsse des Tages noch viel stärker hervortreten müssen, ist es möglich, zu sagen, was an ihr Verwirklichung theoretischer Forderungen ist und was unter dem Druck der Notwendigkeit entstand. Und fast ebenso schwer ist es oft, aus den Schriften festzustellen, was sich als Ergebnis systematischen Denkens und was sich als widerwillig besserer Einsicht abgerungenes Zugeständnis

an den Zwang des Tages und der Stunde darstellt; und letzteres ist öfters der Fall, als man gemeinhin glaubt. Der starre Doktrinarismus war, auch in der Literatur, nicht immer aufrecht zu erhalten, so sehr, daß sich bei näherem Zusehen ein guter Teil der bolschewistischen Lehren als ein Produkt der Umstände erweist, daß heute verbrannt wird, was gestern angebetet, heute verkündigt wird, was gestern verworfen wurde. Nur eines bleibt immer aufrecht: der Gedanke und der Glaube an die neue Gesellschaftsordnung, an ihre Notwendigkeit und das Streben, sie raschest und mit allen Mitteln zu verwirklichen.

Die Schilderung der Praxis fällt aus dem Rahmen dieser Ausführungen heraus; theoretische Schwankungen müssen um so deutlicher aufgezeigt werden.

1. Die Reife Rußlands für eine soziale Revolution

Dieses Schwanken zeigt sich gleich in der ersten Frage, die sich ein Denker, der seiner Gedankenarbeit die soziale Revolution in Rußland zum Ziele steckte und ihr den Boden bereiten wollte, vorlegen mußte: Ist Rußland überhaupt reif für die soziale Revolution? Ist die soziale Revolution in Rußland überhaupt möglich? Eine Frage von dieser Bedeutung konnte nicht unerörtert bleiben und ihre verschiedenartige Beantwortung durch Menschewiki und Bolschewiki war, wie wir sahen, durch ein Jahrzehnt ein Hauptgrund für die Spaltung der Partei. Bevor wir darangehen, Lenins Stellungnahme zu dieser Frage zu untersuchen, sei der Standpunkt von Marx angegeben.

In der Vorrede zu der von Wera Sassulitsch vorgenommenen Übersetzung des Kommunistischen Manifestes hatte Marx im Jahre 1882 erklärt: „Die Aufgabe des Kommunistischen Manifestes war die Proklamation des unvermeidlich bevorstehenden Unterganges des heutigen bürgerlichen Eigentums. In Rußland aber finden wir neben der sich mit Fieberhast entwickelnden kapitalistischen Ordnung und dem sich eben erst bildenden bürgerlichen Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens im Gemeineigentum der Bauern.“

„Es fragt sich nun: Kann die russische Bauerngemeinde, diese allerdings schon sehr zersetzte Form des urwüchsigen Gemeineigentums am Boden unmittelbar übergehen in eine höhere kommunistische Form des Grundeigentums, oder muß sie vorher denselben

Auflösungsprozeß durchmachen, der sich in der historischen Entwicklung des Westens darstellt?"

„Die einzige heute mögliche Antwort auf diese Frage ist die folgende: Wenn die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen wird, so daß beide einander ergänzen, so kann das heutige russische Gemeineigentum zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen" [293]).

Diese Worte bezeichnen klar Marx' Ansicht über die Möglichkeit und die Voraussetzungen des Gelingens einer sozialen Revolution in Rußland. Sie zeigen, daß Marx die Revolution in Rußland mit Überspringung der kapitalistischen Zwischenstufe nur dann für möglich hielt, wenn die angegebene Voraussetzung, gleichzeitiger Ausbruch einer proletarischen Revolution in Westeuropa zutraf. Natürlich ist damit nichts darüber ausgesagt, ob unter den heutigen veränderten Verhältnissen: weitere Zersetzung des Gemeineigentums, an das sohin eine höhere kommunistische Entwicklung kaum anknüpfen könnte, weiterer, absolut ziemlich bedeutender, relativ immer noch unbedeutender Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung, Marx eine soziale Revolution in Rußland überhaupt oder ohne eine gleichzeitige Weltrevolution für möglich ansehen würde.

Wie war nun Lenins Stellung hierzu, und zwar seine Stellung in der jüngsten Zeit, nicht etwa vor einem Dutzend Jahren? In seinem namens der aus der Schweiz abreisenden Mitglieder der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verfaßten „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter" vom 8. April 1917 schreibt er: „Dem russischen Proletariat ist die große Aufgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu b e g i n n e n, die mit objektiver Notwendigkeit durch den imperialistischen Krieg erzeugt worden sind. . . . Wir wissen sehr gut, daß das russische Proletariat schwächer organisiert und w e n i g e r geistig vorbereitet ist, als die Arbeiterklasse anderer Länder. . . . Besondere historische

293) Komm. Manifest, S. 20/21. — Früher hatte Engels schon die Möglichkeit des Sieges der Revolution in Rußland vor einem solchen in Polen erörtert und diese Anschauung mit dem Hinweis auf die (vermeintlich) höhere kapitalistische Entwicklung Rußlands gegenüber Polen begründet: „Ich bin sicher, daß diese Revolution in Rußland eher vollständig zustande kommt, als in Polen, wegen des nationalen Charakters und wegen der entwickelteren Bourgeoiselemente in Rußland. Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw. usw.!" Brief Engels' an Marx vom 23. Mai 1851, Briefwechsel, Bd. I, S. 190.

Bedingungen haben das russische Proletariat für eine möglicherweise kurze Zeit zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht. Rußland ist ein Agrarland, eines der rückständigsten aller europäischen Länder. Unmittelbar kann jetzt der Sozialismus in Rußland nicht siegen. Aber der Bauerncharakter des Landes kann angesichts des großen feudalen Grundbesitzes — wie die Erfahrung des Jahres 1905 gezeigt hat — der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland einen ungeheuren Schwung geben, sie zu einem Vorspiel der sozialistischen Weltrevolution machen und damit die Einleitung zu ihr bilden"[294]).

Zweierlei also behauptet Lenin:

1. in Rußland könne die Revolution angesichts des agraren Charakters und der Rückständigkeit seines Proletariats jetzt keine sozialistische werden;

2. dazu sei erst eine Wandlung beider notwendig, welche natürlich gemäß der hier vertretenen marxistischen Denkungsweise nur durch eine weitere kapitalistisch-industrielle Entwicklung möglich wird, die dann als die unumgänglich notwendige Zwischenstufe zur sozialen Revolution erscheint.

Und wenige Sätze später wiederholt Lenin bekräftigend das Gesagte: „In Rußland kann der Sozialismus nicht sofort und direkt siegen." „Aber die Bauernmasse kann die unausbleibliche und schon reife agrarische Umwälzung bis zur Konfiskation des ungeheuren feudalen Besitzes in Rußland führen"[295]).

Es muß Lenin beigestimmt werden, wenn er fortfährt: „Eine solche Umwälzung wäre an und für sich keine sozialistische"[295]). Er erblickt denn auch in ihr nur einen mächtigen „Ansporn der internationalen Arbeiterbewegung", und nachdem er dargelegt, was die Revolution in Rußland durchführen könnte, zieht er die mit dem Schlußsatz der Marxschen Ansicht übereinstimmende Folgerung: „Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution durchzuführen"[296]), sie kann als Auslösehebel der Weltrevolution wirken,

294) Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 157.
295) Ebenda S. 157.
296) Ebenda S. 158.

zu ihrer Vollendung als sozialistische bedarf sie der Mitwirkung des Weltproletariats.

Die gleiche Auffassung, daß eine sozialistische Revolution in Rußland unmöglich sei, spricht auch aus den Worten der Resolution der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 1. November 1914, wo in dem Satze: „Der Bürgerkrieg, den die revolutionäre Sozialdemokratie in dieser Epoche zu ihrer Losung macht, das ist der Kampf des Proletariats mit den Waffen in der Hand gegen die Bourgeoisie für die Expropriation der Kapitalistenklasse in den führenden kapitalistischen Ländern, für die demokratische Revolution in Rußland (demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des Großgrundbesitzes), für die Republik in anderen rückständigen Monarchien"[297]), zum Ausdruck kommt, daß Rußland für eine soziale Revolution nicht reif gehalten wird. Eine andere Begründung ist der Unterscheidung zwischen den Zielen der Revolution in Rußland und in andern Ländern nicht zu geben.

Wenige Monate nach dem obigen Schreiben Lenins hatte die Wirklichkeit der erst so schwachen, aber straff organisierten und in rücksichtsloser Ausnützung und vollendeter Anpassung an jedes Moment des politischen Kampfes, trefflich geführten Partei Aussichten auf den Sieg eröffnet. Er ward errungen. Mit seiner Erkämpfung war die Auffassung von der Unreife der russischen ökonomischen Verhältnisse wie der des Proletariats vergessen. Wer daran zu erinnern wagte, war ein Opportunist, ein „Sozialverräter". Für die Möglichkeit der erfolgten Reife des Proletariats konnte man noch die Behauptung aufstellen, daß die Revolution selbst die Erziehung des Proletariats in die Hand genommen habe, denn in einer Zeit außergewöhnlichen Erlebens reifen die Menschen schnell. Wie aber für erstere, für die Wandlung der ökonomischen Verhältnisse? Hatten die sich auch plötzlich entwickelt, war Rußland über Nacht zum Industriestaat herangereift, der allein die Durchführung der sozialistischen Revolution ermöglichen sollte?

Und als die proletarische Revolution, was kaum erwartet worden war, mit Unterstützung der „kleinbürgerlich", d. h. dem Kleineigenbesitz freundlich gesinnten Bauern gesiegt hatte, deren Teilnahme eben ein nicht sozialistisches Element in ihr zutage treten

297) Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 146.

ließ, denn damals waren Dorfarme wie mittlere Bauern ihr gefolgt, da verkündigte der ehemalige Menschewik Trotzki von seiner neuen Partei: „Im Laufe einer Reihe von Jahren, die der Revolution von 1917 vorangingen, haben wir nicht nur die Unvermeidlichkeit der neuen Revolution vorausgesagt, sondern wir haben behauptet, haben theoretisch vorausgesagt, daß, wenn diese Revolution zur siegreichen Vollendung kommen wird, sie unvermeidlich die Arbeiterklasse, gestützt auf alle ärmsten Klassen der Bevölkerung, an die Macht stellen wird"[298]) (d. h., doch wohl, daß sie eine sozialistische werden wird).

Noch ganz anders aber wirft Radek, ob bewußt oder unter dem Eindruck und dem Banne des Geschehenen, ist freilich nicht nachzuweisen, dem Wirklichkeit Gewordenen hinterher ein theoretisches Mäntelchen um. Bei ihm heißt es geradezu, daß die durch den Marxismus, der „den Arbeitern gezeigt hat, daß der Sieg des Sozialismus von der Entwicklung der Produktionskräfte abhängig ist"[299]), entstandene Auffassung, „die sozialistische Revolution sei nur dann möglich, wenn der Kapitalismus die ganze Wirtschaftsweise einer Nation erfaßt hat, wenn er sozusagen sie restlos in einen kleinen Haufen von Kapitalisten und in die erdrückende proletarische Mehrheit gespalten hat"[300]), eine „verballhornte" ist.

Demgegenüber sei auf die Worte Marx' über die Möglichkeit einer Weltrevolution in der „Konfidentiellen Mitteilung"[301]) von 1872, auf die Lehre von der Konzentration und der Zusammenballung der Kapitalien, die die Expropriation der Expropriateure als einer kleinen Minderheit durchzuführen gestatten wird, hingewiesen. Marx sagte: „. . . Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren" (bei der Verwandlung des zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches), „hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse"[302]) (bei Verwandlung des bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches).

Der Hinweis darauf, daß Marx die Revolution, und schon gar

---

298) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 3.
299) Radek, Diktatur, S. 13 14.
300) Ebenda.
301) Wird weiter unten wiedergegeben.
302) Marx, Kapital, Bd. 1, S. 691.

die sozialistische, nur als die einer Mehrheit gekannt hat, heißt bereits Gesagtes wiederholen, heißt aber auch darauf hinweisen, daß jene ihre neue Methode, nachdem sie ihnen den Weg zum Erfolg zu erschließen verspricht, einfach nachträglich als die ihnen von ihrem Meister Marx gewiesene hinstellen, während dieser andere Bahnen ging.

Wenn an den obigen Lehren von Marx festhalten für einen Marxisten wirklich bedeuten sollte, „aus dem Marxismus ein mechanisches Rechenexempel zu machen“ [303]), wie dies Radek behauptet, so wird, solange nicht der Nachweis erbracht ist, daß Marx obige Auffassung widerrufen hat, dieser Satz mehr als eindrucksvolle Phrase zu werten sein, denn als Marxismus. Wenn Radek weiter fortfährt: „Der Menschheit zu Ehren ist zu sagen, daß die mechanische Auffassung vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus allen Tatsachen der bisherigen historischen Auffassung widerspricht, wie jeder vernünftigen Auffassung der kapitalistischen Entwicklung“ [304]), und „auch die früheren Wirtschaftsweisen sind nicht erst dann untergegangen, wenn sie die Grundlagen einer neuen Ordnung völlig fertig zurückgelassen haben, sondern wenn sie für die Elemente der neuen Ordnung zum drückenden Hemmschuh wurden“ [304]), so ist dazu erstens zu bemerken, daß die Forderung genügender Reife der „im Schoße der alten Gesellschaft vorgebildeten neuen“ nicht als Forderung mechanistischen Übergangs anzusprechen ist, da sie kaum einen wesentlichen Gradunterschied zu der im zweiten Satz vertretenen Anschauung bedeutet, welch letztere fordert, daß die Elemente mindestens so weit vorgebildet sind, daß sie beim Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung sich als lebensfähig erweisen. Wird das nicht beachtet, dann wird, zweitens, das Urteil das Marx über die Pariser Februarrevolution fällte, auch für die russische gelten: „Von dem Proletariat, die Waffen in der Hand ertrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als soziale Republik. So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Massen unter den

303) Radek, Diktatur, S. 14.
304) Ebenda S. 15.

gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst ins Werk gesetzt werden konnte"[305]). Ganz ähnlich äußert er sich gegenüber Engels in seinem Briefe vom 1. Dezember 1851: „. . . E. Jones hat Kossuth — mit Benutzung meines Briefes — sans miséricorde angegriffen. „J tell him, that the revolutions of Europe, mean the crusade of labour against capital and J tell him they are not to be cut down to the intellectual and social standard of an obscure semibarbarous people like the Magyars, still standing in the halfcivilisation of the 16th century, who actually presume to dictate to the great enlightenment of Germany and France . . .' "[305 a]).

Praktisch hängt die ganze Auffassung natürlich aufs innigste mit der Frage zusammen, ob die Revolution nur als Bewegung der Mehrheit möglich sei, also mit dem Problem der Demokratie innerhalb des Sozialismus. Wer als Sozialist diese leugnet, muß natürlich dazu kommen, der Praxis einer Minorität, die den Sozialismus gewaltsam „einzuführen" versucht — und etwas anderes als ein „Einführen" ist, trotz allen Bestreitens, ein Versuch unter Außerachtlassung der für das organische Werden nötigen Voraussetzungen nicht —, eine von der bisherigen und unwiderlegten Auffassung des Marxismus abweichende Begründung zu geben, muß mit einem Worte, eine neue Theorie schaffen, mag sie auch mit der vordem vertretenen in unversöhnlichem Gegensatze stehen.

Die Logik aber ist unerbittlich. Und so heißt es denn schließlich von eben der russischen Revolution, von der Lenin, damals auf dem Boden des Marxismus stehend, behauptet hatte, daß sie unmöglich eine sozialistische werden könnte, bereits ein Jahr spater bei Radek: „Daß sie (die russische Revolution) aber eine Revolution des Proletariats ist, daß sie heroisch die anarchistisch-kapitalistische Wirtschaftsweise durch sozialistische Organisation zu überwinden sucht, daß sie also eine sozialistische Revolution ist, . . . können ihr ebenso wenig die Menschewiki noch ihre europäischen Nachbeter nehmen, so wenig sie auf ihren sozialistischen Charakter selbst verzichten kann; denn der sozialistische Charakter steht über ihr als ihr Schicksalsstern, er ist mit eiserner Notwendigkeit aus dem imperialistischen Charakter des Krieges geboren"[306]).

Gewiß darf zugegeben werden: sie ist ein heroischer Versuch,

305) Marx, 18. Brumaire, S. 13.
305 a) Briefwechsel, Bd. I, S. 269.
306) Radek, Diktatur, S. 18.

die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden, die sozialistische zu schaffen. Doch besagt das etwas darüber, ob sie kam, als die Stunde des Kapitalismus, die ja kommen muß und kommen wird, wahrhaft erfüllt war? Wohl nicht, und wenn sie wider früher geäußerte Einsicht durchzuführen versucht wurde, so blieb nichts anderes übrig, als dem Geschehenen nachher die Sanktion einer posthumen Theorie zu erteilen.

So erscheint auch die mit der mehrfach von Radek[307]) betonten übereinstimmende Ansicht Bucharins: „Der Kapitalismus in Rußland zersetzte sich früher als der eines beliebigen anderen Landes, weil die Last des Weltkrieges sich am schwersten an dem jungen kapitalistischen Staate unseres Landes äußerte. Bei uns gab es keine so ungeheure Organisation der bürgerlichen Klasse wie in England, Deutschland, Amerika. Sie konnte daher weder mit den Forderungen fertig werden, die der Krieg ihr stellte, noch mit dem mächtigen Ansturm der russischen Arbeiterklasse und der ärmsten Bauern, die in den Oktobertagen die Bourgeoisie aus dem Sattel hoben und die Macht in die Hände der Arbeiterklasse, der Kommunisten — Bolschewiki — gaben“[308]), kaum mit der Ansicht von Marx über die Voraussetzung einer sozialen Revolution vereinbar. Sie mag, das kann nur die Geschichte lehren, durchaus zutreffend sein, zutreffender vielleicht als die von Marx; aber — es ist nicht die Marx'; den Anspruch darf diese Theorie nicht erheben.

2. Die Diktatur des Proletariats

Der Russe ist mehr Revolutionär als Demokrat.
Masaryk

a) Die Diktatur der Mehrheit.

Einen ähnlichen Wandel der Anschauungen, wie den über die Möglichkeit und Gründe des Sieges einer sozialen Revolution in Rußland, hat jene über das Mittel, durch das sie zum Ziel gelangen will: die Diktatur des Proletariats, erfahren. Marx hat sie, ebenso wie er die Möglichkeit einer Revolution von dem Reifegrad der allgemeinen Umstände abhängig sah, an die Reife nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der übrigen Klassen gebunden gesehen. Und zwar äußert er diese Ansicht bereits in der Schrift, wo er zum erstenmal von der Diktatur des Proletariats spricht, in den

307) Radek, Diktatur, S. 17 und 18.
308) Bucharin', Programm, S. 8.

„Klassenkämpfen in Frankreich". Da heißt es: „Das Proletariat, von der furchtbaren Niederlage des Juni gezwungen, sich durch intellektuelle Siege wieder aufzurichten, durch die Entwicklung der übrigen Klassen noch nicht befähigt, die revolutionäre Diktatur zu ergreifen, mußte sich den Doktrinären seiner Emanzipation, den sozialistischen Sektenstiftern in die Arme werfen . . ." [309]).

Kautsky unternimmt es in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats", den Nachweis zu erbringen, daß die Verkündigung dieser Formel im Bolschewismus ein Produkt der Verhältnisse ist. Das ist gewiß zuzugeben. Sie ist aber nicht nur ein solches. Vielmehr scheint außer allem Zweifel zu stehen, daß, wie der Gedanke, — aber nur in dem erwähnten Sinne: Diktatur als Klassenherrschaft der großen Mehrheit und nur dieser, also einer Diktatur, die sich in demokratischen Formen äußern kann, soll und muß, — von Marx durch lange Jahre festgehalten wurde, er auch vom Bolschewismus lange Zeit vertreten wurde.

So kann wohl der von Max Adler vertretenen Ansicht beigepflichtet werden [310]), daß die Diktatur sich auch in Form des Parlamentarismus äußern kann (wenn er dies auch zunächst nur für die Bourgeoisiediktatur behauptet), ja daß dieser, wenn auch in einer erneuerten Form, den Rahmen für die proletarische abgeben könnte; denn ein — erneuerter, umgewandelter — Parlamentarismus ist, zum mindesten begrifflich, mit der als spezifische Form der proletarischen Diktatur angesehenen demokratischen Republik wohl vereinbar. Daher dürfte dem Marxschen Gedanken die zugespitzte Formel „Diktatur oder Demokratie" weniger gerecht werden, als etwa die „Diktatur in Form der Demokratie", so lange wenigstens, bis jede Form der Diktatur, mag sie sich nun einer mehr oder minder weitgehenden Scheindemokratie bedienen, schwindet und mit der vollen Verwirklichung der Demokratie jede Diktatur notwendigerweise aufhört.

Daß die Ansicht, Marx habe unter dem Ausdruck „Diktatur des Proletariats" nur die Diktatur der Mehrheit verstanden, auch bei den Bolschewiki nicht ganz verschwunden ist, sondern „auf dem Grunde der Seele ruht", beweist, wie bisweilen — fast könnte man sagen: ängstlich — der Nachweis zu erbringen versucht wird, die Bolschewiki verfügen über die Mehrheit der russischen Proletarier

309) Marx, Klassenkämpfe, S. 69.

310) In der Arbeiter-Zeitung vom 30. März 1919.

und Bauern. So, wenn Lenin, um nur zwei Beispiele statt vieler zu bringen, in seiner Rede „Über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, nachdem er es als „erste Aufgabe jeder Partei der Zukunft“ bezeichnet hat, „die Mehrheit des V o l k e s von der Richtigkeit ihres Programms zu überzeugen“, sie „als in ihren Hauptzügen gelöst betrachtet“, „denn die Mehrheit der Arbeiter und Bauern steht wissentlich auf Seite der Bolschewiki“ [311]), und sich dafür auf einen Sowjetkongreß in Moskau beruft, oder ähnlich in seiner Rede „Der Kampf um das Brot“, wo er sagt: „Die Lehren des Bürgerkrieges vom Oktober bis März haben bewiesen, daß die werktätigen Massen der russischen Arbeiterklasse ohne Ausnahme aus allen Enden Rußlands in gigantischer Mehrheit für die Sowjetmacht stehen“ [312]).

---

311) **Lenin**, Aufgaben, S. 6.

312) **Lenin**, Kampf um das Brot, S. 15.

Ganz klar kommt — diese Abschweifung vom russischen zum deutschen Kommunismus, sei gestattet — Marx' wahre Meinung von der Diktatur des Proletariats als der Diktatur der Mehrheit, in der Programmschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands „Was will der Spartakusbund?“ zum Ausdruck. Ob wider Willen, oder ob um die Massen zu gewinnen (jedenfalls aber im Widerspruch mit der bolschewistischen Praxis), bleibe dahingestellt. Da heißt es (S. 3) mit den alten Marxschen Worten: „Die sozialistische Revolution ist“ — im Gegensatz zu den bisherigen, durch Minderheiten geführten — „die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann“ und in Ausführung dieses Gedankens (S. 4): „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der grossen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen, und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.“ Und in logischer Folgerung daraus heißt es weiter (S. 8): „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der grossen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes. Damit bestünde t h e o r e t i s c h ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Ansichten der russischen Kommunisten und ihrer deutschen Bruderpartei. Die Praxis freilich scheint ihn zu überbrücken. Ihr sind wesentlich besser angepaßt die Schlußworte der Programmschrift (S. 8): „In diesem letzten Klassenkampfe der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: ‚Daumen auf's Auge und Knie auf die Brust‘!“

Es ist überaus bezeichnend, daß die kommunistische Partei diese Schlußformel dem Meister der tönenden Phrase, dem Marx eben dies nicht verzieh,

b) Die Diktatur der Minderheit und Einzelner.

Schon Lenin forderte eigentlich, wie oben gezeigt, die Diktatur der kommunistischen Partei über das Proletariat und die Werktätigen. Die Gewalt der Tatsachen enthüllte bald genug, was hinter diesen Worten stand und sich daraus entwickeln mußte: die Diktatur einer kleinen Schichte von Machthabern, von wenigen, ja einzelnen, über die Massen. Und wenn, wie aus der Begründung und Rechtfertigung dieser Forderung in Lenins Rede ganz deutlich hervorgeht, aus der Not eine Tugend gemacht wird[313]), so beweist dies, daß auch hier die bolschewistische Theorie sich der Wirklichkeit nachträglich anpaßt, um nicht zu sagen, ihr nachhinkt. Sollte es der Gang der Ereignisse je mit sich bringen, daß die bolschewistische Herrschaft in Gefahr gerät, dann kann es durchaus möglich sein, daß die Diktatur im allerursprünglichsten Sinne, die unumschränkte Herrschaft eines einzelnen, in Zeiten der Not über das ganze Volk und den ganzen Staat gefordert wird, und dann wird es auch hier heißen, „es gibt entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjet-(d. h. sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht von einzelnen Personen“[314]). Die Begründung einer solchen Diktatur wird vor allem damit gegeben, daß „der Unterschied zwischen der proletarischen Diktatur und der bürgerlichen darin besteht, daß die erste ihre Schläge gegen die ausbeuterische Minderheit im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit richtet“ usw., welche Argumentation, ohne ein Werturteil abzugeben, nur schwer zu beurteilen ist.

Zu rechtfertigen ist eine derartige Diktatur eben nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, und sie bedarf keiner andern. Sie als Postulat der sozialistischen Demokratie hinzustellen, blieb Lenin vorbehalten, und die erwähnten Sätze tun bei genauerer Prüfung allein schon dar, daß eine solche Diktatur weniger im Wesen der sozialistischen Demokratie begründet, als im Interesse ihrer Verwirklichung aufgestellt wird.

Der Gedanke der Diktatur erscheint so als Mittel zum Zweck. Bei Marx ist sie unumgängliche Zwischenstufe zur Durchführung der von der Mehrheit gewollten Aufhebung der Klassengegensätze,

---

entlehnt hat: Lassalle. Bei ihm finden sich diese Worte in der zweiten Rede „Über Verfassungswesen“, „Was nun?“ (Schriften und Reden, Bd. 1, S. 535.)

313) Vgl. die weiter unten gebrachten Zitate.

314) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 43.

bei Lenin erscheint sie als der von einer Minderheit gewiesene Weg zum gleichen Endziel, dem sich alle Maßnahmen unterordnen müssen. Aber die so vorwiegend aus teleologischen Gründen aufgestellte Forderung der Diktatur des Proletariats wird bei Lenin und im ganzen Bolschewismus notwendigerweise zu einem System ausgeweitet, das überall ihre Anwendung heischt im politischen wie im wirtschaftlichen Leben. In beiden soll ihre vornehmste Äußerungsform das Rätesystem sein (dem wegen seiner Bedeutung für die bolschewistische Theorie und Praxis weiter unten ein eigener Abschnitt gewidmet ist).

Für die Behauptung, daß der Bolschewismus auch bei der Verherrlichung der Diktatur kaum anders vorgeht, als das zweckmäßig scheinende nachträglich zu rechtfertigen, ist noch ein weiterer ergänzender Nachweis zu erbringen. (Anders denn als Verherrlichung kann man die begeisterten Worte, mit denen Lenin wie Radek oder Bucharin von der Diktatur sprechen, kaum bezeichnen: „Die Diktatur ist ein großes Wort. Und große Worte darf man nicht in den Wind sprechen. Die Diktatur ist eine eiserne Macht, revolutionär kühn und schnell, erbarmungslos in der Unterdrückung, wie der Ausbeuter, so auch der Hooligans“ [315]). Oder: „Diktatur, — das bedeutet die eiserne Macht, eine Macht, die ihre Feinde nicht verschont. Diktatur der Arbeiterklasse, — das bedeutet die Staatsmacht der Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer erwürgt“ [316]).

Trotzki hatte die grundsätzliche Überlegenheit der Demokratie zugegeben, und ebenso die Notwendigkeit des Abweichens von ihr mit dem Zwange der Verhältnisse begründet: „Er (Kautsky) bewies, daß für die arbeitende Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaues letzten Endes stets von Nutzen sei. Im großen und ganzen ist dies natürlich richtig.... Wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft sei, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in die Rahmen demokratischer Institutionen zu leiten, so bedeutet das noch keineswegs, daß die Geschichte dem Proletariat immer eine solche Kombination ermöglicht“ [317]).

In ähnlicher Weise liefert Lenin den Beweis für unsere aufgestellte Behauptung. In seiner Rede „Über die nächsten Aufgaben

---

315) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 39.

316) Bucharin, Programm, S. 14.

317) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 95.

der Sowjetmacht" rechtfertigt und erklärt er die Diktatur beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als aus zwei Hauptgründen und in zwei Hauptrichtungen notwendig: „Erstens, man kann nicht den Kapitalismus besiegen und ausrotten, ohne den Widerstand der Ausbeuter erbarmungslos zu unterdrücken.... Zweitens zeigen sich bei dem mit der Revolution verbundenen Bürgerkrieg Elemente der Auflösung und können nicht anders als durch Vermehrung von Verbrechen, des Hooligantums, der Bestechung, der Spekulation und jeglicher Art von Scheußlichkeiten sich zeigen. Um damit fertig zu werden, braucht man Zeit und eine eiserne Hand"[318]). Die Schuld, daß dem so ist, liegt an der alten, kapitalistischen Gesellschaft. „Wenn eine alte Gesellschaft zugrunde geht, da kann man nicht ihren Leichnam in einen Sarg legen, zunageln und in ein Grab verscharren. Er verwest in unserer Mitte, er verfault und steckt uns selbst an"[319 a]).

Obiges Thema wird in Lenins Reden noch mehrfach variiert; immer aber kehren die Begründungen wieder: Die Diktatur ist eine Notwendigkeit, so wie zum Kampfe gegen die Bourgeoisie, so auch zu dem gegen die Schädlinge in den eigenen Reihen.

Die Schrift „Staat und Revolution" wußte von letzterer Motivierung noch nichts. Unter anderen Verhältnissen entstanden, sah sie nur den Klassenkampf vor sich und sah nur für ihn die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Auch die Form, in der nun der Gedanke gepredigt wird, dürfte als ein solches Ergebnis der Verhältnisse zu erklären sein; denn anders als in Worten rücksichtslosester Rücksichtslosigkeit, wie etwa die obigen Bucharins oder das nachstehende, daß es das Ziel der Diktatur sei, „die Bourgeoisie völlig zu erwürgen"[319]), wird von ihr nicht gesprochen.

Sobald sich aber der Zwang nicht nur gegen den Klassengegner und Klassenschädling als nötig erweist, wird auch die Anwendung des Diktaturgedankens selbst gegen den eigenen Klassengenossen gefordert und verteidigt. Wieder erweitert sich das theoretische Postulat gemäß den Erfordernissen des Augenblicks. In seiner erwähnten Rede wendet sich Lenin gegen jene, die in der durch die Dekrete über die Verwaltung der Eisenbahnen und die Übertragung von diktatorischen Vollmachten an einzelne Leiter getroffenen

318) Lenin, Aufgaben, S. 37 ff.
319) Bucharin, Programm, S. 23.
319a) Lenin, Kampf um das Brot, S. 24.

Maßnahme „ein Abrücken von dem Prinzip der Kollegialität, vom Demokratismus und anderen Prinzipien der Sowjetmacht sehen“ [320]), und er sieht hierin eine „Frage von tatsächlich ungeheurer Bedeutung“ [321]), die Frage nämlich, „ob überhaupt die Ernennung von einzelnen Personen, die mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet sind, von Diktatoren, mit den Grundprinzipien der Sowjetmacht vereinbar ist“ [321]), und bejaht sie; bejaht sie faktisch mit der Notwendigkeit des Zwanges, theoretisch mit der oben angegebenen Argumentation.

Das Ende ist ein System von „aufgeklärtem Absolutismus“ in einer sonderbaren modernen Reinkultur; Diktatur nicht mehr des Proletariats, sondern über und gegen das Proletariat. Der oligarchische Charakter, der allen Minderheitsparteien, die wirtschaftliche und politische Verhältnisse durch gewaltsame Revolutionen ändern wollen, anhaften muß, zeigt sich hier aufs deutlichste.

Das Anwendungsgebiet dieser neuen Form der Diktatur ist vor allem der Großbetrieb, denn er, der „eben die materielle Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus“ [322]) ist, „erfordert die bedingungslose und strengste Einheit des Willens, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenkt“ [322]). Und diese „technisch, ökonomisch und historisch“ notwendige „strengste Einheit des Willens“ kann nur gesichert werden „durch Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines Einzigen“. Diese Unterordnung muß eine „widerspruchslose“ sein und das Ergebnis dieser Notwendigkeit nur entschlossenes Eintreten „für eine erbarmungslos starke Macht, für die Diktatur von einzelnen Personen, für bestimmte Arbeitsprozesse bei rein ausübenden Funktionen“ [323]), wobei es gleichgültig ist, ob diese „Diktatoren nun gewählt oder durch Sowjetinstitutionen ernannt sind“ [324]), wie die einstimmig angenommene Resolution des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten vom 29. April 1918 nach Anhören der Rede Lenins besagte.

Die Gründe für diese neue Ausdehnung der Anwendung der

320) Lenin, Aufgaben, S. 41/42.
321) Ebenda S. 42.
322) Ebenda S. 43.
323) Ebenda S. 52.
324) Ebenda S. 61.

Diktatur und für die Erweiterung ihres Begriffes sind oben angedeutet worden: sie liegen in den Verhältnissen. Was, wie Lenin zugibt, die eigentliche Veranlassung zu dieser Rede war, das waren die Übelstände, die sich in unerwarteter Schwere herausgebildet hatten und das Gebäude der Sowjetmacht von innen heraus zu zerstören drohten. „Eine wohlgefügte Organisation“[325]) zu schaffen, war die letzte Minute der letzten Stunde gekommen. Gründlicher Wandel, ja Bruch mit der bisherigen Praxis tat offenkundig not, denn „unsere Arbeit zur Organisierung der proletarischen Rechnungslegung und Kontrolle ist deutlich, offensichtlich für jeden denkenden Menschen, hinter der Arbeit der unmittelbaren ‚Expropriierung der Expropriateure‘ zurückgeblieben“[326]). Es war rascher zerstört als aufgebaut worden. Trotzki kündigte diese Wandlung in seiner berühmten Rede, „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten“, am 25. März 1918 an; Lenin besiegelte sie in der seinen vom 28. April gleichen Jahres.

Es lag in der folgerichtigen Entwicklung dieses Gedankens und wird hier nur der Vollständigkeit halber angeführt, daß gleichzeitig auch die Wahl der Offiziere beseitigt, ernannte Kommandanten — meist Offiziere der alten zarischen Armee — eingeführt wurden. Trotzki rechtfertigte dies in dieser Rede, sowie in der über die „Rote Armee“ mit dem Beispiel der Gewerkschaftsverbände, wo auch die von den Arbeitern gewählten Vertrauensmänner und Aufsichtsräte die Gewerkschaftsbeamten ernennen.

D a s also wird die Diktatur des Proletariats, die „Herrschaftsform, in der eine Klasse der andern rücksichtslos ihren Willen diktiert“[327]), die „politische Herrschaft des Proletariats“, seine „. . . mit niemand sonst geteilte und unmittelbar auf der bewaffneten Macht der Massen begründete Macht“[328])! So kann man, ein einst berühmtes Wort variierend, sagen, daß die Befreiung und die Diktatur des Proletariats in der Freiheit und in dem Rechte bestehen, den Befehlen meist klassenfremder Diktatoren unbedingt gehorchen zu dürfen.

Doch wen kann dies wundernehmen? Diese Entwicklung liegt

---

325) L e n i n , Aufgaben, S. 36.

326) Ebenda S. 13, und 19/20.

327) R a d e k , Diktatur, S. 19.

328) L e n i n , Staat und Revolution, S. 25.

einmal in der Auffassung von der Diktatur des Proletariats als der Diktatur einer Minderheit, wobei der Gang der Ereignisse zu immer größerer Einschränkung dieses Begriffes trieb, nachdem einmal der in sich widerspruchsvolle Gedanke in die Wirklichkeit umzusetzen versucht worden war. Sicher spielt aber auch gerade hier die Eigenheit des russischen Geistes eine große Rolle. So sagt Nötzel: „Hier ist der eigentliche Schlüssel zur geistigen Physiognomie der russischen Intelligenz: sie ist ein Kind des Despotismus und erstrebt mit seinen Mitteln eine neue Despotie. Dieser neue Despotismus soll nur die Massen satt machen. Daß ihn die Massen selber ausüben sollen, wird zwar behauptet, aber wohl nicht mehr geglaubt. Herrschen sollen die Volksfreunde; da das aber nach Tyrannei riecht, sagt man das Volkswohl, das heißt das Dogma von ihm, das heißt dessen Hüter, das heißt natürlich nichts anderes als eben die Volksfreunde, das heißt die, die sich dafür halten. Die russischen Revolutionäre nennen sich ja bekanntlich schon von den siebziger Jahren an die ‚Ausführer des Volkswillens'"[329]).

3. Die Demokratie

Eine der Entwicklung des Diktaturgedankens nicht unähnliche hat auch der der Demokratie mitgemacht. Trotzkis Stellungnahme wurde bereits erwähnt. Sein Ausspruch „Als Marxisten sind wir nie Anhänger der formalen Demokratie gewesen"[330]) versuchte die Brücke zu schlagen für den Übergang vom Demokratismus zur Diktatur. Auch Lenin nahm für sich die Befolgung demokratischer Prinzipien in Anspruch, als er sich auf die seinen Ideen gewonnene Mehrheit des Volkes berief. Die lange Schulung im Geiste des Marxismus, wie er bisher verstanden worden war, ließ sich nicht verleugnen, und selbst dort, wo der Bolschewismus die Demokratie bekämpft, handelt es sich ihm, wie betont wird, nicht darum, die Demokratie als Gedanke überhaupt auszurotten, sondern darum, an die Stelle einer „unvollkommenen", „bürgerlichen", eine „vollkommenere", „proletarische" zu setzen. Mit dem Fehler, der in dieser Forderung steckt, haben wir uns bereits auseinandergesetzt, ebenso mit der Einseitigkeit, die verkennt, daß eine „Demokratie", die bewußt eine Klasse, einen Stand, eine Nation ausschließt, keine

---

329) **Nötzel**, Grundlagen, S. 133/134.
330) **Trotzki**, Oktoberrevolution, S. 93.

Demokratie genannt werden kann. Die neue Demokratie, die „Demokratie der Massen“ [331]), wird nur dann die „höchste Form der Demokratie“ sein, wenn sie alle umfaßt, allen die gleiche Möglichkeit gewährt.

Lenin hat später die bisherige Form der Demokratie in seinem nahezu berühmt gewordenen Worte von der „Heuchelei der formalen Gleichberechtigung“ [332]) entschiedener als je verdammt und — vergessen ist, was sie für die Befreiung der Arbeiterklasse nach Marx und in der Praxis leistete — demgemäß ihre Beseitigung gefordert. An ihre Stelle sollte, so müßte man folgern, nun die reale gesetzt werden. Lenin aber ersetzt sie durch die Sowjetverfassung mit ihrer offen zugegebenen, unverhüllten faktischen Ausschließung einzelner Klassen und ihrem ungleichen Wahlrecht.

Bei Radek klingt das Verdammungsurteil der bisherigen Demokratie womöglich noch um einiges schärfer. Sie wird hier verworfen, gehaßt, denn sie ist „konkret genommen“ eben nichts anderes „als die Herrschaft des Kapitals, das so stark ist, so verankert in den Anschauungen der Volksmassen, daß es sich den Luxus erlauben kann, ihnen die Freiheit zu gewähren, über Staatsangelegenheiten zu reden“ [333]). „Eine weitergehende Demokratie gibt es in der Geschichte nicht“ [333]) und „die moderne Demokratie ist eine Kulisse der Kapitalherrschaft“ [333]). Wem die Demokratie so erscheint, und wem der Kapitalismus der Feind ist, der hat vielleicht das Recht, so zu schreiben; zu bestreiten ist allerdings, ob diese Auffassung berechtigt ist, sie scheint, wie dies auch bei Lenin zutage tritt, den Gedanken mit der Form zu verwechseln, weil er unvollkommen in Erscheinung und in Wirklichkeit trat. Marx-Engels haben den Unterschied deutlicher gesehen. Wir sagten es: Es ist mit der Demokratie für ihre Anhänger ebenso wie mit jedem anderen Ideal bestellt: es ist nicht dazu da, je erreicht zu werden, sondern als Leitstern zu dienen, dem man zu folgen, nach dem man sein Tun einzurichten hat.

Was Marx von den französischen Royalisten sagt, daß sie das Königtum anstrebten, „wie Kant die Republik als einzig rationale Staatsform zu einem Postulat der praktischen Vernunft macht, deren Verwirklichung nie erreicht wird, deren Erreichung

331) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 676.
332) Ebenda S. 677.
333) Radek, Diktatur, S. 24.

aber stets als Ziel angestrebt und in der Gesinnung festgehalten werden muß"[334]), das ist auch für den, der die Demokratie auf seine Fahne geschrieben hat, der einzig mögliche und gegebene Standpunkt. Folgerichtig wäre demnach die Forderung nach Ausbau, nicht nach Verwerfung der Demokratie. Radek schlägt letzteren Weg ein: „. . . Damit ist schon gesagt, wieviel greisenhaften Starrsinns oder greisenhafter Sinnlosigkeit dazu notwendig ist, um die russische Revolution anzuklagen, daß sie der armen Demokratie wehtut"[335]). Also bewußte Leugnung der Demokratie, entsprungen einseitiger Auffassung von ihrem Wesen und Erhebung dieser Verwerfung dann zu einem unbestreitbaren Prinzip.

Kaum besser wird der Gedanke der Demokratie dadurch gewahrt, daß Lenin durchaus nicht im Geiste des Marxismus von einer „Demokratie der Armen"[336]) spricht und so eigentlich an Stelle des Klassenkampfes den durchaus nicht mit ihm identischen Gegensatz von „arm und reich" setzt, das Gefühlsmäßige so in den Vordergrund rückt.

So sehen wir je nach dem Maße, in dem der Begriff Demokratie ethischen oder teleologischen Maßstäben unterworfen wird, je nachdem, wie Form und Inhalt gleichgesetzt werden, sie gepriesen oder verworfen.

4. Das allgemeine Wahlrecht

Der Gedanke der politischen Demokratie bedarf zu seinem Wirklichkeitswerden des allgemeinen Stimmrechts. Ob dieses, wie die einen behaupten, notwendig zum Parlamentarismus führen und ob dieser die höchste Form der Demokratie darstellen muß, bleibe ununtersucht. Doch muß gelten: Das Verdammen der „formalen Gleichberechtigung", d. h. der formalen Gleichberechtigung aller, läßt, will man sie eben nicht durch die reale ersetzen, auch das allgemeine Stimmrecht verwerfen.

Wenn aber als Grund für diese ganze Auffassung von Trotzki angegeben und behauptet wird: „In der Klassengesellschaft beseitigen die demokratischen Institutionen nicht nur den Klassenkampf nicht, sondern sie verleihen den Klasseninteressen einen

334) Marx, Klassenkämpfe, S. 83.
335) Radek, Diktatur, S. 24.
336) Lenin, Aufgaben, S. 49.

höchst unvollkommenen Ausdruck"[337]) und damit das allgemeine Stimmrecht, das eine demokratische Einrichtung ist und als solche von Engels stets angesehen und gebührend eingeschätzt wurde[338]), verworfen wird, so wird diese Anschauung Trotzkis nicht mit dem Anspruche auftreten dürfen, Marx' Auffassung wiederzugeben. Marx schrieb vielmehr: „Aber wenn das allgemeine Stimmrecht nicht die wundertätige Wünschelrute war, wofür republikanische Biedermänner es angesehen hatten, so besaß es das ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der kleinbürgerlichen Gesellschaft ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Fraktionen der exploitierenden Klasse in einem Wurf auf die Staatshöhe zu schleudern und ihnen so die betrügerische Larve abzureißen"[339]).

Trotzki hält aber an seiner unmarxistischen Auffassung auch in seiner Rede über die „Rote Armee" fest: „Wir leben nicht unter den Bedingungen des Regimes einer formalen Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts, das bestenfalls in einer Zeit von revolutionären Zusammenstößen einen Appell an die Arbeiterbevölkerung erlassen kann; nach diesem Appell würde die Hauptrolle immer noch dem materiellen Kräfteverhältnis der Klassen überlassen sein. . . . Dies vermögen nur jämmerliche Doktrinäre des Kleinbürgertums nicht zu begreifen"[340]).

Daher seien noch zwei weitere Stellen aus Marx wiedergegeben, die womöglich noch schärfer die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für den Klassenkampf betonen: „Der umfassende Widerspruch dieser Konstitution bestand darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen

---

337) Trotzki, Oktoberrevolution, S. 93.

338) Vgl. die oben S. 184 ff. wiedergegebenen Zitate.

339) Marx, Klassenkämpfe, S. 39/40.

340) Trotzki, Rote Armee, S. 11.

Gesellschaft selbst in Frage stellen"[341]) und ganz ebenso „das allgemeine Wahlrecht, indem es die vorhandene Staatsmacht beständig wieder aufhebt und von neuem aus sich erschafft, hebt es nicht alle Stabilität auf, stellt es nicht jeden Augenblick alle bestehenden Gewalten in Frage, vernichtet es nicht die Autorität, droht es nicht die Anarchie selbst zur Autorität zu erheben?"[342]), und mit der ganzen Verachtung, die er gegen die Bourgeoisie aufbringen konnte, spricht er es aus: „Die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, es ist das letzte Wort der Partei der Ordnung, der Bourgeoisiediktatur"[342]).

Und weiter schrieb Marx Worte, die klar erkennen lassen, was für ihn das Verwerfen des allgemeinen Stimmrechts bedeutet und wie undenkbar es ihm erscheint, daß eine proletarische Partei zu diesem Mittel, die Diktatur des Proletariats zu errichten, ihre Zuflucht nehmen könnte: „Die Bourgeoisie, indem sie das allgemeine Wahlrecht, mit dem sie sich bisher drapiert hatte, aus dem sie ihre Allmacht saugte, verwirft, gesteht unverhohlen: ‚unsere Diktatur hat bisher bestanden durch den Volkswillen, sie muß jetzt befestigt werden wider den Volkswillen'"[342]). Und da das natürlich von jeder Klasse und jeder Diktatur, nicht nur von jener der Bourgeoisie gilt und gelten muß, so seien diese Worte von Marx jenen seiner angeblichen Jünger, die seine wahre Lehre wieder herstellen wollen und immer von den „vergessenen Worten des Marxismus" sprechen, zum Überdenken gewidmet, denn ihr Marxismus, der Bolschewismus, der eine Demokratie, eine Volksherrschaft ohne Mitwirkung des Volkes will, wird bekennen müssen „Unsere Diktatur besteht nicht durch den Willen des Volkes, sie wird befestigt wider den Willen des Volkes." Und daß das im Geiste Marx' lag, kann nur behaupten, wer ihn nicht kennt oder ihn verkennt.

---

341) Marx, Klassenkämpfe, S. 52.
342) Ebenda S. 97.

2. Kapitel

Vernichtung der bestehenden und Neuaufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung

1. Die Vernichtung

a) Die Lehre vom Klassenkampf.

Klassenkampf und Bürgerkrieg

Haben wir bisher, um den Nachweis zu erbringen, wie sehr sich die einzelnen Begriffe der bolschewistischen Theorie und diese selbst unausgesetzt den Verhältnissen anpassen, den Zielen einer reinen Machtpolitik unterworfen werden, auf die schon vorher erörterten Fragen von der Möglichkeit der Revolution, der Diktatur, des allgemeinen Wahlrechts, nochmals eingehen müssen, so wird, wenn wir uns nun den andern Gebieten der geistigen Vorstellungswelt des Bolschewismus zuwenden, dieser Wandel auch, wenngleich nicht so scharf, in die Erscheinung treten. Immerhin aber wird dies, zumal in der Wahl der Methoden, die er zur Erreichung des Zieles empfiehlt, nachdem einmal der Kapitalismus zu Boden geschlagen, deutlich sichtbar werden. Bevor wir aber an die Schilderung des Neu- und Aufbaues gehen, sind die Anschauungen des Bolschewismus, soweit sie sich auf den Kampf selbst beziehen, zu erörtern.

Der Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung führt über den Klassenkampf, ja ist Klassenkampf; daran festzuhalten, kann niemanden, der sich auf Marx beruft, zum Vorwurf gemacht werden; so sehr ist gerade diese Lehre unbestrittener Marx, daß sie zum Prüfstein wird, an dem sich die Geister des sozialistischen Reformismus und des sozialistischen Revolutionismus scheiden. Aber auch hier hat es die bolschewistische Lehre verstanden, in angeblicher Vertiefung der Lehre von Marx einer eigenen Auffassung des Marxismus Raum zu geben.

Marx-Engels hatten auch die „friedliche" Methode des Klassenkampfes für durchaus möglich gehalten, ihn nicht notwendig zum blutigen Bürgerkrieg werden sehen. Lenin ist anderer Meinung; sein Kultus der Gewalt muß dazu treiben; für ihn ist die Entwicklung des Klassenkampfes zum Bürgerkrieg unvermeidlich und die Aufgabe „kann nur in einer großen Reihe von Klassenschlachten zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie gelöst wer-

den“ [343]). Er sieht Klassenkampf und Bürgerkrieg so nahe verbunden, daß er geradezu folgert: Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen, oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten“ [344]).

Diese vor der Revolution vertretene Auffassung Lenins scheint nicht zuletzt gerade diesem Zeitpunkt ihr Enstehen und ihre Form zu verdanken. Denn während es noch eben vor der Revolution, wenn auch nur in dürftiger Abschwächung, hieß, daß der Bürgerkrieg „unter gewissen Umständen“ unvermeidlich sei, so spricht Lenin, als er die des Oktober-November zum Siege geführt hatte, aus: „Alle großen Revolutionen bestätigen das“: „. . . jede große Revolution, besonders aber die sozialistische, sogar wenn es keinen äußern Krieg gegeben hätte, ist undenkbar ohne einen innern Krieg, d. h. einen Bürgerkrieg“ [345]). Hier erscheint der Bürgerkrieg bereits als unbedingt mit der sozialistischen Revolution verbunden, und als wenige Monate später Rußland eben die Zeit des Massenterrors durchgemacht hatte, wiederholt er diese Anschauung und rechtfertigt auch den Terror: „In Wirklichkeit hat der Klassenkampf in Revolutionszeiten stets und unvermeidlich die Form des Bürgerkrieges angenommen, und der Bürgerkrieg ist undenkbar, sowohl ohne Zerstörungen der schlimmsten Art, wie auch ohne Terror und Einschränkungen der formalen Demokratie im Interesse des Krieges“ [346]).

Gemäß dieser ganzen Anschauungsweise fordert die bereits zitierte Resolution der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands schon seit Beginn des Krieges als „einzig richtige proletarische Losung“ [347]) „die Verwandlung des jetzigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ [347]), und ihr geistiger Vater sieht in dem Ausbruch der russi-

---

343) Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 156.
344) Ebenda S. 164.
345) Lenin, Aufgaben, S. 37.
346) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 673.
347) Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 146.

schen Revolution den Anfang der Erfüllung der Losung. Der imperialistische Krieg wird zum „Bürgerkrieg der Unterdrückten gegen die Unterdrucker und für den Sozialismus“ [348]). Triumphierend stellt dann das Manifest der dritten (kommunistischen) Internationale fest: „Der imperialistische Krieg, der eine Nation der andern entgegenstellte, ging und geht in den Bürgerkrieg über, der eine Klasse der andern entgegenstellt“ [349]).

Und was Lenin erst als Forderung erhoben, dann als eine Art historischen Gesetzes aufgestellt hat, ist bei Bucharin nur solches, ist historische Notwendigkeit: „Diese Unglückseligen schrecken uns mit dem Bürgerkrieg. Meinen sie, daß in anderen entwickelteren Ländern die sozialistische Revolution ohne Bürgerkrieg vonstatten gehen wird? . . . Tausende niedergeschossene finnländische Genossen sind der beste Beweis, daß der Bürgerkrieg in den entwickelten kapitalistischen Ländern noch erbitterter, noch heftiger, noch grausamer sein wird. Man kann voraussehen, daß z. B. in Deutschland der Klassenkrieg außerordentlich erbittert sein wird. . . . Nur durch den Bürgerkrieg und die eiserne Diktatur der Arbeiter kann man zur kommunistischen genossenschaftlichen Produktion gelangen“ [350]).

Das alles wird als Marxismus verkündet, ohne jede Erinnerung an die oftmaligen Worte von Marx und Engels, an die von ihnen gebrachten Beispiele über die Möglichkeit friedlichen Hineinwachsens, ohne Unterscheidung der Methode politischer und sozialer Revolution.

Und alles Gesagte, auf die Spitze getrieben, faßt Radek in die Worte zusammen: „Die Revolution besteht eben darin, daß sie ein Bürgerkrieg ist“ [351]), was als Definition ebenso unzulänglich ist, wie als „Marxismus“.

Der Terror

Der Bürgerkrieg führt zum Terror. Aus Lenins Worten geht hervor, daß ihm beide unzertrennlich scheinen. Also verwirft ihn der Bolschewismus nicht. Im Gegenteil. Er erklärt ihn auch in der Form des Massenterrors für zulässig und wandte ihn so an

---

348) Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 159.

349) Das Manifest der dritten Internationale ist abgedruckt in der Mannheimer Roten Fahne (Nummern von Anfang Mai 1919) und seither auch als Broschüre erschienen (s. Literaturnachweis), S. 13.

350) Bucharin, Programm, S. 66/67.

351) Radek, Diktatur, S. 25.

gegen die Bourgeoisie, die ihn in ihren Revolutionen unbekümmert angewendet hatte: „Ihre Diener machen uns den Terror zum Vorwurf. . . . Die englischen Bourgeois haben ihr Jahr 1649, die Franzosen ihr 1793 vergessen. Der Terror war gerecht und berechtigt, als er von der Bourgeoisie zu ihren Gunsten gegen die Feudalherrschaft angewandt wurde. Der Terror wurde aber ungeheuerlich und verbrecherisch, als ihn die Arbeiter und die armen Bauern gegen die Bourgeoisie anzuwenden wagten. Der Terror war gerecht und berechtigt, als er zu dem Zwecke angewandt wurde, daß an Stelle der einen ausbeutenden Minorität eine andere ausbeutende Minorität trete. Aber der Terror wurde ungeheuerlich und verbrecherisch, als er dazu angewandt werden sollte, daß jede ausbeutende Minorität abgeschafft werde; als er im Interesse der tatsächlich vorwiegenden Majorität angewandt wurde, im Interesse des Proletariats und des Halbproletariats, der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft"[352]). Und rundweg erklärt das Manifest der kommunistischen Internationale: „Das Gezeter der bürgerlichen Welt gegen den Bürgerkrieg und den roten Terror ist die ungeheuerlichste Heuchelei, die die Geschichte der politischen Kämpfe bisher aufzuweisen hat"[353]).

Sollte es aber jemandem einfallen, zu behaupten, daß eine Tat, die unbillig scheint, dadurch nicht gerechtfertigt wird, daß andere sie auch zuvor begangen, dann muß — Auge um Auge, Zahn um Zahn — jedes Recht, sich über den Terror zu beklagen, einer Bourgeoisie abgesprochen werden, „die in vier Jahren imperialistischen Weltkrieges fast die ganze europäische Kultur zerstört und Europa in den Zustand der Barbarei, der Verwilderung und des Hungers zurückversetzt hat"[354]).

Der Streit um die Berechtigung des Terrors ist unter den russischen Parteien ein alter. Der Marxismus hatte bei seinem Eindringen in die russische Welt ihn verworfen und Anerkennung und Ablehnung des Terrors war einer der wichtigsten Punkte, die die Sozialrevolutionäre von der sozialdemokratischen Bewegung trennten. Es ist bezeichnend genug, daß gerade die berühmte Terroristin Wera Sassulitsch gegen ihn, als sie sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, namens ihrer Partei auftrat.

---

352) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 674/5.
353) Komm. Manifest der dritten Internationale, S. 13/14.
354) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 674.

Darüber, daß Marx ihn verurteilt, hat lange Zeit unter den russischen Marxisten kein Streit geherrscht und erst der jüngsten bolschewistischen Bewegung blieb es vorbehalten, dieses Kampfmittel aufzunehmen, es zum Massenterror auszugestalten und als mit dem Marxismus verträglich hinzustellen. An dieser Stellungnahme von Marx ändert nichts, daß er, wie dies auch andere, nicht revolutionäre Politiker taten, der Selbstaufopferung und Hingabe der einzelnen Terroristen Anerkennung zollte. Von da aber zum Predigen des systematischen Terrors, ja des Massenterrors, ist es weit: Marx' Auffassung scheint, von seiner prinzipiellen Verurteilung des Terrors abgesehen, vielmehr die gewesen zu sein, daß der Terror schon deshalb ein törichtes und sinnloses Beginnen ist, weil er nur aus Furcht gegen einen unbesiegbaren Gegner angewendet wird. Eine andere Auffassung läßt wenigstens nachstehende Äußerung kaum zu: „. . . Im steten Hinblick auf den narbenvollen, unversöhnbaren und unbesiegbaren Feind — unbesiegbar, weil seine Existenz die Bedingung ihres eigenen Lebens ist — mußte die von ihren Fesseln befreite Bourgeoisherrschaft sofort in den Bourgeois-Terrorismus umschlagen" [355]). (Der Stellungnahme Engels' zur Frage des Terrors wurde bereits oben gedacht.)

Übrigens ist Marx' Stellung zu dieser Frage nie von marxistischer Seite in Frage gezogen worden, so daß hier ein weiteres Eingehen wohl unterbleiben kann *).

---

355) **Marx**, Klassenkämpfe, S. 43.

*) Seither hat Kautsky der Untersuchung dieser Frage seine nach Abschluss dieser Arbeit erschienene Schrift „Terrorismus und Kommunismus" gewidmet. Daselbst bringt er (S. 101 und 121) nachstehendes Zitat aus Engels' Jugendwerk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England": „In demselben Maße, in welchem das Proletariat sozialistische und kommunistische Elemente in sich aufnimmt, genau in demselben Verhältnis wird die Revolution an Blutvergießen, Rache und Wut abnehmen . . . . Er (der Kommunismus) geht über diese (des Proletariats) Erbitterung hinaus, weil er eben eine Sache der Menschheit, nicht bloß der Arbeiter ist. Ohnehin fällt es keinem Kommunisten ein, an einzelnen Rache üben zu wollen oder überhaupt zu glauben, daß der einzelne Bourgeois in den bestehenden Verhältnissen anders handeln könne, als er handelt . . . Je mehr also die englischen Arbeiter sozialistische Ideen in sich aufnehmen, desto mehr wird ihre jetzige Erbitterung, die es doch, wenn sie so gewaltsam bleibt, wie sie jetzt ist, zu nichts bringen würde, überflüssig, desto mehr werden ihre Schritte gegen die Bourgeoisie an Wildheit verlieren. Wäre es überhaupt möglich, das ganze Proletariat kommunistsch zu machen, ehe

b) Pazifismus.

Eine Partei, die den Bürgerkrieg als unvermeidliche Notwendigkeit betrachtet und ihn predigt, kann nicht pazifistisch sein. Es kann ihr nur darauf ankommen, was der Kampfpreis ist: Befreiung oder Knechtung. Und weil „der Bürgerkrieg der einzige, wirklich befreiende Krieg“ [356]) ist, so trägt er damit schon seine Rechtfertigung in sich. Bereits im Kriege hatte es geheißen: „Wer einen dauernden demokratischen Frieden will, muß für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen und Bourgeoisie sein“ [357]).

Die Stellung zum Pazifismus geht überaus deutlich aus folgenden Worten hervor. Wenn auch „die Sozialisten die Kriege zwischen den Nationen stets als etwas Barbarisches und Tierisches verurteilt“ [358]) haben, so bilden doch „eine der Formen der Irreführung der Arbeiterklasse der Pazifismus und die abstrakte Friedenslosung“ [359]). Denn „unser Verhältnis zum Kriege ist grundsätzlich ein anderes, als das der bürgerlichen Friedensfreunde (Pazifisten) und der Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unser Verständnis für den ursächlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Klassenkampf innerhalb eines Landes, und durch das Verständnis für die Unmöglichkeit, den Kriegen ein Ende zu bereiten, ohne die Abschaffung der Klassengesellschaft und den Sieg des Sozialismus. Wir unterscheiden uns von den bürgerlichen Friedensfreunden auch dadurch, daß wir vollkommen die Notwendigkeit der Bürgerkriege, der Kriege der unterdrückten Klassen gegen die herrschenden verstehen und ihren fortschrittlichen Charakter würdigen“ [360]).

Ebenso sind Kriege zur Verteidigung des Sozialismus durchaus

---

der Kampf ausbricht, so würde er sehr friedlich ablaufen. ... Ich glaube indes, daß bis zum Ausbruch des ganz offenen, direkten Krieges der Armen gegen die Reichen, der jetzt in England unvermeidlich geworden ist, sich wenigstens soviel Klarheit über die soziale Frage im Proletariat verbreiten wird, daß mit Hilfe der Ereignisse die kommunistische Partei imstande sein wird, das brutale Element der Revolution auf die Dauer zu überwinden und einem neunten Thermidor vorzubeugen.“ (2. Aufl., S. 299.)

356) Lenin, Krieg und Revolution, S. 138.

357) Ebenda S. 115.

358) Ebenda S. 101.

359) Ebenda S. 148.

360) Ebenda S. 101.

zulässig, wofür sich Lenin auch auf Engels beruft[361]). Da der Krieg — auch Lenin wendet das in den letzten Jahren fast zu Tode gehetzte Wort Clausewitz' an — nur die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist, „was zu vergessen, theoretisch grundfalsch wäre“[361]), so ergeben sich Lenin notwendig drei Fälle von für das Proletariat möglichen und unvermeidlichen Kriegen:

„1. revolutionäre nationale Aufstände und Kriege,

2. Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie,

3. Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen“[362]); denn sie alle folgen ihm notwendig „aus der Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche“.

Damit ist dem Pazifismus das Urteil gesprochen, damit auch dem Entwaffnungsgedanken. In einem Aufsatz, der den bezeichnenden Titel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ trägt, nimmt Lenin dazu Stellung. Er beginnt: „Das grundlegende Argument (der Anhänger der Entwaffnung) besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste und konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg“[363]); doch entschieden behauptet er: „In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein“[363]). Diejenigen Kriege, für die nach ihm ein Sozialist eintreten muß, haben wir oben angeführt.

Noch eines tritt hinzu: Um den Bürgerkrieg, „den einzig legitimen und revolutionären Krieg“ vorzubereiten und durchzukämpfen, bedarf das Proletariat der Waffen, wie es nach dem Sieg der Roten Armee bedarf. „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffen zu kennen, sich in Waffen zu üben und Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden“[364]). Also nicht Entwaffnung, sondern Bewaffnung! Bewaffnung des Proletariats bis zum letzten Mann. Und erst nach dem letzten Siege „kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die

---

361) Lenin, Krieg und Revolution, S. 165.

362) Ebenda S. 166.

363) Ebenda S. 163.

364) Ebenda S. 166.

Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher dann, — aber nicht früher tun wird"[364]).

Und Lenin wendet sich an die Frauen: „Jetzt durchdringt der Militarismus das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung ist alles. . . . Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen? Nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf eine so schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen: ‚Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische — das ist nötig für die Proletarier —, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Raubkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen' Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten'"[365]). (Was alles an das Programm des ehemaligen Antimilitaristen und jetzigen „Sozialchauvinisten" Hervé erinnert, der kurz vor dem Kriege die Eroberung der Armee von innen heraus forderte und die französischen „Militanten" aufforderte, die besten Soldaten zu werden.)

In all diesen Ausführungen kehrt eines immer wieder: der Gedanke der Notwendigkeit und Unentrinnbarkeit des zum Bürgerkriege gesteigerten Klassenkampfes, und die Begründung aller Maßnahmen mit dem teleologischen Argument. Die „ethische" Rechtfertigung des Krieges fehlt. Nur durch eines wird der Krieg berechtigt, aber auch notwendig: als taugliches, als zweckmäßigstes Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Was Lenin ausgeführt, faßt das Programm der Kommunisten zusammen: „Noch vor einiger Zeit hoben sogar einige linke Genossen die Abrüstung hervor. Sie sagten: . . . Man muß dieses ganze furchtbare System der Gewalt vernichten, man muß allgemeine Abrüstung fordern. Nicht so stellen wir, Bolschewiki, die Frage. Wir sagen: Unsere Losung ist Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung — allgemeine und unbedingte

---

364) Lenin, Krieg und Revolution, S. 166.
365) Ebenda S. 168.

Bewaffnung — der Arbeiterklasse. Es ist wirklich lächerlich, die Bourgeoisie zu überreden, ihren schärfsten Wolfszahn, die bewaffnete Macht, . . . die sich in ihren Händen befindet, zu brechen. Diese todbringende Maschine der Gewalt kann nur durch Gewalt zerstört werden. Die Waffen werden gestreckt, wenn die anderen Waffen das erzwingen. Darin besteht ja der Sinn des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisie"[366]).

Zur Sicherung des errungenen Sieges, zur Verhinderung jeder Möglichkeit einer Gegenrevolution, um jeden Versuch der Bourgeoisie, je wieder zur Macht zu gelangen, aussichtslos zu machen, muß eine bewaffnete Macht geschaffen werden: die „Rote Armee". Sie muß geschaffen, muß diszipliniert werden. Welche gewaltige Aufgabe sich hier der siegreiche Bolschewismus stellte, wie er es unternahm, sie zu lösen, wie er fortschritt, vom Gedanken der Freiwilligentruppe, zu dem der allgemeinen Dienstpflicht — mit der Waffe für den Proletarier, mit anderer Verwendung für den dieser Ehre, die Revolution „und das sozialistische Vaterland zu verteidigen"[367]) nicht würdig erklärten Bourgeois, das geht aus allen Reden Trotzkis, der das Werk vollbrachte, aus Sinowjews und Lenins Schriften hervor. Ungeheurer Energie bedurfte es hierzu. Doch es gelang. Aus den zusammengebrochenen kaiserlichen Heeren wurde die Rote Armee, die mächtige Kriegsmaschine Sowjet-Rußlands geschaffen.

c) Die Weltrevolution.

Endgültig siegen aber kann die Revolution nur, wenn sie zur Weltrevolution wird. Der Glaube an diese, der fast naive, inbrünstige Glaube an ihr Herannahen, an ihr Kommen, an ihren Sieg — das ist, wenn das Kommunistische Manifest „das Evangelium der jetzigen Revolution bis auf den heutigen Tag ist"[368]), das Credo der Lehre des Bolschewismus. In dem Hoffen auf sie, in dem Warten auf ihr unvermeidliches baldiges Ausbrechen lebt die alte, nie erstorbene Messiashoffnung des Russen auf. Nur der Schemel zu ihr, ihre erste Stufe ist die russische Revolution.

Fast als Werkzeug der Vorsehung muß sich das russische Proletariat betrachten, daß ihm die Aufgabe zugefallen, als erstes die Revolution zu beginnen. Nur daß die Vorsehung hier die Ge-

366) Bucharin, Programm, S. 57.
367) Bucharin, Programm, S. 60.
368) Ebenda S. 67.

stalt ökonomisch determinierter Notwendigkeit annimmt. Fast unwürdig erscheint es solcher Mission: „Dem russischen Proletariat ist die große Aufgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu beginnen. . . . Vollkommen fremd ist uns aber der Gedanke, das russische Proletariat als das auserwählte Glied der proletarisch-internationalen Familie zu betrachten“[369]) und „Wir wissen, daß die Umstände uns, Rußlands sozialistisches Proletariat nur vorgeschoben haben, und zwar nicht dank unserer Verdienste, sondern infolge der besonderen Rückständigkeit Rußlands“[370]).

Aber wie mit eiserner Klammer erscheint der russischen Revolution Schicksal an das Kommen und an den Sieg der Weltrevolution geschmiedet: „Ich sage, daß, insofern das Schicksal der russischen Revolution von der Weltlage abhängt, dieses Schicksal mit dem Schicksal der europäischen Revolution verbunden ist“[371]); und ist dem so, dann ist das Schicksal der europäischen Revolution das der Rußlands, aber diese selbst wieder unverbrüchlich verbunden mit dem Schicksal Europas. Käme sie nicht, „so würde das bedeuten, daß die europäische Kultur vernichtet sei“[371]), „das würde bedeuten, daß Europa zur Auflösung, zur Entartung, zum Rückfall verurteilt sei“[371]). Aber sie muß ja kommen, muß Europa „beim Abschluß der Weltabschlachtung“[372]) „von dem Albdruck des Kapitalismus und der imperialistischen Hölle“ erlösen; denn „langsam, aber unentwegt nähern sich die Arbeiter der kommunistischen und bolschewistischen Taktik, der proletarischen Revolution, die einzig und allein imstande ist, die Kultur und die Menschheit überhaupt vor dem Untergang zu retten“[373]). „Kurz, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die internationale proletarische Revolution“[374]).

Marx hat die Unausbleiblichkeit und die Unbesiegbarkeit der proletarischen Revolution aus der Enwicklung des Kapitalismus und des Proletariats gefolgert, sie aber auch hieran gebunden gesehen. Mit ihrem Kommen rechnet er; doch wird, als die Ereignisse dargetan haben, daß sie nicht so rasch kommt, wie er erhofft, ihr Ausbruch erst in einem immer späteren Zeitpunkt erwartet.

---

369) **Lenin-Trotzki**, Krieg und Revolution, S. 157.
370) **Lenin**, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 677.
371) **Trotzki**, Arbeit, Disziplin, S. 18.
372) Ebenda.
373) **Lenin**, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 678.
374) Ebenda Schlußwort auf S. 678.

Ähnlich geht es Lenin. Während er anfangs glaubte, daß der Weltkrieg unmittelbar in eine Revolution übergehen werde, heißt es später: „Wir rechnen mit der Unausbleiblichkeit der internationalen Revolution; das bedeutet aber noch keineswegs, daß wir dummerweise mit dem Eintreffen der Revolution zu einem bestimmten nahen Zeitpunkt rechnen“[375]. (Nach Zeitungsnachrichten soll Lenin zuletzt ihren Ausbruch erst in 10 oder 20 Jahren erwarten, während es hier heißt, daß „der Ausbruch der europäischen proletarischen Revolution noch manche Woche auf sich warten lassen kann, so schnell sie auch in der letzten Zeit reift“[375]).

Das Kommen der Weltrevolution aber bleibt Glaubensartikel; und wie der Gläubige das Kommen des tausendjährigen Reiches durch Gebet und fromme Tat beschleunigen zu können vermeint, so soll auch hier das Kommen der Revolution, der Weltrevolution, denn die bringt die Erlösung, mit allen Mitteln unterstützt werden. Mit allen Mitteln und an allen Orten. Das ist die Aufgabe, die eingestandener- und uneingestandenermaßen den Gesandten im Auslande zufällt, und die Paquet dahin zusammenfaßt: „Unter dieser Maske (des Diplomatenhandwerks) fremden Regierungen Sand in die Augen zu streuen und Agitation zu treiben“[376]).

Solche Geistesverfassung, solcher starrer Glaube, solches glühendes Hoffen ließen, nicht weniger als äußerster Zwang, bitterste Not und letzte Verzweiflung dies tun können, es als fast gleichgültig erscheinen, „welche Formen der russische Separatfriede annahm“[377]). Die europäische Revolution bildete „eben nach dieser Auffassung die beste Wehr der russischen Revolution“. „Eine Revolution in Europa, die dort den Sozialismus brachte und befestigte, mußte aber auch das Mittel werden, die Hindernisse zu beseitigen, die in Rußland der Durchführung sozialistischer Produktion durch die ökonomische Rückständigkeit des Landes bereitet wurden[377]).“ Das war aber die Politik des Alles oder Nichts, war, wie Kautsky mit Recht sagt, ein Setzen von allem auf eine Karte.

Aus dem Mißerfolg sieht Kautsky die Diktatur und ihre Methoden mit Notwendigkeit erwachsen; das wird sicher zum Teil zutreffen und bildet auch eine Bestätigung der geäußerten Ansicht,

---

375) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, Schlußwort auf S. 677.
376) Paquet, Geist, S. 48.
377) Kautsky, Diktatur, S. 28 ff.

wonach sich die bolschewistische Theorie der bolschewistischen Praxis und diese der jeweiligen Notwendigkeit anpaßt.

2. Der Neuaufbau

Nach den Lehren und Methoden des Kampfes zu denen vom Siege und seiner Ausnützung, nach denen von der Zerstörung zu denen des Aufbaus. Wenigstens soll es versucht werden, diese Gliederung beizubehalten, denn ganz scharf läßt sich der Trennungsstrich nicht ziehen. Erst recht nicht für den Bolschewismus, auf den so recht das Wort des jungen Bakunin zu passen scheint: „Die Lust, zu zerstören, ist eine schaffende Lust".

Arbeit, Disziplin und Ordnung.

Von Thiers stammt das Wort: „La république sera conservatrice ou elle ne sera pas". Thiers hat sich bekanntlich als schlechter Prophet erwiesen. Die Entwicklung gab ihm unrecht, weil er die Kräfte verkannte, die aus der Tiefe kamen und die zur Schöpfung der Republik trieben.

Wird der Satz: „Die sozialistische Republik wird eine Republik der Arbeit sein, oder sie wird nicht sein" eine ähnliche Widerlegung finden? Kaum. Das Schicksal der sozialistischen Sowjetrepublik wird sich wie das der sozialen Republik Deutschland wohl nach seiner Geltung erfüllen. Die Führer des Bolschewismus haben sich zu ihm bekannt; haben ihn, besonders nachdem die gegenteilige Übung das unaufhaltsame Treiben dem Abgrunde zu, dargetan hatte, verkündigt, ihn täglich aufs neue verkündigt. „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten," ist der bereits angeführte bedeutungsvolle Titel einer Rede Trotzkis.

Aber nicht erst die Notwendigkeit hätte dies lehren müssen. Rein aprioristisch hätte schon gefolgert werden können und müssen, daß ein Staatswesen, das den Arbeiter von der Sklaverei der Lohnarbeit zu befreien sich zum Ziel setzt, das die Befreiung des Arbeiters bringen, das die in der Unternehmerarbeit gelegene Arbeit nahezu ausschalten will, das, um zum Siege zu gelangen, so viel vernichten zu müssen glaubt, nur wird bestehen können, wenn es gelingt, aller Arbeit und aller Kraft in seinen Dienst zu stellen, die Arbeit zum Grundpfeiler seines Seins zu machen, kurz, wenn es zur Apotheose des Arbeiters die der Arbeit gesellt. Das will nun die Sowjetrepublik,

das ist ihr neues Programm, das Programm des Aufbauens, das an die Stelle des ersten, des Programms der Vernichtung treten soll. Wie weit es gelang, es durchzusetzen, wie weit es mißlang, auch wie weit es mißlingen mußte, als den psychologischen und realen Verhältnissen nicht Rechnung tragend, das aufzuzeigen fällt mehr in das Gebiet der bolschewistischen Praxis als in das der Theorie und Geisteswelt.

Zum erstenmal in der Geschichte wird nun der Versuch unternommen, den paulinischen Satz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" aus einem ungeschriebenen zu einem geschriebenen Gesetz zu machen. Die Sowjetverfassung verkündigt ihn[378]). Nicht mehr von einem Recht auf Arbeit, mehr: von einer allgemeinen Pflicht zur Arbeit ist hier die Rede. Der gleiche Artikel der Verfassung sagt es, daß sie „die Arbeit als die Pflicht sämtlicher Bürger der Republik" erachtet. Darin dürfte unbestrittenermaßen ein ethisch wertvolles Moment, der wertvollste Teil des bolschewistischen Gedankens und Programmes liegen. Hier, zum mindesten in der Theorie, verletzt er nicht, reißt nicht ein, sondern fördert und baut auf. Allerdings wird, und das scheint kein kleiner Mangel, auch hier nicht gesagt, was unter „Arbeit" oder unter „produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit" zu verstehen ist. Sind es nur die Handarbeiter, oder auch alle Kopfarbeiter — besonders die freien Berufe —, fallen sie alle unter den Begriff der „Werktätigen", deren „Befreiung" — nicht mehr die nur des Proletariats —, Lenin in „der ganzen Welt vom Joche des Kapitals fordert"[379]) ? Bucharin sagt geradezu: „Die bürgerliche Intelligenz hat kein Stimmrecht, hat keine Fundamentalrechte"[380]). Doch endgültig ist die Frage in der Sowjetverfassung geregelt, nach der man, allerdings nur indirekt, darauf zu schließen vermag, was unter die erwähnten Begriffe fällt, wenn man ihre Bestimmungen liest, die vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschließen[381]):

378) Sowjetverfassung, Abschnitt II, Art. 5, P. 18.

379) Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 670.

380) Bucharin, Programm, S. 19.

381) Sowjetverfassung, Art. 13, P. 65. Wir zitieren nach der 1918 im Promachos-Verlag, Belp-Bern, „im Auftrage des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Kosakendeputierten herausgegebenen" ersten deutschen Ausgabe. Sorgfältiger als diese in recht mangelhaftes Deutsch übertragene Übersetzung sind die in der „Neuen Zeit" und in Grünbergs „Archiv" (8. Jahrg., 2./3. Heft, S. 402 ff.) erschienenen.

a) Personen, die zwecks Erzielung von Gewinn Lohnarbeiter verwenden (also etwa Unternehmer im weitesten Sinn);

b) Personen, die von arbeitslosem Einkommen leben, wie: Zinsen vom Kapital, Einnahmen von Unternehmen, Erträgen aus Vermögen usw. (also Bezieher von Besitzeinkommen);

c) Privatkaufleute, Handels- und kommerzielle Vermittler (der Unterschied der beiden letzten Kategorien ist nicht ganz klar);

d) Mönche und geistliche Angestellte der Kirchen und religiösen Kulte;

e) Angestellte und Agenten der frühen Polizei, des besonderen Korps der Gendarmerie und der Ochranabteilungen, sowie Mitglieder des ehemaligen Herrscherhauses von Rußland; (bei d und e spielen natürlich auch andere Gesichtspunkte als die, einzig den Arbeitstätigen das Wahlrecht zu wahren, mit; ebenso bei)

f) Personen, die auf vorgeschriebenem Wege für geisteskrank oder irrsinnig erklärt sind, wie auch die unter Kuratel stehenden Personen;

g) Personen, die wegen eigennütziger oder entehrender Verbrechen vorbestraft sind, auf die Dauer der vom Gesetz oder Gerichtsbeschluß festgesetzten Frist.

Dagegen zählen zu den Wahlberechtigten (Art. 13. Punkt 64) auch alle jene Personen „die im Haushalte tätig sind, wodurch den ersteren (d. h. denen, die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten) das produktive Arbeiten ermöglicht wird, wie: Arbeiter und Angestellte aller Arten und Kategorien, die in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft usw. beschäftigt sind, Bauern und ackerbautreibende Kosaken, insofern sie sich keiner Lohnarbeiter zur Erzielung von Gewinn bedienen"; ferner „Soldaten der Sowjetarmee und Flotte"; und zu den erwähnten Kategorien gehörige „Bürger, die in irgend einem Maße ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben"[382]).

---

382) Schon in der alten russischen Sozialdemokratie waren grundsätzlich aus der Partei ausgeschlossen alle „Handeltreibenden, Werkstätteninhaber, Industrielle und Gutsbesitzer". Dagegen war die Sozialdemokratie in den Kreisen der liberalen Berufe stark vertreten. Nötzel, Grundlagen, S. 205.

Eine ähnliche Bestimmung der Beschränkung der Bürgerrechte auf die „Arbeitenden" hatte ein Entwurf eines Polizeidekrets der Babeufschen Verschwörung vorgesehen. Interessant ist hierbei die Abgrenzung. Sie wurde wie folgt vorgesehen:

„Artikel 1. Personen, welche für das Vaterland nichts leisten, können keinerlei politische Rechte ausüben. Sie werden als Fremde betrachtet, welchen die Republik Gastfreundschaft bewilligt.

Es wurde schon bemerkt, daß die hohe Auffassung vom Wesen der Arbeit, die namentlich aus den späteren Reden der bolschewistischen Führer spricht, besonders betont wurde, als die Wirklichkeit gezeigt hatte, daß die dem alten Zwang, dem Übel der kapitalistischen Gesellschaft eben erst entronnenen Massen die neue Freiheit nicht verstanden, sie nicht zu allgemeinem, sondern zu persönlichem Vorteil nutzten. Als die Führer dessen inne wurden, daß das Bewußtsein, was Arbeit, strenge regelmäßige Alltagsarbeit, wirtschaftlich und ethisch zu bedeuten habe, noch fehle, da erklang der seither nicht verstummte Ruf, daß ein „neues Bewußtsein von Arbeitspflicht und Arbeitsehre"[383]) eingebürgert werden müsse, daß „diese kommunistische Moral . . . sofort zu predigen, zu unterstützen, zu entwickeln und zu befestigen"[383]) Pflicht aller und „vornehmste Aufgabe unserer Partei auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit sei"[383]).

Das neue Leben, die neue Wirtschaft erfordern Hingabe und Disziplin und an „diese Grundeigenschaft des russischen Revolutionärs, auf die wir stolz waren"[383]) wird appelliert: „Wenn wir in den Revolutionskämpfen die Ersten waren, wie wir schon vorher die Ersten im unterirdischen Wirken waren und nachher im Kampfe die Position der feindlichen Klasse erstürmten, so müssen wir jetzt auf allen Posten, die wir einnehmen — vergessen Sie nicht, wir sind jetzt die herrschende Klasse —, ein Maximum an Gewissenhaftigkeit, Pflichterfüllung, Schaffensfreude, mit einem Worte jener Eigenschaften, die die Klasse echter Baumeister eines neuen Lebens charakterisieren, entfalten"[384]). „Überall sollen führende Vollstrecker aller Funktionen, aller Aufgaben und aller Bedürfnisse der sozialistischen Sowjetrepublik sich erheben

Artikel 2. Alle die, welche dem Vaterlande nicht durch eine nützliche Arbeit dienen, leisten nichts für das Vaterland.

Artikel 3. Das Gesetz betrachtet als nützliche Arbeiten:

Ackerbau, Hirtenwesen, Fischfang und Schiffahrt;
die gewerblichen Berufe und die Handwerke;
den Handel im Kleinen;
Menschen- und Güterbeförderung;
das Soldatenhandwerk;
Unterricht und wissenschaftliche Tätigkeit".

Artikel 10 bestimmt, daß alle Bürger bewaffnet werden. (Übersetzt nach Buonarroti: Conspiration dite de Babeuf, Bd. 2, S. 301. 28. Aktenstück.)

383) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 16 und 17.

384) Ebenda S. 15 16.

und in die Ausübung derselben ihre ganze Selbstaufopferung, ihren ganzen Enthusiasmus hineintragen[385])."

Wir sahen: nicht nur aus ethischen Erwägungen wurden diese neuen Worte gesprochen, dieser neue Weg eingeschlagen. Auch hier stand die Not Gevatter. Und da es klar war, daß ohne Arbeitsdisziplin, freiwillig oder erzwungen, die junge Republik nicht bestehen konnte, da sollte das Wort „Arbeitsdisziplin" das alle anderen verdrängende neue Losungswort der Partei auf innerem Gebiete werden. Da wird weiter gegangen, wird „gestützt auf dieses neue Bewußtsein" gefordert, „Arbeitsgerichte einzuführen, damit der Arbeiter, der sich teilnahmslos seinen Verpflichtungen gegenüber verhält oder das Material entwendet und unachtsam damit umgeht, oder derjenige Arbeiter, der nicht seine ganze Arbeitszeit mit Arbeit ausfüllt, damit solch ein Arbeiter vors Gericht gestellt würde, damit die Namen solcher Übertreter der sozialistischen Solidarität in allen Sowjetpublikationen als die Namen von Abtrünnigen gedruckt würden"[386]).

Das war der erste Schritt. Als klar wurde, daß die „Ausbildung der „alltäglichen Arbeitsdisziplin" die „schwerste, aber auch die dankbarste Aufgabe"[387]) wurde, „denn ihre Lösung allein wird uns die sozialistische Ordnung geben", als sich die Erkenntnis durchsetzte, daß dies ohne schärfsten Zwang nicht zu erreichen sei, da wurde der zweite getan und die Anwendung diktatorischer Gewalt beim Arbeitsprozeß „die eiserne Disziplin während der Arbeit"[387]), der „widerspruchslose Gehorsam dem Willen einer einzigen Person, des Sowjetleiters, während der Arbeit"[388]) als mit der proletarischen Demokratie vereinbar erklärt, gefordert, programmatisch durchgesetzt und schließlich praktisch verwirklicht. Die schärfsten Mittel zur Erzielung höherer Arbeitsleistung wurden bald angewendet.

Und wie die Theorie es unternahm, das aus der Not Geborene zu rechtfertigen, so rechtfertigte sie auch die „Einführung von Akkordlohn, die Anwendung von vielem, was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem im Taylorsystem liegt, die Anpassung der Löhne an die allgemeinen Arbeitsergebnisse einer Fabrik oder

385) **Trotzki**, Arbeit, Disziplin, S. 16.
386) Ebenda S. 17.
387) **Lenin**, Aufgaben, S. 47.
388) Ebenda S. 47/48.

die Betriebsresultate des Transportes durch die Eisenbahn und auf Wasserwegen usw."[389]), Methoden der Entlohnung, die allen alten Wünschen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen, oder der von dem Bolschewismus verkündigten Gleichwertigkeit aller Arbeit.

b) Zerstörung und Organisation.

Die Notwendigkeit ist eine strenge Herrin. Ihr entsprang der so mehrfach dargetane Wandel in den Anschauungen über die für die Gedankenwelt des Bolschewismus bedeutsamsten Begriffe; ihr entsprang aber auch der Wandel der Methode, das sozialistische Gemeinwesen herbeizuführen und zu vollenden und die — nachträgliche — theoretische Rechtfertigung dieses Wandels.

Während zuerst die Umwandlung des kapitalistischen Rußland in ein sozialistisches als unmöglich dargestellt wurde und diese Unmöglichkeit vollkommen richtig mit theoretischen Argumenten begründet wurde, sollte sie, als ein günstiges Geschick den Bolschewismus zur Macht brachte, ohne weiteres, glatt und gerade, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse und deren Macht und Widerstand vorgenommen, nahezu alles Gewordene zerstört und vernichtet werden. Denn es war, mochten es das Heer oder die Kirche oder auch bestimmte Produktionsformen sein, der verhaßten kapitalistischen Weltordnung entstammend, als ein Übel erschienen, das von Grund auf beseitigt werden mußte, ehe das neue, das sozialistische Werden beginnen kann. Das Leben lehrte bald die Einsicht, daß dieser Weg ein Irrweg war. Die Führer mußten sich und den Massen eingestehen, daß „unsere Arbeit zur Organisierung der proletarischen Rechnungslegung und Kontrolle" — die für Lenin wichtigsten Steine zum Bau des neuen Wirtschaftsgebäudes — „deutlich, offensichtlich für jeden denkenden Menschen, hinter der Arbeit der unmittelbaren ‚Expropriierung der Expropriateure' zurückgeblieben"[390]), daß rascher expropriiert als organisiert, rascher niedergerissen, als aufgebaut worden war, und daß nur, wenn man sich mit allen Kräften auf diese Arbeit werfe, die Aufgabe gelöst, das Versäumte nachgeholt und die Kampagne gegen das Kapital gewonnen werden kann[391]).

---

389) Lenin, Aufgaben, S. 61.

390) Lenin, Aufgaben, S. 13, 19/20, 60.

391) Das ist der Grundgedanke, der sich durch die meisten bolschewistischen Schriften der zweiten Periode, die mit eben dieser Erkenntnis begann, zieht.

Die so brennend gewordene Organisationsfrage vermochte, sollte sie überhaupt noch gelöst werden können, nur durch zwei Maßnahmen verwirklicht zu werden: einmal durch die neue scharfe Arbeitsdisziplin, zum andern, durch einen radikalen Wechsel der gesamten bisherigen Methode. Denn auch das wurde allgemach klar, daß, so unendlich wichtig Rechnungslegung und Kontrolle für den Aufbau sein mögen, sie es allein nicht schaffen können; der endgültige Sieg nur zu erringen ist, wenn die Methode des Vorgehens selbst geändert wird.

Die Übelstände, die das seitherige Verfahren gezeitigt hatte, waren nicht gering an Zahl: „Überschwemmung an Kameradschaftlichkeit"[392]) ist die euphemistische Bezeichnung des einen, „Erwachen der elementaren Instinkte der Persönlichkeit" „in grobegoistischer" oder „egozentrischer Form" die andere; „Überflutung desorganisatorischer Stimmungen und individualistischer, anarchischer und räuberischer Tendenzen"[393]) sagen deutlicher, was darunter zu verstehen ist; zum schlimmsten Übel in den eigenen Reihen drohten „Willkür, Unordentlichkeit, sogar Ehrlosigkeit und Diebstahl"[394]) zu werden, gegen die Lenin, Trotzki, Bucharin einstimmig erbarmungsloses Vorgehen fordern. Reinigung „der Arbeiterklasse von jeglichem unsauberen Gesindel"[395]) ist die Losung.

Doch das war nur e i n e Wurzel des Übels, das sich offenbart hatte, die andere, tiefer liegende war eben die Art des Vorgehens selbst gewesen. Da war die Verkennung der Bedeutung der geistigen Arbeit, der qualifizierten Arbeitskräfte, da waren die „Methoden der Unterdrückung"[396]) vor denen der Verwaltung auf den ersten Plan gestellt worden. Allerdings meint Lenin[396]), das sei

Wie sehr sich die bolschewistische Praxis gerade in diesem Punkte wandelte, haben neuere Berichte aus Rußland gelehrt. Man kann die Vermutung aussprechen, daß der Bolschewismus um so mehr Aussicht habe, an der Herrschaft zu bleiben, als er aufhört „Bolschewismus" zu sein. Der paradoxen Form entkleidet, will das nur besagen, daß die bolschewistische Herrschaft sich behaupten kann und wird, wenn sie, ihre wirtschaftspolitischen Dogmen aufgebend, sich entschließt, den ökonomischen Zuständen Rechnung zu tragen und ihre wirtschaftlichen und politischen Methoden ihnen anpaßt.

392) T r o t z k i , Arbeit, Disziplin, S. 12.

393) Ebenda S. 14.

394) Ebenda S. 20/21.

395) B u c h a r i n , Programm, S. 67.

396) L e n i n , Nächste Aufgaben, S. 14.

notwendig, ein anderes Vorgehen wäre unmöglich gewesen; auch die neue Methode, die er vorschlage, diene demselben Zwecke wie die bisherige: restloser Besiegung des Kapitals. Um das zu erreichen gebietet die Eigenart des gegebenen Momentes „im Interesse des Erfolges der weiteren Offensive die sofortige ‚Einstellung' der Offensive"[397]; gebietet sie, „um das Kapital bis ans Ende zu besiegen . . . die Formen unseres Kampfes den eigenartigen Verhältnissen solch eines Abschnittes anzupassen"[398]. So sind Zögern, Kompromisse, ja zeitweiliges Zurückweichen begründet, wenn sie nur den endgültigen Sieg erleichtern. Mit dieser Auffassung vergleiche man die frühere bedingungslose Verurteilung und Verwerfung des „Opportunismus"!

Die neuen Methoden äußern sich, wie in dem Wechsel der grundsätzlichen Behandlung der Intelligenz, so auch in relativ kleineren Dingen: z. B. in dem der Frage des Verhältnisses zu den Konsumgenossenschaften[399], und sie sind immer stärker betont worden. Ja, dieser Wechsel der Methode scheint in dem wichtigsten aller Probleme nicht haltzumachen: bei dem Verhältnis zum in- und ausländischen Kapitalismus.

Lenin hatte zur Frage der qualifizierten Arbeit schon in seiner Schrift „Staat und Revolution" Stellung genommen. Jetzt erklärt Trotzki: „Die Demokratisierung besteht gar nicht darin (dies ist das A b c für jeden Marxisten), die Bedeutung der qualifizierten Kräfte, die Bedeutung von Personen, die Fachkenntnisse besitzen, abzuschaffen, sondern darin, sie überall und stets durch gewählte Kollegien zu ersetzen"[400]. Und schon der nächste Satz lautet: „Die gewählten Kollegien, die aus den besten Vertretern der Arbeiterklasse bestehen, aber die nötigen technischen Kenntnisse nicht besitzen, können nicht einen einzigen Techniker, der eine Fachschule durchgemacht hat und der weiß, wie man die betreffende Spezialsache machen muß, ersetzen"[401]. Die Unmöglichkeit, „in kürzester Frist alle die nötigen Spezialitäten aus unserem Innern herauszuholen, aus unserer Mitte zu stellen, nachdem wir alles, was in der Vergangenheit aufgespeichert war, weggeworfen

397) Bucharin, Programm, S. 11. — 398) Ebenda S. 15.

399) Es war hier zu einer Verständigung mit den bürgerlichen Konsumgenossenschaften gekommen, die diesen ziemlich weitgehende Konzessionen hinsichtlich der Beratung des Dekretes, des Verzichtes auf unentgeltlichen Beitritt usw. machte. Vgl. Lenin, Aufgaben S. 25/26.

400) Trotzki, Arbeit, S. 11/12. — 401) Ebenda S. 12.

haben“ [402]) wird eingestanden, nur unfreiwillig und verschämt auch der so begangene Fehler. „Die Heranziehung von gelehrten Fachleuten ist für uns ebenso notwendig, wie auch die Übernahme aller Produktions- und Transportmittel und überhaupt aller Reichtümer des Landes zur Buchung [402]).“

Oft findet sich freilich in den bolschewistischen Schriften die Behauptung, daß das schonungslose Vorgehen der Bolschewiki gegen die Intelligenz erst durch deren Sabotage, d. h. deren Widerstand gegen das neue Regime nach der Novemberrevolution, hervorgerufen worden sei [403]). Wie weit diese Begründung richtig ist, ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls dürfte Trotzki mit seiner Andeutung kaum Unrecht haben, daß sie nicht nur ein politisches Ziel verfolgte, sondern auch „Produkt der Panik der intellektuellen Elemente vor der schweren Hand der Arbeiterklasse war“ [404]), was sicher nach allem, was vom Bolschewismus und seiner Stellung zur Intelligenz aus der Vergangenheit bekannt war, nicht ganz ohne Grund gewesen sein mochte.

Genug, „die Sowjets brachen der Sabotage der Intellektuellen das Rückgrat. Der Widerstand all dieser technischen, administrativen und Beamtenelemente war überwunden“ [404]). Nachdem, was „notwendig und darum richtig“ [405]) war, „die Organisationen der Saboteure erbarmungslos zerstört“ [405]) worden waren, muß „jetzt, in der Periode, wo die Macht der Sowjets gesichert ist, der Kampf gegen die Sabotage sich dahin äußern, die gestrigen Saboteure in Diener, überall dort in Vollstrecker und technische Leiter zu verwandeln, wo es das neue Regime erfordert“ [405]). Gelingt das nicht, „so würde dadurch unser gestriger Kampf gegen die Sabotage . . . als ein völlig unnützer und fruchtloser gerichtet sein“ [405]).

Das ist ein deutliches Eingeständnis der Notwendigkeit, die Intelligenz wieder heranzuziehen. Wohl hat Trotzki das an anderer Stelle ganz anders, aber „sehr nett“ geschildert: „Jetzt sehen wir, wie die gestrigen Saboteure — die Ingenieure, Statistiker,

402) Trotzki, Arbeit, S. 13.

403) So soll allen Angestellten in kommunalen und privaten Betrieben das Gehalt für vier Monate im Voraus ausbezahlt worden sein, wenn sie sich verpflichteten, unter bolschewistischer Verwaltung nicht zu arbeiten, um so das bolschewistische Regime unmöglich zu machen. Vgl. H. Scherchen in der „Republik“ vom 25. Dezember 1918.

404) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 8.

405) Ebenda S. 11.

Agronomen usw. — allmählich wie Schaben aus den Ritzen hervorkriechen, ihre Fühlspitzen hin- und herbewegen und den Boden abtasten: ob man nicht doch mit dem neuen Herrn einig werden kann? Wir aber sagen: seid willkommen ihr Herren Ingenieure, wir bitten euch in die Fabriken, lehrt die Arbeiter dort, die Fabriken leiten. Die Arbeiter verstehen es schlecht, helft ihnen, tretet in den Sold bei den Arbeitern ein, nehmt den Dienst bei ihnen an. Ihr wart bis jetzt im Dienst bei der Bourgeoisie, leistet jetzt den Dienst bei der arbeitenden Klasse"[406]), doch geht man mit der Annahme kaum fehl, daß es die Notwendigkeit war, die den Bolschewismus der Intelligenz gegenüber eine neue Tonart anschlagen ließ. Anders ist die Bewilligung hoher Gehälter an die Intellektuellen trotz des „verderblichen Einflusses der hohen Bezüge sowohl auf die Sowjetmacht, ... wie auch auf die Arbeitermasse"[407]) nicht zu erklären. Es ist das eben ein „Tribut", ein „Tribut für unsere eigene Rückständigkeit bei der Organisation der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle von unten"[408]) und „alle die Denkenden und Ehrlichen unter den Arbeitern und ärmsten Bauern werden ... einsehen, daß wir nicht imstande sind, auf einen Ruck von der schlechten Erbschaft des Kapitalismus loszukommen"[408]).

Diese Maßnahmen waren auch „notwendig und darum richtig" Und: noch einmal „notwendig und darum richtig" erwies es sich auch im Gegensatz zu früher „dem Fachmann die Möglichkeit einer freien Tätigkeit, eines freien Schaffens zu überlassen, weil kein einziger, irgendwie fähiger, begabter Fachmann auf seinem Gebiete arbeiten kann, wenn er bei seiner Spezialarbeit einem Kollegium von Menschen, die dieses Gebiet nicht kennen, untergeordnet ist"[409]); und das gilt auch vom Militär, wo die früheren Offiziere wieder in ihre Stellungen eingesetzt wurden. Das sind ganz andere Ansichten, als sie die erste bolschewistische Theorie forderte und die erste bolschewistische Praxis betätigte, und wie auch anderwärts unternimmt es die Theorie hier nur, jeweils als richtig hinzustellen, was die Praxis als notwendig erwiesen hatte.

Kennzeichnend hierfür sind die Ausführungen Lenins bei Besprechung des Kompromisses mit den Konsumvereinen. Er schließt

406) Zit. bei Luther, Ein Jahr, S. 58/59.
407) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 18/19.
408) Ebenda S. 19.
409) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 12.

seine Darlegungen hierüber mit den Worten: „Dadurch, daß die Sowjetmacht solch eine Vereinbarung mit den bürgerlichen Genossenschaften abschloß, bestimmte sie konkret ihre taktischen Aufgaben und eigenartigen Handlungsmethoden für den gegebenen Entwicklungsabschnitt, nämlich: indem wir die bürgerlichen Elemente leiten, sie benutzen, ihnen gewisse einzelne Zugeständnisse machen, schaffen wir die Bedingungen für eine Vorwärtsbewegung, die etwas langsamer, als wir es ursprünglich annahmen, sein wird, aber gleichzeitig gefestigter, mit soliderer Sicherung der Basis und der Verbindungslinie, mit besserer Verschanzung der zu erobernden Positionen“ [410]).

Sombart wirft noch die Frage auf, ob und inwieweit „dem privaten Kapital innerhalb einer grundsätzlich gemeinwirtschaftlichen Organisation Raum zur Betätigung gegeben werden soll“ [411]) und berichtet, daß die Regierung der Frage bereits näher getreten sei. Seitherige Zeitungsnachrichten haben dies bestätigt, besonders hinsichtlich der Zulassung von ausländischem Kapital. Da aber konkretes Material hierüber zur Zeit der Niederschrift dieses nur in beschränktem Maße zur Verfügung stand, unterbleibt weitere Untersuchung, wie weit auch hier die neuere bolschewistische Praxis einen Bruch mit den Prinzipien ihrer eigenen Vergangenheit vollzog, und wie sich die bolschewistische Theorie dazu stellte.

c) Ethik.

Die Arbeit zur Grundlage einer neuen Moral, einer neuen Ethik machen zu wollen, ist nichts grundsätzlich Neues. Neuer ist vielleicht die Entschlossenheit und die Eindringlichkeit, mit der auf einmal der Hinweis auf diese Notwendigkeit in die Massen geworfen wird. Erfolg oder Mißerfolg dieses Beginnens stehen hier nicht in Frage; höchst bedeutsam für die Praxis, sind sie es viel weniger für die Beurteilung der geistigen Triebfedern einer Bewegung, während sie immerhin auf die geistige Verfassung der Massen, die den Führern, zumal in Zeiten des Erfolges, meist blind zu folgen gewohnt sind und hier zu versagen scheinen, Schlaglichter werfen können. Und da mag die Tatsache nachdenklich stimmen, daß auch diese Schöpfung aus dem Gedanken der Zweckmäßigkeit entstand, daß auch sie als neuer, nun rasch zu verwirklichender Wert

410) **Lenin**, Aufgaben, S. 26/27.
411) **Sombart**, Sozialismus, S. 188.

erst dann bezeichnet wurde, als die Umstände den Ruf nach ihr als zweckmäßig zur Erreichung eines andern Zieles, des sozialistischen Aufbaues oder dessen, was als solcher angesehen wurde, erscheinen ließen.

Erscheint auch dieser Neubau nur als Mittel zum Zweck? Letzter Zweck ist und bleibt die „Beseitigung aller Ausnützung des Menschen durch den Menschen"[412]), ein hohes Ziel, mag es auch dem einen als unerfüllbares Ideal, dem andern als tönende Phrase erscheinen. Wir wollen es im besten Sinne nehmen, in dem es gemeint sein kann, in dem, im Menschen nicht mehr ein Mittel für einen Zweck zu erblicken, den Menschen als Selbstzweck zu betrachten. Das heißt die weitere Forderung aufstellen, daß zur äußeren auch die innere Befreiung treten muß. Wie das mit der bolschewistischen Theorie, die den Menschen zu seinem Glücke zwingen will, die nur einen bestimmten Weg hierzu kennt, alle Werte, die nicht in ihr Schema passen: Religion, Nation, Toleranz, geistige Freiheit für nichts gelten läßt, zusammenpaßt und zusammenstimmend gemacht werden kann, das vermögen wir aus den Schriften des Bolschewismus nicht festzustellen. Hier klafft ein Riß, eben eine der Zwiespältigkeiten des russischen Denkens.

Der Kampf aber um dieses Ideal, um diese Befreiung soll der Klassenkampf sein, der dem Bolschewismus um so unerbittlicher zu werden verspricht, je mächtiger die beiden Klassen, die um die letzte Entscheidung zu ringen haben, sein werden. Und in diesem Kampfe wird jedes Mittel nicht nur angewendet werden müssen, sondern auch berechtigt sein. „Notwendig und darum richtig" soll auch hier gelten. Und die Stufenleiter führt nun ganz glatt weiter. Die Bourgeoisie muß, denn das ist ja die Vorbedingung der Beseitigung dieser Ausnutzung, mit allen Mitteln niedergerungen werden; Bürgerkrieg und Terror sind notwendig und darum wichtige, nicht zu verwerfende Mittel. Das heißt aber dann, den Satz „der Zweck heiligt die Mittel" wieder aufleben lassen und das in der Praxis einer Partei, die von sich behauptet, eine neue Menschheit zu schaffen, eine neue Heilslehre den Völkern zu bringen.

Zeitungsnachrichten haben darüber die merkwürdigsten Dinge berichtet (systematische Banknotenfälschungen, Bestechungen usw.). Da sie der Lüge und Verleumdung entsprungen sein können, und

412) Sowjetverfassung Punkt 9.

es auch vielfach sind — peccatur intra muros et extra —, sei auf sie nicht eingegangen, mögen sie auch mit den Forderungen der offiziellen bolschewistischen Literatur oft und oft übereinstimmen. Wir brauchen aber gar nicht dieses Material zu benutzen; uns genügen die Schriften der Führer. Wenn Radek schreibt: „In der Zeit der sozialen Evolution, in der sich eine Klasse zum Kampfe erst vorbereitet, verpönt sie das Mittel der Gewalt, weil sie zu schwach ist, diese Gewalt zu gebrauchen“ [413]), daß sie aber zur Zeit des Sieges ganz anders denkt, so mag das taktisch klug gehandelt sein: „die neue Moral“ hätte man sich aber anders vorstellen dürfen.

Und wenn es ganz ähnlich heißt: „Da das schwache Proletariat ein Interesse daran hatte, frei zu wählen, um seine Kräfte zu sammeln, haben wir die Demokratie als den Weg zum Sozialismus anerkannt“ [414]), jetzt aber, wo wir die Herren sind, mag sie sich zum Teufel scheren, so ist das ganze danach eingerichtete Verhalten nur e i n e große Paraphrase des obigen Satzes. Sie zu verkündigen muß um so bedenklicher erscheinen, als wohl keiner der Arbeiter in all den Jahrzehnten, in denen ihm der Kampf um die Demokratie oder um den Sozialismus anders denn als notwendiges Kämpfen für große und erstrebenswerte Ziele dargestellt wurde, vermutet haben würde, daß ihm eines Tages seine Führer zurufen würden, daß Freiheit, Demokratie usw., in denen er nun endlich erreicht, was ihm „gerecht“ dünkt, einfach Krücken seien, deren man sich entledigt, sobald man sie nicht mehr braucht, und das je eher um so lieber. Was Radek so mit dürren Worten ausspricht, findet sich im Keime schon bei Lenin, der ja auch die Demokratie als vorbereitendes Mittel zur Erlangung der Macht ansieht, sie aber verwirft, sobald sie errungen. Ehedem ging es um „ethische“ Werte, oder wenigstens, was dafür galt. Dem entlehnte die Bewegung ein Großteil ihrer Schwungkraft. Jetzt sollen sie einfach durch Zweckmäßigkeit ersetzt werden.

Wie grundsätzlich, so in den einzelnen Fällen der praktischen Anwendung: beim Wahlrecht, bei der Preß-, bei der Versammlungsfreiheit. Da heißt es im Programm Bucharins: „Da wir nun eine Diktatur der Arbeiter und Bauern haben, deren Ziel es ist, die Bourgeoisie völlig zu erwürgen, der Bourgeoisie jegliche Lust zu rauben, Versuche der Wiederherstellung der bürgerlichen Macht zu unternehmen, so ist es auch klar, daß von keinerlei großen Frei-

413) Radek, Diktatur, S. 19.
414) Ebenda S. 24.

heiten der Bourgeoisie die Rede sein kann, wie auch keine Rede davon, der Bourgeoisie das Wahlrecht zu bewilligen oder auch vom Übergang der Macht der Räte zum bürgerlich-republikanischen Parlament"[415]).

Da man dem Feinde die Waffen entwinden muß, muß man ihm auch die Presse nehmen, wie man ihn auch der Rede-, der Organisations-, der Versammlungsfreiheit berauben muß: „Die Partei der Kommunisten fordert keinerlei Freiheiten für die bürgerlichen Volksfeinde. Im Gegenteil. Sie fordert, daß man immer bereit sei, die bürgerliche Presse zu sistieren, die Verbände aufzulösen, ihnen verbietet, zu lügen, zu verleumden und Panik zu säen"[416]). „Wenn also von der Presse die Rede ist, fragen wir vor allen Dingen, von welcher Presse man spricht, von der bürgerlichen oder von der Arbeiterpresse; wenn von Versammlungen die Rede ist, fragen wir, von welchen Versammlungen, der Arbeiter oder der Gegenrevolutionäre; wenn die Streikfrage berührt wird, ist für uns in erster Linie wichtig, ob es ein Streik der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist, oder Sabotage der Bourgeoisie oder der bürgerlichen Intelligenz gegen das Proletariat. Wer diese Dinge nicht unterscheidet, versteht nichts. Presse, Versammlungen, Verbände usw. sind Mittel des Klassenkampfes; während der Revolutionsepoche, in der Revolutionszeit aber sind sie Mittel des Bürgerkrieges, ebenso wie Waffendepots, Maschinengewehre, Pulver, Bomben. Und die ganze Frage besteht darin, von welcher Klasse und gegen welche andere Klasse sie gerichtet werden"[417]).

Konnte früher die Preßfreiheit für die Arbeiter „ohne Geld und ohne Papier nicht verwirklicht werden"[418]), so „machen sich" jetzt

---

415) Bucharin, Programm, S. 23.

Das ist nur eine Konsequenz der Forderungen Lenins, steht aber im Widerspruch mit der von bolschewistischer Seite vertretenen Behauptung, die Bourgeoisie habe sich selbst aus den Sowjets ausgeschlossen. Vgl. hierzu Kautsky, (Diktatur S. 35) nach einem Artikel der Leipziger Volkszeitung vom 28. Mai 1918. Ebenso die Behauptung Lenins bei der Auflösung der Konstituante (mitgeteilt in Süddeutsche Monatshefte S. 233): „Die Räte umfassen unterschiedslos einen jeden, der nicht untätig beiseite stehen will, und den Weg schöpferischer Arbeit findet" (wobei allerdings das Wort „schöpferisch" ebenso mannigfacher Auslegung fähig ist, wie etwa der Begriff „Werktätige" in der Sowjetverfassung).

416) Bucharin, Programm, S. 24.

417) Ebenda S. 24/25.

418) Ebenda S. 26.

„die Kommunisten an die Herren Besitzer der Buchdruckereien und des Papiers und sagen ihnen: Der proletarische Staat konfisziert eure Buchdruckerei, erklärt sie als Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates und stellt sie den Genossen Arbeitern zur Verfügung. — Mögen sie dort ihr Preßrecht in der Tat verwirklichen. Es versteht sich, daß die Herren Kapitalisten darüber heulen. Aber nur so kann man die wirkliche Freiheit der Arbeiterpresse erlangen“[418]).

Der proletarische Staat machte wahr, was das Programm verhieß. Das Verfassungsgesetz der Sowjetrepublik bestimmt: „Zwecks Gewährleistung einer wahren Freiheit der Meinungsäußerung an die Werktätigen beseitigt die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik die Abhängigkeit der Presse vom Kapital, übergibt in die Hände der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen, Broschüren, Büchern und allen anderen Druckerzeugnissen und sichert ihre freie Verbreitung im ganzen Lande zu.“

„Zwecks Gewährleistung der wahren Versammlungsfreiheit der Werktätigen erkennt die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik den Bürgern der Sowjetrepublik das Recht zu, frei Versammlungen, Kundgebungen, Umzüge zu veranstalten, und stellt der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft alle zur Abhaltung von Volksversammlungen geeigneten Räume nebst Einrichtung Beleuchtung und Heizung zur Verfügung[419]).“

Wie die Durchführung erfolgte, deutet Lenin an: ... „dazu hatte sie . . . der Bourgeoisie ihre Paläste und Villen genommen (sonst wäre die ganze Versammlungsfreiheit eine Heuchelei); den Kapitalisten die Druckereien und das Papier (sonst wäre die ganze Preßfreiheit für die werktätige Majorität eine Lüge)“[420]) und ähnlich äußert er sich in seinem Briefe an die amerikanischen Arbeiter[421]).

d) Die Rechtfertigung.

Bedenkenfrei beantwortet Bucharin die Frage, wie eine solche Taktik gerechtfertigt werden kann, mit denselben Argumenten, wie wir sie bei Radek fanden: „Noch eine Frage kann man uns stellen: Warum redeten die Bolschewiki früher nicht von Ver-

419) Sowjetverfassung Punkt 14 und 15.

420) Lenin, Aktion 1918, S. 622.

421) Ebenda S. 677.

nichtung der völligen Freiheit für die Bourgeoisie? Warum waren sie früher selbst für eine bürgerlich-demokratische Republik? Warum waren sie früher selbst für die Konstituante und redeten nicht von Entziehung des Wahlrechts der Bourgeoisie? Mit einem Wort: Warum haben sie jetzt in diesen Fragen ihr Programm geändert? Sehr einfach warum. Die Arbeiterklasse hatte früher noch keine Kraft, um auf direkten Sturm der bürgerlichen Festung loszugehen. Sie bedurfte der Vorbereitung, der Ansammlung der Kräfte, der Aufklärung der Massen, der Organisation. . . . Deshalb sagte die Arbeiterklasse und unsere Partei sagte es auch: Es lebe die Preßfreiheit (der g a n z e n Presse, auch der bürgerlichen)! . . ., oder es fehlte an Kräften, daher sagte unsere Partei damals: wir fordern Freiheit der Verbände (überhaupt, nicht nur der Arbeiter). Nun haben sich die Zeiten geändert, nun ist nicht mehr die Rede von langwieriger Vorbereitung zum Kampf; wir leben nun in der Zeit nach dem Sturm, nach dem ersten großen Sieg über die Bourgeoisie. Jetzt stellt sich die Arbeiterklasse eine andere Aufgabe: den Widerstand der Bourgeoisie e n d g ü l t i g z u b r e c h e n“ [422]).

---

422) B u c h a r i n, Programm, S. 26/27.

Diese Einseitigkeit der Auffassung und die Annahme eines grundsätzlich verschiedenen Standpunktes zu verschiedenen Zeiten, je nach der Nützlichkeit, scheint etwas der russischen Intelligenz besonders eigentümliches zu sein. N ö t z e l sagt von ihr: „Die Intelligenz verhält sich zur Freiheit des Wortes ebenso, wie die erste christliche Kirche sich zur Gewissensfreiheit verhielt: sie verlangte sie, um selber zu Worte zu kommen, um sie dann, wo sie siegte, ihrerseits aufzuheben. Innerhalb ihrer eigenen Organisation herrscht rücksichtslose Unterdrückung des freien Wortes, wie überall da, wo etwas als unwiderleglich gelten soll, was nicht unmittelbar einzusehen ist, d. h. wo das Dogma herrscht.“ (Nötzel, Grundlagen, S. 133.)

Wie sehr diese Unduldsamkeit, verbunden mit der Anschauung, daß die Nützlichkeit alle Maßnahmen rechtfertige, im russischen Parteileben „selbstverständlich“ ist, zeigen auch die Worte eben des späteren schärfsten Gegners der Bolschewiki, Plechanows, auf dem Parteitag von 1903 (mitgeteilt von B. Kistjakowski in „Rußlands politische Seele“, S. 75 ff.). P l e c h a n o w sagte damals: „Jedes demokratische Prinzip muß nicht an und für sich in seiner Abstraktheit betrachtet werden, sondern in seinem Verhältnis zu jenem Prinzip, welches als das Grundprinzip der Demokratie bezeichnet werden kann und das lautet: salus populi suprema lex. In der Übertragung in die revolutionäre Sprache heißt es, daß der Erfolg der Revolution das höchste Gesetz ist. Und wenn es sich als notwendig erwiese, um dieses Erfolges willen die Wirkung dieses oder jenes demokratischen Prinzips zeitlich zu suspendieren, so wäre es verbrecherisch, vor einer solchen Suspension stehen zu bleiben. Als meine persönliche Meinung sage

Nur zwei Bemerkungen zu der gemäß diesen Grundsätzen betätigten Praxis: Einmal zum Wandel der Stellungnahme zur bürgerlichen Republik, dann zu jener der Konstituante.

Hinsichtlich ersterer geht Bucharin in seiner Behauptung, sie sei, entgegen besserer Überzeugung gefordert worden, um eben ein weiter gestecktes Ziel zu verbergen, zu weit: sie wurde früher deshalb gefordert, weil die Führer der Partei erkannt hatten, daß Rußland für eine sozialistische Republik nicht reif sei (vgl. die oben wiedergegebenen Äußerungen Lenins). Der Appetit scheint erst beim Essen gekommen zu sein.

Ähnlich mag es sich auch mit der Konstituante verhalten haben. Ihre rascheste Einberufung wurde von den Bolschewiki gefordert, als sie noch nicht an der Macht waren. Das dürfte ehrlich gemeint gewesen sein, denn sonst wäre es unerklärlich, warum an ihr noch in dem unmittelbar nach dem Siege vom 8. November erlassenen „Dekret vom Landbesitz“ festgehalten und ihr die endgültige Regelung der Frage vorbehalten wurde[423]).

Daß die obigen Maßnahmen und Freiheitsbeschränkungen sich nicht nur gegen den verhaßten Klassengegner, die Bourgeoisie, richteten, sondern auch gegen die Bruderparteien, zeigt ein Beschluß des allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets (vom 14. Juni 1918): „Die Vertreter der sozialrevolutionären Partei (des rechten Flügels und des Zentrums) und der Men-

---

ich, daß selbst das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts vom Standpunkt jenes Grundprinzips der Demokratie betrachtet werden muß. Hypothetisch ist der Fall denkbar, wo wir Sozialdemokraten uns gegen das allgemeine Wahlrecht erklären könnten. Die Bourgeoisie der italienischen Republiken entzog einst dem Adel zugehörigen Personen das Wahlrecht. Das revolutionäre Proletariat könnte die politischen Rechte der höheren Klassen ebenso begrenzen, wie diese früher seine eigenen politischen Rechte beschränkten. Über die Anwendbarkeit einer solchen Maßregel könnte man nur vom Standpunkte der Regel salus revolutionis suprema lex urteilen. Und den gleichen Standpunkt müßten wir auch in der Frage der Parlamentsdauer einnehmen. Sollte das Volk im Aufschwung des revolutionären Enthusiasmus ein sehr gutes Parlament — eine Art Chambre introuvable — wählen, so müßten wir uns bemühen, es zu einem langen Parlament zu machen; sollten aber die Wahlen ungünstig ausfallen, so müßten wir bestrebt sein, es nicht nach zwei Jahren, sondern, wenn möglich, nach zwei Wochen auseinanderzutreiben.“ Plechanow fand zwar heftigen Widerspruch, doch ist die geäußerte Anschauung bezeichnend genug für das „Russische“ im bedeutendsten Theoretiker des russischen Marxismus.

423) Vgl. hierzu Kautsky, Diktatur, S. 30 ff.

schewiki werden ausgeschlossen, zugleich wird allen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten vorgeschlagen, die Vertreter dieser Fraktionen aus ihrer Mitte zu entfernen"[424]). Die Sowjetverfassung sanktioniert diese Willkür in ihrem Punkt 23: „Geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit entzieht die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einzelnen Personen und einzelnen Gruppen die Rechte, die von diesen zum Nachteil der Interessen der sozialen Revolution ausgenutzt werden." Das gibt und gab es im Zeitalter der „Scheindemokratie" nicht; so wenig wie es unter ihrem Regime möglich wäre und war, daß eine Partei, um Regierungsmaßnahmen kritisieren zu dürfen, einer offiziellen Ermächtigung bedarf, wie das in der Sowjetrepublik, die die Freiheit, wenn nicht aller, so doch der „Werktätigen" verwirklichen will, gegenüber einer sozialistischen Partei gehandhabt wird[425]).

e) Zweckmäßigkeit und neue Moral.

Alles das, Heuchelei und Unterdrückung, wird als gerechtfertigt erachtet und gerechtfertigt mit — Zweckmäßigkeitsgründen. Ob dadurch nicht statt einer „neuen Moral" schlimmste ethische und intellektuelle Schädigung der Arbeiterklasse eintreten muß, ob zu ihr nicht auch materielle Schädigung treten wird, insoferne, als eine derartige Politik dem Gegner ein Recht, oder zum mindesten ein Scheinrecht gibt, mit gleichen Waffen zu fechten, bleibe dahingestellt und sei nur angedeutet.

Wir haben die Schwankungen der einzelnen Begriffe, Lehren und Methoden des Bolschewismus, ihre bedingungslose Unterordnung unter das große Ziel: Beseitigung des Kapitalismus gesehen und ebenso die Rechtfertigung aller Schritte, aller Auswüchse, aller Ungeheuerlichkeiten mit der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit dieses Ziel zu erreichen. „Notwendig und darum richtig,"

---

424) Mitgeteilt von Kautsky, Diktatur, S. 37 und mit der ausführlichen offiziellen Begründung in Berliner, Bolschewistischer Staat, S. 12.

425) Vgl. ein Telegramm vom 28. Februar 1919 (Arbeiter-Zeitung vom 2. März 1919): „Laut einem Funkspruch aus Petersburg hat Kamenew dem Vollzugsausschuß in Moskau nach Besprechungen mit den Sozialrevolutionären deren Beschluß zur Kenntnis gebracht. Das Zentralkomitee beschloß daraufhin, das Recht der Kritik gegenüber den Sowjetregierungen einzuräumen . . . . Die Sowjetregierung hat beschlossen, die rechtsstehende sozialrevolutionäre Partei anzuerkennen."

das ist der Leitsatz, der alles Tun und Denken lenkt. Die eingangs dieses Kapitels aufgestellte Behauptung, die bolschewistische Lehre erscheine so vielfach und so stark von den äußern Verhältnissen beeinflußt, daß ihre besondere Gestalt in weitem Umfange als ihr wechselndes Produkt anzusprechen ist, dürfte nun als nicht unbegründet erachtet werden, und ebenso wohl auch der Nachweis als erbracht gelten dürfen, daß oft von der einzelnen Maßnahme nicht ausgesagt werden kann, ob sie aus der Befolgung eines bestimmten Lehrsatzes erfließt, oder ein Produkt in einem gegebenen Moment vorliegender Umstände ist.

Noch eine Frage bleibt zu erörtern oder, besser, zusammenfassend zu beantworten, denn die eigentliche Antwort geben die vorstehenden Ausführungen. Ist die Beseitigung des Kapitalismus nun etwas schlechthin Gefordertes, oder erscheint auch sie nur einem höheren Ziele untergeordnet? Hier geht der Bolschewismus mit dem Marxismus und den meisten andern sozialistischen Systemen einen Weg. Die Beseitigung des Kapitals soll nur Mittel zu dem letzten Zweck sein, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuheben und eine neue Gesellschaftsform zu schaffen, in der gelten werde: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen."

Auf dem Wege zu dieser Glückseligkeit steht aber der Feind Kapital und der Bourgeois, Herr und zugleich Knecht dieser unheimlichen, abstrakten und doch fast lebendigen, sich alles unterordnenden, ihren Schöpfer in ihren Sklaven umwandelnden geheimnisvollen Macht. Ihr muß nun der Kampf, ihr das Vernichtungsstreben gelten. Sie ist der Feind schlechthin. Kein Kompromiß mit ihr ist möglich (die Praxis hat es anders erzwungen). Alles, was ihr entstammt, ist verdorben und verderbt, kann nicht gut sein, trägt von Geburt an das Kainszeichen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Darum endgültiger Bruch mit der Vergangenheit immer und überall. Ein neues Geschlecht soll vollenden, was das jetzige erst beginnen kann. Mit ihm soll neues Empfinden, neue Kunst, neue Schönheit heranwachsen; neue Formen des Zusammenlebens sollen entstehen, nicht Gesellschaft, Gemeinschaft soll die neue Menschheit sein, deren Messias der Proletarier ist.

So wenigstens malt sich das Bild in den Augen der Begeisterten, denen der Bolschewismus ein neues Evangelium ist, ein neues

Himmelreich auf Erden zu erschließen verspricht. Das erklärt vielleicht seine Wirkung, die er auf Schwärmer und Künstler übt; nicht nur auf schale Ästheten und Literaten — wiewohl auf diese seine Wirkung am größten ist, da sie allem nachhetzen, was neu und sonderbar ist, — sondern auch jene, die, nach einem neuen schöpferischen Prinzip suchend, es, unseres Erachtens zu unrecht, in ihm zu erkennen glauben, ein Prinzip so wertvoll, daß es den Bruch mit allem Bestehenden, und wäre es um den Preis der schwersten Opfer, rechtfertigt.

3. Kapitel
Der Rätegedanken

Verschiedentlich ist von dem Rätegedanken die Rede gewesen; er erscheint, und nicht ganz mit Unrecht, als **das** Charakteristikum der russischen Revolution. Er ist der Schlüssel, der die Tore zu einer neuen Welt erschließen soll; und er ist dies nicht nur für die Träger der russischen Revolution selbst, sondern für Tausende ihr nach Wesen und Gedankenwelt Fernstehender. Sie erblicken in ihm den Ausdruck einer neuen schöpferischen Kraft von unerhörter Wucht und Gestaltungsmöglichkeit.

1. Geschichtliches

> **Wer kann was Dummes, wer was Kluges denken,**
> **Das nicht die Vorwelt schon gedacht.**
> Goethe

Die Entstehung.

Bevor wir auf diese Meinung eingehen, sei der Versuch unternommen, eine kurze Darstellung der Geschichte des Rätegedankens, seiner Vorläufer und seiner Vorbilder zu geben. Denn auch der Rätegedanke hat seine Geschichte.

Er gilt bei den allermeisten seiner Anhänger, und nicht nur bei diesen, als spontanes Ergebnis der russischen Revolution, höchstens wird sein Vorbild in den Räten des Jahres 1905 gesucht. So erscheint er, wie Radek, sein Verkünder und Verfechter, sagt, „so einfach wie ihn kein Mensch ausdenken konnte, wie nur die Geschichte ihre Kristalle genial schafft“[426]).

426) Radek, Diktatur, S. 25/26.

Doch: Arbeiterräte sowohl wie Soldatenräte hat die Geschichte schon früher gekannt. Freilich, soweit es sich um die rein wirtschaftlichen Funktionen der Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse in den Fabriken handelt, haben sie mit den jetzigen kaum mehr als den Namen gemein, und darum werden diese Ausschüsse nur sehr bedingt als Vorbilder angesprochen werden können, denn es fehlt ihnen, wie einheitliche Organisation und Zusammenfassung zu einer höheren Einheit, vor allem auch die Bekleidung mit politischer Macht; es fehlt der Aufbau des ganzen politischen und Wirtschaftssystems eines Landes aus und auf ihnen, der jetzt ihre Bedeutung ausmacht, und der fernab von ihrem Wesen in der Vergangenheit liegt.

a) Die Vorläufer

Die Vorläufer dürften anderswo zu suchen sein, und wenn zwischen ihnen und den heutigen Räten keinerlei direkter geschichtlicher Zusammenhang besteht, so mögen die Erscheinungen und Einrichtungen, die an sie erinnern, dartun, daß unter ähnlichen Umständen die Verhältnisse ähnliche Institutionen hervorbringen, in denen sich dann aber auch wieder der ganze Unterschied zweier Zeitalter spiegelt.

1. Die Arbeiterräte

Zunächst die Arbeiterräte. Sie leiten ihre direkte Abstammung von denen aus dem Jahre 1905 her, wie bereits erwähnt wurde. Als die Revolution im März 1917 ausbrach, da lebte auch der Gedanke an die Organisationsform auf, die sich die Arbeiter ein Dutzend Jahre zuvor geschaffen und die ihre Kämpfe damals einheitlich geleitet hatte; ganz untergegangen und vergessen war der Gedanke nie gewesen.

Aber auch diese Räte haben, wie gesagt, ihre Vorläufer gehabt. Es wird nicht ganz ohne Berechtigung auf die Organisation der Kommunen aus der französischen Revolution 1793 verwiesen [427]. Doch durchaus glücklich erscheint der Vergleich nicht. Wohl besaßen diese eine (oft angemaßte) ziemlich weitgehende Autonomie, doch fehlt ihnen, was am heutigen Rätesystem so charakteristisch erscheint: daß sie einmal Organ, und bewußtes Organ, eines Klassenkampfes sind, zum andern sich in ihrer Zusammensetzung aus-

---

427) So in einem Artikel von Dr. v. Scheller-Steinwartz im „Tag" vom 1. Juni 1919.

schließlich auf bestimmte Berufsgruppen stützen und dank dieses Zusammenhanges den Versuch unternehmen wollen, die Stätte beruflicher, wirtschaftlicher Arbeit zur Keimzelle politischer Gestaltung zu machen.

Es scheint ein den meisten Arbeitermassenbewegungen innewohnender Zug zu sein, daß sie, wofern ihnen eine ihrem Klasseninteresse angemessene parlamentarische Vertretung fehlt, sich eine solche selbst zu schaffen streben. Dies zeigt uns bereits die erste moderne Arbeiterbewegung, die der Chartisten in England, die sich gegenüber dem als Vertretung der Aristokratie angesehenen Parlament zur Durchsetzung ihrer (politischen) Wünsche einen „Nationalkonvent" schufen.

Über ihn berichtet Brentano: „Nachdem die Radikalen und die Massen des Volkes in den verschiedenen Teilen Großbritanniens ihre Zustimmung zur Charte erklärt hatten, mußten bestimmte Mittel in Aussicht genommen werden, um sie zu verwirklichen. . . . Vor allem sollte ans Parlament um Erlaß der Charte petitioniert werden und man hoffte auf 2—3 Millionen Unterschriften unter die Petition. Ferner sollten auf Volksversammlungen Mitglieder eines Volksparlaments, des sogenannten Nationalkonvents, gewählt werden, und diese sollten in London zusammentreten, falls das Parlament die Petition verwürfe." Als weiteres Mittel war ein „heiliger Monat", d. h. ein einen Monat dauernder Generalstreik in Aussicht genommen. „Nachdem man über die Petition ans Parlament und über die Berufung eines Nationalkonvents seitens der Führer sich geeinigt hatte, schritt man zur Abhaltung kolossaler Volksversammlungen in den großen Städten oder an günstig gelegenen Punkten im Freien inmitten der Fabrikdistrikte, um von diesen Versammlungen die Petition bestätigen und die Mitglieder des Konvents wählen zu lassen. Mehr als 500 Versammlungen fanden zu diesem Zwecke statt, darunter zählte die kleinste 30 000, nicht wenige unter ihnen über 200 000, eine sogar 300 000 Teilnehmer beiderlei Geschlechts."

Auch damals gab es heftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern der „physischen Gewalt" und denen der „moralischen Macht", und an diesem inneren Zwiespalt, wie nicht weniger an den von außen kommenden Einwirkungen (Einschreiten der Regierung) ging der Nationalkonvent bald nach seinem Zusammentritt zugrunde.

Seine Wirksamkeit schildert uns Brentano weiter wie folgt: „... Am 24. Februar 1839 trat der Nationalkonvent in London zusammen. Allein das demokratische Parlament, welches die Arbeiter gewählt hatten, um gegenüber dem Parlament, das der gesetzliche Ausdruck der Aristokratie war, zu tagen, begann mit den heftigsten Differenzen. Die Parteien der physischen Gewalt und der moralischen Macht platzten sofort auf das lebhafteste aufeinander und infolge von äußerst heftigen Reden, welche seitens der ersteren auf einer Versammlung am 11. März gehalten wurden, schieden die Gemäßigten der zweiten Partei aus. Die Zurückbleibenden mußten nun etwas tun, um ihre Sache zum Siege zu führen, und nach langen Debatten wurde beschlossen, am Pfingstmontag allenthalben im Lande große Volksversammlungen abzuhalten und darüber abstimmen zu lassen, ob das Volk bereit sei, auf Anordnung des Konvents hin an einem bestimmten Tage alle Gelder aus den Sparkassen zurückzuziehen und alle Banknoten, deren man habhaft werden könnte, der Bank von England zur Einlösung zu präsentieren, ferner gleichzeitig an allen Orten und in allen Gewerben die Arbeit einzustellen und endlich sich Waffen zu verschaffen, um die bedrohten Volksfreiheiten zu verteidigen."

Nach Verwerfung der Petition durch das Parlament sollte der Generalstreik beginnen; allein die Teilnahmslosigkeit der Gewerkschaften machte ihn von vornherein aussichtslos. So wurde der Beschluß zurückgenommen. „Der unglückliche Ausgang dieser Idee wurde verhängnisvoll für den Konvent. Gelichtet durch den Austritt der tüchtigsten und die Gefangennahme der kühnsten Mitglieder war er zu einem Schatten des herabgesunken, was er gewesen, und fiel rasch in Mißachtung. Es blieb ihm daher nichts übrig, als sich selbst aufzulösen" [428]).

Leider ist aus Brentanos Schilderungen nicht zu entnehmen, auf Grund welchen Wahlrechtes der Konvent gewählt worden war, und ob außer den Arbeitern auch andere Wähler zugelassen waren. Nachdem es sich aber um Verwirklichung der Charte handelt, deren Hauptpunkt eben das allgemeine Wahlrecht war, und die Bewegung mit Hilfe der Radikalen geführt wurde, ist wohl anzunehmen, daß

---

428) Brentano, Die englische Chartistenbewegung, Preuß. Jahrbücher, Bd. 33, S. 431 ff. und 531 ff., besonders S. 439, 440, 443 und 445. Die Quelle, auf der Brentanos Ausführungen fußen (Gammage, History of the Chartist Movement, 1854) war leider nicht zugänglich.

es sich um allgemeines Wahlrecht der in den Volksversammlungen Anwesenden handelte.

Als ein zweiter Vorläufer der Arbeiterräte scheint sich eine Einrichtung der ersten Revolution, die eine „soziale Republik" verwirklichen wollte, der französischen Februarrevolution, darzustellen, nämlich die am 28. Februar 1848 geschaffene „Commission du gouvernement pour les travailleurs" (nach dem Ort ihres Sitzes, dem Palais du Luxembourg, Commission du Luxembourg genannt). Von ihr sagt Warschauer: „Sie sollte berufen sein, die Konsequenzen der Revolution zugunsten der Arbeiter zu ziehen, deren Leiden ein Ende zu machen und alle hierfür gemachten Vorschläge unter der Leitung Blancs und Alberts einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. . . .

An der Eröffnungssitzung am 1. März 1848, an der ungefähr 200 Arbeiter teilnahmen, wies er (Blanc) mit beredten Worten darauf hin, daß zum ersten Male in Frankreich die Arbeiter berufen seien, gemeinsam mit der Regierung die sozialen Fragen einer eingehenden, die Beschlüsse der Nationalversammlung jedenfalls beeinflussenden Erörterung zu unterziehen.

Der Regierungsausschuß im Luxembourg zerfiel in zwei Teile, in die Arbeiterkommission und das Arbeiterparlament, das die endgültigen Beschlüsse zu fassen hatte und dessen Eröffnung am 10. März 1848 stattfand. Jede Arbeiterkorporation hatte das Recht, drei Abgeordnete zu wählen, von denen je zwei Mitglieder des Parlaments sein sollten und eines an den täglichen Sitzungen der Kommission teilzunehmen hatte" [429]).

Auch „Vertreter der Arbeitgeber waren vorhanden. Louis Blanc berief in die Kommission auch die bedeutendsten Vertreter der liberalen und sozialistischen Schulen [430]). Trotz dieser bürgerlichen Beteiligung wurde die Kommission bald zum Sprachrohr nur der Arbeiter, denn „tatsächlich nahmen nur die Arbeiter an den Sitzungen teil" [430]). Anfangs leistete die Kommission sozialpolitische Arbeit. Doch bald änderte sich das Bild, denn „die Kommission . . . erschreckte bald das Publikum, indem sie zu einem politischen Klub entartete. Sie beschäftigte sich mit den Wahlen, griff sogar in die Straßenkrawalle ein und nahm endlich an der Kundgebung vom 15. Mai teil, welche unter dem Vorwand, zugunsten Polens zu intervenieren, angefangen, damit endete, daß die

429) Warschauer, Zur Entwicklungsgeschichte, S. 288 ff.
430) Gide und Rist, Geschichte, S. 347 ff.

Menge in die Nationalversammlung eindrang"[431]). Schließlich, nach dem Rücktritt Louis Blancs, verschwand sie sang- und klanglos.

Immerhin war sie, trotz ihrer nominell paritätischen Zusammensetzung, die erste moderne Organisation der Arbeiterklasse gewesen, die sich in ihr ein Organ geschaffen, durch das sie ihre Wünsche und Forderungen durchzusetzen, durch das sie auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen hoffte. Praktisch erwies sie sich als Organ des Klassenkampfes, so sehr, daß Marx von ihr schrieb: „Der Kommission des Luxemburg, diesem Geschöpfe der Pariser Arbeiter, bleibt das Verdienst, das Geheimnis der Revolution des neunzehnten Jahrhunderts von einer europäischen Tribüne herab verraten zu haben: die Emanzipation des Proletariats"[432]). Daß der Versuch scheiterte, ändert nichts an der Tatsache, daß er der erste ist, den die gesamte Arbeiterschaft einer großen Industriestadt unternahm, einen von ihr gewählten Ausschuß zum einheitlichen Vertreter ihres Klassenwillens und Klasseninteresses zu machen und das ihr von der Regierung zugestandene Organ in ein Klassenwerkzeug umzuschaffen und als solches zu gebrauchen[433]). (Man vergleiche damit die oben geschilderte Entstehung der Kommission Schidlowski und die Geschichte der ersten russischen Arbeiterräte von 1905.)

Dagegen dürfte das bekannte deutsche Arbeiterparlament von 1863 kaum als ein, wenn auch noch so loser, Vorläufer anzusprechen sein. Das verrät schon das Statut des Allgemeinen Deutschen Ar-

---

431) **Gide** und **Rist**, Geschichte, S. 347 ff.

432) **Marx**, Klassenkämpfe, S. 32.

433) Eine ähnliche Bewertung der Commision du Luxembourg findet sich bei **Louis**, Geschichte des Sozialismus in Frankreich, S. 130: Mochte „das Ziel, das die Mehrheit der Exekutive verfolgte, als sie der Arbeiterklasse diesen Knochen zum Abnagen (die Arbeiterkommission) hinwarf, auch gewesen sein, die Hohlheit der unanwendbaren Theorie von Louis Blanc aufzuzeigen (Herr Marie an Emile Thomas)", so äußert sich Louis doch darüber wie folgt: „Man darf indessen die Bedeutung und Wichtigkeit dieses Arbeiterparlamentes nicht verkennen. Daß neben der politischen Vertretung Frankreichs mit Zustimmung der konstitutionellen Macht selbst sich eine andere Versammlung erhoben, die ausdrücklich zur Prüfung der wirtschaftlichen Probleme und zur Schöpfung neuer Verhältnisse für die Arbeiter eingesetzt wurde, das war schon ein bemerkenswertes, für die Zeit ungeheures Faktum, von einer unschätzbaren Bedeutung für die Zukunft."

Die Unternehmer traten übrigens erst 14 Tage später in die Kommission ein.

beitervereins, wie die Tagesordnung, zu deren Beratung das Arbeiterparlament zusammentreten sollte[434]).

2. Die Soldatenräte.

Noch viel älter aber ist der Gedanke der Soldatenräte, die erstmals in der Geschichte im Verlaufe der großen englischen Revolution (im Jahre 1647) auftauchten. Von ihnen berichten Adler in seiner „Geschichte des Sozialismus und Kommunismus" und Bernstein in seiner Schrift „Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution", daß „das Heer, als das Parlament Miene machte, es aufzulösen, sich 1647 eine selbständige Organisation . . . gegeben"[435]). „Führer und Soldaten . . . konstituierten sich als selbständige körperschaftliche Macht. Die Soldaten schufen sich eine durchaus demokratische Institution, die ‚Agitators'. . . . Jedenfalls waren" (wie Bernstein mit Rücksicht auf einen philologischen Streit um Ursprung und Bedeutung des Wortes sagt), „die ‚Agitators' mehr Agitatoren im heutigen Sinne, als etwa bloße ‚Adjutators' der höheren Offiziere. Sie waren die Agenten der gemeinen Soldaten und haben als solche . . . den größten Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausgeübt, mehrmals die Dinge zur Entscheidung getrieben[436])."

„Die Offiziere und der Generalstab mußten wohl oder übel die neue Institution anerkennen. Man vereinbarte, daß jedes Regiment zwei ‚Agitatoren' wählen sollte, und zwar durften sie nur aus den Reihen der Gemeinen oder der Unteroffiziere genommen werden; diese ‚Agitatoren' zusammen mit je zwei bestallten Offizieren pro Regiment sollten den ‚Rat der Armee' bilden. . . . Allerlei Verhandlungen des so konstituierten Rats mit dem Parlament fanden statt, und als sie das gewünsche Resultat nicht ergaben, ward eine große Zusammenkunft der Armee . . . abgehalten und . . . in

434) Sie umfaßte 1. die Einführung der Gewerbefreiheit durch ganz Deutschland, 2. die Einführung der Freizügigkeit durch ganz Deutschland, 3. die Beratung und Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen und für Invalidenkassen für alle Arbeiter, 4. die Arrangierung einer Weltindustrieausstellung zu Berlin in den nächsten Jahren, 5. gewerbliche Mitteilungen der nach der Londoner Ausstellung gewesenen Arbeiter. (Abgedruckt bei Lassalle, Schriften, Bd. 2, S. 397.)

435) Adler, Geschichte, S. 223.

436) Bernstein, Englische Revolution, S. 79 ff.

feierlicher Weise ein Manifest beschlossen, in dem erklärt wird, die Armee sei kein Söldnerheer, gemietet, um der Willkür der Staatsgewalt zu dienen, sondern — wörtlich — ‚freie Männer des Volkes von England' zusammengetreten und in den Waffen geblieben in der Erkenntnis und dem Bewußtsein ihrer und des Volkes begründeter Rechte und Freiheiten, . . . und daß sie, Offiziere und Soldaten, sich durch Unterschrift verpflichteten, nicht eher auseinanderzugehen, noch sich regimenter- oder truppenweise trennen zu lassen, bis sie die Gewißheit hätten, daß ‚wir als Staatsbürger und die übrigen freigeborenen Volksangehörigen Englands nicht fürderhin solchen Unterdrückungen, Vergewaltigungen und Mißbräuchen ausgesetzt sein werden wie bisher'[437])."

„So widersetzten sie sich offen dem Beschlusse des Parlaments und bald genug gingen sie dazu über, unter Cromwells Führung, die presbyterianisch-großbürgerliche Mehrheit des Parlaments zu terrorisieren und es durch Ausschließung einer Anzahl von presbyterianischen Abgeordneten den Independenten in die Hände zu spielen. . . . Die Truppen trieben Politik und ergreifen zu wichtigen Maßnahmen, wie zur Hinrichtung des Königs die Initiative[438])." Diese Schilderung spricht wohl für sich selbst und zeigt deutlich verwandte Züge mit dem, was in unsern Tagen Wirklichkeit gewann; Ähnlichkeiten, die sich bis in manche Einzelheit erstrecken *).

b) Die Vorbilder

Einen zweiten, späteren Vorläufer hat die Räteverfassung gehabt. Lenin selbst hat ihn angegeben: die Kommuneverfas-

---

437) Bernstein, Englische Revolution, S. 79.

438) Adler, Geschichte, S. 223.

*) Kautsky weist in seinem Buche „Terrorismus und Kommunismus" noch auf die Organisation der Nationalgarde während der Kommune hin, deren Zentralkomitee man „sehr wohl mit einem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte vergleichen kann". Es bestand „aus drei Delegierten für jeden der 20 Bezirke (Arrondissement) von Paris. Zwei der drei wurden gewählt durch den Legionsrat, der dritte von den Bataillonschefs der Legion. . . . . Man kann dieses Zentralkomitee, da es von Nationalgarden gewählt war, als Soldatenrat bezeichnen. Es war aber von proletarischen und dem Proletariat nahestehenden Nationalgarden gewählt, denn die Bataillone der Besitzenden taten nicht mit. Nach den Mitteilungen des Zentralkomitees hatte es am 18. März von den 260 Bataillonen der Pariser Nationalgarde 215 hinter sich. Insofern war es also eine Art Arbeiterrat" (S. 54).

sung[439]). Und wie die Räteverfassung ein Abbild dieser, so soll der Rätegedanke wohl auch eine Nach- und Ausbildung des der Kommune zugrunde liegenden sein, wird sie doch als das direkte Vorbild der Räteverfassung hingestellt. Beide Einflüsse werden, zumal wenn man bedenkt, daß Lenin eine Verfassung nach dem Muster der Kommune fordert, noch bevor er zur Macht gelangt ist, die ihm dann die Möglichkeit gibt, sie nach diesem Vorbild zu schaffen, unbedingt zuzugeben sein. Aber, wie es Marx mit der Kommune, deren Sozialisten Blanquisten und Proudhonisten waren, gegangen zu sein scheint, daß er sie sozialistischer sah, als sie tatsächlich gewesen[440]), so scheint es Lenin mit der Sowjetverfassung zu ergehen. Er versuchte in ihr weit mehr „Kommune" zu verwirklichen, als diese selbst enthielt (auf die bedeutsamen Unterschiede wurde bereits oben verwiesen).

Doch sei dem wie immer, seien die Vorläufer in älterer oder jüngerer Vergangenheit zu suchen, sie alle waren, und vor allem die Räte von 1905 und der Arbeitslosenrat von 1906 Vorbilder der heutigen, wenn auch nur der Arbeiterrat von 1905 sie unmittelbar beeinflußt zu haben scheint. Denn der war, wie Trotzki in einem heute besonders lesenswerten Artikel in der Neuen Zeit 1907[441]) schreibt: „ein Organ der Macht, der Keim einer revolutionären Regierung und zu gleicher Zeit der organisierte Ausdruck des Klassenwillens des Proletariats".

„In der Gestalt des Rates tritt zum ersten Male in der russischen Geschichte eine demokratische Gewalt auf. Der Rat ist die organi-

---

439) An anderer Stelle und zu anderer Zeit hat Lenin allerdings behauptet: „Die Schaffung der Räte ist etwas Ungeheures, Neues, Unerhörtes in der Geschichte der Weltrevolution" (Rede bei Auflösung der Konstituante, Südd. Monatshefte, S. 233); doch dürfte das damals nur des „bessern Eindrucks" willen geschehen sein.

440) Vgl. Fabbri, a. a. O., S. 575.

Daß diese Ansicht keine ganz unbegründete ist, scheint auch aus den Worten von Louis über die Kommune hervorzugehen: „Während der Juniaufstand ausschließlich proletarisch gewesen war, war dies die Kommune nicht. Sie war zweifellos ein sozialer Aufstand, dessen politische Bedeutung aber nicht zu leugnen ist, da sie auf der einen Seite in gewissen Kreisen durch die patriotische Erbitterung gegen die deutsche Okkupation angestachelt wurde und sie auf der andern den Schutz der Republik und die Vernichtung der alten Staatsmaschinerie der Zentralisation erstrebte .... Ein grosser Teil (ihrer Mitglieder) hatte keine ökonomische Überzeugung. Louis, Geschichte, S. 172, 176.

441) Trotzki, Arbeiterdeputiertenrat, S. 76 ff.

sierte Macht der Masse selbst über ihre einzelnen Teile. Er ist die wahre und unverfälschte Demokratie ohne Zweite Kammer, ohne berufsmäßige Bürokratie, mit dem Recht der Wähler, zu jeder Zeit ihren Vertreter abzusetzen. Der Rat leitet unmittelbar durch seine Mitglieder, durch die gewählten Arbeiterdeputierten alle gesellschaftlichen Erscheinungen des Proletariats im ganzen und seiner einzelnen Gruppen. Er organisiert seine Massenaktionen. . . ."

Schon damals erklang die Forderung nach einem allrussischen Arbeiterrat, denn „der Kampf des Proletariats im Namen der nationalen Aufgaben erforderte eine Klassenorganisation von nationalem Umfang". Die Zukunft, ihre Aufgaben für die Arbeiterräte und deren Rolle, wie sie sich ihm damals darstellte, zeichnet Trotzki in diesen Worten, die zugleich, womöglich noch schärfer als die obigen, zeigen, wie sehr die alten Räte Vorbild der neuen gewesen und wie ungeheuer dabei doch der Abstand von Gegenwart und Vergangenheit ist: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der neue nächste Ansturm der Revolution überall die Gründung von Arbeiterräten nach sich ziehen wird. Der allgemeine russische Arbeiterrat, von der großen Reichsarbeiterversammlung organisiert, wird die Leitung der lokalen Gewalten, Organisationen des Proletariats übernehmen. . . . Die Aufgaben bestehen . . . in der demokratisch zentralisierten Leitung des Proletariats im Kampf, um die Macht in die Hände des Volkes zu überführen. Die Geschichte wiederholt sich nicht, und der neue Rat wird nicht mehr die Ereignisse der 50 Tage[442]) durchmachen müssen, doch wird er aus dieser Periode vollständig das Programm seiner Tätigkeit zusammenstellen können. Und dieses Programm ist vollkommen deutlich:

Die revolutionäre Kooperation mit der Armee, dem Bauernstand und den plebejischen Schichten der städtischen Bourgeoisie.

Die Abschaffung des Absolutismus. Das Zerstören seiner materiellen Organisation: zum Teil Umwandlung, zum Teil sofortige Auflösung der Armee, das Vernichten des polizeilich-bürokratischen Apparates.

Der Achtstundentag.

Bewaffnung der Bevölkerung, — vor allem des Proletariats.

Umwandlung der Behörden in Organe der städtischen Selbstverwaltung. Die Gründung von Räten der Bauerndeputierten als lokale Organe der agraren Revolution.

---

442) D. h. vom 13. Oktober bis 3. Dezember 1905 (r. St.); so lange hatte die Tätigkeit des Arbeiterrates gedauert.

Organisation von Wahlen in die konstituierende Versammlung und der Wahlkampf auf Grund eines bestimmten Programmes der Arbeiter der Volksvertretung."

Aufleben der Arbeiter- und Soldatenräte

An diese Arbeiterräte des Jahres 1905 haben nun die von 1917 angeknüpft; anders die Soldatenräte. Diese konnten auf kein so unmittelbares Vorbild in den eigenen Reihen zurückblicken, doch scheinen auch sie weniger spontan als vielmehr auf Antrieb und nach dem Beispiel der Arbeiterräte gegründet worden sein. Zwei Überlegungen dürften dabei mitgespielt haben: Erstens die, daß ohne Armee die Revolution nicht siegen könne, daß sie ihrer Gewinnung bedarf, sie zu ihrem Werkzeug machen muß (was natürlich heißt, daß jede Partei versuchte, die Räte der Armee für sich zu gewinnen und damit die Armee), und zweitens die Notwendigkeit, die ungeheure Masse des Volkes, die Bauern zum Anschluß zu bringen. Die Bauern, das war aber im Frühjahr 1917 die Armee, die dank ihrer Zusammensetzung in weitem Maße als Vertreterin der Bauerninteressen erscheinen konnte, und es ist charakteristisch, daß erst, nachdem die Märzrevolution endgültig gesiegt hatte, die Vertreter des allrussischen Bauernbundes an den Ministerpräsidenten und an den Arbeiter- und Soldatenrat Petersburgs das Verlangen nach unverzüglicher Bildung eines allrussischen Rates der Bauerndeputierten stellten [443]). Zur Bildung eines solchen und zur Vereinigung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat kam es also erst, nachdem man sich besonnen hatte, daß die Armee denn doch nicht als identisch mit dem Bauerntum anzusehen sei, auch nicht dessen Interesse in dem Kampf um das Land an Ort und Stelle vertreten könnte.

Die im obigen geschilderte Geschichte des Arbeiterrats mag als klassisches Beispiel dartun, wie wesensverschieden ein und dieselbe Institution dank eines, gemeinhin sich in langen Zeiträumen vollziehenden „Zweckwandels" wurde. Wieder läßt sich hier erkennen, was wir an so vielen Einrichtungen des Bolschewismus erkennen konnten: was aus dem Augenblick geboren war, wird, mag es ein Gedanke oder eine Einrichtung sein, zur theoretischen Notwendigkeit für die Zukunft erhoben, dem großen Ziele untergeordnet und nach

443) Rußk. Slowo, vom 27. März 1918. Auslandslektoratsberichte, S. 592.

rückwärts nachträglich durch den Hinweis auf das historische Geschehen gerechtfertigt, — denn was ist, ist vernünftig, — oder, wie es im Bolschewismus heißt: notwendig und darum richtig.

2. Darstellung

Errare malo cum Platone
quam cum istis vera sentire.

Der Sieg des Rätegedankens.

Der Gedanke des Rätesystems ist geboren; die Propheten der neuen Heilswahrheit treten auf; der Kampfruf „alle Macht den Räten" erschallt, wird die Losung des Tages, das Zeichen, an dem sich die Gläubigen erkennen, die Fahne, unter der sie sich finden und zu siegen hoffen. Radek, der Prophet der neuen Lehre, ruft es: „Die Räte" — das ist „das Zeichen, in dem das internationale Proletariat siegen wird"[444]), und mit ihm glauben daran Tausende und Abertausende, glauben mit Lenin, daß „in der Gestalt der Sowjetrepublik sich vor uns die neue Welt, die Welt des Sozialismus erhebt"[445]).

Was ist es, das dieses Wunder bewirkt hat, dem „Ruf nach den Räten die Anhänger warb, so daß Radek in einem aus der Untersuchungshaft an Alfons Paquet gerichteten Brief"[446]) schreiben konnte: „Es frappiert mich direkt, wie in Deutschland, wo die Propaganda des Rätegedankens noch keine einzige Broschüre zur Verfügung hat, sich die Sache in den Köpfen durchsetzt." Und er selbst erklärt es so: „Die Volksmassen, die die Hölle des Weltkrieges durchwandert haben, die sich jetzt materiell zu Boden geworfen sehen, haben kein Vertrauen mehr zu den herrschenden Klassen. Sie suchen instinktiv einen eigenen Weg. Das ist die Kraft, die das Rätesystem marschieren läßt."

Manches wird dadurch klar. Ist das aber die ganze, restlose Erklärung? Doch wohl nicht, denn sie läßt ein weiteres psychologisches Moment ganz außer acht: den Zauber, den der Erfolg übt, zumal auf jene Allzuvielen, Unkritischen, die den Wert eines Gedankens dem Erfolg abnehmen zu können vermeinen, den er errungen. Ihnen wird der Gedanke, der „seine wesentliche Anziehungskraft . . . auf

444) **Radek**, Diktatur, S. 25.

445) **Lenin**, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 677.

446) Vom 20. März 1919, mitgeteilt in **Paquet**, Geist der russischen Revolution, S. VIII ff.

die Arbeiter, allen seinen faszinierenden, die Hoffnung maßlos aufpeitschenden Reiz aus jenem unvergeßlichen Erlebnis der ruhmreichen russischen Proletariererhebung erhält"[447]), die „die stolzesten Hoffnungen des proletarischen Sozialismus mit einem Male zu verwirklichen schien" leicht zum „wundertätigen Fetisch", zum „Hoffnungsanker und zur sozialen Glaubensformel"[448]).

Sicher birgt dies einen weiteren, wichtigen Teil der Lösung des Rätsels. Doch noch immer bleibt eines zu erklären: der Glaube an die Räte bei den vielen, die dem Proletariat nach Geburt, Stand und Geistesrichtung so ferne stehen. Was wirkt auf diese ein? Paquet gibt in seinem Buche eine schöne Schilderung des Wesens und Entstehens der Räte, wie sie aus dem, allerdings nicht zum geringsten Teil selbst herbeigeführten Chaos ein neues Leben erwecken wollten, das aus der Selbstverwaltung aller Schaffenden und Tätigen bestehen sollte. Das verwirklichen zu wollen, behaupten auch die deutschen Anhänger des Gedankens.

Sie alle sind sich darüber einig, daß mit ihm an die Stelle einer Welt des Scheins eine des Seins tritt; das Wort „Demokratie", das unter der Herrschaft auch der fortgeschrittensten Bourgeoisie nur ein Wort gewesen wäre, hinter dem nichts stand, ein leerer Begriff ohne Inhalt, nun zur Wirklichkeit werden soll. Alle Vorwürfe, die, uns etwa aus der syndikalistischen Literatur wohl vertraut, gegen die Demokratie und den bürgerlichen Parlamentarismus gerichtet wurden, leben wieder auf. Doch was an beider Stelle setzen? Wie es ermöglichen, daß die Massen und ihre Interessen wirklich vertreten werden? Wie es ermöglichen, daß eine nur nach formalen Prinzipien vorgehende, sich über der Menge erhaben dünkende Bürokratie durch eine Einrichtung verdrängt wird, die aus dem Volke hervorgegangen, ihm auch weiter dienend angehört? Wie also „das Problem der Bürokratie lösen, das in der bürgerlichen Demokratie unlösbar war"[449])? Wodurch „die bürgerlichen Parlamente, welche von den Armen, sogar der besten Demokratie einer kapitalistischen Republik in der Welt, niemals für ‚ihre' Institution angesehen wurden, ersetzen"[449]). Wie die Klassenherrschaft des Proletariats, wie seine Diktatur sichern? So drängen sich die

447) So Max Adler, ein nichtkommunistischer Anhänger des Rätegedankens, in der Arbeiterzeitung vom 11. April 1919.

448) Ströbel, ebenda am 29. Mai 1919.

449) Radek, Diktatur, S. 27.

Fragen, deren aller Antwort in dem einen Worte „Rätesystem“ gelegen sein soll, das nun als das soziale Allheilmittel ausgerufen wird.

Die Probleme des Rätegedankens.

Versuchen wir es, in diese Fülle etwas Ordnung zu bringen. Die Ausführungen Lenins über den „sozialistischen Charakter des Sowjetdemokratismus“ [450]), der ihm als „höherer Typus des Demokratismus, als der Bruch mit seiner bürgerlichen Verzerrung, als Übergang zum sozialistischen Demokratismus“ [450]) erscheint, geben einen Fingerzeig hierzu. Dieser Charakter „besteht zum ersten darin, daß als Wähler die arbeitenden und ausgebeuteten Massen erscheinen; die Bourgeoisie wird ausgeschlossen, zum zweiten darin, daß alle bürokratischen Formalitäten und Wahleinschränkungen wegfallen; die Massen bestimmen selbst die Wahlordnung und Termine unter völliger Freiheit der Abberufung der Gewählten; zum dritten, daß die beste Massenorganisation der Avantgarde der Werktätigen, des großindustriellen Proletariats, gebildet wird, die ihm erlaubt, die breitesten Massen der Ausgebeuteten zu leiten, sie in das selbständige politische Leben hineinzuziehen, sie politisch an ihren eigenen Erfahrungen zu erziehen, damit auf diese Weise zum ersten Male in Angriff genommen wird, daß die Bevölkerung ohne Ausnahme tatsächlich zu verwalten lernen und zu verwalten beginnen soll“ [451]), denn „als unser Ziel erscheint die allgemeine Heranziehung der Armen zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung“ [452]) und die „unentgeltliche Erfüllung der Staatspflichten seitens jedes einzelnen nach Ableistung der achtstündigen Aufgabe der Produktionsarbeit“ [453]).

Diese Worte lassen bereits deutlicher erkennen, welche Zwecke und Fragen das „Räteproblem“ in sich birgt, wie es nur Sammelname für eine Reihe von Problemen der zu bewirkenden sozialistischen Neugestaltung ist. Systematisch gruppiert scheinen uns in ihm folgende enthalten zu sein, von denen je nach dem Standpunkt des Fragenden oder Fordernden bald der eine, bald der andere in den Vordergrund geschoben wird:

---

450) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 48.
451) Ebenda S. 48/49.
452) Ebenda S. 49.
453) Ebenda S. 49/50.

I. Die Probleme der politischen Neugestaltung:

1. Das Problem der Demokratie im Rätesystem: Sicherung einer aus den Massen hervorgegangenen, mit ihnen in steter Fühlung und von ihrem Willen abhängig bleibenden Verwaltung und Regierung.

2. Das Problem der Bürokratie: ihre Beseitigung und Ersetzung.

3. Das Problem der Diktatur: die Räte als Werkzeug der Diktatur des Proletariats. (Die einzelnen Fragen lassen sich nicht immer streng voneinander trennen, berühren sich vielmehr und gehen ineinander über.)

II. Das Problem der wirtschaftlichen Neugestaltung:

4. Die Rolle der Räte bei der wirtschaftlichen Neugestaltung: ihre Verwirklichung und Vollendung durch sie.

Zu ihnen (I und II) tritt das sie umfassende, aber noch teilweise über sie hinausgreifende Problem der Vollendung der gesamten sozialen Um- und Neugestaltung,

5. das Problem des Zusammenhanges der politischen und wirtschaftlichen Arbeit der Räte; aber auch jenes des Überganges der bisherigen Verwaltungs- und Gesetzgebungsformen zu den neuen; die Frage der möglichen Einfügung des Rätesystems in den bestehenden Staats- und Wirtschaftsorganismus. (Hieran knüpfen die mannigfachen Untersuchungen an, die feststellen wollen, was von dem Rätegedanken für die politische und wirtschaftliche Neugestaltung in Deutschland verwertbar ist, sowie die Versuche, dieses „Brauchbare" schon jetzt zu verwirklichen. Hier sei indessen nur von der Gestaltung des Rätegedankens in Rußland und den sich an ihn knüpfenden und durch ihn erweckten Hoffnungen die Rede.)

ad 1. Das Ziel ist, einen neuen Staatstypus zu schaffen, der „den arbeitenden und unterdrückten Massen die Möglichkeit eröffnet, an dem selbständigen Aufbau der Gesellschaft einen tätigen Anteil zu nehmen"[454]), an die Stelle des formalen Prinzips der Demokratie, die „der Besitzende kraft seines Geldes und seiner auf dem Privileg des Besitzes beruhenden höheren Bildung plutokratisch zu fälschen vermöge"[455]), durch „Wahlmache, Beherrschung der Presse, Korruption der Wissenschaft, Sabotage der Sozialisierung"[455]), reale Demokratie zu setzen. Wie soll das nun erreicht werden, wo das Mittel des allgemeinen Wahlrechts nicht zu helfen schien? Da griff die Geschichte ein und wies den Weg: „In der

454) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 6.

455) Ströbel a. a. O.

Fabrik schufteten die Sklaven des Kapitals. Die Fabrik ist verbunden mit tausend Fäden mit den anderen Fabriken, mit der ganzen Wirtschaftsweise ihres Standortes. Sie hängt von den Verkehrsverhältnissen des Ortes ab, von den Fabriken, die ihr Halbfabrikat verarbeiten, oder es an sie abgeben; sie hängt aber auch von allen Fabriken desselben Produktionszweiges ab, und in letzter Linie von der Wirtschaft des ganzen Landes. Die Vertretung der Fabrik ist deshalb die politische und wirtschaftliche Zelle des Staatsmechanismus. Die Vertreter des Proletariats des Ortes sind die Staatsmacht des Ortes, gleichzeitig sind sie die Wirtschaftsleitung des Orts"[456]). „Diese Räte werden so vom Arbeitervolk"[457]) und nur von diesem „an den Orten der Arbeit gewählt: in den Fabriken, Hüttenwerken, Werkstätten, Bergwerken, in den großen und kleinen Dörfern"[457]). Dieser Wahlmodus sichert der Menge der Arbeiter Einfluß auf die Wahlen in die lokalen Räte dadurch, daß, wie die Sowjetverfassung bestimmt, die Wahlen in die höheren, größere territoriale Gebiete umfassenden Bezirke indirekt, von den jeweils bereits Gewählten vorgenommen werden, bis in die höchsten Organe des Staates hinauf und außerdem unbedingt an dem Grundsatz jederzeitiger Abberufbarkeit der Gewählten festgehalten wird, so daß die „Arbeiterdelegiertenräte, die immer neu gewählt werden können . . ., immer zum Mutterboden, zur Fabrik zurückkehren"[458]). So kann sich einerseits „die Macht der Räte und ihrer Organe auf die größten Organisationen der Arbeiterklasse und des Bauerntums, Gewerkschaften, Fabrikkomitees"[459]) stützen, andererseits ist sie mit ihnen und damit mit den Massen in steter Verbindung und deren Einfluß bleibt gewahrt (oder soll es doch werden, denn das indirekte Wahlrecht trägt kaum dazu bei, den Einfluß der Wähler unmittelbar zur Geltung zu bringen).

ad 2. Dadurch, daß den Räten sowohl die gesamte politische, gesetzgebende, verwaltende Macht übertragen ist, sie aber zugleich auch von dem Willen der arbeitenden Massen durch den „Recall" abhängig sind, scheint den Leitern der Sowjetrepublik erreicht, daß die Verwaltungsorganisationen nicht nur nicht in die Hände von „Beamten, die von der Masse unabhängig und von der Bourgeoisie

456) **Radek**, Diktatur, S. 26.
457) **Bucharin**, Programm, S. 18.
458) **Radek**, Diktatur, S. 27.
459) **Bucharin**, Programm, S. 20.

abhängig sind"[459]) gelangen, vielmehr jenen zukommen, die überhaupt nicht Beamte sein können, die sich über das Volk — dessen Diener, nicht dessen Herren sie sein sollen — erheben.

Dazu gehört aber, daß sich die obersten Verwaltungsorgane auf die örtlichen stützen, denn sonst „bleiben sie in der Luft hängen, verwandeln sich in amtliche oder, wie man zu sagen pflegt, bürokratische Einrichtungen, aus denen der revolutionäre Geist entschwindet"[460]). So ist das Problem der Bürokratie gelöst, das in der bürgerlichen Demokratie unlösbar schien[461]), während welcher es „selbst in der Arbeiterbewegung Bürokraten geben mußte, die allein Zeit und Muße hatten, die Technik der Arbeiterbewegung zu erlernen"[461]), wogegen nur der Syndikalismus in vergeblichen Worten anzukämpfen versucht hatte.

ad 3. Die Räte als Werkzeug der Diktatur. Dies ist die Gestalt, in der uns das Rätesystem bei Betrachtung der russischen Verhältnisse am sinnfälligsten vor Augen steht, aber auch, was vor allem gemeint wird, wenn bei uns der Ruf „alle Macht den Räten" erschallt. Das war Lenins erste Forderung von dem Tage ab, da er russischen Boden wieder betrat, und seine Schrift „Staat und Revolution" spricht bei der Erörterung der Diktatur des Proletariats von ihnen in diesem Sinn. Und was er dort sagt, das klingt durch alle seine spätern Schriften, wie die der andern Autoren wieder: „Daß die Revolution an die Verwirklichung dieser allgemein weltgeschichtlichen Aufgabe (die Diktatur des Proletariats) herangetreten ist, dies hat der siegreiche Zug der Sowjetorganisationen bei allen Völkern und Nationen Rußlands bewiesen"[462]). „Denn die Sowjetmacht ist nichts anderes, als die Organisationsform der Diktatur des Proletariats, der Diktatur der vorgeschrittenen Völker, die zum neuen Demokratismus, zur selbständigen Anteilnahme an der Staatsverwaltung Millionen und abermals Millionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten erhebt, die durch ihre Erfahrungen lernen, in der disziplinierten und zielbewußten Avantgarde des Proletariats ihre zuverlässigsten Führer zu sehen[463])." Oder, wie es Radek verkündigt:

459) Bucharin, Programm, S. 20.
460) Ebenda S. 39.
461) Radek, Diktatur, S. 27
462) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 38.
463) Ebenda S. 38/39.

„Wie wird die Form der diktatorischen Herrschaft des Proletariats in Europa aussehen? Es sind die Räte, das heißt die Vertretung der Arbeiterschaft in der Fabrik, in der Stadt, auf dem Lande und im Reich. Das ist die Form, in der auch die Arbeiter Europas ihre Herrschaft konstituieren werden" [464]). Mehr noch: Weil der Sieg des Proletariats das Ende des Kapitalismus bedeutet, so wird „die Form der Regierung der Arbeiterdelegiertenräte . . . die Form sein, in der das Proletariat der Welt den Kapitalismus besiegt und fähig wird, den Sozialismus durchzuführen" [465]). Oder Bucharin: „Bis jetzt, bis zur russischen Revolution des Jahres 1917 schrieb man nur von der Diktatur des Proletariats. Niemand aber wußte genau, wie diese Diktatur verwirklicht wird. Die russische Revolution deutete die Art und die Form der Diktatur an: diese Form ist die Räterepublik" [466])

Die Räte sind die äußere Form der Diktatur des Proletariats; sie sind aber vor allem ihr Werkzeug; sie zu erhalten und zu üben sind sie bestimmt. Erreicht wird dies dadurch, „daß die nicht arbeitenden Klassen in der Räterepublik kein Stimmrecht haben und keinen Anteil an der Staatsverwaltung nehmen [466]) dürfen, daß diese Klassenmacht auch im ausschließlichen Klasseninteresse gebraucht wird, denn „die Räteregierung ist keine demokratische Regierung, sie ist die Form der Arbeiterregierung, sie zeigt klar ihren Klassencharakter, verhüllt ihn nicht mit demokratischen Phrasen, aber sie ist gleichzeitig die Regierungsform, in der sich der Wille der revolutionären Arbeiterklasse klar, unzweideutig und rücksichtslos ausdrücken kann" [467]).

ad 4. Wie die politische Organisation der Sowjetrepublik sich auf die breitesten Massen stützt, auf die „produktive Arbeit Leistenden", so auch die wirtschaftliche. Auch sie baut sich auf deren Organisationen auf, auch sie sucht sie an der Stätte ihrer Arbeit auf. Wie dieser Aufbau durchgeführt, von der einzelnen Fabrik mit ihrem Fabrikkomitee an bis zum Obersten Volkswirtschaftsrat, der die ganze Produktion, Verteilung und Konsumtion regelt, wird näher bei der Besprechung des Wirtschaftsprogramms ausgeführt. Hier genügt der Hinweis, daß es die gleichen Grundsätze weitest-

---

464) **Radek**, Diktatur, S. 25.
465) Ebenda, S. 27.
466) **Bucharin**, Programm, S. 22.
467) **Radek**, Diktatur, S. 26/27.

gehender Selbstverwaltung sind, die, wie beim politischen Aufbau, auch hier verwirklicht werden sollen. Dabei muß aber vermieden werden, daß die Arbeiter einer Fabrik etwa Sonderinteressen vertreten, weshalb die Arbeiterinteressen durch einen „allgemeinen Wirtschaftsrat" ausgeglichen werden müssen, der „aus Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzt, zum Organ wird, das die lokalen Wirtschaftsräte über ihre lokalen Interessen hinausführt, sie den allgemeinen Wirtschaftsinteressen des Landes unterordnet"[468]). Auch er muß sich auf „tausende seiner kleinen örtlichen Organisationen, auf Arbeiterverwaltungen an Ort und Stelle, in den einzelnen Fabriken und Hüttenwerken"[469]) stützen. Nur dann „sind sie imstande, mit dem furchtbaren Zusammenbruch fertig zu werden, wenn sie von allen Seiten mit den lebendigen Kräften der Arbeiterklasse an Ort und Stelle unterstützt werden, . . . wenn jede Anordnung der Zentralarbeiterorganisation von den Arbeiterorganisationen und Arbeitermassen an Ort und Stelle durchgeführt wird"[469]). „Je mehr die Massen selber ihre Angelegenheiten erörtern, je feuriger und interessierter sie an den Wahlen ihrer Verwaltungen, an der Arbeit in den Fabriken und Hüttenwerken Anteil nehmen . . ., desto schneller bemächtigt sich die Arbeiterklasse, in Wirklichkeit, aber nicht nur in Worten, des ganzen Industriebetriebes, und es wird nicht nur die politische, sondern auch die ökonomische wirtschaftliche Diktatur der Arbeiterklasse verwirklicht[469])."

ad 5. Und damit stehen wir mittendrin im letzten Problem, eben dem der Vereinigung der politischen und der wirtschaftlichen Arbeiterräte. Da ihre Zusammensetzung durch die Bestimmungen des Wahlrechts und seiner Versagung eine gleichförmige ist, jeden Teil ihres Tuns der gleiche Leitgedanke: Umwandlung der gesamten bisherigen sozialen Organisation (durch die Diktatur des Proletariats) durchdringt, also eigentlich nur grundsätzlich Gleichgesinnte vorhanden sind, ist dieser Vereinigung ein Hand-in-Hand-arbeiten wenn auch nicht gewährleistet, so doch anscheinend erleichtert und vereinfacht, eben durch den parallel gehenden Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Denn, erinnern wir uns: „Die Vertretung der Fabrik ist . . . die politische und wirtschaftliche Zelle des Staatsmechanismus. Die Vertreter des Proletariats

468) Radek, Diktatur, S. 26.

469) Bucharin, Programm, S. 39

des Ortes sind die S t a a t s macht des Ortes, gleichzeitig sind sie die W i r t s c h a f t s leitung des Ortes“ [470]). Die Parallele geht weiter: „Wie die Vertretungen der Arbeiter aus dem ganzen Lande von den Arbeitern an Orten ihre Politik vorgeschrieben bekommen, aber sie gleichzeitig verallgemeinern und zum Gesetz für die lokalen Staatsorgane machen, somit ihre Wurzeln in den lokalen Arbeiterräten haben, aber diesen Arbeiterräten gleichzeitig das allgemeine proletarische Interesse vorhalten, so wird der allgemeine Wirtschaftsrat aus Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzt, zum Organ, das die lokalen Wirtsch[illegible]er ihre lokalen Interessen hinausführt, sie den allgemeinen Wirtschaftsinteressen des Landes unterordnet“ [470]).

(Über den letzten Teil des Problems, über den Gedanken, die Räte in den wirtschaftlichen oder politischen Aufbau Deutschlands einzugliedern, zu sprechen, ist hier nicht der Ort.)

All das läßt vielleicht erkennen, worin gerade für die besten seiner Anhänger das Faszinierende des Rätegedankens im letzten Grunde ruhen dürfte: in der mehr gefühls-, als verstandesmäßig gehegten Hoffnung, das Rätesystem biete dadurch, daß es den a r b e i t e n d e n Menschen an der Stätte seiner Arbeit ergreift, ihm Gelegenheit, selbst tieferen Einfluß auf sein Geschick zu nehmen als bisher, und daß es so nun eine weitgehende Möglichkeit tätigster Selbstverwaltung auf allen Gebieten zu erschließen scheint. So kommt seinen Anhängern in ihm „das instinktive Verlangen nach lebendiger Selbstbetätigung an Stelle der tief unbefriedigt lassenden Beschränkung auf das Recht, zu wählen“ [471]), zum Ausdruck. „Der Rätegedanke bringt die Menschen in direkte Aktion; er stellt die Bürokratie kalt; er befreit von der Maschine, denn er hat noch keinen Apparat. Von unten herauf, unmittelbar aus dem Volke heraus und im steten, engsten Zusammenhang mit ihm will er den Staat aufbauen [472]). Denn „was als Tiefstes in dem Rufe nach den Räten lebendig ist, das ist die Revolte des Menschen gegen die Mechanisierung seines Daseins in Staat und Wirtschaft“ [473]).

So gewann der Rätegedanke seine Anhänger: den einen erscheint

---

470) **Radek, Diktatur, S. 26.**
471) **Feiler, Ruf, S. 29.**
472) **Ebenda S. 30.**
473) **Ebenda S. 32.**

er als die Möglichkeit der Selbstbefreiung vom alten und der Gestaltung eines neuen Lebens; — Schwarmgeister, Gläubige treten gerade in Zeiten des Niederbruchs besonders stark auf, wenn alles zur Selbstbesinnung drängt, — wieder andere laufen ihm als blinde Erfolganbeter kritiklos nach, geblendet durch seinen Sieg in Rußland. Vor allem aber: es steckt ein gutes Stück Subjektivismus in all dem, das in den Rätegedanken Gedanken hineinlegt, die sich in ihm nie fanden, zum mindesten in Rußland nicht fanden, und das nun die, welche in dem Rätegedanken unerhört Neues sehen, nur wiederfinden läßt, was sie selbst nie verloren.

Etwas Ähnliches tut auch Feiler, wenn er im „Ruf nach den Räten“ zutiefst und „in Wahrheit, so undemokratisch er sich auch gelegentlich gebärdet“, „ein Verlangen nach einer echten, vom Geist und vom Ethos getragenen nicht nur formalen Demokratie“ lebendig sieht. Das mag eine von deutschem Idealismus erfüllte Formel für einen neu gestalteten Rätegedanken abgeben, für einen Rätegedanken, der sich Anhänger wirbt selbst in Kreisen jener, die gewalttätige Minderheitsdiktatur zutiefst hassen. Der russische Rätegedanken ist es nicht. Der gebärdet sich nicht „gelegentlich undemokratisch“, sondern ist unduldsame Diktatur und Leugnung der allgemeinen Demokratie, ist Werkzeug der Herrschaft einer Klasse, die es rücksichtslos zur Knechtung der andern und aller anders Denkenden zu gebrauchen entschlossen ist, und es zur Unterdrückung, nicht zur Befreiung, verwendet.

Stellung des Marxismus.

Damit ist eigentlich auch schon die Stellungnahme des Marxismus bezeichnet. Von dessen Standpunkt aus müßte das politische Rätesystem, sowie seine Verquickung mit wirtschaftlichen Aufgaben, die dem Wunsche, es als Werkzeug der Diktatur einer Minderheit dienen zu lassen, entspringt, unbedingt abgelehnt werden, ebenso wie — was schon mehrmals berührt wurde — der Ausschluß bestimmter Volks-, ja sogar Proletarierschichten, die nicht auf dem Boden, sei es des Sozialismus überhaupt, sei es nur einer ganz bestimmten politischen Partei stehen. Schon darum scheint das Rätesystem mit dem demokratischen Sozialismus und daher mit dem Marxismus, der sich als solcher darstellt, im Widerspruch zu stehen. Die Worte des Wiener Jungmarxisten Max Adler, „gerade weil die Errichtung einer Räterepublik heute nur ein

verderbliches Schlagwort ist, der Rätegedanke aber so stark in die Proletarierkreise sich eingesenkt hat, daß mit ihm gerechnet werden muß, wird es nötig, dem Rätesystem eine solche Ausbildung zu geben, durch welche es zu einem kraftvollen Mittel der Entwicklung und Förderung des Sozialismus werden kann"[474]), geben der Vermutung Raum, daß die Annahme des Rätegedankens ihm wie vielen anderen in letzter Linie durch den Einblick in das derzeit Notwendige abgerungen, nicht aber Konsequenz des Marxismus ist. Nur wenn die Räte ein Werkzeug wären, wirkliche Gleichberechtigung zu schaffen, nicht aber sie zu vernichten, könnten sie mit ihm in Einklang gebracht werden. Erweisen sie sich als Kampforganisation oder als Träger eines neuen Gedankens fruchtbar für den sozialen Kampf, werden sie „in Deutschland als unentbehrliches Mittel, um die unheilvoll zerklüfteten proletarischen Massen wieder zu einer kraftvollen Kampfeseinheit zusammenzuschweißen"[475]), oder zur Durchführung des Sozialismus gebraucht, so wird das freilich für ihre Anhänger eine bessere Rechtfertigung sein, als die scharfsinnigsten Argumente oder auch der Hinweis auf Marx zu widerlegen vermögen. Dann könnte aber wahllos jedes Mittel, jeder Versuch gerechtfertigt werden, der Aussicht auf Erfolg zu bieten scheint, dann könnten, als ihn unter bestimmten Umständen scheinbar sicher erwarten lassend, auch Diktatur der Minderheit und Terror, Putsche und gewaltsames „Machen von Revolutionen" und „Einführen des Sozialismus" und was sonst Marx als mit seiner Lehre unverträglich verwarf, herangezogen werden. Das aber ist das Tun des Bolschewismus. Darum: „principiis obsta!"

Und wenn, in Berücksichtigung der psychologischen Verfassung der Massen, um Unheilvolleres zu verhüten, der Versuch mit dem Rätesystem gemacht werden soll, wie das auch von Marxisten verlangt wird, dann muß man sich dabei klar sein, daß es eine Konzession ist, die der Marxismus macht, nicht aber seine Verwirklichung. Wie unmarxistisch aber der sich hinter dem Rufe „alle Macht den Räten" verbergende Glaube an ein sofort wirksames soziales Allheilmittel ist, darauf sei zum Schluß mit den Worten eines Marxisten, der ihn indes nicht grundsätzlich ablehnt, verwiesen: „Bisher ist noch niemals ein neues System einfach vom Himmel gefallen, sondern alle gesellschaftlichen und politischen

474) **Max Adler** a. a. O.
475) **Ströbel** a. a. O.

Institutionen haben sich allmählich und organisch entwickelt. Es verrät völlig utopistisches Denken und nicht die geringste Vertrautheit mit den geschichtsmaterialistischen Erkenntnissen des Marxismus, wenn uns jetzt einfach ein funkelnagelneues Gesellschaftsverwaltungssystem empfohlen wird, von dem man im Handumdrehen die Lösung der verwickeltsten Wirtschaftsprobleme erwartet, an deren Aufwerfung Jahrzehnte und Jahrhunderte gearbeitet haben" [476]).

Soviel über das Verhältnis des Marxismus zum Rätesystem im allgemeinen. Etwas anderes ist es mit den Räten, denen wirtschaftliche Aufgaben zufallen, also den Betriebs- usw. Räten. Was dieses, das wirtschaftliche Rätesystem, betrifft, so wird zu scheiden sein zwischen seinem Grundgedanken und jener besonderen Form der Verwirklichung, die der Bolschewismus ihm geben will. Gegen den Plan einer ganz ähnlichen Organisationsform des Aufbaues, wie er in den Sowjets teils geplant, teils verwirklicht ist (Verquickung beruflicher und lokaler Elemente), hat sich, mit den durch die veränderten Verhältnisse bedingten Unterschieden, einmal Engels so ausgelassen: „Der alte Becker muß rein toll geworden sein. Wie kann er dekretieren, daß die Trades Union die wahre Arbeitervereinigung und Grundlage aller Organisation zu sein hat, daß die anderen rein nur provisorisch daneben zu bestehen haben usw. Alles in einem Lande, wo richtige Trades Unions noch gar nicht einmal bestehen. Und welche verwickelte ‚Organisation'. Einerseits zentralisiert sich jeder Trade in einer nationalen Spitze, andererseits zentralisieren sich die verschiedenen Trades jeder Lokalität wieder zu einer lokalen Spitze. Wenn man den ewigen Krakeel permanent machen will, so muß man diese Einrichtung einführen." [476a]) Und dazu nehme man nun noch die Verbindung dieser Räte mit den politischen oder ihre Betrauung mit politischen Aufgaben!

Anders steht es wohl mit dem Grundgedanken des Rätesystems auf wirtschaftlichem Gebiete, also den Betriebs- usw. Räten. Zur Beurteilung dieser kann man sich nur auf den Geist der marxistischen Lehre berufen, nicht auf irgendwelche Worte Marx', der ja von ihnen nie sprechen konnte. Und da scheint es wohl, daß sie

476) Ströbel a. a. O.

476a) Brief Engels' an Marx vom 30. Oktober 1869. Briefwechsel, Bd. IV, S. 184.

nach dem G e i s t e des Marxismus von seinen Anhängern durchaus willkommen geheißen werden müssen. Denn: sie stellen sich eben diesem Grundgedanken nach dar als eines der Werkzeuge zur wirtschaftlichen Befreiung, zur wirtschaftlichen Demokratie, erscheinen vielleicht als ihr der Gegenwartsentwicklung angemessener Ausdruck.

4. Kapitel
Syndikalismus und Bolschewismus

Eine geistige Strömung innerhalb des Sozialismus, die gleich dem Bolschewismus den Anspruch erhebt, den „wahren" Marx wiederherzustellen, und die auch in ihrer Gedankenrichtung manche Verwandtschaft mit dem Bolschewismus aufweist, bildet der Syndikalismus. Seine Einwirkung auf das Entstehen des Bolschewismus ist mehrfach behauptet worden. Die Berechtigung dieses Anspruches soll im nachstehenden geprüft werden, die Verwandtschaft der Ideen aufgezeigt und ebenso untersucht werden, ob es nicht nur verwandte Verhältnisse sind, denen ähnliche Lehren die Entstehung verdanken.

1. Der Syndikalismus

Unter Syndikalismus ist eine in Frankreich entstandene, hauptsächlich daselbst und in anderen romanischen Ländern, wie Italien, neuerdings auch in England verbreitete Form der Arbeiter-, näher der Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Ihre zwei Formen, der r e v o l u t i o n ä r e und r e f o r m i s t i s c h e Syndikalismus, scheiden sich voneinander fast ebenso scharf, wie beider Stellungnahme zum traditionellen marxistischen Sozialismus sie von diesem trennen. Mit diesem gemein ist ihnen das Ziel: Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; es trennt sie von ihm die Taktik, es zu erreichen. Denn, während der reformistische Syndikalismus auch die politische Taktik des Sozialismus, besser der Sozialdemokratie und deren Stellungnahme, wie sie sich im Laufe der Entwicklung, dem Gegenwartsstaat gegenüber herausgebildet hat, gelten läßt und sich so nicht wesentlich von der englischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung unterscheidet, verwirft der revolutionäre, in dem anarchistische Vorstellungen nachwirken, beides unbedingt, und gibt sich als eine vollständig neue, originelle Art der Arbeiterbewegung. Demgemäß haben wir es hauptsächlich mit seiner Lehre zu tun.

Der Syndikalismus ist keineswegs als fertiges System, gleich Minerva dem Haupte des Zeus, dem Kopfe eines bestimmten Denkers entsprungen, ganz besonders nicht dem von Georges Sorel, der, weil der bedeutendste Denker der Schule, oft als ihr Begründer angesehen wird. Vielmehr haben sich die in der französischen Arbeiterbewegung anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gärenden Ideen langsam zu einem System verdichtet und ausgebildet. In diesem sind gemäß der Zersplitterung des französischen Proletariats und seiner vielgestaltigen revolutionären Vergangenheit marxistische, anarchistische, blanquistische Ideen verwoben. Die Literaten, die „liebenswürdigen, feinen, gebildeten Leute", die „Kulturmenschen mit reiner Wäsche, guten Manieren und eleganten Frauen"[477]), die „Gourmets der sozialen Theorie"[478]) haben den Syndikalismus nicht geschaffen, ihn kaum entscheidend beeinflußt. Höchstens ist die marxistische Prägung, soweit eine solche der Lehre später aufgedrückt ward, sicher aber der Anspruch, einen „Neomarxismus" darzustellen und die Zusammenfassung in eine mehr oder weniger einheitliche Doktrin als ihr Werk zu bezeichnen. Die Vielheit der Elemente, die in ihm vereinigt ist, läßt das System einheitlich nicht leicht darstellen.

Die drei Grundlehren des revolutionären Syndikalismus, der sich selbst eine Philosophie der Aktion, der Tat, nennt, lauten: „Kritik der Herrschaft des Kapitalismus und Feststellung der Tatsache des Klassenkampfes; Kritik des Staates und Verurteilung des Patriotismus; Betonung des reformistischen" und vor allem „des revolutionären Wertes der Gewerkschaften"[479]).

Unter diesen drei Lehren sind es — und das ist für eine Schule, die ihre geistige Ahnenprobe auf Marx zurückführen will, ganz natürlich — besonders die Lehre vom Klassenkampf und die Kritik des Kapitalismus, die die Grundlage für die übrigen abgeben. Daß sie nur Klassen kennt, Besitzende und Besitzlose, Ausgebeutete und Ausbeuter, daß ihr Leitwort ist: die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein, ist eigentlich bei einer derartigen Bewegung von selbst gegeben. Nur das „Wie" dieser Bewegung und die Frage, wer unter den Arbeitern sie durchzuführen haben wird, sind das Kriterium, durch das sich der Syndi-

477) Sombart, Sozialismus, S. 110.
478) Ebenda S. 124.
479) Challaye, Syndikalismus, S. 4.

kalismus von den andern Formen moderner Arbeiterbewegung unterscheidet. Hier wird auch die Stellung des revolutionären Syndikalismus als eine Art Bindeglied zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem kommunistischen, nicht individualistischen „libertären“ Anarchismus besonders deutlich werden.

Denn: dieser auf ökonomischem, nicht politischem Gebiete auszufechtende Klassenkampf soll ausgefochten werden allein durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Gewerkschaft bildet als die Vereinigung der Produzierenden, der Nur-Handarbeiter, ohne Intellektuelle, den schärfsten, lebendigsten Widerspruch gegen die Nichtproduzierenden, die Ausbeutenden. Freilich ist es immer nur eine Minorität, die wirklich Klassenbewußten, die sich in ihr zusammenfinden, die durch ihren Kampf die Befreiung aller die Besserung des Loses auch der nichtorganisierten indolenten Mehrheit herbeiführen. Als Freie und Führende haben sie aber auch allein Recht gegenüber der Masse. Demokratie, Gleichberechtigung sind auch für sie Sophismen, „dem alten demokratischen Recht steht das neue, syndikalistische Recht gegenüber“ [480]). So wird durchgesetzt, was die vorkämpfende Minderheit, die „Militanten“, wollen, und das durch Anwendung des ureigensten Kampfmittels des Proletariats, der „direkten Aktion“, der eigenen, der unmittelbaren, der Selbsttat. „Unmittelbar in zwiefachem Sinn“: als Kampf der Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst gegen den Kapitalismus und das Unternehmertum und weiter „unter Vermeidung des Umwegs über politische Parteibildung, Gesetzgebung und Verwaltung“ [481]). Besonders ohne die Gesetzgebung, ohne das Parlament. Zu allen üblichen Einwänden gegen den Parlamentarismus tritt hier noch der Vorwurf, daß im Parlamente als Vertreter der Arbeiterschaft nicht Arbeiter, sondern kompromißlerische Halb- und Ganzbourgeois, die, nicht nur von Arbeiterstimmen gewählt, auch auf die bürgerlichen Wähler Rücksicht nehmen müssen und nehmen, sitzen.

Mittel der direkten Aktion sind: Straßendemonstration, Streik, Sabotage, Boykott, Kontrollmarken. Die drei letzten gegen den Unternehmer; gegen den Staat die Demonstration; gegen beide der Streik. Als partieller, reformistischer Streik gegen den einzelnen Unternehmer, als revolutionärer Generalstreik gegen die ganze

480) Challaye, Syndikalismus, S. 19.

481) Grünberg, Artikel Sozialismus. Wb. d. Vw., Bd. 2, S. 874.

Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den sie beschützenden, aus ihnen hervorgegangenen Staat. Er ist die höchste und letzte Form des wirtschaftlichen Kampfes, der friedlich oder gewaltsam geführt wird. Im Generalstreik verkörpert sich die ganze Macht des revolutionären Syndikalismus. Er ist die Idee, der Leitstern; noch unverwirklicht wird er zum Mythos, der alle Arbeiter in seinen Bann zieht. Verwirklicht bedeutet er den Sieg der Arbeiterklasse. „Die alte kapitalistische und staatliche Gesellschaft stürzt zusammen: an ihrer Stelle erhebt sich die neue Gesellschaft". Wie soll sie beschaffen, wie organisiert sein? „Keine wirtschaftlichen Privilegien mehr, . . . keine Autorität der Unternehmer und Verwaltung; keine arbeitsfähigen Personen, die verbrauchen, ohne zu produzieren; weder Herren noch Sklaven. Alle arbeiten für alle: die Arbeit muß alles sein. Ein wirtschaftlicher Föderalismus, der die Selbständigkeit des Individuums achtet; freiwillige und freie Produzentenvereinigungen, freie Werkstätten, in denen die Autorität einem persönlichen Pflichtgefühl Platz macht. Die Arbeitervereinigungen werden selbst die Produktion und die Verteilung der Produkte regeln: Gewerkschaften und Genossenschaften sind die Grundlagen der zukünftigen föderalistischen Gesellschaft[482]." Auf diese muß sich die Arbeiterschaft „durch Erziehung und Tat" vorbereiten. Der Syndikalismus legt größten Wert auf die ökonomische, technische und moralische Erziehung des Arbeiters.

Man begreift, daß so große Tat wie der Generalstreik nur von einer Elite begeisterter, tatenfroher Enthusiasten, die die schläfrige Masse mit sich reißen, ins Werk gesetzt werden kann. Aber auch der kleine und kleinliche Kampf des Alltags, in der Werkstatt, in der Fabrik, verlangt ganze Menschen, Begeisterte, die kein Opfer der eigenen Person scheuen, wo es die Erfüllung der Idee gilt. Und daß diese Opfer oft und oft gebracht werden müssen, dafür sorgen Unternehmer und Staat. Dieser wird natürlich nur als Staat der herrschenden Klasse, als ihr Werkzeug zur Klassenunterdrückung aufgefaßt. Daher die Feindschaft des Syndikalisten gegen ihn, der Antietatismus; aber auch der Antipatriotismus; woher sollte denn die Liebe zum Bedrücker kommen? Und da die Macht des Staates sich nur auf Hunger und Bajonette stützt: Antimilitarismus.

Von diesen Übeln kann nur eines wirkliche Erlösung bringen:

482) Challaye, Syndikalismus, S. 51.

die Selbstbefreiung durch Selbsterziehung und Selbsttat. Für die Gegenwart freilich auch eine Konzession an die reformistische Aktion, vor allem die Zusammenarbeit mit der Genossenschaft, denn, wenn „innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu reformieren bedeutet, das Privateigentum anerkennen“ [483]), so stellt doch gerade die Genossenschaft eine Keimzelle der künftigen in der gegenwärtigen Gesellschaft dar, die sich ja in eine gewerkschaftlich-genossenschaftlich organisierte wandeln soll.

Diese Bewegung konnte nur auf dem Boden des noch wenig industrialisierten Frankreichs und aus dem französischen Volkscharakter erwachsen, wo die ein Jahrhundert alte revolutionäre Tradition in der Masse lebendig, keine einzige der Formen, in denen sich das revolutionäre Sehnen einstens geäußert, vergessen worden war. Dazu trat die fin-de-siècle-Stimmung der Arbeiterschaft, Mißerfolg der Innen-, klägliche Resultate der Sozialpolitik. Auch die Republik hatte keinen der Träume des Proletariats verwirklicht. Dieser Enttäuschung entstammt der Apolitizismus der Bewegung, den besonderen parlamentarischen Verhältnissen Frankreichs die kräftige Betonung der Antiparlamentarismus, die antidemokratische Stimmung; der Gedrücktheit die Hoffnung auf die Tat der einzelnen, der begeisterten Minderheit statt auf die Arbeit aller. Aus der Not wird eine Tugend gemacht: die Schwäche, gerade der Gewerkschaften, die an Mitglieder- und Geldmangel leiden, gebärdet sich gewalttätig, wird zum Hymnus auf die Tat, der Syndikalismus zu einer Philosophie der Tat.

2. Die Ähnlichkeit mit dem Bolschewismus

Die Ähnlichkeit mancher Ideen des Syndikalismus mit denen des Bolschewismus ist eine unverkennbare, und das in der theoretischen Begründung, wie in den praktischen Postulaten.

Wenig will es besagen, daß beide Richtungen den Anspruch erheben, den allein echten Geist des Marxismus wiederzugeben, denn das ist bei Lehren, die vom Marxismus ausgehen und ihn wiederherzustellen behaupten, eine notwendige Folge dieser Voraussetzung.

Wichtiger ist die Kritik, die beide Richtungen an der „offiziellen“ Sozialdemokratie üben, die ihnen alle echt revolutionäre Gesinnung

483) Sorel, zit. bei Challaye, S. 37.

eingebüßt zu haben scheint, die sich nicht nur auf die Masse der Arbeiter stütze und darob ihren Charakter als Klassenpartei verloren, das Proletariat verraten habe.

Aber nur aus der Arbeiterschaft, und zwar aus ihrer Organisation, der Gewerkschaft, soll die neue Wirtschaftsordnung erstehen. Diesen Aufbau, bewußt auf der Gewerkschaft und auf der Fabrik errichtet, hat erstmals der Syndikalismus gefordert und dauernd hat er an diesem Verlangen festgehalten. Freilich, bei ihm spielten auch proudhonistische Vorstellungen eine gewisse Rolle, wie denn der Geist des „genialen Kleinbürgers“ Proudhon in der französischen Arbeiterschaft, die trotz des offiziellen Sieges des Marxismus vielfach noch im geheimen ebensolche Ideale hegt, nicht ganz erloschen ist, da er so sehr dem Antiautoritären, dem Individualismus des französischen Arbeiters entspricht. Diese Vorstellungen haben bewirkt, daß der Syndikalismus sich die auf der Gemeinschaft der Arbeitenden errichtete Gesellschaft föderalistisch organisiert dachte, daß jede Fabrik, jede Gewerkschaft eine gewaltige Autonomie genieße, was natürlich nur zu leicht zünftlerische, wieder den kleinbürgerlichen Neigungen entsprechende Gelüste in neue Form kleidet.

Unbestreitbar ist aber die Originalität des Gedankens der gewerkschaftlich, wenn möglich auch genossenschaftlich aufgebauten Wirtschaftsordnung. Das Element des Kleinbürgerlichen hat der Bolschewismus entschieden abgestreift; das der gewerkschaftlichen Wirtschaftsgestaltung übernommen, es aber auch auf die politische Gestaltung des neuen Gemeinwesens entschlossen anzuwenden, unternommen. So hat sich, wie Radek meint, „in der Praxis der russischen Revolution gezeigt, was stark, schöpferisch und was kleinbürgerlich zünftlerisch im Syndikalismus war“ [484]).

Gegen das kleinbürgerlich-anarchistische Element, — in seiner Theorie Nachklang des Proudhonschen Anarchismus, in seiner Praxis Entgegenkommen gegenüber auf ein neues Gebiet gelenkten Eigentumswünschen, — in der syndikalistischen Bewegung, hat dann Lenin [485]) scharf gekämpft, als es sich in Rußland bemerkbar machte; und, wie er schon in den Jahren nach der Jahrhundertwende gegen die rein gewerkschaftliche Bewegung des „Ökonomis-

---

484) Radek, Diktatur, S. 26

485) S. weiter unten.

mus" gekämpft und gesiegt hatte, so versuchte er es jetzt ein zweites Mal; mit neuem Gelingen wie es scheint[486]).

Damit sind die Ähnlichkeiten der Bewegung natürlich nicht erschöpft. Bemerkenswert ist die Übereinstimmung der Anschauungen in dem Vertrauen auf die „Elite des klassenbewußten Proletariats", als den Führern der Masse, — was beim Bolschewismus zur Führung auch der Bauern wird; gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach Beseitigung der Bürokratie, wie im Staate, so in der Fabrik. In beiden muß die Aufsicht von unten, ja die Herrschaft von unten, die Herrschaft von oben ersetzen.

Gemeinsam ist beiden Lehren die Ablehnung der Demokratie als eines qualligen Scheinwesens, hinter dem sich die Herrschaft der Bourgeoisie nur um so fester einwurzelt, wie auch ihrer vornehmsten Äußerungsform, des Parlamentarismus. Beide Schulen machen sich zu eigen, was seit eineinhalb Jahrhunderten gegen ihn vorgebracht wurde, angefangen vom alten Rousseauschen Argument, daß das Volk nur im Augenblick der Wahl frei ist, dann aber in jahrelange Sklaverei zurückfalle, bis zu dem des Kuhhandels und des Kompromisses wie der Bestechlichkeit. Nur scheint es, daß sich die Einwände des Syndikalismus gegen das Repräsentativsystem überhaupt richten, während der Bolschewismus die Notwendigkeit von Vertretungskörpern betont und durch die Verwirklichung des Recalls die Möglichkeit steten Einflusses der Wähler auf den Gewählten sicherstellen will. Die Frage aber, ob das dazu führen wird, die Gewählten stets gemäß eigener Überzeugung handeln zu lassen, wird von ihm nicht aufgeworfen.

Auch in der Stellung zum Staate gleichen beide Richtungen einander. Die Auffassung des Bolschewismus vom Staate kennen wir. Dem Syndikalismus ist er nichts anderes als „Organ einer bestimmten Gesellschaft, Mittel zur Unterdrückung der gesellschaftlichen Schichten, die sich empören und kämpfen"[487]), oder „In allen Zeiten und in allen Ländern ist die öffentliche Gewalt in den Händen jener, die die wirtschaftliche Vorherrschaft errungen haben. . . . Der Staat ist nie und nirgends die Organisation der Macht zum Nutzen der Masse oder einer Mehrheit. Er ist in der

486) Auf das syndikalistische Moment in den Arbeiter- und Soldatenräten hat bereits Max Weber bei Besprechung des Petersburger Arbeiterrates von 1905 hingewiesen.

487) Louis, Syndicalisme, S. 6.

Gewalt jener Gesellschaftsschichten, die die Produktionsmittel an sich zu reißen gewußt haben und diese Produktion leiten; sei sie agrarisch, wie in Rußland, industriell, wie in England und Belgien"[488]). Darum lehrt der Syndikalismus bedingungslose Ablehnung des Staates, wie der Bolschewismus die bedingungslose Verwerfung des bürgerlichen Staates in der Gegenwart und des Staates überhaupt in der Zukunft lehrt. Freilich muß er den Staat bis zur Vollendung der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als notwendiges Übel anerkennen, das man nur im Klasseninteresse ausnützen muß. Der Syndikalismus scheint aber die staatslose Ordnung sofort nach dem alles umwälzenden Generalstreik verwirklichen zu wollen. Ganz genaue Auskunft darüber geben die syndikalistischen Schriften jedoch nicht.

Wie der Bolschewismus eine neue Moral, eine neue Disziplin und Arbeiterehre fordert, so auch der Syndikalismus, dem die neue Ordnung der gemeinsamen Produktion ohne eine solche undenkbar ist. Die neue Ordnung erfordert „ein Sichineinanderfügen, eine Disziplin. Die alten Formen der Disziplin werden durch neue . . . ersetzt. Die Disziplin der Unternehmer beschränkt durch das Eingreifen der Gewerkschaft oder der Arbeiterkomitees der Fabrik, die genossenschaftliche Disziplin, die von den Konsumgenossenschaften auf die Produktivgenossenschaften ausgeübt wird, die administrative Disziplin, beschränkt durch das Eingreifen . . . der Gewerkschaft der Verwaltungsbeamten"[489]).

Die Einschätzung der Rolle der Gewalt in der Geschichte, der Gewaltanwendung als Mittel zur Erreichung des Endzieles ist im Syndikalismus wie im Bolschewismus eine hohe. Beide lassen sie auch als Waffe in den Händen einer Minderheit gelten, wie ja nur durch die enthusiasmierten, dem Gedanken der kommenden sozialen Ordnung leidenschaftlich Ergebenen, die neue Ära herbeigeführt, das alte Übel beseitigt, das Reich des Kapitalismus zerstört werden soll.

3. Die Unterschiede

Das sind bedeutsame Ähnlichkeiten, doch dürfen über ihnen die Unterschiede nicht übersehen werden. Einige wurden bereits angedeutet. Der wichtigste scheint aber der folgende zu sein. Der

488) Louis, Syndicalisme, S. 81.
489) Challaye, Syndikalismus, S. 42.

Klassenkampf, den unversöhnlich zu führen, gemeinsame Lehre des Marxismus, Syndikalismus, Bolschewismus ist, — wenngleich sie sich in ihren Kampfmethoden durchaus unterscheiden, — ist nicht, wie er oft falsch aufgefaßt wird, eine einheitliche Bewegung, sondern vereinigt, wie z. B. Renner in seiner Untersuchung des Wesens des Klassenkampfes betont, zwei Kampfarten in sich. Den unmittelbar gegen das Kapital gerichteten ökonomischen, der den Kampf gegen das Industrie-, Handels- und Zinskapital als solches und gegen das Grundeigentum umfaßt, und den indirekten, den politischen Klassenkampf, den Kampf um die Herrschaft im Staate. Beider Zusammenwirken ergibt erst den Klassenkampf. Das erfaßt der Syndikalismus nicht ganz, der Bolschewismus tut dies wohl, übertreibt aber die Methoden durch Verneinung der Rücksichtnahme auf die ökonomischen und historischen Verhältnisse des gegebenen Staates, worin er sich, um nur diesen wesentlichen Punkt nochmals anzuführen, vom Marxismus unterscheidet. So bildet die ausschließliche Anwendung des ökonomischen Klassenkampfes, „des Ökonomismus“ und der ihm gemäßen Kampfmittel das Kennzeichen des Syndikalismus; Ansichreißen der politischen Gewalt, auch durch eine Minderheit, der politischen Diktatur des Proletariats zur Erlangung auch der ökonomischen, die Führung des Klassenkampfes zunächst — bis zur Erringung der Macht — wesentlich als Politizismus ist dem Bolschewismus eigentümlich. So weichen beide vom Geiste der Marxschen Lehre ab[490]).

4. Versuch der Erklärung des Zusammenhanges der beiden Lehren

Die Gemeinsamkeit in den Anschauungen der Lehren ist, wie wir sahen, eine weitgehende. Man kann versuchen, sie aus der Ähnlichkeit bestimmter Verhältnisse, des ökonomischen und geistigen Milieus zu erklären. Versagen der parlamentarischen Aktion hatte in Frankreich in den neunziger Jahren zum Syndikalismus geführt, Mißerfolg der ersten sozialdemokratischen Bewegung etwa gleichzeitig in Rußland zum „Ökonomismus“. Der nahezu vollständige Ausschluß der Arbeiter von der dritten und vierten Duma kann nicht dazu beigetragen haben, die Vorliebe der russischen Sozial-

490) Vgl. Renner, Klassenkampf. Neue Zeit, 37. Jahrg., Bd. 1, S. 241 ff., 275 ff., 301 ff.

demokratie für die parlamentarischen Institutionen zu steigern. Hatte sich der Sozialismus wirklich „verbürgerlicht", war er wirklich „opportunistisch" geworden, dann lag die Bildung neuer intransigenter Parteien, die von der gleichen Grundlage auszugehen behaupteten, sozusagen in der Luft, um das Proletariat mit neuem Zielstreben, neuer Energie zu erfüllen.

Die beiden wichtigsten Punkte aber: der Neuaufbau der Gesellschaft durch die organisierten Nur-Handarbeiter, und die Formen ihres Aufbaues: Fabriksräte und Ausschüsse, gewerkschaftliche Komitees zur Leitung bestimmter Industriezweige, erscheinen so charakteristisch, daß man, trotzdem die moderne bolschewistische Literatur nirgends darauf hinweist, daß sie diese Organisationsformen etwa dem Syndikalismus entlehnt hat, — täte sie es, dann wäre das missing link unserer Kette gefunden, —, wohl eine Beeinflussung der bolschewistischen Ideenwelt durch die syndikalistische annehmen darf. Dies, auch wenn man nicht einfach aus einem post hoc auf ein propter hoc schließen will; zumal wenn man bedenkt, daß die Führer des Bolschewismus die Formen der westeuropäischen Arbeiterbewegung sehr gut kannten, andererseits immer das unvergessene Schauspiel des Arbeiterrates von 1905 in Erinnerung und vor Augen hatten, in dem sie ja das Vorbild für die Leitung aller späteren Revolutionen und schließlich des Staates erblickten. Wie weit aber etwa der Petersburger Arbeiterrat von 1905 selbst durch syndikalistische Lehren beeinflußt war, konnte nicht festgestellt werden, vielmehr scheint es, daß sich in ihm ein mehr oder weniger spontan erwachsenes Produkt tatsächlich bestehender Verhältnisse in einer Form verkörpert, die Ähnlichkeit mit den eigenartigen und konstruierten Gedankengebäuden des gleichzeitigen Syndikalismus aufwies.

Eine beiden Richtungen zugrunde liegende Gemeinsamkeit ist dann das „Herauspräparieren" des revolutionären Elementes in der Marxschen Lehre auf Kosten des evolutionären und seine Überspitzung, welchem Hange beide Theorien, die des Syndikalismus, wie die des Bolschewismus, folgen. So erscheinen sie auf dem Wege über den Marxismus miteinander verwandt, verbunden aber auch durch den scharfen Gegensatz, in dem sie sich, trotz beider Behauptung, nur der wahre Marxismus und sonst nichts zu sein, zu diesem befinden.

Darum mag, wenn Sombart schreibt: „Der Bolschewismus ist

der rechte Bruder des revolutionären Syndikalismus: beide haben denselben Vater: Karl Marx; beide auch dieselbe Mutter: die Revolution"[491]), dieser Vergleich ihr Verhältnis wohl beleuchten. Dann sind sie aber freilich Brüder, die zwar miteinander nicht wenig gemeinsam haben, aber nicht allzu viel mit dem dritten Bruder, dem demokratischen, marxistischen Sozialismus, mit dem sie darum in erbitterter Feindschaft leben

5. Kapitel
Anarchismus und Bolschewismus

1. Anarchismus

Dem Anarchismus steht der Bolschewismus grundsätzlich ablehnend gegenüber. Das zeigten schon Lenins Ausführungen in „Staat und Revolution", und später, als besonders in den ersten Monaten der bolschewistischen Herrschaft die anarchistische Bewegung im Lande zunahm, wiederholen sich die Äußerungen in schärfster Form. Der Anarchismus erscheint, ganz im Sinne Marx', als kleinbürgerliche Strömung, und gerade die Form, die er in Rußland vor allem annahm, der des Anarchosyndikalismus, mußte er einer Richtung, die ehedem gefordert hatte: „sofortige Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern, der Werkstätten und Fabriken an die Arbeiter"[492]), besonders unangenehm werden, sobald als Aufgabe erkannt war, die Industrie zu sozialisieren, nicht aber jede Fabrik in die Hände der in ihr Beschäftigten fallen zu lassen. So war aber, begreiflich genug, der Ruf vielfach aufgefaßt worden, und die Schwierigkeit war nicht gering, dem russischen Arbeiter die richtige Auffassung der Nationalisierung beizubringen, denn natürlich waren in ihm die „kleinbürgerlichen Instinkte" erwacht. Bucharins Programm bemüht sich, den Ruf „die Großindustrie — dem Arbeitervolk" diesem neuen Sinne gemäß auszulegen und den Massen ihr Interesse daran begreiflich zu machen[493]).

So erklärt denn Lenin, daß nach der ersten Niederzwingung der Bourgeoisie die kleinbürgerliche Anarchie — und darunter versteht er sowohl die wirtschaftliche wie die politische, beseitigt

491) **Sombart**, Sozialismus, S. 144.

492) Vgl. **Chavichvily**, Offener Brief, S. 7.

493) **Bucharin**, Programm, S. 30 ff., 36 ff., 12—14.

werden müsse —, denn „wir sehen jetzt besonders deutlich, bis zu welchem Grade der marxistische Grundsatz richtig ist, daß der Anarchismus und der Anarchosyndikalismus bürgerliche Strömungen sind, in welch unversöhnlichem Gegensatz sie zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Marxismus stehen“[494]); dieser kleinbürgerliche, die Gemeinschaft und Gemeinwirtschaft so gefährdende Geist muß bekämpft werden, und das mit Gewalt, denn: „Je mehr wir uns der vollen militärischen Unterdrückung der Bourgeoisie nähern, um so gefährlicher wird für uns das Elementare der kleinbürgerlichen Anarchie. Und den Kampf gegen diese Elemente kann man nicht allein durch Propaganda und Agitation, nicht allein durch Organisierung des Wettbewerbes, nicht allein durch Auslese der Organisatoren führen, sondern man muß den Kampf durch Zwang führen“[495]).

2. Bolschewismus und Kleinbürgertum

Das läßt nun aber die Frage entstehen, wie sich der Bolschewismus zu dem Kleinbürgertum, dessen Geistesrichtung der Anarchismus eines Proudhon, eines „verärgerten Steuerzahlers“, so leicht erwächst, verhält. Denn Lenin hat nur diese Art des Anarchismus vor Augen. Anfangs nahm der Bolschewismus gegenüber dem Kleinbürgertum eine durchaus ablehnende Stellung ein, erblickte er doch in ihm nur den „Schwanz der Bourgeoisie“. Standen doch die Intellektuellen vielfach auf ihrem Boden, sie, die „in der Mitte zwischen den besitzenden Klassen und den arbeitenden Klassen stehend, ihre Rolle des einigenden Elementes, des Maklers und des Vermittlers spielen“[496]) zu können hofften, waren sie doch Anhänger der konstituierenden Versammlung, „die den kleinbürgerlichen Intellektuellen eine unproportional große Rolle zuteilt, weil sie dank ihrer keck baumelnden Zunge in einem Parlament im Namen all der dumpfesten und rückständigsten Massen, die noch der Sprache ermangeln“[497]), auftreten und sich so zu Herren eben jener Elemente machen, die die bolschewistische Agitation eigentlich für sich zu gewinnen hoffte.

---

494) Lenin, Nächste Aufgaben, S. 28.
495) Ebenda S. 39.
496) Trotzki, Arbeit, Disziplin, S. 8.
497) Ebenda.

Doch mit diesen Worten allein war der ganze Kampf nicht entschieden und es mußte versucht werden, die ewig schwankenden Kleinbürger entweder zu gewinnen oder ganz abzustoßen. Die bolschewistische Partei konnte sich ihnen gegenüber zu keiner festen Politik entschließen. Ganz klar kommt dies in Lenins Rede auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands vom 2. März 1919 zum Ausdruck: „In der Epoche des Brester Friedens bestand unsere Aufgabe als Internationalisten darin, den proletarischen Elementen unter allen Umständen die Möglichkeit zu geben, sich zu kräftigen und zu organisieren. Das trennte dann von uns auch die kleinbürgerlichen Parteien“ [498]), aber er gesteht, daß, „was die kleinbürgerlichen Elemente anbelangt . . ., die Aufgabe unserer Partei noch nicht endgültig gelöst ist“ [499]).

Auch hier gelangt er dazu, schließlich eine „außerordentlich biegsame, außerordentlich vorsichtige Taktik“ [500]) zu verlangen, „denn wir werden mitunter mit der einen Hand geben müssen, um mit der andern Hand zu nehmen“ [500]). Besonders schwierig war die Lage dem „mittleren“ Bauer gegenüber, der auch zum Kleinbürgertum gerechnet wurde — als es die Verhältnisse nicht mehr anders zuließen. „Theoretisch einigten wir uns dahin, daß der mittlere Bauer nicht unser Feind ist, daß er einer besonderen Behandlung bedarf, daß er seine Lage ändern wird je nach der Wirksamkeit einer Reihe von Elementen der Revolution“ [501]). Von ihm gilt, wie von der Kleinbourgeoisie und den Intellektuellen, „daß eine Ergebenheit an den Sozialismus von ihnen nicht beansprucht werden kann, auf ihren Sozialismus zu rechnen, lächerlich“ [500]) wäre, denn im Herzen der Bourgeoisie zugetan, würden sie den Weg zum Sozialismus erst finden, wenn jene vollständig vernichtet ist.

Und wegen des steten Schwankens der Kleinbürger sei es ganz unmöglich, einheitliche Richtlinien im Verhalten ihnen gegenüber zu befolgen. „Es wird eine öftere Änderung unserer taktischen Linie erforderlich sein, was einem oberflächlichen Beobachter merkwürdig und unverständlich wird erscheinen können“ [502]). Der kleinbürgerlichen Demokratie gegenüber bedürfe es keiner Gewalt, auch der

---

498) Internationale, Heft 2/3, S. 23.
499) Ebenda S. 24.
500) Ebenda S. 25.
501) Ebenda S. 24.
502) Ebenda S. 25.

mittlere Bauer soll nicht expropriiert werden, denn „ihr seid keine ernsten Gegner; unser Gegner ist die Bourgeoisie. Wenn ihr aber zusammen mit ihr auftretet, dann werden wir uns gezwungen sehen, Maßregeln proletarischer Diktatur anzuwenden"[503].

Doch glaubt Lenin, daß es dazu immer seltener kommen wird, denn der endgültige Anschluß des Kleinbürgertums an den Sozialismus ist ihm unvermeidlich, denn unvermeidlich ist ja die endgültige Unterdrückung der Bourgeoisie, ist der Sieg des Sozialismus.

3. Abschnitt

Das Wirtschaftsprogramm

> **An nescis, mi fili, quantula prudentia mundus gubernetur?**
>
> Julius II (?)

1. Allgemeine Teilung oder kollektive Produktion

„Die programmatische Zusammenfassung der Forderungen des Bolschewismus auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete und die Aufzählung der zur Verwirklichung dieser Forderungen notwendig erscheinenden Maßnahmen findet sich in der Schrift von N. Bucharin, „Das Programm der Kommunisten". Als parteioffiziöse Schrift in russischer Sprache in einer Millionenauflage verbreitet, in vielen tausenden Exemplaren im anderssprachlichen Ausland, gewährt es einen Einblick in Wege und Mittel zur Erreichung der Ziele nach dem Geiste der Anhänger der Bewegung. In deutscher Sprache erschien diese Broschüre in dem später von der Schweizer Regierung aufgehobenen Union-Verlag Zürich. Seither ist eine deutsche Übersetzung im Verlage der „Sozialen Revolution" in Wien und in A. Hoffmanns Verlag, Berlin, erschienen.

Karl Radek hat zu der Broschüre ein Vorwort geschrieben: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat", das die letzterwähnten Ausgaben nicht enthalten, das aber als Sonderdruck unter dem Titel „Die Diktatur des Proletariats" veröffentlicht wurde[504].

Ausgerichtet nach einem großen Endziel, die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie ebenso zu brechen, wie das politische Programm die Richtlinien des Kampfes auf Leben und Tod um die

503) Internationale, Heft 2/3, S. 26.

504) Ebenso unter ersterem Titel in A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

Herrschaft auf politischem Gebiete geben will, ordnet das Wirtschaftsprogramm jede einzelne Maßnahme diesem Ziele unter, verbindet sie miteinander zu einem geschlossenen System einheitlichen praktischen Handelns. So bietet auch diese Schrift, getragen und durchdrungen von einem unverrückbar festgehaltenen Leitgedanken das, was an fast allen bolschewistischen Schriften stets auffällt: Einordnung jeder Äußerung, jedes Hinweises, Handelns, jeder Methode, mit unbekümmerter, aber auch rücksichtsloser Konsequenz in einen einheitlichen Plan, der selbst wieder nur einem großen Ziele untergeordnet ist.

Versagt der eingeschlagene Weg, so wird bedenkenfrei ein anderer, der zum Ziele zu führen scheint, genommen, mit nicht geringerer Energie gepredigt und gegangen, und so erscheint, trotz des Tastens und Irrens, wieder die Einheitlichkeit der Bewegung gewahrt, denn unbedeutend scheint der Irrtum, als Kleinigkeit das Eingeständnis des Fehlers, wie dieser selbst. Der neue Weg, die neue Praxis ordnen sich dem stets feststehenden Ziele wieder unter, erscheinen — practica est multiplex — eingegliedert und eingepaßt in das Gefüge der andern.

Die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie ist durch die Verfügung über das Kapital im weitesten Sinne (also auch Grund und Boden umfassend) begründet; die wirtschaftliche Knechtung des Arbeiters findet in der Lohnarbeit ihren allen sichtbaren Ausdruck. Beide sind unzertrennlich. Darum gilt es, beide mit der Wurzel auszureißen.

Das Programm, zur Massenverbreitung bestimmt und deshalb in leicht verständlicher Sprache abgefaßt erörtert die Maßnahmen, die Herrschaft des Kapitals zu brechen. Wir haben es hier mit denen auf ökonomischem Gebiete zu tun.

Zweierlei Wege scheint es hierzu zu geben: Allgemeine Teilung oder kollektive, kommunistische Produktion [505]).

Ersterer, der dem wirtschaftlich naiven Gemüt, besonders dem des Bauern als der verlockende und nächstliegende erscheint, wird — bei einem auf marxistischer Grundlage aufgebauten Programm ist das eine Selbstverständlichkeit — als unbrauchbar nachgewiesen und verworfen. Mit einfachen Beispielen wird gezeigt, wie das „allgemeine Teilen" teils überhaupt nicht durchführbar ist, teils zur Folge hätte, daß an Stelle weniger Großeigentümer eine Un-

505) **Bucharin**, Programm, S. 9.

menge kleiner treten würde. Es bedeutet die allgemeine Teilung „nicht Vernichtung des Privateigentums, sondern seine Zerstückelung“[506]).

Das auch dem Bauer, der auf allzu eng begrenzter Scholle aufgewachsen, immer nur den Landmangel kannte und seine einzige Rettung in dem ihm durch eine Zerschlagung des Großgrundbesitzes persönlich zufallenden Mehr an Land erblickte, nachzuweisen, ist ein heißes, wie die Praxis aber lehrte, ziemlich vergebliches Bemühen des Programms.

Anders ist dies schon beim Fabrikarbeiter, der, dank des ihm täglich zum Bewußtsein kommenden Augenscheines, begreift, daß nur gemeinsame Nutzung, nicht Zerteilung möglich ist, wenngleich hier wieder die Gefahr syndikalistischer Eigentumsgelüste nicht zu ferne liegt. Auch deren Unfruchtbarkeit weist das Programm nach, ebenso wie die der Produktion durch Zersplitterung nach anarchistischen Wünschen drohende. Es verbleibt also nur der Weg des Kommunismus.

Bis hierher wäre an den kommunistischen Programmpunkten vom streng marxistischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Anders wird dies mit den nunmehr zu erörternden einzelnen Maßnahmen sein.

2. Die Maßnahmen des Programms

Auf dem Gebiete der Produktion und Arbeit

a) Die Enteignung der Produktionsmittel

Die einzelnen nach dem Programm zu treffenden Maßnahmen, die Vernichtung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus herbeizuführen, sind die folgenden: Die Banken[507]) sollen zum gemeinschaftlichen Eigentum der Arbeitenden werden“[508]), d. h. „Nationalisierung der Banken“. Hiermit ist zu beginnen, denn diese Festungen des Kapitalismus sind nicht nur verhältnismäßig leicht zu nehmen, sondern mit ihnen fällt auch „das Organisationshaupt, der Gipfel der kapitalistischen Organisation, die über die

---

506) Bucharin, Programm, S. 10.

507) Deren Aufzählung unter der Rubrik Produktion ist damit zu rechtfertigen, daß die Banken den Kommunisten nur als Beherrscher und Organisatoren der Industrie erscheinen, wie die Ausführungen des Textes zeigen.

508) Bucharin, Programm, S. 27.

Industrie herrscht"[509]). Und mit den Banken bekommt der Staat der Arbeitenden auch die „Zügel der Industrie" in die Hand. Die durch die Banken geschaffene Organisation, die früher nur den Interessen der Kapitalistenkreise diente, wird so zum Nutzen des arbeitenden Volkes verwendet.

Die bestehenden Privatbanken sind gleichzeitig zu zentralisieren, in e i n e Volksbank zu verwandeln. Beim Übergang der Industrie aus den Händen der Privateigner in die der Allgemeinheit, wird diese Bank zu einer „Hauptabrechnungskasse" werden, bis sie schließlich mit zunehmender Nationalisierung und Zentralisierung zur „gesellschaftlichen Buchhalterei der sozialistisch-genossenschaftlichen Produktion"[510]) wird. Das Programm scheint so, — der ausschließliche Hinweis auf die Rolle, die die Banken bei der Organisation der Industrie spielen, tut es dar, — nur, wie Sombart hervorhebt[511]), „Kreditbanken" vor sich zu haben. Da aber auch andere Banken durch ihre Geschäftsführung einen zwar nur indirekten, darum aber nicht viel geringeren Einfluß auf die Industrie üben (Hypothekenbanken, Notenbanken), wird praktisch die Verstaatlichung aller gefordert und durchgeführt.

Den nächsten Schritt stellt die Nationalisierung der Industrie dar, zunächst die der Großindustrie. Auch hier soll an bestehende Organisationen angeknüpft, daher vor allem mit der Nationalisierung der in Syndikaten vereinigten „syndizierten" Industrie begonnen werden; denn auch hier ist der Übergang zur kollektivistischen Produktionsweise ein leichterer, zugleich aber auch wirkungsvoller und durchgreifender. Weiter erleichtert wird dieser Übergang auch durch die Zentralisation und Konzentration, die die Industrie im Gefolge des Krieges in allen kapitalistischen Staaten erfuhr.

Diese Voraussetzungen treffen vor allem — und besonders unter russischen Verhältnissen — bei der Schwerindustrie zu; weniger Beachtung wird im Programm den anderen syndizierten Industriezweigen geschenkt.

An die Nationalisierung der syndizierten hat sich die der übrigen Großindustrie zu schließen.

Da die Organisation der Großindustrie und die Machtmittel

---

509) **Bucharin**, Programm, S. 28.

510) Ebenda S. 30.

511) **Sombart**, Sozialismus, S. 161.

der Bourgeoisie in den westeuropäischen Ländern weiter vorgeschritten sind als in Rußland, wird, sagt das Programm, „es dem westeuropäischen Arbeiter tausendmal schwerer fallen, anzufangen (den stärksten bürgerlichen Staat zu zerstören), es werde aber leichter sein, bei der durch die Bourgeoisie organisierten Produktion damit zu Ende zu kommen“[512]).

Einen Teil der Aufgaben, die der Revolution hinsichtlich des Grund und Bodens harrten, hat sie sofort gelöst: Enteignung des Großgrundbesitzes und Übergabe des enteigneten Landes an die Bauern.

Es bleibt die Lösung des zweiten Teiles: wie weiter darüber verfügt werden soll. Grundsätzlich ist auch hier die gleiche Stellung einzunehmen wie bei der Enteignung der Industriebetriebe. Teilung? Die führt auch hier zur Bildung einer neuen Bourgeoisie, eines neuen Gutsbesitzerstandes, zwar nicht aus Adeligen, aber aus reich gewordenen Bauern bestehend. Daher ist Grund und Boden zum Eigentum des arbeitenden Volkes zu erklären.

Doch ist dies allein noch immer ungenügend. Dem gemeinsamen Eigentum muß die gemeinsame Bearbeitung des Bodens entsprechen. Ohne diese droht wieder Gefahr, daß sich jeder gewöhne, das Grundstück als sein Privateigentum zu betrachten.

Die Frage des Groß- oder Kleinbetriebs wird ohne weitere Untersuchung darüber, welche Betriebsform die kulturellen, klimatischen und geographischen Verhältnisse erheischen, und welche die vor allem hierdurch bedingte Kulturgattung notwendig oder auch nur ökonomisch vorteilhafter erscheinen läßt, einfach und schlechthin zugunsten des Großbetriebs entschieden. Was, und vielfach nicht mit Unrecht, anderen sozialistischen Autoren zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie Verhältnisse, die sie der Industrie abnehmen, einfach auf die Landwirtschaft übertragen, tritt hier zutage und kritiklos wird als Faktum hingestellt: „In der Landwirtschaft ist es ebenso wie in der Industrie am besten, die Produktion in großem Maßstabe zu führen“[513]). Das mag und wird bei den weiten Schwarzerdeflächen und dem auf ihnen erwachsenden Getreideanbau stimmen, sagt aber gar nichts aus über die Bewährung des Kleinbetriebs in anderen Fällen, während man gerade bei der Forderung nach einer planmäßigen Organisation der ganzen

---

512) **Bucharin**, Programm, S. 32.

513) Ebenda S. 34.

Volkswirtschaft, um dadurch höchste Produktivität zu erzielen, auf die das Programm immer und immer hinweist, hätte erwarten müssen, diese Frage eingehender erörtert zu sehen. Der Grund, warum dies unterblieb, liegt in der Furcht, durch Kleinbetriebe, die ihren Bewirtschafter mit dem von ihnen bebauten Stück Bodens enger verwachsen lassen, die Privatbesitzerinstinkte der Bebauer groß werden zu lassen.

Daher Großbetrieb, und nur solcher; daß er auch an das Vorhandensein ausreichenden Kapitals gebunden ist, speziell wenn er intensiv, wie es das Programm will, betrieben werden soll, und dieses Kapital nicht so leicht zu beschaffen ist, bildet einen vom Programm nicht erörterten Einwand. Vielmehr besteht nun, wie das Programm in drastischer Weise sagt, „die Aufgabe durchaus nicht darin, daß jeder Bauer auf seinem kleinen Arbeitsanteil wühle, wie ein Mistkäfer auf dem Häuflein Dreck, sondern darin, daß die armen Bauern zu gemeinsamer Arbeit nach Möglichkeit in größtem Maßstabe übergingen“ [514]). Das zu erreichen, bieten sich zwei Wege: „erstens genossenschaftliche Bearbeitung der früheren großen gutsherrlichen Guter; zweitens Organisation landwirtschaftlicher Arbeitskommunen“ [515]). Die Arbeitskommunen sollen, da es dem Bauern an Erfahrung gebricht, mit Hilfe der in Organisierungs- und Verwaltungsfragen kundigeren städtischen Arbeiter geschaffen werden, und „die Arbeiter unterstützen immer die armen Dorfbewohner gegen die Reichen. Daher finden die armen Dorfbewohner in ihnen die besten Gehilfen“ [516]).

Die Organisation, deren es zur Schaffung dieser neuen Wirtschaftsweise bedarf, muß sich natürlich auf die armen Bauern stützen. Auch im Dorf gibt es eine Bourgeoisie, die reichen Bauern und Wirte, die Wucherer, die oben genannten „Kulaki“. Diese Scheidung hatte die Stolypinsche Reform gefördert; jetzt vertieft das Programm diesen Gegensatz, macht ihn zum Klassengegensatz. Hier knüpft es an und spricht von Dorfbourgeoisie und Dorfproletariat. Diesem fallen bei der Organisation zwei Hauptaufgaben zu: „erstens der Kampf gegen die Blutsauger auf dem Lande, . . . gegen die landwirtschaftliche Bourgeoisie; zweitens Ordnung der landwirtschaftlichen Produktion, Kontrolle darüber, wie der

514) **Bucharin**, Programm, S. 34.
515) Ebenda S. 35.
516) Ebenda S. 36.

Grund und Boden verteilt wird; Organisation von Arbeitskommunen, Sorge für regelrechte Ausnützung der früheren gutsherrlichen Güter, mit anderen Worten, eine kolossale Arbeit neuer Agrarordnung"[517]).

b) Die Verwaltung der Industrie durch die Arbeiter

Wie den erwähnten bäuerlichen Organisationen nach und nach die gesamte Verwaltung von Grund und Boden zufallen soll, so die der Industrie denen der Arbeiter.

Die vor der Revolution geforderte und nach ihr alsbald verwirklichte „Arbeiterkontrolle", d. i., wie das Programm zwar deutlich durch Beispiele, aber logisch wenig scharf erklärt, „die Überwachung seitens der Arbeiter, damit die Kapitalisten in den Fabriken und Hüttenwerken keine Vorräte von Heiz- und Rohmaterial versteckten, keine Gaunerei trieben und nicht spekulierten, der Produktion keinen Schaden zufügten und die Arbeiter nicht, wie es sich trifft, aufs Pflaster schmissen"[518]), erwies sich als ungenügend, und Produktion, Kauf des Rohmaterials und Verkauf der Produkte usw. verlangten, zumal nach der Durchführung der Nationalisierung der Industrie, schärfere Mittel zur Sicherung der arbeiterstaatlichen Interessen.

Daher wurde bald an Stelle der bloßen Kontrolle die Verwaltung durch die Arbeiter gefordert. Die Organe dazu sind: Arbeiterorganisationen, „Fabrikkomitees, Gewerkschaften, ökonomische Räte der Arbeiterdeputierten, schließlich die Organe der Arbeiter- und Bauernmacht"[519]).

Wieder wird auch hier darauf hingewiesen, daß es sich dabei, wenn man dies in eine kurze Formel kleiden will, nicht um eine Syndikalisierung, sondern um eine Sozialisierung der Industrie handeln muß. Die Interessen der Allgemeinheit, nicht die der in dem betreffenden Unternehmen beschäftigten Arbeiter, haben als Richtschnur zu dienen, und daher muß die einzelne Fabrik nicht zum Eigentum ihrer Arbeiter, sondern zu dem des ganzen Volkes werden.

Ersteres zu verhindern, muß die Verwaltung der einzelnen Fabrik aus der Fabrik selbst Nichtangehörigen bestehen; und durch

517) Bucharin, Programm, S. 36.
518) Ebenda S. 37.
519) Ebenda S. 37.

Delegierte von Gewerkschaften des betreffenden Industriezweigs, des Rates der Arbeiterdeputierten und des Bezirksrats der Volkswirtschaft, glaubte man das Gesamtinteresse wirksamst vertreten zu können. Setzt sich die Verwaltung aus Angestellten und Arbeitern zusammen, so muß letzteren die Mehrheit gesichert sein, „da sie zuverlässige Anhänger des Kommunismus sind“ [520]).

Ähnliche Forderungen zur Sicherung des Interesses der Allgemeinheit erhebt auch Otto Bauer in seinem Sozialisierungsprogramm „Der Weg zum Sozialismus“. Er geht aber weiter und schließt daran die berechtigte Forderung nach Berücksichtigung der Konsumenteninteressen, durch Delegierung auch von Vertretern der Konsumentenorganisationen in die Verwaltung.

Die Buchhalter, Techniker, Ingenieure, kurz die viel genannten „Spezialisten“ müssen, bis die breiten Schichten der Arbeiter solche aus ihrem Kreise herangebildet haben, als unentbehrlich deren Interessen dienstbar gemacht werden. Einstweilen muß, der Leninsche Gedanke taucht wieder auf, die Arbeiterklasse „wohl oder übel eine Gebühr den Intellektuellen zahlen. Mögen sie der Arbeiterklasse ebenso dienen, wie sie früher der Bourgeoisie dienten. Früher waren sie unter deren Kontrolle und Aufsicht, jetzt werden sie unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten sein“ [521]).

Zur Vereinheitlichung der Leitung der gesamten Produktion bedarf es einer zentralisierten Verwaltung, die sich aus den Arbeiterorganisationen organisch aufbauen muß, um so erst die Vereinigung ganzer Betriebszweige herbeizuführen und dann durch ihre Einordnung in größere Gebiete umfassende höhere Einheiten, die endliche Vereinigung der gesamten Industrie in einer höchsten Verwaltungsstelle zu erreichen.

Die Organisation soll sich — im allgemeinen zugleich lokal und fachlich gegliedert — etwa so aufbauen:

Erste Stufe: Fabrikkomitees, Arbeiterverwaltungen, Gewerkschaften;

Zweite Stufe: a) Rayons- (kleinere) und b) Gebietskomitees und Räte der Volkswirtschaft (größere Teile des Reiches umfassend);

Dritte Stufe: Spezialkomitees, die ganze Betriebs- oder Handelszweige vereinigen (dies für das ganze Reich), wie Zentrotextil, Zentrometall usw.;

---

520) **Bucharin**, Programm, S. 37. — 521) Ebenda S. 38.

Vierte Stufe: Oberster Rat der Volkswirtschaft (die das ganze Reich und alle Industriezweige umfassende Zentralorganisation).

Sie alle bestehen hauptsächlich aus Delegierten der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Fabrikkomitees, Angestelltenverbänden) und müssen unausgesetzt und Hand in Hand mit den Sowjets und der Räteregierung arbeiten.

Nur ein derartiger Aufbau, der aus den örtlichen Organisationen organisch erwächst, vermag die sich auch hier wieder bietende Doppelaufgabe zu lösen: Das Aufkommen bürokratischen Geistes in der Verwaltung zu verhindern und zur politischen auch die ökonomische Diktatur der Arbeiterklasse zu gesellen.

Ist die Arbeiterklasse so zur Herrin der Produktionsmittel und der Produktion geworden, dann hat sie auch durch den so geschaffenen Verwaltungsapparat einen guten Teil der ihr obliegenden Hauptaufgabe, nämlich der Organisation der Produktion gelöst oder wenigstens die Lösung angebahnt: „Die Organisation der Produktionsmittel (Registration, Kontrolle der regelmäßigen Verteilung des Heiz- und Rohmaterials, der Maschinen, Instrumente, Samen usw.“ [522]). Es bleibt noch zu schaffen, die Organisation der lebendigen Kräfte, die

c) Organisation der Arbeit und Arbeitspflicht

Das Ziel ist: Alle Menschen zu Arbeitern der und für die Gesellschaft zu machen. Nachdem die Bourgeois, die ehemaligen Gutsbesitzer, aber auch die gesamte Intelligenz bisher nicht „arbeiteten“, müssen sie zur Arbeit zum allgemeinen Nutzen gezwungen werden.

Dazu dient die Einführung der „Arbeitspflicht, zunächst der Reichen“, die mit Hilfe des „Budgetbüchleins der Arbeiter“ durchgesetzt und später auf alle erstreckt werden soll. So wenig der Begriff „Arbeit“ definiert wird, so wenig der des „Reichen“. Als Kennzeichen für diesen Begriff, aber auch der des „Ausbeutenden“ spielt mit hinein, soll etwa gelten das Einkommen (wer über 500 bis 600 Rubel monatliches Einkommen hat, soll der Arbeitspflicht ebenso unterliegen, wie derjenige, der Arbeiter dingt, Dienstboten hält usw.).

In dieses Budget- oder Konsumarbeitsbüchlein wird die gelei-

522) Bucharin, Programm, S. 42.

stete obligatorische Arbeit eingetragen und nur gegen diesen Eintrag dürfen bestimmte Produkte, vor allem Brot, abgegeben werden.

Das Programm spricht klar aus, daß eine allgemeine Arbeitspflicht nur durchführbar ist, wenn ihr auch die allgemeine Arbeitsmöglichkeit gegenübersteht. Diese erwartet sie von der zunehmenden Ordnung in der Produktion.

Ein- und Durchführung der Arbeitspflicht, bei der dem Verfasser etwa die während des Weltkriegs eingeführten Hilfsdienstgesetze als Vorbild vorschweben, geschehen gleichfalls auf Grundlage der Selbstverwaltung der Arbeiter, die dank ihrer Organisationen nicht mehr unter, sondern über der Bourgeoisie stehen.

Alles „Kontrolle, Registration, Verteilung der Arbeitshände . . . ist die Sache der Arbeiterorganisationen, sofern aber die Arbeitspflicht auf dem Lande eingeführt wird, die Sache der Bauernräte, die über die Dorfbourgeoisie herrschen und sie sich unterordnen. Alle Organe, die die Arbeitshände verwalten, sind von unten bis nach oben Arbeiterorgane. Das ist ganz natürlich: Wenn die Verwaltung der Industrie eine Arbeiterverwaltung ist, dann ist auch die Verwaltung der Arbeit in den Händen der Arbeiter — das ist ja nur ein Teil der Verwaltung der Produktion“ [523]).

Zur Durchführung dieser geregelten Produktion und Verteilung bedarf es einer wohlorganisierten Arbeitsarmee, in der eine „revolutionäre Arbeitsdisziplin“ herrschen muß. Den Arbeitern muß es zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nicht für einen fremden Kapitalisten, sondern für sich und für das ganze Volk arbeiten, daß sie jede Schädigung der Arbeit durch Nachlässigkeit, Müßiggang usw. sich selbst zufügen, daß sie dadurch ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und gegen diese allein begehen, nicht irgend einem gleichgültigen Kapitalisten Schaden zufügen. Darum „können und müssen die Arbeiterorganisationen und mit ihnen auch die Arbeiterregierung und mit ihr die ganze Arbeiterklasse, von ihren Mitgliedern das behutsame Verhalten zu dem Gute des Volkes und das gewissenhafteste Verhalten zu ihrer Arbeit f o r d e r n. Die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Gewerkschaften, bestimmen selbst die Norm der Produktion, d. h. die Menge der Produkte, die jeder im Laufe des Arbeitstages produzieren muß. Wer nicht diese Menge produziert . . ., der s a b o t i e r t, der sprengt das Werk der Einrich-

523) **Bucharin**, Programm, S. 41.

tung der neuen freien sozialistischen Ordnung in die Luft, der hindert die Arbeiterklasse, den Weg zum völligen Kommunismus zu gehen“ [524]).

Das Programm verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung entgegentürmen. Und in der Tat hat die Praxis gezeigt, daß hier der wundeste Punkt von allen liegt. Fehlt es doch an jeder Sanktionsmöglichkeit gegenüber Verstößen, die Sein oder Nichtsein der kommunistischen Gesellschaft bedeuten, und fehlt, vor allem, die Einsicht, was die pflichtfreudige Arbeit jedes einzelnen für die Gesamtheit und ihre Wirtschaft bedeutet. Diese Erkenntnis und ein ihr gemäßes Handeln lassen sich nicht erzwingen. Sie können nur Ergebnis hoher Allgemeinkultur, täglicher Schulung und langer praktischer Erziehung im Dienste einer Idee sein.

Die Maßnahmen auf dem Gebiete der Verteilung und der Konsumtion

a) Zusammenhang von planmäßiger Produktion und planmäßiger Verteilung

Ohne regelmäßige Produktion keine regelmäßige Verteilung — und umgekehrt; daher nicht nur planmäßige Organisation ersterer, sondern auch letzterer und inniges Zusammenarbeiten der für beide vorgesehenen Institutionen.

Die planmäßige Verteilung der Produkte hat sich wie auf die Halb-, so auf die Fertigfabrikate, wie auf die mittelbaren, so auf die unmittelbaren Konsumgüter zu erstrecken. Auch hier sind Registration und Statistik die unentbehrlichen Vorbedingungen, denn nur mit ihrer Hilfe kann der Bedarf ordentlich festgestellt und die Verteilung gehörig durchgeführt werden.

Auch hier bemüht sich das Programm, die Notwendigkeit des Voranstellens des allgemeinen vor dem persönlichen Interesse recht deutlich zu machen und nachzuweisen, wie letzteres durch Wahrung des ersteren selbst am besten geschützt wird. (Handgreiflich wird dies an dem Beispiel der Lebensmittelversorgung und des Schleichhandels nachgewiesen.) Es ist notwendig, daß „die Arbeiter ein für allemal begreifen, daß es keine Rettung auf dem Wege der Rückkehr zum Althergebrachen gibt, sondern auf Wegen, die

524) **Bucharin, Programm, S. 46/47.**

vorwärts zur Vernichtung der Spekulation, zur Vernichtung des Handels, zur gesellschaftlichen Verteilung des Produktes durch die Arbeiterorganisationen führen.

b) Die einzelnen Maßnahmen

Diese letzte Bemerkung leitet zu den auf dem Gebiete des Handels zu treffenden Maßnahmen über. Um zu verhindern, daß, wer Geld hat, sich alles leisten kann, während der Arme sich alles versagen muß, hat die schon durch die Notwendigkeit einer Produktionsregelung erheischte „regelmäßige Verteilung des Produktes auf Grundlage einer Registration der Bedürfnisse und Vorräte einzutreten“ [525]).

Das praktisch durchzuführen dient die Nationalisierung des Handels, d. h. aber, wie es das Programm mit dürren Worten sagt, „im wesentlichen Vernichtung des Handels“ [526]), „denn der Übergang zur gesellschaftlichen Verteilung schickt sich nicht in die Existenz der Wucherer und verschiedenen Vermittler, die gleich Parasiten leben und das ganze Werk der Versorgung hindern“ [527]). Darum soll die Losung der klassenbewußten Arbeiter „nicht zurück zum freien Privathandel, d. h. zum freien Raub“ sein, sondern „vorwärts zur genauen plangemäßen Verteilung der Produkte durch die Arbeiterorganisationen“ [528]).

Die Unmöglichkeit, eine völlig autarke Wirtschaft zu schaffen, verlangt aber Handelsverbindungen mit dem Ausland. Überließe der Staat diese Verbindung den privaten Händlern, so wäre die Folge, daß die ins Land gelangenden Produkte wieder nur dem Zahlungsfähigsten zuströmten, auch würde dadurch mit der Gleichmäßigkeit der Verteilung gebrochen und hierdurch die Gleichmäßigkeit der Produktion gestört werden. Daher muß der auswärtige Handel durch den proletarischen Staat nationalisiert werden; ihm allein ist es erlaubt, im Auslande zu kaufen und schärfste Ahndung trifft den, der dawider handelt.

Um nun die Produkte gerecht verteilen und die dazu notwendige Berechnung des Bedarfes vornehmen zu können, ist eine Organisation der Konsumenten notwendig: die „Konsumkommunen“.

---

525) Bucharin, Programm, S. 44.
526) Ebenda S. 44.
527) Ebenda S. 44.
528) Ebenda S. 44.

Diese werden lokal (rayonweise, nach Stadtvierteln) durch Zusammenschluß der Bewohner gebildet und stehen mit einzelnen von den Bewohnern eines Hauses gebildeten Hauskomitees in Verbindung. Die Produkte werden den Konsumkommunen nach Maßgabe des von ihnen ermittelten Bedarfes zugewiesen und von ihnen durch ihre Vertrauensleute weiterverteilt.

Den schon bestehenden Konsumentenvereinigungen ist hierbei eine bedeutende Rolle zugedacht. Sie sollen weiter ausgebildet werden, bis sie sich schließlich in Versorgungsorgane der gesamten Bevölkerung verwandeln; am geeignetsten erscheint der Anschluß der Konsumvereine an die Konsumkommunen durch Zwang.

Erleichtert wird diese regelmäßige Verteilung durch weitgehende Ersetzung der häuslichen durch gesellschaftliche Wirtschaftsführung, die gleichzeitig ein billigeres und sparsameres Wirtschaften ermöglicht. Beides gilt vor allem hinsichtlich der Nahrungszubereitung. Hier könnten Zentralküchen und gemeinsame Speise-[illegible] Ersprießliches leisten; vor allem aber würde so die Frau aus der Rolle der ewigen Köchin erlöst, aus ihrer Haussklaverei befreit werden können.

Die Wohnungsfrage wird durch Expropriation der Hauseigentümer einfach und radikal gelöst. Die Häuser werden an die örtlichen Arbeiterorganisationen übergeben, die Wohnräume von diesen registriert und nach Bedarf verteilt.

Die Aufgaben der staatlichen Geldpolitik stellen sich dem Verfasser als dreifache dar: 1. Dem Reichen einen Teil des Reichtums an Geldzeichen und damit einen Teil des Reichtums (im landläufigen Sinne) zu entziehen, und so seine Macht zu beschneiden; 2. der Räterepublik das für ihren Bedarf notwendige Geld zu verschaffen, ohne sie zu neuen Emissionen, die seinen Wert drücken, zu nötigen; 3. das Geld nach und nach überhaupt zu beseitigen, die kommunistische Wirtschaft zu einer geldlosen zu gestalten.

Die beiden ersten Aufgaben lassen sich, meint das Programm, unschwer vereinigen: ausgiebige Besteuerung der Einkommen wie der Vermögen entzieht dem Reichen das Geld, sichert es zugleich dem Staat. Es taucht allerdings sofort der Einwand auf, daß das Ausmaß des möglichen Entzuges durchaus nicht mit dem des notwendigen Bedarfes des Staates übereinstimmen muß, und dann wird, weil letzterer in der Regel ersteren übertreffen wird, doch nur die Notenpresse übrigbleiben. Aufnahme von Anleihen sieht

das Programm aus leicht begreiflichen Gründen nicht vor; daß aber die Ausgabe neuen Papiergeldes nichts anderes bedeutet, übergeht es.

Als „zweckmäßiges und gutes“ Mittel, den Reichen das zusammengetragene Geld wieder teilweise abzunehmen, wird empfohlen: Aberkennung der Zahlungskraft des umlaufenden Geldes von einem bestimmten Zeitpunkte ab, wobei es bis zu einem gewissen Termin gegen neues umgetauscht wird. Hierbei wird eine progressive Abgabe erhoben: bei den ersten 5000 Rubeln wird beim Umtausch kein Abzug gemacht, bei den zweiten etwa $^1/_{10}$, bei den dritten $^1/_7$ usw. abgezogen; was eine bestimmte Summe übersteigt, wird gänzlich konfisziert. Das Programm beachtet nicht, daß diese Maßnahme nur denjenigen und soweit trifft, als sein Vermögen in Geld besteht, andere Formen des mobilen Kapitals dadurch aber nicht angetastet werden. Am schwersten würden also jene Kreise getroffen, die Geld zu thesaurieren gewohnt sind: kleine und kleinere Leute. Alle, die nur einen Bruchteil ihres Besitzes in Geld angelegt haben, blieben für den größeren Teil durch eine solche Maßnahme unberührt. In der Praxis wurde dann auch zur Kraftloserklärung aller Wertpapiere geschritten, wobei freilich auch andere als die erwähnten Gründe erheblich mitsprechen.

Kontributionen von der Bourgeoisie zu erheben, wird prinzipiell als zulässig erklärt, doch soll davon wegen möglichst gleichmäßiger Besteuerung nur im Notfall Gebrauch gemacht werden.

Durch die fortschreitende Organisation der Produktion sinkt die Bedeutung des Geldes überhaupt. Alle Unternehmungen erscheinen nach und nach nur als Teil e i n e r großen Unternehmung, innerhalb welcher das Geld seine bisherige Rolle zu spielen langsam aufhört, denn immer geringer wird innerhalb einer solchen die Bedeutung der Tauschmittel. Zuweisung tritt an Stelle des Tausches, Verrechnung an die der Zahlung.

Mit steigender Organisation der Produktion wird aber auch dem Arbeiter der Lohn immer mehr in Naturalien, immer weniger in Geld ausgefolgt werden können; schließlich wird — das mag wohl ganz erst in der zweiten Stufe der kommunistischen Gesellschaft eintreten — eine Stufe erreicht, wo, „nach den Eintragungen in den Arbeitsbüchlein, aus den gesellschaftlichen Depots die Produkte, deren die Arbeiter bedürfen, ohne Geld, einfach gegen das Zeugnis davon, daß der Mensch arbeitet, verabfolgt werden“ [529]).

529) B u c h a r i n, Programm, S. 49.

Geldlos wird auch der Verkehr von Stadt und Land bewirkt; auch hier sinkt die Bedeutung des Geldes, je enger die Organisationen der Arbeiter mit denen der armen Bauern verbunden werden, wodurch planmäßiger und vollkommener Austausch der erzeugten Produkte gewährleistet wird. Wie durch die immer vollständigere Überführung der Produktion in die Hände der Gesamtheit der Profit den Kapitalisten entgleitet, so auch durch die Konfiskation von Grund und Boden und Häusern die Grundrente den Land- und Hauseigentümern. Damit nimmt die Besteuerungsmöglichkeit ab.

Ist einmal, in einer allerdings noch fernen Zukunft, die ganze Produktion und Verteilung restlos organisiert, dann wird es keines Geldes mehr bedürfen; das ist übrigens in einer tauschlosen Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit.

Das sind nach dem Programm die Wege, „die strengste Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte allerorts zu verwirklichen, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, die Produktion tatsächlich zu vergesellschaften“ [530]).

3. Die Kritik

a) Allgemeine Einwände.

Es wurde bereits versucht, an einigen Stellen Bedenken gegen einzelne Punkte dieses Programmes zu erheben, — nicht gegen die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer kommunistischen Wirtschaftsordnung überhaupt, als vielmehr gegen die zu ihrer Erreichung vorgeschlagenen Maßnahmen. Einige weitere Mängel hebt Sombart hervor, der an dem Programm kritisiert, daß es nicht feststellt, „wie der Bedarf sich bilden soll, ob zwangsmäßig oder freihändig; wie die Produktion mit dem Bedarf in Einklang gebracht werden soll, was mit den unverkäuflichen Produkten bei Bedarfsschwankungen geschieht; wie die Betriebe sich im Innern hierarchisch aufbauen werden“ [531]). Ebenso „läßt das Programm die entscheidend wichtige Frage: wie der Anteil des Arbeiters am Ertrage, d. h. am gesellschaftlichen Einkommen bemessen werden soll, ebenfalls unbeantwortet“ [531]). Es wäre noch beizufügen, daß

530) Lenin, Aufgaben, S. 6.

531) Sombart, Sozialismus, S. 163.

es vielfach mit durchaus nicht eindeutigen Begriffen arbeitet und dabei unterläßt, zu sagen, was es darunter versteht: wir sahen dies bei dem Begriff der „Arbeit“ und des „Reichen“, ebenso ist es mit dem des „Arbeiters“ und des „armen Bauern“ und kaum anders mit dem der „Produktion“.

b) Der Marxismus und die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Der Anspruch des Programms, durch seine Maßnahmen die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung im wahren Geiste des Marxismus in die Wege zu leiten, legt uns die Verpflichtung auch auf, diesen Anspruch auf seine Berechtigung zu prüfen. In doppelter Richtung wird diese Prüfung vorzunehmen sein: 1. ob die Voraussetzungen, die Marx-Engels für die Verwirklichung einer sozialen Umwälzung annahmen, die gleichen sind, die das Programm als gegeben ansieht; 2. wie sich der Marxismus zu den einzelnen Maßnahmen stellt. (Wir dürfen dabei auch auf bereits Gesagtes verweisen, ohne es zu wiederholen.)

Zu ersteren ist eine längere Stelle aus Engels' Anti-Dühring anzuführen: „Die Besitzergreifung der sämtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft hat, seit dem geschichtlichen Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, einzelnen, wie ganzen Sekten, öfters mehr oder weniger unklar als Zukunftsideal vorgeschwebt. Aber sie konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die materiellen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. . . . Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringeren Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange als die Arbeit alle oder fast alle Zeit in Anspruch nimmt, so lange teilt sich die Gesellschaft notwendig in Klassen. . . .

Aber wenn hiernach die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie eine solche durch nur für einen gegebenen Zeitraum, für gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründete sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion; sie wird hinweggefegt werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte. Und in der Tat hat die Abschaf-

fung der gesellschaftlichen Klassen zur Voraussetzung einen geschichtlichen Entwicklungsgrad, auf dem das Bestehen nicht bloß dieser oder jener bestimmten herrschenden Klasse, sondern einer herrschenden Klasse überhaupt, also des Klassenunterschieds selbst, ein Anachronismus geworden, veraltet ist. Sie hat also zur Voraussetzung einen hohen Grad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und der Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere gesellschaftliche Klasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist"[532]).

Diesen Zeitpunkt sieht Engels jetzt erreicht: allerdings in Westeuropa, nicht Rußland. Und Marx sagt mit ihm übereinstimmend: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind"[533]).

Das aber läßt das Programm ganz außer acht und so besteht der erste und sicher nicht der unerheblichste Einwand bereits dort, wo der Übergang zur kommunistischen Eigentumsordnung nicht nur für sofort, sondern auch möglichst allgemein, also auch auf Gebieten empfohlen wird, deren Vergesellschaftungsmöglichkeit immerhin recht fraglich ist, wo es vor allem auch die Besonderheiten und die größere oder geringere wirtschaftliche Allgemeinentwicklung des Landes ganz unmarxistisch außer acht läßt.

Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise wird nach Marx erst dann möglich sein, wenn „das Kapitalmonopol zur Fessel der Produktionsweise wird, die mit und unter ihm aufgeblüht ist, die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit einen Punkt erreichen, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle"[534]). Dann erst wird „diese gesprengt, die Stunde des kapitalistischen Privateigentums hat geschlagen, die Expropriateurs werden expropriiert"[534]).

Wenn dagegen Radek schreibt: „Ist in einem Lande die kapitalistische Entwicklung so weit vor sich gegangen, daß die wich-

532) Engels, Anti-Dühring, S. 303/304.
533) Marx, Kapital, S. LVI.
534) Marx, Kapital, I, S. 691.

tigsten Zweige der Industrie, des Kredits und Verkehrs sich in den Händen kapitalistischer, konzentrierter Gruppen befinden, dann wird das Proletariat, das sich erhoben hat, nicht nur können, sondern es wird müssen versuchen, die Industrie, den Verkehr und den Kredit in seine Hände zu nehmen, in die Hände des siegreichen, als Staatsgewalt organisierten Proletariats" [535]), so läßt sich das kaum noch mit der Marxschen Auffassung von der Möglichkeit einer sozialen Revolution in Einklang bringen.

Und nur eine scheinbare Anlehnung an die Worte Marx' (daß die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich, also einem industriell weniger entwickelten Lande ausgehen wird) bedeutet es, wenn Radek fortfährt, „daß die sozialistische Revolution keineswegs dort anfangen wird, wo der Kapitalismus am höchsten entwickelt ist" [536]). Denn Marx' Worte beziehen sich nur auf den Ausbruch einer Revolution überhaupt, während ihm die Möglichkeit einer ökonomischen an eine höchste Stufe industrieller Entwicklung gebunden ist, weshalb er diese von dem damals höchst entwickelten England erwartet. Eine andere Auslegung lassen seine Sätze in der „Konfidentiellen Mitteilung" [537]) nicht zu.

535) Radek, Diktatur, S. 15. — 536) Ebenda S. 17.

537) Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 2, S. 476/77. Sie lauten: „Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird, kann England allein als Hebel für eine ernsthafte ökonomische Revolution dienen. Es ist das einzige Land, wo es keine Bauern mehr gibt und wo der Grundbesitz in wenigen Händen konzentriert ist. Es ist das einzige Land, wo die kapitalistische Form — das heißt die kombinierte Arbeit auf großer Stufenleiter unter kapitalistischen Unternehmern — sich fast der ganzen Produktion bemächtigt hat. Es ist das einzige Land, wo die große Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht. Es ist das einzige Land, wo der Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterklasse durch die Trades Unions einen gewissen Grad der Reife und der Allgemeinheit erlangt haben. Dank seiner Herrschaft auf dem Weltmarkt ist es das einzige Land, wo jede Revolution seiner ökonomischen Verhältnisse unmittelbar auf die ganze Welt zurückwirken muß. Wenn der Landlordismus und der Kapitalismus ihren klassischen Sitz in diesem Lande haben, so sind hinwiederum die materiellen Bedingungen ihrer Vernichtung dort am höchsten entwickelt. Der Generalrat ist jezt in der glücklichen Lage, die Hand direkt auf den großen Hebel der proletarischen Revolution zu legen . . . .

Die Engländer besitzen alle notwendigen materiellen Vorbedingungen der sozialen Revolution. Was ihnen fehlt, das ist der Geist der Verallgemeinerung und die revolutionäre Leidenschaft. Es ist nur der Generalrat imstande, sie einzuflößen und dadurch eine wahrhaft revolutionäre Bewegung in diesem Lande und infolgedessen allenthalben zu beschleunigen." — Es sei ferner

Marx erklärt daselbst als die materiellen Vorbedingungen einer ökonomischen Revolution:

Großkapitalistische Form fast der ganzen Produktion.

Volle Industrialisierung des Landes.

Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern bestehend.

Reife und Allgemeinheit des Klassenkampfes und der Organisation der Arbeiterklasse.

An all dem fehlte und fehlt es mehr oder weniger in Rußland; und so ist auch die Auffassung, daß von Rußland aus die Weltrevolution einsetzen werde, kaum marxistisch zu nennen, denn England, als das industriell entwickeltste Land, erscheint Marx als der „Hebel der Weltrevolution".

Wie erklärt sich also dieses, wie man annehmen muß, bewußte Abweichen von der marxistischen Anschauung? Der Grund dürfte in der Auffassung der Verelendungstheorie liegen, wie sie wohl nach ihrer ersten, nicht aber nach ihrer zweiten Gestalt bei Marx, in der Schrift Radeks wie der Bucharins zutage tritt: „Die sozialistische Revolution kann und wird beginnen in jedem Lande, in dem die vom Kapital geschaffene Lage für die Arbeiterklasse unerträglich wird. Die Leiden des Volkes höhnen der Statistik . . ." Hiermit scheint — ganz rein ist dies nicht herausgearbeitet — der rein physische Druck, die Verelendung gemeint zu sein, und der alte Parteistreit, den man vor der Revolution eingeschlafen wähnte, ob die soziale Revolution von der Verelendung oder der (relativen) Besserstellung der Arbeiter gefördert wird, ganz im Sinne der von Marx selbst aufgegebenen Fassung der Verelendungstheorie beantwortet.

an den oben S. 230 wiedergegebenen Brief von Marx an Engels von 1. Dezember 1851 über die ungarische Revolution erinnert und ebenso an sein Urteil über die Gründe der Niederlage der Pariser Junirevolution (S. 229). Engels war hierüber der gleichen Meinung, wie aus seiner Broschüre „Internationales aus dem Volksstaat" hervorgeht (zit. bei Kautsky, Terrorismus und Kommunismus, S. 109). „Als im Februar 1873 die Republik proklamiert wurde, kamen die spanischen Allianzisten (Anhänger der Bakuninschen Allianz) in eine sehr schwierige Lage. Spanien ist ein in der Industrie so sehr zurückgebliebenes Land, daß dort von einer sofortigen vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse noch gar nicht die Rede sein kann. Ehe es dahin kommt, muß Spanien noch verschiedene Vorstufen der Entwicklung durchmachen und eine ganze Reihe von Hindernissen aus dem Weg räumen. Den Verlauf dieser Vorstufen in die kürzestmögliche Zeitdauer zusammenzubringen, diese Hindernisse rasch zu beseitigen — dazu bot die Republik die Gelegenheit (S. 17 18)."

Nicht die Behauptung also, daß die Revolution nur dort beginnen werde, wo der Druck unerträglich wird, ist anzufechten — denn das ist eine Binsenwahrheit —, sondern die Darstellung, als ob es nur physisches Elend sei, das sie hervorrufe. Wäre diese Behauptung zu rechtfertigen, dann hätte überall der Frühkapitalismus mit seinen ungeheuerlichen Auswüchsen, die die Lage des Arbeiters auf den Gipfel des Elends trieben, zur Revolution führen müssen.

Wird so die Notwendigkeit fortgeschrittener Entwicklung der Produktivkräfte, die allein nach Marx das Heranwachsen des Sozialismus in Gedanken und Wirklichkeit sicherstellen, geleugnet oder, besser, hinter dem Wunsche, den „Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat“ werden zu lassen, hintangestellt, so können die zu ergreifenden Maßnahmen das evolutionäre Moment um so weniger berücksichtigen. Es werden einfach die „despotischen Eingriffe“ des Kommunistischen Manifests empfohlen, ihre Anwendung aber der neuen unmarxistischen Auffassung angepaßt, denn sie richten sich nicht nur gegen die Kapitalbesitzer, sondern auch gegen die Entwicklung selbst.

Weniger will es besagen, daß die Art der vorgeschlagenen Eingriffe von denen, die von Marx-Engels im Kommunistischen Manifest [538]), sowie in den „Grundsätzen“ [539]) genannt werden, mehrfach abweicht, denn die praktische Anwendung dieser Vorschläge wurde von Marx-Engels weder als für alle Zeiten, noch für alle Orte gültig hingestellt, vielmehr haben sie weitgehende Abweichungen auf Grund ihrer späteren Erfahrungen ausdrücklich als wünschenswert und notwendig zugegeben [540]).

Von dieser Erkenntnis geschichtlicher Bedingtheit aller Maßnahmen ist das Programm wie die ganze bolschewistische Theorie aber weit entfernt gewesen. Erst die Praxis drang sie dem Bolschewismus auf und so scheint, wie dem Bolschewismus gegenüber überhaupt, so ganz besonders hier, der Vorwurf, den Marx einmal seinen Freunden Willich und Schapper machte, „an Stelle der revolutionären Entwicklung setzten sie die revolutionäre Phrase“ [541]), durchaus am Platze. Und wenn der Bolschewismus behauptet, „das, was wir jetzt in Rußland verwirklichen, das ist

538) S. 45.
539) S. 25.
540) **Kommunistisches Manifest, S. 17.**
541) **Marx, Enthüllungen, S. 53.**

nichts anderes als die große, unverfälschte Lehre des deutschen Kommunismus, den Marx vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt vertrat" [542]) und dabei auf die gegebenen ökonomischen Verhältnisse keine Rücksicht nehmend, einfach ein Ideal verwirklichen will, so werden ihm Marx' Worte entgegenzuhalten sein: „Sie (die Arbeiterklasse) hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. . . . Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben."

c) Die Verwirklichung des Programmes.

Engels schrieb einmal diese Worte: „Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert sind. Soll es wieder gehen wie seinerzeit mit den Schutzzöllen? . . ." [543]) Was hier Engels wegen Nichterörterung wichtiger Fragen vorbringt, das gilt auch für die beim Übergang von der gegenwärtigen in die künftige Gesellschaftsordnung zu treffenden Maßnahmen; auch ihre Erörterung wurde — wohl mit triftigen Gründen — von den Späteren mit vereinzelten Ausnahmen abgelehnt. Das rächt sich und mag zum Teil die Unsicherheit und das Experimentieren der heutigen Praxis erklären.

Bei den auf Grundlage eines in obigen Anschauungen befangenen Denkens vorgenommenen Versuchen mußte die schon durch den Krieg zerrüttete russische Volkswirtschaft ungeheuer leiden. Die, deren Händen ihre Leitung anvertraut war, hielten sich nicht die Wahrheit des Satzes vor Augen, „daß die Erhaltung" — und auch Aus- und Neugestaltung — „wirtschaftlicher und sozialer Gebilde unendlich viel leichter sei als ihre Neuschöpfung" [544]), denn

542) Radek, Weltrevolution und Weltlage, S. 29/30.
543) Engels, Zum Erfurter Programm. Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 10.
544 Fuchs, Grundprobleme, S. 24.

sie wollten ja ganz neue schaffen, eine Wirtschaft, die in nichts mehr an den verhaßten Kapitalismus gemahnen sollte; sie beachteten aber nicht, daß Niederreißen allein zwar ungleich leichter ist, als Wiederaufbau, aber Umbau und Ausbau des Bestehenden unter Entfernung des Überlebten und Schädlichen schmerzloser und leichter als Neuschöpfung aus Trümmern.

Kurz, es kam, was kommen mußte, die Einsicht, daß rascher zerstört als aufgebaut worden war, daß die Entwicklung sich durch Dekrete und Vollzugsmaßnahmen von ihrem notwendigen Verlauf nicht abbringen lasse, setzte sich durch, zwang zu Konzessionen und Kompromissen. Bis es aber so weit kam, bis diese Erkenntnis dämmerte, war unermeßliches Übel angerichtet, denn „eine Gesellschaft" . . . „kann naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretieren"[545]).

4. Abschnitt

Der Bolschewismus als neue Heilslehre

A. Die Lehre

> **Wir wollen hier auf Erden schon**
> **Das Himmelreich errichten.**
>
> Heine

Wir haben versucht, das Bild der bolschewistischen Gedankenwelt mit möglichster Treue so zu zeichnen, wie es sich nach den Schriften und Reden ihrer Führer ergibt; doch noch einiger Striche bedarf es, das Bild zu vollenden, sein Wesen ganz zu erkennen; noch einige Fragen sind zu beantworten. Vor allem diese: Birgt der Bolschewismus gar keine positiven Werte; ist er nur Zerstörung, Verneinung der Verneinung, Vernichtung um der Vernichtung willen; ist sein Kennzeichen, wie es Sombart sieht, „seine wesentlich negative Einstellung zur Welt"[546]); ist der Bolschewik „der Gegner schlechthin, der Antimensch"[546])? Oder bedeutet diese Lehre, wie es ihre Gläubigen der Welt verkünden, das Heranbrechen eines neuen Zeitalters; ist die russische Revolution „die größte Betonung des Optimismus, des Glaubens an das Ideal, an Güte und Gerech-

545) **Marx**, Kapital, I, S. XXXVIII.
546) **Sombart**, Sozialismus, S. 146.

tigkeit im Menschen . . ., ein neuer Menschheitsglaube“ [547])? Oder, wie ein anderer, auch nichtbolschewistischer Kenner der Bewegung schreibt: „. . . Auf die Führer trifft dieser Zug (des Nihilismus) keineswegs zu. Sie stellen sich mir vielmehr dar als zukunftsfrohe Optimisten und von reinem Wollen beseelte Idealisten, als große Jasager zu einer bessern Welt. Nicht Mephisto ist ihr Abbild, faustischer Geist scheint diese Männer, diese Lenin und Trotzki zu beseelen“ [548]).

Wie kommt es dann, daß er „von vielen, die ihn plötzlich wie ein Evangelium ergreifen oder ihn fürchten, als das gerade Gegenteil des Glaubens an das Gute und des Willens zur Gerechtigkeit empfunden wird? Ist er nicht einfach die soziale Form tiefster nationaler Verzweiflung nach verlorenen Kriegen, die Ausgeburt trostloser, durch die Kurzsichtigkeit der herrschenden Klassen ins Unerträgliche gesteigerter Leidenszustände, das Emporkommen des Verbrecherischen, Ungesunden und Dumpfen im Menschen, der Träger der Zerstörung und des Verfalles der gesetzgebenden Mächte? . . . Ist er nicht eine Ausgeburt des elendesten Pessimismus“ [549])?

Soviel Sätze, soviel Widersprüche. Hängen sie nur vom Beobachter ab? Schwerlich. Es gilt, so scheint es, vielmehr eines zu beachten: den Unterschied, den wir oben machten, zwischen dem Bolschewismus als Ziel, dem Kommunismus, und dem Bolschewismus als Methode, es zu erreichen. Der Bolschewismus als Kommunismus ist ein Ideal, über dessen Berechtigung man ebenso endlos streiten mag, wie über seine Verwirklichungsmöglichkeit. Er ist ein Ideal, das nicht nur verstandesmäßig erfaßt, das vielmehr gefühlsmäßig geschaut und das g e g l a u b t wird. — Weltanschauungsfrage. Zu überzeugen ist aber nicht, wer glaubt. Zu den Unzähligen, die das Alte während seines Bestehens und während ihm nur huldigend genaht wurde, verwarfen, weil sie sich durch unfaßbares Geschick vom Anteil an allem, was es an Werten, realen und ideellen barg, ausgeschlossen wähnten oder sahen, zu ihnen tritt eine Unzahl jener, für die der äußere Zusammenbruch den inneren bedeutet. Zu den alten Leugnern dieser Weltordnung treten die neuen. Es ist begreiflich. In der Zeit des Niederbruchs,

547) Paquet, Geist, S. 93.
548) Brandt, Bolschewismus, S. 37.
549) Paquet, Geist, S. 93/94.

des schweren Bekennenmüssens, daß so viele Werte sich als nichtig erwiesen, so viele Götter sich als Götzen erzeigt haben und gestürzt wurden, so vieles, worauf gehofft und was inbrünstig ersehnt wurde, unwiederbringlich verloren, in unerreichbare Ferne gerückt ist, da sucht die Menschheit neue Werte zu finden, neuen Göttern neue Altäre in ihrem Innern zu errichten. Es werden nicht immer Götter sein, auch Idole und Götzenbilder treten an die Stelle der alten. Die Kraft des Erkennens fehlt. Daß es ein neuer Gott, eine neue Wahrheit ist, die gepredigt wird, genügt, ihr Anhänger zu werben. Darum sind die Zeiten des Niederbruchs die der Schwärmer und Schwarmgeister, der Propheten und der neuen Heilskünder und der neuen Lehren. Und viele, oft die besten, glauben an sie, glauben an sie mit der ganzen Kraft und Hingebung, deren sie fähig sind; erblicken in den Worten, die zu ihnen gesprochen werden, die Erlösung von dem überreichen Übel der Vergangenheit, in den Zukunftsaposteln wahrhaft Gottgesandte. Und auch die sind durchdrungen von dem Gefühl, neue Wahrheiten lehren, ein neues Reich künden zu können. Je mehr im Widerspruch zu allem Bisherigen ihre Lehre, desto hoffnungsvoller wird sie begrüßt, desto größere Bürgschaft für die kommende Wandlung, für den neuen Aufstieg. Da gilt nur eines: entschlossene Bejahung des neuen Glaubens und ebenso entschlossene Verwerfung des bisherigen. Und wieder: je tiefer der Glaube, desto notwendiger der Bruch mit der Vergangenheit. Ins Unendliche wird die Macht gesteigert dessen, der sagen kann: Als alle noch der alten Gottheit dienten, da zeigte ich ihre Hohlheit, ihre Nichtigkeit, weissagte ihren Sturz. Jetzt gilt es, der neuen das Reich auf Erden zu bereiten. Und weiter: dank der ungeheuren Energie, mit der der Bolschewismus seine Ziele zu verwirklichen strebte, die nie eingeschlafene Sehnsucht der Massen nach tätiger Mitarbeit beim Bau der neuen Welt zu revolutionärem Feuer steigerte, konnte er einem Teil von ihnen, wie manchen anderen Kreisen, als die heute scheinbar einzig mögliche Form dieser Neugestaltung, dieser Flucht vor dem mechanisierten Alltag, als neues, schöpferisches Feuer erscheinen.

Das ist der Bolschewismus als Glaube, Glaube für die vielen, die sich zu ihm bekennen, für manche, die ihn verkünden, aber auch Naturnotwendigkeit für viele seiner Anhänger; sie alle sind Bejaher, die einen, wenigen mit dem Verstande, die anderen mit dem Herzen. Das sind die leidenschaftlichen Bekenner, die Optimisten, die glauben und hoffen können.

Doch das Kommen des tausendjährigen Reiches erfordert, ganz zu zerschlagen, was schon in Trümmer gestürzt; es ist das Böse, das vernichtet werden muß. In der Zerstörung ist kein Maß zu halten. Fanatiker des Zukunftshoffens werden die blutigsten Verfolger des Vergangenen, und aus den Märtyrern der Vergangenheit, oder doch solchen, die sich dafür hielten, werden die Despoten der Zukunft. Das neue Reich soll keine Knechte kennen, kein Mensch des andern Ausbeuter sein, darum restlose Zerstörung dessen, was an Knechtschaft und Ausbeutung gemahnt. Das allein genügt, ein Zeitalter des Schreckens und der Unterdrückung erstehen zu lassen. Doch mit dem Zerstörensollen bricht die Wut des Vernichtenwollens herein. Und das Bitterste tritt hinzu: das Tierische im Menschen wird entfesselt; alle, die den Göttern des Tages zulaufen, schließen sich an; alle die, deren Beruf es ist, keinen zu haben, die ihre Suppe an jedem Feuer kochen, wenn es nur recht heiß ist. Zu dem Fanatismus tritt das Verbrechen. Je schlimmer die Verwirrung, desto mehr blüht sein Weizen. Das sind dann die Elemente, die, ihrem eigenen Vorteil zulieb, in anderen aufstacheln, was in deren Herzen noch nicht zum Ausbruch gekommen war: das Vernichtenmüssen, das sinnlose, das grausame, erbarmungslose Zerstören. Das Feindliche, die Vergangenheit aber steht fester gewurzelt da, als vermutet war. Um so verzweifelter, blutiger, unversöhnlicher wird der Kampf. Immer aufs neue geschürt, wird er fanatischer, wilder, tierischer; Bürgerkrieg, Glaubenskrieg, Gesinnungskreuzzug: dreimal Haß, Zerstörung, Vernichtung, — um der Erlösung willen; mißverstandene Erlösung, die, wenn überhaupt, nur anders zu erreichen. Jetzt wird das Wort La Rochefoucaulds wahr: „Il y a des folies qui se prennent comme les maladies contagieuses."

Dazu die Lehre, die bewußt das Ideal durch den Sieg der Wenigen über die Vielen erreichen will, sich klar bewußt ist, das Ziel nur durch Gewalt und Terror erreichen zu können. So ist sie gezwungen, zum Haß des Entschwundenen und Verschwindenden die Verfolgung seiner Anhänger zu gesellen. Der Haß gegen das System wird auf die ihm Dienenden und von ihm Beherrschten übertragen, vom Gedanken auf die Personen. Der Gedanke einer neuen Minderheitsherrschaft kann nicht anders, muß durch blutige Gewalt durchgesetzt und verwirklicht werden. Dieser Kampf um die Herrschaft fällt mit jenem um die neue Weltordnung zusammen. Zur Zerstörung tritt neue Zerstörung, zur Vernichtung neue Vernichtung.

Das ist die Praxis des Bolschewismus, jener Teil, der allen sichtbar in die Erscheinung tritt, allen sich in Taten äußert; jener Teil, der Abscheu und Entsetzen erweckt; jener Bolschewismus, über den ein Streiten nicht möglich ist, den verwirft und verwerfen muß, wer sein Volk liebt und es nicht in den Abgrund gestürzt sehen will durch ein Tun, das das Niedrigste im Menschen entfesselt, um, wie es behauptet, das Höchste zu erreichen. Nur blinde Anhänger, Verblendete und Irre, wollen das nicht wahrhaben und, wenn sie durch allzu handgreiflichen Augenschein überzeugt, es zugeben müssen, auch das mit den Worten rechtfertigen, mit denen in der bolschewistischen Lehre alles zu rechtfertigen versucht wird: „notwendig und darum richtig".

Das erklärt die Zwiespältigkeit des Urteils. Die einen sehen nur das hinter den Untaten stehende und durch sie zu verwirklichende Ideal, das Ideal besseren und reineren Lebens, die Schöpfung einer neuen Gemeinschaft, neuer Lebensformen, neuer Werte; alles andere verschwindet vor ihrem Blick, höchstens werden die Opfer bedauert, doch unvermeidlich sind sie und der Preis der künftigen Glückseligkeit.

Die andern halten sich an die grauenvolle Wirklichkeit: sehen nur das Wüten, die Schrecken, die entfesselten Instinkte, den Massenterror, die Niedertracht derer, die kein Ideal zu verwirklichen haben, die die unverhoffte Gelegenheit nur zur Befriedigung der Instinkte, des krassesten Materialismus benutzen, und sie haben nicht unrecht. Soll doch Lenin selbst einmal geäußert haben, daß auf einen überzeugten Bolschewik neunundzwanzig Irrsinnige und siebzig Verbrecher kommen.

Blut und Jammer, Unlust und Entsetzen, das sind die Folgen der bolschewistischen Lehre, ihres Hasses gegen all das, was anders ist, und der Methode, die als einzig zum Ziele führend anerkannt, einzig geübt wird. Darin, in der Annahme dieser Methode, darin, sie als notwendig und als allein zum Ziele führend hinzustellen, ihre Verwirklichung rücksichtslos zu fordern, besteht das Unfaßbare, Wahnwitzige, Irrsinnige dieses Handelns.

Das scheint aber auch der Schlüssel zu der sonst kaum verständlichen Tatsache zu sein, daß es vielfach gerade die Verkünder des gleichen Ideales, die Anhänger einer sozialistischen Welt- und Wirtschaftsordnung sind, die diese Methode am erbittertsten bekämpfen. Sie sehen ein Ideal, für das sie lange gekämpft und gerungen, nun

entstellt, blutbesudelt, unerkennbar in den Grauen des Geschehens. Sie versuchen, zu begreifen und können es nicht; von der gleichen Grundwahrheit durchdrungen, von den gleichen Hoffnungen, dem gleichen Glauben erfüllt, wird ihnen der Weg, den ihr Bruder gegangen, unfaßbar. Und nur viel später, erst wenn sie sich besonnen, daß der Mensch irrt, solange er strebt, versuchen sie zu verstehen, versuchen den, der irreging, auf den Weg zurückzuleiten, der sie zum Heile zu führen scheint. Doch der, der andere Wege ging, will von ihnen nichts wissen. Allein im Besitze des Grals, ist alles für ihn unrein, besonders der ehemalige Bruder, der nun ferner steht als jeder andere, denn er hat den Weg, der zum Heile führte, verschmäht, auf die Erlösung, weil sie Opfer forderte, verzichtet. Die Erbitterung wächst, die Feindschaft wird zur Unversöhnlichkeit, zu unauslöschlichem Hasse, zum Bruderkrieg.

Zu all dem tritt noch der Unterschied in den Menschen, die Träger dieser neuen Gedankenwelt sind, der Führer und der Massen: was bei diesen dumpfes Sehnen nach Erlösung ist, wird vielen von jenen zu einer mathematischen Formel. Was diesen der Glaubensfanatismus zu tun gebietet, fordert von jenen die Einsicht in das vermeintlich Notwendige. Darin begegnen sich der Muschik mit dem Intelligenten, der sich über sein Wollen unklare Sohn der weiten russischen Ebene mit dem raffinierten Denker der Großstadt: notwendige Weltbewegung ist beiden das Geschehen. Unbeirrt und entschlossen ist der Weg zu gehen, den es zu weisen scheint: zum neuen Glücke.

Daß Opfer gebracht werden müssen, wen ficht es an, wen darf es anfechten? Gering erscheinen sie denen, die sie fordern, im Vergleich mit den Hekatomben, die der Krieg gefordert. Der Bauer Rußlands wußte nicht, um was es ging, der Arbeiter sah sich als Opfer für etwas an, das er verneinte und verdammte. Nun glauben sie, für etwas zu kämpfen, das „ihres" ist. Sie wollen ein Leben, in dem sie nicht leiden. Und die Rankiine erwacht gegen alle, die es vordem „besser" hatten. Der Bolschewismus ist nicht nur Produkt des Krieges; das hieße bei einem Ereignis, das eine Menge Ursachen hat, nur die eine, wenn auch die gewaltigste, herausheben. Aber er ist undenkbar ohne den Weltkrieg. Nicht allein weil er tiefste Verzweiflung im Besiegten erwecken mußte, — und Verzweifelten ist der steinigste und steilste Weg glatt und sanft, wenn er nur, und sei es noch so fern und nebelumhüllt, Rettung

verspricht —, auch weil er so viele an dem Bisherigen irrewerden ließ. Und das nicht nur in den besiegten Landen; auch in denen der Sieger ruhen unzählige Tote, hassen unzählige Krüppel ihr Geschick und klagen eine Weltordnung, die solches Elend brachte, an. Auch hier wird auf Rettung und Erlösung gehofft, und da erschallt das Prophetenwort, das nie mehr verhallen kann: „Das Ende des blutigen Krieges naht. Die Welt der Willkür und Unterjochung durchlebt ihre letzten Tage. Eine neue Welt entsteht, die Welt der sich Plagenden und der sich Befreienden“[550]).

Die soll die Weltrevolution bringen. Der blutige Brand, der im Osten Europas aufgelodert, soll die ganze alte Welt verzehren, aus ihm soll phönixgleich die neue erstehen. Haß, wildester Haß gegen die Macht, die so ungeheure Opfer forderte, flackert auf; den Propheten wird geglaubt, daß sie sich doch im Innersten als faul und morsch erweist, und daß es allein einer einzigen gewaltigen Kraftanstrengung bedarf, sie zu stürzen: schöpferisch erscheint allein die Macht der Revolution; ihr allein wird die mystische Kraft zugetraut, „die Menschen zu bessern und zu belehren“; sie wird bejaht, wird bald um ihrer selbst willen bejaht, nicht mehr um des Heils willen, das sie nach ihrem Kommen und Sieg verschwenderisch austeilen soll. Mehr als einmal ging eine alte Welt in Trümmer; Roms Imperium erlag in Jahrhunderte währendem Kampfe einem neuen Geiste; das Imperium Mundi, das sich der gefräßige Gott Kapitalismus schuf, das gilt es zu vernichten, zu vernichten in wenigen Jahren. In diese ganz kurze Zeitspanne muß Sturz und Untergang des alten, Aufbau des neuen Zeitalters zusammengedrängt werden. Dieses Wunder selbst ist nicht die Revolution; die ist vielmehr die geheimnisvolle Schicksalsmacht, die es leitet; sie fordert von ihren Gläubigen Hingabe und Begeisterung, Enthusiasmus in der Vernichtung wie im Aufbau. Ist der Vernichtung einmal genug getan, dann sollen die alten Tugenden wiederaufleben, dann gilt es, mit den alten Werten „Arbeit, Disziplin und Ordnung“ das neue Himmelreich zu errichten. Solange aber der Feind nicht ausgerottet, so lange bedarf es der Gewalt, die, von ihren Anhängern vergöttlicht, zu der Revolution wird, die uns das „soziale“ Rußland bringen will, die unter dem heiligen Zeichen: „Diktatur des Prole-

550) Kundgebung an die Mohammedaner. Artikel von Lynkeus, Lenin und die Mohammedaner. „Frankfurter Generalanzeiger“, 18. Januar 1918.

tariats" zur Weltenherrin erhoben wird. Das Proletariat, selbst fast heilig gesprochen, wird ihr Werkzeug.

Herrin der Welt, das soll die Revolution sein, ihr Glaubensstreiter das Proletariat. Das hat e i n Leid in allen Ländern getragen, das hat e i n Glaube zu allen Zeiten erfüllt; zu Brüdern geworden, sieht es vor sich alle Grenzen schwinden, die Unterschiede der Sprache, der Rasse, der Sitte, des Glaubens. Alle Menschen sollen aller Menschen Brüder sein; was trennend dazwischentritt, sind falsche Werte. Heute werden Brüder die, die sich vom Schicksal enterbt sehen, morgen alle, denn schließlich sind alle Menschen gut, nur verdorben und mißleitet in der Hölle des Kapitalismus. Mit dem Sieg der Revolution kommt aber der Sieg der Kultur, und als der einzige Weg zur Rettung erscheint die bolschewistische Taktik. Lenin verkündet es den amerikanischen Arbeitern. „Langsam, aber unentwegt nähern sich die Arbeiter der kommunistischen und bolschewistischen Taktik, der proletarischen Revolution, die einzig und allein imstande ist, die Kultur und die Menschheit überhaupt vor dem Untergang zu retten [551])."

Die Revolution muß und wird siegen; und dem russischen Proletariat ist die ernste, die schwere Sendung zugefallen, in diesem Kampfe voranzugehen. Ungeheure Verantwortung vor dem Weltgerichte der Weltgeschichte des Proletariats lastet auf ihm. „Selbstverständlich begreifen wir, daß das Proletariat allen Endes siegen wird; aber es wird nicht spurlos vergehen, sondern schwer gebucht werden, daß im gegebenen Moment unsere Partei und unsere Klasse die Prüfung nicht bestanden haben [552])."

Doch was schwanken und zögern. Was Marx logisch zu beweisen unternahm, das unausbleibliche Kommen der Befreiung des Proletariats durch seinen eigenen Kampf und damit die Befreiung der ganzen Menschheit, hier wird es Glaubensartikel, wird hellseherisch gepredigt, denn „wir alle sind tief davon überzeugt, daß die Sowjetrepublik, welches Unheil ihr auch noch beschert sein sollte, u n ü b e r w i n d b a r ist. Sie ist unbesiegbar, weil jeder Schlag von seiten des rasenden Imperialismus, jede neue Niederlage, die wir durch die internationale Bourgeoisie erfahren, neue und immer wieder neue Schichten der Arbeiter und Bauern zum Kampf er

551) L e n i n , Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 678.
552) T r o t z k i , Arbeit, Disziplin, S. 17/18

hebt, sie um den Preis der höchsten Opfer erzieht, sie stahlhart macht und in den Massen einen neuen Heroismus erzeugt“ [553]).

Und es erklingt allen Einwänden gegenüber: Wahrlich, ich aber sage euch: „Und dennoch sind wir fest davon überzeugt, daß wir unbesiegbar sind, denn die Menschheit wird aus dem imperialistischen Gemetzel nicht gebrochen hervorgehen, sondern wird das Gemetzel überwinden“ [553]). Und „kurz, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die internationale proletarische Revolution“ [554]).

Der Glaube an den unausbleiblichen Sieg erfüllt die neuen Streiter mit Zuversicht und Fanatismus, macht sie zu Glaubensstreitern. —

Zerbrochen und zerschmettert liegt der alte Imperialismus da, soll nun ein neuer an seine Stelle treten, ein neues Weltreich begründet werden? Nein und ja. Nein, wenn darunter nur die Schaffung eines Weltreiches durch physische oder ökonomische Eroberung, die Unterjochung der Welt zur ökonomischen Ausnützung durch eine Macht verstanden wird. Ja, wenn die Bewegung als der Versuch genommen wird, ein Reich des Geistes, e i n e s Gedankens, eines G l a u b e n s, ein Reich nicht von dieser Welt, doch in dieser Welt zu schaffen. Das will der Bolschewismus, a l l e Welt soll ihm untertan werden; das teilt er mit den meisten Lehren, mit fast allen Kirchen, denn erbärmlich scheint, wer die Wahrheit kennt und sie nicht bekennt, wer ihr gewonnen, ihr nicht Bekenner wirbt, ihr Reich nicht errichtet und erweitert. Nicht vieler Mühe scheint es zu bedürfen, ist einmal der schwierigste Anfang überwunden. Der Glaube, der erst zögernd Gläubige warb, wird mit dem Erfolge mutiger, seine Anhänger werben nicht mehr, sondern verlangen Unterwerfung aller unter die neue Heilslehre.

Ihre Bekenner aber fordern, daß die Befreiung von wirtschaftlicher Sklaverei auch zu der von der alten geistigen werde. Ganz soll der Mensch der alten Knechtschaft ledig werden. Ob dafür nicht einfach nur eine andere neue, schlimmste: die geistige, aufgerichtet wird, darum macht sich die Lehre keine Sorgen.

Wie alles, was sie erstrebt, erstrebt sie auch dies entschlossen. Das neue Zeitalter soll eine neue Kultur bringen: eine sozialistische Kultur; die ist mit der proletarischen nicht identisch, doch ihr nahe

553) L e n i n, Brief an die amerikanischen Arbeiter. S. 677.
554) Ebenda S. 678.

verwandt"[555]). Das Proletariat soll auch sie bringen. Durch „die Kultur des kämpfenden Proletariats", die als „eine scharf abgesonderte Klassenkultur, die auf Kampf aufgebaut ist, erscheint"[555]), geht es zur neuen, unbekannten, höheren Kunst und Kultur, „geht die Menschheit unaufhaltsam den Weg zur Internationalisierung der Kultur"[555]). Und auch hier wird verkündigt mit einem Ton, der Zweifel gar nicht aufkommen läßt: „Das Proletariat ist seinem Wesen nach eine Kulturklasse. Das Proletariat selbst, seine Organisation, sein Programm, seine Zukunft, das alles ist die Frucht eines hoch entwickelten Wirtschaftsmechanismus, der vom Kapitalismus aufgebaut ist. Das Proletariat wird künstlich von der Wissenschaft und Kunst ferngehalten; aber das Proletariat, das die Mehrheit der Bevölkerung in großen Städten darstellt, strebt überall und unaufhaltsam zum Wissen und zur Schönheit"[555]).

Darum wird ein umfangreiches Kulturprogramm aufgestellt und entschlossen in Angriff genommen. Das ist wohl auch ein Element, das nicht als Verneinung der Zukunft angesprochen werden kann, nur Verneinung der Gegenwart ist. Und in dieser Bejahung der Zukunft liegt neue Lockung für den Künstler, Werbe für den Ästheten.

So blickt die Zuversicht, eine neue Welt bauen zu können, nach den Greueln der alten und den schrecklichen Zuckungen ihres Vernichtungskampfes, auch hier unbeirrt in eine ferne Zukunft. Daß in diesem Vernichtungskampfe Menschen zugrunde gehen, Massenopfer gebracht werden müssen, das darf nichts ausmachen. Aller Menschen im Grunde gutes Wesen soll die neue Herrlichkeit bringen. Nur die wenigsten vermögen einzusehen, wie dies erreicht werden kann, die meisten empfinden nur dumpf, daß es erreicht werden muß; daher soll denen, die sich zu klarer Erkenntnis durchgerungen, die Führung zufallen. Diese Erkenntnis hat das Proletariat. Ihm deshalb die Führung der „Werktätigen", die dem neuen Reich, das, wie es zuletzt verkündet ward, ein Reich der Arbeit werden soll, um so viel näherstehen, als die Ausbeutenden und Drohnen.

Über der Masse des Proletariats steht aber die Partei, die noch weiter vorgedrungen im Erkennen. Ihr die Herrschaft über die anderen; und, uneingestanden, doch praktisch verwirklicht, die Diktatur der M[illegible] die Partei. Der unbegreiflich sch[illegible]

555) [illegible] Kunstaufgaben, S. [illegible]

nende Sprung von der Anteilnahme aller an der Herrschaft, von der Gleichheit aller — kein Mensch soll des andern Knecht sein — zur Diktatur, angeblich der Mehrheit, in Wahrheit der Minderheit. Der Widerspruch, gestützt durch die Notbrücke einer gewaltsamen Auslegung der Lehre von der Diktatur des Proletariats wird nicht gemerkt. Das Opfer des Intellekts ist gebracht, und wird der Riß im Denken bemerkt, zwingt die Wirklichkeit das Einbekenntnis ab, dann heißt es eben wieder: „notwendig und darum richtig". Das endliche Ziel beherrscht alles, ordnet sich alles unter.

Mit unerbittlicher Konsequenz wird es angestrebt. Was wir schon erwähnten, zeigt sich überall: Wege, die gegangen werden, mögen sich als Irrwege erweisen, doch jeder muß letztlich zu ihm führen, sich dem letzten Gedanken ein- und unterordnen. So erscheint der ganze Bau doch einheitlich. Daher das Merkwürdige: Rühmen und stille Bewunderung der Entschlossenheit, mit der e i n Weg, e i n Ziel verfolgt wird, auch bei den Gegnern der Bewegung; und Vorwurf planlosen Experimentierens, tastenden Schreitens im Dunkeln, auch bei den Anhängern. Zwei Seiten einer Medaille. Das äußert sich im größten wie im kleinsten, in Tat, Wort und Schrift.

Daher der eigentümliche Stil, der an allen Schriften der Größen des Bolschewismus auffällt. Bei aller Eigenart, die Lenins zerfaserndes, logisches Schreiben, Radeks Pathos, Lunatscharski-Ästhetentum und Bucharins, dem Sinn des einfachsten Bauern angepaßte Schreibweise auszeichnet: eine gewisse Einheit, bewirkt durch den alles beherrschenden und alles erfüllenden Grundgedanken den Glauben an das Wirklichkeitwerden des Unmöglichen durch unmögliche Mittel. Jede Schrift erscheint so nur als Ausschnitt aus einem großen, noch ungeschriebenen Werk, das sie alle umfaßt. In jedem Satze fast kommt es zum Ausdruck, bei den Jüngern weniger, stärker beim Meister: das Reich muß unser werden. Tief in die Zukunft, die weltenfern und ihnen doch zum Greifen naheliegt, wollen die Blicke dringen, seltsame Wege erspähen sie, die zu ungeahnten Möglichkeiten führen sollen, zu dem neuen, goldenen Zeitalter, einem Zeitalter, von dem sie den Gläubigen versprechen, daß es keine Mühseligen und Beladenen mehr kennen wird, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten, wo „die von der Sklaverei, den ungezählten Schrecken, Tollheiten, Unsinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich daran ge-

wöhnen werden, die elementaren Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben innezuhalten, sie ohne Zwang, ohne Unterwerfung . . . zu beachten“ [556]). Auch hier ein Durchzittern des alten Rousseauschen Glaubens an die Güte des Menschen.

Seltsame Wege, die er beschreitet; das scheint sein Verhängnis zu sein. Rousseaus Schüler, Robespierre, beantragt die Aufhebung der Todesstrafe und — macht den Terror wahr. Die russische Revolution hebt sie auf und führt die „Außerordentlichen Kommissionen“ ein, das schreckliche Werkzeug schrecklichsten Massenterrors; diese Apostel einer glücklichen Zukunft säen den Schrecken in der Gegenwart. Was kann aus solcher Saat erwachsen? Dem Wunsch, dem Massenmord des Krieges, der Menschlichkeit halber Einhalt zu tun, die Friedenssehnsucht zu erfüllen, verdankt der Bolschewismus seine Macht; er nützte sie, um an die Stelle des äußern den innern Krieg zu setzen, an Stelle der Wiedererneuerung die volle Verwüstung; an Stelle der Verwirklichung der Menschenrechte, die es durch Beseitigung der ökonomischen Ungleichheit erst zu schaffen gilt, setzt er eine neue, unendlich bittere. Manches scheint Verhängnis, vieles eigene Schuld.

Ist es nur Tragik des Schicksals, Tragik des Wunsches, das Naturrecht auf Erden zu verwirklichen oder auch eigene Schuld? Wohl ist es auch letztere, denn aus Irrwahn und bewußtem Festhalten an ihm kann nur Unheil sprießen. Denn was berechtigt zu der Annahme, daß aus eben den Methoden der Gewalt und Unterdrückung, die uns so unendlich Schweres gebracht haben, nun das Heil erblühen wird, einfach deshalb, weil andere Menschen als vordem, sie bewußter und darum womöglich noch schärfer, üben? Und wird es daher nicht auch hier an Stelle des alten Satzes „alles verstehen, heißt alles verzeihen“ schließlich heißen müssen „alles begreifen, heißt nichts verzeihen“ [557])?

B. Der Schöpfer der neuen Lehre: Lenin

> Ein Kerl, den alle Menschen hassen,
> Der muß was sein. Goethe

Zum Schluß noch eine Frage nach dem Manne, dessen Werk diese neue Bewegung ist, soweit Entfesselung eines Weltenbrandes, in dem sich diese Welt der Verdammnis verzehren soll, um zu neuer,

556) Lenin, Staat und Revolution, S. 83
557) Eisler, Psychopathia spiritualis

ungekannter und ungeahnter Schönheit aufzublühen, und dieser Wiederaufbau selbst, Werk eines einzelnen, und wäre er der Größte, sein können. Wer ist der Mann, der das ungeheure Wagnis unternahm, gegen eine ganze Welt anzustürmen, sie zu vernichten, um aus ihren Trümmern eine neue aufzutürmen, dessen überlegener Geist die neue Lehre nahezu allein schuf, und der um Haupteslänge seine Schüler und Helfer bei diesem Beginnen, die Trotzki und Radek, die Sinowjew und Steklow, die Bucharin und Tschitscherin, die doch auch gerade keine Durchschnittsintelligenzen sind, überragt, von ihnen als Herr und Meister anerkannt, „das Herz und Hirn der Weltrevolution"? Lenin.

Zu wenig sind uns die früheren Werke Lenins, mit seinem eigentlichen Namen Wladimir Iljitsch Uljanows, bekannt. So vermögen wir seinen geistigen Entwicklungsgang nicht zu verfolgen. Daß er ein außergewöhnlicher Mensch ist, verrät die führende Rolle, die der heute kaum Fünfzigjährige in den Kämpfen seiner Partei und ihrer Leitung schon vor 20 Jahren innehatte, deren Organisation er schuf, verrät auch die Art, in der er sich den Größten der russischen Sozialdemokratie, einem Plechanow, Axelrod, Martow gegenüber schon damals durchsetzte und behauptete. Das verrät auch die Tatsache, daß er inmitten all der politischen Kämpfe Zeit und Kraft fand, philosophisch zu schaffen. Ein Werk „Materialismus und Empiriokritizismus, kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie" gibt Zeugnis davon. Ein Unbekannter war er in Deutschland, als er in jenen Apriltagen des Jahres 1917 im plombierten Wagen durch Deutschland fuhr; wenig kennt man ihn heute noch. Kannte Rußland ihn besser, ahnte es in ihm seinen künftigen Herrn? Als er am 16. April 1917 in Petersburg eintraf, da hatte die damals großbürgerliche Regierung ihm eine Ehrenwache und Musikkapelle zum Empfang gestellt, und auf den Händen seiner Anhänger wurde er in den Fürstensaal des Bahnhofs getragen. Seine ersten Worte auf dem Heimatboden verkündeten das Kommen der sozialen Revolution [558]). Am nächsten Tag wies er der Bewegung, an deren Spitze er unbestritten stand, Ziel und Weg, entwarf er ein Programm, das, unerbittlich festgehalten, das einer Weltherrschaft ward, ein Jahrzehnt Weltgeschichte und vielleicht noch mehr vorwegnahm, in kurze Formeln prägte. Er war es, der das Häuflein der Ge-

558) Vgl. Auslandslektoratsberichte 1917, S. 919, nach verschiedenen russischen Zeitungen.

treuen, das unbeachtet und bedeutungslos war vor seinem Kommen, in knappen sechs Monaten zum Herrn eines Weltreichs machte, an dessen Spitze er steht, scheinbar nur primus inter pares, und vom Willen der Masse abhängig und ihr untertan; in Wirklichkeit ihrer und aller Herren Herr. Zur Macht gelangt, unternimmt er es, die Welt nach seinem Geiste zu formen.

So zeichnet Sombart sein Bild: „Das Bild, das wir uns von dem Führer dieser neuen Bewegung, Lenin, aus seinen Schriften und Taten formen können, ist einheitlich und entbehrt nicht der Größe: es ist das Bild des fanatischen Hassers, des rücksichtslosen, amoralischen Gewaltmenschen, des genial-brutalen mongolischen Hordenführers, dabei aber des gelehrten Buchmenschen, des starrsinnigen Doktrinärs"[559]). Und Gorki bestätigt es: „Lenin ist ein Mann von ausschließlicher Kraft; fünfundzwanzig Jahre stand er in den ersten Reihen der Kämpfer für den Endsieg des Sozialismus; er ist eine der bedeutendsten und originellsten Erscheinungen innerhalb der internationalen Sozialdemokratie. Er ist ein Mann von großer Begabung und hat alle für den ‚Führer' notwendigen Eigenschaften; zugleich zeichnet ihn auch der für diese Rolle notwendige Mangel an Moral und ein selbstherrliches erbarmungsloses Verhältnis gegen das Leben der Volksmassen aus". Und wenn Lenin, „mit dem Volk zur Verwirklichung seiner Beglückungspläne experimentiert, so tut er dies unbedenklich, ganz hingegeben und doch nüchtern in dem Glauben an sein Dogma; die Arbeiterklasse ist ihm nichts anderes als dem Metallarbeiter das Erz. Kann man unter den vorhandenen Bedingungen aus diesem Erz einen sozialistischen Staat gießen? Allem Anschein nach nicht. Aber warum soll man es nicht versuchen"?

Wie sollen wir ihn nun einschätzen? Zurückhaltung im Urteil tut not, da wir sein Wirken in der Vergangenheit kaum, das in der Gegenwart oft nur entstellt kennen. Doch die Frage muß aufgeworfen werden: Ist er, was das Wenige, das wir eigentlich von ihm wissen, fast vermuten läßt, einer von den Großen, einer von jenen, die die Welt kaum alle Jahrhunderte einmal hervorbringt, und die, das vollkommenste Produkt ihrer Zeit, die, als sie ihnen Form gab, sich in ihnen zu erschöpfen scheint, der neuen, kommenden, in ihr schlummernden, neue Bahnen zeigen?

Burckhardt schrieb diese Worte: „Endlich die großen Männer

[559]) Sombart, Sozialismus S. 118.

der sonstigen historischen Weltbewegung. Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht.

Diese großen Individuen sind die Koinzidenz des Allgemeinen und Besonderen, des Verharrenden und der Bewegung in einer Persönlichkeit. Sie resümieren Staat und Religion und Kultur und Krisen.

Höchst erstaunlich sind schon diejenigen, durch welche ein ganzes Volk aus einem Kulturzustand plötzlich in einen andern übergeht, zum Beispiel vom Nomadentum zur Welteroberung, wie die Mongolen durch Dschengiskhan; ja die Russen unter Peter dem Großen sind zu erwähnen, denn sie wurden durch ihn aus Orientalen zu Europäern. Vollends aber erscheinen uns groß diejenigen, welche Kulturvölker aus einem älteren Kulturzustand in einen neuen hinüberführen. Dagegen gar nicht groß sind die bloßen kräftigen Ruinierer: Timur hat die Mongolen nicht gefördert; nach ihm war es schlimmer als vorher. Er ist so klein, als Dschengiskhan groß ist"[560]).

Passen Burckhardts Worte auf Lenin? Und — wird er dann Timur oder Dschengiskhan werden? Darf man ihn einen genialen Menschen nennen? Darf man wirklich von ihm sagen, daß er seine Zeit und sein Volk in seiner Person zusammenfaßt? Ist dies der Fall, dann müssen die Züge, die in seinem Volke nur undeutlich zutage treten, in ihm schärfste Ausprägung erfahren, dann müssen in ihm, gewissermaßen als ihrem Brennpunkte, die Fehler und Vorzüge seiner Rasse, seiner Klasse vereinigt scheinen. Versuchen wir, das zu prüfen.

Das vollendetste Bild des russischen Menschen, sei er Abkömmling der „Seelenbesitzer", Bauer oder Intelligent, hat Nötzel gezeichnet. Mit diesem Bilde sei Lenin verglichen. Vielleicht ist das ein Fingerzeig zur Erkenntnis seines Wesens, das so fremd und so unbegreiflich scheint.

„Das Hauptergebnis dieser durch die Jahrhunderte gehenden falschen Einstellung auf die Mitmenschen in der Vorstellung der Klassen, die allein die Möglichkeit zur Bildung in Rußland hatten, ist wohl ganz im allgemeinen die hier unausrottbare Vorstellung von einem Verfügungsrecht des Menschen über den Menschen. Kein Lager in Rußland verzichtet darauf, am wenigsten das freiheitliche,

560) Burckhardt, Weltgeschichte in Betrachtungen, S. 231 ff.

das revolutionäre Lager. Das angemaßte Recht des Menschen auf den Menschen an sich anzugreifen, kommt keinem Russen in den Sinn: Seine Erlaubtheit hängt lediglich von den Zwecken ab, in deren Interesse über den Menschen verfügt wird. Er kann aber nicht nur zu seinem Heile gezwungen werden, er muß es sogar. Hier stehen wir an der eigentlichen geistigen Scheidewand zwischen Europa und Rußland: Es fehlt der Begriff der freien Persönlichkeit des Menschen. Der Mensch ist überall in Rußland Mittel ..., für die russische Intelligenz zum Bejahen ihrer Doktrinen und Dogmen, für die russischen Revolutionäre vollends ist der Mensch bald Kanonenfutter, bald Teil eines in Zukunft zu Beglückenden" [561]).

Oder: Erinnern wir uns der Art, wie Lenin etwa Diktatur und Demokratie zu vereinen versucht, in Formen, von denen uns ganz unbegreiflich scheint, daß ihr Widersinn nicht gemerkt wird, so gedenken wir der Worte Nötzels, der am Russen konstatiert „die große Leichtigkeit, mit der er unausgleichbare Widersprüche in seinen Anschauungen und ganz unmögliche Inkonsequenzen in seinem Handeln verträgt, ohne darunter zu leiden, ja ohne das auch nur zu bemerken. ... Es fehlt mit einem Worte dem Russen in hohem Maße das Verständnis für die Verpflichtungen der Gedanken untereinander: für die Logik, die der Mensch in seinen Äußerungen allein schon deshalb walten lassen muß, damit der Mitmensch nicht ratlos vor ihm stehe" [562]).

Und wenn man sich die Art vor Augen hält, in der Lenin seine Gegner bekämpft, die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre vor allem, die doch eigentlich dasselbe wollen, wie er selbst, und von ihm nur in der Wahl der Mittel abweichen, dann werden uns Nötzels Worte auch hier einen Schlüssel zum Verstehen geben und Lenin als den typischen Vertreter seines Volkes erscheinen lassen: „Der ewig wiederholte Trick ist der, daß aus dem Nichteinverstandensein mit einer Anschauung davon, w i e das Heil des Volkes erreicht werden könne, auf den fehlenden Willen geschlossen wird, daß es erreicht werden solle. Ein logischer Elementarschnitzer, der aber das ganze intelligente Rußland durchseucht!" [563]). Und schließlich, der Typus des „reuigen Edelmanns". „Man muß stets zuerst an ihn denken, wenn man da auf völlig unerwartete

561) **Nötzel, Grundlagen, S. 165.**
562) Ebenda S. 49.
563) Ebenda S. 45.

Rätsel und Widersprüche stößt" [564]). Er will gutmachen und vergewaltigt, will soziale Schuld tilgen und häuft neue. Er muß knechten, wo er befreien will.

Weitere Zweifel tauchen auf. Hält Lenin sich für den Bringer des Heils, den Propheten der neuen Lehre, den Verkünder der Erlösung? Oft gleichen seine Schriften prophetischen Sendschreiben. Mehr noch: Glaubt er etwa selbst Erlöser zu sein, der diese felle, erbärmliche Welt zu neuen Höhen emporreißt? Oder bewegt und erfüllt sein Denken der Gedanke, daß Rußland immer eines Herrn bedurfte, immer unterjocht, immer Sklave, nie frei war? Schon einmal haben Tataren, deren Sproß er ist, Rußland bezwungen, eine Welt zu unterwerfen versucht. Sieht er, dessen Lehre von aller Menschen grundsätzlicher Gleichheit ausgehen müßte, und deren Praxis so wenig mit dieser Voraussetzung in Einklang steht, daß er sich ein neues Dogma von der Verwerfung der Demokratie schuf, im Menschen nur Werkzeug zur eigenen Größe?

Ein Herrenmensch, eine Herrschernatur ist Lenin zweifellos. Klar läßt es die Vergangenheit erkennen. Stets nur mit wenigen wollte er die Macht teilen. 1903, als das Fähnlein der Anhänger noch gar knapp war, forderte er, daß die Leitung der Partei einer kleinen Gruppe intelligenter Fachrevolutionäre zufalle, forderte straffste Zentralisation, die ihm die Leitung sichern mußte, verbiß sich in diese Forderung und ließ es darob zum Bruch in der Partei kommen. Er sah „Jakobinertum" und „Bureaukratismus" damals durchaus nicht als unvereinbar mit den Prinzipien der Sozialdemokratie an. An dem Verlangen nach einheitlicher Leitung der Partei durch wenige hielt er stets fest: Oligarchie. Heute ist es ein gewaltiges Volk, dessen politische Organisation er oligarchisch gestaltet. Erinnern wir uns: heute sind es die Werktätigen, die über die Allgemeinheit, das Proletariat, das über die Werktätigen, die Partei, die über das Proletariat herrschen und es führen soll. Das wird ausgesprochen; und sind die höchsten Stufen dieses Baues nicht die Herrschaft der alten Gruppe „intelligenter Fachrevolutionäre" über die Partei und die Lenins in der Gruppe? Lenin und seine Gruppe, die so durch die geschaffene Organisation, scheinbar von der Masse und ihrem Willen abhängig und ihm untertan, ihn in Wahrheit selbstherrlich lenken und leiten, scheinen so zur Herrschaft berufen. Ward die Oligarchie gefordert, nur weil die offene

564) Nötzel, Grundlagen, S. 173/174.

Alleinherrschaft unmöglich schien? Die Herrschaft des Propheten über seine Gläubigen, des Aristokraten Lenin über die Masse? Ist es Zufall, daß er, seit er die Macht fest in Händen hat, die diktatorische Gewalt einzelner rechtfertigt? Wieder muß die Demokratie zum Deckmantel dienen, denn ihr Interesse soll es heischen. Wohl verlangt er die Diktatur für andere, nicht für sich. Doch auch die Stunde mag noch kommen.

Gibt das einen Schlüssel zu der sonderbaren Gestalt, die die Lehre von der Diktatur des Proletariats, der Grundstein des Leninschen Gedankengebäudes, bei ihm genommen? Aus einem „Begriff der Befreiung" wurde sie bei Lenin zu einem „Begriff der Unterdrückung"[565]), wie Max Adler treffend sagt. Wurde sie das nur infolge richtiger Konsequenz einer falschen Auffassung der Wesensverschiedenheit von Demokratie und Oligarchie? Oder steckt halb unbewußtes Folgen und Nachgeben gegenüber dem Triebe nach Macht in ihr, oder gar bewußtes Hinarbeiten darauf? Und wenn dies wahr wäre, welche Macht will Lenin erreichen? Will er Herrscher, will er Erlöser, will er beides zugleich sein? Ist ihm eines nur Mittel für das andere? Fragen, die unbeantwortet bleiben müssen, denn unbekannt ist uns sein Innerstes, zu wenig gekannt, was sein ganzes Schaffen bewegt. Nur einiges erkennen wir: den Versuch, aus dem alten Bau des Marxismus einen neuen zu gestalten, denn ein neuer Bau ist es, der sich vor uns erhebt, geformt aus den Steinen des alten und neuen, die dazu herangeschleppt wurden. Er will den alten Bau wiederherstellen, will, was unverständige, übergeschäftige Hände ihm daran gesündigt zu haben scheinen, hinwegräumen, um so die alten Formen in alter Reinheit wiedererstehen zu lassen. Doch: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir."

Vom Marxismus heißt es, er habe einmal Rußlands beste Jugend vor dem Untergang gerettet, als er „die jugendlichen Schwärmer Bescheidenheit lehrte, indem er die soziale Erlösung als geschichtliche Notwendigkeit, als unausbleibliches Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung hinstellte, und damit das persönliche Verdienst des einzelnen auf ein sehr bescheidenes Maß reduzierte"[566]), Nutzlosigkeit des Terrors bewies und das Zwecklose des Sichaufopferns darlegte. Dies allein wäre genugend, darzutun, wie wenig berechtigt

565) Max Adler, Arbeiterzeitung, 11. April 1919.
566) Luther, Ein Jahr, S. 11.

— von allem anderen Irrigen, das darin steckt, abgesehen — die Auffassung wäre, die an jene alte, „daß der Kampf der Romanen und Slaven gegen Marx geradezu das Resultat eines Rassenkampfes, eine Art Revanche für die Siege der Preußen von 1870" [567]) war, anknüpfend behaupten wollte, mit Lenin übe Rußland an Deutschland, der Osten am Westen, der russische Bolschewismus am deutschen Marxismus unredliche Vergeltung. Oder behauptet, er wolle es doch. Ob aber nicht, wie in allen Paradoxen, auch hier ein letzter Rest von Wahrheit steckt, wer wagt es zu entscheiden?

Und wenn hier flüchtig daran erinnert wurde, was der Marxismus für Rußland bedeutete, dann darf wohl auch, andeutungsweise wenigstens, der Rolle eines andern Russen für die marxistische und Arbeiterbewegung gedacht werden, eines andern Großen im Rechte der Revolution, des russischen Revolutionärs: Bakunins. Dürfen wir an ihm russisches Wesen und Lenin messen? Dürfen wir an Marx' — trotz oder vielleicht eben wegen seines Mißtrauens gegen Bakunin — scharfblickendes Urteil über ihn und die „russischen", despotischen Methoden erinnern und so die Parallelen mit dem Heute ziehen, die sich uns fast unwillkürlich aufdrängen? Soll es wirklich Schicksal und Verhängnis der Arbeiterbewegung werden, daß sich „die kostbare Zumutung, daß, um Einheit ins europäische Proletariat zu bringen, es russisch kommandiert werden muß!" [568]), nun, nach einem halben Jahrhundert Kampf gegen despotischen Utopismus, an ihm erfüllt? Wird etwa an Lenin wahr werden, was Marx als Bakunins Absicht hinstellte, „herablassend die Arbeiterbewegung unter russische Leitung nehmen zu wollen" [569]), und ist es ihm so, vielleicht in Erfüllung geheimster Gedanken, gegeben, zu vollbringen, was „diesem Russen" nicht gelang, „Diktator der europäischen Arbeiterbewegung zu werden"? [570]).

567) Tullio Martello, Storia dell'Internazionale, zitiert bei Fabbri a. a. O., S. 569.

568) Brief Engels' an Marx vom 29. April 1870. Briefwechsel, Bd. IV, S. 275.

569) Brief Marx' an Engels vom 18. Dezbr. 1868. Briefwechsel, Bd. IV, S. 124.

570) Brief Marx' an Engels vom 27. Juli 1869. Briefwechsel, Bd. IV, S. 183

Schlußwort

> Denk' ich an Deutschland in der Nacht,
> Dann bin ich um den Schlaf gebracht;
> Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
> Und meine heißen Tränen fließen.
>
> Heine

Wir sind mit unserm Versuch, die Lehren des russischen Bolschewismus, wie sie sich aus den Schriften seiner Führer ergaben, wiederzugeben, zu Ende, ebenso mit der damit parallel gehenden Untersuchung seines Anspruches, den „wahren" Marxismus darzustellen, ihn zu verwirklichen, Leben und Wirtschaft nach seinen Grundsätzen zu gestalten.

Der Versuch, einen Blick in eine Welt besonderen Denkens und Gestaltenwollens zu tun, läßt die Versuchung aufkeimen, zu fragen, was der Bolschewismus für uns geistig und praktisch bedeutet, welche Rolle er in den Geschicken Deutschlands und mit ihm und nach ihm Europas zu spielen berufen ist. Soweit durch Darstellung seines Wesens die Antwort auf diese Frage zu geben möglich ist, wurde sie gegeben. Ein Mehr zu tun, müssen wir uns versagen. Einmal und vor allem deshalb, weil eine derartige Vermutung unzertrennlich wäre von einer Wertung der Bewegung; dann aber auch, weil die Fäden täglichen Geschehens so durcheinanderlaufen, die Geschicke Deutschlands von in ihrer Wirkung unübersehbaren Einflüssen allzu abhängig sind, als daß wir uns klare Erkenntnis künftiger Möglichkeiten zutrauen dürften. Wir wissen heute nicht, wie sich unsere *allernächste* Zukunft gestalten wird; so vermögen wir auch kaum zu beurteilen, welche *endgültige* Bedeutung das Schicksal in diesem ungeheuren Kräftespiel einer *einzigen* Kraft beilegen wird. Nur eines können wir wohl heute schon, können wir aus der ganzen Wesenheit des Bolschewismus mit aller Zurückhaltung, die wissenschaftliche Sachlichkeit gebietet, folgern: was er, für sich genommen, für Wunsch und Wirklichkeit materiellen und geistigen Wiederaufbaus eines neuen, großen und glücklichen Deutschlands bedeutet. Und da blicken wir „mit unverhohlenem Neid" — aber auch ohne ein solches Tun verstehen zu können, auf alle jene, und gerade auf die von der Wahrheit ihrer

Worte selbst tief Durchdrungenen, die „mit dem Mann der Wissenschaft unbegreiflicher Sicherheit“[571]) dem deutschen Volke zu verkündigen wagen, daß der Bolschewismus ihm Erhebung aus tiefster Not und unsagbarem Elend zu bringen vermag, und die so, im besten Falle, zur Verwirklichung der Sehnsucht oder des Verlangens nach neuer Weltgestaltung ein Vorgehen als Allheilmittel anzuraten wagen, das auf alten Kummer neue Qual häufen, zur Vernichtung so vieler innerer und äußerer Werte eingestandenermaßen das Opfer der letzten gesellen will und muß. Denn das scheint die unausbleibliche Folge eines Tuns, das sofortige Verwirklichung eines Ideals fordert, fordert entgegen dem Willen nicht nur der Mehrheit, sondern auch der hierin mit ihr einigen Einsichtigsten des Volkes und das ihm die neue Wirklichkeit durch Gewalt aufzwingen will, ohne auch nur danach zu fragen, ob dieses Ideal den Wünschen des Volkes gemäß, und wenn dem so wäre, die Methode, es zu erreichen, ihnen angepaßt ist.

Ein Volk, das sich eine neue Zukunft schaffen will, die, wenn nicht sein eigenes, so doch seiner Kinder und Enkel Glück bedeuten soll, muß sich diese Zukunft aus freien Stücken und leuchtenden Blicks selbst erbauen, muß danach ringen und seine neuen Ideale und Werte aus seinem Innersten selbst schöpfen, nicht sie sich aufdringen lassen; es muß selbst zu erkennen und zu verstehen streben. Das aber tut der Bolschewismus nicht, darin der echte Sproß russischen Geistes; denn „der Russe kann gar nicht lassen von dem Hang, in geistigen Dingen zwingen zu wollen. Ja man glaubt in Rußland — und hier liegt der Kern der großen Kulturgefahr von seiten der russischen Revolution —, daß man den Menschen auch zu seinem Heile zwingen könne und müsse“[572]).

Auf diese Seite des Bolschewismus durfte hier wohl noch hingewiesen werden, denn das scheint, wenn wir ihn, niemand zuliebe, niemand zuleide, beurteilen wollen, eine sichere Erkenntnis, auf die, zumal im Kampfe der Parteien und Meinungen, nur zu leicht vergessen wird. Sie wird vergessen, wie die, daß es ein Universalheilmittel für alles Leid nicht geben kann, daß der Glaube an ein solches nur verwirrt, und daß die Wahrheit, daß Feuer und Schwert im Leben der Völker heilen können, was Wort und Überzeugung

571) Fuchs, Grundprobleme, S. 24.
572) Nötzel, Grundlagen, S. 111.

nicht zu heilen vermögen, wenn überhaupt, so nur eine Teilwahrheit sein kann; und — das mag eine der Nachwirkungen des übermenschlichen Ringens der letzten Jahre und seiner Begleiterscheinungen sein — weil weiten Kreisen die Anwendung der Mittel der Gewalt weit weniger verdammenswert erscheint, als ehedem. Umgestaltung, das tat uns vor dem Kriege not; der Krieg brachte uns inneren Zusammenbruch; doppelt notwendig ist sie für uns heute: geistige und materielle.

Wir wagen nicht zu entscheiden, in welchen Formen sich diese Umgestaltung der alten Welt vollziehen wird. Ob in der des jähen Zusammenbruchs, einer Welttragödie und Weltkatastrophe ohnegleichen, ob in gleichmäßiger Aufwärtsentwicklung zu neuen Formen des Zusammenlebens. Ungeheures haben wir erlebt, Ungeheuerliches mag uns noch bevorstehen; fast machtlos stehen der Einzelne und sein kleines Schicksal in das weltenumspannende der Völker gebannt. Da ist Prophezeien müßig. Da gilt es nur zu versuchen, wahrzumachen, was allein als ein Letztes menschlicher Einsicht und menschlichem Wollen beschieden: bewußte Hingabe an das absolut Notwendige. Hoffnung und Wunsch bleiben uns, daß als dieses Notwendige die Neu- und Umgestaltung unseres gesamten geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Lebens sich erweise, daß es, klar erkannt und gewollt, in Bahnen jener Humanität sich vollende, die des geistigen Deutschlands größte Tat war. Dann wird in tiefster innerer und äußerer Not sich das Dichterwort erst recht als Wahrwort erweisen:

Deutschland hat ewigen Bestand,
Es ist ein kerngesundes Land.

Daß es das bleibe, sei aller Wunsch, mitzuhelfen dabei, aller Ziel und Aufgabe. Dürfen wir hoffen, daß vor ihnen zurücktreten wird, was trennend zwischen uns steht? Wie über die, die guten und die schlechten Willens sind in allen Landen, so wird über Deutschland, das kommende wie das vergangene, über seine Bedrücker und über die an seine Zukunft Glaubenden, über sie alle, die diese Zukunft nach ihren Plänen und ihren Zielen zu gestalten unternehmen, über ihre Lehren wie über ihre Mittel, die Weltgeschichte als Weltgericht ihr letztes Urteil sprechen. Vor ihrem Forum wird auch endgültig entschieden werden, was Schein und was Sein an der neuen Heilslehre des Bolschewismus ist, und ob eine Lehre, die Gewalt predigt, um die Menschheit zu einem ver-

meintlichen Glück zu führen, eine Lehre, die das Höchste im Menschen, die Persönlichkeit, mißachtet und verneint, dauernd vor ihrem strengen Richterstuhle bestehen kann.

Geschrieben an dem Tage, der eine Weltenwende hätte bedeuten müssen, doch alten Weltunsinn maßlosen Triumph feiern ließ; an dem Tage, der den Völkern statt Verständigung und Versöhnung einen Friedensschluß brachte, der die Sieger so tief entwürdigte, als er die Besiegten demütigte; an dem Tage, von dem wir, trotz alledem und alledem, die zaghafte Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß er für die Menschheit den Beginn eines neuen, besseren Zeitalters bedeutet: 28. Juni 1919.

Literatur [1])

I. Bolschewistische und kommunistische Literatur

Anonymus, Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland, 1918 (nicht im Buchhandel). Veröffentlicht in der „Prawda" vom 26. Dezember 1917. Nach einer vom Osteuropainstitut in Breslau zur Verfügung gestellten Übersetzung.

Berliner, H., Der bolschewistische Staat. Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde, 1919.

Bolschewik, Die Sünden des Bolschewismus. Von einem Bolschewik, A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

Borchardt, J., Die Diktatur des Proletariats. Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde, 1919.

Borchardt, J. und Berliner, H., Der kommunistische Aufbau, 2. Aufl. Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde.

Bucharin, N., Das Programm der Kommunisten.* Verlag „Die soziale Revolution", Wien; A. Hoffmanns Verlag, Berlin; Union-Verlag, Zürich.

— Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturze der Bourgeoisie [2]).
  I. Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland.
  II. Von der Diktatur des Imperialismus zur Diktatur des Proletariats. Union-Verlag, Zürich.

Grigorowitsch, J., Die Wahrheit über die Bolschewiki. Internationale Rundschau Zürich;* Verlag „Die Aktion", Berlin-Wilmersdorf.

Kommunistisches Manifest, Das neue, Willascheck & Co., Hamburg. Unter dem Titel „Manifest der Kommunistischen Internationale" in der Roten Fahne, Mannheim, erschienen.

Kommunistische Partei Deutschlands. Was will der Spartakusbund? [2])

Lenin, N., Ein Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter (vom 8. April 1917) in „Krieg und Revolution".

— Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Verlag „Die Aktion" Berlin-Wilmersdorf, 1919.

1) Es ist die bis 1. Juni 1919 erschienene bolschewistische und kommunistische Literatur, soweit sie in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, aufgenommen. Im Interesse der Vollzähligkeit wurden auch Schriften, die nicht zugänglich waren, in das Verzeichnis aufgenommen, werden jedoch besonders kenntlich gemacht. Im Falle, wo eine Schrift in mehreren Verlagen erschienen ist, wurde die Ausgabe, nach der in der vorliegenden Arbeit zitiert ist, mit „*" kenntlich gemacht.

2) Stand nicht zur Verfügung.

Lenin, N., Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter (vom 20. August 1918). Aktion, 8. Jahrg., Heft 51—52.

— Der Kampf ums Brot. Promachos-Verlag, Belp-Bern[3]).

— Kautskys „Diktatur des Proletariats“. Aktion, 8. Jahrg., Heft 47—48. Auch unter dem Titel „Der Renegat Kautsky und die proletarische Revolution“ in etwas veränderter Form als Broschüre erschienen. Holzer. Wien.

— Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In „Krieg und Revolution“.

— Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. In „Krieg und Revolution“.

— Kommunistische Politik in Rußland. In „Die Internationale“, Heft 2—3, Berlin, Komet-Verlag.

— Rede bei Auflösung der Konstituante. Auszugsweise in Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

— Rede auf dem Kongress der Volkswirtschaftsräte. In Kaplun-Kogan, Russisches Wirtschaftsleben.

— Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Kritik von Rosa Luxemburg. „Die Neue Zeit“, Jahrg. 22, Bd. 2, S. 484ff., S. 529ff

— Staat und Revolution.* Verlag „Die Aktion“ Berlin-Wilmersdorf; Verlag der „Lichtstrahlen“ Berlin-Lichterfeld.

— Am Tage nach der Revolution, Genossenschaftsdruckerei, Zürich, 1918.

— Kundgebungen. Verlag „Die Aktion“ Berlin-Wilmersdorf, 1919 (Voranzeige).

Lenin und Trotzki, Krieg und Revolution. Schriften und Aufsätze aus der Kriegszeit, Kommissionsverlag der Grütlibuchhandlung Zürich, 1918.

Lunatscharski, Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse, Verlag „Die Aktion“ Berlin-Wilmersdorf, 1919.

Miljutin, W. P., Die internationale Lage, Promachos-Verlag, Belp-Bern[3]).

Münzenberg, W., Von der Revolte zur Revolution, Spartakus-Verlag, Stuttgart-Degerloch.

Philips-Price, M., Die Wahrheit über die Intervention der Alliierten in Rußland, Promachos-Verlag, Belp-Bern[3]).

Radek, K., Die Diktatur des Proletariats (Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat).* Verlag des Bezirkssekretariats der Kommunistischen Partei für Rheinland-Westfalen; Essen. A. Hoffmanns Verlag, Berlin. Ursprünglich als Vorrede zu Bucharins Programm im Union-Verlag, Zürich erschienen. Die andern deutschen Ausgaben enthalten diese Vorrede nicht.

— Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage. Berlin 1919. Druck von Otto Godemann (kein Verlag angegeben).

— Die Kommunistische Revolution, Krieg und Friede. In „Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage“.

Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Manifest vom 1. November 1914. In Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution.

— Resolution der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. In Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution.

Steklow, G., Wer sind die Kommunisten? A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

3) Stand nicht zur Verfügung

Strathahn, A., Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Förderativen Sowjet Republik. Kommentar. Union-Verlag Zürich, 1918;* Kommunistische Bibliothek Nr. 1. Druck von Karl Teuscher, Berlin W.

Sturm, Fr., Das bolschewistische Rußland. Proletarische Flugschriften zur Revolution Nr. 1 Verlag der Kommunistischen Arbeiterzeitung, Hamburg.

Trotzki, L. N., Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten.⁴ Revolutionsbibliothek Nr. 1. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin 1919; Buchhandlung des Arbeiterbundes. Basel 1918.

Trotzki, L. N., Die Rote Armee. In „Über die Rote Armee".

— Europa und die Revolution. Auszug aus dem Buche Trotzkis „Unsere Revolution". In Heft „Bolschewismus" der Süddeutschen Monatshefte.

— Der Krieg und die Internationale. In Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution. Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde.

— Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag, Promachos-Verlag, Belp-Bern;* A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

— Die Sowjetmacht und der internationale Imperialismus. Promachos-Verlag, Belp-Bern 1918.

Trotzki, L. N. und Sinowjew, G., Über die Rote Armee. Buchhandlung des Arbeiterbundes, Basel 1919.

Tschitscherin, S. W., Offener Brief Tschitscherins an Woodrow Wilson vom 24. Oktober 1918. A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

— Ein diplomatischer Notenwechsel über den weißen und roten Terror. *„Die Aktion" Berlin, Jahrg. 8, Heft 33—34, Heft Bolschewismus der Süddeutschen Monatshefte.

Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. Verlag „Die Aktion" Berlin-Wilmersdorf, Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 2 S. 471 ff., S. 499 ff. Kommunistische Bibliothek Nr. 1. Berlin; Promachos-Verlag, Belp-Bern; Grünbergs Archiv, Jahrg. 8, Heft 2/3, S. 402 ff.

Viator, Rußland und Deutschland. Promachos-Verlag, Belp-Bern.⁴)

Zinowjew, G. (Sinowjew), Unsere Lage und die Aufgabe, eine Rote Armee zu schaffen. In „Über die Rote Armee".

Zinowjew, G. und A. Lenin, Sozialismus und Krieg. In Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution.

Die Internationale, eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, Heft 2 und 3, Kometen-Druckerei, Berlin.

Lichtstrahlen, Zeitschrift für internationalen Kommunismus. Hgb. Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde.

II. Literatur über den Bolschewismus

Adler, Max, Probleme der sozialen Revolution, Arbeiterzeitung, Wien, 30. März, 2., 6., 11., 17. April und 1. Mai 1919.

Alkylos, Cäsarismus, Bolschewismus, Erpe-Verlag, Berlin

---

4) Stand nicht zur Verfügung.

Anin, S. J., Der Vereinigungskongress der russischen Sozialdemokratie. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 2, S. 305.

Anonymus. Der Bolschewismus, seine Bedeutung und seine Folgeerscheinungen. Karl Harbauer, Wien und Leipzig 1919.

— Die Wahrheit über die Bolschewiki. Verlag „Klarheit", Königsberg i. Pr.

Antropow, A., Der asiatische Bolschewismus — das Ende Deutschlands und Europas, Revolutionäre Flugschriften 2, Berlin.

Aram, K., Zur Vorgeschichte des Bolschewismus. In Heft „Bolschewismus" der Süddeutschen Monatshefte.

Blos, W., Der neue russische Staat. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 1. S. 392 ff.

Bousset, Das Soll und Haben des Bolschewismus im Lebensbuch des deutschen Volkes, Berlin 1919.

— Das Spartakusprogramm in Wiedergabe und Widerlegung, Berlin 1919.

Böttcher, H., Die Wahrheit über die Bolschewiki, Antwort auf Grigorowitsch Revolutionäre Flugschriften 4, Berlin.

Brandt, B., Der Bolschewismus und seine Heilung. Kiel 1919.

Brönner, W., Das wahre Gesicht der bolschewistischen Gefahr, Königsberg i. Pr.

Burzew, V. L., Seid verflucht, Ihr Bolschewiki. Der Freie Verlag, Bern.

Chavichvily, K., Offener Brief an den Genossen Jean Longuet, Abgeordneten des Departements Seine. Der Freie Verlag, Bern.

Cunow, H., Die Diktatur des Proletariats. Die Neue Zeit, Jahrg. 37, Bd. 1, S. 170 ff.

Dokumente 70 über die Beziehungen der Bolschewiki zur deutschen Heeresleitung, Großindustrie und Finanz. Hgb. vom Committee of Public Information of the U.S.N.A. Der Freie Verlag, Bern.

Dörschlag, S., Bolschewismus, Idealismus und Kultur. Revolutionäre Flugschriften 5, Berlin.

Duhr, B., Der Bolschewismus, Flugschriften der „Stimmen der Zeit", 6. Heft, Freiburg i. B.

Erhardt, B., Der Bolschewismus als Totengräber, Berlin.

— Erlebnisse eines Bremer Kaufmanns im bolschewistischen Rußland. In Heft „Bolschewismus" der Süddeutschen Monatshefte.

Eltzbacher, P., Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft, Jena 1919 (erst nach Abschluß der Arbeit zugänglich gewesen).

Fenner, H., Die Despoten der Sowjetrepublik. Revolutionäre Streitfragen, 10. Heft, Berlin 1919.

— Maxim Gorkis politische Gesinnung und seine Stellungnahme zu der Sowjetregierung. Revolutionäre Streitfragen, 11. Heft, Berlin 1919.

Freytag-Loringhoven, A. v., Was lehrt uns die russische Revolution? Breslau.

— Geschichte der russischen Revolution (Voranzeige).

Führer durch die bolschewistische und antibolschewistische Literatur. Hgb. vom Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus, Berlin 1919.

Gawronsky, D., Die Bilanz des russischen Bolschewismus, Berlin 1918.

Gerlich, F., Der Bolschewismus als Konsequenz des Marxismus. In Heft Bolschewismus der Süddeutschen Monatshefte.

Gorki, M., Ein Jahr Bolschewismus. Im gleichnamigen Heft der Süddeutschen Monatshefte.

Hirschberg, M., Bolschewismus. München 1919 (erst nach Abschluß der Arbeit erschienen)

Hofmiller, J., Nietzsche und der Bolschewismus in Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

Hübener, E., Die bolschewistische Volkswirtschaft. Volkswirtschaftliche Blätter. 17. Jahrg., Nr. 23—24.

Hurwicz, E., Der Bolschewismus innerhalb der ru[illegible] Parteien. In Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

Kaplun-Kogan, W., Russisches Wirtschaftsleben [illegible] Herrschaft der Bolschewiki. Quellen und Studien, 1. Abt., Recht [illegible] Wirtschaft. Osteuropainstitut in Breslau, Leipzig und Berlin 1919.

Kautsky, K., Die Differenzen unter den russischen Sozialisten. Die Neue Zeit Jahrg. 23, Bd. 2, S. 68 ff.

— Demokratie oder Diktatur. 2. Aufl., Berlin 1918 (Teildruck aus „Die Diktatur des Proletariats“).

— Die Diktatur des Proletariats. 4. Aufl., Wien 1919.

— Terrorismus und Kommunismus, 6.—10. Tausend, Berlin o. J. (erst nach Abschluß der Arbeit erschienen).

— Das Weitertreiben der Revolution, Berlin.

Klibanski, J., Der Kommunismus in Rußland und die Diktatur des Proletariats. Revolutionäre Streitfragen, 7. Heft, Berlin 1919.

Knoerzer, G., Rußland nach einem Jahre Bolschewismus. In Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

Köhrer, E., Das wahre Gesicht des Bolschewismus, Berlin 1919.

Kossowski, Wl., Das bolschewistische Regime in Rußland, Olten 1918.

Krane, F., Die Ziele des Bolschewismus und die Gefahr ihrer Verwirklichung. Aschaffenburg 1919 (lag nicht vor).

Ledoc, K. J., Rußlands streitende Kräfte. Die Neue Zeit, Jahrg. 37, Bd. 2, S. 51 ff., S. 80 ff.

Lessing, W., Der Bolschewismus in Rußland und seine Wirtschaftspolitik. Revolutionäre Flugschriften 1, Berlin.

— Die Wirtschaftspolitik des Bolschewismus in Rußland. In Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

Leipziger Bürgerausschuß, Wie sieht es heute in Rußland aus? (stand nicht zur Verfügung).

Liebherr, K., Der Bolschewismus in Rußland und Deutschland. Berlin.

— Erstes Ergänzungsheft zu obigem.

Luther, A., Ein Jahr Bolschewismus. In Sammlung „Deutsche Revolution“, 2. Heft, Leipzig 1919.

— [illegible] geistige und politische Vorstellungswelt der Bolschewiki. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Berlin [illegible] [illegible]zig 1918.

— [illegible] der Frühzeit des Bolschewismus. Schmollers Jahrbuch, Jahrg. 43, H. 2, S. 121 ff. ([illegible] nach Abschluß der Arbeit erschienen).

Luxemburg, Rosa, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. Die Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. 2, S. 484 ff., S. 529 ff.

Süddeutsche Monatshefte Okt. 1918 „Ein Jahr russische Revolution“. München

Süddeutsche Monatshefte. Januar 1919. „Bolschewismus“, München.

— April 1919. „Die Ausbreitung des Bolschewismus“, München. Dieses erst nach Abschluß der Arbeit zugänglich gewesene Heft enthält nachstehende Aufsätze:

Eliasberg, D., Die Bolschewiki in Jalta.

Hurwicz, E., Die Weltexpansion des Bolschewismus. Versuch einer Prognose.

Maday, A. de, Zur Rechtsphilosophie des Bolschewismus.

Walk, J. A., Die Sturmzeichen in den Entente-Staaten.

Müller, H., Der Bolschewismus in der Schweiz.

Lavater, E., Der Einfluß des Bolschewismus auf die Schweiz

Debrit, J., Der Bolschewismus in den Ländern der Entente.

Belina, J., Ziel und Weg der modernen Arbeiterbewegung.

Schweizer Arzt, Der Cafard.

Demiani, A., Zur revolutionären Bewegung in der Schweiz

Hentig, H. v., Die letzten Tage der Münchener Kommune.

Eliasberg, D., Russischer und Münchener Bolschewismus.

Buttel-Reepen, H. v., Staatsleben in der Natur.

Coßmann, P. N., Bolschewismus und Christentum.

Paquet, A., Der Geist der russischen Revolution, Leipzig 1919.

— Aus dem bolschewistischen Rußland. Flugschriften der Frankfurter Zeitung, 4. Heft, Frankfurt a. M. 1919.

— Im kommunistischen Rußland, Jena 1919.

Parvus, Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter.

1. Die wirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus.
2. Sozialismus und Bolschewismus.
3. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems, Berlin 1919.

Quessel, L., Der Aufbau des neuen Rußland. Sozialistische Monatshefte 1918, S. 7 ff.

— Vom Bolschewismus zum Reformismus. Sozialistische Monatshefte 1918, S. 667 ff.

— Eduard David und der bolschewistische Separatismus. Sozialistische Monatshefte 1918, S. 826 ff.

Rostowzew, M. J., Bolschewismus und Bildung. In Heft „Bolschewismus“ der Süddeutschen Monatshefte.

Rückwanderer, Deutsche über Rußland und den Bolschewismus, Berlin.

Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Delegation. „Stimmen aus Rußland“, Stockholm [5]).

Rußland-Schweizer, Unter der Herrschaft des Bolschewismus, Zürich [5]).

Rysto, K., Bolschewisten-Spiegel, Hamburg-Berlin 1919.

Sarkastus, O., Die Wahrheit über den Bolschewismus. Voranzeige.

Scheller-Steinwartz, v., Bolschewismus und Jakobinertum. „Der Tag“. 1. Juni 1919.

Schiemann, P., Die Asiatisierung Europas. Revolutionäre Streitfragen, 4. Heft, Berlin 1919.

— Massenelend. Russische Erfahrungen und deutsche Bekenntnisse, Revolutionäre Streitfragen, 2. Heft, Berlin 1919.

---

5) Stand nicht zur Verfügung.

Schilling, C. v., Der Imperialismus der Bolschewiki. Revolutionäre Streitfragen, 8. Heft, Berlin 1919.
Schippel, M., Das bolschewistische Zerrbild des Marxismus. Sozialistische Monatshefte, 1918, S. 1123 ff.
Sochaczaver, H., Bürgertum und Bolschewismus. Revolutionäre Flugschriften 3, Berlin 1919.
Söderhjelm, H., Der rote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Leipzig 1918[6]).
Sombart, W., Sozialismus und soziale Bewegung. 7. Aufl., Jena 1919.
Stadtler, E., Der Bolschewismus und seine Überwindung. Revolutionäre Streitfragen, 1. Heft, Berlin 1919.
— Bolschewismus und Wirtschaftsleben. Revolutionäre Streitfragen, 12. Heft, Berlin 1919.
— Der kommende Krieg. Revolutionäre Streitfragen, 6. Heft, Berlin 1919.
— Ist Spartakus besiegt? Der Bolschewismus als weltpolitisches Problem, Revolutionäre Streitfragen, 9. Heft, Berlin 1919.
Stadtler, E., Die Ursachen der russischen Märzrevolution. Revolutionäre Streitfragen, 5. Heft, Berlin 1919.
— Der einzige Weg zum Weltfrieden. Revolutionäre Streitfragen, 14. Heft, Berlin 1919.
Stegerwald, A., Unsere Not und unsere Rettung. Revolutionäre Streitfragen, 3. Heft, Berlin 1919.
Streltzow, R., Der politische Massenstreik in Rußland und seine Lehren. Sozialistische Monatshefte 1907, S. 131 ff.
— Das zweite russische Parlament. Sozialistische Monatshefte 1907, S. 291 ff.
— Die gegenwärtige Politik der sozialistischen Gruppen in Rußland. Sozialistische Monatshefte 1910, S. 1061 ff.
— Eine Umformung der russischen Sozialdemokratie. Sozialistische Monatshefte 1909, S. 1432 ff.
— Über die ökonomischen, sozialen und geistigen Ursachen der russischen Revolution. Sozialistische Monatshefte 1906, S. 862 ff.
— Die beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie. Sozialistische Monatshefte 1906, S. 1001 ff.
Ströbel, H., Demokratie und Rätesystem. Arbeiterzeitung Wien, 29. Mai 1919.
Trotzki, L. N., Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie. Die Neue Zeit, Jahrg. 28, Bd. 2, S. 860 ff.
Vorst, H., Der Bolschewismus und seine Lehren, Berlin.
— Das bolschewistische Rußland, Leipzig 1919.
W., Dr., Der Bolschewismus, wie er wirklich ist. Dresden 1919.
Der rote Adler, Hgb. Adolf Sommerfeld, Heft Nr. 1, Berlin 1918.
Anti-Bolschewistische Korrespondenz. Hgb. Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus, 1918 ff.
In der Tagespresse erschienene Aufsätze über den Bolschewismus wurden im allgemeinen in dieses Literaturverzeichnis nicht aufgenommen.

6) Stand nicht zur Verfügung.

III. Auf Rußland, insbesondere auf die russische Arbeiterbewegung, bezügliche Literatur

Adler, G., Mayer, G., Artikel Sozialdemokratie. Hdw. d. Stw., 3. Aufl., Bd. 7, S. 568 ff.

Alexinski, G., Das ausländische Kapital im Wirtschaftsleben Rußlands. Die Neue Zeit, Jahrg. 32, Bd. 1, S. 435 ff.

— Amerikanische Tendenzen im russischen Kapitalismus. Die Neue Zeit, Jahrg. 29, Bd. 1, S. 804 ff.

Auhagen, Zur Beurteilung der russischen Agrarreform. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft".

Axelrod, J., Die revolutionären Parteien in Rußland während der Jahre 1898—1903. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 2, S. 4 ff., 50 ff., 88 ff., 156 ff., 186 ff.

Axelrod, P., Die historische Berechtigung der russischen Sozialdemokratie. Die Neue Zeit, Jahrg. 16, Bd. 2, S. 100 ff., 140 ff.

— P., Das politische Erwachen der russischen Arbeiter und ihre Maifeier von 1891. Die Neue Zeit, Jahrg. 10, Bd. 2, S. 36 ff., 78 ff., 109 ff.

Ballod, K., Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der russischen Volkswirtschaft. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft".

Beckmann, F., Die Agrarreform in Rußland. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge, 7. Jahrg., S. 587 ff.

Berdjajew, N., Die politische und die philosophische Wahrheit. In „Rußlands politische Seele".

Biermer, M., Artikel „Arbeitseinstellungen in Rußland". Hdw. d. Stw., 3. Aufl., 1. Bd., S. 1030 ff.

Brückner, Die Bedeutung der neuen russischen Literatur. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft".

Bulgakow, S., Zur Psychologie des politischen Heroismus. In „Rußlands politische Seele".

Bulkin, F., Über die legale Arbeiterbewegung in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 30, Bd. 2, S. 269 ff.

Claus, R., Die Arbeitsausstände in Rußland während der Jahre 1895—1904 und die Methode der Statistik. Conrads Jahrbücher, III. F., 32. Bd., S. 801 ff.

— Die Streikbewegung in Rußland während des Jahres 1905 nach der amtlichen Statistik. Conrads Jahrbücher, III. F., 36. Bd., S. 376 ff.

— Die Rentabilität der russischen Aktiengesellschaften. Conrads Jahrbücher, III. F., Bd. 39, S. 494 ff.

Cohen, M., Rußland und die deutsche Zukunft. Sozialistische Monatshefte 1918, S. 113 ff.

Cunow, H., Revolutionschaos. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 1, S. 25 ff.

Frank, S., Die Ethik des Nihilismus. In „Rußlands politische Seele".

Goebel, O., Russische Industrie. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft".

Goldstein, J., Artikel „Gewerkvereine in Rußland". Hdw. d. Stw., 3. Aufl., Bd. 4, S. 1212 ff.

Grigorjanz, A. (Aer.), Artikel über die russische Gewerkschaftsbewegung. Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jahrg. 1910 ff.

Gromann, W. v., Die neue Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, 2. Bd., S. 157 ff.

Grünberg, C., Artikel „Sozialdemokratie“. Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Aufl., Bd. 2, S. 799 ff.

Hettner, A., Rußland. 2. Aufl., Leipzig-Berlin 1916.

Hoetzsch, O., Die innere Entwicklung Rußlands seit 1905. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.

— Rußland, Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904–1912, Berlin 1913.

Holl. Die religiösen Grundlagen der russischen Kultur. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.

Hurwicz, E., Rußlands politische Seele, Russische Bekenntnisse. Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte, Bd. 32–33, Berlin 1918.

Internationales Sozialistisches Bureau. Die Revolution in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 1, S. 447 ff.

Isgojew, A., Über die revolutionäre Jugend. In „Rußlands politische Seele“.

Jüdischer Arbeiterbund. Die ökonomische und rechtliche Lage der Juden in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 23, Bd. 1, S. 592 ff.

Karski, J., Ein Mißverständnis. Die Neue Zeit, Jahrg. 29, Bd. 1, S. 100 ff.

— Die sozialdemokratische Partei in Russisch-Polen. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 2, S. 576 ff.

Kautsky, K., Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 1, S. 284 ff., 324 ff.

— Die Agrarfrage in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 1, S. 12.

— Die neue Bewegung in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 19, Bd. 2, S. 123 ff.

— Der Eispalast. Die Neue Zeit, Jahrg. 35, Bd. 1, S. 609 ff.

Kistjakowski, B., Zum Schutze des Rechts. In „Rußlands politische Seele“.

Koefoed, A., Die russische Agrargesetzgebung und ihre Durchführung in der Praxis. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.

Kollontay, A., Die russische Arbeiterbewegung in den Zeiten der Reaktion. Die Neue Zeit, Jahrg. 28, Bd. 2, S. 484 ff.

Kolossow, N., Die Organisationen der russischen Arbeiter. Die Neue Zeit, Jahrg. 16, Bd. 2, S. 577 ff.

Kritschewski, B., Die russische revolutionäre Bewegung einst und jetzt. Die Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 1, S. 642 ff., 657 ff., 701 ff.

— Zur Lage der russischen Fabrikarbeiter. Die Neue Zeit, Jahrg. 12, Bd. 1, S. 625 ff.

Larin, J., Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Die Neue Zeit, Jahrg. 33, Bd. 1, S. 274 ff.

Leuthner, K., Russischer Volksimperialismus. Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte, Berlin 1916.

Linitsch, A., Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie. Die Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 1, S. 869 ff.

Lossitzki, A., Das Wahlsystem für die russische Reichsduma. Die Neue Zeit, Jahrg. [illegible], Bd. 2, S. 241.

Lusnia, M., Unbewaffnete Revolution? Die Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. 1, S. 559 ff.

Luxemburg, Rosa, Die Revolution in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 23, Bd. 1, S. 572 ff.

Marchionini, F., Zur Frage der Agrarreform in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 35, Bd. 2, S. 234 ff.

Martow, L., Die preußische Diskussion und die russische Erfahrung. Die Neue Zeit, Jahrg. 28, Bd. 2, S. 907 ff.

— Die erste Epoche der russischen Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 1, S. 18 ff., S. 52 ff

Martynow, A., Die Duma und die Arbeiter in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 35, Bd. 1, S. 570 ff.

Masaryk, Th. G., Rußland und Europa. Studien über die geistigen Strömungen in Rußland. I. Folge. Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie, Jena 1913.

Masslow, P., Die Agrarfrage in Rußland, Stuttgart 1907.

„Natschalo“, Die Aufgaben der Sozialdemokratie Rußlands. Programmartikel. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 1, S. 451.

Nedow, A., Die nächste Aufgabe der russischen Sozialdemokratie. Sozialistische Monatshefte 1906, S. 538 ff.

Neubecker, Die Grundzüge des russischen Rechts. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.

Nötzel, K., Die Grundlagen des geistigen Rußlands, Jena 1917.

— Das heutige Rußland. Eine Einführung an Hand von Tolstois Leben und Werken, München 1915.

Oganowski, Die Agrarfrage in Rußland seit der Revolution. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 37, S. 701 ff.

Olberg, P., Die gewerkschaftliche Bewegung Rußlands während der Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 2, S. 389 ff.

Oldenberg, K., Der russische Nihilismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Leipzig 1888.

Pashitnow, K. A., Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson. Mit einem Anhang von M. Nachimson, Stuttgart 1907.

Plechanow, G., Die Aufhebung der bäuerlichen Haftpflicht in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. 1, S. 199 ff.

— Rußlands sozialpolitische Zustände im Jahre 1890. Die Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2, S. 661 ff., 691 ff., 731 ff., 765 ff., 791 ff., 827 ff.

Preyer, W. D., Die russische Agrarreform, Jena 1914.

Programm der Sozialrevolutionären Partei Rußlands. Die Neue Zeit, Jahrg. 24, Bd. 2, S. 360 ff.

Prokopowitsch, S., Über die Bedingungen der industriellen Entwicklung Rußlands, Tübingen 1913.

Quessel, L., Die industriellen Kräfte Rußlands. Sozialistische Monatshefte 1918, S. 183.

— Der deutsche Quasim[illegible]us und die russische Revolution. Sozialistische Monatshefte 191[illegible]

Rabinowitsch, S., [illegible]sationen des jüdischen Proletariats in Rußland Volkswirtschaftli[illegible] A[illegible]handlungen der badischen Hochschulen, VII. Bd., 2. Ergänzungsbd., Karlsruhe 1903

Rabinowits, S. (Rabinowitsch, S.), Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland bis zur großen Revolution von 1905, Berlin 1914.

Raffalowitch, A., Russia: Its Trade and Commerce, London 1918.

Rjasanow, N., Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 23, Bd. 1, S. 636 ff., 679 ff., 731 ff.

Rohrbach, P., Russisches, Denkschrift. 2., stark vermehrte Auflage (nicht für die Presse).

Protokoll des III. Parteitages der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, München 1905.

Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. 2, S. 537.

Rußlands Kultur und Volkswirtschaft. Hgb. von Max Sering. Berlin und Leipzig 1913.

Sassulitsch, W., Die terroristische Strömung in Rußland. Die Neue Zeit. Jahrg. 21, Bd. 1, S. 324 ff., 361 ff.

Scher, W., Die Gewerkschaftsbewegung der letzten zwei Jahre in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 32, Bd. 2, S. 120 ff.

Schulze-Gävernitz, G. v., Volkswirtschaftl. Studien aus Rußland, Leipzig 1899.

Simkhowitsch, W. G., Artikel „Bauernbefreiung in Rußland". Hdw. d. Stw. 3. Aufl., Bd. 2, S. 602 ff.

— Artikel „Mir". Hdw. d. Stw. 3. Aufl., Bd. 6, S. 714 ff.

— Die sozialökonomischen Lehren der russischen Narodniki. Conrads Jahrb., III. F., Bd. 14, S. 641 ff.

Solowjew, W., Rußland und Europa, Jena.

Sorow, E., Die jüdische Sozialdemokratie in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 812 ff.

Spectator, Der Einfluß der Agrarunruhen von 1905 und 1906 auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 31, Bd. 2, S. 84 ff.

— Die Umwälzungen in den russischen Agrarverhältnissen. Die Neue Zeit, Jahrg. 32, Bd. 1, S. 973 ff.

Stein, A., Der Zusammenbruch des Zarismus. Die Neue Zeit, Jahrg. 34, Bd. 1, S. 14 ff.

— Der russische Umsturz. Die Neue Zeit, Jahrg. 35, Bd. 2, S. 1 ff.

— Die inneren Gegensätze der russischen Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 35, Bd. 2, S. 337 ff., 372 ff.

Steklow, G., Michael Bakunin, Stuttgart 1913.

— Die russischen Wahlen. Die Neue Zeit, Jahrg. 31, Bd. 1, S. 46 ff.

— Die sozialdemokratische Fraktion in der 3. Duma. Die Neue Zeit, Jahrg. 30, Bd. 2, S. 576 ff., 616 ff.

Stepniak, Der Terrorismus in Rußland und in Europa. Die Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 1, S. 263 ff., 281 ff.

Stern, E. v., Die russische Agrarfrage und die russische Revolution. Auslandsstudien der Universität Halle-Wittenberg, Heft 11, Halle a. Saale 1918.

— Regierung und Regierte, Politiker und Parteien im heutigen Rußland. Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg, Heft 3—4, Halle a. Saale 1917.

Streltzow, R., Die russische Gewerkschaftsbewegung. Sozialistische Monatshefte 1907, S. 533 ff.

Streltzow, R., Zum 25. Todestage Chalturins, des Vaters der russischen Arbeiterbewegung. Sozialistische Monatshefte 1907, S. 660 ff.
Struve, P., Der Radikalismus und der Staat. In „Rußlands politische Seele“.
Thun, A., Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland, Leipzig 1883.
Trotzki, L. N., Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 2, S. 76 ff.
— Die Duma und die Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 25, Bd. 2, S. 377 ff.
— Rußland in der Revolution, Dresden (1909).
Tscherewanin, A., Das Proletariat und die russische Revolution, Stuttgart 1908.
Tschudnowski, G., Schriften russischer Sozialisten über den Krieg. Grünbergs Archiv, Jahrg. 7, S. 60 ff.
Tugan-Baranowski, M., Artikel „Arbeiterschutzgesetzgebung in Rußland“ Hdw. d. Stw., 3. Aufl., 1. Bd., S. 704.
— Die russische Fabrik. Sozialgeschichtliche Forschungen, Bd. V/VI.
Verow, N. E., Die russische sozialistische Tagespresse. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 1, S. 176 ff.
— Die Agrarfrage in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 1.
1) Die Lage der russischen Kleinbauernschaft, S. 320 ff.
2) Die Agrarprogramme der russischen Parteien, S. 346 ff.
Verow, N. E., G. V. Plechanow. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 2, S. 259 ff.
— Revolutionäre Kämpfe in Rußland. Die Neue Zeit, Jahrg. 36, Bd. 2, S. 361 ff.
— Die große russische Revolution, Berlin 1917.
Warski, A., Stolypin und die Duma. Die Neue Zeit, Jahrg. 29, Bd. 2, S. 417 ff.
Weber, H., Die russische Revolution und das europäische Proletariat, Wien 1917.
Weber, Max, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 22, S. 234 ff.
— Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 23, S. 165 ff.
Wiedenfeld, K., Rußlands Stellung in der Weltwirtschaft. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.
— Sibirien in Kultur und Wirtschaft. Moderne Wirtschaftsgestaltungen, hgb. von Kurt Wiedenfeld, Heft 3, Bonn 1916.
Wieth-Knudsen, K. A., Bauernfrage und Agrarreform in Rußland, München und Leipzig 1913.
Wilkow, Die russischen Finanzen. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.
Winiarski, L., Der Sozialismus in Russisch-Polen. Die Neue Zeit, Jahrg. 10, Bd. 1, S. 435 ff., 485 ff.
Witte, A. v., Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, X. Bd., Ergänzungsbd. 3.
Wossidlo, Die Petersburger Industrie. In „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“.
Zilliacus, K., Revolution und Gegenrevolution in Rußland und Finnland, München 1912.
Auswärtiges Amt, Nachrichten-Abteilung. Wochenberichte der Auslandslektorate. Jahrg. 1917 und 1918.
Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jahrg. 1910 ff.
Reichsarbeitsblatt, 1. Jahrg. ff.

IV. Weitere Literatur

Adler, G., Artikel „Sozialismus und Kommunismus". Hdw. d. Stw., 3. Aufl., Bd. 7, S. 604 ff.

— Geschichte des Sozialismus und Kommunismus von Plato bis zur Gegenwart 1. Teil, Leipzig 1899.

Adler, Max, Der Kommunismus bei Marx. Grünbergs Archiv, Jahrg. 6, S. 229 ff.

— Marx als Denker, Berlin 1908.

Ballod, K., Der Zukunftsstaat, 2. Aufl., Stuttgart 1919.

Bauer, O., Der Weg zum Sozialismus. Wien 1919, Berlin 1919.

Bebel, A., Aus meinem Leben, 1. Teil, 3. Aufl. 1914; 2. Teil, 2. Aufl. 1914; 3. Teil hgb. von K. Kautsky, Stuttgart 1914.

Bernstein, E., Was ist Sozialismus? Berlin.

— Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution, 2. Aufl., Stuttgart 1908.

— Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

Brentano, L., Über Syndikalismus und Lohnminimum, München 1913.

Buonarroti, Ph., La Conspiration pour l'Egalité, dite de Babeuf, Brüssel 1828.

Burckhardt, J., Weltgeschichte in Betrachtungen, Berlin und Stuttgart 1905.

Challaye, F., Revolutionärer Syndikalismus und reformistischer Syndikalismus, Tübingen 1913.

Cornélissen, Chr., Über den internationalen Syndikalismus. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 30, S. 148 ff

Diehl, K., Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 2. Aufl., Jena 1911.

Engels, Fr., Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 3. Aufl., Stuttgart.

— Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (Teildruck des vorigen), 6. Aufl., Berlin 1911.

— Grundsätze des Kommunismus. Aus dessen Nachlaß hgb. von Ed Bernstein, Berlin 1914.

— Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. Die Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 5 ff.

— Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 16. Aufl., Stuttgart 1919.

— Vorrede zum „Bürgerkrieg in Frankreich". Die Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2, S. 33 ff.

Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky, 11. Aufl., Stuttgart 1912

Fabbri, L., Die historischen und sachlichen Zusammenhänge zwischen Marxismus und Anarchismus. Archiv fur Sozialwissenschaft, Bd. 26, S. 559 ff.

Fallati, J., Über die sogenannte materialistische Tendenz der Gegenwart, Tübingen 1842.

Feiler, A., Der Ruf nach den Räten. Flugschriften der Frankfurter Zeitung Nr. 6, Frankfurt a. M. 1919.

France, A., Monsieur Bergeret à Paris. Paris.

Fuchs, C. J., Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik in der Gegenwart, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart-Leipzig 1913.

— Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1918.

Fuchs, C. J., Artikel „Bauernbefreiung". Wb. d. Volksw., 3. Aufl., Bd. 1, S. 365 ff.
— Artikel „Flurzwang". Wb. d. Volksw., 3. Aufl., Bd. 1, S. 917.
— Artikel „Gemeinheitsteilung". Wb. d. Volksw., 3. Aufl., Bd. 1, S. 987.
— Artikel „Gemengelage". Wb. d. Volksw., 3. Aufl., Bd. 1, S. 1015.
Garin, J., Die Anarchisten, Leipzig 1887.
Gide et Rist, Histoire des Doctrines Economiques, Paris 1909.
Grünberg, C., Artikel „Sozialismus und Kommunismus". Wb. d. Volksw., 3. Aufl., Bd. 2, S. 828.
Hasbach, W., Die moderne Demokratie, Jena 1912.
Heimann, E., Diktatur und Demokratie. Freideutsche Flugschriften zum Sozialismus. Hgb. von Dr. Karl Bittel, 4. Heft, Karlsruhe.
Herkner, H., Die Arbeiterfrage, 6. Aufl., Berlin 1916.
Jellinek, G., Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., 1914.
Kautsky, K., Allerhand Revolutionäres. Die Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. 1, S. 588 ff., 620 ff., 652 ff., 685 ff., 752 ff.
— Der Entwurf des neuen Parteiprogramms. Die Neue Zeit, Jahrg. 9, Bd. 2, S. 723 ff., 749 ff., 780 ff., 841 ff.
Kautsky, K., Karl Marx' ökonomische Lehren, 8. Aufl., Stuttgart 1913.
— Parlamentarismus und Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart 1911.
— Die soziale Revolution, 2. Aufl., Berlin 1907.
— Der Weg zur Macht, 2. Aufl., Berlin 1910.
Korsch, K., Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus. Sozialpolitische Schriftenreihe, Nr. 1, Hannover.
Lagardelle, H., Die syndikalistische Bewegung in Frankreich. Archiv für Sozialwissenschaft, Jahrg. 26, S. 96 ff., S. 606 ff.
Lassalle, F., Reden und Schriften. Hgb. von Ed. Bernstein, Berlin 1892/93.
Liebknecht, K., Die neue Methode. Die Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 2, S. 713 ff.
Louis, P., Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Stuttgart
— Geschichte des Sozialismus in Frankreich, Stuttgart 1908.
— Le syndicalisme contre l'Etat, Paris 1910.
Marx, K., Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Stuttgart 1914.
— Der Bürgerkrieg in Frankreich, 3. Aufl., Berlin 1891;* Die „Aktion". Verlag Berlin-Wilmersdorf.
— Das Elend der Philosophie, 6. Aufl., Stuttgart 1919.
— Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln, 4. Abdruck, Berlin 1914.
— Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Bd., Volksausgabe, hgb. von Karl Kautsky, Stuttgart 1914. — 2. Bd., hgb. von Fr. Engels, Hamburg 1887. — 3. Band, hgb. von Fr. Engels, 2. Aufl., 1904.
— Die Klassenkämpfe in Frankreich, Wiederabdruck, Berlin 1911.
— Über die Pariser Kommune. Die Neue Zeit, Jahrg. 20, Bd. 1, S. 708 ff.
— Zur Kritik der politischen Ökonomie, 3. Aufl., Stuttgart 1909.
— Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland, 4. Aufl., Stuttgart 1919.
Marx, K.-Engels, Fr., Das Kommunistische Manifest, 8. Aufl., Berlin 1917.
— Gesammelte Schriften. I. Bd., Stuttgart 1902.
— Der Briefwechsel zwischen Karl Marx und Fr. Engels. 1844—1883, Stuttgart 1913.
Masaryk, Th. G., Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus. Wien 1899.

Mehring, F., Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig 1918.
— Sozialistische Lyrik. Grünbergs Archiv, Jahrg. 4, S. 191 ff.
Montesquieu, Ch. de, De l'Esprit des Lois, Paris, An XII (1803).
Muckle, F., Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Aus Natur und Geisteswelt, Leipzig und Berlin 1917.
Nieuwenhuis, F. D., Der staatssozialistische Charakter der deutschen Sozialdemokratie. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 28, S. 101 ff.
Pannekoek, A., Massenaktion und Revolution. Die Neue Zeit, Jahrg. 30, Bd. 2, S. 541 ff., 585 ff., 609 ff.
Philippovich, E. v., Grundriß der politischen Ökonomie, Bd. 1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 11. Aufl., 1916; Bd. 2, 1. Teil. Volkswirtschaftspolitik, 7. Aufl., 1914; Bd. 2, 2. Teil, 5. Aufl., 1915.
Renner, K., Was ist Klassenkampf? Die Neue Zeit, Jahrg. 37, Bd. 1, S. 241 ff., S. 275 ff., 301 ff.
Rjasanow, N., Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale. Die Neue Zeit, Jahrg. 32, Bd. 1, S. 8 ff., S. 37 ff.
Rousseau, J. J., Du Contrat Social, Paris.
Seillière, E., Die Philosophie des Imperialismus. Der demokratische Imperialismus. Rousseau-Proudhon-Marx, Berlin 1907.
Sombart, W., Friedrich Engels, Separatabdruck aus der „Zukunft", Berlin 1895.
— Das Lebenswerk von Karl Marx, Jena 1908.
— Sozialismus und soziale Bewegung, 7. Aufl., Jena 1919.
Spann, O., Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl. Sammlung „Wissenschaft und Bildung", Leipzig 1918.
Steffen, G. F., Das Problem der Demokratie, Jena 1919.
Tugan-Baranowski, M., Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung, Dresden 1908.
Vandervelde, E., Der Generalstreik. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 26, S. 539 ff.
Warschauer, O., Zur Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, Berlin 1909.
Weill, G., Die Formen der Arbeiterbewegung in Frankreich. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 28, S. 246 ff.
Wilbrandt, R., Karl Marx, 2. Aufl. Sammlung aus Natur und Geisteswelt, 1918.
— Die Sozialisierung. In „Der Freistaat", Flugschriften zum Sozialismus. Hgb. Dr. Karl Bittel, 5. Heft, Karlsruhe.
Zenker, E. V., Der Anarchismus, Jena 1895.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrg. 1911 ff.
Verschiedene Tageszeitungen, besonders der „Bund", Bern; „Berliner Tageblatt", Berlin; „Frankfurter Zeitung", Frankfurt a. M.; „Tägliche Rundschau", Berlin; „Vorwärts", Berlin; „Die Republik", Berlin; „Arbeiterzeitung", Wien.



